

KLAUS-DIETER WEBER (HG.)

**Verwaltete Kultur oder künstlerische Freiheit? Momentaufnahmen aus der Weimarer Republik 1918-1933**



# **Verwaltete Kultur oder künstlerische Freiheit?**

**Momentaufnahmen aus der  
Weimarer Republik 1918-1933**

**herausgegeben von  
KLAUS-DIETER WEBER**

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsschutzgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

**ISBN 3-89958-005-2**

Cover:

Agitprop-Theatertruppe bei einem Arbeitersportfest aus dem Brecht-Film *Kuhle Wampe*, 1932, © Cinemathèque Française

Cover, Satz und Layout: Søren Drews/Sven Kamin  
Schrift: Book Antiqua/ChelthmITC Bk BT

© für die Beiträge bei den Autorinnen und Autoren  
© für den Band bei kassel university press

kassel university press GmbH, Kassel 2002  
[www.upress.uni-kassel.de](http://www.upress.uni-kassel.de)

## Inhalt

Vorwort .....	7
<i>Klaus-Dieter Weber</i>	
Die Weimarer Republik zwischen Kulturstaatlichkeit und gesellschaftlicher Kulturautonomie oder verfassungsrechtliche Widersprüchlichkeit als kulturbildendes Prinzip. Eine Einleitung.....	9
<i>Sonja Stuhmann</i>	
Edwin Redslob – Blasser Ästhet und Revolutionspflanze? Person und Amt des Reichskunstwarts zwischen Anspruch und Möglichkeit.....	39
<i>Jennifer Bennefeld</i>	
Auf der Suche nach neuen Wegen – Kirche, Staat und Schule in der Weimarer Republik .....	69
<i>Reimar Bendix</i>	
„Sie repräsentieren eine ganze Zeitepoche“ – Dix' Bildnis der Journalistin Sylvia von Harden als Leitfigur einer neuen Kultur?.....	99
<i>Sven Kamin</i>	
„Contra Rückwärtseriei und Ichpfeifdraufismus“ – Alfred Kerr und das Theater der Weimarer Republik.....	135
<i>Anne Teichler</i>	
Die Weimarer Republik – eine Zeit der freien Presse? .....	167

*Søren Drews*

Wehrhaftigkeit dank Körperkultur!

Die „bürgerliche“ Turn- und Sportvereinslandschaft in Kassel..... 201

*Adam Winnicki*

Gedanken zur Kulturpolitik und politischen Kultur

der Weimarer Republik..... 275

*Francois Beilecke*

Intellektuelle, Kultureliten und Kulturzeitschriften in der

Weimarer Republik. Konzepte und Forschungsperspektiven ..... 289

*Florian Cebulla*

Der Rundfunk in der Weimarer Republik –

„Kulturfaktor“ und Politikum..... 307

*Wolfgang Gruner*

Alfred Kantorowicz und die Weimarer Republik ..... 325

*Abbildungsnachweis* ..... 347

## Vorwort

Der Band „Verwaltete Kultur oder kulturelle Freiheit? – Momentaufnahmen aus der Weimarer Republik 1918-1933“ ist entstanden aus dem Seminar Kulturpolitik in der Weimarer Republik, das – angeregt durch Kasseler Geschichtsstudenten – im Wintersemester 2000/01 an der Universität Kassel stattgefunden hat. Das Seminar wurde neben den Referaten der Teilnehmer durch die drei Gastvorträge der Doktoranden François Beilecke, Florian Cebulla und Wolfgang Gruner bereichert.

Aus diesem Seminar ging durch Engagement und Eigeninitiative der Studenten ein Projekt hervor, das sich unter dem gleichnamigen Titel wie das Seminar formierte. Ziel des Projektes sollte es sein, über die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema hinaus, sich in einer Art Schreib- und Redaktionswerkstatt an der Herstellung und Veröffentlichung von eigenen Texten zur Kulturpolitik in der Weimarer Republik zu erproben. Dabei nahmen neben der Auseinandersetzung mit den eigenen Texten das Lesen und Redigieren der Beiträge der anderen Teilnehmer einen wichtigen Raum ein.

Begleitend zu diesem Arbeitsprozeß fanden regelmäßige Sitzungen statt, in denen die Autoren Werkstattberichte vortrugen sowie Fragen und Probleme inhaltlicher und organisatorischer Art lebhaft und auch kontrovers diskutierten. Höhepunkte der Projektarbeit bildeten die Vorbereitung und Durchführung einer Exkursion nach Hannover mit dem Besuch der Ausstellung „Der stärkste Ausdruck unserer Tage“ – Neue Sachlichkeit in Hannover sowie die hochschulöffentliche Vorführung des Films „Der Neue Mensch“ (BA Filmarchiv-Berlin) von 1928 mit anschließender Diskussion.

Mit der Herausgabe dieses Sammelbandes wollen die Teilnehmer des Projektes nicht nur die Ergebnisse ihrer Bemühungen dokumentieren und festhalten, sondern auch auf die vielfältigen Möglichkeiten hinweisen, die das Gebiet der Kulturwissenschaft, das – jedenfalls für die Weimarer Republik – in vielen Bereichen bisher kaum erforscht ist, auch für Historiker/-innen und die Geschichtswissenschaft bietet.

Neben dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften hat die Universität Kassel über die zentrale Förderung für studentische Projekte diese Publikation finanziell unterstützt. Dafür ist dem Fachbereich 05, dem studentischen Projektrat beim AStA und der Hochschulleitung hier zu danken. Das vorliegende Ergebnis soll auch andere Studierende dazu motivieren, von der Möglichkeit des Projektstudiums Gebrauch zu machen.





KLAUS-DIETER WEBER

## **Die Weimarer Republik zwischen Kulturstaatlichkeit und gesellschaftlicher Kulturautonomie oder verfassungsrechtliche Widersprüchlichkeit als kulturbildendes Prinzip**

### **Eine Einleitung**

*„Wir stehen vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, ein neues einigendes Band zu suchen, das uns über unseren Stammespartikularismus, über unsere konfessionelle Spaltung und über unsere berufsständische und soziale Gliederung hinaus zum Einheitsvolk werden läßt. Nötiger wie je braucht Deutschland jetzt eine bewußte Kulturpolitik.“<sup>1</sup> Aus dieser Erkenntnis leitete Carl Heinrich Becker<sup>2</sup> 1919 – zu diesem Zeitpunkt hoher Beamter im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung – seine Vorstellungen über die zukünftige Kulturpolitik im nachrevolutionären Deutschland ab, die weiterführend in einem scheinbar recht rigiden Bekenntnis zur Kulturhoheit des Staates ihren Ausdruck fanden: *„Wenn der Deutsche seiner Natur nach nicht von selbst danach greift, so muß er eben erzogen werden. Unser ganzes Erziehungs- und Bildungsproblem muß unter diesen Gedanken gestellt werden.“<sup>3</sup> Doch so einfach war dieses Pos-**

---

<sup>1</sup> Carl Heinrich Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Leipzig 1919, S. 5.

<sup>2</sup> Carl Heinrich Becker (1876-1933), Professor für Orientalistik, seit 1916 Vortragender Rat in der Hochschulabteilung des preußischen Kultusministeriums, ab Februar 1919 Unterstaatssekretär, ab 1920 Staatssekretär, 21. 4. bis 1. 11. 1921 Kultusminister in Preußen, 1921-1925 erneut Staatssekretär, dann vom 18. 2. 1925 bis 30. 1. 1930 als parteiloser Kultusminister (der DDP nahestehend) im Amt und danach ordentlicher Professor an der Universität Berlin.

<sup>3</sup> Becker [wie Anm. 1], S. 5. Weniger scharfzünftig beschrieb Becker schon im September 1918 seine kulturpolitischen Zielvorstellungen in einem Brief an seinen engsten Mitarbeiter im Ministerium Erich Wende: *„Wir müssen erst einmal ideell zur Nation werden. Die Erziehung des*

tulat Beckers – mal ganz abgesehen davon, ob es sinnvoll gewesen wäre – nicht umzusetzen, obwohl er auch hierfür eine Lösung zu haben schien: „*Ideale nicht nur zu haben, sondern sie mit dem vielgestaltigen kulturpolitischen Apparat bewußt dem deutschen Volke als Lebensideale einzuhämmern – das ist die eigentliche Aufgabe der Kulturpolitik.*“<sup>4</sup>

Diese zunächst radikal anmutende Forderung Beckers resultierte aus der zunehmenden Orientierungslosigkeit und Niedergeschlagenheit, die sich in der Öffentlichkeit und der Politik immer mehr ausgebreitet hatte. Sie waren in erster Linie ein Ergebnis aus dem institutionellen und kulturellen Legitimitätsvakuum des Staates und dem Verlust der nationalen Würde und Identität Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg mit seinen einschneidenden Folgen für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Topographie des Reiches. In der Rückbesinnung auf die ideellen Werte der Kulturnation Deutschland sah Becker den Ausgangspunkt und die Basis für die Bewältigung der anstehenden Probleme und wies der Kulturpolitik damit eine wirkungsmächtige Rolle zu. Ihrer Verortung im parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaat war jedoch nicht unproblematisch, denn sowohl die Kulturpolitik selbst als auch ihre Gegenstandsfelder wie Bildung, Wissenschaft, Kunst, Religion und Erziehung waren nicht erst seit der Weimarer Republik Gegenstand kontroverser Diskussionen gewesen.<sup>5</sup>

Der moderne Staat hatte sich zwar seit dem 19. Jahrhundert als Kulturstaat begriffen, einer der wenigen Punkte, in denen die großen miteinander konkurrierenden politischen Ideen jenes Jahrhunderts übereinstimmten, aber über die inhaltliche Ausgestaltung und Umsetzung des von allen Seiten anerkannten staatlichen Kulturauftrages herrschten grundsätzliche, kaum überbrückbare Meinungsverschiedenheiten. Während die Vertreter des traditionellen Prinzips zumeist auf die Überlieferung und Wahrung geistiger und ideeller Werte vergangener Epochen abhoben, fühlten sich die Repräsentanten des eher konservativen Bürgertums zusätzlich einem verklärten bürgerlich-liberalen Bildungsprinzip verpflichtet. Daneben existierten und fochten aber

---

*Preußen, Bayern usw. zum Deutschen muß die Grundfrage unserer ganzen Kulturpolitik sein.“* Bemängelt aber: „*Wir aber schlagen alle Ideen mit Akten tot.*“ Zitiert nach Guido Müller: *Weltpolitische Bildung und Akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930* (Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik; 2), Köln, Weimar, Wien 1991, S. 225.

<sup>4</sup> Becker [wie Anm. 1], S. 58.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz in diesem Band von Jennifer Bennefeld: *Auf der Suche nach neuen Wegen – Kirche, Staat und Schule in der Weimarer Republik und den Aufsatz von Adam Winnicki: Gedanken zur Kulturpolitik und politischen Kultur der Weimarer Republik.*

auch Auffassungen, die beispielsweise einem demokratischen bzw. sozialistischen Staatsethos anhängen. Während hier die liberalen Wegbereiter im Volksstaat die Verwirklichung ihres bürgerlich-demokratisch ausgerichteten Prinzips anstrebten, verfolgte der Sozialismus die Vorstellung eines gerechten Sozialstaates. Hinzu kamen divergierende Vorstellungen über Durchführung und Organisation eines konfessionell ausgerichteten Erziehungs- und Bildungsanspruchs, der bekanntermaßen recht früh im Deutschen Reich zum „Kulturkampf“ führte. Allen gemeinsam – einerlei, welche kulturpolitischen Zielvorstellungen sie nun verfolgten – war aber, daß sich der moderne Staat bzw. Kulturstaat erst durch seinen Kulturauftrag legitimierte und konstituierte.<sup>6</sup> Wie und in welcher Form dieser Kulturauftrag jedoch umzusetzen sei und welche Inhalte er haben sollte, war schon im Kaiserreich so umstritten, daß man zu keiner reichseinheitlichen Lösung fand und das Kultur- und Bildungswesen in der Verantwortung der Bundesstaaten ließ.<sup>7</sup>

Die Folge war ein uneinheitliches und verwirrendes Bildungssystem im Kaiserreich. Zudem bildete sich bei den Bundesstaaten die Auffassung heraus, daß die Kultur- und Bildungspolitik ihre ureigenste Domäne sei, in die man sich auch nicht durch Reichsinstitutionen hineinreden lassen wollte. Einer künftigen Kulturpolitik, die bildungs- und kulturpolitische Kompetenzen in die Hand des Reiches überführen wollte, mußte mit diesen erschwerenden Faktoren kalkulieren. Zumal sich damit automatisch brisante Fragen wie beispielsweise nach der Verteilung von Reichs- und Länderkompetenzen in einer möglichen neuen Verfassung verknüpften, d.h., in welchem Verhältnis Föderalismus und Unitarismus in Zukunft zueinander stehen und somit das „Gesicht“, den inneren Aufbau des Staates prägen sollten. Die Lösung kulturpolitischer Probleme rückte damit – auch vor dem Hintergrund einer verfassungs-

---

<sup>6</sup> Vgl. Ernst Rudolf Huber: Kulturstaat und Kulturverfassung, in: Ders.: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u.a. 1981, S. 853–1021, hier S. 855f.

<sup>7</sup> In dem übergeordneten Erziehungsideal des Kaiserreichs, das durchdrungen und zugeschnitten war auf den Kaiser und alles Militärische, sah Becker das einzige Gebiet auf dem das kaiserliche Deutschland wirklich Kulturpolitik betrieben habe. In seinen Ausführungen klingt dann auch an, daß mit der militärischen Niederlage gewissermaßen das einzige von allen anerkannte, sinnstiftende und zum mystischen Ideal stilisierte Kulturgut des Kaiserreichs, der Militarismus, seine Sinnhaftigkeit eingebüßt hatte. Die nationale einheitsstiftende Kraft des Kaisertums und des alles beherrschenden militärischen Staatsgedanken rang Becker aber trotz aller Vorbehalte und Zwiespältigkeit Respekt ab, weil er für die Zukunft Deutschlands keine vergleichbare oder nur sehr schwer zu erreichende ähnlich einheitsstiftende Kraft sah. Vgl. Becker [wie Anm. 1], S. 4f.

rechtlichen Neuordnung des Reiches – ins Zentrum macht- und parteipolitischer Interessen.

Es waren nicht nur die inneren Verhältnisse, ausgelöst durch den Schock der Niederlage mit ihren katastrophalen wirtschaftlichen Folgen für Deutschland und die politischen Wirrnisse während und nach der Novemberrevolution, die eine konstruktive Diskussion in Politik und Öffentlichkeit über den Kulturauftrag des Staates und seine Inhalte erschwerten, sondern auch die äußeren Rahmenbedingungen, die außenpolitische Isolierung Deutschlands, der Versailler Vertrag mit seinen militärischen und wirtschaftlichen Auflagen, die die Gegensätze dermaßen verschärften, so daß die noch junge Republik bereits auf eine kulturpolitische Spaltung zusteuerte. Dem neuen Staat fehlte von Anfang an, so schien es, jene breite gesellschaftliche und politische Basis, auf der ein kultureller Grundkonsens möglich gewesen wäre.

Ein „Kulturkonflikt“ drohte. Es stellte sich die Frage, ob der parlamentarisch-demokratische Verfassungsstaat, so wie ihn die Novemberrevolution hervorgerufen hatte, überhaupt angesichts der prekären inneren und äußeren Situation in der Lage war, diesen scheinbar unüberbrückbaren „Kulturkonflikt“ abzuwenden und damit jene Kultureinheit Deutschlands herzustellen, die von allen vertretenen Parteien in der verfassungsgebenden Nationalversammlung gefordert wurde. Ein staatliches Eingreifen zur Lösung der anstehenden Streitfragen und zur Überwindung der Krise mit einem Akt von „Kulturzwang“, wie es im Kaiserreich noch möglich gewesen wäre, war jedoch indiskutabel, weil dies der zeitgenössischen Idee vom Wesen des Kulturstaates, „daß [die Kultur] sich nicht unter staatlichem oder gesellschaftlichem Diktat, sondern nur in freier Aneignung und Fortbildung der geistigen Güter, die das Dasein sinnvoll und daseinswert machen, entfalte“<sup>8</sup>, zuwidergelaufen wäre. „Mit dem Versuch, in Fragen der Religion, der Erziehung (Bildung), der Wissenschaft oder der Kunst die fehlende Einheit durch Zwang herzustellen, hätte der Staat den Anspruch verwirkt, 'Kulturstaat' zu sein.“<sup>9</sup> Darüber hinaus hätte er sich mit einem solchen Akt seine eigene Legitimitätsbegründung entzogen.

Der Weimarer Staat war somit von Beginn an vor die existentielle Problematik gestellt, „ohne den Versuch eines die gegensätzlichen Kulturpositionen zerstörenden Kulturdiktats doch durch staatliche Kulturförderung und Kulturpflege zu einer auf der gemeinsamen Anerkennung eines Kanons kultureller Grundwerte ruhenden freien Gemeinschaft in der pluralistischen Gesellschaft

---

<sup>8</sup> Huber [wie Anm. 6], S. 857.

<sup>9</sup> Ebda.

zu gelangen.“<sup>10</sup> Aber war es ohne staatliche Hilfe und trotz der tiefen politischen und auch gesellschaftlichen Zerwürfnisse, die die politischen Ereignisse hervorgerufen hatten, überhaupt möglich auf dem Boden eines demokratischen Parteienstaates, einen gesellschaftlichen Konsens über die Grundfragen des Kulturbereichs – über Religion, Erziehung, Wissenschaft, Literatur und Kunst – zu erzielen und dabei gleichzeitig die notwendige kulturelle Toleranz und das Moment der kulturellen Freiheit Aller zu gewährleisten?

Der bei den Verfassungsberatungen in Weimar schließlich erzielte Kulturkompromiß<sup>11</sup> zeigte dann einerseits zwar die Bereitschaft der in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien einen Grundkonsens in Kulturfragen anzustreben, andererseits war er aber auch ein Indiz dafür, daß dies offenbar nicht oder nur teilweise gelungen war.<sup>12</sup> Zu unterschiedlich waren die partei-

---

<sup>10</sup> Ebda.

<sup>11</sup> Vgl. Cristoph Gusy: Die Weimarer Reichsverfassung. Tübingen 1997, S. 321-341. Im wesentlichen sind hier die Artikel gemeint, die die institutionellen Garantien für die Grundrechtsnormen zum Schutz der individuellen Freiheitsrechte betrafen, darunter Art. 125 WRV (Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung), Art. 126-129 WRV (Garantie des Berufsbeamtentums), Art. 134-138 WRV (Garantien zugunsten der Religionsgesellschaften), sowie Art. 140-150 (Grundbestimmungen über das Bildungs-, Wissenschafts- und Erziehungswesen). Der Kulturkompromiß läßt sich wie folgt skizzieren: Ablehnung des Staatskirchentums früherer Zeiten bei gleichzeitiger Zusicherung der überlieferten öffentlichen Rechtsstellung der Religionsgesellschaften; Sicherung der Freiheit in Kunst, Wissenschaft und Lehre bei gleichzeitigem Bekenntnis des Staates zum Schutz und zur Pflege fundamentaler Kulturgüter; Gewährleistung des Kulturauftrages für die Schulen, eben nicht nur als Erziehungseinrichtungen zu fungieren, sondern auch für die „Bildung“ der Jugend im übergeordneten Sinn zuständig zu sein; das staatliche Leitungsrecht sollte sowohl den Bildungsauftrag der Schulen sichern als auch dessen Erfüllung garantieren; Bildungsziel des gesamten Schulwesens sollte nicht nur eine Ausbildung für rein fachliche Zwecke, sondern auch die Entfaltung und Entwicklung „sittlicher Bildung“ und „staatsbürgerlicher Gesinnung“ unter gleichzeitiger Wahrung der Güter des deutschen Volkstums wie der Sicherung der inneren Voraussetzungen zur Völkerversöhnung. Sowohl die Anerkennung des Kulturauftrages der Religionsgesellschaften und der Weltanschauungsverbände als auch die Verleihung von grundlegenden und weitreichenden Mitbestimmungsrechten an Eltern und Lehrer sollten der gesellschaftlichen Vielfalt einen gebührenden Einfluß auf das vom Staat als gegliederte Einheit, aber organisch zu entwickelnde Schulwesen sichern. Alles in allem, so schien es, entsprach dies mehr einem Desiderat von Unvereinbarkeiten, das parteipolitischer Programmatik und Taktik geschuldet war, als konkreten verfassungsrechtlichen Anleitungen zur praktischen Umsetzung einer Kulturverfassung. Gleichzeitig und trotz aller Widersprüche bot sie, vorausgesetzt der politische Wille zur Umsetzung war vorhanden, vielfache Möglichkeiten für eine pluralistisch-tolerante Kulturverwirklichung.

<sup>12</sup> Für Carl Schmitt waren die Ergebnisse der Verfassungsberatungen, die die Beziehung zwischen Staat, Kirche und Schule verfassungsrechtlich regeln sollten, derart unzulänglich, aber gleichzeitig auch so typisch für die Weimarer Verfassung, daß er 1928 in seiner Verfassungs-

politischen Auffassungen in der Koalition zwischen MSPD, Zentrum und DDP über Kirche, Schule und den Grundrechtskatalog. Der konfessionszentrierte Kulturkonservatismus des Zentrums stand gerade in Fragen des Kirchen- und Schulrechts den reformerischen Ansätzen der mehrheitssozialdemokratischen Prinzipien, die eine komplette Trennung von Staat und Kirche sowie weltanschauliche Freiheit und ausschließlich weltliche Schulen forderten, d.h., die konfessionsgebundenen Schulen ganz abschaffen wollten<sup>13</sup>, radikal entgegen. Und die Vertreter der DDP als Anhänger eines bürgerlichen Kulturliberalismus versuchten ebenfalls an wichtigen Teilen ihrer Parteiprogrammatik festzuhalten und in die Reichsverfassung einzubringen, indem sie auf einer allmählichen Trennung von Kirche und Staat bestanden, während sie gleichzeitig für die Staatlichkeit des gesamten Bildungswesens eintraten. Mit ihrem Anspruch, daß beispielsweise die Lehrerbildung ausschließlich Staatsangelegenheit sein müsse, was das Recht der Kirchen auf Ausbildung der Religionslehrer erheblich beschnitten hätte, und jegliche Privatschulen abzuschaffen seien, die die Kinder nach Stand, Vermögen und Bekenntnis der Eltern separierten, stellten sie sich nicht nur gegen die Forderungen des Zentrums, sondern traten damit auch der von liberalen Besitz- und Bildungsbürgerschichten exklusiven Privaterziehung vehement entgegen. Die Artikel 142 bis 150 der Reichsverfassung, die quasi neben den Grundrechtsnormen zum Schutz der individuellen Freiheitsrechte das Gerüst des

---

lehre den provokanten Begriff des „dilatorischen Formelkompromisses“ entwickelte, um damit die Schwächen des Weimarer Systems zu charakterisieren. Vgl. Carl Schmitt: Verfassungslehre, München, Leipzig 1928, S. 31f.

- <sup>13</sup> Vgl. Wolfgang W. Wittwer: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen (Historische und pädagogische Studien; 12), Berlin 1980; Dirk H. Gentsch: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch-pädagogische Analyse zur Schulpolitik der SPD in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 11, Pädagogik; 569), Frankfurt a.M. u.a. 1994; Günther Grünthal: Reichsschulgesetz und Zentrumsparterie in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 39), Düsseldorf 1968; Kurt Nowak: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1981; Jonathan R. Wright: Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918 - 1933 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Darstellungen; 2), Göttingen 1977; Thomas Ruster: Die verlorene Nützlichkeit der Religion. Katholizismus und Moderne in der Weimarer Republik, 2., erg. Aufl., Paderborn u.a. 1997 und Sun-Ryol Kim: Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung von 1919. Eine Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Preußen seit der Reichsgründung von 1871 (Hamburger theologische Studien; 13), Hamburg 1996.

Kulturstaaes bildeten, geben ein beredtes Zeugnis von dem Versuch „gegen-sätzliche Prinzipien in übergreifenden Formeln zu vereinen: christliche Überlieferung und Freiheit der Weltanschauungen, Nationalität und Humanität, Staatsgesinnung und Völkerversöhnung, die Bindung an ethische Grundpflichten und die Rücksicht auf Andersdenkende.“<sup>14</sup> Ein kleiner Exkurs soll dies verdeutlichen. Allein der grundlegende Kulturartikel 142 „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.“ zeigt nicht nur jene Widersprüchlichkeit der beiden Sätze zueinander, die selbst zeitgenössische Staatsrechtler wie Gerhard Anschütz in die Ratlosigkeit trieben, sondern macht auch deutlich, daß man im Verfassungsgebungsprozeß sowohl zwischen Tradition und Neuem als auch zwischen Politik und Pragmatismus hin- und hergerissen war.

Der erste Satz übernimmt altliberales Gedankengut aus der Reichsverfassung von 1848, Artikel 152, und der preußischen Verfassung von 1850, Artikel 20, und erweitert lediglich die Freiheitsgarantien um den Bereich der Kunst. Darüber hinaus „bietet [er] keinen Anhaltspunkt dafür, daß man sich bei der Übernahme der Verfassungsvorschriften irgend etwas Neues oder Besonderes gedacht hat.“<sup>15</sup> Im Gegensatz zu vielen anderen Grundrechten enthält dieser Satz aber keinerlei gesetzliche Beschränkungen, was angesichts der Problematik den offenbar irritierten Staatsrechtler Gerhard Anschütz zu der Formulierung hinreißen läßt: „Es fragt sich, was das bedeutet.“<sup>16</sup>

Während er dem ersten Satz in einer ausführlichen Diskussion Rechnung trägt<sup>17</sup>, mißt er dem zweiten Satz, der von den Verfassungsvätern als Neuheit, ja Errungenschaft hinzugefügt worden war und der den Anspruch des Staates von Partizipation und Verantwortung an der Kultur deklarieren sollte, gewis-

---

<sup>14</sup> Huber [wie Anm. 6], S. 858.

<sup>15</sup> Gerhard Anschütz: Die Verfassung des deutschen Reiches. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, 14. Aufl., Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1933. S. 658.

<sup>16</sup> Ebda.

<sup>17</sup> Ebda. Nach Abwägung einiger verfassungsrechtlicher und historischer Faktoren kommt Anschütz schließlich zu folgendem erstaunlichen Ergebnis, daß der erste Satz eine Bestätigung und Spezialisierung des Grundsatzes der gesetzesmäßigen Verwaltung sei. „Er besagt, daß die Verwaltung, wie in jede andere Sphäre der persönlichen Freiheit, so auch in die Freiheit des künstlerischen Schaffens, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre nur eingreifen darf auf Grund und innerhalb der Schranken des Gesetzes. Er besagt aber, [...], noch mehr: er bindet nicht nur die Verwaltung an das Gesetz, sondern auch das Gesetz selbst. Nicht soweit, daß Gesetze, welche die Kunst und Wissenschaft beschränken, überhaupt nicht erlassen werden dürfen, aber doch so, daß, [...], nur allgemeine Gesetze zugelassen sind, besondere dagegen, Sondergesetze, nicht. [...] Sondergesetze sind Gesetze, die sich gegen die Künste und Wissenschaften oder gegen einzelne Kunst- und Wissenschaftsrichtungen als solche wenden. Sie sind durch Satz 1 verboten. An die allgemeinen Gesetze dagegen ist auch der Künstler und Wissenschaftler gebunden.“ Ebda., S. 658 f.

sermaßen den Kulturauftrag für den Staat und die Länder vereinnahmte, keinerlei Bedeutung bei. Anschütz formuliert dazu lapidar: „Satz 2 ist ohne selbständige Bedeutung. Der hier zugesicherte ‘Schutz’ – kein besonderer, sondern der allgemeine Rechtsschutz, den der Staat jeder erlaubten Tätigkeit schuldet – würde dann auch zu gewähren sein, wenn Satz 2 nicht geschrieben stünde, und der Ausspruch ‘der Staat nimmt an ihrer Pflege teil’ ist ein guter Vorsatz des Reiches, sowie eine Aufforderung an die Länder, aber kein Gebot mit rechtsverbindlicher Kraft.“<sup>18</sup>

Der Staatsrechtler geht mit seiner Kritik noch weiter, indem er leicht ironisch hinzufügt: „Man kann nicht sagen, daß Regierung und Volksvertretung verfassungswidrig handeln, wenn sie es unterlassen, Mittel zur Förderung von Kunst und Wissenschaft in den Haushaltsplan einzustellen.“<sup>19</sup> Er verweist damit indirekt auf jenes Versäumnis – ob es sich dabei tatsächlich um ein unbeabsichtigtes Versäumnis oder gar um einen beabsichtigten Schritt der Unterlassung handelte, ist heute schwer nachvollziehbar –, im Verfassungsgebungsprozeß – in Anbetracht der kurzen Zeit in der das Verfassungswerk entstanden war, ist dies vielleicht auch nicht weiter verwunderlich – Regelungen oder genaue Ausführungsbestimmungen für die spätere finanzielle, aber auch politische Handhabe im Umgang mit den einzelnen Kulturbereichen festgelegt zu haben.

Es waren aber in der Folgezeit eben jene fehlenden Richtlinien oder Festlegungen, die die Verfassung – und dies nicht nur im Kulturbereich – scheinbar so vage und widersprüchlich machten. Vieles war so offen formuliert, daß es zur reinen Auslegungssache geriet und immer wieder für harte Auseinandersetzungen und Irritationen sorgte. Denn je nachdem, welche Parteien in der Regierung saßen bzw. welche Koalitionskonstellationen gerade regierten, konnte die Verfassung, wie beispielsweise mit dem Artikel 48 durch die zu weit ausgelegte Notstandsgesetzgebung am Ende der Republik oder durch das Ermächtigungsgesetz vom 23.3. 1933 zur „Behebung der Not von Volk und Reich“, im schlimmsten Fall gegen sich selbst gerichtet und ausgehöhlt werden. Doch auch schon im „Normalfall“ war für die praktische Anwendung und Durchsetzung der Verfassungsartikel, die mit der Floskel „Das Nähere regelt ein Reichsgesetz“ oder wie beispielsweise im Fall des Artikel 146 über die Organisation des Schulwesens „Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes“ ausgestattet waren, immer eine Ausführungsbestimmung oder ein Ausführungsgesetz notwen-

---

<sup>18</sup> Anschütz [wie Anm. 15], S. 665f.

<sup>19</sup> Ebda., S. 666.



dig, für deren Verabschiedung aber Mehrheiten im Reichstag bzw. Landtag benötigt wurden. Diese waren aber bei den häufig wechselnden Mehrheits- und Koalitionsverhältnissen nur schwer realisierbar, so daß, wie im Falle des Reichsschulgesetzes, die in der Verfassung geforderten Reichsgesetze niemals zustande kamen. Zugleich aber mit einer fehlenden oder unzulänglichen Reichsgesetzgebung die Ländergesetzgebung, entweder nur der Status quo festgeschrieben oder der Handlungsbedarf auf die Länder bzw. die Kommunen abgeschoben wurde.<sup>20</sup>

---

<sup>20</sup> Die Festschreibung des Status quo durch irritierende oder widersprüchliche Formulierungen und Anweisungen war übrigens eine nicht unübliche Praxis im Verfassungswerk von Weimar. Der Artikel 147 WRV (=Weimarer Reichsverfassung), der nach dem Willen der Liberalen eigentlich die Abschaffung der Privatschulen ermöglichen sollte, ist dafür ein gutes Beispiel, wie sehr politische Implikationen, wie beispielsweise der Erhalt der Koalition, bei der Umsetzung von Parteiprogrammatiken in der Formulierung einzelner Artikel der Verfassung eine Rolle spielten und der daraus den Koalitionsverhältnissen geschuldete Kompromiß schließlich in der Praxis das genaue Gegenteil bewirkten. Für die Genehmigung von Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen war das Reich zuständig, während deren Kontrolle und Aufsicht der Ländergesetzgebung unterstellt wurden. Die Länder und Kommunen hatten zu prüfen, daß „die Privatschulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung nicht hinter den öffentlichen Schulen“ zurückstanden. Die Forderungen von MSPD und Zentrum flossen noch insofern ein, als auch dann eine Genehmigung zu erteilen sei, „wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 146 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung in der Gemeinde nicht besteht, oder die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt.“ Damit wurde gesichert, daß sowohl private Bekenntnisschulen als auch private weltanschauliche Schulen auf Antrag der Eltern, unter bestimmten Voraussetzungen, die aber immer herzustellen waren, möglich wurden. Darüber hinaus war eine Genehmigung nicht möglich, wenn eine Sonderung der Schüler aufgrund der Besitzverhältnisse ihrer Eltern gefördert werden sollte. Dem Satz „Private Vorschulen sind aufzuheben“ kam eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur, daß sich Eltern und Lehrer standhaft weigerten, ihre Schulen aufzulösen, sondern die Länder und Kommunen häufig wenig oder gar kein Interesse zeigten, diese Forderung – aus den unterschiedlichsten Gründen – überhaupt umzusetzen oder für deren Durchsetzung zu sorgen. Außerdem wurde das hierfür nötige Ausführungsgesetz, das sozusagen auch die Erfahrungen bei der Auflösung der privaten Vorschulen berücksichtigt, erst 1927 erlassen. „Die Aufhebung ist – schonend und rücksichtsvoll – geregelt durch das Grundschulgesetz, §2 Abs. 2 und 3, Fassung des Gesetzes vom 4. März 1927.“, so der Kommentar von Gerhard Anschütz. Anschütz [wie Anm. 15], S. 685. Und für die privaten Schulen, die nicht als Ersatz für öffentliche Schulen galten, verblieb es bei dem bisher geltenden Recht. Damit fanden sich zwar die in der Regierungskoalition vertretenen Parteien und ihre politischen Zielsetzungen im Verfassungstext wieder, ohne daß aber wirkliche Neuerungen eingetreten waren. Privatschulen war weiterhin möglich. Private Vorschulen konnten wegen zunächst fehlender Ausführungsbestimmungen weiterbestehen und wurden später, wenn überhaupt, dilatorisch abgewickelt. Ganz ähnlich verhielt es sich mit dem ebenso wichtigen Artikel 146, der das Schul-

Egal wie man diesen Zustand, sei es nun als „Makel“, als dilatorischer Scheinkompromiß oder sei es als Unvermögen der Verfassungsväter, deklarieren mag, fest steht, daß er sich durch das gesamte Verfassungswerk zog. Darin aber eine ubiquitäre Ursache für das Scheitern der Weimarer Republik erblicken zu wollen, scheint doch zu kurz gegriffen. Vielmehr stellt sich doch die Frage, – die sowohl in der zeitgenössischen als auch in der gegenwärtigen Staatsrechtslehre weder eindeutig beantwortet noch hinlänglich diskutiert wurde –, ob es sich bei den Kompromißformeln der Weimarer Verfassung überhaupt um einen Makel oder Nachteil handeln mußte? Ließe sich nicht auch ganz anders argumentieren? Daß gerade durch die Nichtfestlegung von Ausführungen einzelner Gesetze, genügend Handlungsspielräume geschaffen worden waren, um in der Parlaments- und Regierungspraxis besser und schneller auf die Anforderungen der Tagespolitik reagieren zu können, weil deren Bewältigung ja gerade in der Anfangsphase der Weimarer Republik ein wichtiges politisches Moment zur Konsolidierung des neuen Staates darstellte. Deshalb ist durchaus vorstellbar, daß bei allem parteipolitischen Kalkül auch der Sinn für Pragmatismus, um den Notsituationen der Anfangsjahre wirkungsvoll zu begegnen, die Feder der Verfassungsväter bei der Verfassungskonzeption geführt hat und deshalb Leerstellen in der Verfassung in Kauf genommen wurden. Und je nach Auffassung ließen sich dann im Verfassungswerk von Weimar nicht nur große Versäumnisse und Unterlassungen erblicken, sondern auch weitreichende Möglichkeiten zur aktiven und konstruktiven Mitgestaltung am Staatswesen. Und letzteres war wohl auch gemeint, denn die Entscheidung in der Frage, wieviel Freiheit bzw. wieviel Festbeschreibung eine Verfassung überhaupt benötigt, um den Anforderungen eines modernen Staates – in diesem Fall des parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaates von Weimar – zu genügen, ihn zu legitimieren und zu erhalten, fiel in Weimar für ein Mehr an Freiheit.

Diese Freiheit bedeutete in ihrem Kern, die Widersprüchlichkeiten der Kulturverfassung zugunsten gleichzeitiger Chancen zur Verwirklichung einer pluralistisch angelegten Kulturfreiheit billigend in Kauf zu nehmen. Entscheidend für die erfolgreiche gesellschaftliche, institutionelle und staatliche Verwirklichung der (Kultur-)Verfassung in die Praxis des Weimarer Staatslebens waren unter den hier diskutierten Gesichtspunkten nicht die gedankliche

---

wesen organisieren sollte. Das zunächst als verfassungsrechtliches Provisorium gedachte rivalisierende Nebeneinander von Bekenntnis- und Simultanschulen stellte sich im Laufe der Weimarer Republik trotz aller Widersprüche und Kritik als tragfähige Ordnung heraus. Vgl. hierzu Anschütz [wie Anm. 15], S. 677-682.

Ausgewogenheit, Durchsichtigkeit und Genauigkeit der gewählten Kompromißformeln, als vielmehr die konkrete Bereitschaft von Politik und Gesellschaft, die den Kompromiß tragenden Verfassungsfaktoren realitäts- und praxisnah im prorepublikanischen Sinn auch umzusetzen<sup>21</sup> und damit den scheinbar widersprüchlichen Dualismus von staatlicher Kulturhoheit und gesellschaftlicher Kulturautonomie zu überwinden.<sup>22</sup>

Kunst und Kultur(-politik) bedurften unter den geänderten verfassungsrechtlichen Bedingungen nach der Novemberrevolution sowohl unter institutionellen Aspekten als auch angesichts des gesellschaftlichen Wandels einer neuen Standortbestimmung. Das Amt des Reichskunstwarts<sup>23</sup> beispielsweise, das eigens 1920 eingerichtet worden war und zuständig sein sollte für die „Formgebung des Reiches“ und künstlerische Beratung der Reichsbehörden, war auf institutioneller Ebene sinnfälliger Ausdruck für die Bereitschaft, sich den Anforderungen einer Neuverortung von Kunst und Kultur in der Weimarer Republik zu stellen. Es zeigte sich frühzeitig im Wirken des Amtsinhabers, Edwin Redslob, daß die alleinige Implementierung eines solchen Amtes nicht genügte, um die von Carl Heinrich Becker geforderte Kultureinheit der Nation herzustellen, grundlegenden Einfluß auf die Ergebnisse künstlerischen Schaffens auszuüben oder gar bestimmte künstlerische Vorstellungen von staatlicher Seite in der Gesellschaft durchzusetzen. Anhand seiner Arbeit wurde schnell deutlich, daß der Umsetzung, der so freiheitlich, aber auch so wider-

---

<sup>21</sup> Huber geht davon aus, daß sich der gemeinsame Grundbestand der geistigen Existenz trotz religions-, bildungs- und wissenschaftspolitischer Konflikte erhalten hatte und eine konstruktive Bereitschaft in höherem Maße vorhanden war, als es vordergründig den Anschein haben mochte. Vgl. Huber [wie Anm. 6], S. 859. Doch sollte – bei aller gebotenen Vorsicht – das Potential einer aktiven Mitarbeit und Unterstützung in Politik und Gesellschaft bei der Verwirklichung der in der Verfassung festgeschriebenen parlamentarisch-demokratischen Grundsätze nicht überschätzt werden. Sicher war auf der einen Seite eine hohe Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden, gleichwohl gilt es zu bedenken, daß auf der anderen Seite die Republikgegner – sei es von rechts oder links – ihrerseits frühzeitig versuchten, mit vielfältigen Mitteln eine Neuordnung des Staates im prorepublikanischen Sinne zu unterlaufen. Dabei darf man die unterschiedlichen Qualitäten, Inhalte und Ziele der jeweiligen Parteien und Gruppierungen von Republikgegnern nicht vergessen, die insgesamt gesehen, nicht gering an Zahl waren. Denn hierzu zählten eben nicht nur jene, die ihren Protest oder Widerstand offen artikulierten und handelten, und damit für die Wissenschaft eine untersuchbare Größe bildeten, sondern auch jene, die schwiegen und entweder im Stillen wirkten oder aber aus vielerlei Gründen nicht aktiv für die Erhaltung der Republik eintraten.

<sup>22</sup> Vgl. Huber [wie Anm. 6], S. 860f.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz in diesem Band von Sonja Stuhmann: Edwin Redslob – Blasser Ästhet und Revolutionspflanze? Person und Amt des Reichskunstwarts zwischen Anspruch und Möglichkeit.

sprüchlich formulierten Kulturverfassung und Kunstverständnisses erhebliche Vorbehalte entgegengebracht wurden, die sich in einem mehr oder minder verdeckten gesellschaftlichen, aber auch politischen Widerstand äußerten. Im emotionalisierten Bereich von Kunst und Kultur gewann die Formel Meinelkes vom „Herzensmonarchisten und Vernunftrepublikaner“, womit er einen großen Teil des ehemals kaiserlichen Beamtentums charakterisierte, eine ganz besondere Brisanz. Konrad Haenisch deutete dies an, als er von seiner dreijährigen Arbeit als preußischer Kultusminister berichtete: *„Ich möchte dem Leser zeigen, daß es gerade auf diesem von so manchem noch lange nicht in seiner vollen Bedeutung gewürdigten Arbeitsfelde [gemeint ist die Kulturpolitik] nicht alleine mit Programmen und selbst nicht mit der Vorbereitung und Verabschiedung von Gesetzen getan ist, sondern daß das wichtigste und schwierigste Stück der Arbeit erst bei der praktischen Durchführung der Gesetze, bei der Verwaltung beginnt [...]“*<sup>24</sup> Demnach war es der Abneigung vieler ehemals kaiserlichen Beamten gegenüber dem neuen Staat und insbesondere der in ihm neu aufblühenden Vielfalt von Kunst und Kultur zuzuschreiben, daß die Umsetzung der Kulturverfassung konterkariert werden konnte, indem sie ihr bürokratisches Handeln verzögerten oder Anweisungen oder Verordnungen erst gar nicht wahrnahmen. Haenisch zeigt die Widerstände auf, die einer Verwirklichung der Kulturverfassung entgegenstanden und verweist damit indirekt auf das Ausmaß der Problematik: *„Es galt, zumal nach dem greulichen Kunstbanausentum, der ganz und gar amüsischen wilhelminischen Ära, die sich angemäßt hatte, Kunst und Künstler zu kommandieren wie die Rekruten auf dem Exerzierplatz, der die Kunst nichts anderes gewesen war als ein Mittel, ‘gute königstreue Gesinnung’ zu züchten, in die gesamte Verwaltung zuerst einmal wieder die notwendige Ehrfurcht und Bescheidenheit vor dem künstlerischen Schaffen und vor der künstlerischen Persönlichkeit hineinzubringen. Der Staat durfte sich nicht mehr länger als Herrn der Kunst fühlen, seine Beamten aller Grade mußten wieder an die Empfindung gewöhnt werden, daß es für sie ein Stolz und eine Ehre sei, mit den Mitteln des Staates dem Künstler zu dienen.“* Und böse fügt er, auch auf die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der Beamtenhierarchie anspielend, hinzu: *„Das gilt für den Minister, das muß aber auch für den Wirklichen Geheimen Rat gelten.“*<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Konrad Haenisch: Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik, Stuttgart 1921, S. 7. Diese eher praktischen Faktoren bei der Umsetzung kulturpolitischen Handelns schien Carl Heinrich Becker trotz, oder wegen seiner zahlreichen interessanten und enthusiastisch vertretenen Ideen über eine zukünftige Kulturpolitik in Deutschland, wie beispielsweise die Einführung eines Bildungskollegiums mit weitreichenden Befugnissen, allerdings aus den Augen verloren zu haben.

<sup>25</sup> Ebda., S. 151f.

Haenisch darf mit seinen Ansichten und Engagement, ähnlich wie Carl Heinrich Becker, durchaus als positive Ausnahme in der Kulturverwaltung Preußens, aber auch des ganzen Reiches angesehen werden. Seine eindrucksvolle Schilderung, wie er dem beschriebenen Mißstand Abhilfe schaffen wollte, soll deswegen hier nicht vorenthalten werden: *„Neben einer seelischen Umstellung der – ich darf das sagen, ohne irgendjemandem persönlich nahe treten zu wollen – nicht in jedem einzelnen Falle selbst von der Muse geküßten Beamten des alten Regimes, einer Umstellung, die natürlich nicht restlos gelingen konnte, mußten, wie ich schon sagte, neue Männer an die Arbeitsplätze der staatlichen Kunstverwaltung, die zwar natürlich auch Beamtenqualitäten besitzen, die aber selbst innerlich ganz anders zu diesen Dingen stehen mußten als der Durchschnittsbeamte, Männer, die nicht von außen her mehr oder minder kühl an die Kunst als das ihnen zufällig für kürzere oder längere Zeit zugewiesene ‘Ressort’ herantreten (wie sie gestern die Angelegenheit der Pfarrergehälter ‘ressortmäßig’ behandelt hatten und morgen sich ebenso pflichttreu etwa mit dem höheren Schulwesen beschäftigen würden), sondern Männer, denen die Kunst Offenbarung, denen sie eigenes inneres Erlebnis geworden war.“*<sup>26</sup> Dies war sicherlich eine Idealvorstellung, die Haenisch hier recht emphatisch vorträgt, aber im Kern war dies genau das Problem.

Sowohl Becker als auch Haenisch wiesen der Kulturpolitik, die sich eben nicht nur auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Erziehung begrenzen ließ, sondern auch die Künste aktiv einbeziehen sollte, eine bedeutende gesellschaftliche Verantwortung in sozialpolitischer und nationalethischer Hinsicht zu.<sup>27</sup> Kultur- und Kunstpolitik war ihnen ebenso wichtig wie Finanz- oder Außenpolitik, weil sie sich vom kulturellen Aufstieg Deutschlands, der weiterhin als nationale Erziehungsfrage und Kulturauftrag des Staates jedoch bei gleichzeitiger Förderung der gesellschaftlichen Kulturautonomie angesehen wurde, eine bessere Position Deutschlands im Wettbewerb mit anderen Nati-

---

<sup>26</sup> Ebda., S. 152.

<sup>27</sup> Vgl. Winfried Speitkamp: „Erziehung zur Nation“ – Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar, in: Helmut Berding (Hg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität – Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Frankfurt a.M. 1994, S. 541-581, hier S. 544. Harry Graf Kesslers kulturpolitische Utopien und Konzeptionen aus der Zeit der Jahrhundertwende wurden in der Zeit der Weimarer Republik wieder aktuell und beinhalteten durchaus innovative Denkanstöße. Früh sah Kessler bereits die Notwendigkeit eines permanenten Einsatzes von Kommunikationstechnik und gezielter Anwendung der Medien zum Herstellen von Öffentlichkeit, um diese als kulturpolitischen Machtfaktor zu nutzen. Vgl. Burkhard Stenzel: „... eine Verzauberung ins Helle und Heitere.“ Harry Graf Kesslers Ideen zur Kulturerneuerung in Deutschland, in: Wolfgang Bielas/Burkhard Stenzel (Hg.): Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz. Intellektuellendiskurse zur politischen Kultur, Weimar u.a. 1996, S. 37-55.

onen versprochen. Angesichts von Pisa-Studie, Lehrermangel, und dem heutigen (Aus-)Bildungsdilemma an Schulen und Universitäten hat das Postulat Haenischs, indem er einen direkten Bezug von Kulturpolitik und nationaler Wirtschaftskraft herstellt, „daß jede Ausgabe für Bildungszwecke ohne weiteres als Kapitalanlage zu buchen ist,“<sup>28</sup> scheinbar nichts von seiner Aktualität verloren. Haenischs kulturpolitisches Konzept hatte Großbritannien und Frankreich vor Augen, deren Erfolg als Nationen er auf ihre eigenständigen nationalen Kulturen zurückführte, und zielte auf die Herausbildung eines spezifisch deutschen Kulturbewußtseins ab, ohne dabei aber den übertriebenen Nationalismus des Kaiserreichs zu meinen.<sup>29</sup> Mit einer Kombination aus sozialer Ausrichtung und nationaler Aufgabe der Kulturpolitik versuchte Haenischs Konzept, „den politischen Untergang des Kaiserreichs kulturell zu kompensieren und die Basis für eine Wiederbelebung der Kulturnation Deutschland zu schaffen, die im Kreise der nationalen Kulturen einen eigenständigen Rang gewinnen sollte.“<sup>30</sup>

Carl Heinrich Becker betonte in seiner kulturpolitischen Auffassung mehr den nationalen und den gemeinschaftsbildenden Charakter von Kunst und Kultur. Für ihn hieß Kulturpolitik „bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes und des Staates zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen.“<sup>31</sup> Die Überbrückung der innerpolitischen Gegensätze wie beispielsweise Individualismus und Partikularismus sei nur durch die Pflege des Volksgedankens zu erreichen, so Becker und verknüpfte dies mit der Forderung, daß ein starker kulturpolitischer Wille dahinter stehen müsse, der vom Schulbuch an bis zur Äußerung des leitenden Ministers ge-

<sup>28</sup> Haenisch [wie Anm. 24], S. 31.

<sup>29</sup> „[...] bitter not tut uns [...] gerade in diesen Zeiten des großen nationalen Zusammenbruchs die Herausarbeitung eines starken, einheitlichen Nationalbewußtseins in den großen Massen des deutschen Volkes, eines Nationalbewußtseins, das von überhitztem Nationalbewußtsein ebenso weit entfernt ist wie von würdeloser Weichlichkeit in Dingen des nationalen Empfindens, ein einheitliches deutsches Kulturbewußtsein, das fest gegründet ist auf gemeinsamer Pflege deutscher Geschichte und Sage, deutscher Sprache und Dichtung, deutscher Vergangenheit und Größe, die keineswegs die Größe der Schlachten zu sein braucht. Sollen wir aber zu einem solchen einheitlichen Kulturbewußtsein kommen, wie es z.B. die Franzosen, aber auch die angelsächsischen Länder besitzen, so brauchen wir eine einheitliche deutsche Erziehung [...]“ Haenisch [wie Anm. 24], S. 75f. Becker stellt gar folgenden Vergleich an: „Kulturpolitik ist weiter die Politik mit Ideen, auf der zum guten Teil das englische Prestige sich aufbaut, ist doch das englische Bildungs- und Kulturideal für die englische Nation bei ihrer Auseinandersetzung mit fremden Völkern an Bedeutung wohl der englischen Flotte vergleichbar.“ Becker [wie Anm. 1], S. 1.

<sup>30</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 27], S. 547.

<sup>31</sup> Becker [wie Anm. 1], S. 2.

sinnungsbildend alles durchdringe.<sup>32</sup> Mit Bezug auf Fichte leitete Becker ein „flammendes“ Plädoyer für die Rückgewinnung der nationalen Würde ein, die es erst ermögliche, Deutschlands Prestige und Einfluß nicht als militärische Großmacht<sup>33</sup>, sondern als vermittelnde Kulturnation herzustellen. „*Der Mensch kann nur dasjenige wollen, was er liebt; seine Liebe ist der einzige, zugleich auch unfehlbare Antrieb seines Wollens und aller seiner Lebensregung und – bewegung*‘ – sagt Fichte. Wir müssen also, wenn der nationale Gedanke im Mittelpunkt unserer Erziehung stehen soll, vor allem unser Volk, unsere Eigenart, unser deutsches Wesen lieben und zwar über alles lieben. Ist das möglich in einem Augenblick, wo die Besten unseres Volkes an ihm irre werden? [...] Suchen wir den deutschen Gedanken zunächst in uns selber, dann in unserem Volk, stellen wir ihn heraus in seiner irrationalen und seiner rationalistischen Prägung, aber befreien wir ihn – bei stärkster individueller Staatsgesinnung – von staatlicher Enge, vom Zwang der Grenzpfähle, [...], indem wir die Staatszugehörigkeit zurücktreten lassen hinter die Volkszugehörigkeit, oder pflegen beide nebeneinander. In welcher Form auch immer, wir müssen uns erziehen zum Bewußtsein unserer selbst.“<sup>34</sup> Und auch Becker läßt – wie Haenisch – keinen Zweifel darüber, daß der zukünftigen Kulturpolitik eine zentrale Bedeutung im politischen Leben der Weimarer Republik zukommen werde, indem er sie zum einen bedeutungsgleich mit der Außenpolitik und zum anderen in direkten Bezug zur Wirtschaftspolitik setzt. „*Bisher war Kulturpolitik in der Außenpolitik ein Vehikel wirtschaftlichen Einflusses oder ein graziöser Schnörkel auf dem kaufmännischen Wechsel. In Zukunft müssen feste kulturpolitische Ziele Richtschnur und Schranke auch für unsere Wirtschaftspolitik sein.*“<sup>35</sup>

Während in der Nationalversammlung und den Ministerien um die politische und institutionelle Umsetzung der Kulturverfassung bei gleichzeitiger Wahrung der Kulturhoheit des Reiches und Gewährleistung gesellschaftlicher Kulturautonomie, um die Vereinbarkeit des Unvereinbaren gefochten wurde – auch um den formulierten Legitimitätsanspruch des Staates zu wahren –, fanden auf gesellschaftlicher Ebene Entwicklungen in Kunst und Kultur statt, die sich erstaunlicherweise – ähnlich wie die Politik – widersprüchlich, kontrovers, aber auch konstruktiv, innovativ und vielfältig präsentierten. „*Die Kultur der Weimarer Republik wirkt auf den ersten Blick genauso chaotisch wie die politische*

---

<sup>32</sup> Ebda., S. 48. „Vor allem müssen unsere Staatsmänner lernen, das kulturpolitische Machtinstrument zu gebrauchen.“ Ders., S. 7.

<sup>33</sup> „Das deutsche Volk ist wichtiger als die deutsche Weltmachtstellung.“ Becker [wie Anm. 1], S. 52,

<sup>34</sup> Becker [wie Anm. 1], S. 48-52.

<sup>35</sup> Ebda., S. 53.

*und sozio-ökonomische Situation der Jahre zwischen 1919-1933.*<sup>36</sup> Grundlage für die Weimarer Kultur, deren Zerrissenheit, Uneinheitlichkeit und Individualismus immer wieder herausgestrichen und von Zeitgenossen so beklagt wurde, bildete das gesellschaftliche Gemeinschaftserlebnis des Krieges und der nationalen Niederlage, deren wirtschaftliche und politische Folgen die Bevölkerung in ihrer Existenz trafen. Auf diesen „Schock“ folgte bei den Menschen eine tiefe Verunsicherung und Niedergeschlagenheit. Deutschland stand nach dem Krieg im Winter 1918/19 am Rande eines Bürgerkrieges, von Hungersnot geplagt und in seiner Identität als Großmacht entwurzelt. Und auch die Novemberrevolution mit ihren Wirren verunsicherte die Menschen zunächst mehr, als daß deren Errungenschaften ihnen einen wirklichen Halt boten und eine sicherere Zukunft versprachen. Im Gegenteil, der Großteil der Bevölkerung war damit beschäftigt, um das tägliche Überleben zu kämpfen und sich mit dem herrschenden Chaos einzurichten, während es gleichzeitig unabdingbar wurde, einen ganzen Staat verfassungsrechtlich, politisch, wirtschaftlich und auch kulturpolitisch unter ganz anderen Vorzeichen völlig neu zu konzipieren. Somit konkurrierte in der Öffentlichkeit und in deren Interesse, aber auch im Handeln aller am politischen Geschehen Beteiligten die Bewältigung alltäglicher Aufgaben ständig mit der Beschäftigung und Lösung scheinbar noch größerer politischer oder wirtschaftlicher Entscheidungen.<sup>37</sup> Verunsicherung, Zerrissenheit, Ablehnung und ein vages Unbehagen waren die Folge. Diese pessimistische, auch melancholische Grundstimmung war

---

<sup>36</sup> Jost Hermand/Frank Trommler: Die Kultur in der Weimarer Republik, München 1978, S. 35.

<sup>37</sup> Es verwundert daher nicht, daß die breite Masse der Bevölkerung deshalb kaum Anteil an der Arbeit des im Februar 1919 gewählten Parlaments oder der Entstehung der neuen Verfassung nahm. Nicht nur weil man sich vielmehr um Lebensmittel, Arbeit oder Brennstoff kümmern mußte, sondern auch weil die Politik und ihre Repräsentanten so durch die Beschäftigung und Erledigung sowohl der tagespolitischen Aufgaben als auch der großen außen- und innenpolitischen Themen wie den Versailler Vertrag oder eben mit der Schaffung einer neuen Verfassung in Anspruch genommen waren, daß die für uns heute so selbstverständliche und breitgefächerte Information der Bevölkerung nur marginal zustande kam oder möglicherweise schlicht vergessen wurde. Es wäre müßig darüber zu streiten, ob diesem Umstand ein kollektiver Wille der Politik zugrunde lag, was kaum nachvollziehbar ist, oder einfach auf einem Desinteresse beruhte, das zustande kam, weil man mit sich selbst beschäftigt war und weil eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit dem nun über die Bevölkerung hereinbrechenden Pluralismus herrschte. Vgl. hierzu Heinrich Potthoff: Verfassungsväter ohne Verfassungsvolk? Zum Problem von Integration und Desintegration nach der Novemberrevolution, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 339-354.



aber nur ein Teil der geistigen und seelischen Befindlichkeiten, die das Kultur- und Kunstschaffen der Weimarer Republik prägen sollte.<sup>38</sup>

Auf der anderen Seite war ein Optimismus, ein positives Lebensgefühl verbreitet, dessen Kraft sich daraus speiste, das Alte und Überkommene überwunden zu haben und nun aktiv eine bessere Zukunft gestalten zu können. René Schickele verlieh einer Hoffnung Ausdruck, die euphorisch und scheinbar frei von allen Vorbehalten war, als er schrieb: *„Der 9. November war der schönste Tag meines Lebens. Am 9. November war ich am glaubhaftesten, fast möchte ich sagen: nachweislich im Himmel. Ich glaubte, von nun an nie mehr allein zu sein, nie mehr an mir und den anderen zu verzweifeln. Zum erstenmal lag ich geborgen am Herzen Deutschlands.“*<sup>39</sup> Zum erstenmal fühle er sich sicher. Die neue Welt stehe ganz offen.<sup>40</sup>

Das Wort „neu“ wurde gewissermaßen über Nacht zum Schlagwort für alle jene, die die Veränderungen nicht nur akzeptierten, sondern auch begrüßten und die in ihnen Möglichkeiten und Chancen für die Verwirklichung eigener Ideen sahen. Und dieses Lebensgefühl bahnte sich seinen Weg und fand sich wieder in der Kunst und Kultur der Weimarer Republik. Plötzlich war alles irgendwie „Neu“, angefangen bei der „Neuen Frau“, der „Neuen Dichtung“ über den „Neuen Geist“ und das „Neue Theater“ bis hin zur „Neuen Sachlichkeit“. „Neu“ wurde zum Modewort und von den Zeitgenossen als Synonym für alles benutzt, was sich von der Zeit vor 1918 abgrenzen, gleichzeitig

---

<sup>38</sup> Laqueur sieht diese Haltung besonders bei den Linksintellektuellen verbreitet und spricht gar von einem Kulturpessimismus. *„Der Pessimismus der linksorientierten Intelligenz war nur natürlich; aus ihrer Selbstdefinition heraus sah sie ihre Berufung in der Opposition zum Status quo. Die Republik blieb in vielerlei Hinsicht hinter den Erwartungen der linken Intellektuellen zurück; [...] Eine Ironie, daß ihr Pessimismus nicht mehr als eine kleine Wolke am politischen Horizont war. Er war das Produkt einer vagen Malaise, einer Unzufriedenheit mit dem allgemeinen Stand der Dinge, Zweifel und Mißvergnügen machten die Intellektuellen der Linken den Leistungen ihrer Zeit gegenüber blind; sie wären höchst überrascht gewesen, hätte ihnen jemand gesagt, daß nur wenige Jahrzehnte später Weimar-Deutschland Gegenstand eines Kults werde, und daß Geschichtsbeflissene es interessanter finden würden als das England oder Frankreich der Zwanziger Jahre.“* Und über die Rechtsintellektuellen meint Laqueur: *„Wie sie den neuen Staat haßten, so verabscheuten sie seine Kultur. [...] Für sie waren die Äußerungen des neuen Geists ein Verrat an den nationalen Werten und der deutschen Tradition, waren Degeneration und Kulturbolschewismus.“* Walter Laqueur: *Weimar. Die Kultur der Republik*. Frankfurt a.M. u.a. 1976, S. 57 u. 59. Zur Rolle und Verantwortung der Intellektuellen in der Weimarer Republik vgl. auch François Beilecke: *Intellektuelle, Kultureliten und Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik. Konzepte und Forschungsperspektiven in diesem Band und den Beitrag von Wolfgang Gruner: Alfred Kantorowicz und die Weimarer Republik ebenfalls in diesem Band.*

<sup>39</sup> René Schickele: *Der neunte November* (Tribüne der Kunst und Zeit; 8), 2. Aufl., Berlin 1919, S. 86 f.

<sup>40</sup> Vgl. Laqueur [wie Anm. 38], S. 56.

Offenheit signalisieren und dem Innovativen, dem Optimismus und dem „neuen“ Zeitgeist Ausdruck verleihen wollte. Daß die gemeinten Inhalte, die mit dem Begriff „neu“ verbunden wurden, häufig grundverschieden waren, schien die Zeitgenossen jedoch nicht weiter zu beunruhigen.

Das antinomistische Nebeneinander von Gesagtem und Gemeintem, von Gewolltem und Gemachtem gehörte zum Typus des „Neuen“ und Kunst und Kultur profitierten davon. Die Gleichzeitigkeit des Widersprüchlichen fand ihren vielfachen Ausdruck in Theater, Musik und Literatur und charakterisierte einen wichtigen Bereich der Weimarer Kultur. So lassen sich beispielsweise für die Theaterkultur eine Fülle von Strömungen ausmachen, die sich gleichzeitig entwickelten, nebeneinander existierten, aber ganz gegensätzlichen Ausdrucksformen, Inhalten und Zielen folgten. Die Stücke Brechts oder die Aufführungen Reinhardts, mit ihrem politischen und künstlerisch-intellektuellen Anspruch auf Zeitkritik, standen im krassen Gegensatz zu der aufblühenden, seichten Unterhaltungskultur von Varietés, Komödien und Frauenschlammkämpfen.<sup>41</sup>

Laqueur unterstreicht zu recht, daß Kulturgeschichte nicht nur die Geschichte der Avantgarde sei.<sup>42</sup> Sicherlich war der Avantgarde in jedem Kunst- und Kulturbereich eine führende Rolle zuzugestehen, wenn es darum ging Akzente zu setzen, aber sie ist – und so war es auch in der Weimarer Republik – eben auch nur eine Teilkultur von vielen andern in einem bestimmten sozialen Milieu. Ähnliches galt für die Links- und Rechtsintellektuellen<sup>43</sup> in der Weimarer Republik, von denen Sontheimer behauptet, daß „*in Wahrheit weder der intellektuelle Nationalismus noch der Linksintellektualismus die Republik [repräsentierten]*.“<sup>44</sup> Dies mag für das politische System und den Staat gelten, nicht aber für dessen Kultur, die gerade von den Intellektuellen durch ihre Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik einerseits und den ideologischen Gegnern andererseits geprägt wurde. Sontheimer scheint dies auch zu bestätigen, wenn er ausführt: „*Die Weimarer Republik erlebte einen Ansturm des Geistes gegen die politische*

<sup>41</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz in diesem Band von Sven Kamin: „Contra Rückwärtseriei und Ichpfeifdraufismus“ – Alfred Kerr und das Theater der Weimarer Republik.

<sup>42</sup> Vgl. Laqueur [wie Anm. 38], S. 279.

<sup>43</sup> Vgl. hierzu Walter Laqueur: „Die Linksintellektuellen“ und „Donner von Rechts – Die Rechtsintellektuellen“, in: Laqueur [wie Anm. 38], S. 62-138 und die beiden Aufsätze in diesem Band von Wolfgang Gruner: Alfred Kantorowicz und die Weimarer Republik und François Beilecke: Intellektuelle, Kultureliten und Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik. Konzepte und Forschungsperspektiven.

<sup>44</sup> Vgl. Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918-1933, 3. Aufl., München 1992, S. 309.

und soziale Wirklichkeit, wie ihn kaum eine andere Phase der deutschen Geschichte verzeichnet. Selten erreicht der Anspruch des Geistes, sich über platte Realität zu erheben, eine solche Verstiegtheit, eine solche schonungslose Realität. Diese Republik hatte über einen geistigen Konformismus als Gesamterscheinung gewiß nicht Klage zu führen. Sie kannte nicht die geistige Sterilität. Sie war ein Eldorado für Intellektuelle. Aber gerade weil sie dies war, gab es keinen eigentlichen Geist der Republik. Die geistigen Horizonte waren vielfältig und doch zugleich erdrückend für die Wirklichkeit des staatlichen Daseins. Das Minimum an geistigem Konsensus, das kein lebendiger demokratischer Staat entbehren kann, blieb ihr versagt.“<sup>45</sup> Sontheimer meint daraus negativ ableiten zu müssen, daß es keinen eigentlichen Geist von Weimar gegeben habe. Aber ließe sich nicht positiv umgekehrt ebenso fragen, ob dies nicht genau den Geist von Weimar charakterisierte, nämlich vielfältig, widersprüchlich, unversöhnlich schwankend zwischen immanenter Systemkritik und absoluter Systemfeindlichkeit?

„Der Charakter des Unbedingten, der die Bedingtheit des eigenen Denkens zu sehen verwehrt, gab beiden Richtungen das Gepräge. Da aber in der Republik beide Gruppen unter einem Dach zusammenleben mußten, herrschte statt eines möglichen Gemeingeistes der Republik ein Geist unversöhnlicher Gegensätzlichkeiten, [...] Die heute so viel beneidete und beschworene geistige Fruchtbarkeit jener Zeit rührte aus der Unbedingtheit der verschiedenen Positionen, die eine eminente Spannung erzeugte, an der die Republik als politisches System nicht genesen konnte. [...] Im geistigen Konzert der Republik fehlten die kräftig intonierten Zwischentöne. Wo immer es um Fragen der gesellschaftlichen Ordnung ging, zerfiel alles Geistige in eine unversöhnliche Polartät. [...] Je mehr sich der Kampf zwischen den ‘neuen’ Ideen der Nationalisten und der Republik zuspitzte, desto mehr regierten diffamierende Schlagworte das geistige Leben: Kulturbolschewismus auf der einen, Kulturfaschismus auf der anderen Seite. [...] Die Republik als geistige Realität war hoffnungslos eingeklemmt zwischen einer literarischen Linken und der nationalistischen Rechten. [...] Der Geist war frei in ihr, aber er war nicht von ihrem Geiste und vermochte sie nicht zu stützen.“<sup>46</sup> Wenn für Sontheimer die Intellektuellen auch nicht den vielbeschworenen Geist Weimars repräsentierten, so kann ihnen aber gleichwohl eine gewichtige Rolle nicht abgesprochen werden. Gerade durch ihr hartes, aber auch fruchtbares

---

<sup>45</sup> Sontheimer [wie Anm. 44], S. 306.

<sup>46</sup> Ebda., S. 308-310. In dem von Sontheimer so eingehend beschriebenen intellektuellen Spannungsgefüge gab es aber auch ganz andere Bewertungen: „Wie zum Beispiel Ernst Kantorowicz [...] galt den meisten Intellektuellen die Republik als ‚Triumph der Mittelmäßigkeit‘ [...]. Christian de Nuys-Henkemann: Alltagskultur – Moderne Zeiten. Der Verlust der Gemütlichkeit, in: Hilmar Hoffman/Heinrich Klotz (Hg.): Die Kultur unseres Jahrhunderts 1918-1933. Düsseldorf u.a. 1993, S. 11-46, hier S. 17.

Gegeneinander haben sie bei der Schaffung kulturell-geistiger Freiräume, die zur Entwicklung und Entfaltung eines spezifisch Weimarer Kulturklimas – auch auf ganz anderen Gebieten, gewissermaßen durch einen kulturellen Synergieeffekt – unwiderruflich beigetragen. Auch seine These, daß zwischen beiden ideologischen Fronten dem öffentlichen Geist zuwenig Raum zur Entfaltung geblieben sei, kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. In der Weimarer Republik entstand – auch bedingt durch die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Indikatoren, die der verlorene Krieg geschaffen hatte – eine neue Alltags- und Populärkultur ganz eigener Art, „die ihren Stempel der ganzen Periode einprägte und Teil ihres Vermächtnisses geworden ist.“<sup>47</sup> Intellektuellen-, Alltags- und das neue Phänomen Massenkultur existierten nebeneinander, dabei unterschiedlich in sich selbst und gegensätzlich zueinander, sich aber auch immer wieder gegenseitig befruchtend, in der Gleichzeitigkeit der von den jeweiligen Teilkulturen unterschiedlich wahrgenommenen politischen Realitäten Weimars. Dies war ein signifikantes Kennzeichen für die Eigenart der Kultur in der Weimarer Republik, von der Peter Gay meinte, sie sei eine Idee auf der Suche nach Verwirklichung.<sup>48</sup> Diese Suche findet ihren Ausdruck in der Vielfalt und dem Widerspruch der Teilkulturen der Weimarer Republik.

In den Zwanziger Jahren fand der Sport eine weite Verbreitung bis hin zur Massenbewegung und gewann nicht nur als Freizeitbeschäftigung an erheblicher Bedeutung, sondern wurde auch zu einer Form neuer Weltanschauung und Denkungsart stilisiert. Der Erkenntnis, daß Sport weit mehr war als nur Spaß und Körperertüchtigung, nämlich darüber hinaus als ein gemeinschaftsstiftender, als identitätsstiftender, aber auch als politischer Faktor gesehen wurde, folgte die Kontroverse über dessen Organisationsform und Durchführung in den Vereinen und Verbänden auf kommunaler Ebene bis hin zur Reichsebene. Während für die einen das „Neue“ an sportlicher Betätigung die Entdeckung eines neuen Körperkultes, -gefühls und einer Körperästhetik war, bestand die Innovation für andere darin, den Sport angesichts der Auflagen des Versailler Vertrages gezielt als Instrumentarium zur Wehrhaftmachung der jungen Generation zu nutzen und entsprechend zu organisieren. Gerade

---

<sup>47</sup> Vgl. Nuys-Henkelmann [wie Anm. 46], S. 11-46.

<sup>48</sup> Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918 - 1933, Frankfurt a.M. 1987, S. 17.

durch diesen unterschiedlichen Impetus, bildete sich eine vielfach neue Vereinskultur heraus, die von Stadt zu Stadt unterschiedlich sein konnte.<sup>49</sup>

Oder die „Neue Frau“. Wer oder was war damit gemeint? War es die von Otto Dix gemalte Sylvia von Harden, verlobt, bohémehaft mit Monokel, Garçon-Haarschnitt und Zigarettenspitze; oder war es der Filmstar, der von der aus Amerika herüberschwappenden und nun in Deutschland sich ausbreitenden Filmindustrie kreiert worden war, glitzerhaft, schön und unnahbar; oder waren es möglicherweise doch die vielen, unbekannten Frauen, denen sich aufgrund technischer Innovationen neue Berufe erschlossen hatten und die plötzlich berufstätig sein konnten, ihr eigenes Geld besaßen, vom Mann unabhängig wurden und einen eigenen, neuen Lebensstil entwickelten?<sup>50</sup>

Die Neuentdeckung der Öffentlichkeit als kulturpolitischen Faktor und die Rolle der Medien als meinungsbildendes und -steuerndes Instrumentarium in diesem Zusammenhang gewann nicht nur für die Zeitgenossen eine zentrale Bedeutung, sondern wirkt bis heute auf unsere Wahrnehmung der Weimarer Kultur. Die Presse, die nur scheinbar größere Freiheiten vorfand und genoß als im Kaiserreich, bekam zunehmend Konkurrenz von Rundfunk und Film.<sup>51</sup> Angesichts der neuen Technik wurden beispielsweise ganz andere Formen der Kommunikation notwendig, um der größeren Erreichbarkeit der Massen – je nach Zielsetzung – gerecht werden zu können. Auch bildeten die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stadt- und Landbevölkerung ein Kriterium beispielsweise bei der Gestaltung von Radioprogrammen.<sup>52</sup> Die Medien rückten aber auch durch ihre zunehmende Präsenz und wegen ihrer nicht immer unumstrittenen Einflußnahme auf die Öffentlichkeit in den Blick der Politik, die sich ihrerseits bemühte, die Medien für sich wirksam zu machen, und wenn dies nicht gelang, sie je nach Einzelfall zu zensieren oder zu verbieten. Je nach zuständigem Beamten und dessen politischer Haltung wie ästhetischer Empfindung waren der Auslegung und Durchsetzung der zur Verfügung stehenden Gesetze, sei es um die Jugend vor scheinbar gefährlichen Einflüssen zu schützen oder politische Gegner, die sich mit unliebsamen oder auch recht handfesten Äußerungen und Handlungen gegen den Staat und seine Reprä-

---

<sup>49</sup> Vgl. hierzu den Beitrag in diesem Band von Søren Drews: Wehrhaftigkeit dank Körperkultur! Die „bürgerliche“ Turn- und Sportvereinslandschaft in Kassel.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz in diesem Band von Reimar Bendix: „Sie repräsentieren eine ganze Zeitepoche“ – Dix' Bildnis der Sylvia von Harden als Leitfigur einer neuen Kultur.

<sup>51</sup> Vgl. hierzu den Beitrag in diesem Band von Anne Teichler: Die Weimarer Republik – Eine Zeit der freien Presse?

<sup>52</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz in diesem Band von Florian Cebulla: Der Rundfunk in der Weimarer Republik – „Kulturfaktor“ und Politikum.

sentanten richteten, abzuwehren, aber auch – und dies ist wichtig –, um den Kulturauftrag des Staates und damit seine Kulturhoheit zu unterstreichen, nur wenig Grenzen gesetzt. Gerade im Bereich der Zensur stießen die Weimarer Realitäten, nämlich Staat, Politik und Kultur/Kunst, besonders hart aufeinander. Auch wenn man, wie der progressive Haenisch als Kulturminister immer betonte, daß „eine Parteinahme zugunsten irgendeiner ‘Richtung’ in der Kunst“ vermieden werden sollte, und die „*Parteinahme einer Behörde nicht zusteht und nichts anderes bedeutet als Anmaßung und Überheblichkeit. [...] Ein für alle Male: die Entscheidung darüber was Kunst ist, geht den Staat als solchen nicht das mindeste an.*“<sup>53</sup> Diese Äußerungen zeigen aber auch, daß es offenbar solche Versuche von Zensur und Einflußnahme von Beamten zur Genüge gegeben haben muß. Das geflügelte Wort von der „Brunnerei“<sup>54</sup> war im Berlin der Zwanziger Jahre geradezu ein Sinnbild für den Versuch, durch Verbote und ein falsch verstandenes Moral- und Kunstempfinden, Inhalte von staatlicher Seite zu beeinflussen. Haenisch verwehrt sich selbst zwar dagegen, bringt aber ein Beispiel dafür, daß sowohl in der Politik und in den Ministerien als auch bei den Beamten und Behörden offenbar doch vollkommen gegensätzliche Meinungen über die Auslegung von Gesetzen im Bereich der Kunst und Kultur existierten: „*Ebenso wies ich das vom Zentrum entschieden geforderte staatliche Einschreiten in Sachen der dramatischen Kunst z.B. gegen die Aufführung von Stücken wie etwa Lautensacks ‘Pfarrhauskomödie’ weit von mir. Nicht nur aus Achtung vor der Reichsverfassung, sondern auch aus innerer Ueberzeugung.*“<sup>55</sup> Aber war dies nicht auch bereits eine Form, wenn nicht von Zensur, so doch von staatlicher Einflußnahme, selbst wenn sie, wie in diesem Fall, zugunsten des Künstlers ausfiel?

Daß es aber für die Beamten nicht immer leicht war, zwischen Kunst und Pornographie zu entscheiden, läßt Haenisch ironisch-augenzwinkernd durchblicken, wodurch er auch die Doppelmoral einiger Beamter entlarvt, in dem er auf Brunner und sein Umfeld bezugnehmend fast süffisant fortfährt: „*Der zweite Grundfehler bei denen um Brunner ist aber, daß sie Kunst und Pornographie nicht streng genug auseinanderzuhalten vermögen! Herr Brunner besitzt als Dezernent des Polizeipräsidiiums eine überaus reichhaltige Sammlung pornographischer Literatur (er hat mich freundlicherweise in sie mal einen Blick tun lassen) und ich glaube ihm aufs Wort seine sittliche Entrüstung über die dort aufgehäufte und wohl-*

<sup>53</sup> Haenisch [wie Anm. 24], S. 154f.

<sup>54</sup> Gemeint war Professor Brunner, Zentrumsabgeordneter, Dezernent im Berliner Polizeipräsidium und in dieser Eigenschaft häufig als Kunstsachverständiger in Gerichtsverfahren eingesetzt. Haenisch [wie Anm. 24], S. 156.

<sup>55</sup> Ebda.

*geordnete Schweinerei: Aber was in aller Welt hat das mit Wedekind und Lautensack zu tun? [...] Dazu kommt noch etwas anderes: wie unserem Freunde Brunner immer wieder die Begriffe Kunst und Pornographie durcheinanderlaufen, so verwechselt er fortwährend eine starke, gesunde Sinnlichkeit besonders dann, wenn sie sich einmal übermütig austobt, mit dem Lindwurm jener Unsittlichkeit, den zu erlegen er sich zu seiner heiligen Lebensaufgabe gesetzt hat.“<sup>56</sup> Die Probleme für Kunstschaffende in der Weimarer Republik werden angesichts solcher Beamter, die sicher keine Einzelfälle waren, in den für sie zuständigen Stellen etwas deutlicher, obwohl Haenisch als Kultusminister progressiv forderte: „Lassen wir doch wenigstens ästhetisch jeden nach seiner Fassung selig werden. [...] ästhetisches Urteil kann niemals von oben her dekretiert werden – es muß stets von unten herauf wachsen.“<sup>57</sup> Bei aller Offenheit auf dem künstlerisch-ästhetischen Gebiet insistierte er, wenn auch verdeckt, auf den staatlichen Anspruch von Kulturhoheit und damit auch darauf durch Verbote oder gelenkte Finanzmittel Einfluß nehmen zu können, wenn er affirmativ resümiert: „Mit dem Bemühen, das Niveau der staatlichen Kunstpflege auf allen Gebieten zu erhöhen, ging Hand in Hand der Versuch einer Verbreiterung des Kunstlebens.“<sup>58</sup>*

Mit dem Versuch für den vorliegenden Band und für den Gegenstand der Betrachtungen einen Rahmen herzustellen, wird abschließend bereits eines deutlich, daß die Grenzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit nur allzu oft in der Weimarer Republik verschwammen und zu unnötigen Irritationen führte, sei es beim Anspruch des Staates auf Kulturhoheit oder bei der institutionellen Kulturverwirklichung im Sinne der bestehenden Gesetzgebung oder sei es in der Einübung gesellschaftlicher und individueller Kulturautonomie bzw. Toleranz. Darin ausschließlich einen Nachteil zu erblicken, fällt angesichts der Kultur Weimars schwer, die trotz aller Hindernisse oder gerade deswegen so reiche „Blüten“ getrieben hat. Dieser Band möchte einige dieser „Blüten“ der Weimarer Epoche beleuchten, wobei sowohl die institutionelle Ebene als auch die unterschiedlichen „Produkte“ der Kunst- und Kulturschaffenden einbezogen werden, die zwar vielfältig, aber jedes für sich sowohl Ausdruck individueller als auch gesellschaftlicher Kultur waren. Ein solches Unterfangen stößt, immer wenn man das Phänomen Kultur in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Epoche untersucht, auf methodische Schwierigkeiten, die es auch hier zu bewältigen galt.

---

<sup>56</sup> Ebda., S. 157-158. Für Haenisch war dies übrigens der entscheidende Grund, Brunner nicht ins Kultusministerium zu berufen.

<sup>57</sup> Ebda., S. 156f.

<sup>58</sup> Ebda., S. 159.

Denn wie soll man beispielsweise das Lebensgefühl und die -qualität, den Zeitgeist, das soziokulturelle Klima, sowie Eindrücke, Wahrnehmungen und Gefühlswelten der Zeitgenossen zu empirisch meß- und damit verwertbaren Aussagen verhelfen? Wie das Ungreifbare greifen und das eigentlich Immaterielle vor den Augen des Betrachters materialisieren? Angesichts derlei Überlegungen stellt sich freilich auch die Frage, inwieweit das Bild, das sich in den Köpfen oder Vorstellungen der Wissenschaftler aller Disziplinen, die sich mit dem Phänomen der Weimarer Kultur beschäftigen, geformt hat, nicht vorwiegend von exponierten Zeugnissen und Quellen wie beispielsweise der zeitgenössische Presse geprägt wurde. Wir benutzen das Bild und den Begriff der sog. „Golden Zwanziger Jahre“, die bei näherer Betrachtung der politischen und sozialen Realitäten, gar nicht so golden waren, außer für eine kleine Oberschicht in den Städten. Ist uns bei unseren Betrachtungen bewußt, daß der Begriff des „Maschinenzeitalters“ für diese Epoche nicht nur dem Film Fritz Langs „Metropolis“ geschuldet ist, sondern durchaus auch andere Formen von Technisierung beinhaltet, die wiederum so einschneidend und grundlegend zu Veränderungen des Alltags und des Lebens(gefühls) der Menschen führten, daß selbst der Begriff vom „Zeitalter der Nervosität“ nur einen Teil dessen wiedergeben kann, was tatsächlich gemeint ist.<sup>59</sup> Inwieweit decken sich die Wahrnehmungen der Zeitgenossen mit den Ergebnissen der heutigen Wissenschaft überhaupt noch, die ja sowohl in der Auswahl ihrer Forschungsgegenstände und der benutzten Quellen als auch in ihren Fragestellungen und deren Beantwortung – in Interpretation und Sichtweise – sich häufig durch jene leiten lassen, die sie zu untersuchen gedenken?

Diese Fragen berücksichtigend will der Band mit seinen Beiträgen zunächst nicht ein möglichst komplettes und endgültiges Bild der Weimarer Kultur und -politik, liefern. Vielmehr werden – und dies ist dem schwierigen Betrachtungsgegenstand geschuldet –, eingebettet in den politischen und historischen Kontext, dabei methodisch abwägend und flexibel durch das Mittel der Momentaufnahmen, gewissermaßen durch die reflexartige Beleuchtung, jene Spuren versucht nachzuzeichnen, die dem gesellschaftlichen Phänomen, das wir unter dem alles meinenden Begriff der Kultur subsumieren, welches sich in jeder Epoche immer in einer ganz anderen, aber immer auch in seiner spezifischen Eigenart entwickelt und zeigt, ein „Gesicht“ für die Weimarer Epoche geben.

---

<sup>59</sup> Vgl. Joachim Radkau: Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Edition Suhrkamp Neue historische Bibliothek, N.F.; 536), Frankfurt a.M. 1990 und Ders.: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München u.a. 1998.



## Literatur

- Anschütz**, Gerhard: *Die Verfassung des deutschen Reiches. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis*, 14. Aufl., Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1933.
- Becker**, Carl Heinrich: *Kulturpolitische Aufgaben des Reiches*. Leipzig 1919.
- Becker**, Frank: *Amerikanismus in Weimar. Sportsymbole und politische Kultur*, Wiesbaden 1993.
- Bialas**, Wolfgang (Hg.): *Die Historismusdebatte in der Weimarer Republik* (Schriften zur politischen Kultur der Weimarer Republik; 2), Frankfurt a.M. u.a. 1996.
- Buschmann**, Hugo: *Jugend und Jugendbewegung im öffentlichen Leben Deutschlands*, in: Anton Erkelenz (Hg.): *Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik*, Berlin 1928, S. 380-408.
- Brenner**, Michael: *Jüdische Kultur in der Weimarer Republik*. München 2000.
- Döblin**, Alfred: *Neue Zeitschriften*, in: *Die neue Rundschau*, XXXter Jg. der freien Bühne, 1919, Bd. 1, S. 632.
- Eliot**, T.S.: *Beiträge zum Begriff der Kultur*. Frankfurt a.M. 1949.
- Eloessner**, Arthur: *Das deutsche Theater*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 481-490.
- Gay**, Peter: *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918 - 1933*, Frankfurt a.M. 1987.
- Gentsch**, Dirk H.: *Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch-pädagogische Analyse zur Schulpolitik der SPD in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 11, Pädagogik; 569), Frankfurt a.M. u.a. 1994.
- Gusy**, Christoph: *Die Weimarer Reichsverfassung*. Tübingen 1997.
- Grünthal**, Günther: *Reichsschulgesetz und Zentrumsparlei in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 39), Düsseldorf 1968.
- Haenisch**, Konrad: *Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der deutschen Republik*, Stuttgart 1921.
- Ders.**: *Sozialdemokratische Kulturpolitik*. 4. Auflage, Berlin 1918.
- Hermand**, Jost/Trommler, Frank: *Die Kultur in der Weimarer Republik*, München 1978.
- Hierl**, Ernst: *Das religiöse Bewußtsein unserer Zeit*, in: *Die neue Rundschau*, XXXIter Jg. der freien Bühne, 1920, Bd. 1, S. 529-556.

- Hoffman**, Hilmar/**Klotz**, Heinrich (Hg.): *Die Kultur unseres Jahrhunderts 1918-1933*. Düsseldorf u.a. 1993.
- Huber**, Ernst Rudolf: *Kulturstaat und Kulturoverfassung*, in: Ders.: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 6: *Die Weimarer Reichsverfassung*, Stuttgart u.a. 1981, S. 853-1021.
- Ihering**, Herbert: *Das neue Theater*, in: *Die neue Rundschau*, XXXIIter Jg. der freien Bühne, 1921, Bd. 1, S. 418-426.
- Ischreyt**, Heinz: *Deutsche Kulturpolitik. Informationen über ihre pluralistischen und totalitären Formen*, Bremen 1964.
- Kardorff**, Katharina v.: *Die Frau im modernen Staat*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 525-534.
- Kayser**, Rudolf: *Zur Soziologie der modernen Kultur*, in: *Die neue Rundschau*, XXXIIIter Jg. der freien Bühne, 1922, Bd. 1, S. 4-14.
- Kim**, Sun-Ryol: *Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung von 1919. Eine Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Preußen seit der Reichsgründung von 1871* (Hamburger theologische Studien; 13), Hamburg 1996.
- Krebs**, Engelbert: *Zehn Jahre katholische Kirche in Deutschland*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 423-430.
- Krohne**, Otto: *Die Volksgesundheit*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 357-374.
- Langewiesche**, Dieter: *Freizeit und „Massenbildung“. Zur Ideologie und Praxis der Volksbildung in der Weimarer Republik*, in: Gerhard Huck (Hg.): *Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland*, Wuppertal 1980, S. 223-247.
- Laqueur**, Walter: *Weimar. Die Kultur der Republik*. Frankfurt a.M. u.a. 1976.
- Lehnert**, Detlef (Hg.): *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1993.
- Ders. (Hg.): *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989.
- Litt**, Theodor: *Kulturpolitik als Prüfstein freiheitlicher Staatsgestaltung*, in: Walter Erbe u.a. (Hg.): *Die geistige und politische Freiheit in der Massendemokratie* (Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Politik und Zeitgeschichte; 1), Stuttgart 1960, S. 126-150.
- Maier**, Hans: *Sozialpolitik der geistigen Berufe*, in: *Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik*, hrsg. v. Rudolf Hilferding, Bd. 1, Berlin 1924, S. 469-478.

- Mallwitz, A.:** *Geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung des Sports 1918-1929*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 535-546.
- Mann, Heinrich:** *Dichtkunst und Politik. Bericht an die preußische Akademie der Künste Sektion für Dichtkunst*, in: *Die neue Rundschau*, XXIX. Jg. der freien Bühne, 1928, Bd. II, S. 1-13.
- Meinecke, Friedrich:** *Die Kulturfragen und die politischen Parteien*, in: *Die neue Rundschau*, XXXVIter Jg. der freien Bühne 1925, Bd. 2, S. 673-680.
- Müller, Guido:** *Weltpolitische Bildung und Akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930 (Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik; 2)*, Köln, Weimar, Wien 1991.
- Müller-Seidel, Walter:** *Literarische Moderne und Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik (Studien zur Geschichte und Politik; 251)*, 2., durchges. Aufl., Bonn 1988, S. 429-453.
- Nowak, Kurt:** *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981.
- Potthoff, Heinrich:** *Verfassungsväter ohne Verfassungsvolk? Zum Problem von Integration und Desintegration nach der Novemberrevolution*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland*, Düsseldorf 1974, S. 339-354.
- Radkau, Joachim:** *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Edition Suhrkamp Neue historische Bibliothek, N.F.; 536)*, Frankfurt a.M. 1990.
- Ders.:** *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München u.a. 1998.
- Ruster, Thomas:** *Die verlorene Nützlichkeit der Religion. Katholizismus und Moderne in der Weimarer Republik*, 2., erg. Aufl., Paderborn u.a. 1997.
- Saenger, Samuel:** *Die Not der geistigen Arbeiter*, in: *Die neue Rundschau*, XXIX. Jg. der freien Bühne, 1928, Bd. II, S. 176-178.
- Schmitt, Carl:** *Verfassungslehre*, München, Leipzig 1928.
- Schreiber, Georg:** *Deutsches Beamtentum und deutsche Kulturpolitik*, Münster 1928.
- Simmel, Georg:** *Der Konflikt in der modernen Kultur. Ein Vortrag (Wissenschaftliche Abhandlungen und Reden zur Philosophie, Politik und Geistesgeschichte; 4)*, 3. Aufl., München, Leipzig 1926.
- Sonthheimer, Kurt:** *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918-1933*, 3. Aufl., München 1992.

- Ders.: *Die politische Kultur der Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik (Studien zur Geschichte und Politik; 251)*, 2., durchges. Aufl., Bonn 1988, S. 454-464.
- Speitkamp**, Winfried: „Erziehung zur Nation“ – Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar, in: Helmut Berding (Hg.): *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität – Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit*, Frankfurt a.M. 1994, S. 541-581.
- Stenzel**, Burkhard: „... eine Verzauberung ins Helle und Heitere.“ Harry Graf Kesslers Ideen zur Kulturerneuerung in Deutschland, in: Wolfgang Bialas/Burkhard Stenzel (Hg.): *Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz. Intellektuellendiskurse zur politischen Kultur*, Weimar u.a. 1996, S. 37-55.
- Troeltsch**, Ernst: *Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922, zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Clausen*, Frankfurt a.M. 1994.
- Waldmann**, Emil: *Die deutsche Kunst im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 491-500.
- Weber**, Alfred: *Prinzipielles zur Kulturosoziologie. Gesellschaftsprozess, Zivilisationsprozess und Kulturbewegung*, in: *Archiv zur Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 47. Bd., Tübingen 1920/21, S. 1-49.
- Wende**, Erich: *Der Aufbau des deutschen Schulwesens*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 445-462.
- Wilbrandt**, Robert: *Kulturgewissen und Wissenschaft. Eine Studie an Max Webers Weltanschauung*, in: *Die neue Rundschau*, XXXVIter Jg. der freien Bühne, 1925, Bd. 2, S. 1121-1136.
- Wittwer**, Wolfgang W.: *Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen (Historische und pädagogische Studien; 12)*, Berlin 1980.
- Wolff**, Walter: *Die deutschen evangelischen Kirchen*, in: *Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928*, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 423-430.
- Wolfradt**, Willi: *Revolution und Kunst*, in: *Die neue Rundschau*, XXXter Jg. der freien Bühne, 1919, Bd. 1, S. 745-755.
- Wright**, Jonathan R.: *Über den Parteien. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918 - 1933 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Darstellungen; 2)*, Göttingen 1977.





*E. Redslob in seiner Wohnung am Pariser Platz, 1921*

SONJA STUHRMANN

## **Edwin Redslob: Blasser Ästhet und Revolutionspflanze? Person und Amt des Reichskunstwarts zwischen Anspruch und Möglichkeit**

*„Durch all das, was unter der Bezeichnung „Formgebung des Reiches“ stand, wurde der abstrakte Begriff des Staates lebendig veranschaulicht.“*

(Edwin Redslob, Reichskunstwart von 1920-33)

So faßt Edwin Redslob aus der Retrospektive seine Aufgaben als Reichskunstwart in seinen Memoiren von 1972 zusammen.<sup>1</sup> Er beschreibt damit jene Auffassung von Kultur und ihren Zielen, die zu Beginn der Weimarer Republik herrschte. Ähnliches findet sich auch bei Konrad Haenisch, Kultusminister von 1918-1921, in dessen Buch „Neue Bahnen der Kulturpolitik“<sup>2</sup> oder bei Carl Heinrich Becker, der 1925-30 das Amt des Kultusministers bekleidete. Er definierte Kulturpolitik als „Einsetzung geistiger Werte für Volk und Staat zur Festigung im Inneren und nach außen hin“ und verstand die soziale Aufgabe der Kulturpolitik als einen gemeinschaftsbildenden und nationalen Auftrag.<sup>3</sup> Um diese Ansprüche zu verwirklichen, schuf die Nationalversammlung in Weimar 1919 das Amt des Reichskunstwarts und berief auf Anregung des Deutschen Werkbunds Edwin Redslob als neuen Reichskunstwart zunächst nach Stuttgart und dann nach Berlin.

Doch stellt sich die Frage nach dem Stellenwert dieses Amtes für die Weimarer Kulturpolitik sowie nach den konkreten Aufgabengebieten des Reichs-

---

<sup>1</sup> Vgl. Edwin Redslob: Von Weimar nach Europa. Erlebtes und Durchdachtes, Berlin 1972, S. 173.

<sup>2</sup> Konrad Haenisch: Neue Bahnen der Kulturpolitik. Aus der Reformpraxis der Deutschen Republik, Stuttgart, Berlin 1921.

<sup>3</sup> Vgl. Carl Heinrich Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919, S. 2.

kunstwarts, der Ausfüllung des Amtes durch Edwin Redslob, d.h. nach seiner Arbeit, seiner Wirkung und Rezeption.

### **Zur Person des Reichskunstwarts**

Geboren 1884 in Weimar, verbrachte Redslob seine Kindheit und Jugend in der Goethestadt. Er selbst schreibt: „Als Kind erlebte ich in meiner Geburtsstadt Weimar noch den Nachklang der Epoche Goethes“.<sup>4</sup> Dies schlug sich später in der regen Schreibtätigkeit Redslobs über Goethe und dessen Werke nieder. Sein Vater, Lehrer an einem Gymnasium und öffentliche Person des politischen Lebens, war ein Mann, der noch ganz eng mit den Denkstrukturen der Monarchie verbunden, seinen Kindern Respekt vor dem Kaiserhaus einflößte.<sup>5</sup> Über die Herkunft der Familie Redslob ist zu sagen, daß sie im 16. und 17. Jahrhundert mehrere Bürgermeister in Berlin stellte und somit eine kommunalpolitische Tradition besaß. Bis zum Anfang des 17. Jahrhunderts trug sie jedoch den Namen Retzlow.

In Heidelberg begann Edwin Redslob 1903 sein Studium der Kunstgeschichte im Hauptfach und Literaturgeschichte im Nebenfach. Bereits im Jahre 1904 wurde er von seinem akademischen Lehrer Prof. Dr. Henry Thode, zum Assistenten am kunsthistorischen Institut ernannt und im Jahr 1906 promoviert. Fünf Jahre später wirkte Redslob als Leiter des Kunstgewerbemuseums in Bremen und trat im Jahre 1912 die Direktorenstelle des städtischen Museums in Erfurt an. Diese Zeit des Schaffens in Erfurt, wurde vom Ersten Weltkrieg unterbrochen, in dem Edwin Redslob als Kriegsfreiwilliger zum Infanteristen ausgebildet wurde. Nach Kriegsende erhielt er 1919 einen Ruf nach Stuttgart, um dort die Stelle des Direktors der staatlichen Kunstsammlung anzutreten. Durch die Berufung als Museumsdirektor nach Stuttgart 1919 und als Reichskunstwart nach Berlin 1920 hatte Redslob zwei bedeutende Stellen gleichzeitig inne. Nach eigenen Angaben war es ihm unmöglich gewesen, einen der beiden Rufe abzulehnen. Für Berlin sprach zum einen, daß: „[...] der Innenminister Koch-Weser mit soviel Verständnis den Ausbau meines Amtes betrieb.“

Hinzu kam, daß man in Edwin Redslob einen politisch unabhängigen Kandidaten sah und sich im Falle einer Absage der Feuilletonchef einer großen Parteizeitung in Warteposition auf das Amt befand. Dies sollte jedoch unter allen Umständen vermieden werden, da politische Unabhängigkeit in der Amtsführung vorgesehen war.<sup>6</sup>

Deshalb beschlossen der Reichsinnenminister Koch-Weser und der württembergische Kultusminister Hieber, Redslob solle das Amt in Stuttgart antreten,

<sup>4</sup> Vgl. Edwin Redslob [wie Anm. 1], S. 7.

<sup>5</sup> Vgl. ebda., S. 15ff.

<sup>6</sup> Vgl. ebda., S. 157.



aber gleichzeitig seine Aufgaben als Reichskunstwart in Stuttgart wahrnehmen, bis er später ganz nach Berlin wechsele. In dieser Überbrückungszeit wurde Redslob durch den Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes, Otto Baur, in Berlin vertreten.<sup>7</sup> Nach Joan Campbell soll die Wahl Redslobs für die Stelle des Reichskunstwarts auf eine Initiative des Werkbunds unter der Leitung von Ernst Jäckh zurückzuführen sein.<sup>8</sup>

Diese Vorgänge zeigen, daß Redslob nicht der einzige mögliche Kandidat für das Amt des Reichskunstwarts war. Für seine relativ reibungslose Ernennung bieten sich zwei Erklärungsmodelle an. Entweder hatte Redslob bei seiner Kandidatur einen großen Rückhalt in der damaligen Reichsregierung, bestehend aus SPD, DDP und Zentrum, oder diesem neuen Amt wurde schon bei der Einrichtung keine große Bedeutung zugemessen, so daß man es aus politischer Sicht für unnötig hielt, einen Streit um dessen Besetzung zu führen.

### Die Aufgabengebiete des Reichskunstwarts

Wendet man sich den Aufgabenbereichen des Reichskunstwarts zu, so zeigt sich schnell, daß er das Reichsressort für Inneres in künstlerischen Fragen, bei der entsprechenden Gesetzgebung und in der Verwaltung zwar beraten durfte, aber keine Entscheidungsbefugnisse innehatte. Dennoch stand ihm in seiner Arbeit ein breites öffentlichkeitsträchtiges Wirkungsfeld zur Verfügung.

Dazu gehörten die Kulturarbeit des Reiches nach außen, dort wo das Deutsche Reich unter den Bedingungen des verlorenen Krieges im Ausland präsent sein konnte. Dies betraf vor allem die Wahrung des deutschen Kulturbesitzes in den gefährdeten Grenzgebieten im Westen Richtung Elsaß-Lothringen und nach Osten in Schlesien, Pommern und Westpreußen. Noch wichtiger war die Kulturarbeit des Reiches im Inneren, dazu gehörte die Gestaltung von Verfassungs-, Trauer- und Gedenkfeiern der Republik sowie deren Repräsentation in der deutschen Öffentlichkeit. Über den in der Weimarer Republik gefeierten Verfassungstag, der jährlich am 11. August begangen wurde, schreibt Redslob, er habe schon im Jahre 1921 mit Hilfe von Theodor Lewald einen „Dreiklang“ der Verfassungsfeier durchgesetzt. Er beschreibt diesen Dreiklang wie folgt: *„Am Vormittag Festakt im Reichstag mit der Rede eines führenden Politikers, Heraustreten der Regierungsmitglieder und ihrer Gäste vor den Reichstag, Abschreiten der Ehrenkompanie und Grüßen der zu Zigtausenden sich drängenden Menge* (die Frage nach einer Übertreibung des Autors sei hier kritisch angemerkt); *am Nachmittag Jugendwettkämpfe im Stadion, wofür der Reichspräsident alljährlich „die Verfassungsmedaille“ zur Preisverteilung an die Sieger stiftete. Abends dann ein festliches Konzert, wobei sich der Brauch ergab, daß die*

<sup>7</sup> Vgl. ebda., S. 157ff.

<sup>8</sup> Vgl. Joan Campbell: Der Deutsche Werkbund 1907-1934, München 1989, S. 146.

*neunte Symphonie dazu gewählt wurde.*<sup>9</sup> An diesem Beispiel zeigt sich ganz deutlich, wie die neue Regierung sich darum bemühte, den Deutschen die Gewöhnung an die neue Staatsform der Republik zu erleichtern. Doch anstatt eine wirklich neue Tradition zu begründen, griff man, wie den Beschreibungen des Reichskunstwarts zu entnehmen ist, auf althergebrachte Traditionen aus dem Kaiserreich zurück, die nur ansatzweise in einem neuen Stil abgehalten wurden und mit anderen Inhalten gefüllt waren. Eine breite Anerkennung blieb diesem Gemisch aus alt und neu jedoch verwehrt. Neben der Gestaltung von Feiertagen und Feiern jeglicher Art gehörte in erster Linie die Gestaltung von Briefmarken, Banknoten, Geldmünzen, Urkunden, amtlichen Drucksachen sowie Stempeln, Medaillen und Siegeln zu den Aufgabenfeldern des Reichskunstwarts. Diese Liste lässt sich noch durch Hoheitszeichen, Amtsschilder, Grenzpfähle und der Frage nach der Gestaltung des Reichsehrenmals erweitern. Eine zentrale Rolle spielten hierbei auch die Farben der neuen republikanischen Flagge, die die Farben des alten Kaiserreiches ablösen sollten. Außerdem erhielt Redslob das Mitspracherecht in Bau- und Architekturfragen, wo er den Reichsbehörden beratend zur Seite gestellt wurde. Dies alles war unter dem Begriff „Formgebung des Reiches“ zusammengefasst und veranschaulichte laut Redslob den abstrakten Begriff des Staates sehr lebendig.<sup>10</sup>

Als besonderen Verdienst streicht Edwin Redslob sein Engagement bei der Gesetzgebung zu Beginn der Weimarer Republik heraus, die sich gegen den Verkauf von bedeutenden Kunstwerken ins Ausland wandte. So gelang es ihm z.B., der Stadt Braunschweig eines der weltweit nur 40 existierenden Bilder von Vermeer van Delft, „Das Mädchen mit dem Weinglas“ trotz regen Widerspruchs zu erhalten, indem er dessen Verkauf ins Ausland nicht zustimmte.<sup>11</sup> Tatsächlich wurde aber nie ein allgemeines Ausfuhrverbot für Kunstwerke aufgrund des Artikels 150 der Reichsverfassung erlassen, sondern am 8. Mai 1920 lediglich eine Verordnung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, welche die Ausfuhr von Kunstwerken regeln sollte. Dort heißt es: „§1 Körperschaften, Stiftungen des öffentlichen Rechts, Lehen, Stammgüter, [...] dürfen bewegliche Gegenstände, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Wert haben, nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde oder der von ihr zu bezeichnenden Behörde veräußern, verpfänden, wesentlich verändern oder aus dem Reich ausführen.“ Die Länder durften jedoch, laut § 2 Ausführbestimmungen erlassen.<sup>12</sup> Diese Verordnung war bis zum 31. Dezember 1925 begrenzt und

<sup>9</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 172.

<sup>10</sup> Vgl. ebda., S. 173.

<sup>11</sup> Vgl. ebda., S. 159.

<sup>12</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt, Nr. 104 §1, Erstes Halbjahr 1920. Berlin 1920, S. 913.

wurde durch den Reichsrat bis zum 31. Dezember 1927 verlängert.<sup>13</sup> Danach wurde die Geltungsdauer per Gesetz und ab dem Jahr 1931 durch Notverordnungen ausgedehnt. Zur Umsetzung der Verordnung wurden die Kunstwerke inventarisiert und auf eine Liste der national wertvollen Kunstwerke gesetzt. An der Erstellung dieser Liste war der Reichskunstwart zunächst maßgeblich beteiligt. Später schwand sein Einfluß jedoch rapide. Bei der Frage der Ausfuhr von wertvollen Kunstwerken besaß Redslob keine eigene Zuständigkeit, diese oblag der III. Abteilung des Reichsministeriums des Inneren, die zu diesem Anlaß eine Kommission bildete, in der der Reichskunstwart weder Sitz noch Stimme innehatte.<sup>14</sup> Vor diesem Hintergrund ist es um so bemerkenswerter, daß es Redslob dennoch gelang, den Verkauf des Kunstwerks von Vermeer van Delft, durch die Stadt Braunschweig, zu verhindern.

Ein ebenso interessantes, wenn auch nicht so ruhmreiches Ereignis in seiner Laufbahn, ist die Frage nach der Gestaltung des neuen Reichsadlers, der von vielen später als Pleitegeier verspottet wurde, da er gegenüber dem Reichsadler aus der Kaiserzeit eher schwächling und niedergeschlagen wirkte. Edwin Redslob stellte sich trotz harter Kritik und der Uneinigkeit im Kabinett hinter den Entwurf von Schmidt-Rottluff, dessen Adler durch eine „strenge Betonung der Holzschnitt-Technik und großzügigen Stilisierungen charakterisiert sei“, so der Reichskunstwart. Ihm ging es um die Einheitlichkeit und den Charakter der Republik, der sich in der „durchgängigen künstlerischen Gestaltung aller Hoheitszeichen und durch die Anwendung moderner, sachlicher Formen und Stile demonstrierte.“<sup>15</sup> Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes beklagte die Wohlbeleibtheit des Wappentieres, welche in Konkurrenz zu der anspruchslosen künstlerischen Durchbildung stehe, und befürchtete dieses Aussehen könne im Ausland falsche Rückschlüsse auf die politische Verfassung Deutschlands hervorrufen.<sup>16</sup>

Hieran zeigt sich sehr deutlich, wie uneinheitlich selbst innerhalb der Regierung über die Frage der neuen Nationalsymbolik gedacht wurde. Ja man war sich noch nicht einmal darüber im klaren, ob man überhaupt eine einheitliche Symbolik benötigte. Gelöst wurde dieses Problem mit der Zustimmung des Reichskunstwarts in der Art, daß für unterschiedliche Zwecke und unter-

---

<sup>13</sup> Vgl. Gisbert Laube: Der Reichskunstwart. Geschichte einer Kulturbehörde 1919-1933 (Rechtshistorische Reihe; 164), Frankfurt a.M. 1997, S. 69. Siehe auch §7 der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 11. Dezember 1919, RGB1. 1919, Seite 1961f.

<sup>14</sup> Vgl. Laube [wie Anm. 13], S. 70ff.

<sup>15</sup> Vgl. Winfried Speitkamp: Erziehung zur Nation. Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar, in: Helmut Berding (Hg.): Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2, Frankfurt a.M. 1994, S. 541-580, hier S. 564.

<sup>16</sup> Vgl. ebda., S. 565.

schiedliche Behörden unterschiedliche Ausprägungen des Adlers verwendet wurden. Redslob untermauerte seine Entscheidung damit, daß dieses Verfahren die Toleranz der Republik hervorragend zum Ausdruck bringe.<sup>17</sup>

Winfried Speitkamp kritisiert jedoch diese Auffassung in seinem Aufsatz „Erziehung zur Nation“, indem er in ihr vielleicht ein wissenschaftliches Ideal erkennen könne, sie aber in keiner Weise den administrativen Bedürfnissen jener Zeit entsprochen habe. Speitkamp schildert die zwei auf politischer Ebene konkurrierenden Vorstellungen anhand von Zitaten sehr deutlich. Die eine Seite stellte sich eine Nationalsymbolik als Zeichen der politisch verfaßten Gemeinschaft vor. *„Auch als Sinnbild der Einheitlichkeit des Volkes soll sein Hoheitszeichen wirken“*, forderte das Reichspostministerium. *„In den so verschiedenartigen Adlern [...] könne man fast schmerzlich das Sinnbild von Zwiespalt unseres Volkes sehen.“*<sup>18</sup> Die andere Seite, zu denen in erster Linie auch Bedienstete des Auswärtigen Amtes zählten, verstand unter den Hoheitszeichen ganz im Sinne der Tradition des Kaiserreiches ein Symbol der Herrschaft. Sie forderten ein einheitliches Zeichen *„unter dem das deutsche Volk seine politische Leistung sinnlich greifbar dargestellt sehen soll“*<sup>19</sup>.

Zu einer einheitlichen Lösung dieser Frage kam es nie, statt dessen traf das Reichskabinett Ende März 1923 eine Übereinkunft bezüglich der Grundsätze zur Gestaltung des Reichsadlers, um zumindest durch eine gewisse formale Einheitlichkeit die Geschlossenheit des Reichs nach außen hin zu demonstrieren. Doch auch mit diesem Ergebnis konnte Redslob keine Einheitlichkeit in der Frage der Nationalsymbolik erzielen, geschweige denn verhindern, daß die Presse sowohl über die „Adlerfrage“ als auch über den Entwurf Schmidt-Rottluffs spottete und seinen Adler als „erschrockenen Papagei“ titulierte. Nach Speitkamp ist in diesem Verhalten der Presse jedoch kein Mittel der Zerstörung von antirepublikanischer Seite zu sehen, sondern vielmehr ein Symptom für die mangelnde republikanische Identität.<sup>20</sup> Es stellt sich dann jedoch die Frage, ob es nicht von Seiten des Reichskunstwarts und der Regierung sinnvoll und angebracht gewesen wäre, ein einheitliches Hoheitszeichen für alle verbindlich vorzuschreiben und diesmal positiv an die monarchische Tradition anzuknüpfen, anstatt sich in nachsichtiger Toleranz zu üben.

In der Arbeit des Reichskunstwarts war die „Flaggenfrage“, d. h., welche Farben und Symbole die Flagge der neuen Republik tragen sollte, ein Aufgabe mit besonderer Brisanz. Arnold Brecht, Ministerialdirektor im Innenministerium sowie Freund und Kollege von Edwin Redslob, schreibt dazu in seinen

---

<sup>17</sup> Vgl. ebda.

<sup>18</sup> Vgl. ebda.

<sup>19</sup> Vgl. ebda., S. 566.

<sup>20</sup> Vgl. ebda.

Lebenserinnerungen: „Ich glaubte nicht, daß es möglich war, zu einer Kompromißlösung in der Flaggenfrage zu kommen.“<sup>21</sup>

Diese Bemerkung läßt schon anklingen, daß bereits unterschiedliche Vorstellungen und auch Fronten bei diesem Thema, ähnlich wie in der Adlerfrage, existierten. Hier ging es ja nicht nur um Farben, sondern im höchsten Grade um Politik und Weltanschauungen, was den über Jahre andauernden Streit der Parteien und die unterschiedlichen Interessenlagen zu erklären vermag. Auf der einen Seite standen die Konservativen, immer noch monarchisch gesonnen, die auf die ehemaligen Farben des Kaiserreiches Schwarz-Weiß-Rot in keinem Fall verzichten wollten und zugleich die neuen Farben der Republik zutiefst verabscheuten, da sie in ihren Augen die deutsche Schmach symbolisierten. Auf der anderen Seite waren die republikanisch Denkenden, die in Anknüpfung an die Revolution von 1848 die Farben Schwarz-Rot-Gold favorisierten. Dieser Streit mag vielleicht zunächst banal und unnötig erscheinen, dennoch darf dabei nicht vergessen werden, daß auf dem Parkett der Formgebung ein tiefsitzender politischer Konflikt der Republik mit ungeahnten Dimensionen zu Felde getragen wurde. Arnold Brecht und Edwin Redslob waren sich der Schwere ihrer Aufgabe durchaus bewußt, als sie mit den Vorschlägen für die Flaggestaltung bei dem entscheidenden Ministergremium vorstellig wurden.

Brecht schreibt: „Aber wir wollten auf alles vorbereitet sein.“<sup>22</sup> So unterbreiteten Brecht und sein Kollege Redslob ein gutes Dutzend an Vorschlägen für eine mögliche Kombination der schwarz-rot-goldenen und der schwarz-weiß-roten Farben. Dem persönlichen Vorschlag des Reichskunstwarts lag das Kreuz des alten Ritterordens zugrunde, um das alle Farben so angeordnet werden sollten, daß auch alle gleich gut zur Geltung kämen. Doch trotz oder gerade wegen dieser vielen möglichen Kombinationen tobte der Streit um die Flaggenfrage besonders heftig. Brecht schreibt resümierend und zugleich erklärend: „Die Farben waren ja nicht nur Farben, sie „standen für etwas“, und die Synthese der Farben konnte der Synthese der widersprechenden Weltanschauungen nicht vorangehen. Sie hätte ihr höchstens folgen können.“<sup>23</sup> Doch wie sah das Ergebnis dieser Kontroverse aus?

Der Reichspräsident, Friedrich Ebert, erließ am 11. April 1921 eine mehrseitige Verordnung über die deutsche Flagge, in der zu lesen war: „1. Die Nationalflagge besteht aus drei gleich breiten Querstreifen, oben Schwarz, in der Mitte rot,

---

<sup>21</sup> Vgl. Arnold Brecht: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927, Stuttgart 1966, S. 377.

<sup>22</sup> Vgl. ebda.

<sup>23</sup> Vgl. ebda.

*unten goldgelb.*<sup>24</sup> So hatte sich anscheinend die demokratische Fraktion durchsetzen können. Doch betrachtet man die Verordnungen zur Handelsflagge und der Reichskriegsflagge, die beide in hervorstechender Art und Weise die Farben des alten Kaiserreiches tragen sollten und nur dezent mit den Farben der Republik verziert waren, so ist offensichtlich, daß es sich bei der Nationalflagge lediglich um einen Kompromiß handeln konnte und auch die konservative Fraktion in diesem Streit einen Sieg davon getragen hatte. Noch deutlicher wird dies, wenn man die Bestimmungen aus dem Flaggenerlaß des Reichswehrministers Otto Geßler vom 15. August 1927 liest. Darin ging es um das Flaggen durch Angehörige der Reichswehr und die Beflaggung militärischer Dienstgebäude, dort steht: „Es hat in der Öffentlichkeit zu unliebsamen Erörterungen geführt, daß Reichswehrangehörige ihre Privatwohnung lediglich Schwarz-Weiß-Rot beflaggt haben, und daß von Reichswehrangehörigen Kränze, die nur eine schwarz-weiß-rote Schleife hatten, niedergelegt worden sind.“<sup>25</sup> Aus diesen Umständen ergab sich dann der Erlaß, daß den Reichswehrangehörigen das Beflaggen ihrer Privatwohnungen ohne die Berücksichtigung der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold verboten sei. Jegliche Zuwiderhandlung galt von da an als politische Betätigung, die Reichswehrangehörigen jedoch laut § 36 des Wehrgesetzes verboten war.<sup>26</sup> Ein ähnlich gelagerter Streit ergab sich auch bei der Beflaggung öffentlicher Dienstgebäude der Gemeinden. Dies führte nach langen Diskussionen zu dem Gesetz vom 17. März 1929 über das Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechts, in dem die Beflaggung von öffentlichen Dienstgebäuden und auch von Schulen, die nicht allein vom Staat getragen wurden, als Angelegenheit der Landeshoheit der jeweiligen Landesverwaltung unterstellt wurde.<sup>27</sup> Für Privatpersonen hingegen entschied man, daß ihnen das Demonstrieren bestimmter Farben gemäß Artikel 118 der Reichsverfassung nicht verboten werden könne.<sup>28</sup>

Betrachtet man nun die Jahreszahlen der jeweiligen Gesetzgebungen (1921, 1927, 1929), so wird klar, daß die Flaggenfrage für die gesamte Zeit der Weimarer Republik bestimmend blieb und man trotz zahlreicher Bemühungen zu keinem einheitlichen Ergebnis gelangte. In diesem Streit spiegeln sich politische und geistige Widersprüche, die an den Fundamenten der Republik beständig nagten. Und auch dabei ist es auf eine zu weiche Haltung der Regierung und ihres Reichskunstwarts zurückzuführen, daß nicht von Anfang an eine einheitliche Farbgestaltung der Flagge verbindlich vorgeschrieben wur-

<sup>24</sup> Vgl. Fritz Poetzsch-Heffter: Vom Leben unter der Weimarer Staatsverfassung, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. XIII, Tübingen 1925, S. 1-59, hier S. 29.

<sup>25</sup> Vgl. ebda., S. 7.

<sup>26</sup> Vgl. ebda.

<sup>27</sup> Vgl. ebda., S. 9.

<sup>28</sup> Vgl. ebda.

de. Statt dessen war man nicht stark oder entschlossen genug, mit dem alten Kaiserreich konsequent zu brechen und etwas völlig Neues zu schaffen. Fraglich ist hierbei auch, ob nicht sogar die Regierenden immer noch mit den alten Traditionen so fest verbunden waren und kein ernsthaftes Vertrauen in die neuen Staatsform besaßen. Verwunderlich erscheint die mangelnde Bereitschaft, aus dem Konflikt um die vorangegangene Adlerfrage zu lernen, die schon kräftezehrend und peinlich genug für die neue Regierung gewesen war. Zwangsläufig ergab sich daraus ein viel länger andauernder Streit, der ihr Ansehen und ihre Handlungsfähigkeit unnötig schwächten.

Als Sinnbild für Redslobs künstlerische Auffassung von der neuen Republik erweist sich die Gestaltung der Briefmarken in der ersten Hälfte der Weimarer Republik. Anlässlich der Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung im Jahr 1919 ging ein Satz von drei Sonderausgaben in den Druck, welche jedoch noch nicht in die Amtszeit Redslobs als Reichskunstwart fallen.<sup>29</sup> Die Nähe der jungen Republik zum vorangegangenen Kaiserreich zeigt sich deutlich in der Gestaltung der Freimarkenausgaben aus dem Jahr 1920, die das Bild der Germania mit der Kaiserkrone als Motiv beibehielten, welches bereits im Kaiserreich auf den Briefmarken zu sehen war. Lediglich die Farbgebung der Germaniabriefmarke änderte sich im Vergleich zu den Drucken aus dem Kaiserreich.<sup>30</sup> Zugleich nahm man im Jahr 1920 das Motiv der symbolischen Darstellung von „Nord und Süd“, ein Fragment aus dem Bild „Victoria“ von Anton von Werner, das als Erinnerung an die deutsche Reichsgründung 1900 in den Druck ging, für die Freimarken Ergänzungs-Werte wieder auf. Dabei wurde jedoch 1920 die Krone, die der Genius in den Händen hielt, durch eine Fackel ersetzt, ansonsten blieb die Gestaltung der Marke mit dem alten Reichsadler und dem Schriftzug „Seid Einig - Einig - Einig“ unverändert.<sup>31</sup> Dieser partielle Austausch der alten Symbolik, weg von der alten Kaiserkrone hin zur Fackel als Zeichen der neuen Freiheit, muß als politisch motiviert gelten, mit dem man sich zumindest teilweise von den alten Herrschern distanzieren und den neuen Machtverhältnissen Ausdruck verleihen wollte. Im Mai und August 1921 erschien ein neues Briefmarkenmotiv auf der Freimarken-Ausgabe. Der Wert einer Briefmarke wurde nun in Form einer großen und schlicht gehaltenen Zahl zum alleinigen Motiv stilisiert, farbig unterlegt und oben von dem Schriftzug Deutsches Reich und am Fuße von zwei Ähren eingefasst. Die Zif-

<sup>29</sup> Vgl. Michel Briefmarken-Katalog Deutschland 1998/99, München 1998, Nr. 107-109.

<sup>30</sup> Vgl. ebda., Nr. 150. Zur Germaniabriefmarke siehe auch: Michael Sauer: Originalbilder im Geschichtsunterricht-Briefmarken als historische Quelle, in: Gerhard Schneider (Hg.): Die visuelle Dimension des Historischen. Hans-Jürgen Pandel zum 60. Geburtstag (Forum Historisches Lernen/Wochenschau Geschichte), Schwalbach/Ts. 2002, S. 158-164, hier S. 162f.

<sup>31</sup> Vgl. Michel [wie Anm. 29], Nr. 115.

fernzeichnungen stammten von Prof. W. Geiger.<sup>32</sup> An dieser Bildwahl lässt sich ganz klar die neue künstlerische Linie der Regierung, durch Redslob geleitet, erkennen. Nicht der Pomp des Kaiserreiches, sondern betont schlichte Sachlichkeit war jetzt tonangebend und versinnbildlichte das Selbstverständnis der neuen Republik. Ab Oktober/November desselben Jahres traten neben dieses Zahlenmotiv die Darstellungen verschiedener Arbeitergruppen. So zierten von nun an die Zeichnungen eines Schmieds aus der Feder von P. Neu, die eines Bergarbeiters mit Spitzhacke und die Darstellung eines Schnitters den neuen Briefmarkensatz. Dabei waren die Zeichnungen verschiedenfarbig unterlegt.<sup>33</sup>

Der Hintergrund für diese Gestaltung war vermutlich der Wunsch nach Volksnähe und eine Aufwertung des einfachen Arbeiters, der durch die neue Republik zu einem gleichberechtigten Staatsträger geworden war.

Aufschlußreich für die sich wandelnden politischen Verhältnisse im Deutschen Reich ist die Gestaltung der Briefmarken in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik. Zwar unterlag die Gestaltung der Briefmarken noch immer dem Reichskunstwart doch lässt sich deutlich eine etwas anders gelagerte Intention bei der Auswahl der Motive erkennen.

Ab der Mitte der 20er Jahre ging man dazu über, auf den Freimarken-Ausgaben markante Bauwerke aus dem Deutschen Reich zu zeigen, wie z.B. den Dom zu Speyer oder die Burg Rheinstein.<sup>34</sup> Den berühmten Bauwerken folgte im Jahr 1926/27 die Darstellung von Köpfen berühmter Deutscher. Zu ihnen zählten Dichter wie Goethe und Schiller, die Komponisten Beethoven und Bach, die Philosophen Kant und Leibniz, der Schriftsteller Lessing, der Maler Dürer sowie der Herrscher Friedrich der Große<sup>35</sup>. Es scheint, als ob man sich auf die deutsche Identität besinnen und zugleich den Leistungen von Deutschen Respekt zollen wollte, die für die deutsche Kultur maßgeblich gewesen waren.<sup>36</sup> Ab 1928 erschienen auf den Freimarken-Ausgaben in regelmäßigen Abständen die Köpfe der beiden Reichspräsidenten der Republik Ebert und Hindenburg.<sup>37</sup> Im Gegensatz zur Gestaltung der Münzen, fand hier eine gleichwertige Würdigung politischer Größen der Weimarer Republik statt.

---

<sup>32</sup> Vgl. ebda., Nr.158-164.

<sup>33</sup> Vgl. ebda., Nr. 165-170.

<sup>34</sup> Vgl. ebda., Nr. 364 u. 367.

<sup>35</sup> Die Aufnahme Friedrich des Großen in die neue Wertzeichenserie „Bedeutende deutsche Männer“ 1926 war in der Weimarer Republik politisch stark umstritten. Vgl. dazu: Wolfgang Lotz: Friedrich der Große und die Deutsche Reichspost - Ein Beitrag zur Problematik politischer Inhalte von Briefmarken in der Weimarer Republik, in: Archiv für Postgeschichte, Jg. 1986, Nr. 2, S. 108-113.

<sup>36</sup> Vgl. Michel [wie Anm. 29], Nr. 386-397.

<sup>37</sup> Vgl. ebda., Nr. 412 u. 414; Nr. 435 u. 437.



Betrachtet man also die Motivwahl für die Gestaltung der republikanischen Briefmarken, so zeigt sich, daß ähnlich wie bei der Flaggenfrage auch hier alte Motive aus der Kaiserzeit beibehalten wurden, jedoch gleichzeitig neue Ausdrucksformen des veränderten staatlichen Selbstverständnisses hinzukamen. Diese alten und neuen Formen finden sich ebenfalls bei der Gestaltung der Münzen in der Weimarer Republik. So behielt man bei den Reichsmarkmünzen der neuen Republik ähnlich wie bei den Briefmarken zunächst das alte Motiv des Reichsadlers mit Kaiserkrone und Wappen auf den Pfennigmünzen bei.<sup>38</sup> Doch wurde mit dem Jahr 1922 der alte Reichsadler durch den neuen abgelöst, nachdem man sich nach langen Kämpfen auf eine neue Gestaltungsart geeinigt hatte. Dieser fiel in seinem Aussehen schmaler und weniger kapriziös als der kaiserliche Reichsadler aus. Der Entwurf des Adlers für die 3-Markmünze<sup>39</sup> stammte von dem Künstler Joseph Wackerle, welcher lobend von Redslob in seinen Memoiren erwähnt wird.<sup>40</sup> Im Vergleich mit den Kleinmünzen aus der Kaiserzeit<sup>41</sup> blieb man den alten Symbolen von Eichenlaub oder Ähren treu, lediglich das Arrangement auf den neuen 3-Markmünzen variierte ab dem Jahr 1919 im Vergleich zu den Geldstücken aus der Kaiserzeit.<sup>42</sup> Statt einzelnen Ähren war jetzt eine Korngarbe zu sehen, die in der Mitte der Münze durch den Schriftzug „Sich regen bringt Segen“ geteilt war.<sup>43</sup> An diesem Ausspruch wird erneut die Nähe der Republik zur arbeitenden Bevölkerung sichtbar. Eine besondere Prägung erhielt die Münze im Wert von fünf Reichsmark aus dem Jahr 1927, welche auf der Vorderseite den üblichen Reichsadler zeigte, aber auf der Rückseite mit einem Eichenbaum versehen war, der wiederum von dem Schriftzug „Einigkeit und Recht und Freiheit“ ringsum geschmückt wurde. Zwei Jahre später erschien erneut eine Sonderprägung des 5-Markstücks anlässlich des 10. Jahrestages der Verfassung. Sie zeigte auf der Vorderseite den Reichspräsidenten Hindenburg, während auf der Rückseite eine Schwurhand mit dem Satz „Treu der Verfassung“ und die Jahreszahlen 1919 und 1929 sowie das Datum 11. August abgebildet waren.<sup>44</sup>

Hier stellt sich die Frage, warum gerade Hindenburg, eine Figur des alten Kaiserreiches mit den Qualitäten eines Ersatzkaisers, auf dieser Münze erschien und nicht Ebert oder andere republikanische Vertreter, die maßgeblich

---

<sup>38</sup> Vgl. Küthmann, A./Steinhilber, D.: Großer Deutscher Münzkatalog von 1800 bis heute, Augsburg 1999, Nr.13, 14 u. 17, S. 396.

<sup>39</sup> Vgl. ebda., Nr. 29, S. 399.

<sup>40</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 173.

<sup>41</sup> Vgl. Küthmann/Steinhilber [wie Anm. 38], Nr. 1-6, S. 394f.

<sup>42</sup> Vgl. ebda., Nr. 30 u. 31, S. 399.

<sup>43</sup> Vgl. ebda., Nr. 36, S. 400.

<sup>44</sup> Vgl. ebda., Nr. 63, S. 403.

an der Schaffung der Weimarer Reichsverfassung beteiligt gewesen waren. Oder sollte die Kombination des Reichspräsidenten Hindenburg mit der Aufforderung „Treu der Verfassung“ eine Mahnung sein? Oder zeigt sich vielleicht nicht eher auch in diesem Fall wieder einmal, ebenso wie in der Kombination alter und neuer Symbole auf Briefmarken und Münzen generell, die charakteristische Kompromißhaltung der Regierenden in der Weimarer Republik?

Ein weiteres Beispiel für die Arbeit des Reichskunstwarts, mit weniger Widerständen und Problemen belastet als die Adler- und Flaggenfrage, war die Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Für sie zeigte Redslob gesteigertes Engagement, sah er doch in der Märzrevolution den Vorläufer, wenn nicht sogar die Traditionslinie für die Weimarer Republik. Der Reichskunstwart stieß nach eigenen Angaben auf ein großes Entgegenkommen beim damaligen Frankfurter Oberbürgermeister Landmann, als er ihm den Vorschlag zu einer gesamtdeutschen Gedenkfeier unterbreitete.<sup>45</sup> Doch sollen hierbei auch die Umstände, die zu dieser Feierlichkeit führten, beleuchtet werden.

Nach der neuen Zusammensetzung des Kabinetts im Jahre 1922, als die DVP und DDP, Zentrum und BVP ein bürgerliches Minderheitskabinett bildeten, schreibt Arnold Brecht: *„Unserem Bestreben, die demokratisch-republikanische Ideologie und ihre symbolische Verkörperung zu stärken, waren daher engere Grenzen gesetzt, als sie unter dem vorigen Kabinett bestanden hatten. Man konnte nicht wegen jeder solchen Frage [gemeint ist die Frage nach dem Tragen der Reichsfarben] eine Kabinettskrise heraufbeschwören.“*<sup>46</sup>

Doch gerade wegen der nun eher monarchisch gesinnten Regierung kamen Brecht und Redslob auf die Idee, das 75-jährige Jubiläum der Paulskirchenversammlung im großen Rahmen zu begehen, weil sich hier „eine ungewöhnliche Gelegenheit bot, geschichtlichen Unterricht mit einer Glorifizierung der schwarz-rot-goldenen Farben zu verbinden.“<sup>47</sup> Nachdem Brecht und Redslob mit großem Geschick Gustav Stresemann, Reichskanzler 1923, für ihr Vorhaben gewonnen hatten, stand den geplanten Feierlichkeiten nichts mehr im Wege. Die Ausgestaltung dieser Feier im Frankfurter Römersaal wurde durch musikalische Beiträge eines Quartetts unter der Leitung von Paul Hindemith unterstützt, welcher angewiesen wurde, das Kaiserquartett von Haydn zu spielen, in dem verhaltend die Nationalhymne erklingt. Nach dem Heraustreten der Ehrengäste auf den Balkon des Römers, ging ein Festzug mit den Fahnen von 1848 zur Frankfurter Paulskirche.

---

<sup>45</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 175.

<sup>46</sup> Vgl. Brecht [wie Anm. 21], S. 399.

<sup>47</sup> Vgl. ebda.

Redslob schreibt von einer populären Wirkung der Feierlichkeiten und von einer lebendig gewordenen Tradition, die er durch diese Feier geschaffen habe.<sup>48</sup> Und Brecht äußert, es sei ihnen gelungen, den Anschluß der neuen Republik an die alten Ideale dem allgemeinen Volksbewußtsein nähergebracht zu haben.<sup>49</sup> Eine solche Beurteilung mutet eher euphorisch als realistisch an, doch selbst wenn man davon ausgeht, daß beide mit ihrer Selbsteinschätzung der Feierlichkeiten und ihrer Auswirkung richtig gelegen haben, bleibt doch zu fragen, was aus dieser „Tradition“ geworden ist, bzw. ob es zu dem Zeitpunkt überhaupt schon möglich war, von einer Tradition zu sprechen, denn schließlich müssen Traditionen erst herausgebildet werden, bevor sie gepflegt und erhalten werden können. Dies ist auch einer der Hauptkritikpunkte, der vor allem aus der Retrospektive an der Arbeit Redslobs immer wieder Erwähnung findet. Denn Gedenkfeiern bieten ebenso wie andere staatliche Feiern die Möglichkeit zur Überhöhung der politischen Ordnung und Verpflichtung der Staatsbürger auf die Republik. Besonders Verfassungsfeiern sind prädestinierte Anlässe zur Selbstdarstellung einer Volksgemeinschaft.<sup>50</sup>

### Das Begehen der Verfassungsfeiern

Verfolgt man aber den Ablauf der republikanischen Verfassungsfeiern über die Jahre hinweg, so scheint es, man habe diese große Möglichkeit der Identitätsstiftung ungenutzt verstreichen lassen. Als größter Fehler erwies es sich, den 11. August nicht per Reichsgesetz zum offiziellen Nationalfeiertag zu erheben. Dies behinderte die einheitliche Begehung dieses Tages innerhalb des Reiches enorm. Betrachtet man jedoch die z.T. sehr zurückhaltenden Reaktionen der einzelnen Länder bezüglich des Schreibens des Reichsinnenministers Köster vom 27. Juli 1922, in dem die Landesregierungen aufgefordert wurden, am Verfassungstag alle Reichsgebäude mit den Reichsfarben zu beflaggen und eventuell in den landesbehördlichen Bereichen Verfassungsfeiern abzuhalten, so treten die Ängste der Länder vor dem Verlust der Eigenständigkeit und ihrer Entscheidungskompetenzen deutlich zu Tage.<sup>51</sup> Daher machten einige Länder sich die fehlende Gesetzesgrundlage zunutze, um ein feierliches Begehen des Verfassungstages zu vermeiden. Die Antwort des oldenburgischen Staatsministeriums lautete wie folgt: *„Das Staatsministerium bedauert, daß der Verfassungstag, der 11. August, in diesem Jahre als Nationalfeiertag reichsgesetz-*

<sup>48</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 176.

<sup>49</sup> Vgl. Brecht [wie Anm. 21], S. 401.

<sup>50</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 569.

<sup>51</sup> Vgl. Klaus-Dieter Weber: Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik, in: Gerhard Henke-Bockschatz (Hg.): Geschichte und historisches Lernen. Jochen Huhn zum 65. Geburtstag, Kassel 1995, S. 181-209, hier S. 188.

*lich noch nicht festgelegt ist. Hieraus ergeben sich Schwierigkeiten sowohl in bezug auf Bestimmungen über die Arbeitsruhe wie über behördliche Feiern. Das oldenburgische Staatsministerium hat daher eine behördliche Feier nicht in Aussicht genommen....*<sup>52</sup>

Zwar bekundete hier die oldenburgische Landesregierung ihr Bedauern, war aber nicht gewillt, selbst tätig zu werden und eine Verfassungsfeier zu ermöglichen, sondern berief sich auf die allgemeine Gesetzeslage im Reich und überließ somit auch dem Reich die Gesetzesinitiative. Der Landesdirektor von Waldeck hingegen befürchtete, daß aufgrund der politischen Lage in seiner Hauptstadt die meisten der eingeladenen Gäste einer solchen Feierlichkeit fernbleiben würden und er diese Bloßstellung unter allen Umständen vermeiden wollte. Noch deutlicher wurde der Gesandte der bayrischen Regierung, Haniel, der darauf hinwies: *„Für Bayern und die bayerische Regierung sei dieses Programm unmöglich und undurchführbar. [...] man könne dem bayerischen Volk nicht zumuten, darüber hinaus diesen Tag festlich zu begehen.“*<sup>53</sup> Diese Schreiben lassen den Schluß zu, daß man in Regierungskreisen der jeweiligen Länder sogar eigentlich der Auffassung war, die Verfassung biete keinen Anlaß zum Feiern, wurde sie doch von vielen als Symbol für die Schmach von 1918 empfunden. Als unterstützendes Moment kam wahrscheinlich noch hinzu, daß man generell von der neuen Regierung in Berlin nur sehr ungern Anweisungen in Empfang nahm. Dagegen gab es jedoch auch positive Reaktionen wie die der württembergischen Regierung, die eine amtliche Begehung des Verfassungstages per Erlaß festschrieb. In Baden wurde der 11. August sogar zum gesetzlichen Feiertag erklärt und auch in Preußen wurden Verfassungsfeiern praktiziert.<sup>54</sup>

Die erste Verfassungsfeier im Jahre 1921 wurde jedoch von einem Mangel an Rednern und fehlenden Konzepten über ihren Ablauf und die Symbolik begleitet. Arnold Brecht schreibt dazu: *„Es gab noch keinen Apparat der Regierung, der solche Feiern mit dem erforderlichen Mitarbeiterstab würdig ausgestalten konnte.“*<sup>55</sup> Deshalb wurden bald danach Arnold Brecht, der als geistiger Vater des Verfassungstages galt, sowie Edwin Redslob und der Schriftsteller Otto Grauthoff mit der Ausgestaltung der Feierlichkeiten betraut. Über die sich dabei ergebenden Probleme, wie die Aufstellung der Gästeliste, Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten und anderes mehr berichtet Brecht in seinen Lebenserinnerungen.<sup>56</sup> Ein gewisser Erfolg dieses Unternehmens zeigt sich daran, daß in den nachfolgenden Jahren das Interesse für die Einladun-

---

<sup>52</sup> Vgl. ebda., S. 188.

<sup>53</sup> Vgl. ebda., S. 189.

<sup>54</sup> Vgl. ebda., S. 189f.

<sup>55</sup> Vgl. Brecht [wie Anm. 21], S. 362.

<sup>56</sup> Vgl. ebda.

gen zu den Verfassungsfeiern derart anstieg, daß es zu Beschwerden über den Mangel an Karten kam.<sup>57</sup> Als verpflichtend erschien es Brecht und seinen beiden Kollegen, die gesamte Ausgestaltung der Verfassungsfeier, was die Wahl der musikalischen Umrahmung und die Dekoration des Opernhauses betraf, möglichst schlicht zu halten, um innerlicher, anspruchsloser und auch „deutscher“ zu wirken.<sup>58</sup> Diese Entscheidung für eine betonte Zurückhaltung begründete Brecht damit: „[...], daß die Regierungen Gegner der demokratisch-republikanischen Ideen entweder einschlossen oder von ihrer Tolerierung abhingen.“<sup>59</sup>

Bei der zweiten Feier im Jahre 1922 legte die Regierung schon ein etwas offensiveres Vorgehen an den Tag, indem Friedrich Ebert das „Lied des Deutschen“ von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne erklärte, ohne dies jedoch per Gesetz zu verankern. In einem Aufruf sprach Ebert von Einigkeit, Recht und Freiheit als einem Dreiklang, der in Zeiten nationaler Zersplitterung der Sehnsucht der Deutschen Ausdruck verliehen habe und deshalb erneut zum Wegbegleiter in eine bessere Zukunft werden solle. Gleichzeitig versicherte er jedoch auch, daß diese Liedzeilen keinen Mißbrauch im Parteienkampf finden werden, geschweige denn der nationalen Überhebung Deutschlands dienen. *„Aber, so wie einst der Dichter, so lieben wir auch „Deutschland über alles“. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unser vaterländischen Gefühle sein.“*<sup>60</sup> Somit schien die Verfassungsfeier 1922 ein Erfolg gewesen zu sein, ausgestellt u.a. von Edwin Redslob und im repräsentativen Rahmen des Reichstags stattfindend. Das Innenministerium dankte Redslob mit den Worten: *„Er habe ‚der Republik Form und Würde‘, einen ‚neuen Stil‘ gegeben und diesen ‚mit dem Begriff der Republik‘ verknüpft.“*<sup>61</sup>

Allerdings wurde an diesen ersten Erfolg von 1922 nicht angeknüpft. Im Jahre 1923 standen die Feierlichkeiten zum Verfassungstag unter dem Zeichen des Ruhrkampfes. Anstatt die Verfassung als „die Errungenschaft“ ins Zentrum der Feiern zu stellen, setzte man lieber auf den gemeinsamen Erzfeind Frankreich als verbindendes Element. So traute man dem gemeinsamen Haß eine identitätstiftendere Wirkung als der neuen gemeinsamen Staatsform zu. Auch diesmal kümmerte sich Redslob um die Ausgestaltung der Feierlichkeiten, deren geplante Durchführung jedoch an Streiks und dem Rücktritt der Regierung scheiterte. Politische Unstimmigkeiten erwiesen sich erneut stärker als ein gemeinsames Staats- und Republikbewußtsein. Auch die nachfolgende

---

<sup>57</sup> Vgl. ebda.

<sup>58</sup> Vgl. ebda., S. 363.

<sup>59</sup> Vgl. ebda., S. 364.

<sup>60</sup> Vgl. Poetzsch-Heffter [wie Anm. 24], S. 32.

<sup>61</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 567.

Verfassungsfeiern der nächsten Jahre waren von politischen Parteikontroversen und Kompetenzkonflikten begleitet. Vor allem die ständig wechselnden Regierungsverhältnisse in der Weimarer Republik standen einem einheitlichen und traditionsbildenden Begehen dieses Festtages im Wege.<sup>62</sup>

Besondere Anstrengungen von Seiten der Regierung wurden sechs Jahre später zur zehnten Feier des Verfassungstages am 11. August 1929 unternommen. Inzwischen gab es wieder eine sozial-demokratisch geführte Reichsregierung, die die Feierlichkeiten als ein „volkstümliches Massenfest“ plante.<sup>63</sup> Bei der Ausgestaltung dachte man, inspiriert von Edwin Redslob, der die Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag im Kopf hatte, an Gottesdienste, Schulfeste, eine große Feier im Berliner Stadion mit 30 000 Zuschauern und ein Festspiel von 9 000 Kindern aus Berliner Schulen. Der Reichskunstwart baute darauf, daß diese Feier zu einer wahren „Volksangelegenheit“ werden würde, die den Gemeinschaftsgedanken ausdrücke. Dabei ging er sogar noch weiter, denn es gehe hierbei um „ein selbstgewolltes, männlich ernstes Bekennen zu Staat und Volkstum, das nach neuen Formen einer über alles Individuelle erhobenen Gemeinschaft ringt.“<sup>64</sup>

Selbst wer nicht um das klägliche Scheitern dieser Absichten weiß, ahnt doch, daß Redslob mit seinen Worten weit über das Ziel hinausschoß. Letztlich gestalteten sich die Feierlichkeiten viel bescheidener als geplant, was auf die Unerfahrenheit im Umgang mit Festen dieser Größe und schlicht auf materielle Mängel und politische Widerstände zurückzuführen war. Vergleicht man die hochtrabenden Pläne der Regierung mit der Tatsache, daß es Redslob nicht einmal gelang, die Straßenverbindung vom Berliner Schloß bis zum Stadion zu beflaggen, da es nicht genügend schwarz-rot-goldene Fahnen in Berlin gab, so wird die Misere, in der die damaligen Regierenden steckten, mehr als deutlich.<sup>65</sup>

Doch wie stand das deutsche Volk zu den Verfassungsfeiern? Bei der ersten Feier im Jahr 1921 war die Bevölkerung, genau wie bei der Entstehung der Verfassung, ausgeschlossen. Das verstärkte zusätzlich das recht gespaltene Verhältnis des deutschen Volkes sowohl zu der Verfassung als auch zu den Verfassungsfeiern. Die crux der ganzen Sache lag wohl darin, daß die Bevölkerung sich unter dem Begriff Verfassung nichts Konkretes vorstellen konnte. Für sie war und blieb die Verfassung zunächst abstrakt und inhaltsleer, etwas, das dem Volk auferlegt worden war, ohne es inhaltlich füllen zu können.<sup>66</sup> So

---

<sup>62</sup> Vgl. ebda.

<sup>63</sup> Vgl. ebda., S. 568.

<sup>64</sup> Vgl. ebda.

<sup>65</sup> Vgl. ebda.

<sup>66</sup> Vgl. Heinrich Potthoff: Verfassungsväter ohne Verfassungsvolk. Zum Problem von Integration und Desintegration nach der Novemberrevolution, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Gesell-

bringt der Artikel aus der „Täglichen Rundschau“, einem nationalistischen Blatt, vor allem bei Oberlehrern und in Offizierskreisen bekannt und beliebt, mit dem Titel „Sedan-Ersatz“ die Tatsache auf den Punkt. Dort heißt es: „*Und Hand aufs Herz! Was ist der 11. August, was die Weimarer Verfassung dem innersten Volksempfinden! Mindestens 90 v.H. aller Deutschen haben vom Inhalt der Reichsverfassung keine Ahnung. Über 99 v.H. wissen nicht, daß sie vom 11. August datiert, [...] wie kann man denn hoffen, daß jemals in Deutschland ein Nationalfeiertag populär wird, der in die großen Ferien fällt, an dem es nicht einmal schulfrei gibt.*“<sup>67</sup> In diesem, wenn auch z.T. stark polemischen Artikel, sind doch alle schwachen Punkte und Konstruktionsfehler sowohl der Verfassungsfeiern als auch der Republik an sich angesprochen. Die neue Staatsform war in der Praxis nicht volksnah genug.

Dieser Problematik waren sich Teile der Regierenden zwar durchaus bewußt, doch begriffen sie nicht, daß ein vom Krieg geschlagenes und in seiner Identität entwurztes Volk Bedürfnisse hatte, die nicht mit den Abstrakta Republik und Verfassung zu befriedigen waren. Der Wunsch nach einem Nationalfeiertag war durchaus in der Bevölkerung gegenwärtig, man sehnte sich förmlich nach einer Abwechslung durch Feste wie sie im Kaiserreich zum Geburtstag des Monarchen oder zur Erinnerung an erfolgreiche Schlachten abgehalten wurden. Gab es doch anlässlich des Kaisergeburtstages in der Regierungszeit von Wilhelm II. stets ein großes Festprogramm mit Kirchgang, militärischer Parade, Tanzvergnügungen und Festessen für das Volk. Zugleich hielt man damit das Gedenken an eine heroische Vergangenheit Deutschlands aufrecht, deren Höhepunkt die Reichsgründung von 1871 darstellte und patriotische Gefühle in jedem Untertan hervorrief.<sup>68</sup> Der vor diesem Hintergrund vielleicht nachvollziehbaren Sehnsucht des deutschen Volkes nach ähnlichen Festanlässen und Feierlichkeiten, wurde in der Weimarer Republik mit schlichten schmucklosen Feierlichkeiten begegnet, um das Neue der Republik zu demonstrieren, die auf jegliche Art von kaiserlichem Pomp verzichten wollte. Erschwerend kam hinzu, daß sich zu Personen oder heroischen Ereignissen leichter eine emotionale Bindung aufbauen läßt als zu abstrakten Rechtsordnungen, die schlechter zu fassen und weniger symbolträchtig sind.<sup>69</sup> Erst unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs ab dem Jahr 1925 nahm die Beteili-

---

schaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien), Düsseldorf 1974, S. 339-354.

<sup>67</sup> Vgl. Weber [wie Anm. 51], S. 203.

<sup>68</sup> Vgl. Fritz Schellack: Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: Dieter Düding/P. Friedmann/P. Münch (Hg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Hamburg 1988, S. 278-298, hier S. 298.

<sup>69</sup> Vgl. Weber [wie Anm. 51], S. 204.

gung an den Verfassungsfeiern von seiten der Bevölkerung, Verbänden und Vereinen erheblich zu. Gründe hierfür könnten sein, daß die Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik sich nach und nach institutionalisierten. Doch naheliegender erscheint es, daß durch das hohe Ansehen Hindenburgs im Volk, welches auf seine Taten im Ersten Weltkrieg und den im Kaiserreich betriebenen Hindenburg-Kult zurückzuführen ist, er zur Nationalfigur wurde, der es gelang, die Massen allein durch sein Erscheinen zu begeistern.<sup>70</sup> Zusätzlich kam es zu einer stärkeren militärischen Ausrichtung der Feierlichkeiten, die an alte unvergessene Traditionen aus dem Kaiserreich wieder anknüpfen konnte.

Im Jahr 1929 brachte die Regierung anläßlich der Verfassungsfeier ein Gedenkbuch mit dem Titel „Deutsche Einheit - Deutsche Freiheit“<sup>71</sup> heraus und stieß damit auf harte Kritik bei Freunden und Gegnern. Mit Hilfe dieser Publikation wurde versucht, in einem historischen Rückblick das Streben der deutschen Nation nach Einigkeit darzustellen und somit durch die Betrachtung von Personen wie Kleist, Stein und Hardenberg, Bismarck, Treitschke, Bülow u.a. Liberalismus und Nationalismus wieder miteinander zu versöhnen. Doch dieses verkrampfte Bemühen nach gemeinsamer Vergangenheit und Identität, was sich ebenso in der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Frankfurter Paulskirchenversammlung zeigte, offenbart einen Mangel an eigener Identität und Legitimität.<sup>72</sup>

Schließlich ist es der Weimarer Regierung nie gelungen, den 11. August als offiziellen Nationalfeiertag durchzusetzen und auch Redslob gibt zu, daß dieses Datum durch seine Nähe zu den großen Ferien denkbar ungünstig gewählt war.<sup>73</sup> Groß begangen wurde der Verfassungstag noch einmal 1930, wo er unter dem Zeichen der Rheinlandräumung ausgiebig gefeiert wurde. Doch die Feiern in den darauffolgenden beiden Jahren wurde nur noch im kleinen Rahmen abgehalten, was auf die wirtschaftliche Lage und die immer stärker werdende Kritik von rechter Seite zurückzuführen ist.<sup>74</sup>

### **Der Totenkult und Symbole des Gedenkens**

Im kollektiven Bewußtsein einer Gesellschaft spielt das Gedenken an ihre Toten, neben der Ehrung von lebenden Personen, eine bedeutende Rolle. Aus diesen Gründen fiel auch der Bereich des Totenkults in das Aufgabenfeld des

---

<sup>70</sup> Vgl. ebda., S. 207.

<sup>71</sup> Vgl. Deutsche Einheit - Deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag, 11. August 1929, Berlin 1929.

<sup>72</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 569.

<sup>73</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 172. Siehe auch den Artikel aus der täglichen Rundschau, vgl. Anm. 57.

<sup>74</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 570.



Reichskunstwart. Denn im Totenkult bietet sich laut Speitkamp die besondere Chance, „Gemeinsamkeit zu demonstrieren, Gemeinschaft herzustellen und kollektive Identität zu stiften.“<sup>75</sup> Also alles Dinge, welche die neue Republik so schmerzlich vermißte und dringend brauchte. Hinzu kommt, daß in der Verehrung der Toten ein Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geschaffen werden kann.<sup>76</sup> Um dies zu erreichen und daneben gleichzeitig parteipolitische und kulturelle Grenzen zu verschmelzen, wurde eine Gedenkfeier zur Erinnerung an die Kriegstoten von 1914-18 geplant und anschließend jährlich der Volkstrauertag begangen. Redslobs Ansinnen war es hierbei, in diesen Feiern pietätvolles Gedenken, innere Läuterung und geistigen Neubeginn zu verbinden, kurz gesagt, die Erneuerung der Nation zu schaffen. Schließlich wurde jedoch die Leitung der Gedenkfeiern an den Volkstrauertagen dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge übergeben. Dem ging es dabei aber nicht darum, den Deutschen eine neue republikanische Identität zu vermitteln, sondern eine heroische Verehrung der Kriegsgesetzten abzuhalten. Dazu wurden die besonderen Tugenden der Toten, wie Ehre, Liebe und Treue zum Vaterland sowie Opferbereitschaft hervorgehoben.<sup>77</sup> Neben den Besprechungen zu den Volkstrauertagsfeiern entstand eine angeregte Diskussion über die Errichtung eines Reichsehrenmals für die Toten des Weltkrieges, das zugleich ein deutsches Nationaldenkmal werden sollte. Der Gedanke an ein Heldendenkmal oder ein Denkmal an siegreiche Schlachten fiel aufgrund der deutschen Niederlage im Krieg von Anfang an weg. Wichtiger war statt dessen, wofür die deutschen Soldaten gefallen waren. Die Reichsregierung sprach von dem Willen Deutschlands nach Einheit und Freiheit und von den Soldaten, die mit dem Ziel der Freiheit und Unversehrtheit des deutschen Vaterlandes in den Krieg gezogen waren. Davon, daß diese Männer für die Monarchie und nicht für eine Demokratie gekämpft hatten, sprach er jedoch nicht.<sup>78</sup> Zu den Beratungen über die Gestaltung eines solchen Ehrenmals entstand im Oktober 1924 ein Ausschuß, der sich aus Vertretern des Reichsinnenministeriums und der Länder zusammensetzte. Doch ähnlich wie bei der Flaggen- und Adlerfrage stieß man auf unüberbrückbare Differenzen, was Standort und Gestaltung dieses neuen Denkmals betraf. Aus über 300 Vorschlägen gelang es dann doch, wenigstens vier in die engere Wahl zu nehmen. Der Reichskunstwart favorisierte eine Brücke über den Rhein mit einem Durchblick in das Wasser, wo der Sarg eines unbekannten Soldaten

---

<sup>75</sup> Vgl. ebda.

<sup>76</sup> Vgl. ebda.

<sup>77</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm.15], S. 571.

<sup>78</sup> Vgl. Annegret Heffen: Der Reichskunstwart - Kunstpolitik in den Jahren 1920-1933. Zu den Bemühungen um eine offizielle Reichskunstpolitik in der Weimarer Republik (Historie in der blauen Eule; 3), Essen 1986, S. 236f.

versenkt werden sollte. Vorbild hierfür war das französische Prinzip der Ehrung eines „unbekannten“ Soldaten. Gleichzeitig bot der Rhein durch seine Rolle im Ersten Weltkrieg einen symbolträchtigen Ort für das neue Denkmal. Allerdings hätte jener Ort von Seiten der Franzosen auch als Provokation gewertet werden können. Vergleicht man diesen Entwurf mit den übrigen, die zum größten Teil aus politisch rechtsgerichteten Kreisen stammten, so zeigt sich in Redslobs Idee der Rheinbrücke sein Sinn für das Moderne und Abstrakte, der im anonymen Begriff des unbekannten Soldaten seinen Ausdruck findet. In den folgenden Vorschlägen sieht man, daß gerade die von Redslob favorisierte Anonymität im Volk nicht gewünscht war und statt dessen ein Bedürfnis nach konkreten und anschaulichen Symbolen bestand. Die preußische Regierung hingegen wünschte sich für ein Reichsehrenmal den Ausbau der Schinkelschen Neuen Wache in Berlin, was sie, nach der Ablehnung ihres Vorschlags, dann im Jahr 1929 in eigener Regie durchführte. Eine von Heinrich Tessenow entworfene Ehrenhalle mit einem schwarzen Granitblock in der Mitte wurde vom Reichspräsidenten, der Reichswehr und den Frontkämpferverbänden bevorzugt. Im Jahr 1931 kam es dann schließlich auch zur Einweihung dieser Halle. Als letzte Möglichkeit, mit jedoch nicht weniger Anhängern, galt eine Gedenkstätte in der freien Natur, die bei Bad Berka in Thüringen errichtet werden sollte. Verwirklicht wurde diese Idee dann von dem „Verband zum Bau des Tannenberg-Denkmal“, der bereits seit Beginn der 20er Jahre Spenden für den Bau dieses Ehrenmals gesammelt hatte. Als Standort diente jedoch nicht das thüringische Bad Berka, sondern das geschichtsträchtige Tannenberg in Ostpreußen. Zur Einweihung im Jahr 1927 war Hindenburg in seiner Funktion als Reichspräsident und zugleich als Sieger von Tannenberg und somit als Repräsentant der monarchischen Vergangenheit geladen.<sup>79</sup> Hitler ernannte dann 1935 das Tannenberg-Denkmal kurzerhand zum Reichsehrenmal, nachdem er Hindenburg, nach dessen Tod 1934, in Tannenberg gegen den ausdrücklichen Willen des Verstorbenen hatte beisetzen lassen. In der Weimarer Republik kam es jedoch zu keiner Einigung über ein allgemeines Ehrenmal. Ähnlich wie bei vorangegangenen Unternehmungen gab es niemanden, der eine einigende Kraft aufbringen konnte, so daß jegliche Kreativität und Entschlußkraft durch destruktive Diskussionen erstickt wurde. Auch der Reichskunstwart war dazu nicht imstande und mußte sich von seinen Kritikern aus der Presse als „falschen Patron“ bezeichnen lassen, der unfähig sei, eindeutig in künstlerisch vernünftiger Weise Stellung zu beziehen.<sup>80</sup> Für die Gegner der Republik, so Speitkamp, sei dies ein weite-

---

<sup>79</sup> Vgl. ebda., S. 257.

<sup>80</sup> Vgl. ebda., S. 256.

rer Beweis für die mangelnde Legitimität und Identität des Weimarer Staates gewesen.<sup>81</sup>

Einschneidende Ereignisse, bei denen Redslob im Bereich des Totenkults aktiv wurde, waren die Beisetzungen des ermordeten Außenministers Walther Rathenau (1922) und die des Reichspräsidenten Friedrich Ebert (1925). Neben der politischen Größe dieser beiden Männer hatte Redslob zu beiden Politikern persönliche Bindungen besessen, wodurch er eine besondere Verpflichtung bei der Vorbereitung der Trauerfeiern empfand.<sup>82</sup> Doch gerade für Trauerfeiern, die zum Staatsereignis erhoben wurden, bedurfte es einer genauen Planung, was die Räumlichkeiten, den Raumschmuck, die musikalische Untermalung und den Ablauf der Feier anging. Erschwerend kamen noch Quereilen der politischen Gegner hinzu, die z.B. die Feierlichkeiten zu Rathenaus Beerdigung nicht im Plenarsaal des Parlamentes, sondern nur in der Wandelhalle stattfinden lassen wollten. Dies hätte zur Folge gehabt, daß man das dort errichtete Denkmal für den ersten Deutschen Kaiser hätte verdecken müssen, da es den Raum der Wandelhalle dominierte. Das Verdecken des Kaiserbildes wiederum, so Redslob, hätte jedoch „...eine für die Republik recht ungünstige Situation ergeben, an deren publizistischen Ausnutzung den Reaktionären offenbar lag.“<sup>83</sup> In diesem Fall setzte sich Redslob mit Hilfe des Reichstagspräsidenten Paul Löbe gegen den Verwaltungsdirektor des Parlamentes durch und die Trauerfeier für Rathenau konnte im Plenarsaal des Parlamentes stattfinden. Neben Redslob äußerte sich auch Arnold Brecht positiv über den Verlauf der Feier: „Das es gelungen war, sie würdig zu gestalten, zeigten sämtliche Berichte.“<sup>84</sup>

Redslob und Brecht nahmen die Ermordung Walther Rathenaus zum Anlaß, eine „Walther Rathenau Stiftung“ ins Leben zu rufen, um die Verdienste des einstigen Außenministers von Weimar entsprechend zu würdigen und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.<sup>85</sup>

### Die finanzielle Ausstattung

Zu den Problemen des Amtes gehörte neben den Kompetenzkonflikten zwischen Reich und Ländern ein Mangel an materiellen Mitteln, der die Arbeit des Reichskunstwart erheblich behinderte. Denn die finanzielle Ausstattung des Amtes war dürftig und unterlag zudem stets den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regierung. So beliefen sich der Etat Redslobs im Jahr 1921 auf

---

<sup>81</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 571ff.

<sup>82</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 170 u. 190.

<sup>83</sup> Vgl. ebda., S. 192.

<sup>84</sup> Vgl. Brecht [wie Anm. 21], S. 386.

<sup>85</sup> Vgl. ebda., S. 389.

200 000 Mark. 1922 wurden 344 605 Mark für die Ausgaben des Reichskunstwarts bereitgestellt, wobei unklar ist, welche Auswirkungen die damalige Inflation auf diesen Betrag hatte. Er beinhaltete neben dem Gehalt Redslobs gleichzeitig auch die Vergütung von zwei vertraglich anzustellenden Hilfsarbeitern sowie zwei vertraglich anzustellenden Schreibkräften. Die Erhöhung des Etats für den Reichskunstwart um 144 605 Mark wird in den Erläuterungen zu den Reichshaushaltsplänen wie folgt begründet: *„Die Mehrforderung ist darauf zurückzuführen, daß sich die bisherigen Mittel nicht als ausreichend erwiesen haben [.....] Es hat sich herausgestellt, daß bei den für 1921 bewilligten Beträgen an sächlichen Ausgaben die Tätigkeit des Reichskunstwarts zu sehr eingeschränkt war. Es sind hierfür nach den Erfahrungen schätzungsweise für Dienstreisen, Anfertigung von Entwürfen, Gutachten von Sachverständigen usw. 84 800 M[ark] erforderlich. Der Gesamtjahresbedarf ist auf 245 000 M[ark] veranschlagt, und zwar:*

*Für persönliche Ausgaben:*

Reichskunstwart .....	125 640 M
Referent beim R.K.W. ....	52 320 M
Referent beim R.K.W. ....	37 680 M
Bürohilfsarbeiterin (B.G. IV) .....	26 525 M
Kanzleihilfsarbeiterin (B.G. I) ...	17 640 M

-----  
Übertrag ..... 259 805 M <sup>86</sup>

Für das Jahr 1924 ist den Reichshaushaltsplänen zu entnehmen, daß im Dienste des Reichskunstwarts bereits nur noch ein Hilfsarbeiter und eine Schreibkraft standen und sein Etat sich auf 21 000 Goldmark belief.<sup>87</sup> Im Jahr 1925 wurden die finanziellen Mittel des Reichskunstwarts auf 29 000 Reichsmark erhöht und für das Jahr 1926 standen Redslob 38 200 Reichsmark zur Verfügung, wobei sein Gehalt und das seiner Angestellten inbegriffen war. Die Erhöhung um 9 200 Reichsmark 1926 wird in den Erläuterungen mit einem Anstieg der persönlichen und sächlichen Ausgaben begründet.<sup>88</sup> Auch von 1927 auf das Jahr 1928 wurden die finanziellen Mittel des Reichskunstwarts von 38 200 auf 51 600 Mark erhöht, wobei 36 600 Mark für persönliche Ausgaben und 15 000 Mark für sächliche Ausgaben eingeplant waren. Für die Jahre 1929 erhielt Redslob 64 000 Reichsmark, die für das Rechnungsjahr 1930 nur um 1000 Reichsmark erhöht wurden, was zum einen auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 zurückzuführen ist, zum anderen aber auch auf die Zunahme der Kon-

<sup>86</sup> Vgl. Reichshaushaltsplan, Entwurf für das Rechnungsjahr 1922 nebst Anlagen, Bd. 1, Berlin 1922, S. 29.

<sup>87</sup> Die Währungen Goldmark und Reichsmark waren rein rechnerisch äquivalent. Der Wert einer Reichs- oder Goldmark betrug 0,3584239 g Feingold.

<sup>88</sup> Vgl. Reichshaushaltsplan, Entwurf für das Rechnungsjahr 1926, Berlin 1926, S. 27.

servativen in der Regierung, welche dem Reichskunstwart als Person, aber auch seiner Arbeit nicht gerade wohlgesonnen waren.<sup>89</sup> Hinzu kam der durch die neue Regierung erzwungene Wechsel des Ministerialdirektors Brecht aus dem Reichsinnenministerium in das preußische Staatsministerium im April 1927. Brecht wurde damit auf die Bitten des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun der Nachfolger von Ministerialdirektor Sachs und hatte ab Juli 1927 die Vertretung Preußens im Reichsrat inne. Ersetzt wurde Brecht durch den deutschnationalen Oberverwaltungsgerichtsrat von Kameke, welcher durch den neuen Reichsinnenminister von Keudell, ebenfalls deutschnational, in diese Position befördert worden war. Ein solcher Personalwechsel hatte neben den hohen Wellen, die jenes Vorgehen in der Öffentlichkeit schlug, auch für Edwin Redslob nicht unerhebliche Konsequenzen, da mit Brecht einer seiner wichtigsten Freunde und Fürsprecher aus dem Reichsinnenministerium verschwunden war.<sup>90</sup>

Die Erhöhung des Etats in dem Jahr 1928 war durch eine neue Besoldungsregelung für die angestellten Schreib- und Hilfskräfte bedingt. Um die Arbeit des Reichskunstwart weiterhin zu gewährleisten, wurden deshalb die Summe für die sächlichen Kosten erhöht.

Am Beispiel der Etataufstellung für das Jahr 1925 läßt sich zeigen, daß trotz der zunächst positiv anmutenden Erhöhung der finanziellen Mittel des Reichskunstwarts im Vergleich zum vorangegangenen Jahr, seine Forderungen vom Reichsministerium des Inneren (RMdI) bei weitem nicht immer erfüllt wurden. Bei den persönlichen Ausgaben erhielt Redslob statt der geforderten 20 361 Reichsmark (RM) glatte 21 000 RM. Doch schon bei den sächlichen Ausgaben erfüllte das RMdI die Forderungen des Reichskunstwarts nicht mehr. Für Geschäftsbedürfnisse standen ihm statt 938,40 RM nur 900,00 RM zu, die geforderten Reisekosten in Höhe von 2 500 RM beliefen sich nur auf 1 500 RM und ebenso sparte man bei den künstlerischen Entwürfen und den Honoraren für die Entwürfe. Am Ende erhielt Redslob 3 000 RM weniger als er benötigte.<sup>91</sup> An dieser Tendenz der Einsparungen, die sich mit den Jahren immer mehr verstärkte, lassen sich die finanzpolitischen Widerstände erkennen, denen das Amt ausgesetzt war. Zwar hatten bei der Einrichtung dieser Stelle im Oktober 1919 fünf Parteien in der Nationalversammlung dafür gestimmt, doch waren diese aus parteipolitischen Gründen nicht bereit, das Amt des Reichskunstwarts vorbehaltlos zu unterstützen und gegen die An-

---

<sup>89</sup> Vgl. Reichshaushaltsplan, Entwurf für das Rechnungsjahr 1927, 1928, 1929, 1930, Berlin 1927, 1928, 1929, 1930, S. 13, S. 20, S. 26, S. 30.

<sup>90</sup> Vgl. Brecht [wie Anm. 21], S. 467-469.

<sup>91</sup> Vgl. Heffen [wie Anm. 78], S. 309. Und Reichshaushaltsplan, Entwurf für das Rechnungsjahr 1925, Berlin 1925.

griffe der Konservativen zu verteidigen, was sich in den Ergebnissen der Etatverhandlungen deutlich widerspiegelte. Die DNVP z.B. lehnte dieses Amt so konsequent ab, daß sie bei jeder Etatverhandlung die Abschaffung des Reichskunstwarts zwecks Kostensenkung forderte. Dies geschah dann aber erst im Jahr 1933, als die Stelle des Reichskunstwarts vom Innenministerium in das neue, von Hitler am 13. März 1933 gegründete, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda überführt wurde. Doch bis dahin gelang der immer stärker werdenden rechten Opposition die Arbeit Redslobs, der sich in seinem Amt für die Demokratie und die Republik engagierte, durch die Kürzung der sächlichen Ausgaben extrem zu behindern.<sup>92</sup>

Erschwerend kam hinzu, daß der Etat nicht konstant blieb, sondern den krisenhaften Schwankungen der Republik unterworfen war, was somit ein effizientes Arbeiten unmöglich machte.<sup>93</sup> Außerdem war Redslob mit den administrativen Verfahrensweisen nicht vertraut und betrieb seine Politik allein über persönliche Kontakte. Dadurch vereitelte er den bürokratischen Ausbau des Amtes und damit eine mögliche Effizienzsteigerung, die weder im Reichstag noch im Reichsrat gewünscht und ohne den bürokratischen Ausbau nicht durchsetzbar war.<sup>94</sup>

### **Eine Machtfrage zwischen Reich und Ländern**

Ein ähnliches Problem existierte für die Arbeit Redslobs beim Kampf zwischen Reich und Ländern um die Kompetenzen in Kunst- und Kulturfragen. Seit 1871 waren diese nämlich allein Ländersache gewesen und dies sollte aus Sicht der Landesvertreter auch so bleiben. Deshalb stieß schon die Einrichtung des Amtes 1919 auf harsche Kritik und deutliche Zurückhaltung bei den Länderverwaltungen, da sie eine „unitaristische Propaganda“ fürchteten.<sup>95</sup>

Dieser Umstand führte zu einer Beschneidung bzw. Begrenzung der Kompetenzen des Reichskunstwarts. Er sollte lediglich eine vermittelnde und beratende Funktion innehaben, so beruhigte man die Bedenken der Länder, und das Innenressort der Reichsregierung behielt sich die letzte Entscheidung in künstlerischen Angelegenheiten anderer Ministerien vor. Dennoch ließen sich die Befürchtungen der Länder, wie z.B. in Bayern, nicht gänzlich zerstreuen, was in den Äußerungen des bayerischen Generalkonservators Georg Hager, eine solche „Kunstbeeinflussungsstelle“ könne gar nicht immer neutral und bloß vermittelnd bleiben, zum Ausdruck kommt.<sup>96</sup> Der badische Kultusminis-

---

<sup>92</sup> Vgl. ebda., S. 273.

<sup>93</sup> Vgl. Speitkamp [wie Anm. 15], S. 556.

<sup>94</sup> Vgl. ebda.

<sup>95</sup> Vgl. ebda., S. 558.

<sup>96</sup> Vgl. ebda., S. 559.

ter Hermann Hummel wies darauf hin, daß die Kultur ja dezentral entstanden sei und es daher als nicht wünschenswert erschiene, daß Berlin diktiere, was „schön“ sei. Hierin drückte sich zugleich auch die Befürchtung vieler Länder aus, daß durch den Sitz des Reichskunstwarts in Berlin, die preußischen Vorstellungen einer Kunst- und Kulturpolitik maßgebend werden könnten. Unter diesen Voraussetzungen konnte selbst das politisch äußerst vorsichtige Taktieren Redslobs nicht verhindern, daß viele der deutschen Länder bei nichtigen Anlässen eine Einmischung in ihre Angelegenheiten und damit verbundene Kompetenzverluste witterten. Durch die ablehnende Haltung von Seiten der Länder war der Reichskunstwart verstärkt auf seine persönlichen Kontakte und werbende Tätigkeit durch rege publizistische Aktivitäten angewiesen.<sup>97</sup>

### Der Reichskunstwart aus Sicht der Künstler

Doch nicht nur die Länder blieben dem neuen Amt skeptisch gegenüber, sondern auch die Künstlerschaft fühlte sich übergangen. So äußerten kritische Stimmen ihre Bedenken darüber, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, dieses Amt mit einem Künstler anstatt einem Kunsthistoriker zu besetzen, der zudem auch noch ein Mitglied des Deutschen Werkbundes war. Daneben fühlte sich die deutsche Künstlerschaft bei der Schaffung des neuen Amtes übergangen und meldete ihre Bedenken an, ob die Anregungen der Künstler überhaupt berücksichtigt werden würden. Hinzu kam die Befürchtung, der Reichskunstwart habe lediglich eine dekorative Funktion. Von größtem Interesse war allerdings die Frage nach den Kompetenzen des Amtes und dem Beteiligungsspielraum der deutschen Künstler. Darauf konnte der Reichsinnenminister Koch-Weser zunächst nur unzulänglich Antwort geben. Er versicherte jedoch dem Reichskunstwart seine „wärmste“ Unterstützung.<sup>98</sup>

Die Auffassung über die Befugnisse des Reichskunstwarts spalteten sich bei der Frage, ob er nur das Heranziehen von Sachverständigen bei künstlerischen Fragen einheitlich regeln oder die künstlerische Auffassung vereinheitlichen sollte. So schreibt der Reichsinnenminister Koch-Weser an das Reichsministerium: „Dr. Redslob wird vielmehr, je nach der an ihn herantretenden Aufgabe innerhalb des ganzen Reiches, den ihm am tüchtigsten erscheinenden Künstler oder eine Mehrzahl solcher Künstler heranziehen und ihr Gutachten mit seiner Stellungnahme mir zur Weitergabe an die anfragende Reichsbehörde übermitteln.“<sup>99</sup> Hier tritt deutlich die Abhängigkeit Redslobs von der Regierung und das Eingebundensein des Amtes in den politischen Verwaltungsapparat hervor. Somit verblieben dem Reichskunstwart nur be-

<sup>97</sup> Vgl. ebda., S. 561.

<sup>98</sup> Vgl. Laube [wie Anm. 13], S. 32 u. 33.

<sup>99</sup> Zitiert nach Heffen [wie Anm. 78], S. 65.

schränkte Entscheidungsbefugnisse, wobei die beratende und vermittelnde Funktion zwischen Regierung und Künstlern dominierte. Diese Umstände bezeichnet Speitkamp als „anlagebedingte Schwäche“ und spricht bei dem Amt des Reichskunstwarts von einem „Kompromißprodukt“.

### **Das Ende des Amtes**

Nach ernsthaften Einsparmaßnahmen im Etat des Reichskunstwarts, nach Abzügen von Hilfskräften und der ständigen Ungewißheit über den Bestand des Amtes, wurde schließlich die Machtübernahme Hitlers auch für Redslob und sein Amt zum Verhängnis. Auf Betreiben des Oberstleutnant a.D. Felix Ernst Corsep erhielt der Reichskunstwart am 27. Februar 1933 ein Schreiben, das ihm seine sofortige Beurlaubung sowie seine Kündigung zum nächstmöglichen Termin, dem 30. September 1933 mitteilte. Dies war das Ergebnis eines Schreibens von Corsep an den Referenten der Abteilung III des Reichsministeriums des Inneren, Ministerialrat Dr. Maximilian Donnevert. In seinem Schreiben äußerte sich Corsep vernichtend gegenüber Redslob und dessen Amt. Dabei bezichtigte er den Reichskunstwart der engen Verbindungen zum Judentum. Vermutlich rührte dieser Vorwurf aus der Arbeit und den beruflichen Beziehungen Redslobs zu den z.T. auch jüdischen Künstlern her. Hinzu kommt, daß diese Anschuldigung mit Beginn des Nationalsozialismus ein probates Mittel darstellten, um die ihnen unliebsame Mitmenschen zunächst in Mißkredit zu bringen und später aus dem Weg zu räumen. Außerdem kritisierte Corsep die Rolle Redslobs im Gerichtsverfahren gegen George Grosz, für den Redslob ein Verteidigungsgutachten, vor dem Hintergrund des Rechts eines jeden auf künstlerische Freiheit, geschrieben hatte. Wortwörtlich heißt es bei Corsep: „Aber nun fort mit ihm, fort mit der nicht nur kostspieligen, sondern auch unnützen, vor allem die Freiheit der Kunst und der Künstler schwerstens schädigenden und sittlich herabdrückenden Dienststelle und der Person des deutschen Reichskunstwarts.“ Die deutsche Kunst, so Corsep, die deutschen Künstler und das national empfindende Publikum würden aufatmen, wenn diese „Revolutionspflanze“ beseitigt sei.<sup>100</sup>

Bereits im März erschien eine vermutlich von Goebbels verfaßte Denkschrift zur Errichtung eines Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. In ihr war von erschreckender Desorganisation der gesamten staats- und volkspolitischen Aufklärungsarbeit die Rede. Dem neuen Ministerium sei die Presse und das Rundfunkkommissariat zu unterstellen, ferner sei die Stelle des Reichskunstwarts aufzulösen und dessen Arbeit ebenfalls in dem neuen

---

<sup>100</sup> Zitiert nach Laube [wie Anm. 13], S. 220.



Ministerium einzugliedern.<sup>101</sup> Somit wurde das Amt des Reichskunstwarts, nach der Gründung des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda am 13. März 1933 durch die Fürsprache Hitlers und dem Beschluß des Kabinetts, in das neue Ministerium überführt. Dies bedeutete das Ende der künstlerischen Freiheit und zog den von vielen Ländern so gefürchteten künstlerischen Unitarismus nach sich.

In der Presse wurde der Auflösung des Amtes nur in kleinen Agenturmeldungen Aufmerksamkeit geschenkt. Lediglich die Königsberger Allgemeine Zeitung schrieb einen längeren Artikel zu diesem Thema. In ihm heißt es, man habe den Eindruck gehabt, hinter den Vorschlägen und Forderungen des Reichskunstwarts habe eher ein „blasser und abgeklärter Ästhet“ als eine Persönlichkeit gestanden. Zudem handle es sich bei Redslob nicht um eine Kämpfernatur, sondern um jemanden, der auf diplomatische Art und Weise den Weg des geringsten Widerstandes gesucht habe. Dies sei letztlich auch der Grund seines Scheiterns gewesen. Jedoch erschien der Königsberger Allgemeinen Zeitung der Posten eines Reichskunstwart durchaus nicht überflüssig, vielmehr komme es auf die richtige Besetzung eines solchen Amtes an.<sup>102</sup> Diese Auffassung deckt sich mit der vieler Historiker, unter ihnen auch Speitkamp, die neben finanziellen und bürokratischen Nöten und Mißständen in erster Linie die Person des Reichskunstwarts für seine oft unzureichende Arbeit und das Scheitern seines Amtes verantwortlich machen. Bemerkenswerterweise äußerte sich Redslob nie über sein Amtsverständnis oder zu dem Amt selbst.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß, wie in der Königsberger Allgemeinen beschrieben, die Stelle eines Reichskunstwarts angesichts der fehlenden Identität Deutschlands nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in der Tat sinnvoll und notwendig gewesen war. Bedauerlicherweise wurde aber bereits bei den Aufgabengebieten und Kompetenzen dieses neuen Amtes der Spielraum so gering gehalten, daß es nur wenige Möglichkeiten für ein effektives und nachhaltiges Handeln des Reichskunstwarts gab. Innerhalb dieser engen Grenzen war Redslobs Amtsführung aufgrund seines künstlerischen Idealismus, aber auch aufgrund der politischen Realitäten durch Kompromisse geprägt, die für die Weimarer Demokratie insgesamt charakteristisch waren.

In der Zeit des Nationalsozialismus war Redslob als Schriftsteller und Journalist tätig. So verfaßte er in der Zeit von 1933-45 verschieden Romane, wie z.B.: „Ein Jahrhundert verklingt“, die z.T. stark autobiographische Züge trugen. Aufgrund angeblich regimefeindlicher Äußerungen wurden sie jedoch ziem-

---

<sup>101</sup> Vgl. ebda., S. 222.

<sup>102</sup> Vgl. ebda., S. 221.

lich schnell eingestampft. Durch die politische Situation nach 1933 sah Redslob sich gezwungen, seinen Aufenthaltsort öfter zu wechseln.<sup>103</sup> Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beteiligte er sich an der Gründung verschiedener kultureller Institutionen wie dem Berliner Tagesspiegel 1945, der Freien Volksbühne Berlin 1947, der Freien Universität Berlin im Jahr 1948, an der er zwei Jahre später Rektor und Lehrer für Kunstgeschichte wurde.<sup>104</sup> Ab dem Jahr 1963 engagierte sich Redslob als Vorsitzender in einem Verein, der die Gründung eines geschichtlichen Museums für West-Berlin erstrebte. Im Jahr 1969 wurde schließlich das Berlin-Museum eröffnet.<sup>105</sup> Neben dieser starken Gründertätigkeit behielt Redslob jedoch seine schriftstellerische Arbeit bei, die sich hauptsächlich mit Goethe beschäftigte. Seine angefangene Goethe-Biographie mußte jedoch durch seinen Tod im Jahre 1973 unvollendet bleiben.

## Quellen und Literatur

### Quellen

*Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches, Leipzig 1919.*

*Brecht, Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927, Stuttgart 1966.*

*Deutsche Einheit - Deutsche Freiheit. Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag 11. August 1929, Berlin 1929.*

*Poetzsch-Heffter, Fritz: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 13, Tübingen 1925.*

*Redslob, Edwin: Von Weimar nach Europa. Erlebtes und Durchdachtes, Berlin 1972.*

*Reichshaushaltsplan, Entwurf für das Rechnungsjahr 1927, 1928, 1929 und 1930, Berlin 1927, 1928, 1929, 1930.*

### Literatur

*Campbell, Joan: Der Deutsche Werkbund 1907-1934, München 1989.*

*Heffen, Annegret: Der Reichskunstwart - Kunstpolitik in den Jahren 1920-1933. Zu den offiziellen Bemühungen um eine Reichskunstpolitik in der Weimarer Republik (Historie in der blauen Eule; 3), Essen 1986.*

*Küthmann, Arnold/Steinhilber, Dirk: Großer Deutscher Münzkatalog von 1800 bis heute, Augsburg 1999.*

<sup>103</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 294ff.

<sup>104</sup> Vgl. Heffen [wie Anm. 78], S. 51.

<sup>105</sup> Vgl. Redslob [wie Anm. 1], S. 359f.

- Laube, Gisbert:** *Der Reichskunstwart. Geschichte einer Kulturbehörde 1919-1933* (Rechtshistorische Reihe; 164), Frankfurt a.M. 1997.
- Lotz, Wolfgang:** *Friedrich der Große und die Deutsche Reichspost - Ein Beitrag zur Problematik politischer Inhalte von Briefmarken in der Weimarer Republik*, in: *Archiv für Postgeschichte*, Jg. 1986, Nr. 2, S. 108-113.
- Michel Briefmarken-Katalog Deutschland 1998/99*, München 1998.
- Potthoff, Heinrich:** *Verfassungsväter ohne Verfassungsvolk. Zum Problem der Integration und Desintegration nach der Novemberrevolution*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland* (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien), Düsseldorf 1974, S. 339-354.
- Sauer, Michael:** *Originalbilder im Geschichtsunterricht. Briefmarken als historische Quelle*, in: Gerhard Schneider (Hg.): *Die visuelle Dimension des Historischen. Hans-Jürgen Pandel zum 60. Geburtstag* (Forum Historisches Lernen/Wochenschau Geschichte), Schwalbach/Ts. 2002, S. 158-164.
- Schellack, Fritz:** *Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste*, in: Dieter Düding/P. Friedmann/P. Münch (Hg.): *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Hamburg 1988, S. 278-298.
- Speitkamp, Winfried:** *Erziehung zur Nation. Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar*, in: Helmut Berding (Hg.): *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2*, Frankfurt a.M. 1994, S. 541-580.
- Weber, Klaus-Dieter:** *Verfassungsfeiern in der Weimarer Republik*, in: Gerhard Henke-Bockschatz (Hg.): *Geschichte und historisches Lernen. Jochen Huhn zum 65. Geburtstag*, Kassel 1995, S. 181-209.



JENNIFER BENNEFELD

## **Auf der Suche nach neuen Wegen**

### **Kirche, Staat und Schule in der Weimarer Republik**

#### **Die Beziehung von Schule, Staat und Kirche zu Beginn der Weimarer Republik**

##### **Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche**

Im November 1918 erhielt die Trennung von Staat und Kirche durch die politischen Umbrüche neue Aktualität, da nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik am 09.11.1918 durch Philipp Scheidemann eine Neuordnung stattfinden musste. Die Trennung hatte sich schon im vorangegangenen Jahrhundert abgezeichnet. 1870 verkündete die katholische Kirche das Unfehlbarkeitsdogma und stellte damit den Papst über die Regierung des Reiches. Auf der anderen Seite stand die Regierung unter Bismarck, die sich wie die deutschen Nichtkatholiken energisch widersetzte, da ein solches Dogma sich nicht mit ihren Vorstellungen von Gesellschaft und Staat vereinbaren ließ. Daraufhin entwickelte sich ein Konflikt, der als Kulturkampf – dieser Begriff stammt von dem Arzt Virchow – bezeichnet wird. Er wurde hauptsächlich zwischen der katholischen Kirche und der Regierung Bismarcks ausgetragen. Die katholische Kirche war nach der Französischen Revolution und den „großen Säkularisierungen in den 1830ern“<sup>1</sup> in eine tiefe Krise gestürzt, doch bald entstand eine katholische Bewegung, die durch innere Geschlossenheit und organisatorische Ausbreitung gestärkt wurde. Sie beharrte gemäß ihrer Tradition, auf der Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche. In den Jahren 1850-1880 waren die politischen Diskussionen von kirchenpolitischen und konfessionellen Themen geprägt. Das Ziel Bismarcks war es, eine „säkularisierte Gesellschaftsordnung“<sup>2</sup> durchzusetzen, den Einfluss der Kir-

---

<sup>1</sup> Rudolf Lill: Der Kulturkampf. Paderborn u.a. 1997, S. 10.

<sup>2</sup> Ebda., S. 9.

chen zurückzudrängen und die Beziehung von Staat und Kirche neu zu ordnen. Die Kirchen sollten den staatlichen Gesetzen unterstehen und durch den Staat kontrolliert werden. Der einzige Bereich, in dem nicht versucht wurde, die Kirchen einzuschränken, war die Seelsorge.<sup>3</sup> Der eigentliche Gegner der Nationalliberalen waren nicht die Kirchen insgesamt, sondern speziell der Katholizismus.<sup>4</sup> Dies hatte einen zweifachen Hintergrund, den historisch-kulturellen und den sozialen, der auf spezifischen, gesellschaftlichen Konstellationen des 19. Jahrhunderts beruhte. Bei dem historisch-kulturellen Hintergrund ging es um einen Grundsatzstreit zwischen der liberalen Idee von Staat und Gesellschaft, die auf der protestantisch-norddeutsch geprägten bürgerlichen Kulturnation beruhte, wogegen ein traditionelles System von Werten und Normen stand, das vor allem von der katholischen Kirche verfochten wurde. Außerdem war hierbei die Verteidigung von Besitztümern ein wichtiger Aspekt, auf die die Kirche natürlich nicht verzichten wollte. Der soziale Hintergrund basierte auf den Interessen des Bürgertums, die hauptsächlich von den liberalen Führungsschichten vertreten wurden, deren Geltungsanspruch sich aber über alle Schichten erstreckte. Die Mittel- und Unterschichten standen dagegen, fühlten sich unterdrückt und fanden in den katholischen Bewegungen Unterstützung. Aus diesen Bewegungen setzten sich die ersten politischen Vertretungen zusammen, woraus 1870 die Zentrumsparterie als erste Volkspartei in Deutschland hervorging. Sie wurde überwiegend von Katholiken gewählt, und da diese sich auf alle sozialen Schichten verteilten, wurde sie zur Volkspartei.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. ebda.

<sup>4</sup> Schon seit der Märzrevolution 1848 wurde die Trennung von Staat und Kirche auch „als Aufgabe der Gesetzgebung offen angesprochen“. In der Frankfurter Nationalversammlung wurde von Katholiken und Liberalen in ein partielles Bündnis eingewilligt und in der Reichsverfassung Kompromisse gefunden, die die Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit, Gleichheit der Konfessionen, freie Religionsausübung, Beibehaltung des staatlichen Schutzes und die Einführung der Zivilehe beinhalteten. Außerdem erhielten die Kirchen Autonomie, d.h. die selbstständige Ordnung ihrer Angelegenheiten. Das öffentliche Schulwesen, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, wurde dagegen dem Staat unterstellt. Die Kirche hatte jedoch die Möglichkeit, Privatschulen zu errichten. Eine endgültige Trennung von Staat und Kirche sollte vermieden werden. Obwohl die Paulskirchenverfassung nicht in Kraft trat, wirkten ihre Ideen weiter und beeinflussten die politische Auseinandersetzungen bis in die Weimarer Republik.

<sup>5</sup> In Preußen wurden die Auseinandersetzungen während der Zeit des Kulturkampfes im Vergleich zu anderen Regionen mit besonderer Härte geführt. 1871 wurde der Kanzelparagraph eingeführt. Geistliche mußten nun mit zwei Jahren Gefängnis rechnen, wenn sie den öffentlichen Frieden bedrohten, d.h., wenn sie sich in der Predigt oder privat gegen die Regierung stellten. Die Jesuiten wurden ab 1872 ausgewiesen und das Gesetz über die staatliche Schulaufsicht erlassen. Schon 1871 war die katholische Abteilung im Kultusministerium aufgehoben worden, doch die Maigesetze 1873 bildeten den Höhepunkt, da sie der Kirche ein ge-

Die Beilegung des Kulturkampfes förderte 1878 vor allem Papst Leo XIII, der den Abbau der Konflikte vorantrieb. Sein Ziel war ein Bündnis zwischen Papsttum und monarchischer Staatsgewalt. Gemeinsam sollte humanisierend auf die kapitalistische Arbeitswelt eingewirkt werden. Bismarck verhielt sich zunächst zurückhaltend, erst ab 1880 wurden langsam Milderungsgesetze erlassen, nach denen die Regierung bestimmen konnte, Gesetze moderater durchzusetzen oder zu handhaben, oder auch ganz auf sie zu verzichten. 1885 handelten Bismarck und Leo XIII einen Kompromiß aus. 1886/87 wurden die Friedensgesetze erlassen, die die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze bedeuteten. Bestehen blieben die staatliche Schulaufsicht, die Zivilehe, das Jesuitengesetz und der Kanzelparagraph. Staatliches Veto bei der Besetzung von Kirchenämtern wurde auf dauerhafte Besetzungen beschränkt, sowie die Staatsprüfung für Geistliche vor dem kirchlichen Gerichtshof abgeschafft.

### **Geschichte der Schulentwicklung von 1800-1918**

Um 1800 wurde in Preußen die Unterrichtspflicht endgültig durchgesetzt, so daß sie nicht nur auf dem Papier bestand, sondern auch in der Bevölkerung Akzeptanz fand und umgesetzt wurde. Es kam zu verschiedenen Strömungen innerhalb des Bildungswesens. So z.B. das aufstrebende Bürgertum, das die Anwendung von Erlerntem für den späteren Berufsgebrauch in den Vordergrund stellte, auf der anderen Seite Wilhelm von Humboldt, der 1809 mit der Erneuerung des Bildungssystems beauftragt wurde. Mit einigen anderen stand er für den Ende des 18. Jahrhunderts aufkommenden Neuhumanismus, der sich auf die griechische Antike besann und eine allgemeine Bildung be-

---

schlossenes System staatlicher Kontrolle auferlegten. Bei der Anstellung von Geistlichen mußte der Anzeigepflicht nachgekommen werden, die Anstellung wurde von der wissenschaftlichen Vorbildung abhängig gemacht, wobei auch hier Einspruch durch die Regierung möglich war. Diese konnte sich also nun die Pfarrer selbst aussuchen und somit dafür sorgen, daß nur regierungsfreundlich gesinnte Geistliche eingesetzt wurden. Ausserdem wurde ein Gesetz zur Unterstellung des kirchlichen Disziplinarrechts unter staatliche Aufsicht erlassen. Das hieß Ausschließung des Papstes von der Ausübung des Disziplinarrechts in Preußen, Entlassung Geistlicher durch den Staat bei Gesetzesübertretungen und Erleichterungen beim Kirchenaustritt. Aufgrund der Gegenwehr des Zentrums wurde zu immer schärferen Maßnahmen gegriffen. Der Entzug der Staatsangehörigkeit drohte Geistlichen, die trotz Absetzung tätig blieben, eingeführt wurde die Verwaltung von kirchlichem Vermögen durch staatliche Kommissare und die Zivilehe. Es wurden alle finanziellen Staatsleistungen an die katholische Kirche eingestellt und alle Orden von preussischem Gebiet ausgeschlossen. Dadurch sollte die hierarchische Kirchenordnung geschwächt und die Organisation der katholischen Kirche zerschlagen werden. Doch Bismarcks Ziel, die Vernichtung des Zentrums, war nicht erreichbar, da sich enorme geistige und publizistische Gegenkräfte freisetzen. Die meisten Gesetze betrafen auch die evangelische Kirche. Doch bis auf eine streng konservative Minderheit, die Widerstand leistete, fügte sich diese.

fürwortete, die der rein praktisch ausgerichteten Auffassung des Bürgertums widersprach. Es gab allerdings keine Einheit im deutschen Schulwesen, da dies den einzelnen Landesregierungen unterstand. In der Paulskirchenverfassung von 1848 wurde ein Artikel über Unterrichtsbedingungen aufgenommen, doch diese trat nicht in Kraft und in der Reichsverfassung von 1871 wurde die Frage nach Vereinheitlichung des deutschen Unterrichtswesens als nicht mehr so wichtig erachtet und die Zuständigkeit blieb bei den Länderregierungen, auf deren staatliche Selbstständigkeit das Reich Rücksicht nehmen mußte. Wahrscheinlich spielte auch die „enge Verflechtung von Kirche und Volksschule“<sup>6</sup> eine wichtige Rolle, und außerdem schien eine konservative Schulpolitik auch auf Länderebene gesichert, so daß eine allgemeine Bildungspolitik als nicht notwendig angesehen wurde.<sup>7</sup> Bis Ende des 19. Jahrhunderts kam es immer wieder zu Bestrebungen nach überregionaler Zusammenarbeit im Schulwesen, und Petitionen, u.a. durch Lehrerkreise wurden eingereicht, doch die sich gerade mit der Kirche im sogenannten Kulturkampf befindende Regierung ging nicht darauf ein. Erst mit den preußischen Schulkonferenzen von 1890 und 1900 zur Reform des Höheren Schulwesens wurde die preußische Schulpolitik zum Vorbild, die auf das Reich abfärbte. 1906 griff die SPD die Idee nach einem Reichsschulgesetz wieder auf, das ursprünglich von den Liberalen gefordert worden war. Hier kam es schon zu den ersten Konflikten mit den konservativen und bürgerlichen Parteien, da für diese das Streben der SPD nach Beseitigung des Religionsunterrichtes aus den Schulen, sowie die Durchsetzung von weltlichen Schulen unannehmbar war. Auch dem Wunsch nach einem eigenständigen Reichsschulamt stand man ablehnend gegenüber. Nach mehreren Forderungen der Sozialdemokraten nahm der Reichstag 1914 „mit den Stimmen der SPD eine von der Fortschrittlichen Volkspartei vorbereitete Resolution an, in der der Ausbau der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt gewünscht wurde“<sup>8</sup>. Es sollte die Funktion einer Beratungsstelle für das deutsche Schulwesen innehaben.

Durch den Ersten Weltkrieg wurden die gegensätzlichen Auffassungen bezüglich der Schulpolitik etwas abgemildert. Mit der Revolution von 1918 wurde es den sozialistischen Parteien möglich, wieder ein größeres Gewicht auf die Schulpolitik zu legen und um eine Veränderung des Schulwesens zu kämpfen. Die Diskussionen um die Trennung zwischen Staat und Kirche ab

---

<sup>6</sup> Christoph Führ: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919-1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924-1933). Darstellungen und Quellen, 2., durchgesehene Aufl., Weinheim 1972, S. 27.

<sup>7</sup> Vgl. ebda.

<sup>8</sup> Ebda., S. 30.



1918 betrafen vor allem das Schulwesen, da die Schule bis dahin dem Einfluß der Kirchen ausgesetzt war. Die sozialistischen und demokratischen, besonders aber die kommunistischen Politiker, lehnten die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen ab und strebten die Säkularisierung der Schule an. Die Fächer sollten losgelöst von jeder Weltanschauung unterrichtet werden und die Lehrer damit von der Pflicht des religionsbezogenen Unterrichts befreit werden. Auch sollte die Konfession der Lehrer keine Rolle bei der Einstellung mehr spielen. Schon vor und besonders während des Krieges zeichnete sich der Wunsch nach Reform des Schulwesens ab. Der Ruf nach einer Reichsschulkonferenz wurde laut, als im Krieg in den Schützengräben Standesunterschiede aufgehoben wurden und man dies auf die Schule übertragen wollte. Mit der Novemberrevolution war schließlich auch der Gedanke der Reichsschulkonferenz wieder da „und jetzt nicht mehr als ein frommer Wunsch, sondern als eine vom neuen demokratischen Deutschland selbstverständlich zu erfüllende Forderung“, so Heinrich Schulz in seinem Geleitwort im Handbuch für die Reichsschulkonferenz.<sup>9</sup>

### **Der Versuch der Trennung von Staat und Kirche**

Doch das Schulwesen war nicht das einzige Gebiet, das diskussionsbedürftig war. Die Kirche war seit der Reformation eng mit den Monarchien verbunden gewesen, durch deren Sturz nun auch sämtliche Kirchenorgane betroffen schienen und zusammenzubrechen drohten<sup>10</sup>. Durch das Sumepiskopat war der deutsche Kaiser und preußische König Wilhelm II, auch gleichzeitig das Oberhaupt der evangelischen Kirche, durch dessen Abdankung schon eine Neuordnung des Verhältnis zwischen Staat und Kirche unvermeidbar geworden war. Über die Form war man sich jedoch noch nicht einig. Während das Ziel der Kirche die staatsfreie Volkskirche war, die größere Freiheit, aber nicht absolute Trennung bedeutete, befürworteten die Sozialisten, vor allem Hoffmann, die radikale Trennung. Dies bedeutete die Errichtung einer Freikirche statt einer Volkskirche. Die Regierung hatte dazu ein Memorandum veröffentlicht, das von einem der beiden Kultusminister Preußens, Adolf Hoffmann (USPD)<sup>11</sup>, aufgesetzt worden war, der als einer der „energischsten Vertreter

---

<sup>9</sup> Vgl. Heinrich Schulz: Ein Wort zum Geleit. In: Die deutsche Schulreform. Ein Handbuch für die Reichsschulkonferenz, Leipzig 1920, S. IIX - XII, hier S. X.

<sup>10</sup> Vgl. Sun-Ryol Kim: Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung von 1919. Eine Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Preußen seit der Reichsgründung von 1871 (Hamburger Theologische Studien; 13), Hamburg 1996, S. 247.

<sup>11</sup> Adolf Hoffmann führte bis 1919 zusammen mit Konrad Haenisch (MSPD) die Kulturabteilung des Reichsministerium des Innern.

der Kirchenaustrittsbewegung“<sup>12</sup> galt. Aus diesem ging hervor, daß sie die Kirchen auf eine vereinsrechtliche Grundlage stellen wollten, alle Staatshilfen, vor allem finanzielle, gestrichen werden sollten, sowie die schrittweise Reduktion der kirchlichen Steuerprivilegien erfolgen und die geistliche Schulaufsicht durchgesetzt werden sollte.<sup>13</sup> Tatsächlich kam es dann aber nicht zu einer radikalen Trennung, sondern, wie die Kirchen es erhofft hatten, wurden diese als „Körperschaften des öffentlichen Rechts mit freier Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten anerkannt“<sup>14</sup>, da sie massiven Widerstand geleistet hatten und es ihnen gelungen war, weite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Die Kirche befürchtete, durch die Begrenzungen ihren religiös-sittlichen Einfluß auf die Öffentlichkeit und dadurch ihre Stellung als Kulturmacht neben dem Staat zu verlieren. Außerdem war sie auf die Hilfe des Staates angewiesen und wollte ihren Status als öffentliche Körperschaft sichern, da sie sich neben dem moralischen Einfluß vor allem um ihre finanzielle Lage Sorgen machte, denn bis dahin waren ein Drittel der Kosten durch den Staat gedeckt worden. Als Freikirche wäre man auf die freiwillige Zahlung seiner Mitglieder angewiesen, worauf die Kirche gerade nach dem verlorenen Krieg und der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht vertrauen wollte. Durch die Errichtung einer Volkskirche wäre die Finanzierung gewährleistet, da dies den Status der Körperschaft bedeutete, was auch die Einnahme von Steuern ermöglichte.<sup>15</sup> Die Veröffentlichung des Memorandums vom 13. November 1918<sup>16</sup>, in dem die Regierung ihre Kirchenpolitik darstellte, war ein Schock für die preußischen Kirchenbehörden, die es nun als wichtigste Aufgabe ansahen, „die Führung der Kirchen in dieser Situation akuter Bedrohung sicherzustellen“<sup>17</sup>. Die protestantische Kirche müsse nun vom Evangelischen Oberkirchenrat (EOK) und Generalsynodalvorstand getragen werden. Diese sollten gemeinsam mit einigen kirchlichen Vertrauenspersonen dafür sorgen, daß bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung die kirchlichen Interessen entsprechend vertreten wurden und auch sicherstellen, daß auf „staatliche Maßnah-

<sup>12</sup> Claus Motschmann: Evangelische Kirche und preußischer Staat in den Anfängen der Weimarer Republik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Zusammenarbeit (Historische Studien, Heft 413), Lübeck und Hamburg 1969, S. 27.

<sup>13</sup> Vgl. Kurt Nowak: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des Deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1981, S. 22f.

<sup>14</sup> Karl-Egon Lönne: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1986, S. 221.

<sup>15</sup> Vgl. Kim [wie Anm. 10], S. 252.

<sup>16</sup> In dem Memorandum proklamierte Hoffmann u.a. die absolute Trennung von Staat und Kirche und den Ausbau der Einheitsschule, die gleichzeitig von jeglichem kirchlichen Einfluß befreit werden sollte.

<sup>17</sup> Nowak [wie Anm. 13], S. 29.

men“<sup>18</sup> schnell reagiert werden konnte. Hoffmann beauftragte außerdem den liberalen Berliner Pfarrer Dr. Wessel, einen Befürworter der demokratischen Kirchenreform, als „Regierungsvertreter für die evangelischen kirchlichen Behörden in Preußen“.<sup>19</sup> Der EOK legte daraufhin Protest ein, da er sich einerseits in seiner Freiheit eingeschränkt sah, andererseits bemängelte, daß Hoffmann nun am 16.11.1918 die Trennung von Staat und Kirche proklamierte, die die Kirche schon „als ihr Programm verkündet hatte“<sup>20</sup>. Im Dezember 1918 trat der zweite Kultusminister Preußens, Konrad Haenisch (SPD), mit seiner im Gegensatz zu Hoffmann gemäßigten Politik immer mehr in den Vordergrund, worauf eine „Wende in der preußischen Kirchenpolitik folgte“<sup>21</sup>. Auch die katholischen Christen waren durch den Schulerlaß Hoffmanns geschockt und erneut verbreitete sich eine Atmosphäre der Kulturkampfstimmung. Es kam zu zahlreichen Protesten, vor allem durch Eltern, die die schulische Erziehung ihrer Kinder in Gefahr sahen.<sup>22</sup> Doch die Trennung wurde von keiner Seite radikal vollzogen und es blieb bei einer leidlichen Zusammenarbeit, insbesondere in sozial-gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Kirche wichtige Aufgaben übernommen hatte. Sie trug z.B. zur Sicherung der Ernährungsversorgung und Stabilisierung der Währung bei, indem sie „gegen Banknotenhamsterei“<sup>23</sup> mitwirken sollte, da sich die Angst der Bevölkerung vor einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verstärkte, die die Kirche zu mindern versuchte. Außerdem hatte sie die Aufgabe der Seelsorge übernommen, die ihr auch schon zu Zeiten, in denen die kirchlichen Rechte begrenzt worden waren, immer zugestanden wurde. Ihr Wirken bestand hauptsächlich aus aufklärerischen Maßnahmen, indem sie z.B. besonders in ländlichen Gebieten Einfluß auf Arbeitgeber nahm, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, und auch in einigen Industriezentren für „Arbeitsbeschaffungsprogramme“<sup>24</sup> zu werben. Neben dem Bereitstellen von Arbeitsplätzen sollten Arbeitslose auch vor sittlichen Gefahren geschützt werden und daher bemühte sich die Kirche vor allem um schulentlassene Jugendliche, denen sie Aufklärung und Berufsberatung anbot. Neben diesem Bereich, der, so kurz nach dem Krieg überaus wichtigen aufklärerischen Arbeit, wirkte sie aber auch direkt an der Beschaffung von Arbeitsplätzen mit. Z.B. wurde der evangelischen Kirche aufgetragen, große Mengen von Produkten der Textilindustrie zu bestellen, um die Industrie durch die schlechte wirtschaftliche Lage hindurchführen zu

---

<sup>18</sup> Ebda., S. 24.

<sup>19</sup> Ebda.

<sup>20</sup> Ebda.

<sup>21</sup> Ebda., S. 25.

<sup>22</sup> Vgl. Lönne [wie Anm. 14], S. 432.

<sup>23</sup> Motschmann [wie Anm. 12], S. 25.

<sup>24</sup> Ebda.

können. Besonders bei der Aufrechterhaltung der sittlichen und moralischen Werte und Auffassungen war die Kirche aus dem öffentlichen Leben nicht wegzudenken, da sie auf das Gewissen der Bürger einwirken, und z.B. vor Alkoholismus, Spielsucht, „Schundschriftentum“<sup>25</sup>, Geschlechtskrankheiten, sowie dem Bordellwesen bewahren sollte. Außerdem förderte sie bodenreformerische Bestrebungen, unterstützte kinderreiche Familien, wirkte auf die Einschränkung der Frauenarbeit ein und beriet und unterstützte Kriegswaisen. Es zeigte sich, daß es zumindest gute Ansätze für die Zusammenarbeit von Staat und Kirche gab, die sich auch von Auseinandersetzungen um die Stellung der Kirche in dem neuen Staat und Konflikte bezüglich der Schulerlasse nicht negativ beeinflussen ließen.

Belastend für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, katholischer wie evangelischer, wirkten sich allerdings die kirchenfeindliche Politik Hoffmanns, sowie die Unterstützung der Kirchaustrittsbewegungen durch die Regierung aus.<sup>26</sup> Nachdem Hoffmann sich schon einige Zeit aus Krankheitsgründen im Hintergrund gehalten hatte, und Haenisch immer deutlicher die Kulturpolitik bestimmte, verließ er am 03.01.1919 die Regierung, worauf die am 27.11. und 29.11.1918 erlassenen Verordnungen aufgehoben wurden. Gleichzeitig versprach die preußische Regierung, „daß die Neuordnung zwischen Staat und Kirche“<sup>27</sup> erst nach der Wahl zur Nationalversammlung im August 1919 von dieser geregelt werde. Die Kirche setzte stark auf diese Neuordnungen, da sie sich dadurch Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit erhoffte.

Tatsächlich sicherte die Reichsverfassung vom 11. August 1919 das Recht auf freie Religionsausübung, sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit. Ausnahme-gesetze, die vor allem für die katholische Kirche galten, wurden abgeschafft und in einigen Bundesländern wurden die Kirchen sogar von jeglicher staatlichen Einmischung befreit. Das hieß, neue Orden gründen und Pfarreien selbst besetzen zu dürfen. Gesetze, die Religion und Religionsgemeinschaften betrafen, wurden im dritten Abschnitt der Verfassung behandelt, die neben der Religions-<sup>28</sup> Glaubens- und Gewissensfreiheit,<sup>29</sup> auch den Sonntag und andere Feiertage gesetzlich als „Tage der Arbeitsruhe“<sup>30</sup> schützten, den Religionsgemeinschaften den Status der Körperschaft garantierten<sup>31</sup> und die Seelsorge in

<sup>25</sup> Ebda., S. 23.

<sup>26</sup> Vgl. Engelbert Krebs: Zehn Jahre Katholische Kirche in Deutschland. In: Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928. 2. Aufl., Berlin 1928, S. 431-438, hier S. 432.

<sup>27</sup> Kim [wie Anm. 10], S. 249.

<sup>28</sup> Vgl. Hermann Mosler (Hg.): Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Stuttgart 1964, Art. 136.

<sup>29</sup> Vgl. ebda., Art. 135.

<sup>30</sup> Ebda., Art. 139.

<sup>31</sup> Vgl. ebda., Art. 137.

öffentlichen Anstalten, wie Krankenhäusern, Heer oder Strafanstalten, durch Religionsgemeinschaften nicht behinderten.<sup>32</sup> Doch auch in anderen Abschnitten lassen sich Einwirkungen der Kirche, besonders ethischer und moralischer Art finden. In Abschnitt 2 wird z.B. die Ehe, als „Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation“<sup>33</sup> von der Verfassung geschützt. Das Schulwesen dagegen wurde unter die „Aufsicht des Staates“<sup>34</sup> gestellt, was zwar einer der wenigen, aber wohl gleichzeitig der bedeutendste Streitpunkt, nicht nur der Parteien, sondern des gesamten Volkes wurde, da die Kirchen, in deren Augen die konfessionelle Schule als die einzig richtige galt, sich gerne als Bildungsträger gesehen hätten. Schon der Gedanke an die Errichtung von weltlichen, also religionslosen Schulen wurde als unerhört empfunden. Der Streit um die Schulfrage zog sich durch die gesamte Epoche und ließ Parteien, wie auch die Regierungen immer wieder verzweifeln, da es zu keinem befriedigenden Ergebnis kam.

## **Die Politik der Kirchen in der Weimarer Republik**

### **Die Beziehung von Staat und Kirche**

Die Katholische Kirche in Deutschland wurde auf politischer Ebene durch die Zentrumspartei repräsentiert. Die deutschen Katholiken hatten sich aktiv am Ersten Weltkrieg beteiligt und leisteten entschlossen Vorarbeit für den späteren Wiederaufbau, darauf hoffend, eine Besserung der Stellung von Katholiken zu erreichen, wenn die Nicht-Katholiken erkennen, was sie für Deutschland getan hatten. Sie erwarteten, endlich die gleichen Rechte wie andere Religionsgemeinschaften zugestanden zu bekommen. Ein deutliches Anzeichen dafür schien „die Berufung des Katholikenführers Grafen v. Hertling an die Spitze der Reichsregierung (1. XI. 1917)“. Als Vorbereitung für die Aufbauarbeit nach dem Krieg wurden z.B. Schulungskurse für pädagogische Weiterbildung, soziale Hilfsarbeit und Jugendbewegung angeboten<sup>35</sup>.

Die Weimarer Republik fand jedoch „nur auf dem linken Flügel des Zentrums überzeugte Anhänger“, da die Republik von Anfang an durch die Niederlage, sowie die Revolution belastet war, der viele Katholiken negativ gegenüberstanden. Daran änderte auch die Tatsache, daß der Kirche durch die Verfassung Gleichberechtigung, sowie Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet wurde, nicht viel. Als in Bayern 1920 die Zentrumspartei durch die Bayerische Volkspartei (BVP) ersetzt wurde, kam es zu einer ersten Schwächung des

---

<sup>32</sup> Vgl. ebda., Art. 141.

<sup>33</sup> Ebda., Art. 119.

<sup>34</sup> Ebda., Art. 144.

<sup>35</sup> Vgl. Krebs [wie Anm. 26], S. 431f.

Zentrums, das bis dahin einen großen Teil der katholischen Bevölkerung auf sich konzentriert hatte, und nun durch eine weitere, sich als katholische Volkspartei verstehende Partei Konkurrenz bekam. Besonders stark wurde dies 1925 herausgehoben, als die BVP Hindenburg anstatt des Zentrumspolitikers Marx als Reichspräsidenten befürwortete.<sup>36</sup>

Zu weiteren Verlusten kam es durch die Abwanderung einiger konservativer Katholiken zur DNVP, sowie durch die Bildung einer „linkskatholischen christlich-sozialen Partei“<sup>37</sup>, die jedoch nicht sehr erfolgreich war. Durch das eingeführte Frauenwahlrecht wurde der Stimmenschwund vorerst überdeckt, „da die Einführung des Frauenwahlrechts (...) für die Zentrumspartei von besonders günstiger Wirkung“<sup>38</sup> gewesen war, da das Zentrum im Durchschnitt eher von Frauen gewählt wurde als von Männern. Durch die BVP gingen dem Zentrum allerdings ca.4% der Mandate verloren. Außerdem kam es auch innerhalb des Katholizismus sowie des Zentrums zu Spannungen, die durch den zweiten Satz der Verfassung hervorgerufen wurden. Ein Teil der Katholiken fand es ungeheuerlich, dass auf die Nennung Gottes in der Verfassung verzichtet wurde, die somit als atheistisch und säkularisierend abgestempelt wurde, wovon sie sich auch nicht mehr richtig befreien konnte. Die katholischen Befürworter der Verfassung rechtfertigten den Satz „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“<sup>39</sup>, der von den Gegnern verurteilt wurde, als Folge auf den ersten Satz, „Das Deutsche Reich ist eine Republik“<sup>40</sup>. Damit wurde sie nicht mehr als Gegensatz zu katholischen Weltanschauungen zu verstanden. Aber trotz einiger Schwachpunkte und Differenzen, wurde die Zentrumspartei immer noch als die politische Vertretung des deutschen Katholizismus angesehen.

Statistisch gesehen muss die Beurteilung der Entwicklung in der Weimarer Republik aus Sicht des Katholizismus mit seinen Werten negativ ausfallen. Ehescheidungen und Selbstmorde nahmen zu, die Geburtenrate nahm dagegen ab, was sich nicht mit den moralischen Ansichten der katholischen Kirche vereinbaren ließ. Die Austritts- und Übertrittsbewegung war allerdings nicht so stark, wie man es nach der Errichtung einer Republik und dem Voranschreiten der Säkularisierung vermuten würde.<sup>41</sup> Kulturhistorisch ist die Epoche jedoch positiv zu bewerten. Der katholische Akademikerverband veran-

---

<sup>36</sup> Vgl. Lönne [wie Anm. 14], S. 222.

<sup>37</sup> Ebda., S. 223.

<sup>38</sup> Rudolf Morsay (Hg.): Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928 von Johannes Schauff (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen; 18), Mainz 1975, S. 64.

<sup>39</sup> Mosler [wie Anm. 28], Art. 1.

<sup>40</sup> Ebda.

<sup>41</sup> Vgl. Krebs [wie Anm. 26], S. 435.

staltete liturgische Wochen, sowie religiöse und auch speziell biblische Studienzirkel, die auch bei bis dahin eher gleichgültig eingestellten Christen auf Interesse stießen. Auch die katholische Jugendbewegung fand immer mehr Zulauf und der Frauenbund erlebte eine neue Blüte. Viele Christinnen sahen sich als Helferinnen in der Not, und fanden in den Bünden neue Aufgaben. Gleichzeitig kam es auch zu einem Aufschwung der alten Orden, die durch die Reichsverfassung wieder erlaubt worden waren, und sich jetzt zu einem großen Teil der „Heidenmission“ widmeten. Die neuen Gebiete, die den deutschen Orden nach dem Krieg von Papst zugesprochen wurden, waren jetzt sogar größer und kulturell wichtiger als vor dem Krieg.<sup>42</sup> D.h., insgesamt kann man sagen, daß der kulturelle Pluralismus der katholischen Kirche in der Weimarer Republik einen Aufschwung erfuhr.

Die evangelische Kirche dagegen hatte auf der einen Seite das Problem, daß sie sich traditionell aus dem politischen Geschehen heraushalten wollte, auf der anderen Seite aber immer öfter Stimmen nach Gründung einer evangelischen Partei laut wurden, da man den Staat als „entchristlicht“<sup>43</sup> ansah. Außerdem befürchtete das EOK, daß das „konfessionelle Gleichgewicht im parlamentarischen Staat“<sup>44</sup> nicht gewährleistet wäre und die Kirche Schutz „vor dem Anschein einseitiger Wirtschaftspolitik“<sup>45</sup> bräuchte. Es gab einige Versuche, die jedoch alle nach kurzer Zeit scheiterten. Sie konzentrierte sich daher auf die DNVP, die 1918 als antidemokratische Sammelpartei gegründet worden war und durch die Betonung, sich für christliche Werte einzusetzen, für die evangelische Kirche interessant und unterstützenswert geworden war. Tatsächlich ließen sich die christlichen Ansätze immer weniger erkennen wodurch auch einige Gegenstimmen durch Theologen aufkommen, doch letztlich waren sie zur Durchsetzung ihrer Interessen auf die DNVP angewiesen. Für die evangelische Kirche bestand auch nach 1918 eine Verbindung zwischen Gott und der Regierung, denn, nach dem Römerbrief, wurden die Regierenden eines Landes von Gottesgnaden eingesetzt. Daher bemühte sie sich stark darum, Wahlwerbung zu betreiben, entweder für eine bestimmte Partei, oder allgemein, da der Gang zur Wahl nicht nur als Bürger-, sondern v.a. auch als Christenpflicht angesehen wurde.<sup>46</sup>

Auch bei der Parteizugehörigkeit der protestantischen Theologen und Kirchenmännern war eine vorwiegende Rechtsorientierung deutlich. Nach dem Tod Eberts wurde hauptsächlich der Protestant Hindenburg als neuer Reichs-

---

<sup>42</sup> Ebda., S. 437.

<sup>43</sup> Nowak [wie Anm. 13], S. 152.

<sup>44</sup> Ebda.

<sup>45</sup> Ebda.

<sup>46</sup> Vgl. ebda., S. 157.

präsident bevorzugt, u.a. weil man Angst hatte, sich durch die Wahl des Zentrums politiklers Marx in die Gefahr der Übermacht des Katholizismus zu begeben. Es gab allerdings auch Gegenstimmen innerhalb der evangelischen Kirche, die sich zu Marx und zur Demokratie bekannten.<sup>47</sup> Doch der weitaus größte Teil unterstützte Hindenburg, in der Hoffnung, daß sich nach dessen Wahl der Einfluß der evangelischen Kirche steigern werde. Durch Hindenburg fand auch eine Annäherung vieler evangelischer Theologen an die Weimarer Republik statt, die sich zwar nicht mit ihr identifizierten, sie aber immerhin in gewisser Weise akzeptieren konnten.

Nachdem Anfang der 20er Jahre immer noch der Monarchie nachgetrauert wurde und die Republik als Staatsform nicht akzeptiert werden konnte, mäßigte die evangelische Kirche nun ihre Auffassung und wich immer mehr von dem Beharren auf die Monarchie als die von Gott gegebene Regierungsform ab.

### **Erfolge der Kirchen auf kulturpolitischer Ebene**

Um kulturpolitische Interessen der Kirchen durchzusetzen, hatten das Zentrum und die DNVP versucht, gemeinsam ihre Forderungen deutlich zu machen, da in diesem Bereich evangelische und katholische Auffassungen weitgehend übereinstimmten, wobei das Zentrum zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik als Koalitionspartei noch weitaus bessere Aussichten hatte als die DNVP in der Opposition, der daher besonders viel an der Zusammenarbeit mit dem Zentrum lag. 1919 wußte sich die Zentrums partei nicht anders zu helfen, als mit einer Regierungskrise zu drohen, falls ihre Forderung nach Regelung von Fragen zu Staat und Kirche durch Verträge statt einseitiger Beschlüsse von Seiten des Staates nicht anerkannt würde. Sie konnte sich damit zwar nicht durchsetzen, doch die Regierung milderte die bevorstehende Krise ab, indem sie den Wünschen der Kirchen entgegenkam, „als sie von sich aus Gesetzesinitiativen zur vorläufigen Regelung der auf älteren Staatsverpflichtungen, sowie auf Gewohnheitsrecht beruhenden Zuschüsse für die Pfarrerbesoldung, der Vermögensverwaltung und der Dotationen einleitete“<sup>48</sup>. Damit hatten die Kirchen es erreicht, daß die Regierung, und somit auch die Sozialdemokraten bereit waren, gegen die finanzielle Unterstützung der Kirchen durch den Staat keinen allgemeinen Widerstand mehr zu leisten. Außerdem wurde besonders innerhalb der Zentrums partei in Preußen die Hoffnung auf Konkordatsverhandlungen laut, um sich gegen eventuelle Alleingänge der Regierung, bezüglich Fragen, die Staat und Kirche betrafen,

---

<sup>47</sup> Vgl. ebda., S. 164.

<sup>48</sup> Herbert Hömig: Das Preussische Zentrum in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen; 28), Mainz 1979, S. 180.



abzusichern. Der Regierung sollte das Konkordat mit Aussichten zur Klärung der Dotationsfragen schmackhaft gemacht werden. Widerstand kam aus Reihen der DVP und DNVP, die die Gefahr der Begünstigung der Katholiken sahen. Ein preußisches Konkordat wäre aus Sicht des Reiches einem Reichskonkordat vorzuziehen gewesen, da dieses „die kulturelle Zuständigkeit der Länder, insbesondere auf dem Schulsektor einschränken konnte“<sup>49</sup>. Für die Zentrumspartei war der Ruf nach Verhandlungen zum Konkordat zu einer der Hauptanforderungen bezüglich der Kulturpolitik geworden. Da sie auch immer wieder versuchte, Erhöhungen der finanziellen Zahlungen durchzusetzen, hätte sich auch der Staat durch ein Konkordat vor diesem Bestreben schützen können. Im März 1924 kam es zum Abschluß eines bayerischen Konkordats, während es zwischen Preußen und der katholischen Kirche erst im Sommer 1929 zur Unterzeichnung eines Vertrages kam, der allerdings nicht als Konkordat bezeichnet wurde, da die Mehrheit der Bevölkerung nichtkatholisch war. Dies war ein Erfolg für den Katholizismus, um der Trennung von Staat und Kirche entgegenzuwirken. Nach den erfolgreichen Verhandlungen der Katholiken zeigte nun auch die evangelische Kirche Interesse an einem Vertrag mit der Regierung. Erst im Juni 1931 wurde der Vertrag, der sich eng an dem Vertrag mit der katholischen Kirche orientierte, im preußischen Landtag angenommen.<sup>50</sup>

Ein weiterer wichtiger kulturpolitischer Erfolg der Kirchen ist in der Schulpolitik zu sehen. Gegen den Willen der Sozialdemokratie, die die strikte Trennung von Staat und Kirche, v.a. auf das Schulwesen bezogen, sehen wollte, konnten sich die Kirchen mit der Beibehaltung der konfessionellen Schule, als eine Art der Regelschulen, durchsetzen. Außerdem erreichten sie es, daß auch in den Simultanschulen, den Kirchen gemäßer Religionsunterricht angeboten und erteilt werden mußte, auch wenn sie selbst in der Möglichkeit der Erziehungsberechtigten, ihre Kinder vom Religionsunterricht zu befreien, einen Mißerfolg sahen.

### **Konflikte um kirchliche Einflüsse auf das Schulwesen**

Die unterschiedlichen Auffassungen der Parteien bezüglich der Kulturpolitik lassen sich durch die Weimarer Republik hindurch beobachten und bestimmten von Anfang an einen großen Teil der Politik. Die Kirchen empfanden es als Provokation, daß ausgerechnet Adolf Hoffmann, der einer der stärksten Befürworter der Trennung von Staat und Kirche war, und ihrer Meinung nach eine kirchenfeindliche Politik betrieb, zum preußischen Kultusminister ernannt wurde. Am 29. November 1918 beschloß die preußische Regierung den

---

<sup>49</sup> Ebda., S. 186.

<sup>50</sup> Vgl. ebda., S. 204.

Schulerlaß zur Neuordnung des Schulwesens. Er beinhaltete die Befreiung der Schule von der kirchlichen Aufsicht, die Möglichkeit für Erziehungsberechtigte, auf Wunsch ihre Kinder vom Religionsunterricht und jeglichen religiösen Veranstaltungen freizustellen. Das gleiche galt auch für Lehrer. Außerdem wurde das Schulgebet vor und nach dem Unterricht abgeschafft und Religion nicht mehr als Prüfungsfach vorausgesetzt.<sup>51</sup> Mit diesem Erlaß wollten die Sozialisten die Weltlichkeit der Schulen in den Mittelpunkt stellen und Religion zu einer Privatsache machen, was bedeutet hätte, daß die Kirchen keine Rechte mehr auf öffentliche Mittel hätten. Die Schwere des Angriffs auf den Religionsunterricht lag aus Sicht der Kirchen in der Bedrohung ihrer Existenz und der des christlichen Staates, wogegen sie sich entschieden zur Wehr setzte.<sup>52</sup>

## **Die Schulentwicklung in der Weimarer Republik**

### **Schulpolitische Ziele der Parteien**

Die MSPD hatte hohe Erwartungen in die Schulreform gesetzt. Schon am 13. November 1918 verkündete sie in Preußen, noch gemeinsam mit den Unabhängigen als Gesamt-SPD, die Erweiterung der Volksschule, die Einheitschule im Sinne von Chancengleichheit und die Aufhebung aller kirchlichen Einflüsse auf das Schulwesen als eines der wichtigsten Ziele. Ihre Grundsätze basierten auf dem Mannheimer Parteitag von 1906. Clara Zetkin und Heinrich Schulz hatten auf der Basis des Erfurter Programms von 1891 ein Schulprogramm der SPD entwickelt, das als wichtigstes Ziel die Einheitlichkeit des Schulwesens, das zum Teil unter die Aufsicht des Reiches gestellt werden sollte, beinhaltete. Sie brachten 1918 als erste Partei die Idee eines Reichsschulgesetzes ein, die bereits schon auf dem Mannheimer Parteitag entstanden war. Auch nach dem Bruch mit der USPD hielt man an dem Gedanken der Verwirklichung dieser Ideale fest. Für die USPD stand die radikale Verweltlichung des Schulwesens, die durch die absolute Trennung von Staat und Kirche erreicht werden sollte, an erster Stelle. Dies bedeutete die Abgrenzung von den Vorstellungen der MSPD, die erkannt hatte, daß sich ihr Programm ohne Rücksicht auf die Wünsche der Koalitionspartner nicht durchsetzen ließ, woran die USPD als Oppositionspartei nicht gebunden war.<sup>53</sup> Die Forderun-

---

<sup>51</sup> Vgl. Motschmann [wie Anm. 12], S. 30.

<sup>52</sup> Vgl. Günther Grünthal: Reichsschulgesetz und Zentrumsparität in der Weimarer Republik hrsg. v. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1968, S. 21.

<sup>53</sup> Vgl. Wolfgang W. Wittwer: Die Sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen (Historische und Pädagogische Studien; 12), Berlin 1980, S. 49.

gen der MSPD waren eine „grundsätzliche Umgestaltung des gesamten Schulwesens“<sup>54</sup>, die eine achtjährige Grundschule beinhaltete, der die Ober- und Berufsschule folgen sollte. Zusätzlich sollte die Schulverwaltung durch „ein gestaffeltes System von Schüler-, Eltern- und Lehrerräten“<sup>55</sup> ersetzt werden. Außerdem strebte sie weiterhin Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler an und vertrat damit hauptsächlich die Interessen der Arbeiterschaft sowie die Befreiung der Schulen von der Kirche, wobei sie sich im Laufe der Zeit immer mehr darüber bewußt wurde, daß sie auf Regierungsebene ihre Forderungen nicht würde durchsetzen können und nicht umhin kam, Kompromisse eingehen zu müssen. Nachdem die Diskrepanz „zwischen erstrebten Idealen und den gegenwärtigen Entwicklungen“<sup>56</sup> immer ersichtlicher wurde, bildete man eine kulturpolitische Kommission, die sich mit Lösungsvorschlägen von schulischen und religiösen Fragen sowie Angelegenheiten zur Position und Beziehung von Staat und Kirche befassen sollte. Sie bestand aus Heinrich Schulz, Antonie Pfülf, Gustav Radbruch und Richard Lohmann. Damit hatten die gemäßigten Bildungspolitikern die Oberhand. Gleichzeitig arbeitete auch eine Arbeitsgemeinschaft aus sozialdemokratischen Lehrern an Richtlinien für ein Programm zu schulbezogenen Fragen, das dem Schulprogramm der USPD ähnelte, die Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit der Schulen in den Vordergrund stellte, und das gesamte Schulsystem nach marxistischen Grundsätzen, wie Durchsetzung des Arbeits- und Gemeinschaftsprinzips, umformen wollte. Mit Chancengleichheit war nicht nur das Erreichen von höherer Bildung durch einzelne Kinder der Arbeiterschaft gemeint, sondern auch der allgemeinen Zugang zu Bildung für alle Klassen, wobei keine Förderung von Einzelnen erfolgen sollte. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Erziehung zur Arbeit und Förderung des Gemeinschaftswesens gelegt, aus dem niemand hervorstechen sollte.<sup>57</sup>

Die Zentrumspartei war im Gegensatz zu den beiden sozialistischen Parteien klare Befürworterin der Beibehaltung der Konfessionsschulen und der geistlichen Ortsschulaufsicht, was unausweichlich zu Konflikten führen mußte. Als kleine Partei hatte sie jedoch nur dann Hoffnung, an kulturpolitischen Fragen maßgeblich beteiligt zu sein, wenn sie selbst in der Regierung war. Ihr war bewußt, daß sie in Kompromisse einwilligen mußte, und Androhung des Verlassens der Koalition nicht viel bewirken würde. Als Opposition hätte sie keine Chance auf Berücksichtigung ihrer Interessen gehabt. Ihre Ziele waren Gewissensfreiheit, Freiheit der Religionsausübung sowie Freiheit aller religiö-

---

<sup>54</sup> Ebda., S. 50.

<sup>55</sup> Ebda.

<sup>56</sup> Ebda., S. 52.

<sup>57</sup> Vgl. Ebda., S. 51.

sen Vereinigungen und Verbände. Gleichzeitig ließ sie auch ihre Hoffnung auf Zusammenarbeit von Staat und Kirche durchblicken. Außerdem forderte sie die Aufrechterhaltung und Stärkung der christlichen Kultur und Erziehung, die die christlichen Moralvorstellungen und Werte in den Vordergrund stellte. Mit dieser kulturpolitischen Auffassung machte die Zentrumspartei deutlich, daß sie sich „vor allem als Anwalt christlicher Grundsätze und insofern auch der kirchenpolitischen Interessen des katholischen Volksteils verstand“<sup>58</sup>. Trotz vieler Kompromisse war sie bezogen auf die Schulpolitik, nicht bereit, große Zugeständnisse zu machen. Sie konnte sich damit abfinden, „die Wahlfreiheit des Religionsunterrichts anzuerkennen“<sup>59</sup>, aber nur unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig „der Anspruch der gläubigen Eltern auf religiöse Erziehung ihrer Kinder unverkürzt gewährleistet ist“<sup>60</sup>.

Die DDP befürwortete wie die Sozialisten, die Schulen unter staatliche Aufsicht zu stellen und von kirchlichen Einflüssen und dem Religionsunterricht zu befreien. Sie sah die Schulbildung als öffentliche Aufgabe an und forderte einen einheitlichen Schulaufbau, gemäß dem Motto „Alle Möglichkeiten dem Tüchtigen“. Außerdem legte sie großen Wert auf die Unentgeltlichkeit des öffentlichen Schulwesens. Wie die SPD hatte sie an den Forderungen für eine reichsrechtliche Regelung festgehalten.<sup>61</sup> Allerdings war sie in ihren Forderungen meistens etwas gemäßigter als die SPD und eher bereit, Kompromisse einzugehen. Unter anderem, da sie ohne die Mitregierung des Zentrums einen Linksruck der Sozialisten, sowie ihr eigenes Auseinanderbrechen befürchtete.

### **Der Weimarer Schulkompromiß**

Im Januar 1919 wurde dann die Regierungskoalition aus DDP, Zentrum und Sozialdemokraten gebildet. Die erste Bewährungsprobe für die gerade gebildete Koalition war die „Auseinandersetzung um die endgültige Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht“<sup>62</sup>, denn von Anfang an waren klare Gegensätze in ihren Standpunkten bezüglich des Religionsunterrichts erkennbar. Doch um einem möglichen neuen Kulturkampf vorzubeugen und um die Koalition nicht zu belasten, wurden die Differenzen in der Schulfrage heruntergespielt und Entscheidungen vertagt. Schon in der Regierungserklärung am 13. Februar 1919 vor der Nationalversammlung wurde das Problem des Verhältnisses von Schule und Kirche ausgeklammert und die Diskussionen auf die allgemeine Volksbildung beschränkt. Nur die Grundsätze sollten von der

---

<sup>58</sup> Hömig [wie Anm. 48], S. 39.

<sup>59</sup> Ebda., S. 45.

<sup>60</sup> Ebda.

<sup>61</sup> Vgl. Führ [wie Anm. 6], S. 34.

<sup>62</sup> Hömig [wie Anm. 48], S. 49.

Nationalversammlung in der Verfassung geregelt werden. Im Sommer 1919 kam es zum sogenannten Weimarer Kompromiß. Das hieß eine gleichberechtigte Unterwerfung der Simultan-, der Konfessions- und der weltlichen Schule unter den Willen der Erziehungsberechtigten. Die weltliche Schule war bekenntnisfrei, ohne Religion als Schulfach, die Simultanschule für alle Bekenntnisse gemeinsam und die Konfessionsschule nach Konfession getrennt. Das Bestehen von drei Schularten widersprach dem Ziel der SPD, die ein einheitliches Schulwesen anstrebte. Erst nach vielen Verhandlungen im Streit um die Einheitlichkeit hatte die SPD nachgegeben, im Sinne des demokratischen Prinzips, den Eltern die Entscheidung zu überlassen. Man einigte sich darauf, der Simultanschule die Vorzugsstellung zu geben, aber gleichzeitig beide anderen Formen als Regelschulen anzuerkennen, falls Eltern darauf bestehen sollten. Genauere Ausführungen sollten im Reichsschulgesetz festgelegt werden, das allerdings trotz drei Entwürfen nicht zustande kam.

Die Einzelheiten wurden den Einzelstaaten überlassen. In dem Verfassungsabschnitt zu Schule und Bildung wird im Artikel 149 die Frage bezüglich des Religionsunterrichts geregelt.

*„Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.*

*Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.*

*Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“<sup>63</sup>*

Weiterhin wurde festgelegt, daß „die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden“<sup>64</sup> durften, der Staat die Freiheit und den Schutz von Kunst und Wissenschaft gewährte<sup>65</sup>, die allgemeine Schulpflicht, die aus acht Jahren Volksschule und der anschließenden Fortbildungsschule bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres bestand<sup>66</sup> und das Schulwesen unter die Aufsicht des Staates gestellt wurde<sup>67</sup>. Außerdem sollte der Schulbesuch einer bestimmten Schule nur durch „Anlage und Neigung“<sup>68</sup> nicht nach Konfessionszugehörig-

---

<sup>63</sup> Mosler [wie Anm. 28], Art. 149.

<sup>64</sup> Ebda., Art. 148.

<sup>65</sup> Vgl. ebda., Art. 142.

<sup>66</sup> Vgl. ebda., Art. 145.

<sup>67</sup> Vgl. ebda., Art. 144.

<sup>68</sup> Ebda., Art. 146.

keit oder „wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stellung“<sup>69</sup> bestimmt werden, der sich in mittlere und höhere Schulen gliederte. Die SPD wollte jedoch den Religionsunterrichts aus den öffentlichen Schulen gänzlich entfernen, während die Zentrumsparterie Religion als verbindlichen Teil im Lehrplan verankert sehen wollte. Die gleichzeitige Realisierung beider Ziele war damit unmöglich.

### **Die Reichsschulkonferenz und ihre Folgen**

Der Gedanke einer Reichsschulkonferenz, mit der eine Vereinheitlichung in das Schulwesen der Republik gebracht werden sollte, stammte noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, wurde während des Krieges einerseits verdrängt, andererseits durch die Einheit des Volkes gleichzeitig verstärkt und kam nach den Umbrüchen im Herbst 1918 endgültig wieder zur Sprache. Heinrich Schulz versprach sich von der Konferenz nicht eine sofortige Umstellung des gesamten Schulwesens, und hatte auch keine Hoffnung auf Mehrheitsbeschlüsse, „die etwa der zukünftigen Reichsschulgesetzgebung eine gebundene Marschroute zu geben hätten“<sup>70</sup>. Vielmehr hoffte er auf „wertvolle Ergebnisse“<sup>71</sup>, die in die Zukunft weisen würden. Es nahmen ca. siebenhundert Professoren, Politiker und Erzieher an der Konferenz teil. Unter ihnen waren Prof. Dr. Georg Kerschensteiner, Oberstudienrat aus München und Abgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei, der Reformpädagoge Geheimrat Dr. Karl Reinhardt und die Ministerialdirektoren Jahnke und Kaestner. Außerdem waren die Kultusminister der Länder vertreten.

Vom 11.-19. Juli 1920 fand die Reichsschulkonferenz schließlich statt. Sie war ursprünglich für April geplant gewesen, mußte dann jedoch aufgrund des Kapp-Putsches verschoben werden. Schon im Herbst 1919 wurde die Konferenz im Reichsministerium des Innern in Berlin sorgfältig vorbereitet. Sie war eine Veranstaltung des Reichs, erfolgte aber in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, besonders zwischen dem preußischen Kultusministerium und dem Reichsministerium des Innern. Mit dem Vorsitz wechselten sich der Reichsminister des Innern Koch-Weser und Staatssekretär Schulz ab. Die Diskussionen kreisten vor allem um Themen wie die Frage nach der Einheitsschule, Lehrerbildung, vier- oder sechsjährige Grundschule, Arbeitsunterricht und technische Vereinheitlichung des Schulwesens. Ausgeklammert wurde dagegen die „hochpolitisch aufgeladene Frage der konfessionellen Gliederung der Volksschule“<sup>72</sup>. Die Leitsätze, die erarbeitet wurden, hielten sich im Rahmen

---

<sup>69</sup> Ebda.

<sup>70</sup> Schulz [wie Anm. 9], S. XII.

<sup>71</sup> Ebda.

<sup>72</sup> Führ [wie Anm. 6], S. 47.

der Verfassungsbestimmungen und man einigte sich darauf, Gebiete, die zu einem einheitlichen Schulwesen führen sollten, reichsgesetzlich zu regeln. Dazu gehörte die Lehrerbildung, Schulart und -ziel, Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns und der Bezeichnungen wie die gegenseitige Anerkennung der Lehramtszeugnisse. Ein weiteres Ziel, das von der Konferenz angestrebt wurde, war die Verwirklichung der Einheitsschule. Die Ausführung sollte durch ein selbstständiges Schulamt, dem ein Reichsschulrat zur Seite stehen sollte, vorbereitet werden, womit die Interessen des deutschen Lehrerverbands durchgesetzt wurden. Den Kultusministern der Länder lag viel daran, daß sich das Reich mit Zuschüssen an den Kosten des Schulwesens beteiligen sollte, falls es weiterhin an den Beschlüssen mitwirken wollte. Die Reichsschulkonferenz war richtungsweisend für die weitere Zusammenarbeit von Reich und Ländern, doch es gelang ihr nicht, eine Basis für anschließende Schulerneuerung und -vereinheitlichung zu schaffen, da den Teilnehmern ein gemeinsames Ideal von Schule fehlte. Für die weitere Arbeit wurde ein Reichsschulausschuß gebildet.

Bis zum Herbst 1920 waren die Vorarbeiten von Reich und Ländern zu den Reichsschulgesetzentwürfen weitgehend abgeschlossen. Sie umfaßten ein Volksschul-, ein Lehrerbildungs- und ein Berufsschulgesetz, doch nur das erste wurde als Regierungsvorlage im Reichstag eingebracht. Darauf folgten langwierige Verhandlungen, es gab keine Einigkeit der Parteien und zwischen Reich und Ländern entbrannte eine Diskussion darum, wer die Kosten zu tragen hätte. Bis 1923 wurde der Schwerpunkt auf „schultechnisches Gebiet“<sup>73</sup> gelegt. Es erfolgte eine Einigung über einen einheitlichen Schuljahresbeginn im Frühjahr, die Dauer der Ferien, den Arbeitsunterricht und Richtlinien für die Grundschule. Das Berufsschulwesen wurde im Reichsschulausschuß dagegen kaum diskutiert. Die Vereinheitlichung gelang also immer nur auf Teilgebieten des Schulwesens und im Februar 1923 beendete der Reichsschulausschuß seine Arbeit, nachdem er von den Kultusministern der Länder Bayern, Preußen, Hessen und Württemberg kritisiert worden war. Anfang 1924 erklärte sich das Reich bereit, den Ländern das Bildungswesen zu überlassen und bis Mitte 1924 gab es keine Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern.

Am 07.10.1924 fand eine Konferenz der Kultusminister in Berlin statt. Man war sich einig, daß die Wahrung der Einheit des Bildungswesens unerlässlich war, und vor allem das Reich befürchtete eine Zersplitterung des Höheren Schulwesens, nach dem einige Länder Reformen durchgeführt hatten oder damit begannen, neue Schulversuche zuzulassen. Die Einheitlichkeit betraf die Dauer und Gliederung der Schule, die Lehrerbildung, Bildungsziele und Prüfungswesen, die Mittlere Reife sowie das Privatschulwesen. Es wurde der

---

<sup>73</sup> Ebda., S. 51.

Vorschlag eingebracht, einen neuen Ausschuß zu bilden, dessen Teilnehmerzahl begrenzt war, um ihn damit arbeitsfähiger zu machen. Den Vorsitz sollte das Reichsministerium des Innern haben. Die Einheitlichkeit sollte nun mittels Vereinbarungen erreicht werden, statt wie vorher üblich, durch gesetzliche Regelungen. Damit markiert „das Ergebnis dieser Konferenz ... einen Kurswechsel in der Bildungspolitik des Reiches“<sup>74</sup>. Ausgenommen blieb allerdings immer noch die Gliederung des öffentlichen Volksschulwesens.

Am 21./22. November 1924 nahm der Ausschuß in Berlin mit seiner ersten Tagung die Arbeit auf. Bis zum Ende der Weimarer Republik kam es noch zu neun weiteren Sitzungen plus Sondertagungen in denen mehr als zwanzig Vereinbarungen getroffen werden konnten. Der größte Teil dieser Vereinbarungen betraf das Höhere Schulwesen. 1925 wurde entschieden, die deutsche Oberschule versuchsweise zuzulassen und 1928 begann die Vereinheitlichung der sozialpädagogischen Bildungsgänge für Mädchen. Durch die Weltwirtschaftskrise erhielten hauptsächlich Grundsatzfragen wieder mehr Gewicht. Im März 1931 wurde die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse neu verhandelt und zusammengefasst und im gleichen Jahr erzielte man auch eine einheitliche Regelung für die Mittlere Reife, die man in Zukunft stärker fördern und für Schülerinnen und Schüler attraktiver gestalten wollte. Der Ausschuß hatte schon im Januar 1931 beschlossen, jede Parteipolitik aus den Schulen fernzuhalten. 1931 traf er das letzte Mal vor der „Machtübernahme“ Hitlers in dieser Form zusammen. Die Zusammenarbeit in den letzten Jahren war spannungsfrei geblieben und durch Vereinbarungen waren Erfolge zumindest auf Teilgebieten des Schulwesens zustande gekommen, aber bei dem Streben nach Vereinheitlichung, das sich durch die gesamte Zeit der Weimarer Republik zog, ist es am Ende uneinheitlicher geworden als es am Anfang war.

---

<sup>74</sup> Ebda., S. 56.



## Schule und Kirche am Ende der Weimarer Republik

### Die katholische Kirche

Erst nachdem die NSDAP am 14. September 1930 als zweitstärkste Partei aus den Reichstagswahlen hervorgegangen war, begann die katholische Kirche mit einer intensiven Auseinandersetzung mit der Partei und ihrer Lehre. In verschiedenen Stellungnahmen von katholischen Amtsinhabern wurde die „Unvereinbarkeit der nationalsozialistischen Lehren mit denen der Kirche betont und herausgestellt“<sup>75</sup>. Teilweise sollte sogar das Eindringen des Nationalsozialismus in katholische Organisationen verhindert werden. Kritik an nationalsozialistischem Gedankengut wurde hauptsächlich im Bereich der Kulturpolitik geübt, und sogar davor gewarnt, da die kulturpolitische Auffassung der Nationalsozialisten aus Sicht der katholischen Kirche nicht vertretbar war.<sup>76</sup> Die Kirche verurteilte sie jedoch nicht aus politischen Gründen, sondern aufgrund der religiösen Wahrnehmung, die durch unterschiedliche Weltanschauungen geprägt war. Die katholische Kirche sah 1930 Differenzen zur fanatischen Rassenlehre des Nationalsozialismus und deren Aufruf zu einem rein deutschen Christentum, was eine Trennung von Rom bedeutet hätte. Kritik und Ablehnung waren jedoch regional unterschiedlich geprägt. Einzelne Warnungen wurden in einigen Gebieten um einiges deutlicher ausgesprochen als im übrigen Reich. Priestern wurde es verboten, sich nationalistisch zu betätigen und Nationalsozialisten in Uniform durften in vielen Gebieten nicht in Gruppen an Gottesdiensten teilnehmen, um die Abgrenzung für jeden erkennbar werden zu lassen.<sup>77</sup> Dagegen durften Pfarrer selbst entscheiden, ob sie Nationalsozialisten an den heiligen Sakramenten teilhaben ließen. Es handelte sich allerdings immer nur um einzelne Aufrufe von Bischöfen, und nicht alle stimmten dieser, den Nationalsozialismus ablehnenden Auffassung zu. Da es also immer nur Einzelstimmen waren und keine Einheitlichkeit bestand, blieben reichsweite Konsequenzen aus.

Die Warnungen zielten oft nur auf die kulturpolitischen Gegensätze ab, aus Angst, daß die NSDAP bei einer Machtübernahme eine Kulturpolitik betreiben könnte, die die Interessen der Kirche einschränken würde, wenn sie zu starke Kritik ausübe und eine Gegenposition bezöge.<sup>78</sup> Viel eher prangerte man die „gottlosen“ Kommunisten und Sozialisten an, bevor der Radikalis-

---

<sup>75</sup> Bernhard Zimmermann-Buhr: Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in den Jahren 1930-1933, Frankfurt a.M., New York 1982, S. 10.

<sup>76</sup> Vgl. Rudolf Morsay: Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1930-33. In: Klaus Gotto/Konrad Repgen (Hg.): Die Katholiken und das Dritte Reich, 3., erw. u. überarb. Aufl., Mainz 1990, S. 13.

<sup>77</sup> Vgl. ebda., S. 12.

<sup>78</sup> Vgl. Zimmermann-Buhr [wie Anm. 75], S. 10.

mus der Nationalsozialisten zur Sprache kam. Daneben gab es aber auch Anknüpfungspunkte des deutschen Katholizismus an die völkisch-nationalsozialistische Ideologie. Indes warnte 1932 die katholische Presse immer noch vor der Gefahr des Nationalsozialismus, unterstützt von Episkopat und vielen katholischen Organisationen. Bis dahin fanden auch die wenigen, dem Nationalsozialismus nahestehenden Pfarrer und Bischöfe, nur wenig Zulauf und Beachtung.<sup>79</sup>

Die Zentrumspartei hoffte, durch die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung, diese zähmen zu können, da sie sich der von der NSDAP ausgehenden Gefahr, zumindest zum Teil, bewußt war, und deren Wahlerfolge als besorgniserregend einstufte. Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei sah sie die NSDAP jedoch als das kleinere und weniger gefährliche Übel an. Bis zum Sommer 1932 stellte die Parteiführung die großen Differenzen zu den Nationalsozialisten noch deutlich heraus, und die ähnlichen Auffassungen hinsichtlich Antibolschewismus und Liberalismus blieben im Hintergrund. Doch im Sommer 1932 kam es nach dem noch gesteigerten Wahlerfolg der NSDAP im April 1932 zu Annäherungen zwischen den Parteien.<sup>80</sup> Der „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 war dann das Ende der preußischen Zentrums politik und innerhalb der Partei wurden immer mehr Stimmen laut, nach denen man Verständigung mit dem Nationalsozialismus suchen sollte. Das Zentrum unterlag einer totalen Fehleinschätzung, die Auffassung und Willensstärke der NSDAP betreffend, als sie versuchte, die Methoden der Zusammenarbeit mit SPD, DVP und DNVP auch auf die NSDAP anwenden zu wollen.<sup>81</sup> Die Resistenz der vielen katholischen Wählern gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda wird durch den in etwa gleichbleibenden Stimmenanteil der Zentrumspartei deutlich, die aus kulturpolitischen und religiösen Gründen weiterhin für die katholische Partei stimmten. Die NSDAP hatte die Simultanschule der konfessionellen Schule vorgezogen und stand dem Konkordat feindlich gegenüber, was für viele Katholiken wichtige Gründe waren, sie nicht zu unterstützen. Hinzu kam noch, daß die Zentrumspartei viele ihrer Wähler auch in Vereinen und ihrer Organisation fest eingebunden hatte, was natürlich nicht hieß, daß alle Katholiken dem Nationalsozialismus widerstanden.<sup>82</sup> Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und dem darauffolgenden Ermächtigungsgesetz blieb die Zentrumspartei, wie auch die anderen Parteien, ausgenommen der NSDAP, in den folgenden Jahren politisch wirkungslos.

---

<sup>79</sup> Morsay [wie Anm. 76], S. 17.

<sup>80</sup> Vgl. ebda., S. 16.

<sup>81</sup> Vgl. Hömig [wie Anm. 48], S. 295.

<sup>82</sup> Vgl. Lönne [wie Anm. 14], S. 233f.

### Die evangelische Kirche

Unter den Protestanten herrschte Angst vor dem Bolschewismus und für einen Großteil war es sogar unmöglich, die linksstehenden Parteien zu wählen. Gegenüber den rechten Parteien verhielt man sich diplomatisch, ließ alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit offen, und stand ihnen oft positiv gegenüber. Während sich die Kirchenleitung zurückhielt und zur Überparteilichkeit ermahnte, sahen viele evangelische Zeitschriften den Feind links und empfahlen, den rechten Parteien die Stimmen zu geben. Bei der Wahl zur Nationalversammlung im September 1930 wählten vor allem die Protestanten in Nord- und Nord-Ost-Deutschland die NSDAP. Erst jetzt wurden einige Stimmen aus der Kirchenleitung laut, ob man nicht lieber auf die Mitte hätte verweisen sollen, doch die Diplomatie verbot es, gegen die NSDAP zu agieren. Ähnlich wie im Katholizismus wurde ein Gesetz erlassen, in dem die Nutzung der Kanzel für politische Zwecke verboten wurde, wie es auch schon zu Zeiten des Kulturkampfes unter Bismarck gewesen war, nachdem sich Anfang der dreißiger Jahre mehrere Pfarrer öffentlich zum Nationalsozialismus bekannt hatten. Politische Flaggen wurden aus den Gottesdiensten verbannt, doch gleichzeitig Sondergottesdienste eingeführt, zu denen die Kirchen der NSDAP ihre Gotteshäuser zur Verfügung stellten. Es gab zwar Tendenzen zu Distanz und Ablehnung, aber auch viele Kirchenführer gingen dazu über, sich für die NSDAP zu öffnen. Aus kirchenpolitisch-strategischen Gründen und aufgrund gemeinsamer Interessen im Kampf gegen KPD und SPD wurde auf eine öffentliche Anklage verzichtet. Es folgte die Duldung der NSDAP, aus Angst, die Selbstständigkeit der Kirchen würde sonst verloren gehen. Bald kam es sogar zu einer stärkeren Anlehnung an Hitler, wodurch sie sich größere Unabhängigkeit erhoffte, was ihr später jedoch jegliche Eigenständigkeit nehmen sollte. Um Konflikte zu vermeiden und ihre Selbstständigkeit zu erhalten, verschloß die evangelische Kirche die Augen vor dem Terror. Sie ging nicht gegen den Nationalsozialismus vor, auch wenn z.B. die Theologische Fakultät der Universität Marburg am 19.09.1933 den Arierparagraphen ablehnte. Die Fakultät sah keinen Beweis für die arische Herkunft von Jesus, stärker sogar, einen Widerspruch zum christlichen Glauben, der fordert, sich gegen ungerechte Behandlung von Minderheiten und Gleichheit der Menschen einzusetzen und der keine Unterschiede und Benachteiligungen einiger Rassen duldete. In dem Gutachten, das die Fakultät erstellte, bekannte sie sich deutlich zur Bindung an die Bibel, deren Weltanschauung im Widerspruch zur Rassenideologie des Nationalsozialismus stand.<sup>83</sup> Doch wenn überhaupt, blieb es größtenteils bei dieser Art von theoretischer Abwendung vom Nationalsozialismus. Schon im

---

<sup>83</sup> Vgl. Karl Kupisch (Hg.): Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871 bis 1945 (Siebenstern-Dokumentarband), München, Hamburg 1960, S. 268.

Juli 1933 waren Teile der Protestanten als Bekenkende Kirche in den Widerstand gegangen, die die nationalsozialistische Herrschaft nicht mit ihrem christlichen Glauben vereinbaren konnten und z.T. mehr oder weniger aktiv gegen das Regime agierten.

### **Die Verbindung von Staat und Kirche nach der Machtergreifung am 30.01.1933**

1933 rief die Kirche zur Mitarbeit am Reich auf. Katholische Verbände stellten ihre Organisation nach dem Führerprinzip um. Durch die Gleichschaltung, u.a. aller Vereine, wären sie ohnehin zwar dazu gezwungen worden, aber es lässt sich schon frühzeitig ein Entgegenkommen seitens einiger kirchlichen Gruppen erkennen, die die Umgestaltung positiv bewerteten. Hitler hatte in seiner Antrittsrede als Reichskanzler viele Zweifel der Kirche beseitigt, indem er auf eine Ausweitung der Beziehung zu Rom, die christentumsfreundliche Einstellung der Regierung bekräftigte, sowie die Hoffnung auf eine gute Beziehung von Staat und Kirche verdeutlichte.<sup>84</sup> Daraufhin änderten viele Kirchenmänner, die bis dahin dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber gestanden hatten, ihre Meinung. Nun wurden v.a. die Gemeinsamkeiten hervorgehoben, wie gemeinsame Ablehnung des Bolschewismus als größtem Feind, und gleichzeitig auch wesentliche Übereinstimmungen in der Auffassung von wichtigen Fragen bezüglich der Ordnung des Staates gefunden. Gemeinsamkeiten fanden sich im Antiliberalismus und Antimarxismus, und auch der Autoritätsgedanke spielte in beiden Systemen eine große Rolle. Der Katholizismus wie auch der Nationalsozialismus befürwortete ein organisch-ständisches Prinzip in Gesellschaft und Wirtschaft und die Reichsideologie, aus der die Vorstellung eines „sacrum imperium“ resultiert, verstärkte die ideologische Unterstützung der Kirche.<sup>85</sup> Entgegen seiner Erklärung in seiner Antrittsrede, in der er auf gute Beziehungen hoffte, sagte er im April 1933, dass er durch Erziehung zum Nationalsozialismus, das deutsche Christentum vernichten wolle, was den Kirchen allerdings zunächst verborgen blieb.<sup>86</sup> Sie unterstützten und warben weiterhin für die Nationalsozialisten und glaubten an deren Unterstützung für die christlichen Kirchen.

Am 20 Juli 1933 kam es zum Konkordat zwischen Hitler und dem Papst, das wahrscheinlich auf Vorschlag von Vizekanzler von Papen zurückzuführen ist. Man hoffte auf einen ähnlich guten Erfolg wie in Italien, wo Mussolini 1929 den Katholizismus politisch durch die Unterzeichnung des Lateranvertrages

---

<sup>84</sup> Vgl. Hans-Walter Krummwiede: Geschichte des Christentums III. Neuzeit: 17. bis 20. Jahrhundert (Theologische Wissenschaft. Sammelwerk für Studium und Beruf; 8), Stuttgart u.a. 1977., S. 214.

<sup>85</sup> Vgl. Zimmermann-Buhr [wie Anm. 75], S. 84.

<sup>86</sup> Vgl. Krummwiede [wie Anm. 84], S. 214.

untergraben hatte. Neben der Ausschaltung des politischen Katholizismus, wird angenommen, daß es Hitler auch darauf ankam, durch diesen Vertrag mit Rom sein Regime nach außen aufzuwerten und die Katholiken, die weit verbreitet in Vereinen und Verbänden fest organisiert waren, an sich zu binden.<sup>87</sup> Denn, daß es Hitler nicht wirklich um inhaltliche Fakten ging, sondern er nur an dem Festsetzen des Vertrages interessiert war, sieht man an der Schnelligkeit, auf die die deutsche Diplomatie drängte, mit der die Verhandlungen vollzogen wurden.<sup>88</sup> Für die Kirche bedeutete das Konkordat, gleichzeitig „einen Vertrag mit und einen Vertrag gegen einen machthungrigen Staat“<sup>89</sup> geschlossen zu haben, da sie nun auf ihre „religiösen, kulturellen und karitativen Dimensionen“<sup>90</sup> zurückgeworfen wurde. Andererseits handelte sie aus Furcht, auch diese Bereiche verlieren zu können und hoffte wenigstens hier ihre Eigenständigkeit behalten zu können. Die Kirchen hatten den Nationalsozialismus von Anfang an unterschätzt. Außerdem war ihr Handeln dadurch eingeschränkt, daß sie Angst hatten, an Macht zu verlieren und deshalb mit ihrer Kritik zurückhielten.<sup>91</sup> Abschließend kann festgestellt werden, daß es auf der geistigen Ebene viele Gegner des Nationalsozialismus gab, die auch versucht hatten, vor diesem zu warnen, daß aber in den Kirchen zugleich viele Menschen vertreten waren, die den Nationalsozialismus positiv bewerteten, und sich durch gemeinsame Weltanschauungen täuschen ließen. Viele gingen sogar noch weiter, und sahen in dem Prinzip des Staatsaufbau Hitlers die Erfüllung eines vermeintlich christlichen Staates. Sie gehörten mit zu seinen stärksten Anhängern und Befürwortern. Die wenigen Aktiven gingen als *Bekennende Kirche* in den Widerstand, doch die meisten beugten sich der Diktatur.

### Das Schulwesen Anfang der 1930er Jahre

Ebenso war das Schulwesen schon vor der Machtergreifung von der nationalsozialistischen Politik betroffen. Auch die SPD setzte sich aktiv mit dem „schulpolitischen und pädagogischen Gedankengut der Nationalsozialisten“<sup>92</sup> erst auseinander, nachdem 1930 nationalsozialistische Kultusminister in die Landesregierungen Braunschweigs und Thüringens eingetreten waren. Schon

---

<sup>87</sup> Vgl. Kurt Nowak: Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 250.

<sup>88</sup> Vgl. Krummwiede [wie Anm. 84], S. 216.

<sup>89</sup> Nowak [wie Anm. 87], S. 250.

<sup>90</sup> Ebda.

<sup>91</sup> Vgl. Zimmermann-Buhr [wie Anm. 75], S. 89.

<sup>92</sup> Dirk H. Gentsch: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch pädagogische Analyse zur Schulpolitik in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933. Eine Studie, Frankfurt a.M. 1994, S. 141.

im Juli 1932 versuchte der Kultusminister Thüringens, Dr. Wilhelm Frick, nationalsozialistisches Gedankengut in den Schulen zu verankern und alle Lehrer, die dem entgegenstanden, zu entlassen, wogegen sich das Reichsministerium in dieser Zeit noch zur Wehr setzen konnte.

Nach der Gleichschaltung Preußens durch Franz von Papen ließ der deutschnationale Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, im Juli 1932 den Kultusminister der Länder ein Schreiben über die Grundsätze der Jugenderziehung zukommen, daß auch in der Presse veröffentlicht wurde. Danach sollten die Jugendlichen in der Schule zu Volk und Staat erzogen werden, wobei die deutsche Volksbildung betont wurde. Herausgehoben wurde außerdem die Sicherung der christlichen Bekenntnisschulen. Die Sozialdemokraten beurteilten den Inhalt des Schreibens als einen Anschlag auf den „Schulfortschritt“<sup>93</sup>. Schon 1930 hatte Adolf Hitler Frick beauftragt, mit der „Nationalisierung“ des Schulwesens zu beginnen. Das bedeutete die Entlassung von marxistisch und demokratisch eingestellten Lehrern sowie eine Anpassung des Lehrplans an nationalsozialistische Vorstellungen. Neben Thüringen hatten vor 1933 auch Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin schon nationalsozialistische Kultusminister gegen die sich das Reichsministerium des Innern zu dieser Zeit allerdings noch durchsetzen konnte. Dies änderte sich radikal mit der Machtergreifung. Frick, nun Reichsminister des Innern, ließ im Mai 1933 die Kultusminister der Länder, ausschließlich Parteigenossen, in Berlin versammeln, um ein Programm für die Schulpolitik der NSDAP zu entwickeln. Ziel war es, die sogenannte Fehlentwicklung der Kulturpolitik zu beseitigen und sie den Bedürfnissen von Volk und Staat anzupassen. Außerdem sollten die Kommunisten bekämpft werden und eine Unterrichtsumgestaltung entsprechend den nationalsozialistischen Idealen erfolgen. Zu Hitlers Erziehungsvorstellungen gehörten weiterhin „Beseitigung liberaler individualistischer Bildungsvorstellungen, Erziehung zur Wehrhaftigkeit und Einführung der Rassenkunde“<sup>94</sup>. Im November 1933 war das Schulwesen fast ausschließlich von der Gleichschaltung erfaßt worden, worauf die Länder am 31.01.1934 durch das Gesetz zur Neuordnung des Reiches ihre Hoheitsrechte verloren. Die Schule unterstand somit dem Reich, das nun selbst Anordnungen treffen konnte. Damit wurde die Aufgabe des Reichsschulausschusses, der aus Kultusministern der Länder bestand, hinfällig.

Am 01.05.1934 wurde das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung geschaffen, dem auch die Kulturabteilung des Reichsministerium des Innern angehörte. Das Ministerium übernahm der preußische Kul-

---

<sup>93</sup> Führ [wie Anm. 6], S. 60.

<sup>94</sup> Ebda., S. 62.

tusminister Rust und im Januar 1935 kam es sogar zu einer Vereinigung dieser beiden Ministerien, der die Unterrichtsverwaltung unterstellt wurde. Es begann eine schultechnische Vereinheitlichung, die eine Reduzierung der Schultypen der Höheren Schule, sowie eine einheitliche Schulpflicht beinhaltete. Außerdem wurde das berufliche und technische Schulwesen neugeordnet. Damit erfolgte die politische Gleichschaltung und schultechnische Zentralisierung. Das in der Weimarer Reichsverfassung beabsichtigte Gleichgewicht zwischen Reich und Ländern wurde damit abgelöst, um die Erziehung als Mittel zur Machtsicherung der nationalsozialistischen Herrschaft zu konsolidieren.

## Quellen und Literatur

### Quellen

- Hirsch**, Emanuel: *Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen 1929.
- Krebs**, Engelbert: *Zehn Jahre Katholische Kirche in Deutschland*. In: *Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928*. 2. Aufl., Berlin 1928, S. 431-438.
- Kupisch**, Karl (Hg.): *Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871 bis 1945* (Siebenstern-Dokumentarband), München, Hamburg 1960.
- Morsay**, Rudolf (Hg.): *Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928 von Johannes Schauff* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen; 18 ), Mainz 1975.
- Schulz**, Heinrich: *Ein Wort zum Geleit*. In: *Die deutsche Schulreform. Ein Handbuch für die Reichsschulkonferenz*, Leipzig 1920, S. IIX - XII.

### Literatur

- Gotto**, Klaus/**Repgen**, Konrad (Hg.): *Die Katholiken und das Dritte Reich*. 3., erw. u. überarb. Aufl., Mainz 1990.
- Führ**, Christoph: *Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919-1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924-1933). Darstellungen und Quellen*, 2., durchgesehene Aufl., Weinheim 1972.
- Gentsch**, Dirk H.: *Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch pädagogische Analyse zur Schulpolitik in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933. Eine Studie*, Frankfurt a.M. 1994, S. 141.
- Grünthal**, Günther: *Reichsschulgesetz und Zentrumsparterie in der Weimarer Republik*. Hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1968.
- Hömig**, Herbert: *Das Preussische Zentrum in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen; 28), Mainz 1979.
- Kim**, Sun-Ryol: *Die Vorgeschichte der Trennung von Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung von 1919. Eine Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Kirche in Preußen seit der Reichsgründung 1871*, Hamburg 1996.
- Krumwiede**, Hans-Walter: *Geschichte des Christentums III. Neuzeit: 17. bis 20. Jahrhundert* (Theologische Wissenschaft. Sammelwerk für Studium und Beruf; 8), Stuttgart u.a. 1977.
- Lill**, Rudolf (Hg.): *Der Kulturkampf*. Paderborn u.a. 1997.



- Lönne, Karl-Egon:** *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert.* Frankfurt a.M. 1986.
- Mosler, Hermann (Hg.):** *Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919,* Stuttgart 1964.
- Motschmann, Claus:** *Evangelische Kirche und preußischer Staat in den Anfängen der Weimarer Republik. Möglichkeiten und Grenzen ihrer Zusammenarbeit (Historische Studien, Heft 413),* Lübeck u. Hamburg 1969.
- Nowak, Kurt:** *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des Deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932,* Göttingen 1981.
- Ders.:** *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts,* München 1995.
- Ross, Ronald:** *The Failure of Bismarck's Kulturkampf. Catholicism and State Power in Imperial Germany. 1871-1887,* Washington, D.C. 1998.
- Wittwer, Wolfgang W.:** *Die Sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen (Historische und Pädagogische Studien; 12),* Berlin 1980.
- Zimmerman-Buhr, Bernhard:** *Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in den Jahren 1930-1933,* Frankfurt a.M., New York 1982.



**Otto Dix: *Bildnis der Journalistin Sylvia von Harden***

*Mischtechnik auf Holz, 120 x 80 cm, bez. o. r.: Monogramm 1926*

*Centre Georges Pompidou, Musée National d'Arte Moderne, Paris*

© VG Bild-Kunst

REIMAR BENDIX

## **„Sie repräsentieren eine ganze Zeitepoche“**

### **Dix‘ Bildnis der Journalistin Sylvia von Harden als Leitfigur einer neuen Kultur?**

#### **A u f s i c h t**

„Sie repräsentieren eine ganze Zeitepoche!“<sup>1</sup> – diese nach Sylvia von Harden zitierte Aussage von Otto Dix, ist der Ansatz, dem hier gefolgt werden soll. Das wirft die Frage auf, warum Sylvia von Harden eine ganze Epoche repräsentiere. Dix Portrait lenkt den Blick auf eine mit wenigen Attributen sichtlich unkonventionelle Frau, die andererseits typische Vorstellungen von Frauen der 20er Jahre wachruft. War beispielsweise das Rauchen in der Öffentlichkeit für Frauen in der Weimarer Zeit nicht von einem Hauch des Anrühigen umgeben, das Tragen eines Monokels geradezu ein Affront, ebenso wie der Herrenschnitt ? Solche Attribute zeichneten die „Neue Frau“ der 20er Jahre aus, dieser Begriff fand breite Anwendung für Weiblichkeitskonzepte aus dieser Zeit. Wie Bettina Götz schreibt, ist die „Neue Frau“ eine „Modeerscheinung“, die „für unser heutiges Verständnis zum Klischee geronnen ...“<sup>2</sup> ist. Der Begriff scheint ein Spektrum von klischeehaft bis ungewöhnlich abzudecken. Was aber genau, verstand man unter der „Neuen Frau“? Gegenüber der Kaiserzeit waren Frauen in der Gesellschaft der Weimarer Republik auf eine stärkere Weise präsent. Sei es in der Arbeitswelt, in der Öffentlichkeit, in den Medien und der Werbung oder der gesellschaftlichen Diskussion. Otto Dix zeigt uns mit dem Bild Veränderungen an, die in den kulturellen Kontext der Moderne

---

<sup>1</sup> Sylvia von Harden: Erinnerungen an Otto Dix. Frankfurter Rundschau vom 25. 3. 1959.

<sup>2</sup> Bettina Götz: Die Frau im Café. Zu einem Topos der Neuen Sachlichkeit, in: Christian Fuhrmeister (Hg.): Der stärkste Ausdruck unserer Tage. Ausstellungskatalog der Ausstellung Neue Sachlichkeit in Hannover, Sprengel Museum 2001/2002, S. 57.

eingebettet waren. Es gilt also zu klären, was unter „Neuen Frauen“ in der Weimarer Zeit zu verstehen ist.

Eine eingehende biographische Aufarbeitung der Person Sylvia von Harden ist nicht beabsichtigt, da sich hier mit kulturellen und politischen Erscheinungen auseinandergesetzt werden soll. Es sind die Hinweise, die uns die Biographie von Sylvia von Harden und das Portrait von ihr geben, die die Spur legen, an der entlang die kulturellen Umbrüche in der Weimarer Republik hier durchquert werden. In der Aufsicht soll zunächst Sylvia von Harden charakterisiert werden, wie sie von Dix dargestellt wurde, sodann kurz der Hintergrund der Bildentstehung beleuchtet, und Sylvia von Harden biographisch umrissen werden.

### **Das Bildnis Sylvia von Harden von Otto Dix**

Als erstes bieten sich dem Betrachter bekannte Klischees der „Goldenen Zwanziger“ dar. Eine Frau sitzt an einem Caféhaustisch und raucht eine Zigarette. Auf dem Tisch vor ihr liegt ein aufgeklapptes Zigarettenetui, das ihren Namenszug trägt. Streichhölzer liegen daneben und auch ein gefülltes Cocktailglas steht auf dem Tisch. Sylvia von Harden hat die Beine übereinander geschlagen, – unter dem Saum ihres für die Zwanziger Jahre typisch gerade geschnittenen rot-schwarz kariertem Kleid lugt der etwas heruntergerutschte Strumpf hervor. Sie hält die Zigarette mit der rechten Hand exaltiert vor sich, die Finger, die die Zigarette halten, sind von Nikotin gelb verfärbt. Durch den von Dix gemalten Bogen, den der Rauch der Zigarette beschreibt, entsteht der Eindruck, als habe sie gerade den Rauch inhaliert, und werde ihn gleich durch den leicht geöffneten, mit tiefrotem Lippenstift geschminktem Mund und den ebenfalls vom Nikotin verfärbten Zähnen herausblasen. Dabei schaut sie kühl-gelangweilt in die Leere, das Kinn trotzig vorgeschoben. Dieser Ausdruck wird durch ein Monokel im rechten Auge und die heruntergezogenen Mundwinkel ins Arrogante gesteigert, hat aber auch etwas resigniertes, stumpfes. Dabei wirken die Augenhöhlen dunkel übernachtigt, das Gesicht ist bleich geschminkt. Ihr Garçonne-Haarschnitt rundet das klischeehafte des Bildes ab: Hier sitzt eine „Neue Frau“.

Besonders auffallend sind die vergrößert wirkenden Proportionen. Zähne, Ohren, Nase und Hände wirken zu groß; letztere dazu ungelenk, verkrampft, so als sei sie angespannt. Ihre Haltung wirkt, als versuche sie einen entspannten und selbstbewußten Eindruck zu machen. Dix hat das Kleid in stechendem Rot gemalt, die Wand dahinter in einem blässeren Rot-Ton, aber fast ebenso stechend. Tisch und Stuhl wirken wie typische Caféhausmöbel, die Umgebung dagegen eher unbestimmt. Dix hat nur das Notwendigste abgebildet, nichts lenkt den Blick von Sylvia von Harden und ihrem nur symbolisch

abgebildeten Aufenthaltsort ab. Eine „Frau sitzt im Café“, mal rauchend, mal nicht, war bei den der Neuen Sachlichkeit zugeordneten Malern als Motiv recht häufig.<sup>3</sup> Dix gewöhnlich unzärtlicher Stil macht aus seinem Bild unter den Darstellungen von Frauen im Café eine Ausnahme. Wie aus einem Artikel in der Frankfurter Rundschau von 1959 hervorgeht, hat Dix sie in seinem Atelier gemalt und ihre Umgebung so hergerichtet, wie sie gemalt ist.<sup>4</sup> Das fällt durch die unbestimmte Leere um sein Modell herum auf, die den Blick auf sie konzentriert. Während in den Bildern anderer Maler die Darstellung des Selbstverständnisses der dargestellten Frauen im Vordergrund steht, hat Dix eher ein subjektives Psychogramm seines Modells erstellt. Mittels Farbenwahl, Körperhaltung, Proportionen und Flächengestaltung hat er detailliert den Charakter herausgeschält, geradezu isoliert, den er in seinem Modell sah:

*„Jeder Mensch hat seine ganz spezielle Farbe, die sich auf das ganze Bild auswirkt. – Das Wesen jedes Menschen drückt sich in seinem Außen aus. Das Außen ist der Ausdruck des Inneren, d.h. Äußeres und Inneres sind identisch. Das geht so weit, daß auch die Gewandfalten, die Haltung des Menschen, seine Hände, seine Ohren dem Maler sofort Aufschluß über das seelische seines Modells geben; letztere oft mehr als Auge und Mund.“<sup>5</sup>*

Das Bild ist heute eines der bekanntesten der Neuen Sachlichkeit und ist wiederholt interpretiert worden. Bettina Götz sieht das Monokel als Kennzeichen der Garçonne, einer betont unweiblichen Variante der „Neuen Frau“.<sup>6</sup> Eva Karcher betrachtet Sylvia von Harden als unübersehbare Figur der Bohème-Intellektuellen, den Garçonne-Haarschnitt als Zeichen der Emanzipierten. Fritz Löffler bezeichnet sie als Typ der Dekadenten und Morbiden, die die Rolle der Bürgerschrecks übernommen hatten.<sup>7</sup> Diese Interpretationen machen mit einem ganzen Spektrum negativer Zuweisungen deutlich, daß Sylvia von Harden als unweiblich, und morbid bis anstößig empfunden wird.

**„Ich muß sie malen!...Sie repräsentieren eine ganze Zeitepoche!“<sup>8</sup>**

Mit diesen Worten sprach Otto Dix Sylvia von Harden an, wie sie selbst in einem Artikel in der Frankfurter Rundschau 1959 berichtete. Dix hatte Sylvia von Harden im Romanischen Café beobachtet und als sie gehen wollte angesprochen. Der Maler war 1925 von Düsseldorf nach Berlin übersiedelt und hatte ein Atelier am Kurfürstendamm bezogen. Das Romanische Café war ein

---

<sup>3</sup> Götz [wie Anm. 2], S. 57.

<sup>4</sup> Harden [wie Anm. 1].

<sup>5</sup> Fritz Löffler: Otto Dix. Leben und Werk. Dresden 1979, S. 77.

<sup>6</sup> Götz [wie Anm. 2], S. 58.

<sup>7</sup> Löffler [wie Anm. 5], S. 74.

<sup>8</sup> Harden [wie Anm. 1].

beliebter Treffpunkt Berliner Intellektueller und Bohemiens,<sup>9</sup> und solcher, die es sein wollten. Dix saß dort manchmal am Malerstammtisch von Max Slevogt.<sup>10</sup> Viele seiner Sujets, die er in Berlin malte, fand er dort unter den „auffälligsten Stammgästen“<sup>11</sup> des Romanischen Cafés. Wie Sylvia von Harden in einem Artikel der Frankfurter Rundschau in einem Nachruf auf Otto Dix berichtet, entgegnete sie:

*„Also sie wollen meine glanzlosen Augen, meine verschnörkelten Ohren, meine lange Nase, meinen dünnen Mund – Sie wollen meine langen Hände, die kurzen Beine, die großen Füße malen, das jedermann nur abschrecken, aber niemand erfreuen wird ?!’ Sie haben sich ausgezeichnet charakterisiert, und dies alles zusammen wird ein Portrait geben, das eine Zeitepoche vertritt, in der es nicht auf die äußere Schönheit einer Frau ankommt, vielmehr auf ihre psychische Verfassung.“*<sup>12</sup>

Diese mehr als kritische Selbstbeschreibung erweckt den Eindruck, als betrachtete Sylvia von Harden sich selbst als nicht sonderlich attraktiv und tatsächlich bezeichnete sie sich selbst immer wieder als häßlich.<sup>13</sup> Dix’ Antwort ist recht vielschichtig. Sie ließe einerseits die Vermutung zu, er beziehe sich auf ein verändertes und von ihm gewünschtes Frauenbild, andererseits erscheint der Hinweis auf die psychische Verfassung, auf die es ankomme, als eine Spitze auf Sylvias selbstkritische Betrachtung ihres Äußeren. Beide scheinen das Bild in seiner Darstellung zu bestätigen und gleichzeitig anzuzeigen, was Dix mit dem Bild ausdrücken wollte. Offensichtlich ging es ihm darum, das Typische, oder wie Dix nach Sylvia von Harden sagte, die psychische Verfassung einer Frau, sowie die neugewonnenen Freiheiten seiner Zeit an seinem Modell darzustellen. Inwiefern Sylvia von Harden ihrem Portrait ähnelte oder nicht, ist letztlich nebensächlich. Dix Biograph, Fritz Löffler, für den Sylvia von Harden eine Vertreterin der Boheme-Typen ist, bemerkt zu diesem Portrait:

<sup>9</sup> Der Begriff „Boheme“ hat eine gewissermaßen inflationäre Entwicklung erlebt und eine interessante Geschichte. Julius Bab etwa, nannte den Bohemien des Vorkriegs-Berlin einen Kulturzigeuner. Vgl.: Julius Bab: Die Berliner Boheme. Neuauflage der Erstausgabe von 1904, hrsg. von M. M. Schardt, Paderborn 1994.

<sup>10</sup> Max Slevogt war ein bekannter Impressionist. Geboren 1868 in Landshut, gestorben 1932 in Neukastel in der Pfalz. Seit 1901 in Berlin bekommt er dort 1917 eine Professur an der Akademie. Während er vorher in Frankfurt die berühmt gewordenen Zoobilder malte, geht er in Berlin zu Bildnissen, Rollenbildern von Schauspielern und Landschaftsbildern über. Er hatte eine Neigung zu religiösen Themen, malte nach literarischen Vorlagen und hatte auch als Grafiker einen Namen.

<sup>11</sup> Eva Karcher: Otto Dix. Bindlach 1992, S. 49.

<sup>12</sup> Harden [wie Anm. 1].

<sup>13</sup> Anna Rheinsberg: Wie bunt entfaltet sich mein Anderssein. Lyrikerinnen der zwanziger Jahre, Gedichte und Portraits, Mannheim 1993, S. 46.

„Wer weiß, wie frei Dix mit den Modellen umsprang, die er ohne Rücksichtnahme behandeln durfte, kann ermessen, in welcher Richtung er hier bei aller realistischen Form eine Idee vorantrieb.“<sup>14</sup>

In den folgenden Monaten saß Sylvia von Harden in Dix Atelier Modell. Mit wenigen Mitteln war rasch die gewünschte Umgebung hergestellt – eine Frau sitzt im Café.

### Sylvia von Harden

Sie wurde als Sylvia von Halle am 28.3.1894 als Tochter einer Holländerin und eines Prokuristen „von Halle“ in Hamburg geboren, und starb am 4.7.1964 bei London. Sie war das neunte von Elf Kindern einer bürgerlichen Familie. Bis 1912 ging sie in Berlin zur Schule, kehrte anschließend in ihr Elternhaus nach Hamburg zurück, wo sie 1915 weglief, weil sie die bürgerliche Atmosphäre nicht ertragen konnte.<sup>15</sup> In diesem Jahr lernte sie den frühexpressionistischen Dichter und Reichstagsstenographen Ferdinand Hardekopf kennen, ihren Lebenspartner bis 1921. Von 1916 bis 1921 war sie für den Verlag Rauscher in Zürich tätig und veröffentlichte einen Gedichtband, *Verworrene Städte*. 1922 heiratete sie Felix Lehr, – „von Harden“ ist demnach ein Pseudonym. Sie arbeitete u.a. für das *Berliner Tageblatt*, die *Berliner Volkszeitung* und die *Prager Presse*.<sup>16</sup> 1921 gab sie den letzten Band der Monatsschrift für Literatur, Graphik und Buchbesprechungen *Die Bücherkiste* heraus. Sie emigrierte 1933 nach England. Neben einem expressionistischen Gedichtband, der 1958 erschien, schrieb sie nach ihrer Flucht nach England Buchkritiken und kleine Artikel in verschiedenen Zeitungen in Deutschland und England. Von einem geplanten Erinnerungsband erschienen nur wenige Teile.<sup>17</sup>

Sie ist in Berlin, wie so viele, eine Zugezogene. Ihre Begeisterung für die Maler, Literaten und Dichter drückte sie in der Frankfurter Rundschau deutlich aus. Dabei zeigt sich, daß sie sich besonders gerne im Café Schwannecke aufhielt, wo „Maler, Musiker, Schauspieler und Tänzer und was es noch von der Zunft gab“,<sup>18</sup> verkehrten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war sie anscheinend eine leidenschaftliche Cafébesucherin, wie eine u.a. von ihr unterzeichnete Postkarte vom Café des Westens an Erich Mühsam zeigt.<sup>19</sup> Ein Bekannter von ihr erinnert sich:

---

<sup>14</sup> Löffler [wie Anm. 5], S. 76.

<sup>15</sup> Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 47.

<sup>16</sup> Renate Wall: Lexikon deutschsprachiger Schriftstellerinnen im Exil 1933-1945 (Bd. 1), Freiburg i. B. 1995.

<sup>17</sup> Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 49.

<sup>18</sup> Harden [wie Anm. 1].

<sup>19</sup> Als eine Art politischer Poet, war er Stammgast im Café des Westens, wo er und Sylvia von Harden sich begegnet sein dürften. 1919 Mitglied der Münchener Räteregierung, war er der

*„Ich weiß nicht mehr, ob das, was sie schrieb gut war, aber sie gehörte dazu, nicht zuletzt deshalb, weil sie zuhören konnte. Sie wußte immer, worum es ging. Expressionismus, episches Theater, Neue Sachlichkeit. Ihr Leben war das Caféhaus, wo die unbehausten wohnten, dachten, schrieben, sprachen, rauchten, bis man Nachts die Stühle auf die Marmortische stellte und der rothaarige Zwerg Richard<sup>20</sup>, der für die Zeitungen zuständig war und die Wassergläser füllte, nach Hause ging.“<sup>21</sup>*

Als Lyrikerin war sie offenbar nicht sehr anerkannt. Sie entwickelte wohl keinen eigenen Stil und konnte sich nicht von ihren Vorbildern lösen, ihre Gedichte werden „als der pathetischen Aufbruchsidee des Frühexpressionismus verhaftet“ bezeichnet; sie widmete viele ihrer Gedichte nahestehenden Freunden, dementsprechend sind sie sehr persönlich.<sup>22</sup>

Wie sie selbst in der Frankfurter Rundschau berichtete, brach sie in Otto Dix' Atelier angesichts seiner Bilder *Der Schützengraben* und *Der Kriegskrüppel* in Tränen aus, so von Harden. Die Bilder seien ihr eine Warnung gewesen, die hoffentlich künftige Generationen abschrecken sollte, was als Hinweis auf eine pazifistische Einstellung verstanden werden kann. Ihr Hinweis, „Heute schreiben wir 1959. Und was liegt dazwischen?! Kriegsverwüstete Erde, Trümmer, Tod!“, in der Retrospektive leicht von den Lippen gehend, erscheint hier aufgesetzt. In einem gewissen Gegensatz zu ihrer Betroffenheit, steht dann auch ihre Äußerung, „Ernst ist das Leben, heiter die Kunst“.<sup>23</sup> Hier erscheint sie als eine dem Guten Leben zugeneigte Persönlichkeit, die dem Ernst des Lebens über die Kunst zu entrinnen versucht, jedoch immer wieder von der Wirklichkeit eingeholt wird. Ihr übermäßiger Zigarettenkonsum unterstreicht den Hang zum Genuß. Ob die Aussage, sie repräsentiere eine ganze Zeitepoche, in der nicht die äußere Schönheit, sondern die inneren Werte einer Frau gelten sollen, tatsächlich von Dix stammt, oder von ihr so erinnert wird, ist bezüglich der Aussage irrelevant: damit macht sie den Anspruch geltend, nicht von außen her betrachtet, nicht als Objekt behandelt werden zu wollen. Dies offenbart eine emanzipierte Haltung. Ihre Flucht aus Deutschland dokumentiert ihre ablehnende Haltung gegen den Nationalsozialismus, der linke wie rechte Intellektuelle verfolgte, soweit sie nicht flüchteten oder sich anpaßten.

Ihr Portrait erfüllte sie offensichtlich mit Stolz, wie in der Frankfurter Rundschau zu lesen ist. Als das Bild vom Musée d'Art Moderne in Paris dreißig

---

erste Intellektuelle, der 1934 von den Nationalsozialisten in einem KZ (Oranienburg) umgebracht wurde. Vgl. Jürgen Schebera: *Damals im Romanischen Café*. Braunschweig 1988, S. 16.

<sup>20</sup> Der „rote Richard“ war der schon legendäre Zeitungskellner im Romanischen Café.

<sup>21</sup> Vgl. Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 46-47.

<sup>22</sup> Ebda., S. 48.

<sup>23</sup> Harden [wie Anm.1].



Jahre später angekauft wurde, erschien sie wie auf dem Bild zurechtgemacht, ließ sich so vor dem Bild photographieren und verschickte die Photographien als Postkarten an ihre Freunde.<sup>24</sup>

Die Quellen zu ihrer Person sind knapp, zudem ist die Frage der Rechtsnachfolge ungeklärt.<sup>25</sup> Wie bekannt sie in den Zwanzigern war, läßt sich nur vermuten, aber in neuerer Zeit haben sich Anna Rheinsberg und Renate Wall mit ihrer Person beschäftigt.<sup>26</sup> Ihr Portrait ist jedoch eines der bekanntesten Bilder der Neuen Sachlichkeit. Das zusammengenommen läßt sie heute gleichsam wie eine mythische Gestalt erscheinen, der sich anzunähern über Äußeres, Aussagen und Interpretationen Dritter Geschehen muß.

*IM CAFÉ*

*Für Ferdinand Hardekopf*

*Rote Lichter triefen an zitternden Dirnen vorbei.*

*Der Garçon wedelt mit spitzen Rockschoßen ironisch*

*Durch Bürgerfrauen*

*Brüste fallen wollüstig in Musik.*

*Rechts Loge schielend von der Ballustrade.*

*Ketten gleiten bis zur Extase.*

*Grüner Bargetrank in Eis*

*Zieht sich durch Strohalm bleich.*

*Lu greift zagend nach einem Kavalier*

*Streckt sich in ihn.*

*Er zerfällt pathetisch*

*In sich.*

Sylvia von Harden<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Löffler [wie Anm. 5], S. 77.

<sup>25</sup> Vgl. Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 125.

<sup>26</sup> Vgl. Rheinsberg [wie Anm. 13], vgl. auch Wall [wie Anm. 16].

<sup>27</sup> Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 50.

## **Einblick**

Den Spuren folgend, die Bild und Person gegeben haben, kann jetzt an bestimmten Punkten in der kulturellen Landschaft der 20er Jahre Station gemacht werden: Der Ort der Handlung ist Berlin, so ist der Raum der Reflexion örtlich eingegrenzt; dort ging Sylvia von Harden ins Café, dort wurde sie von Dix in seinem Atelier dargestellt. Dadurch gewinnt das Café als Treffpunkt von Intellektuellen und Bohemiens für diese Arbeit seine Bedeutung. Die Frage nach dem Geschlechterverhältnis ergab sich bei der Bildbetrachtung. Doch zuvor gilt es bestimmte und allgemeine kulturelle Veränderungen anzuzeigen.

### **Übergreifende Veränderungen der kulturellen Landschaft Deutschlands**

Es ist ein schwieriges Unterfangen, die zahlreichen Veränderungen, die das Deutschland Weimars vom Kaiserreich Wilhelms II. unterschieden, darzustellen. Doch gab es einige Entwicklungstränge, deren Wirkungen existentiell waren, und andere, deren Auswirkungen nahezu alle Bereiche des kulturellen Lebens erfaßten. Nicht alle haben dabei direkt etwas mit dem Frauenbild der Deutschen zu tun, oder etwa mit dem Leben der Berliner Intellektuellen und haben es doch beeinflußt.

Ein maßgeblicher Faktor zahlreicher Veränderungen, war der Erste Weltkrieg. Seine Auswirkungen finden sich nahezu an jeder Stelle wieder, er taucht immer wieder in Korrelation mit anderen Einflüssen auf. Als der Krieg verloren war, stellte sich heraus, daß damit auch die Zeit der Monarchie für Deutschland abgelaufen war. Das heißt nicht, daß derzeit zwangsläufig die Stunde für die Demokratie geschlagen hätte, aber sie hatte sich, nach einigem Hin und Her durchgesetzt. Mehr aber auch nicht, wie die extremen politischen Auseinandersetzungen von der Ausrufung der Republik bis hin zum Naziregime zeigten. Der Schritt vom Untertan zum Bürger und zur Bürgerin – Frauen bekamen das Wahlrecht – eines demokratisch verfaßten Staates, war für viele hierarchiegewohnte mit einem echten Kulturschock verbunden. Weiten Teilen der Gesellschaft fiel der Abschied von der Monarchie schwer, noch schwerer fiel den meisten das Erlernen eines völlig neuen Staatsverständnisses und die damit verbundene Umwertung und Umstrukturierung des gesellschaftlichen Daseins Aller. Nicht, daß die Demokratie keine hierarchischen Strukturen hätte, aber ein gewähltes Staatsoberhaupt zu akzeptieren ist etwas anderes, als ein als göttlich legitimierter Monarch, der nicht gewählt, sondern dessen Titel per Erbfolge weitergegeben wurde. In der machtvollen Stellung, die die Weimarer Verfassung dem Reichspräsidenten einräumte, wurde dieser dann auch als Ersatzkaiser bezeichnet. Wie vollkommen unterschiedlich die beiden Gesellschaftsauffassungen sind, zeigt sich unmißverständlich am eingeführten

Frauenwahlrecht. Der dem Frauenwahlrecht zugrunde liegende Gedanke der Gleichberechtigung lässt sich schwer mit der separierenden Zuweisung einer gesellschaftlichen Rangordnung vereinbaren.

Die Inflation war ein weiteres Ereignis, das existentiell auf das alltägliche Leben wirkte. Der Hunger war nur eine Folge davon. Denn um diesen zu stillen, veräußerten viele ihr Hab und Gut und verarmten in kurzer Zeit. Auf diese Weise wurden weite Teile des Mittelstandes ruiniert. Um so erstaunlicher ist, daß die Inflation, die sich seit Kriegsbeginn langsam entwickelt hatte, dann „buchstäblich über Nacht“<sup>28</sup> ihr erfolgreiches Ende fand. Den folgenden, schon fast rasanten Aufstieg, verdankte die deutsche Wirtschaft zu einem guten Teil der Übernahme amerikanischer Produktionsmethoden und der durch Zerstörung und Reparationszahlungen erforderlich gewordenen Modernisierung, die zudem von den USA finanziell unterstützt wurde.<sup>29</sup> Bis Ende der 20er hatte Deutschland, z. B. seine Handelsflotte wiederhergestellt, die es hatte abgeben müssen und sogar seinen Export um 1/3 gegenüber der Vorkriegszeit steigern können. Die erzwungene Modernisierung bedeutete also letztlich einen Vorteil für die deutsche Industrie.

Überhaupt war die technische Entwicklung um die Jahrhundertwende einschneidend für die sich immer mehr am Fortschritt orientierenden Gesellschaften und hatte dementsprechende Auswirkungen auf das Selbstbild des Menschen. Die Erfindung des Automobils und der Eisenbahn beschleunigten den Transport von Gütern und Menschen und damit den menschlichen Rhythmus. Auto und „Elektrische“ (Straßenbahn) begannen das Pferd zu ersetzen, U-Bahn und Flugzeug eroberten neue Verkehrs- und damit Lebens- und Erfahrungsräume. Damit einhergehend veränderte sich menschliche Arbeit, z. B. als Ford das Fließband 1913 industriell einführte. Kurt Eisner kritisierte im selben Jahr die *Mechanisierung der Arbeitskraft* durch den Taylorismus<sup>30</sup>; diese Theorie bot die dem Fordismus entsprechende mechanisierte Organisation menschlicher Arbeitsabläufe an. Die Maschine wurde einerseits begrüßt, da sie Massenproduktion ermöglichte und andererseits mit Unbehagen, wie in Fritz Langs *Metropolis*, bedacht. Hier leuchtet eine sich entwickelnde Problemstellung der Moderne auf, die sich in der Postmoderne weiter durchsetzen sollte: Demokratisierung und Individualisierung im Widerstreit mit Gleichschaltung und „Vermassung“. Diese Tendenz wurde 1932 von Aldous Huxley mit seiner Utopie *Schöne neue Welt* grell beleuchtet. Für seine

<sup>28</sup> Walter Laqueur: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt a.M., Berlin, 1976, S. 41.

<sup>29</sup> Vgl. Günter Peters: Kleine Berliner Baugeschichte. Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt, Berlin 1995, S. 154.

<sup>30</sup> Taylors arbeitspsychologische Theorie trennte Arbeit in Denken und Tun, den Mensch in Planer und Ausführenden. Arbeitsabläufe wurden bis in motorische Kleinstabläufe zerlegt, um sie effektiver zu gestalten.

weit in die Ferne gerückte Zukunftsvision verwendete der Autor ausschließlich aktuelle Entwicklungen seiner Zeit: Die Verbindung aus pawlowscher Konditionierung, Klonierung, Fordismus, Taylorismus, Massenproduktion und -konsum, Klassengesellschaft (bei Huxley ein Kastensystem), neue Drogen und freier Sexualität gewährleisteten eine fast perfekte Gleichschaltung. Fast perfekt, weil sich einige Menschen in Huxleys Roman noch nicht einmal unter diesen Umständen ihre Individualität rauben ließen. In Deutschland war die Einführung der Rationalisierung in den produktiven Alltag maßgeblich für seinen wirtschaftlichen Erfolg, trotz hoher Reparationszahlungen, und wurde ein Schlagwort der 20er.

Die allgemeine Nutzbarkeit der Elektrizität, hatte einen ungeheuren Komfort zur Folge. Allein die elektrische Beleuchtung revolutionierte das Theater und war ein wesentlicher Bestandteil des großstädtischen Lebensgefühls, indem sie mit Reklame die Nacht zum Tag machen konnte, die sich über ganze Gebäude ausbreitete. Telegraph und bald das Telefon beschleunigten die Kommunikation. Das Telefon, das 1881 zuerst betriebsintern bei der Post in Berlin eingeführt wurde, verbreitete sich in Folge rasch. Schon 1909 gehörte es in Berlin zum Alltag. Telefonieren aber abstrahierte die menschliche Kommunikation. Es teilte die Aufmerksamkeit in „hier sehen“ – „nach dort hören“. Walter Benjamin zeigte diese Nähe-Distanz Ambivalenz des Telefons in seinen Erinnerungen auf. Der Telefonapparat wurde dem „*jüngeren Geschlecht*“ zum „*Trost der Einsamkeit. Den Hoffnungslosen, die diese schlechte Welt verlassen wollten, blinkte er mit dem Licht der letzten Hoffnung. Mit dem Verlassenen teilte er das Bett.*“<sup>31</sup>

Das Telefon weckte also ganz ähnliche Bedenken, wie heute beispielsweise das Internet – die konsequente Weiterentwicklung der mit dem Telefon begonnenen abstrakten Kommunikation.

Von den technischen Entwicklungen konnte das Frauenbild nicht unberührt bleiben. Während die Materialschlacht des Ersten Weltkrieges von Männern geschlagen wurde, produzierten jetzt Frauen das dazu nötige Material<sup>32</sup>. Frauen waren deshalb während des Ersten Weltkriegs notwendigerweise in industrielle Arbeitsprozesse integriert und waren später nicht mehr einfach wegzudenken. Aber nicht nur in der Fabrik wurden Frauen beschäftigt. Besonders das Büro wurde nach dem Krieg für Frauen zu einem typischen Arbeitsplatz. Auch hier ließ sich Arbeit hervorragend nach tayloristischen Maßstäben organisieren. Ermöglicht wurde diese Entwicklung u.a. durch massenhafte Pro-

<sup>31</sup> Klaus Strohmeier: Rhythmus der Großstadt, in : Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhart Gillen (Hg.): Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 47.

<sup>32</sup> Vgl. Jürgen Kocka: Klassengesellschaft im Krieg, in: Deutsche Sozialgeschichte 1916-1918. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 8), Göttingen 1973.

duktion von vorher unerschwinglichen Schreibmaschinen. So entwickelte sich in kurzer Zeit – vor dem Krieg gab es keine Frauen im Büro – ein neues Berufsfeld, in dem 1925 schon eine Million Frauen beschäftigt waren und die als Sekretärinnen, Stenotypistinnen und Telefonistinnen arbeiteten. Wie bestimmend diese Entwicklung für den Alltag war, zeigen Romane wie *Schicksale hinter Schreibtischen*, oder *Das Mädchen an der Orga Privat*, Zeitschriften, Filme wie *Die Privatsekretärin* und Revuen, denen der Alltag im Büro als Stoff diente.<sup>33</sup> Die tayloristische Arbeitsorganisation spiegelte sich in Revuechoreographien in Form von sich im Gleichmaß bewegendem und uniform gekleideten Revuegirls wider.

Verbesserte Technik ermöglichte Masse. Massenarbeit, Massenproduktion, Massenkonsum. Das Massenhafte war, wie auch die technische Entwicklung, nicht bloß Folge, sondern Programm. Den Hang zur Rationalisierung zeigte auch die Erfindung der Lochkarte durch Hermann Hollerith, die er schon 1889 erfand und die im Grunde dem gleichen Rationalisierungsgedanke unterliegt.<sup>34</sup> Der Massenkonsum war erst durch die Massenproduktion möglich, welche das Entstehen von Warenhäusern nach sich zog und damit auch erst den Bedarf an so vielen Verkäuferinnen schuf. Durch die so in Schwung gebrachte Produktion war wieder Kaufkraft vorhanden, die jetzt auch Frauen hatten. Plötzlich bestand für viele die Möglichkeit der ökonomischen Unabhängigkeit, d.h. sie verfügten über Geld, und soweit unverheiratet oder kinderlos, auch über freie Zeit.

Unweigerlich gerät bei dem Begriff der Masse auch das Pressewesen in das Blickfeld. Neben den mehr als zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften verbreitete sich die Illustrierte als ein neuer Typ der Printmedien. Auch der Groschenroman gelangte zu voller Blüte und es gab immer mehr Zeitschriften in Berlin, 1928 gab es über 2400.<sup>35</sup>

Massenproduktion und technische Neuerungen machten zum ersten Mal auch ehemalige Luxusgüter erschwinglich und verbesserten den allgemeinen Lebensstandard. Die industrielle Entwicklung zur Massenhaftigkeit und ihre Folgen, fielen besonders dort auf fruchtbaren Boden, wo die infrastrukturellen Bedingungen vorhanden waren. Städte, besonders größere, waren hier im Vorteil, da sie schon eine entsprechende Struktur bereitstellen konnten. Berlin hatte sie. Berlin hatte außerdem Massen an Menschen, also an Arbeitskräften und Käufern und es kamen immer mehr, da es viele, vom Glanz Berlins ange-

---

<sup>33</sup> Vgl. Hanne Loreck: Das Kunstprodukt „Neue Frau“ in den Zwanziger Jahren, in: *Mode der 20er Jahre. Bestandskatalog des Berlin Museums*, bearbeitet von Christine Waidenschlager u. Christa Gustavus, Tübingen, Berlin 1993, S. 12-20.

<sup>34</sup> Vgl. Strohmeyer [wie Anm. 31], S. 47.

<sup>35</sup> Loreck [wie Anm. 33], S. 12.

zogen, oder sich eine bessere Zukunft erhoffend, in die nun schon entstandene Metropole zog. Der Krieg hatte daran nichts geändert, sondern den Sog Berlins eher noch vergrößert. Aus der Perspektive der stadthistorischen Entwicklung hatte sich in der Phase der Hochindustrialisierung der 70er Jahre des 19. Jhds. der Prozeß der Verstädterung und Urbanisierung als Teilprozeß der allgemeinen Modernisierung durchgesetzt.<sup>36</sup> Deutschland wurde zu einem modernen Industriestaat. Grundlagen dazu waren rechtlich-politische und sozio-ökonomische Weichenstellungen. Dieser Prozeß war nach dem Ersten Weltkrieg noch nicht abgeschlossen. Grundzug der Verstädterung ist, daß die massenhafte Zuwanderung in die Städte nicht mehr aufgrund der Eigenart einer Stadt geschah, sondern aufgrund des Arbeitsangebotes der entstehenden Industrie in den Städten und deren Umland. Auf diese Art bildeten sich Großstädte heraus, die auf den Zustrom an neuen Einwohnern mit infrastrukturellen Maßnahmen, wie z.B. Wohnraum, Kanalisation und Verkehrsnetzen reagieren mußten. Die Industrialisierung kann somit als Auslöser der Verstädterung gelten. Urbanisierung ist dagegen eher eine Lebensform, die sich anfangs noch auf große Städte reduzierte, obgleich nicht jede Stadt eine urbane Lebensweise annahm, heute aber schon ein allgemeiner Lebensstil ist. Man könnte Urbanisierung auch als Raumaneignung, Raumbeherrschung bezeichnen:

*„>Raum< ist dabei nicht nur als geographischer Raum, sondern gerade auch als Erfahrungs-, Aktions-, Identifikations-, Kommunikations- und Sozialisationsraum von Menschen in ihrer jeweiligen Zeit zu verstehen.“<sup>37</sup>*

Mit der technischen Entwicklung und dem Massenhaften veränderte sich also der Mensch selbst. In diesem Zusammenhang spricht Knut Hickethier von beschleunigter Wahrnehmung:

*„Die beschleunigte Wahrnehmung, der neue großstädtische Rhythmus, setzen eine uneingeschränkt gültige lineare Zeitauffassung voraus, die unter Zeit etwas gleichförmig Fließendes und immer weiter Teilbares versteht, in dessen Raster sich Handlungen und Vorgänge fast beliebig komprimieren lassen.“<sup>38</sup>*

Der beschleunigte Takt spiegelte sich auch in der Medizin als Krankheitsbild wieder. In der Zeit der hochindustriellen Entwicklung und Urbanisierung hatte auch die Medizin revolutionäre Entwicklungen hervorgebracht, u. a. mit der Psychoanalyse Sigmund Freuds. Er entwickelte darin ein neues Verständnis von der Psyche des Menschen. Als der amerikanische Nervenarzt George

<sup>36</sup> Jürgen Reulecke: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (Neue historische Bibliothek/Edition Suhrkamp), Frankfurt a.M. 1985, S. 11.

<sup>37</sup> Reulecke [wie Anm. 36], S. 12.

<sup>38</sup> Knut Hickethier: Beschleunigte Wahrnehmung, in: Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhart Gillen (Hg.): Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 145.

M. Beard 1880 das Krankheitsbild der Neurasthenie beschrieb, eine nervöse Störung oder Nervenschwäche, fand es als Diagnose eine rasche und weite Verbreitung in Deutschland.<sup>39</sup> „Der Nervöse“ und das „nervöse Zeitalter“ wurden zu Schlagwörtern, die eine hohe Verbreitung im Volksmund und den Medien, in der Literatur und dem Theater fanden. Das Hetzen und Jagen der Zeit, oder die allgemeine Nervosität des Jahrhunderts, wurden vielseitig beklagt. Meinte man anfangs mit Neurasthenie noch die nervöse Schwäche, war es bald die Hektik oder zerfahrene Überaktivität, zu der sich das Krankheitsbild entwickelte. Harter Kern war die ständige Vorstellung der eigenen Unzulänglichkeit und Energielosigkeit im Beruf, wie im Sexualleben. Das äußerte sich in hektischer, zielloser Betriebsamkeit. Trotz angestrengter Bemühungen konnte sich der Neurastheniker nicht auf eine Sache konzentrieren, sondern verlor sich in seinen Gedanken. Nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich die Einstellung zum Nervösen, das Verständnis für Überforderungsgefühle wich dem neuen Zeitgeist, der propagierte, daß genügend Wille es schon richten werde, – Nerven aus Stahl, war das neue Schlagwort. Man hatte sich an die neuen Lebensbedingungen gewöhnt. Der Nachfolger der Neurasthenie wurde bis nach dem Zweiten Weltkrieg der Streß<sup>40</sup> und heute benennt man eine ganze Gruppe mit „Nervösen Störungen“, die ihre Nähe zu den Neurosen nicht leugnen kann.

Die hier dargestellten Veränderungen sind deswegen übergreifend, weil sie Strömungen anzeigen, die weltweit wirkten. Die Elektrizität etablierte sich auf der ganzen Welt, genauso wie es eine Weltwirtschaftskrise gab und Charlston nicht nur in Berlin getanzt wurde. Der gerade Schnitt der Kleider war nicht bloß für Deutschland typisch, das Bild der Frau veränderte sich nicht nur hier. Wenn auch das Thema dieser Arbeit auf die kulturellen Veränderungen in Deutschland bezogen ist, wäre es eine Verfälschung, sie als deutsche Spezifika zu betrachten. Arnold J. Toynbee bezeichnete 1954 in *A study of History* den Übergang vom nationalstaatlichen Denken zu einer Periode globaler Interaktion im 19. Jhd. mit dem Begriff Postmoderne hier als eine epochale geschichtsphilosophische Kategorie verstanden. Man kann also sagen, daß die hier beschriebenen Entwicklungen den Prozeß einleiteten, den man heute Globalisierung nennt.

Nicht zur Sprache gekommen ist die Faszination, die diese Veränderungen teilweise ausgelöst haben, doch soll sie hier abschließend noch zum Ausdruck kommen, um das Weitgreifende der Veränderungen deutlicher zu machen:

---

<sup>39</sup> Joachim Radkau: Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München, Wien, 1998, S. 10.

<sup>40</sup> Vgl. ebda., S. 446.

## ZWANZIGSTES JAHRHUNDERT

*O mein Jahrhundert**An deine Himmel trommeln Propeller,  
Es kämpft der Vogelmensch,  
Der romantische Abenteurer, mit Gott,**Aus dem Grammophon  
Steigt der metallene Phönix  
Und singt das automatische Lied;  
Denn was sollen uns noch die echten Vögel?  
Schon sterben die Wälder  
An den Städten.**Was sollen uns grüne Teiche mit Weiden?  
(Es ist zuviel Leid in der Welt, um zu träumen!)  
Was die gelben Punkte, die Sterne?  
Was die Sonnenuntergänge  
Jeden Abend um sieben?  
Gegen magische X-Strahlen  
Und der Kunstsonne Violett?  
Wir brauchen die Landschaft der Stadt,  
Den Tanz der Turbinen,  
Den öligen Arm der Maschine.  
Benzmotoren und Radium allein schützen  
Gegen Übelkeit vor dem Leben.  
Eine Lichtreklame erschüttert mehr  
Als der Mond,  
Eine Pianola im Vorstadtcafé  
Löst tiefer meine Verzweiflung,  
Als alle Nachtigallen.  
Die Hochbahn berauscht mehr  
Als ein gotischer Dom.  
Wir beten in Kinos  
Die kurbelnde Schicksalsgöttin an,  
In allen Exprefßzügen  
Sitzt unsere Sehnsucht.  
Das Herz funktioniert elektrisch,  
Das rote Signal...*



*O kosmisches Gefühl der Schnelligkeit!  
Du mein Jahrhundert!  
Elektrisch getriebenes,  
Rennfahrer gegen die Sonne,  
Scheinwerfer gegen die Sonne,  
Ich bin dein!*  
Claire Goll<sup>41</sup>

### Berlin

Noch nicht lange war Berlin seinem provinziellen Dasein erwachsen, da begann sich dort ein weltstädtisches Leben zu entwickeln. Der Wandel von der Monarchie zur Demokratie hatte auch für Berlin befreiende Wirkung, jetzt waren die letzten Hemmnisse für eine Umstrukturierung der Stadt gefallen. Um die wirklich eingreifenden Entwicklungen darzustellen, zunächst ein paar Zahlen:

Der erste Schritt dazu war die Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin, die im April 1920 von der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung eingerichtet wurde. Damit wurde auf ein schon zusammengewachsenes Wirtschafts- und Verkehrsgebiet reagiert, Berlin wuchs um das Dreizehnfache seiner bisherigen Größe an und bekam damit vierzehn neue Bezirke, die acht Städte beinhalten (z. B. Lichtenberg und Wilmersdorf) und einen einzigartig großen Grüngürtel hinzu.<sup>42</sup> Das die Zahl der Einwohner von 1880 von einer Million auf vier Millionen in den 20er Jahren anwuchs, lag jedoch nicht bloß daran, sondern ebenso an der Zuwanderung aus Deutschland und dem Ausland. Die allgemeine Aufbruchsstimmung zeigte sich in der Architektur, als 1918 der Arbeitsrat für Kunst, ein vom Architekten Bruno Traut verfaßtes Flugblatt mit einem neuen Architekturprogramm veröffentlichte. Die Stadt hatte eine ausgeprägte Wohnungsnot, die sich durch den Zuzug von Zuwanderern noch verstärkte. Berlin wurde das städtebauliche Zentrum der Weimarer Republik. So wurden im Durchschnitt von 1924 bis 1928 720 bis 860 Bauten aus dem gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Bereich errichtet. Von 1924 bis 1930 bauten besonders die Elektroindustrie, die chemische, sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ihre Standorte aus.<sup>43</sup>

Die Eingemeindungen war einer der Faktoren, durch die Berlin zu Europas größter Industriestadt wurde. Fast ein Zehntel aller Arbeitnehmer und ein Zwölftel aller Betriebe in Europa waren in Berlin tätig. Zudem war Berlin die Zentrale der deutschen Monopolbetriebe und hatte etwa 106 Konzerne und

<sup>41</sup> Claire Goll: Zwanzigstes Jahrhundert. Zitiert nach: Rheinsberg [wie Anm. 13], S. 23.

<sup>42</sup> Peters [wie Anm. 29], S. 150.

<sup>43</sup> Ebda., S. 155.

915 Unternehmerverbände. 1925 wurden in Berlin 74% der in Deutschland erzeugten elektrotechnischen Geräte, 90% der Glühbirnen, 67% aller Filme, 63% aller Telefonapparate und 60% aller Kabel hergestellt. Siemens und AEG beschäftigten fast 50% der in Deutschland in der Elektronikindustrie Beschäftigten und vergrößerten ihre Produktionsanlagen ständig. Auch im Druckbereich sowie den Schuh- und Lederwaren und der Möbelindustrie stand Berlin an erster Stelle. Aber auch der Ullstein Verlag, der größte Zeitungs- und Zeitschriftenkonzern Europas, machte mit einem der größten Fabrikbauten auf sich aufmerksam. Die größten Industriezweige in Berlin waren die Metall- und Bekleidungsindustrie.

Die Volkszählung von 1925 zeigte die Verteilung der Beschäftigung in der Stadt. Von 1000 Arbeitnehmern arbeiteten

751 in der Industrie und im Handwerk,  
177 im Handel und im Verkehr,  
21 in der Verwaltung und Behörden,  
21 im Gesundheitswesen,  
18 in häuslichen Diensten und  
12 in der Landwirtschaft<sup>44</sup>

Die Verkehrswege wurden ebenfalls massiv ausgebaut. Es entstanden neue Häfen, Bahnhöfe und Straßen; auch als Verkehrsknotenpunkt war Berlin in Deutschland führend. Doch nun genug der Superlativen.

Die Bekleidungsindustrie hatte in Berlin schon eine hundertjährige Geschichte – seitdem war Berlin das Zentrum der deutschen Damenkonfektion. Dazu gehörte neben den ehemaligen Hoflieferanten wie Gerson, die exklusive und für die Masse unerschwingliche Kleidung herstellten, die Konfektion für die ärmeren bis armen Schichten, vom Abend- bis zum Tageskleid und in allen Preislagen.<sup>45</sup> Anfangs konnte jedoch nicht die gesamte Damenbekleidung serienmäßig hergestellt werden, da viele Schnitte zu kompliziert waren. Das änderte sich um die Jahrhundertwende, als die Nähmaschine massenhaft hergestellt wurde. Sie ermöglichte die serienmäßige Herstellung von Blusen, Röcken, Kostümen und Kleidern. Wegen des häufigen Wechsels der Moden, hatte sich bald ein noch frühkapitalistisches Produktionssystem herausgebildet, was dazu führte, daß 1925 etwa 60616 Betriebe in häuslicher Arbeit Kleidung herstellten. Damit war die Produktion auf das ganze Stadtgebiet verteilt und brauchte keine eigenen Fabrikgelände. Der größte Teil dieser Arbeit wurde von Frauen bestritten, für die es von Vorteil war, Zuhause arbeiten zu können.

---

<sup>44</sup> Ebda., S. 154.

<sup>45</sup> Christine Waidenschlager: Berliner Mode der zwanziger Jahre zwischen Couture und Konfektion, in: Mode der 20er Jahre. Bestandskatalog des Berlin Museums, bearbeitet von Christine Waidenschlager u. Christa Gustavus, Tübingen, Berlin 1993, S. 20.

Das war für viele die einzige Möglichkeit, Geld verdienen zu können und gleichzeitig eine Doppel- bis Dreifachbelastung, wenn diese Frauen noch Kinder oder Kriegsinvaliden und einen Haushalt zu versorgen hatten. Manche besserten damit das Gehalt des Mannes auf, was bei einem Stückpreis von drei Mark für z. B. einen Damenmantel aus Wolle, bei etwa acht Stunden Arbeit die Belastung verdeutlicht.<sup>46</sup>

Noch vor dem Krieg konnte Wilhelm II. die Bewohner der Stadt mit rasanten Ausflügen in einem seiner 12 Daimler seines Fuhrparks beeindrucken<sup>47</sup>, jetzt machte das steigende Verkehrsaufkommen eine Regelung des Verkehrs notwendig. Gleichzeitig ist der zunehmende Verkehr symbolisch für die neue Mobilität des Menschen, die sich in Berlin bis tief in die Nacht hinein erstreckte, den Menschen im städtischen Lebensraum immer mehr umbrandete. Der Verkehr ist Teil des sich immer mehr auf die Straße verlagernden Lebens. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich bald eine ungeheure Vergnügungssucht breitgemacht, die in den 20ern ihren Höhepunkt erreichte. In der Metropole fielen die Gegensätze zwischen dem Glanz, dem Reichtum einzelner und der erbärmlichen Not und Armut, in der die meisten Berliner lebten, besonders auf. Auf den Straßen tummelten sich zwischen den Bürgern die Kriegsgeschädigten, die ihren Lebensunterhalt oft mit Betteln und Hausieren bestritten. Beide waren auch in den nächtlichen Straßen anzutreffen, wo sich Flaneure, Vergnügungssüchtige, Kokotten und ihre Freier tummelten, wie Dix in seinem Triptychon *Großstadt* zeigte. Zu den Stoßzeiten am Tage, bevölkerten besonders die Angestellten, eine nahezu neue Klasse, die Straßen Berlins:

*„Ihre Zahl wuchs schnell; mit der Ausdehnung der staatlichen und privaten Verwaltungsapparate, mit der Ausdehnung von Handel und Verkehr, entstand ein neuer Berufstypus, der gewaltige Menschenmassen absorbierte. Eine Art ‚Privatbeamtentum‘ und eine Art ‚Stehkragenproletariat‘, ohne soziale Sicherung, dafür mit einem ‚sauberen‘ Arbeitsplatz und der – meist nur fiktiven – Aussicht auf Karrieremöglichkeiten.“*<sup>48</sup>

Viele Angestellte arbeiteten in Warenhäusern. Letztere bestimmten zunehmend das Stadtbild, mit monumentalen Gebäuden, in denen nun Waren nicht mehr auf engem Raum, sondern in großzügiger und luxuriöser Umgebung dargeboten wurden. Selbst Nachts boten sich die Auslagen in den geschmückten und beleuchteten Verkaufsräumen dem Passanten an. Das Warenhaus stand für die Demokratisierung des Konsums; jeder kann, sofern er oder sie es finanzieren kann, alles kaufen. Andererseits wurde das Käufer – Verkäufer

<sup>46</sup> Waidenschlager [wie Anm. 45], S. 20.

<sup>47</sup> Strohmeyer [wie Anm. 31], S. 45.

<sup>48</sup> Ebda., S. 37.

Verhältnis ebenso entpersönlicht, wie der Umgang der Beschäftigten untereinander im streng durchrationalisierten Warenhausapparat.<sup>49</sup>

Berlin zog Menschen aus der Provinz an, wie das Licht die Motten. Besonders auf Intellektuelle und Künstler aus dem Ausland, hatte das Berlin der 20er eine magische Anziehungskraft, viele Künstler kamen beispielsweise aus dem osteuropäischen Raum. Keine Stadt in Deutschland konnte ein derart breitgefächertes kulturelles Angebot bieten, wie Berlin, – nicht umsonst wurde von einer Kulturindustrie im Berlin der Zwanziger gesprochen. Eine Industrie braucht Abnehmer für ihr Angebot, hier zum Einen die Deutschen und Berliner und zum Anderen die vom Glanz angelockten Menschen aus aller Welt. Sie wurden jedoch nicht bloß als Kulturkonsumenten, sondern besonders als Kulturschaffende angelockt. Darüber hinaus braucht eine Kulturindustrie die entsprechende Infrastruktur, um ihr Angebot unterbreiten zu können. Berlin konnte für alle drei Aspekte reichlich Bedingungen bereitstellen. In Begleitung von Franz Hessel auf dem Weg durch Berlin, wird das Ausmaß dieses kulturindustriellen Betriebes ausschnittsweise sichtbar. Während am westlichen Rand der Stadt der Lunapark mit Artisten, Clowns, Karussellen u. a., ständig Attraktionen bot, hielt die Stadt andere Vergnügungen bereit. Er berichtet von neuen Groß-Cafés, wo im Parterre eine ungarische Kapelle, im zweiten Stock zwei weitere Kapellen zum Tanz aufspielen.<sup>50</sup> In den Pausen treten Vortragskünstlerinnen auf. Ein Anschlag verheißt: *„Bei freiem Eintritt und Konsum von M 3 genießen sie von 8 ½ bis 12 ½ pausenlos das beste Kabarett Deutschlands. Nachmittagsgedeck 2M 50 mit Kuchen, soviel sie wollen.“*<sup>51</sup>

Anschließend wird ein Ort für den Apéritif gesucht und in einem vornehmen Hotel in einer Runde von Diplomaten, Börsianern, Politikern und Revuegirls gefunden. Nach einem kurzen Abstecher in die Komödie, wird ein russischer Film besucht, um gleich wieder im ‚Casanova‘ Platz zu nehmen und einem berühmten Schlagerkomponisten am Klavier zuzuhören. Nach einem Gespräch über Jazzbands und Tangokapellen wird ein neuer Aufenthaltsort gesucht: *„Wollen wir nicht ganz einfach hier gegenüber ins ‚Eldorado‘ gehen? Da ist das richtige Durcheinander, ihr seid doch für Chaos, Smokings und Sportjacken, Transvestiten, kleine Mädchen und große Damen.“*<sup>52</sup>

Es wird sich jedoch für eine exklusive Lokalität entschieden, in der nicht jeder Zutritt hat. Dort singt gerade eine „rothaarige Meisterin der Groteske“, um

<sup>49</sup> Vgl. ebda., S. 38-40.

<sup>50</sup> Tanz und Musik spielten in Berlin eine bedeutende Rolle bei den Vergnügungen. Man konnte damit schon Nachmittags anfangen und bei Doppelkonzerten essen, hören, schauen und tanzen. Vgl. Franz Hessel: Ein Flaneur in Berlin. Berlin 1984, Neuausgabe von: Spazieren in Berlin, Berlin 1929, S. 38-51.

<sup>51</sup> Ebda., S. 38.

<sup>52</sup> Ebda., S. 43.

sogleich von einer französischen Chansonnière abgelöst zu werden. Hessel entdeckt einige berühmte Maler und beobachtet einen gerade angekommenen Inder. Auf seinem Weg vom Nachmittag bis zum frühen Morgen, landet er schließlich in einer Homosexuellenbar, in der sich Paare gleichen Geschlechts im Tanze drehen, wobei einige Mädchen als Männer und einige Knaben als Damen einher gehen.

Selbstverständlich ist mit dem Bereich des Vergnügens nicht die ganze kulturelle Landschaft Berlins abgedeckt, wohl aber kann dieser Ausschnitt ihre Ausmaße verdeutlichen. Der Lunapark im Grüngürtel Berlins brauchte ein erschlossenes Gelände, die dazu gehörigen Gebäude, planende Architekten, auftretende Artisten, Hilfspersonal, Planer der Show, Agenturen, Verkehrsverbindungen und Werbung. Die Werbung brauchte Agenturen, Graphiker, Druckereien und Drucker, sowie Menschen, die Plakate durch die Straßen trugen und Flächen sowie Beleuchtung, um sichtbar zu werden. Schon dieser kleine Ausschnitt verdeutlicht, weshalb der Begriff der Kulturindustrie durchaus gerechtfertigt ist.

### **Kunst und Muse im Café, oder: Berliner Künstlerlokale**

Im großstädtischen Lebensrhythmus der Künstler der 20er nimmt das Café eine zentrale Rolle ein. Das Getränk Kaffee entsprach dem nüchternen Zeitgeist der Neuen Sachlichkeit. Seine belebende Wirkung unterstützte die aufgekommene rastlose Aktivität der Großstädter. Auch dies hatte sich noch in der Kaiserzeit entwickelt, gewann nach dem Krieg, wie sich noch zeigen wird, eine andere Qualität. Auch für das Verständnis der „Neuen Frau“ ist das Café ein wesentlicher Bestandteil, ein Stück Öffentlichkeit, was sie sich erst erobern mußten und in dem Frauen sich noch ungeübt bewegten.

Die Zusammensetzung der Gäste in den Künstlerlokalen war keineswegs gleich, vielmehr zogen die Künstler der verschiedenen Ausdrucksformen ihrer Kunstrichtung gemäße Lokale vor, meistens wurden mehrere Lokale besucht. Man könnte sagen, daß die unterschiedlichen Lokale verschiedene Funktionen erfüllten. Im Restaurant Schlichter<sup>53</sup> trafen sich eher Maler und Galeristen, was nahelag, da der Besitzer der Bruder des Malers Rudolf Schlichter war und dort auch dessen Bilder ausstellte. Das allein war noch keine Besonderheit, schließlich wurden auch in anderen Cafés Bilder ausgestellt, um Käufer anzulocken, und es waren auch nicht nur Maler, die zu Schlichter gingen. Die Besonderheit des Restaurants Schlichter war eher, daß sich dort viele linke Künstler und Künstlerinnen trafen. Etwa die kommunistische Künstlervereinigung *Rote Gruppe*, zu der Rudolf Schlichter selbst, George

---

<sup>53</sup> Vgl. Schebera [wie Anm. 19], S. 85-98.

Grosz, Otto Dix, Wieland Herzfelde mit seinem Bruder John Heartfield, dem Leiter des Malik-Verlages gehörten, sowie Erwin Piscator von der Piscator-Bühne, Egon Erwin Kisch und Berthold Brecht; später gehörte auch der Philosoph Walter Benjamin zu den Besuchern.

Das Weinlokal Schwannecke<sup>54</sup> (eigentlich Weinlokal Stefanie, jedoch bald von den Besuchern zu „bei Schwannecke“ umbenannt), hatte besonders Schauspieler und Schauspielerinnen aller Couleur und Literaten zu Gast. Dort traf man sich nach den Aufführungen. Viktor Schwannecke, selbst Schauspieler, hatte entsprechende Kontakte und sein erst 1921 eröffnetes Lokal sprach sich unter den Kollegen rasch herum. Nach Premieren wurde dort in An- oder Abwesenheit der Schauspieler und Regisseure gnadenlos Kritik geübt, – bis 24:00 Uhr mußten die Rezensionen bei den Redaktionen vorliegen. Im Gegensatz zum Romanischen Café, war Schwannecke als ein hervorragendes Speise- und Weinlokal bekannt und damit offenbar auch viel zu teuer für die Gäste des ersteren. So entwickelte sich bald folgender Kreislauf: Kaffee, Besprechung, Gelegenheitstreffen im Romanischen Café, anschließend Abendessen und nächtliche Tischrunde im Schwannecke.<sup>55</sup> Ähnlich berichtet es auch Sylvia von Harden, die, als sie das Romanische Café verließ, von Otto Dix angesprochen mit ihm dann zu Schwannecke ging, um dort das geplante Portrait zu besprechen und sich etwas kennenzulernen.<sup>56</sup>

Wie schon angedeutet, nimmt das Romanische Café eine besondere Rolle unter den Berliner Künstlerlokalen ein. Zentral gelegen, waren es eben nicht nur Künstler, die es besuchten, sondern besonders die, die es werden wollten. Wer gerade aus dem Ausland oder aus Deutschland selbst in Berlin angekommen war und Arbeit, Aufträge, oder Bekanntheit suchte, der ging in das Romanische Café, so pointiert es die Bezeichnung des Cafés als „Künstlerbörse“ und „*Wartesaal des Genius*“<sup>57</sup>. Das Café zog aber auch andere Prominente z. B. aus dem Sport an. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Romanische Café dem Café des Westens den Rang abgelaufen. Mit der Zeit hatte sich auch die Boheme selbst verändert. Jetzt wurde dort nicht, wie noch 1905, „dichterische Arbeit und werbender Eifer für eine Idee des Geistes gelebt“, sondern Kontakte geknüpft, für die materielle Absicherung gesorgt, wie Erich Mühsam, gerade aus seiner Festungshaft entlassen, beklagte.<sup>58</sup> Während im Café des Westens, in dem auch Sylvia von Harden (noch als Schülerin) zu Gast war, noch die Bohemiens in der Mehrzahl waren und damit auch das Lebensgefühl dort

<sup>54</sup> Vgl. ebda., S. 65-85.

<sup>55</sup> Vgl. ebda.

<sup>56</sup> Harden [wie Anm.1].

<sup>57</sup> Vgl. Schebera [wie Anm. 19], S. 29-65.

<sup>58</sup> Vgl. ebda.

prägten, hatte das Romanische Café mehr den Ruf, der Ort zu sein, wo man die Boheme erleben konnte. Wenn Touristen bei einer Stadtrundfahrt das Romanische Café gegenüber der Gedächtniskirche passierten, wurde ihnen das Café als „Sitz der Berliner Boheme“ und „Olymp der brotlosen Künste“<sup>59</sup> in drei Sprachen angepriesen.

Das Café war sehr groß und sehr schmutzig; letzteres rührte daher, daß über den Tag verteilt unglaubliche Besucherströme das Café passierten. Es war kein Esslokal und bot daher nur wenige, schlechte Speisen. Das störte den Großteil der Besucher nicht, mußte sich die Mehrzahl doch manchmal den ganzen Tag an einem Café festhalten und konnte sich vielleicht mal ein paar Eier im Glas leisten. Wie das Café des Westens hatte das Romanische einen Zeitungskellner, den „roten Richard“, und alle wichtigen Zeitungen „von Hamburg bis Zürich“. Das man für eine Tasse Kaffee so viele Zeitungen lesen konnte, fand der Boxer Paul Samson-Körner besonders vorteilhaft.<sup>60</sup>

Während draußen auf der verglasten Terrasse zumeist die Schaulustigen und Touristen Platz nahmen, war der vordere Raum, das „Bassin für Nichtschwimmer“ (etwa 70 Tische), – Gästen, die hofften Kontakte zu den Berühmtheiten aus dem „Bassin für Schwimmer“, dem nachfolgendem Raum zu bekommen, vorbehalten. Wer eine Rolle suchte, ein Stück oder einen Artikel verkaufen wollte, oder Zeichnungen anzubieten hatte, wer Kontakt zu etablierten Malern, Schriftstellern, Regisseuren, Intendanten, Redakteuren, Herausgebern, oder Galeristen haben wollte, – vor allem aber jeder und jede, die neu waren, – ging ins Nichtschwimmer Bassin. So wurde etwa der Galerist Alfred Flechtheim einmal von einem jungen Unbekannten bestürmt, er möge ihm eine Zeitung finanzieren, wie Géza von Cziffa, ein junger Journalist und später Regisseur für Unterhaltungsfilme, der aus Bukarest nach Berlin kam, berichtete.<sup>61</sup> Er selbst war erst ein paar Jahre vorher nach Berlin und ins Romanische Café gekommen und hatte sich vom Nichtschwimmer zum Schwimmerbassin „hochgearbeitet“. Gerade für Künstler und Künstlerinnen aus dem Ausland war das Café ein Anlaufpunkt, der Chancen bot im Kulturbetrieb unterzukommen. Wie etwa Egon Erwin Kisch aus Prag, Anton Kuh aus Wien und Franz Molnar aus Bukarest. Für die etablierten Künstler bot das Café die Möglichkeit, sich auszutauschen und zu besprechen, wie der Dichter Klabund und sein Frau Carola Neher, oder sich Modelle oder Schauspieler für ein neues Stück zu suchen. Für die vielen Zeichner bot sich hier die Möglichkeit berühmte Personen, wie etwa den Maler und Präsidenten der preußi-

<sup>59</sup> Zitiert nach: Paul Marcus: Romanisches Café. Der Olymp der brotlosen Künste, in: Münchner Illustrierte Presse vom 14. 4. 1929, in: Schebera [wie Anm. 19], S. 40.

<sup>60</sup> Vgl. Schebera [wie Anm. 19], S. 29-65.

<sup>61</sup> Vgl. ebda.

schen Akademie der Künste, Max Liebermann, für eine Zeitung zu portraituren. Es gab zahlreiche Stammtische, die wöchentlich, einige aber auch täglich zusammenkamen.<sup>62</sup>

Gegenüber den anderen Künstlerokalen hatte das Romanische Café noch zwei Besonderheiten. Es gab Stammtische emanzipierter Frauen und sogenannte Kükentische. An den Kükentischen saßen junge Frauen verschiedenster Couleur, von der Kokotte (die Tauentzienstraße war damals der Strich, und gerade um die Ecke) oder Tagediebin über die Schauspielerin oder Journalistin in spe, bis zum Mädchen vom Lande, welche ihr Glück suchten. Das weibliche Publikum des Romanischen Cafés scheint hier merkwürdig unterschiedlich. Der bekannte Schlager- und Kabarettkomponist Friedrich Hollaender spottete in seiner Kabarettrevue *Es liegt in der Luft* 1930 reichlich:

*„Wir sitzen süß und doof ohne Portemonnaie  
Vor unsern leeren Gläsern im Stammcafé  
Mittags von Punkt zwölf Uhr  
Bis Abend um Punkt zwölf Uhr:  
Verkehrinseln in dem Meere der Literatur.  
Schriftsteller rings im Kreise, von Brecht bis Kisch –  
Mancher benutzt uns episch am Nebentisch.  
Das ist fürs Portemonnaie nicht viel wert,  
Aber fürs Renommee unerhört:  
Endlich wird doch die Nutte einmal verklärt!  
Zwei dunkle Augen,  
Zwei Eier im Glas  
Und ein Tröpfchen Herzblut  
Mit Rum!  
Ein Täßchen Äther, Ein Band von Verlaine –  
O laß uns literarisch sein  
Und mit den Dichtern gehn!“<sup>63</sup>*

Hollaender benennt die geschilderten Frauen als Nutten, arm oder schnorrenrisch und auf ihre Gelegenheit wartend, mit einem der Dichter mitgehen zu können und vielleicht sogar der Ehre teilhaftig zu werden, „episch am Nebentisch“ verwendet zu werden. Träume und Hoffnungen schwingen mit, haben dort aber scheinbar keinen Platz – naive Mädchen träumen verklärt von Dichtern, vergießen ein wenig Herzblut, was gleich in Rum ertränkt wird. Dabei

<sup>62</sup> Vgl. ebda.

<sup>63</sup> Gesang der Mädchen im Romanischen Café, aus der Kabarettrevue „Es liegt in der Luft“, von Friedrich Hollaender, in: Schebera [wie Anm. 19], S. 61.



wird angedeutet, nur heute „literarisch“ zu sein und morgen vielleicht mit Malern zu gehen, also gewissermaßen beliebig Prominente zu suchen. Daraus ergibt sich das Bild, Frau im Café gleich Halbweltdame. Solcherlei Gleichsetzungen finden sich in mehreren Liedern der 20er.<sup>64</sup> Auf die gleiche Weise ließe sich auch vermuten, daß die anwesenden Dichter dort bloß auf eine Prostituierte warteten und sich zwischendrin die Zeit mit Dichten vertrieben, also bloß dichtende Freier waren.

Das zeigt, daß Frauen im Café noch nicht heimisch oder anerkannt waren. Cafégängerinnen setzten durchaus noch ihren guten Ruf aufs Spiel und brachten sich in den Verdacht der Prostitution, wenn sie ohne männliche Begleitung dort hin gingen. Wurden sie geduldet, galt das als ein Zeichen der Anruchigkeit. In männlicher Begleitung aber konnten Frauen das Gefühl genießen, etwas verruchtes zu tun, Rauchen unterstrich dieses Gefühl. Damit war das Caféhaus als öffentlicher Raum Männern vorbehalten, Frauen waren Eindringlinge, die zudem Tabus brachen, wenn sie männliche Verhaltensmuster übernahmen. Dazu gehörte nicht erst das Rauchen, sondern vordergründig das selbstbewußte Platznehmen und präsentieren in der Öffentlichkeit.<sup>65</sup> Sylvia von Harden ist hier tatsächlich ein hervorragendes Beispiel, da sie gleich mehrere emanzipatorische Attribute auf sich vereint. Bettina Götz stellt lapidar fest, daß das Café so „zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen traditionellem bürgerlichem Rollenverständnis und der Forderung nach Eigenständigkeit und Gleichberechtigung der Frau[...]“<sup>66</sup> wurde. Das Caféhäuser so beliebt waren, hatte sich erst kürzlich entwickelt, sie hatten dem Salon der Kaiserzeit den Rang abgelassen.

### „Neue Frauen“ als Weiblichkeitskonzept

Der Begriff der „Neuen Frau“ durchzog die Medienlandschaft der 20er Jahre wie wenige andere gesellschaftliche Konstrukte. Gleichzeitig reihte er sich unter eine Vielzahl von Begriffen ein, die das Attribut „Neu“ trugen und hinterließ so den Eindruck, eine Modeerscheinung zu sein. Tatsächlich kommt der Begriff aber aus einem vollkommen anderen Sinnzusammenhang. In den dreißiger Jahren des 19. Jhds. tauchte der Begriff vor allem bei frühsozialistischen Gruppen in Frankreich, in programmatischen Schriften auf, in denen eine „femme libre“, oder eine „femme nouvelle“ ein Gegenkonzept zum traditionell bürgerlichen Weiblichkeitsverständnis darstellte. Der Begriff der „femme libre“ geht noch auf die in der Französischen Revolution entstandene

---

<sup>64</sup> Vgl. Schebera [wie Anm. 19].

<sup>65</sup> Vgl. Götz [wie Anm. 2], S. 58.

<sup>66</sup> Vgl. ebda., S. 59.

Frauenbewegung zurück.<sup>67</sup> So steht der Begriff vom Anfang seiner Entstehung an in einem emanzipatorischen Kontext, stellt ein theoretisches Konzept von Gleichberechtigung und Frauenemanzipation dar.

In Deutschland wurde 1865 der Allgemeine Deutsche Frauenverein gegründet, dessen fortschrittlicher Flügel sich mit den Ideen einer „Neuen Frau“ auseinandersetzte. Auch die proletarische Frauenbewegung beschäftigte sich damit. So standen sich ein traditioneller Weiblichkeitsentwurf und ein fortschrittlicher gegenüber. Ersterer sah ein Leben für den Ehemann, die Familie und den Haushalt, oder kurz ein Leben für andere, als frauengemäß an, letzterer sah das Recht der Frau auf individuelle Selbstbestimmung, gleichberechtigte Bildung und Berufstätigkeit sowie die Erlangung des politischen Stimmrechtes vor. Hier sei Hedwig Dohm genannt, die schon 1873 besonders das Stimmrecht als eine Voraussetzung für gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Geschlechtern ansah und deren Ideen später immer wieder aufgenommen wurden.<sup>68</sup> Bald gesellte sich zu den Forderungen auch die nach einer gleichwertigen Sexualmoral, die sich gegen die gesellschaftliche Tolerierung außerehelichen Geschlechtsverkehrs der Männer richtete. Die beiden Strömungen in der Frauenbewegung, die proletarische und die bürgerliche, hatten jedoch unterschiedliche Ansätze. Während die proletarischen Frauen die Unterdrückung der Frau auf die bürgerliche Klassengesellschaft zurückführten, sahen die bürgerlich-fortschrittlichen (oder radikalen), sie als ein Ergebnis des Patriarchats an. Mit zunehmender Entwicklung der Frauenbewegung wurden die Forderungen differenzierter, so wurde sich Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts etwa gegen eine Stigmatisierung von Frauen, die sich nicht dem bürgerlichen Frauenideal unterordneten als „unweiblich“ oder „unnatürlich“ gewandt.<sup>69</sup>

Fasst man die Forderungen der Frauenbewegung thematisch zusammen, so waren es über ihre politischen Grenzen hinweg folgende: Soziale und ökonomische Selbständigkeit der Frau durch eigenständige Berufsarbeit, gleichberechtigter Zugang zur Bildung, politische Gleichberechtigung durch Wahlrecht und „freie Liebe“, gemeint als gleichberechtigte Beziehungsgestaltung. Die Wechselbeziehung von ökonomischer Selbständigkeit und der Durchsetzung neuer Beziehungsformen wurde hierbei vielfach hervorgehoben. Begrifflich drückte sich das in Schlagwörtern wie, „moderne Frau“, „neues Weib“, „werdende Frau“, „Frau der Zukunft“ und eben „Neue Frau“ aus. Die Forde-

---

<sup>67</sup> Gesa Kessemeier: Sportlich, sachlich, männlich. Das Bild der „Neuen Frau“ in den zwanziger Jahren. Zur Konstruktion geschlechtsspezifischer Körperbilder in der Mode der Jahre 1920-1929, Dortmund 2000, S. 19.

<sup>68</sup> Ebda., S. 20.

<sup>69</sup> Vgl. ebda., S. 23.

rungen nach Gleichberechtigung hingen auch immer wieder mit der Forderung nach einem anderen Gesellschaftssystem zusammen, wozu auch Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft gehörten.<sup>70</sup>

Der Begriff der „Neuen Frau“ läßt sich also als eine emanzipatorische Utopie oder Wunschvorstellung verstehen, da seine Inhalte noch nicht erreicht waren und auch nicht in den Zwanzigern des 20. Jhds. erreicht wurden. Er benennt ein Konzept von Weiblichkeit, was ursächlich aus dem Gedankengut der Französischen Revolution entstammte und die Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter auf jeder Ebene aus den Reihen der Frauenbewegung heraus forderte.

Der Erste Weltkrieg führte zum Stillstand der aktiven Frauenbewegung, – solche Fragen fanden im Kriegsgeschehen wenig Beachtung. Dementsprechend mußte die deutsche Frauenbewegung nach dem Krieg erst wieder mit ihren Forderungen Fuß fassen. Durch den Krieg hatten sich die Verhältnisse für Frauen jedoch äußerlich stark verändert. Wie schon erwähnt war Frauenarbeit zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Die neue Verfassung sah nicht nur ein Wahlrecht für Frauen vor, sondern schrieb auch die gesetzliche Gleichstellung fest. Die Möglichkeit einen Beruf zu ergreifen war für Frauen aller Schichten gegeben und gefordert, Bildungsmöglichkeiten (Gymnasium und Studium) waren vorhanden. Der Begriff „Neue Frauen“ wurde ein Allgemeinplatz der Öffentlichkeit, meinte aber etwas vollkommen anderes, als bisher. Besonders junge Frauen wurden jetzt pauschal als „Neue Frauen“ bezeichnet. Die „Neue Frau“ wurde als „aus der Separation der Lebensumformerei getreten und rasch zur Wirklichkeit geworden“<sup>71</sup> begrüßt. Die öffentliche Diskussion um Gleichberechtigung fand ebenso wie die Frauenbewegung in den Nachkriegsjahren wenig Aufmerksamkeit, und es wurde sogar eine Auflösung der Frauenbewegung gefordert. Dafür verbreitete sich der Begriff in den Massenmedien, allerdings auf wenige Attribute reduziert.

Die „Neue Frau“ begann sich zu einem Idealtypus zu entwickeln, der sich besonders an Äußerlichkeiten festmachte. Die veränderte äußere Erscheinung wurde mit einem veränderten gesellschaftlichen Verständnis und einer Verhaltensänderungen gleichgesetzt. Bubikopf, kurzer Rock, Strümpfe, oder auch Krawatte, Zigarette und Monokel galten als Ausdruck dieser Veränderung. Die Zigarette galt als ein Zeichen der Emanzipation der Frau – so wurde es in der Werbung dargestellt<sup>72</sup> – sie kündete von der neuen Zeit, vom Bruch mit

---

<sup>70</sup> Ebda., S. 25-26.

<sup>71</sup> Ebda., S. 27.

<sup>72</sup> Die Zigarette hatte die „langatmige“ Zigarre abgelöst. Sie war ein Massengenußmittel, jederzeit und jederorts nutzbar. Zigarettenwerbung beherrschte bald das Stadtbild, rückte den Konsument in die Nähe der Boheme, oder die oberen Zehntausend. Vgl. Strohmeier [wie Anm. 31], S. 46.

den moralischen Tabus der Vergangenheit. Frauen sollten jetzt jugendlich, sportlich, motorisiert, berufstätig und gut, will heißen modisch, gekleidet sein. Schlankheit und leicht geschminktes Gesicht gehörten ebenfalls dazu. Einer der meistzitierten Aussprüche in diesem Zusammenhang, stammt von Franz Hessel, dem Flaneur in Berlin und soll hier nicht fehlen: „Um 1910 müssen ein paar besonders gute Jahrgänge gewesen sein. Sie haben Mädchen hervorgebracht mit leichten athletischen Schultern. Sie gehen so hübsch in ihren Kleidern ohne Gewicht, herrlich ist ihre Haut, die von der Schminke nur erleuchtet scheint, erfrischend das Lachen um die gesunden Zähne und die Selbstsicherheit, mit der sie paarweise durch das nachmittägliche Gewühl der Tauentzienstraße und des Kurfürstendamms treiben; nein, treiben ist nicht das richtige Wort. Sie machen ‚crawl‘, wenn die anderen Brustschwimmen machen.“<sup>73</sup>

Implizit zeigt Hessel hier, daß Individualität nicht gefragt war. „Sie“, trieben da als eine undefinierte Masse durch die Tauentzienstraße. Der Idealtypus der Frau wurde in den (Print-) Medien festgelegt und galt für alle Frauen, die sich neu nennen wollten. Besonders zwei Typen fanden in den Modezeitschriften besondere Verbreitung, – das Girl und die Garçonne.<sup>74</sup>

Das Girl war die mit der Vorstellung amerikanischer Fortschrittlichkeit verbundene Verkörperung der „Neuen Frau“. Fortschrittlich auch bezüglich der Gleichberechtigung der Geschlechter. Die Medien wußten zu berichten, daß Arbeitsteilung in Amerika allgemein üblich gewesen sei. Darüber hinaus galt das Girl als sportlich, berufstätig und ungezwungen/ausgelassen. Die Garçonne wurde eher als eine europäische Erscheinung angesehen. Der Name war dem Titel eines französischen Romans, *La Garçonne* entlehnt. Ihr Erscheinen wurde mit dem Krieg in Verbindung gebracht, der sie selbständig gemacht habe. Als Inbegriff emanzipierter Weiblichkeit galt sie als beruflich und sexuell unabhängig und selbständig. Äußerlich wurde sie mit einem vermännlichten Kleidungsstil und Habitus assoziiert. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten besonders lesbische Frauen einen am männlichen Anzug orientierten Stil geprägt.<sup>75</sup> Die Garçonne vereinte demnach besonders viele als männlich aufgefaßte Attribute auf sich.

Gesa Kessemeier hat in Modezeitschriften der 20er (*Vogue*, *Die Dame*, *Elegante Welt*) diese beiden Frauenbilder auf ihre Darstellung untersucht und festgestellt, daß in den Zeitschriften die emanzipatorischen Entwürfe der „Neuen Frau“ deutlich abgeschwächt wurden. Die in diesen Entwürfen enthaltenen Forderungen nach einer Abkehr von traditionellen Ehe- und Familienvorstel-

<sup>73</sup> Hessel [wie Anm. 51], S. 37.

<sup>74</sup> Vgl. Kessemeier [wie Anm. 67], S. 51-64.

<sup>75</sup> Waidenschlager [wie Anm. 45], S. 20-32.

lungen blieben unangetastet. Die Ehe galt für Frauen noch immer als Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung.<sup>76</sup>

Der Begriff der „Neuen Frau“ fand darüber hinaus in zahlreichen Zeitschriften und Magazinen, wie die *Berliner Illustrierten Zeitung*, der *Woche*, dem *Querschnitt*, dem *Uhu* und dem *Scherl's Magazin* Verbreitung. Dabei wurden immer wieder die schon erwähnten Attribute als typisch für die „Neue Frau“ herausgestellt. In der Werbung und in Zeitschriften wurden recht oft motorisierte Frauen dargestellt und damit ein Bild von der dynamischen Frau propagiert. In krassem Widerspruch dazu steht jedoch der geringe Anteil Frauen im Straßenverkehr, oder etwa die Behauptung von einer typisch weiblichen Geschwindigkeitsangst in der Zeitschrift *Frau und Gegenwart*<sup>77</sup>, davon abgesehen konnten sich nur wenige Frauen ein Automobil leisten. Das selbstbewußte Bild, das von Filmschauspielerinnen, Künstlerinnen, Photographinnen oder Revuegirls gezeichnet wurde, immer auch sehr ästhetisch dargestellt, traf letztlich nur auf einen Bruchteil Frauen zu, idealisierte also die „Neue Frau“. Der Alltag der großen Masse der Frauen, hatte in solchen Magazinen keinen Platz, damit erscheinen die Beispiele von selbstbewußten, modernen „Neuen Frauen“ eher als Projektionsflächen, denn als alltägliche Wirklichkeit. Die am Bauhaus orientierte Photographenschule des *Neuen Sehens*, versuchte die allgemein übliche recht starre fotografische Bildordnung aufzulösen und kam so zu einer freieren und innovativeren Darstellung auch der Frau.<sup>78</sup>

Das Girl war der Idealtyp der „Neuen Frau“, auch wegen seines offenen und ausgelassenen Auftretens. Faßt man das Idealbild der „Neuen Frau“ in der Darstellung zusammen, dann entsteht eine schlanke, sportlich-leger gekleidete, leicht geschminkte junge Frau mit kurzen Haaren, die uns selbstbewußt und gutgelaunt entgegenblickt, – sie sieht beinahe so aus, wie sie Franz Hessel beschrieben hat. Sie ist nicht nur an ihrem Äußeren zu erkennen, sondern auch an ihrer innerlichen Gestimmtheit und ihrem Habitus, sie sieht nicht bloß sportlich gekleidet aus, sondern verhält und bewegt sich auch so. Hier scheint sich Dix Postulat, das Äußere gebe das Innere wieder, zu bestätigen. Es ist jedoch äußerst fraglich, ob die Medien der 20er einen Ist-Zustand wiedergegeben haben, vielmehr wirken gerade Angaben einer innerlichen Gestimmtheit als identifikationsfördernde Vorgaben für die breite Leserinnenschaft.

---

<sup>76</sup> Vgl. Kessemeier [wie Anm. 67], S. 82.

<sup>77</sup> Loreck [wie Anm. 33], S. 12-20.

<sup>78</sup> Vgl. ebda., S. 18.

### Die Rolle der Frau im Wandel

Die Situation in der sich Frauen in ihrem gesellschaftlichen Status nach dem Ersten Weltkrieg wiederfanden, war eine gänzlich andere als vorher. Die Bedingungen die der Krieg geschaffen hatte, wirkten sich durchaus positiv für Frauen aus. Die vielleicht wichtigste und zugleich deutlichste Veränderung des Frauenbildes zeigt die Einführung des Frauenwahlrechtes und die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern an. Das zeigt gleichzeitig, daß ein Umdenken nicht erst nach dem Krieg stattgefunden hatte. Vielmehr erlaubt dies die These, daß die – wenn auch erst einmal formale – Gleichstellung der Frau mehr Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen signalisierte und förderte. So waren wichtige Forderungen der Frauenbewegung erfüllt. Mit den neuen Bedingungen hatte sich auch das Frauenbild verändert. Wie aber sah das Leben für Frauen in den 20er Jahren aus?

Während sich Frauen im Kriege an die Erwerbstätigkeit gewöhnen konnten, sahen sich die aus dem Krieg heimkehrenden Männer an ihrem Arbeitsplatz mit einer neuen Konkurrenz konfrontiert. Durch die Demobilmachungsverordnungen 1919 und 1920 wurden Arbeitsplätze für die Heimkehrer freigegeben, indem verheiratete Frauen, deren Männer ein festes Einkommen hatten und alleinstehende Frauen, die in ihrer Familie lebten oder nur ein bis zwei Personen zu versorgen hatten, gezwungen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Durch den Krieg gab es jedoch mehr Frauen als Männer in der Bevölkerung. Während der Anteil der beschäftigten Frauen z.B. in der Landwirtschaft sank, stieg er jedoch bei den Angestellten und Beamtinnen an.<sup>79</sup> Rasch zeigten sich die Berufe, in denen Frauen am häufigsten arbeiteten. Die Sekretärin, die Kontoristin und die Telefonistin waren typische Angestelltenberufe. Für die Arbeitgeber besonders günstig war dabei, daß dafür lediglich angelernte Kräfte ausreichten. Oft waren das junge, unverheiratete Frauen mit Volksschulbildung, wie bei den meisten Angestellten, also aus den niedrigsten Tarifgruppen. 95% der leitenden Positionen waren weiterhin mit Männern besetzt, die Aufstiegschancen für Frauen waren schlecht. Durchschnittlich verdiente 1929 eine Angestellte 146 Reichsmark brutto, bei angenommenen 175 RM für die Lebenshaltungskosten.<sup>80</sup> Die Arbeit im Großraumbüro, ein Import aus den USA, fand unter Kontrolle männlicher Aufseher statt, die Arbeitszeit betrug 48 Stunden pro Woche.<sup>81</sup> Die wenigen, die mehr verdienten

---

<sup>79</sup> Vgl. Kupschinsky: Die vernünftige Nephertete. Die „Neue Frau“ der 20er Jahre in Berlin, in: Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhart Gillen (Hg.): Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 164-173.

<sup>80</sup> Ebda., S. 166.

<sup>81</sup> Loreck [wie Anm. 33], S. 12-20.

(200-400 RM), etwa Privatsekretärinnen, hatten zum größten Teil eine höhere Schulbildung und kamen aus zumindest ehemals „besseren Kreisen“.

Das zeitgleiche Auftreten der „Neuen Frau“ mit der Angestellten, führte zur Gleichsetzung von beiden in der Öffentlichkeit. Für Arbeitertöchter blieb als Alternative zur Fabrikarbeit meist nur der Beruf der Verkäuferin, der für Frauen aus dem Bürgertum eher einen Abstieg bedeutete. Die Arbeit im Kaufhaus wurde jedoch straff und hierarchisch organisiert, etwa mit der Einführung der Stechuhr. Gleichzeitig stiegen aber die Möglichkeiten für Frauen neue Berufsfelder zu erobern. Journalistinnen, Ärztinnen, Professorinnen zeigten die Öffnung des akademischen Betriebs für Frauen. Sie konnten jetzt auch Abitur machen und studieren. Faktisch standen dem gleichberechtigten Zugang der Frau zur Universität aber gesellschaftliche Ressentiments und die ökonomischen Verhältnisse der meisten Frauen entgegen.<sup>82</sup> Ähnlich verhielt es sich mit der künstlerischen Betätigung von Frauen. Neben den zahlreichen Tänzerinnen und Schauspielerinnen, gab es wenige Malerinnen, Bildhauerinnen, Schriftstellerinnen und Lyrikerinnen, diese wenigen waren um so bekannter, wie Käthe Kollwitz und die Bildhauerin René Sintenis. Der Anteil der Schülerinnen der Künste war während der 20er nie höher als 20%<sup>83</sup>, der größte Teil kam, wie schon vor dem Krieg, aus dem gehobenen Bürgertum, wenige aus dem Mittelstand und keine aus der Arbeiterklasse. Das mag vielleicht begründen, warum Frauen in der Kunst wenig Anerkennung bekamen: Die vorwiegend konservativ geprägte Herkunftsschicht hatte kein Verständnis für künstlerisch freiheitliche Bestrebungen ihrer Töchter.<sup>84</sup>

Der neue Status der Frau als Berufstätige stellte auch Anforderungen an ihre äußere Erscheinung. Attribute wie Gepflegtheit, angenehmes Wesen und Jugendlichkeit waren als Qualifikation gefragt. Das Schminken verlor seine Anrüchigkeit, es wurde vielmehr zu einer Initiation in die Weiblichkeit. Die Kosmetikindustrie war dank Massenproduktion und Entwicklungen in der Chemie dazu in der Lage, auf das neue Bedürfnis zu reagieren. Modezeitschriften wie *Vogue*, *Frau und Gegenwart*, zeigten die dazugehörige Werbung. Die auffallendste Veränderung fand in der Mode statt. Die dunklen Farben der Kriegsjahre mit rationiertem Stoff wichen den wiederkehrenden Farben, die Formen wurden weicher, weiblicher und ab etwa 1922 sogar wieder bodenlang, neu war, daß die Taille für einige Jahre keine Rolle mehr spielte. Ein hemdartiger Schnitt hatte sich durchgesetzt, der erst 1924 immer kürzer wur-

---

<sup>82</sup> Vgl. Strohmeyer [wie Anm. 13], S. 32-51.

<sup>83</sup> Birgit Gattermann: Malweiber. Bildende Künstlerinnen in den zwanziger Jahren, in: Christine von Soden/Maruta Schmidt (Hg.): „Neue Frauen“. Die zwanziger Jahre, Berlin 1988, S. 131-138.

<sup>84</sup> Ebda., S. 133-134.

de und 1927 knapp unter dem Knie stoppte.<sup>85</sup> Dadurch gewannen Schuhe und Strümpfe mehr Aufmerksamkeit, fleischfarbene und kunstseidene Strümpfe, wie Sylvia von Harden sie trug, eroberten den Markt. Schon wenige Jahre später wurden die Kleider wieder länger und als bedeutsamstes Merkmal, die Formen wieder weicher. Auch wenn Mode gerade in Berlin so massenhaft hergestellt wurde, heißt das nicht, daß sie für alle Frauen erschwinglich war. Die großen Modezeitschriften druckten auch Anleitungen zum Selbstschneidern, die dementsprechend elegant waren. Aber auch weniger exklusive Zeitschriften, wie die *Modenwelt*, die auf billigem Notpapier erschien, druckten Anleitungen für Kleider jeden Geldbeutels.<sup>86</sup>

Mit der neuen Rolle der Frau in der Gesellschaft und der Einkehr in das Berufsleben waren Frauen zur Bewährung auf dem Arbeitsmarkt gezwungen. Sie wurden sowohl zu Konkurrentinnen untereinander, als auch des Mannes. Das heißt auch, daß die propagierte Selbständigkeit und das Bestreiten des eigenen Lebensunterhaltes unvermittelt zur Notwendigkeit wurde. Die unsichere wirtschaftliche Lage in der Republik war starken Schwankungen unterworfen, die immer wieder Arbeitslose produzierten, zu denen jetzt auch Frauen gehörten, die zudem durch den Krieg den größten Bevölkerungsteil ausmachten. Der Konkurrenzdruck trieb schnell seltsame bis brutale Blüten, wie die Anzeige eines Institutes für plastische Chirurgie es zeigt:

*„Und wieder nichts...eine andere erhielt die so sehr begehrte gute Position! Trotz großen Könnens war eben Ihre äußere Erscheinung nicht ansprechend genug. Das müssen Sie ändern! Kommen sie zu uns, wir beraten Sie, wir helfen Ihnen!*

*Verjüngung des Gesichts, Beseitigung jeglicher Falten, Ohren-, Lippen- und Nasenfehler, Hebung gesunkener Wangen, Brüsteberichtigung, usw.“<sup>87</sup>*

Auch Marlene Dietrich, wurde gewissermaßen zum Opfer des von ihr selbst dargestellten Frauenbildes, als sie sich schlank hungerte und sich vier Backenzähne ziehen ließ, um ein schlankeres Gesicht zu haben.<sup>88</sup>

Es wird deutlich, daß die gesetzlich gleichberechtigte Stellung der Frau ihr nicht nur Vorteile bot. Folgt man den hier im Text immer wieder aufscheinenden Hinweisen von Prostitution, Mehrfachbelastung und geringem Lohn und im Café auf einen Kavalier wartenden Mädchen, kommt eine wesentlich negativer konnotierte Wirklichkeit zum Vorschein, die entgegen dem Bild von der „Neuen Frau“ Abhängigkeiten andeutet. Das Frauen sich öfters Männer als Unterstützer suchten, wozu auch Vorgesetzte zählten, schlug sich z.B. in Ro-

<sup>85</sup> Waidenschlager [wie Anm. 45], S. 26.

<sup>86</sup> Ebda., S. 12-32.

<sup>87</sup> Abbildung einer Anzeige in: Kupschinsky [wie Anm. 79], S. 170.

<sup>88</sup> Loreck [wie Anm. 33], S. 12-20.



manen nieder. Irmgard Keuns Heldin des Sekretärinnen Romans *Gilgi*, – eine von uns, kommt zu folgender Einsicht:

*„So niedliche Von-unten-nach-oben-Blicke wirken bei Männern über fünfzig fast immer. Ferner ist's gut, an Beschützerinstinkte zu appellieren, im richtigen Augenblick solides Selbstbewußtsein durch kleidsame Hilflosigkeit zu ersetzen. Man muß das alles verstehen. Gilgi versteht es. Auf Arbeitgeber ist man nun mal angewiesen, und ganz ohne Mätzchen ist ihnen nicht beizukommen.“*<sup>89</sup>

Das Apellieren an die Beschützerinstinkte widerspricht dem emanzipatorischen Entwurf der „Neuen Frau“ deutlich. Trotz des Hinweises auf ein solides Selbstbewußtsein, sind die angedeuteten Mätzchen Ausdruck der Anerkennung des Abhängigkeitsverhältnisses vom Vorgesetzten, wenn auch nur, weil es anders nicht geht. Der nur erwähnte Vorgesetzte erscheint hier in stillem Einverständnis mit der Rollenverteilung. Während Gilgi sich noch an diesem Verhältnis reibt, scheint es für den Vorgesetzten reibungslos, – fällt ihm die Schieflage überhaupt auf? In Erich Kästners *Fabian*, geht die Abhängigkeit noch weiter:

*„Es findet sich immer wieder ein Mann, der einer Frau den Weg versperrt und mit dem sie sich langlegen muß, wenn sie über ihn hinweg will. Du wirst dich daran gewöhnen, den Präzedenzfall hast du ja seit gestern hinter dir.“*<sup>90</sup>

Sicher, man kann dies auch als unter dem Vorzeichen einer freieren Sexualität betrachten, oder als eine Ruchlosigkeit der Frau deuten. Dazu müßte man allerdings die deutlichen Anzeichen einer alten Abhängigkeit in neuem Gewand beflissentlich übersehen. Frauen wurden mit der Gleichstellung ohne einen dem entsprechend entwickelten gesellschaftlichen Hintergrund in das neue Verhältnis Frau – Gesellschaft hineingeworfen. In den Zwanzigern waren 75% der 1,03 Millionen Einpersonenhaushalte von Frauen bewohnt, infolge des Krieges lebten etwa 2 Millionen mehr Frauen als Männer in Deutschland und nur etwa 60% der Frauen über 20 Jahren, waren in den Zwanzigern verheiratet.<sup>91</sup> Wie trügerisch die Sicherheit in der Ehe war, zeigte ein 1926 ergangener Aufruf des Reichsarbeitsministers. Aus der Situation der steigenden Arbeitslosigkeit heraus, forderte der Aufruf die Arbeitgeberverbände auf, bei Entlassungen zuerst Doppelverdiener abzustößen. Zwar waren damit nicht explizit verheiratete Frauen gemeint, so aber wurde es anscheinend in der Öffentlichkeit aufgefaßt. Auch Frauen, die noch bei den Eltern lebten, waren davon betroffen.<sup>92</sup>

<sup>89</sup> Kupschinsky [wie Anm. 79], S. 165. Zitiert nach: Irmgard Keuns: *Gilgi – eine von uns*, Bergisch Gladbach 1981, S. 70.

<sup>90</sup> Kupschinsky [wie Anm. 79], S. 166. Zitiert nach: Rudolf W. Leonhardt (Hg.): *Kästner für Erwachsene*, Gütersloh (o. J.).

<sup>91</sup> Kupschinsky [wie Anm. 79], S. 172.

<sup>92</sup> Vgl. ebda. S. 172.

Daß es mit der Gleichberechtigung de facto schlecht bestellt war, zeigt Katharina von Kardorff detailliert auf. In der Ehe stand dem Mann die „Bestimmung der ehelichen Angelegenheiten“ zu; im Scheidungsfall hatte der Mann auch im Falle seiner Schuldigkeit das Sorgerecht für die Kinder. Auch die wiederverheiratete Witwe verlor „die elterliche Gewalt“ über ihre Kinder aus erster Ehe, nicht jedoch der Witwer. Darüber hinaus war Ehefrauen ohne Einwilligung ihres Mannes das Abschließen von Geschäften, Notariatsakten, Bestimmung ihres Wohnsitzes, Annehmen einer Vormundschaft und das Bekleiden eines öffentlichen Amtes verboten.<sup>93</sup> Die Ausführungen von Katharina von Kardorff machen greifbar, daß auf gesetzlicher Ebene die Gleichberechtigung unvollständig, und damit die weiterführende Abhängigkeit der Frau in der Ehe gesetzlich legitimiert war.

Aufgefordert, eine Bilanz der Frauenbewegung zu ziehen, kommt Gertrud Bäumer 1932 zu dem Schluß, daß eine Bilanz noch nicht zu ziehen ist, da eine jahrtausendealte Entwicklung nicht in ein paar Jahrzehnten aufgehoben werden kann und, daß die Frau noch in einer Kraftprobe mit dem Mann stehe, die sich sicher noch das ganze 20. Jh. fortsetze. Zudem bemerkt sie kritisch die Haltung bei den jungen Frauen an, die Frauenbewegung sei eine abgeschlossene Erscheinung des 19. Jhds.<sup>94</sup>

## Ausblick

Zurückkehrend zum Anfang dieser Reise durch die 20er Jahre, läßt sich Sylvia von Harden jetzt zwar nicht als Repräsentantin einer Epoche fassen, wohl aber als repräsentativ für die kulturelle Blüte des Berlins der 20er Jahre. Sie zeigt sich uns als Garçonne, zumindest in diesem Modestil; inwieweit sie sich mit dem emanzipatorischen Konzept der „Neuen Frau“ identifizierte, ist nicht deutlich geworden, wohl aber ihr Anspruch, emanzipiert zu sein. Was das Portrait eindringlich darstellt ist die veränderte Rolle der Frau in einem demokratisierten und industrialisierten Deutschland – das Monokel z.B., spottet nicht allein der Auffassung von männlicher Autorität, sondern auch der aristokratischen Herrlichkeit. Die Zwiespältigkeit der „Neuen Frau“ zwischen Mode und Weiblichkeitskonzept, ist zudem klar zu Tage getreten.

Nach dem Einblick in die kulturelle Landschaft, in der sich das Bild von der „Neuen Frau“ entwickelte, läßt sich jetzt ein, wenn auch lückenhafter, Ausblick auf die Wirklichkeit dieses Weiblichkeitskonzepts wagen. Schließlich war dies das erklärte Hauptanliegen dieser Arbeit; herauszufinden, was unter

---

<sup>93</sup> Katharina von Kardorff: Die Frau im modernen Staat, in: Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 525-535.

<sup>94</sup> Gertrud Bäumer u.a.: Bilanz der Frauenbewegung, in: Die literarische Welt, 8. Jg., Nr. 10, 1932, S. 3-4.

„Neuen Frauen“ zu verstehen sei. Auf die im Einblick dargestellten Veränderungen und aufgesuchten Orte soll nicht mehr näher eingegangen werden. Kurz zusammengefaßt, läßt sich sagen, daß die Weimarer Republik durch heftige kulturelle Umbrüche gegenüber dem deutschen Kaiserreich gekennzeichnet ist. Viele neue Fragen sind noch ungeklärt, viele von Anfang an wichtige Aspekte wurden in der Gewißheit ausgelassen, daß sie von den anderen beteiligten Seminarteilnehmern behandelt werden.

Es hat sich gezeigt, daß der Erste Weltkrieg maßgeblichen Einfluß auf die Ankunft der Frau im Erwerbsleben hatte. Aus purer Not in den Arbeitsprozeß hereingenommen, hatten Frauen dort erstmals die Gelegenheit, ihre Gleichwertigkeit unter Beweis zu stellen. Die damit geschaffene Tatsache, die am Ende des Krieges wenig Anstoß in der Gesellschaft der Deutschen erregt zu haben scheint (um diesen Punkt zu klären, wäre ein genauerer Blick auf die Wahrnehmung der Deutschen von Frauen im Arbeitsprozeß der Kriegswirtschaft notwendig), hat der Etablierung der Frau in der Erwerbswelt die Weichen gestellt. Die Wirtschaft hat davon auf vielfältige Weise profitiert, sie kann als eigentliche Gewinnerin an der gesetzlichen Gleichstellung der Frau gelten. Sie hatte jetzt nicht nur weit mehr Arbeitskräfte zur Verfügung, die sich nahtlos in die Hierarchie der Arbeitsorganisation eingliedern ließen, sie hatte auch eine große Gruppe an Konsumenten und einen riesigen neuen Absatzmarkt für eine ganze Palette an neuen Produkten hinzugewonnen. Das sich die immer mehr entwickelnde Werbung besonders der Frauen annahm, erscheint auf folgendem Hintergrund nicht verwunderlich: 1932 schätzte die Werbewirtschaft, daß Frauen 85% aller Waren kauften.<sup>95</sup>

Die Zwiespältigkeit des Weiblichkeitskonzepts der „Neuen Frau“, wurde, wie sich schon anfangs andeutete, bestätigt. Nur eine Minderheit in der Berliner Gesellschaft verband mit dem Begriff den aus der Frauenbewegung stammenden emanzipatorischen Entwurf. Zwar trug auch das anerkannte – gleichsam populäre Konzept, emanzipatorische Züge, jedoch nur rudimentär. Das populäre Konzept folgte mehr einer neuen Gegebenheit – der vollständigen Ankunft der Frau im Erwerbsleben aufgrund der Situation im Krieg, denn dem Gleichberechtigungsgedanke. Der erscheint mit der formalen gesetzlich verankerten Gleichberechtigung als lediglich festgestellt, ohne eigene gesellschaftlich anerkannte Wirklichkeit oder Interesse an einer Entwicklung zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung. Das zeigt auch die von Gertrud Bäumer so empfundene Haltung unter jungen Frauen, die Frauenbewegung sei eine abgeschlossene Angelegenheit des 19. Jhds., also unnötig geworden.<sup>96</sup> Die

---

<sup>95</sup> Loreck [wie Anm. 33], S. 12-20.

<sup>96</sup> Hier gibt es eine interessante Parallele: Alice Schwarzer hatte im Jahr 2001 in der Johannes B. Kerner Show ihrer Streitgesprächspartnerin Verona Feldbusch gegenüber einen ähnlichen

Gleichsetzung von jungen Frauen mit „Neuen Frauen“ und einem Modestil in der Öffentlichkeit, untermauert diese Oberflächlichkeit zusätzlich. Das modische Bild der „Neuen Frau“ favorisierte die weichere, weiblichere und damit bequemere Spielart – das Girl. Wenig provokant, dafür keck und sich an den ihm zugewiesenen Platz haltend, war das Girl ein der männlich geprägten Gesellschaft wesentlich angenehmeres Konzept; es forderte keine „Lebensumformerei“, wie die Forderungen der Frauenbewegung wohl nicht selten aufgefaßt wurden. Das Selbstbewußtsein des Girls war eines der Präsentation, seine Anerkennung bekam es über eine attraktive Äußerlichkeit in Habitus und Kleidung. Zugleich ist die „Neue Frau“ das frühe Beispiel eines in den Massenmedien verbreiteten indentifikationsstiftenden Vorbildes für die Masse, in Person von Marlene Dietrich ein Idol, mit all seinen Vor- und Nachteilen. Die „Neue Frau“ war also ein modisches Konstrukt, oder wie Hanne Loreck es nannte, ein Kunstprodukt.

## Quellen und Literatur

### Quellen

*Hessel, Franz: Ein Flaneur in Berlin, Berlin 1984. Neuausgabe von: Spazieren in Berlin, Berlin 1929.*

*Kardorff, Katharina von: Die Frau im modernen Staat, in: Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928, 2. Aufl., Berlin 1928, S. 525-535.*

*Harden, Sylvia von: Erinnerungen an Otto Dix, in: Frankfurter Rundschau vom 25. 3. 1959.*

### Literatur

*Bäumer, Gertrud u.a.: Bilanz der Frauenbewegung, in: Die literarische Welt, 8. Jg. 1932, Nr. 10, S. 3-4.*

*Gattermann, Birgit: Malweiber. Bildende Künstlerinnen in den zwanziger Jahren, in: Christine von Soden/Maruta Schmidt (Hg.): „Neue Frauen“. Die zwanziger Jahre, Berlin 1988, S. 131-138.*

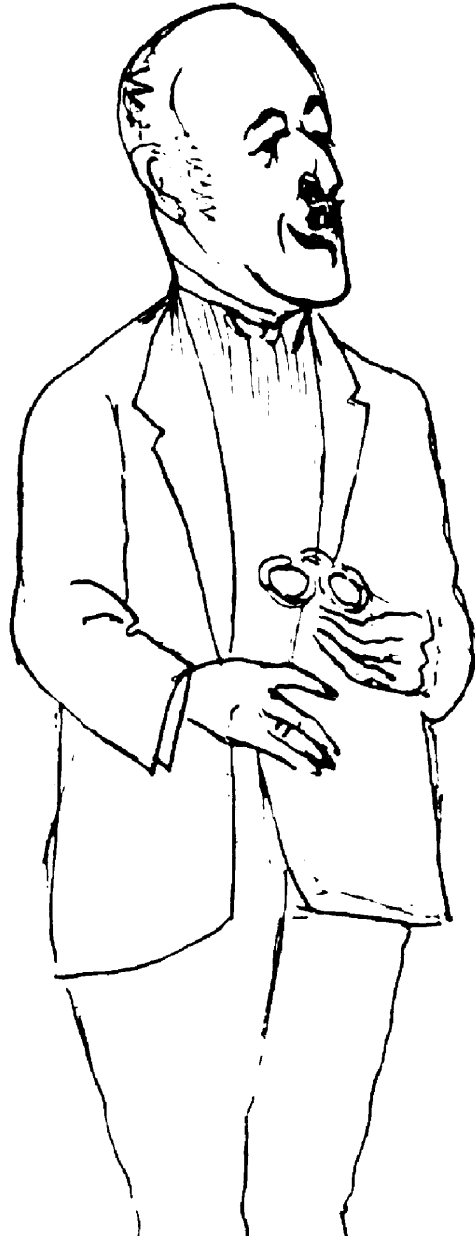
*Götz, Bettina: Die Frau im Café. Zu einem Topos der Neuen Sachlichkeit, in: Christian Fuhrmeister: Der stärkste Ausdruck unserer Tage. Ausstellungskatalog der Ausstellung „Neue Sachlichkeit in Hannover“, Sprengel Museum 2001/2002.*

*Karcher, Eva: Otto Dix. Bindlach 1992.*

---

Standpunkt vertreten. Demnach wird heute von jungen Frauen die Gleichberechtigungsfrage ebenfalls als überflüssig angesehen, da die Gleichberechtigung schon erreicht sei.

- Kessemeier, Gesa:** *Sportlich, sachlich, männlich. Das Bild der „Neuen Frau“ in den zwanziger Jahren. Zur Konstruktion geschlechtsspezifischer Körperbilder in der Mode der Jahre 1920-1929*, Dortmund 2000, S. 18-82.
- Kocka, Jürgen:** *Klassengesellschaft im Krieg*, in: *Deutsche Sozialgeschichte 1916-1918*, (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 8), Göttingen 1973.
- Kupschinsky, Elke:** *Die vernünftige Nephertete. Die „Neue Frau“ der 20er Jahre in Berlin*, in: Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhart Gillen (Hg.): *Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert*, München 1986, S. 164-173.
- Laqueur, Walter:** *Weimar. Die Kultur der Republik*, Frankfurt a.M., Berlin 1976.
- Löffler, Fritz:** *Otto Dix. Leben und Werk*, Dresden 1979.
- Loreck, Hanne:** *Das Kunstprodukt „Neue Frau“ in den Zwanziger Jahren*, in: *Mode der 20er Jahre. Bestandskatalog des Berlin Museums, bearbeitet von Christine Waidenschlager u. Christa Gustavus*, Tübingen, Berlin 1993, S. 12-20.
- Peters, Günter:** *Kleine Berliner Baugeschichte. Von der Stadtgründung bis zur Bundeshauptstadt*, Berlin 1995.
- Raade, Paul:** *Die Autoren und Bücher des Literatur Expressionismus*, Stuttgart 1992, S. 189-190.
- Radkau, Joachim:** *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler*, München, Wien, 1998.
- Reulecke, Jürgen:** *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (Neue historische Bibliothek/Edition Suhrkamp)*, Frankfurt a.M. 1985.
- Rheinsberg, Anna:** *Wie bunt entfaltet sich mein Anderssein. Lyrikerinnen der zwanziger Jahre. Gedichte und Portraits*, Mannheim 1993, S. 46-56.
- Schebera, Jürgen:** *Damals im Romanischen Café*, Braunschweig 1988.
- Strohmeyer, Klaus:** *Rhythmus der Großstadt*, in: Jochen Boberg/Tilman Fichter/Eckhart Gillen (Hg.): *Die Metropole. Industriekultur in Berlin im 20. Jahrhundert*, München 1986, S. 32-51.
- Waidenschlager, Christine:** *Berliner Mode der zwanziger Jahre zwischen Couture und Konfektion*, in: *Mode der 20er Jahre. Bestandskatalog des Berlin Museums, bearbeitet von Christine Waidenschlager u. Christa Gustavus*, Tübingen, Berlin 1993, S. 12-32.
- Will, Renate:** *Lexikon deutschsprachiger Schriftstellerinnen im Exil 1933-1945, Bd. I*, Freiburg i. B. 1995.



*Alfred Kerr gezeichnet von Rudolf Grossmann*

SVEN KAMIN

## **Contra Rückwärtseriei und Ichpfeifdraufismus**

### **Alfred Kerr und das Theater der Weimarer Republik**

#### **Prolog – Republikanisches Theater einer theatralischen Republik?**

Am 6. Februar 1919 trat in Weimar die erste demokratisch gewählte Nationalversammlung Deutschlands zusammen und markierte damit den Auftakt für das parlamentarische Handeln, der nach dem Ort des Zusammentreffens benannten, Weimarer Republik. Friedrich Ebert hoffte, durch diesen Schritt nicht nur, der aufgeheizten Stimmung im rumorenden Berlin zu entgehen, sondern auch, daß es „in der ganzen Welt angenehm empfunden werde, wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen deutschen Reiches verbindet.“<sup>1</sup>

Der Geist von Weimar – das waren in erster Linie auch die hehren Ideale der seit 1857 auf dem Platz vor dem Deutschen Nationaltheater verewigten Goethe und Schiller. Konsequenter schien es da nur, die erste Parlamentssitzung nicht nach prominentem Vorbild von 1848 in einer Kirche stattfinden zu lassen, sondern man wählte sich als Ort der Inszenierung eben jenes Deutsche Nationaltheater. Im Schatten der Kulturheroen glaubte man sich dem Geist von Weimar besonders nahe.

Wenn nun also schon die Institution Theater der neuen Republik den Rahmen gab, lohnt es sich zu fragen, ob nicht umgekehrt auch die Institution Republik einem neuen Theater ebenfalls neue Grundvoraussetzungen schuf, die dessen zukünftige prägen konnten. Mit anderen Worten: Wirkte sich die Realität, der in einem Theater gegründeten Republik so entscheidend auf die Theater aus,

---

<sup>1</sup> Peter Longerich: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 87.

daß man nicht nur von einer ihrer Selbstinszenierung nach „theatralischen“ Republik, sondern auch von einem republikanischen Theater sprechen kann? Antworten sind hier nicht notwendiger Weise bei den zeitgenössischen Theatermachern zu suchen, da sie selbst zu sehr in den Betrieb eingebunden waren, um den Blick für das große Ganze zu haben. Diejenigen, die hier mit mehr Abstand, von der nötigen höheren Warte auf das Theater blickten, waren im wahrsten Sinne des Wortes die Zuschauer. Da jedoch die schriftlichen Zeugnisse der Menschen im Parkett und Sperrsitz, sofern sie überhaupt existieren, nur spärlichst veröffentlicht wurden, sind wir auf die Eindrücke der Theaterzuschauer angewiesen, deren Aufzeichnungen schon von berufswegen Bände füllen – die Theaterkritiker. Ihr Werk eröffnet dem Leser beredt einen kontinuierlichen, zwar ebenfalls bei aller Objektivität subjektiv gefärbten Blick auf die Theaterlandschaft der Weimarer Republik und gibt uns damit die Möglichkeit, über die republikanischen Einflüsse auf die Theater selbst zu urteilen. Besondere Aufmerksamkeit richtet diese Untersuchung auf das Werk Alfred Kerrs, neben Herbert Jhering der Startheaterkritiker der Weimarer Republik, dessen Werk seit 2001 durch die Herausgeber Hermann Haarmann und Günther Rühle einer breiten Öffentlichkeit zugänglich ist<sup>2</sup> und neue Perspektiven auf der Suche nach dem Theater der Weimarer Republik erschließt.

### **„Ein Aufsatz über das Theater: hier ist er, gibt Sachförderliches und spricht die Wahrheit“<sup>3</sup> – Alfred Kerr und sein Werk**

Einen der umfassendsten zeitgenössischen Überblicke über Zustand und Wandel des Theaters in der Weimarer Republik liefert das Oeuvre des Berliner Theaterkritikers Alfred Kerr. Zum einen war er durch seine fast täglichen Theaterbesuche ein intimer Kenner der Szene, und jeder dieser Abende ist in seinen Kritiken dokumentiert. Zum anderen schrieb Kerr in Berlin, wo sich das kreative Potential der Republik bündelte und als wegweisend für den Rest des Reiches erwies. Darüber hinaus emigrierte Kerr 1933 zunächst nach Paris, dann nach London und unterstrich damit den eigenen republikanisch demokratischen Anspruch, der vor allem seinen Kritiken der späten Jahre recht unverhohlen zu entnehmen ist.

Geboren am 25. Dezember 1867 als Alfred Kempner in Breslau, begann Kerr schon während seiner Schulzeit, erste Zeitungsartikel zu verfassen. Nach seinem Schulabschluß am ehrwürdigen Breslauer St. Elisabeth Gymnasium, dem Elisabethan, nahm er das Studium der Germanistik und Philosophie in Bres-

<sup>2</sup> Alfred Kerr: Werke in Einzelbänden, hrsg. von Hermann Haarmann/Günther Rühle, [7 Bände], Berlin 1989-2001.

<sup>3</sup> Kerr [wie Anm. 2], Band III, S. 208.



lau auf, das er ab 1887 in Berlin fortsetzte und 1894 mit der Promotion zum Dr. Phil. abschloß. Bereits ein Jahr zuvor hatte er nach ersten journalistischen Arbeiten für das *Magazin für Literatur* den Beruf des Theaterkritikers ergriffen. 1901 wechselte er zur Berliner Zeitung „Der Tag“, für die er bis zum Sommer 1919 tätig war. Die Heimat für seine Kritiken während der Weimarer Republik fand Kerr, wie er sich seit 1909 auch offiziell nannte, beim linksliberalen *Berliner Tageblatt* von Theodor Wolff, das er erst bei seiner Emigration 1933 wieder verließ.

Was seinen Stil anbelangt hielt sich Kerr zumeist an seinen Wahlspruch

*Dein Ausdrucksziel: das Knappere.*

*Der Inhalt: „Aude sapere!“<sup>4</sup>*

Ohne weitschweifig zu werden, den Kern zu umreißen, galt als seine große Stärke<sup>5</sup>. Daß die Suche nach der Verdichtung der Sprache neben eleganten Stilblüten zuweilen auch „Wortbildungen die einem Leser einen Schauer über den Rücken jagten[...]“<sup>6</sup>, hervorbrachte, scheint unvermeidlich. Als exemplarisch, auch für Kerrs rasante Interpunktion, wird hier kurz der erste Abschnitt von Kerrs „Einleitung zu den gesammelten Schriften“ zitiert, dem der oben genannte Wahlspruch voransteht: *„Ist es Wirklichkeit? Ich sehe zurück auf mein Leben und merke, daß ich Kritiker war. Ich zog aus: festzustellen, was ist; zu greifen, was lockt; zu schaffen, was bleibt. Vorwärtskommend meine Welt vorwärts zu bringen. Wann war das? Gestern.“<sup>7</sup>*

Zur Ausbildung dieser selbstbewußten „Schreibe“ mochte vor allem Kerrs beruflicher Erfolg und die daraus entstandene exponierte Stellung beigetragen haben. Einem Kritiker, dessen Feuilletonchef Hildenbrandt ihm in seinen 1966 erschienenen Memoiren nicht nur eine „unglaubliche Macht [...] durch seine Aufsätze“<sup>8</sup> attestierte, sondern dessen Bereitschaft seinem Chef Hildenbrandt das „Du“ anzubieten, letzteren auch nach dreißig Jahren vor Stolz platzen läßt, wird man ein gesteigertes Selbstwertgefühl nachempfinden können. Ein Charakterzug, den ihm seine Gegner und Kritiker als Arroganz und Überheblichkeit ankreideten. Passagen wie die folgende, die – man muß sich das vorstellen – am Morgen in tausendfacher Auflage durch Berlin zirkulierten, weisen, wertfrei betrachtet, zumindest auf ein starkes Selbstbewußtsein, gepaart mit der Gewissheit über die Gewichtigkeit der Gedanken des Autors, hin: *„(Auf dem Zettel steht: „Raumbühne...: Friedrich Kiesler“. Raumbühne? Eine Un-*

<sup>4</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 310.

<sup>5</sup> Fred Hildenbrandt: ...ich soll dich grüßen von Berlin. Berliner Erinnerungen ganz und gar unpolitisch, München 1966, S. 32.

<sup>6</sup> Ebda.

<sup>7</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 310.

<sup>8</sup> Hildenbrandt [wie Anm. 5], S. 31.

*raumbühne kann ich mir halt schlecht vorstellen. Bühnen ohne Raum sind eigentlich selten.*

*Raumbühne... Saget nicht, ebenso geistig stark, „Zeitmonat“.*

*Saget auch nicht „Mineralstein“. Nicht „Metallkupfer“. Nicht „Schlummerschlaf“. Nicht „Roßpferd“...Nur „Pflanzenkohl“ darf man sagen – weil es noch andren Kohl gibt.)“<sup>9</sup>*

Ein derartiges Gebaren verschaffte Kerr etliche Gegner und Feinde, allen voran sein Kollege vom *Berliner Börsen Courier*, Herbert Jhering, mit dem er sich im „Kampf ums Theater“<sup>10</sup> gewissermaßen jeden Morgen aufs neue heftige „Schlachten“ lieferte. Hierbei nutzten beide vor allem ihre Theaterkritiken als Plattform, um dem jeweils anderen das Leben schwer zu machen. Einen Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung im Streit um Brechts „Zeittheater“, in dem Kerr Brechts Theater kategorisch ablehnte und damit Jhering, der Brecht verehrte, zur Weißglut trieb. Dies gilt es zu bedenken, wenn wir mit Kerrs Meinung zu Brecht konfrontiert werden.

Bevor jedoch Kerr selbst zu Wort kommt, ist es nötig, die entscheidenden Veränderungen zu Beginn der Weimarer Republik zu skizzieren, die den Theaterbetrieb der folgenden 14 Jahre prägen sollten.

### Neues Spiel, neues Glück?

*„1. Die künftige Literaturepoche wird glühend und chaotisch sein – als Nachwirkung des glühenden und chaotischen Kriegs.*

*Die künftige Literaturepoche wird banal sein – im Verkünden der Lehre: „Man soll nicht zwölf Millionen Menschen schlachten!“ Die von der Welt in diesem Krieg bewiesene Dummheit zwingt den künftigen Schriftsteller, Dinge von solcher Banalität als Entdeckung zu äußern.*

*Die künftige d e u t s c h e Literaturepoche wird für den Fall, daß die Gegner uns einen schändlichen, brutalen und unmöglichen Frieden aufzwingen, mit Recht rebellisch sein, rastlos aufwiegeln und novarum rerum cupida – bis dieser Friede so beseitigt ist wie der Friede von Brest.“<sup>11</sup>*

Alfred Kerr hatte also große Erwartungen an eine neue deutsche Literaturepoche und mit ihr nach seinem Verständnis auch und gerade an das deutsche Theater, welches sich im Frühjahr 1919 erst zaghaft zu profilieren begann. Die Hoffnung auf eine literarische Erneuerung schöpfte Kerr aus der für Deutschland traumatischen Kriegserfahrung, die sich zweifellos auf alle Bereiche des Lebens auswirken würde. In der Tat hatte sich die deutsche Theaterlandschaft

<sup>9</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 209f.

<sup>10</sup> Herbert Jherings: *Der Kampf ums Theater und andere Streitschriften 1918 - 1933*, Berlin 1974.

<sup>11</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 1, S. 776f.

zu Beginn der Spielzeit 1918/19 quasi über Nacht grundlegend gewandelt. Während sich die Häuser in der Sommerpause auf die neue Saison vorbereitet hatten, waren, bedingt durch die Kriegsniederlage und die daraus resultierende Revolution, die bisher tragenden Betriebsstrukturen zusammengebrochen.

Bis 1918 ruhte der Unterhalt der allermeisten deutschen Theater vor allem auf den Schultern der jeweiligen Landesherren, die sich aus Gründen des Prestiges und der Freizeitgestaltung den Luxus eines Hoftheaters leisteten. Es gab zwar schon einige Stadt- oder Kommunaltheater, welche aber deutlich in der Minderheit waren. Die Bismarcksche Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 begünstigte diese Verteilungstendenz, indem sie die Kulturkompetenzen, wie Bildung, Orchesterwesen und Theater den Ländern zusprach. Auf diese Weise kam es zu keiner Zentralisierung aller wichtigen Theater in der Hauptstadt Berlin, sondern es konnte sich ein gleichmäßig über das ganze Reichsgebiet verteiltes Netz von Spielstätten herausbilden, das in dieser Struktur in Europa lediglich in Italien seinesgleichen fand.<sup>12</sup>

Die Spielstätten profitierten allerdings nicht nur vom Dezentralisierungsaspekt der Verfassung, sondern, paradoxer Weise, auch von der Reichseinigung als solcher. Durch die nun gebündelte wirtschaftliche Kraft des deutschen Reiches, nicht zuletzt durch die von Frankreich zu zahlenden Kriegsschädigungen, florierte die deutsche Wirtschaft und die Industrielle Revolution lief auf vollen Touren. Die Gewinne aus dieser Hochkonjunktur flossen ganz im Sinne von Brot und Spielen auch in den kulturellen Bereich, wie zum Beispiel den Bau neuer Opernhäuser und Theater. So entstanden von den 67 großen Theaterhäusern der Weimarer Republik mehr als zwei Drittel während des Kaiserreiches.<sup>13</sup>

Auch die technischen Möglichkeiten verbesserten sich im Zuge des industriellen Fortschritts rasant. Bühnenkonstruktionen aus Stahl sowie elektrische Beleuchtung revolutionierten die Bühnentechnik. Es waren in erster Linie die Protagonisten der Industriellen Revolution, wie Wirtschaftskapitäne, Wissenschaftler und Banker, die aus einem persönlichen Interesse für Schauspiel und Oper auf die Einführung des neuen Bühnenequipments drängten. Auch durch diesen Einfluß des Bürgertums auf das immer noch konservativ monarchistisch geprägte Theater galt das deutsche Theater zu dieser Zeit als das beste der Welt.

Naturgemäß hatten die jeweiligen Landesregierungen ein waches Auge auf die zur Aufführung kommenden Stoffe und unterzogen die Texte einer rigi-

---

<sup>12</sup> John Willett: *The Theatre of the Weimar Republic*. New York/London 1988. S. 8.

<sup>13</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 9.

den Zensur.<sup>14</sup> „Die Eingriffe bezogen sich in Norddeutschland mehr auf das erotische und dynastische, in Süddeutschland auf das religiös-kirchliche Gebiet. Die Zensurstriche waren ein getreues Abbild der herrschenden Machtverhältnisse. In Österreich durfte man allenfalls über die Habsburger, aber selten über den Klerus und niemals über die K.K. Bürokratie theatralische Witze machen.“<sup>15</sup> Auch gesellschaftskritische Stücke wie Hauptmanns *Die Weber*, bereits Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden jedoch erst 1893 uraufgeführt, fielen lange der Zensur anheim. Durch die Anwendung dieses regulativen Mittels wirkten die jeweils zuständigen höfischen Zensurbeamten aktiv auf die Spielpläne und deren dramaturgische Umsetzung ein.

Die Theatermacher hatten es folglich im Kaiserreich mit einem System zu tun, das sie auf der einen Seite protegierte und eine gewisse finanzielle Sorgenfreiheit mit sich brachte, dafür aber auf der anderen Seite weitreichende Einflußnahme auf den künstlerischen Betrieb einforderte. Durch die Ereignisse im Oktober/November 1918, die auch zur Abdankung sämtlicher Landesfürsten führte, änderte sich jedoch die Grundlage des organisatorischen Theaterbetriebes radikal.

Vor dem Hintergrund einschneidender Strukturveränderungen scheint Kerrs Hoffnung auf einen Wandel in der Theaterszene durchaus begründet: „Die Hoftheater [...] wurden Repräsentationstheater, die nichts mehr hatten, was sie repräsentieren konnten.“<sup>16</sup>, schrieb Herbert Jhering bereits am 19.11.1918 im „Berliner Börsen Courier“, wenngleich diese Analyse der Sackgasse, in der sich die Hoftheater jetzt befanden, nur auf den ideologischen Aspekt abzielte. Weit konkretere Maßnahmen wurden allerdings schon im November 1918 auf den Weg gebracht. So erfahren wir am 16. November durch Jhering vom Ende der Zensur<sup>17</sup> und am 19. November von der bereits erfolgten Umbenennung des Münchener Hoftheaters und des Residenztheaters in „Nationaltheater, Großes und Kleines Haus“<sup>18</sup>. Während die Aufhebung der Zensur noch recht einfach umzusetzen war, und Jhering lediglich dazu aufforderte, „nicht jede Zote auf uns loszulassen“<sup>19</sup>, erforderte die Umstrukturierung der Trägerschaft der quasi herrenlos gewordenen Theater schon größere Anstrengungen.

<sup>14</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 13.

<sup>15</sup> Herbert Jhering: Von Reinhardt bis Brecht. Vier Jahrzehnte Theater und Film, 3 Bde., Berlin 1961, Bd. 1, S. 86.

<sup>16</sup> Ebda., S.88.

<sup>17</sup> Ebda., Jhering bezieht sich hier auf den offiziellen Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November, der durch das am 4. März 1919 in Kraft tretende Übergangsgesetz als rechtsverbindlich erklärt wurde, bevor er in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 endgültig verankert wurde.

<sup>18</sup> Ebda., S.,88.

<sup>19</sup> Ebda., S. 86.

Bevor nämlich die Reichsverfassung neben dem Zensurverbot im Gegensatz zum Kaiserreich auch eine Reichszuständigkeit für das Theater- und Lichtspielwesen festlegte (Art. 7, 20 WRV), waren die „verwaisten“ Hoftheater bereits von den entsprechenden Landesregierungen, teilweise unter finanziellen Beteiligung der jeweiligen Städte übernommen worden<sup>20</sup> – ein Gedankenmodell im übrigen, das schon im Juni 1918 im Reichstag diskutiert worden war, allerdings durch die schleppenden Verhandlungen mit den monarchischen Eigentümern nicht mehr zur Abstimmung kam.<sup>21</sup> Der hierin angelegte Verfassungskonflikt zwischen Reich und Ländern sollte jedoch nie zum Ausbruch kommen, da keine Reichsregierung ein geplantes „Reichsbühnengesetz“ zur Verabschiedung bringen konnte.<sup>22</sup> So unterstanden auch in der Weimarer Republik die staatlichen Theater in kaiserlicher Tradition den Ländern, während das Reich auf eine Einmischung verzichtete.

Ebenfalls in direkter Linie zum Kaiserreich stand die innere Organisation der republikanischen Theater. Die Institution eines geschäftsführenden Intendanten, der sich auf einen internen Verwaltungsapparat stützte und in allen künstlerischen wie administrativen Belangen die Zügel in der Hand hielt, hatte sich in der Praxis bewährt. Ein Unterschied bestand einzig in der Tatsache, daß nun nicht mehr ein vermeintlich kunstverständiger Monarch in den Wirkungskreis des Intendanten eingriff, sondern dass sich der Theaterleiter fortan mit den Wünschen und Forderungen des neuen Trägers, also in den meisten Fällen mit den Beauftragten eines Stadtrates, auseinanderzusetzen hatte.

Man kann dennoch sagen, daß die Theater durch die Umstrukturierung ein großes Maß an künstlerischer Freiheit gewonnen hatten, die allerdings in weiten Teilen von zwiespältiger Natur war. Zwar schienen die Theater durch ständig steigende Subventionen von Ländern und Kommunen finanziell abgesichert zu sein: Die staatlichen Ausgaben für die Spielstätten stiegen von 16 Mio. Mark – jeweils zur Hälfte von Ländern und Kommunen – in der Saison 1913/1914, denn schon die Hoftheater waren ohne diese Finanzspritzen nicht finanzierbar gewesen, auf rund 95 Mio. Reichsmark für die Spielzeit 1929/1930 – 30,5 Mio. Länder/64 Mio. Kommunen.<sup>23</sup> Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß zum Beispiel der Einsatz immer modernerer Bühnentechnik immer größere Summen verschlang, und die allermeisten Häuser trotz der steigenden Subventionen ständig am Rande der Pleite manövrierten.

---

<sup>20</sup> Kurt G.A. Jeserich (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte. Band 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985., S. 380f.

<sup>21</sup> Ebda., S. 380.

<sup>22</sup> Jeserich [wie Anm. 20], S. 378.

<sup>23</sup> Ebda., S. 381.

Dies änderte den Charakter der Theater grundlegend. Sie mußten sich, um überleben zu können, zwangsläufig zu professionell geführten Kulturunternehmen entwickeln, die sich an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu orientieren hatten. Das bedeutete, daß diese neuen Wirtschaftsbetriebe ihre Ware, das Schauspiel, möglichst erfolgreich verkaufen mußten. Der Intendant hatte fortan bei der Auswahl der Stücke und Art der Inszenierung darauf zu achten, ob sie für ein breites Publikum attraktiv waren. Wenigstens aber mußte er dafür sorgen, dass ein paar Kassenschlager auf dem Spielplan standen, um die vielleicht mutigeren, dadurch allerdings oft erfolglosen, Produktionen finanziell auszugleichen. Die neue künstlerische Freiheit hatte sich also in vielen Fällen den Konzessionen an den Massengeschmack zu beugen.

Das Theater als Kulturinstitution wurde somit, anders als beispielsweise die Malerei, die von wenigen Mäzenen getragen werden konnte, durch wirtschaftliche Notwendigkeit fest mit breiten gesellschaftlichen Kreisen verknüpft. Die großen Linien der gesellschaftlichen Entwicklung sollten sich von jetzt an in der künstlerischen Ausrichtung der Theater widerspiegeln.

**„Indes geht das Bühnenleben weiter. Jenes Chaos wäre doppelt chaotisch, wenn es nicht weiterginge“<sup>24</sup>**

Eine der ersten Berliner Inszenierungen nach dem 9. November war Frank Wedekinds *Musik* im Theater an der Königgräzer Straße. Neben dem an dieser Stelle unerheblichen Inhalt war es in besonderem Maße die Form einer szenischen Moritat, die sich dieses Anlasses als durchaus würdig erwies. Kerr, der wie auch Herbert Jhering, beigewohnt hatte, bemühte sich am nächsten Tag nicht ausschließlich um eine qualitative Wertung, sondern in erster Linie um die Einbettung der Aufführung in den historischen Kontext: *„Das Bühnenleben geht weiter. Der muspilli oder Weltbrand [...] nähert sich dem Beginn des Schwefelgelben oder Graufahlen [...]. Aber die Helle wird kommen [...]. Was jetzt an Kunst, unbeirrt vom Zickzack der Sterne, ungeschreckt vom Übergangsdunkel, unverjagt von Feind und Seuchen, vor dem neuen lichten Mittag sich durchsetzt und aufrichtig durchhält: Das ist auf die Ehrenblätter Deutschlands zu schreiben.“*<sup>25</sup> Kerr streut im Weiteren einige routinierte Bemerkungen zum Ensemble, um dann hymnisch zu enden: *„...Das alles zusammen wirkte mitreißend. Und ein Ruf gilt noch im zeitweiligen Erdenelend ‚Ich grüße die Kunst!‘ Sie steht in Deutschland nach vier schwarzen Wintern hoch wie am ersten Tag.“*<sup>26</sup>

Allen Widrigkeiten der Umwälzung zum Trotz war es den Theatern gelungen, von Anfang an einen geregelten Spielbetrieb aufzunehmen – ein Zeichen

<sup>24</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 1, S. 769.

<sup>25</sup> Ebda.

<sup>26</sup> Ebda.

dafür, daß die innere Organisation von der Umstrukturierung an der Spitze der Häuser quasi unberührt geblieben war. Diese offenkundige Kontinuität war wohl dem rasch wieder erstarkenden Interesse der Deutschen an ihrem Theater zuzuschreiben, schien es doch inmitten einer in Trümmer gefallenen und sich immer weiter umwälzenden Welt eine der wenigen nahezu unerschütterlichen Konstanten des Lebens zu sein.

Während das Maschinengewehrfeuer des Spartakusaufstandes noch durch die Berliner Straßen tönte, spielte die Schaubühne wahrhaft „ungeschreckt“ vom Übergangsdunkel Schillers *Wilhelm Tell*. Und das imponierte nicht nur den Deutschen. Huntly Carter, einer der bedeutendsten britischen Theaterkenner jener Tage, zeigte sich beeindruckt von der vitalen Experimentierfreudigkeit der deutschen Theater in bezug auf neue Stile und Bühnentechnik. Für Carter war diese Dynamik nur die logische Folge der damaligen Umstände: *„Looking at England and France we saw two countries making merry over victory, and leaving their spiritual institutions, including the theatre, to look after themselves. In Germany we saw a vanquished nation, stricken to the heart, using the theatre as a powerful instrument of refinement, and an unerring guide to the way out of the terrible chaos.“*<sup>27</sup>

Um diese Funktion einer national sinnstiftenden Institution erfüllen zu können, konnte es allerdings nicht genügen, sich lediglich an den Klassikern, wie *Faust* und *Wilhelm Tell*, festzuhalten. Wie bei Carter und bei Kerr, in dessen Forderung nach einer neuen Literatur schon angeklungen war, war ein kreativer Fortschritt und eine Abkehr vom Althergebrachten vonnöten. Die neue Kunst- und Literaturepoche, die nun antrat, um diese sich auftuende Lücke zu schließen, kam jedoch keineswegs aus dem Nichts.

Schon kurz vor Beginn des Weltkriegs war eine neue Generation von Schriftstellern auf den Plan getreten, die sich auf der Suche nach dem Wesen des Menschen von den Erklärungsmustern des Naturalismus und des Impressionismus abgewendet hatten. Nicht mehr der Versuch, den Menschen durch seine Umgebung, wie im Naturalismus, oder durch seine Komplexe, wie im Impressionismus oder bei Freud, zu deuten, stand im Vordergrund dieser neuen literarischen Epoche, die bald unter dem Begriff Expressionismus oder „O Mensch Dichtung“, aufgrund des häufigen Vorkommens dieser Wendung in den Schriften der Autoren, zusammengefaßt werden sollte. Das Innere des Menschen, seine Gefühle, seine Seele herauszuarbeiten, war das vordringliche Ziel von Schriftstellern wie Franz Werfel, Georg Kaiser, Johannes R. Becher und Walter Hasenclever. Zu diesem Zweck bediente man sich einer eruptiven, glühenden Sprache, die oft in Form von ausgestoßenen Satzketten eine Art reines, nacktes Gedankenstenogramm, ähnlich dem *„stream of consciousness“*,

---

<sup>27</sup> Zit nach: Willett [wie Anm. 12], S. 53.

liefern sollte. Greifbar wird diese Entwicklung beim neuerlichen Einsatz von Monologen, die im Naturalismus als unnatürliche menschliche Ausdrucksform verpönt waren und nun wieder Einzug in das expressionistische Drama hielten.

Da sich derartige Konzepte nicht mehr mit den traditionellen Vorstellungen von Literatursprache vereinbaren ließen, nahmen die Autoren den Zerfall der Sprache sowie der äußeren Form gerne in Kauf. Literarisch ursprünglich in der Lyrik verwurzelt, erweiterte sich der Einflußbereich des Expressionismus recht schnell auch auf die Dramenliteratur, da sich hier menschliche Regungen besonders gut zeigen ließen.

Bis zum Ende des Kaiserreiches fristete diese radikal neue kulturelle Richtung ein Nischendasein, obschon zum Beispiel Hasenclevers *Der Sohn* bereits 1916 in Prag uraufgeführt wurde. Erst die Niederlage des Deutschen Reiches ebnete den Weg für eine breite Rezeption des Expressionismus. Erst jetzt wurden Stimmen wie Kerrs Forderungen einer glühenden Literatur laut, die den millionenfachen Tod auf den Schlachtfeldern verurteilen und sich gegen die politischen Folgen des Krieges zur Wehr setzen sollte.

Daß Kerr damit nicht allzu weit von den Positionen der Expressionisten abwich, zeigt das Vorwort Kurt Pinthus', das dieser seiner aufsehenerregenden Gedichtsammlung „Menschheitsdämmerung – Ein Dokument des Expressionismus“ aus dem Jahre 1919 voranstellte: „[Es] soll dennoch ein Gemeinsames die Dichter dieser Symphonie einigen. Diese Gemeinsamkeit ist die Intensität und der Radikalismus des Gefühls, der Gesinnung, des Ausdrucks, der Form; Und diese Intensität, dieser Radikalismus zwingt die Dichter wiederum zum Kampf gegen die Menschheit der zu Ende gehenden Epoche und zur sehnsüchtigen Vorbereitung und Forderung neuer, besserer Menschheit.“<sup>28</sup>

Auf den ersten Blick stimmt dieses Manifest also fast vollständig mit Kerrs Vorstellung überein. Doch wie stand es mit der politischen Anteilnahme? In der Tat verbirgt sich hier der große Unterschied. Die politische Parteinahme des Expressionismus beschränkte sich nämlich lediglich auf eine grundsätzlich pazifistische Haltung. Diese ging Hand in Hand mit der Hoffnung auf eine generelle Freundschaft und Solidarität der Menschen untereinander. Folgerichtig wandten sich die Autoren ebenfalls gegen die überholten Autoritäten, die man für das Inferno des Weltkriegs verantwortlich machte. Es wäre trotz eines gewissen Sendungsbewußtseins der Dichter übertrieben, von einer politischen Bewegung zu sprechen, eher handelte es sich um eine bewußt unpolitische Rückbesinnung auf das Individuum.

---

<sup>28</sup> Kurt Pinthus (Hg.): *Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus* (Rowohlts Klassiker der Literatur und der Wissenschaft. Deutsche Literatur; 4), neu herausgegeben von Kurt Pinthus, Berlin 1955, S. 23.



Dieses Konzept eines individuellen Pazifismus schien nun mit zunehmender „Verpolitisierung“ des Alltags während des Krieges und der chaotischen „Geburtswehen“ der Weimarer Republik auf breite Resonanz zu stoßen. Beispielsweise kam das Antikriegsdrama *Seeschlacht* von Reinhard Goering bereits im Februar 1918 in Dresden auf die Bühne, wenn auch nur in einer einzigen, wegen Bedenken der Zensoren geschlossenen, Aufführung. Als nun im November 1918 die Zensur fiel, etablierten sich neue expressionistische Stücke auf Deutschen Bühnen.

Die wichtigsten Motive dieser Dramen waren zum Einen die Auseinandersetzung einer jungen weltoffenen Generation mit ihren autoritären Vätern (*Der Sohn*) und zum anderen die Verurteilung des Krieges, wie in Goerings *Seeschlacht* oder Karl Kraus' *Die letzten Tage der Menschheit*. Später schwenkten wichtige Vertreter wie Hasenclever oder Paul Kornfeld zur Verfassung gehobener Unterhaltungskomödien über.

Neben den thematischen Fixpunkten trug vor allem der Einsatz neuer Bühnenbilder zur Unverwechselbarkeit der expressionistischen Dramen bei. Der von Max Reinhardt zu Beginn des Jahrhunderts vorangetriebene revolutionäre Einsatz von Scheinwerfern ermöglichte es den Bühnenbildnern, phantastisch unwirkliche Bühnenbilder zu erschaffen. Optisch gemahnten die Kulissen und die Beleuchtung an expressionistische Filme wie *Nosferatu*, indem sie auf effektvolle Licht- und Schattenkontraste setzten.

Alfred Kerr selbst kam anlässlich der Berliner Premiere des Stückes *Gas* von Georg Kaiser an der Volksbühne zum ersten Mal mit einer expressionistischen Inszenierung in Berührung. „*Sie [die Vorgänge der Handlung] sind ausgedrückt in Tupfen, wie das die expressionistische Lyrik macht. Die Sprache des Schauspiels ist ein entschlossener Versuch, die neulyrischen Mittel zu verpflanzen. Darin liegt Kaisers Vorstoß.*“<sup>29</sup>, nahm Kerr wunder. Auch Herbert Jhering gab sich eher ratlos, wie und ob dieser neuen Ausdrucksform ernsthaft begegnet werden könne: „*Aber der expressionistische Stil ist eine entlarvende Probe. Der unintensive Schauspieler enthüllt sich wie der technisch gehemmte. [...]. Herr Fehling hatte in seinem Körper etwas von der eruptiven Ekstase des Expressionismus. Aber er blieb – vor allem sprachlich – zu sehr an der Grenze der Karikatur.*“<sup>30</sup>

Auch drei Monate später, Hasenclever, Kaiser und Goering hatten sich inzwischen in den Spielplänen etabliert, haderte Kerr immer noch mit der ungewohnten Bühnenästhetik: „*Ein sogenanntes expressionistisches Bild ([...]) entsteht oft, indem der Maler nicht einen Gegenstand abmalt, sondern indem er mit geschlossenen Augen an ihn denkt und hernach das Gedachte so gut er kann ‚ab‘malt. [...]. Die Kontrollmöglichkeit scheint mir schwach: ob einer auf die Leinwand setzt, was er in-*

<sup>29</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 1, S. 787.

<sup>30</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 1, S. 97.

*nerlich gesehn (sic!) hat, – oder was er äußerlich halt irgendwie hinzusetzen vermag, was er halt irgendwie zuwege bringt. Mangelndes Können steckt oft (nicht allemal, natürlich) dahinter. [...]. Es sind aber, scheint mir, Kokoschkas Schau-Spiele so zu genießen. Wenn das Ganze vorbeigeblutet ist, stellt Euch vor, als hättet Ihr dies Ganze bei geschlossenen Lidern gesehn(sic), solltet nur ein Erinnerungsbild wahren – und Euch an dies Erinnerungsbild hinterdrein halten.“<sup>31</sup>, lautete Kerrs Kommentar zu Oskar Kokoschkas *Der brennende Dornbusch*.*

Im Fahrwasser dieser traditionellen Formen zertrümmernden Bewegung sprossen auch in Berlin überall neue DADA-Cabarets aus dem Boden, die gewissermaßen den Wahnsinn zur Methode erklärten. Ausgehend von dem „Cabaret Voltaire“ 1916 in Zürich, dem neben Hugo Ball unter anderen auch Tristan Tzara und Hans Arp angehörten, hatte sich auch in Berlin eine DADA-Szene etabliert. Die Hauptvertreter um Walter Mehring sammelten sich in den konkurrierenden Truppen „Schall und Rauch“ und „Größenwahn“ oder spielten auf Trude Hesterbergs „Wilder Bühne“, auf der auch Bertolt Brecht im Jahre 1922 seinen ersten und einzigen Cabaretauftritt hatte. Aller Publikumseuphorie zum Trotz versuchte Alfred Kerr, auch an dieses Phänomen seinen altbewährten Maßstab anzulegen, wobei auch die Gruppe um Mehring und George Grosz, die Ende November 1919 auf der „Tribüne“ gastierten, nicht ungeschoren davonkamen: *„Das Ziel der Dadaisten ist gut: Ulk mit Weltanschauung. Aber Weltanschauung allein darf die mangelnde Kraft zum Ulk nicht vertuschen. [...]. Kulturlosigkeit, meine Lieben, wird nicht mit Kulturlosigkeit bekämpft. Können muß man auch was.“<sup>32</sup>*

Doch gegen des Volkes Stimme beziehungsweise dessen Interesse vor allem für expressionistische Inszenierungen, waren selbst so einflußreiche Kritiker wie Kerr machtlos. Auch am Berliner Staatstheater, das nicht nur für Kerr später als „amtlichste“<sup>33</sup> deutsche Bühne galt, begann man, sich der neuen Gestaltungsmöglichkeiten zu bedienen. Leopold Jessner, der die Intendanz des Hauses im Jahre 1919 übernommen hatte und gleichzeitig als Regisseur agierte, gab zwar kaum Stücke expressionistischer Autoren, eröffnete aber neue Perspektiven für die Klassikerinszenierung, indem er Shakespeares *Richard III.* einen expressionistischen Anstrich verlieh.

Durch den Einsatz einer kargen Bühne mit wenig Ausstattung stellte Jessner das gesprochene Wort in den Vordergrund. Der dadurch erzielten Intensität der Ausdruckskraft konnte sich selbst Alfred Kerr nicht entziehen und jubilierte: *„Was gibt Jessner? [...] Statt einer Außenwelt gibt er...eine hypnotische Welt des Wortes. Statt einer Bilderfolge gibt er...eine Ballung [...] Statt einer Aufzählung*

<sup>31</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 1, S. 802f.

<sup>32</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 49.

<sup>33</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 229.

*gibt er... ein Symbol. Statt eines Umrisses gibt er... den Kern; den Kern; den Kern. Sein Ganzes bleibt eine große Kühnheit. Das Gesammeltste, was die neuere Bühne gezeitigt. Nicht Limonade: sondern Quintessenz. Die Guten grüßen ihn. (Nein: er grüßt die Guten) Nach der Vorstellung erschien alles wie ein expressionistisches Märchen. Was bedeutet hier expressionistisch? Das Exprimieren, das Herausdrücken des Gehalts...“<sup>34</sup>*

Auch für andere Kritiker (Jhering konstatierte: „Jessner leitet augenblicklich das einzig organische Theater Berlins.“<sup>35</sup>) stellte Jessners *Richard III* mit seiner Dichte und seinem Rhythmus einen Meilenstein dar, an dem sich andere Inszenierungen fortan orientierten und messen lassen mußten. Der Expressionismus hatte sich an den Deutschen Bühnen durchgesetzt.

Aber selbst, wenn er für die nächsten ein bis zwei Jahre das beherrschende Bühnenphänomen war, Alfred Kerrs Sache sollte der Expressionismus nie werden. Vereinzelt Virtuosen, wie Jessner, standen ihm viel zu viele „Mitläufer,– die schlaffen Sinnes niederschreiben, was ihnen durch den Kopf zieht“<sup>36</sup>, gegenüber. Lediglich das Werk des jungen Autors Ernst Toller, für dessen leidenschaftliche Suche nach dem neuen Menschen Kerr eine gewisse Sympathie empfand, konnte ihm immer wieder aufmunternde Worte entlocken, wie beispielsweise das Motto für Tollers *Die Wandlung* „Mensch, raff dich! Straffe dich! Entaffe dich!“<sup>37</sup>

Ansonsten hatte er eher Spott und Häme die „O Mensch Dichtung“ wie etwa in der frühen Einschätzung von 1919:

*„Liebe Leute, der sogenannte Expressionismus, das versteht sich von selber, hat nicht ausschließendes Recht: aber (unpathetisch) ein Recht. Wie, meine Teuren, auch der... ich will mal sagen: Sublimum ein Recht hat, oder: der Klassizismus, oder: der Kirchhofismus, oder: der Ichpfeifdraufismus. Raum für (fast) alles hat die Erde.“<sup>38</sup>*

### **„Im Raum-Zirkus trudelt sich die Komik des Übergangs: er spielt, seit 1922, Operette“<sup>39</sup>**

Im Laufe des Jahres 1922 änderte sich die Stimmung in der deutschen Theaterlandschaft. Eine gewisse Überdrüssigkeit erfaßte zunächst wohl die Protagonisten der Expressionismusbewegung selbst. Man hatte die „Nase voll“<sup>40</sup>, so Karl Zuckmayer, oder fühlte sich unwohl bei dem Gedanken, zwar eine expressionistische Kunst zu haben, aber keine Inhalte, die es auszudrücken galt.

<sup>34</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 92f.

<sup>35</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 1, S. 171.

<sup>36</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 93.

<sup>37</sup> Ebda., S. 34.

<sup>38</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 111.

<sup>39</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 118.

<sup>40</sup> Carl Zuckmayer: Als wärs ein Stück von mir, Frankfurt a.M. 1966, S. 365.

Es schien als hätte der Krieg, der inzwischen vier Jahre zurücklag, als „Themensteinbruch“ erst einmal ausgedient. Ein Teilziel war erreicht und es fehlten neue Perspektiven. *„Wir läuteten die Glocken für den Sturm der Freiheit. Wir waren Jungen. Jetzt sind wir Männer.“*<sup>41</sup>

Zeitgleich mit der aufkommenden Ernüchterung bei den Machern begann auch die Begeisterung des Publikums nachzulassen. Der erste Schock und die erste Verarbeitung des Traumas waren vorbei und man sehnte sich nach Normalität. Vor allem bedeutete das den Ausbruch aus der künstlerischen Konzentration auf die deutschen Autoren und ein wiedererwachendes Interesse für moderne ausländische Schriftsteller wie George Bernhard Shaw. Ob nun allerdings die Lustlosigkeit zuerst vom Publikum auf den Theaterbetrieb überging oder umgekehrt, ist aus heutiger Sicht schwer zu sagen. In jedem Fall verstärkten sich aber diese beiden Tendenzen gegenseitig.

Den Todesstoß erhielt der Expressionismus allerdings durch die beginnende Inflation, die zunächst das Publikum betraf und sich von dort aus umgehend auf die ökonomischen und künstlerischen Voraussetzungen des Bühnenlebens auswirkten und die nächsten fünf bis sechs Jahre bestimmen sollten.

Zunächst begann die theaterinteressierte Mittelschicht, angesichts der sich ständig weiter verschlechternden wirtschaftlichen Situation, an Luxusgütern wie Theaterbesuchen drastisch zu sparen. Breite Schichten, die bisher die Häuser gefüllt und am Leben gehalten hatten, brachen weg. Da sich aber die meisten staatlichen Theater nicht allein über Ihre Subventionen finanzieren ließen und die unzähligen Privattheater ohnehin am Tropf der Zuschauereinnahmen hingen, entbrannte nun an den deutschen Theatern der Kampf um die Gunst der noch verbliebenen potentiellen Besucher.

Während Spielstätten wie das Schauspielhaus in Düsseldorf 1923 zeitweise den Betrieb ganz einstellen und andere, wie die Berliner Volksbühne<sup>42</sup> Zweitbühnen schließen und Erweiterungspläne auf Eis legen mußten, versuchte man andernorts in erster Linie mit leichter Unterhaltung über die Runden zu kommen. Denn spätestens im Oktober 1923 hatte der Expressionismus seine Massenwirkung vollends verloren, wovon sich Kerr zu einer bitterbösen „Grabesrede“ hinreißen ließ: *„Ich schrieb: ‚nennt es [den Expressionismus] nicht Niedergang [der Kultur]. Sondern: Übergang.‘ Gipfel drängt sich halt nicht an Gipfel. Immer wenn eine Hoch-Zeit erklommen ist, kommt eine Pause. [...] (Hamlet brüllt nicht mehr: ‚Saaain!! – ooodääär!!! – nicht saaaain!!! – iist!!! – diie!!! – Fraaagäää‘ Schluß des Schreimundtheaters, [...]). [...] der verflossene Expressionismus war eine*

<sup>41</sup> Zit nach: Willett [wie Anm. 12], S. 78.

<sup>42</sup> Als Zweig der Arbeitervereine gegründete Theaterbesuchsorganisation, die gegen einen niedrigen einheitlichen Betrag je Vorstellung regelmäßige Theaterbesuche ermöglichte und moderne Stücke abseits der Hoftheater-Spielpläne zur Aufführung brachte. 1890 wurde die erste „Freie Volksbühne“ in Berlin gegründet.

*der komischsten Beschämungen aller Geistesgeschichte. Seid ehrlich. Es gibt auch schwache Jugenden [die der Expressionisten]. [...] Wir haben also keinen Abschnitt erlebt, Sondern: die Pause zwischen zwei Abschnitten. Übergang bleibt ein Obdach für Nichtskönnern immerhin ein Hort der Heiterkeit.“<sup>43</sup>*

In diesem Sinne ging es denn auch auf deutschen Bühnen heiter weiter, schien doch die Darbietung leichter Muse der einzig gangbare Weg zu sein, das Publikum bei der Stange zu halten: Das verbliebene Publikum rekrutierte sich eher aus wohlhabenden traditionalistischen Kreisen, die nach der düsteren Nachkriegsphase für altvertraute leichtere Stoffe, wie sie die Operette bot, sehr empfänglich waren.

Das Staatstheater spielte mit Tanzmusik von Johann Sebastian Bach unterlegte Shakespeare-Komödien und das (Reinhardtsche) Große Schauspielhaus beschränkte sich 1922/23 hauptsächlich auf Klassiker und mehr oder weniger obskure Operetten<sup>44</sup>. So konnte der Wegfall der Mittelschichten einigermaßen kompensiert werden. Daß dieses grundsätzlich sehr einfache Rezept nicht immer funktionierte und woran es scheitern konnte, beschreibt Herbert Jhering in bezug auf das Residenztheater in der Nähe des Alexanderplatzes, das von den Brüdern Alfred und Fritz Rotter geleitet wurde. Die Rotters galten gewissermaßen als die schwarzen Schafe der Theaterszene, da sie schon vor der Inflation versuchten, mit lukrativen Schundmusicals und -operetten, ihren „Schnitt“ zu machen. Aus diesem Grund konnte Jhering eine Spur von Genugtuung nicht unterdrücken, als er im März 1924 schrieb: *„Der Kitsch als Star, die Sensation als Primadonna – o wurden die Rotters abhängig von dem Schund, den sie zu kommandieren glaubten. Als sie sich auf Stücke und Schauspieler festlegten, deren Art im Aussterben begriffen war, mußten sie bei den ersten Schwierigkeiten mattgesetzt werden. Als durch die Ruhrbesetzung die Zahl französischer Stücke eingeschränkt wurde, fehlte ihnen die Ergänzung des Spielplanes. Als es ihren Schauspielern – in der Inflationszeit – nicht mehr lohnte, in Mark bezahlt zu werden, ging ihr ‚Ensemble‘ in die Brüche. [...] ihre vorübergehenden Stars, die Durieux, die Triesch, die Anstädt, Eugen Burg verschwanden. [...] Die Rottergefahr wird dann auferstehen, wenn die Schauspieler wieder Freude an der deutschen Mark haben, wenn die französischen Schwänke zurückkommen und mit der Hinzunahme des Lessingtheaters<sup>45</sup> sich ihnen ein Einfallstor in das Zentrum des künstlerischen Berlin öffnet.“<sup>46</sup>*

Quasi prophetisch sah Jhering hier schon die Rückkehr des „Schunds“ voraus. Nahezu paradox ist den auch der Umstand, daß gerade die politische und wirtschaftliche Krise während der Hyperinflation und des Ruhrkampfes die

<sup>43</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 113-128.

<sup>44</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 77.

<sup>45</sup> Das Lessingtheater wurde 1924 ebenfalls von den Rotters übernommen.

<sup>46</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. II, S. 14f.

Grundlagen für das Phänomen schuf, welches heute gemeinhin als „Die Goldenen Zwanziger“ zum Mythos geworden ist.

### „The Twenties strike gold“<sup>47</sup>

Und heiter ging es weiter, denn der Schund und die leichte Unterhaltung kamen zurück, hatten sie doch Berlin nicht wirklich verlassen. In Ermangelung einer neuen dynamischen Literatur, wie sie in Form des Expressionismus nach dem Krieg zur Verfügung gestanden hatte, hielt man weiter an der leichten Muse fest, die noch am ehesten volle Häuser versprach. Neue Strömungen, die nicht nur für kommerzielle Erfolge sorgten, sondern sich auch gleichzeitig für die gesellschaftskritische Funktion des Theaters engagierten, und wie sie später ja auch auf das Theater einwirken sollten, waren 1924/25 noch nicht weit genug, um die Spielpläne mit neuer inhaltlicher Kraft zu beleben.

Sicher hatte Erwin Piscator schon 1919 sein Proletarisches Theater gegründet, das auf das proletarische Publikum zuging, um ihm einerseits Kultur, andererseits aber gleichzeitig auch sozialistische Propaganda zu vermitteln, wodurch es sich von der eher unpolitischen Volksbühne unterschied. *„Das proletarische Theater spielte in Sälen und Versammlungslokalen. Die Massen sollten in ihren Wohngebieten erfaßt werden.[...] wer diese Säle kennt mit ihrem abgestandenen Geruch von Bier und Herrentoilette, mit ihren Fähnchen und Wimpeln vom letzten Bockbierfest, der kann sich vorstellen, unter welchen Schwierigkeiten wir hier den Begriff des Theaters aufstellten.“*<sup>48</sup>, resümierte Erwin Piscator 1929. Fest steht aber auch, daß es nicht der Biergeruch war, der die Idee des proletarischen Theaters in seinen Möglichkeiten einschränkte: *„Die Dramatik hinkte hinter dem Vorstoß des Theaters her, ideologisch wie formal. Alle Dichter, die uns weltanschaulich nahestanden, waren noch im Nach-Expressionismus gefangen, nicht imstande, dem zu entsprechen, was wir eigentlich mit dem Theater wollten.“*<sup>49</sup> Es gab also mit anderen Worten noch keine Autoren, die Piscator die entsprechenden hochwertigen Vorlagen für ein revolutionäres Theater liefern konnten.

Einer dieser „noch im Nach-Expressionismus gefangenen“ Schriftsteller war Mitte der Zwanziger Jahre auch der junge Bertolt Brecht, dessen frühe Stücke wie *Mann ist Mann*, *Baal* oder *Trommeln in der Nacht* zwar schon in Berlin gespielt wurden, aber erst zaghaft Brechts Talent andeuteten. So wurden Brechts Stücke zu dieser Zeit entweder wenig beachtet oder, schlimmer noch, wie anlässlich einer Aufführung im Leipziger alten Stadttheater, von der Bühne gepfiffen, was immerhin im Dezember 1923 einige Tage lang die Feuilletons beherrschte. Auf Intervention des Oberbürgermeisters von Leipzig mußte das

<sup>47</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 95.

<sup>48</sup> Erwin Piscator: *Das politische Theater*, Berlin 1929, S. 40.

<sup>49</sup> Piscator [wie Anm. 48], S. 39.

Stück vom Spielplan abgesetzt werden. Das besorgte auch Herbert Jhering, der mit Blick auf weitere – leider nicht näher bezeichnete – Fälle bemerkte: „Immer häufiger werden in letzter Zeit [die] Eingriffe von Behörden in die künstlerische Freiheit der Theater.“<sup>50</sup> Und selbst wenn Kerr im Zusammenhang mit der Leipziger Inszenierung lobte: „Der begabte Brecht ist eine schäumende Epigone“<sup>51</sup> – ein Urteil im Übrigen, über das Kerrs Meinung zu Brecht nie wirklich hinausgehen sollte – zeigte der Unterton des „unfertigen Talentes“ deutlich das Dilemma des Theaterbetriebes: Weder die formalen Mittel noch das Publikum der Republik waren schon bereit für ein neues selbstbewußtes Theater, das den Zuschauern auch „schwerverdaulichere“ Kost vorzusetzen wagte.

Nein, die Zeichen standen nach 1924 erst einmal auf „Amüsengang“, und das war nur allzu verständlich. Nach überstandener Agonie der Nachkriegszeit, Revolution, Separatismusbewegungen wie in Bayern, Inflation, Dawes-Plan und Ruhrkampf, wollte der deutsche Theatergänger endlich wieder etwas zu lachen haben. Deshalb bot es sich an, die eingespielten und erfolgreichen Muster der Inflationszeit zu übernehmen und weiterzuführen. Als konsequente Weiterentwicklung der klassischen Operette, kam nun die von den USA herüberschwappende Mode der Revuen auf die deutschen Bühnen und erlebte alsbald ihren Durchbruch.

Ein unerläßliches Merkmal der Revuen war der Auftritt der „Girls“. Dem neuen amerikanischen Weiblichkeitsideal entsprechend, zeigten die Mädchen ein äußerst präzise choreographiertes geradezu gymnastisches Ballett, wobei die reihenförmigen Tanzformationen an einen einzigen glamourösen, pallietyten- und federbesetzten Tausendfüßler gemahnten. Truppen wie die legendären Tillergirls bestimmten damit so unverwechselbar das Bild des neuen Bühnenlebens, daß der Industrie-Psychologe Fritz Giese schon 1925 den Begriff der „Girlikultur“<sup>52</sup> prägte. Dabei ist zu beachten, daß ein Girl noch lange keine Revue ausmachte: „Girls sind ein sogenanntes ‚plurale tantum‘...ein Girl gibt es nicht... Erst wenn sie ein Wesen mit vierundzwanzig Beinen geworden sind, führen sie ihren Namen zu Recht“<sup>53</sup>, beschrieb Alfred Polyar in einem Programmheft zu einer Wiener Revue dieses Phänomen. Der Akzent lag auf der exakten Beinarbeit der in Größe, Wuchs und Haarfarbe möglichst ähnlichen Tänzerinnen. Gebräuchliche Titel für Revuen waren daher auch *Donnerwetter-1000 Frauen* oder *1000 süße Beinchen*.

Die einzige Person, die sich aus dieser Tanzphalanx abheben durfte und mußte, war der Star der Revue. Der Star bildete das Auge des Sturms, das vom

<sup>50</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 1, S. 363.

<sup>51</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 203.

<sup>52</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 99.

<sup>53</sup> Franz-Peter Kothes: Die theatralische Revue in Berlin und Wien. 1900-1938. Typen, Inhalte, Funktionen (Taschenbücher zur Musikwissenschaft; 29), Wilhelmshaven 1977, S. 65.

Bühnengeschehen umtost wurde. Charisma, Reichtum und perfekte Schönheit – dies alles verkörperte der Star, und da sich vor allem letzteres am besten durch eine Frau illustrieren ließ, waren es denn auch hauptsächlich weibliche Stars, um die sich die großen Ausstattungsrevuen drehten. Darüber hinaus konnte ein weiblicher Star dem männlichen Besucher als „Lustobjekt“ und der Besucherin als perfekte Identifikationsfigur dienen und so die Attraktivität der Revue noch einmal steigern. Die Identifikation mit dem Star funktionierte in der Revue besonders gut, weil sich der Star nicht, wie beim Theater, scheinbar hinter seiner Rolle versteckte, sondern beim Singen und Tanzen ganz sie selbst war. Ausgehend von der Revue konnte sich der Starkult auch am klassischen Sprechtheater etablieren, das natürlich auch in dieser Phase neben den Revuen Bestand hatte, ohne neue Impulse geben zu können. Für die Intendanten wurde es immer wichtiger, berühmte Stars in ihren Ensembles zu haben, allein derentwegen die Massen in die Häuser strömten. Daß Stars wie Helene Thimig, Heinrich George oder Emil Jannings sich diese Massenwirksamkeit entsprechend vergüten ließen, versteht sich von selbst.

Fabelgagen allein waren es aber nicht, die die Theater- und Revuehäuser mehr und mehr zum wirtschaftlichen Erfolg verdammt. Wie nach der Reichsgründung 1870/71 brachte auch die allgemeine Erleichterung über das scheinbare Ende der Weimarer Krisenzeit einen spürbaren Schub, von dem vor allem die großen modernen Unternehmen wie AEG und Siemens im Elektro- und die I.G. Farben im Chemiebereich profitierten. Im Fahrwasser des Wachstums dieser Konzerne konnte auch die Forschung bühnenrelevante Ergebnisse zeitigen. AGFA als Teil des I.G. Farben Imperiums sorgte vor dem Hintergrund des „Parafumet“ Abkommens, das eine Zusammenarbeit der deutschen UFA (unter Alfred Hugenberg) mit Paramount und MGM aus Hollywood vorsah<sup>54</sup>, für eine rasche Etablierung des Films als neuem Medium. Die sich ständig vereinfachende Handhabung der Projektoren machte den Film auch als Gestaltungselement für moderne Theaterregisseure interessant, während gleichzeitig neue Hochleistungslampen und -scheinwerfer von AEG und Siemens die Stars und Sternchen in das gleißendste Licht tauchten. Im Kampf um das zahlende Publikum verlieh diese neuerliche technische Ausrüstung den Inszenierungen weitere Attraktivität. Das war auch bitter nötig, sahen doch die schönen Projektionen und hellen Scheinwerfer zwar beeindruckend aus, hatten aber vor allem einen stattlichen Preis.

Um die notwendigen finanziellen Mittel für Stars und Technik aufbringen zu können, stürzte man sich weiterhin in die Aufnahme von lukrativen aber inhaltlich eher dürftigen Revuen: *„Eher bedroht wirtschaftlicher Zwang das Theater. [...] Nicht sogenannte Krisen, wovon in der Zeitung steht. Sondern – wie soll ich sa-*

---

<sup>54</sup> Vgl. Willett [wie Anm. 12], S. 97.



gen? – : der Marschgang sehr großer Städte. Das ist's. Erkennt es (wie ein Naturgesetz): daß eine Weltstadt, wenn sie einen gewissen Grad von Weltstadt erreicht hat, auf das Theater besänftigend, entschärfend, entdeckend, abherbend, vergemütlichend wirkt. Weil das Wirtschaftliche, den reinsten Träumern unbewußt, alles dann überwächst, überkraucht, übersonnt, überschlingt“<sup>55</sup>, rang Kerr, in dessen Ressort die Revuen wohl eher nicht fielen<sup>56</sup>, für die *Neue Rundschau* 1927 die Hände.

Unterdessen überstieg der Amüsierbetrieb auf den Berliner Bühnen nahezu jede Klischeevorstellung von den „Goldenen Zwanzigern“. Am 7. Juli 1926 war im *Berliner Tageblatt* zu lesen, daß nicht weniger als neun Theater sich gänzlich dem Revuebetrieb widmeten<sup>57</sup>. Häuser mit schillernden Namen wie „Admiralspalast“ oder „Metropol Theater“ verschlangen allabendlich insgesamt etwa 11.000 (!) Besucher. Angesichts dieser auf Hochtouren laufenden Unterhaltungsindustrie schien man selbst kritische oder gar kommunistisch beeinflusste Regisseure und Autoren wie eben Piscator oder Brecht verkraften zu können und tolerierte sie als Randerscheinung.

### **„Ein Jahrmarkt mit einem Ziel...inmitten einer von Rückwärtserie tief durchsetzten Republik“<sup>58</sup> – Das Zeittheater**

Im Schatten der Tillergirls und anderer Tanztruppen tüftelten Brecht und Piscator bereits an neuen Konzepten, um den in die Sackgasse der reinen Unterhaltung geratenen Bühnenbetrieb der Weimarer Republik mit neuer Form und neuem Inhalt wiederzubeleben. 1926 arbeitete Brecht als Regisseur und Autor am Deutschen Theater in Berlin, das von Max Reinhardt geleitet wurde. Seine Stücke wurden zwar schon an deutschen Bühnen gespielt, doch bildeten sich die ersten Strukturen seines „epischen Theaters“ erst zaghaft heraus. Ob Kerr deshalb seine erste Begegnung mit dem epischen Element des Ansagers nur als mißglückten Versuch, das Stück *Baal* aus der Schußlinie zu bekommen, mißverstanden, oder ob er diesen gestalterischen Ansatz quasi routinemäßig ins Lächerliche zog, um gleichzeitig Brechts Verehrer Jhering eins auszuwischen, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls schrieb Kerr im Februar 1926: „Er [Brecht] läßt vor jedem Bild einen „Ansager“ (im dinner jacket) an die Rampe treten, welcher die Ironie der Zuschauer vorwegnehmen soll. Auch das mißlingt. Die Zuschauer ulken sogar über den versuchten Ulk.“<sup>59</sup>

Herbert Jhering hingegen, ebenfalls anwesend, konnte sich nicht zügeln, seinem Ärger über Kerr direkt Luft zu machen und beschuldigte ihn sogar der

---

<sup>55</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. III, S. 220.

<sup>56</sup> Die wenigen Kritiken Kerrs zu Revueinszenierungen lassen diesen Schluß zu.

<sup>57</sup> Willett [wie Anm. 12], S. 99.

<sup>58</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 391.

<sup>59</sup> Ebda., S. 291.

Inszenierung eines neuerlichen Theaterskandals. „Beim Baal machte Herr Kerr sogar einige geglückte Versuche, höchst persönlich durch provozierendes Lachen und Reden die Vorstellung zu stören. Es ist von fast gespenstischer Komik, sich mit solchen Kindereien überhaupt auseinandersetzen zu müssen – wo es um andere Dinge geht. Aber heute werden die Werke verstellt durch Eitelkeit, Nebengezänke, privaten Egoismus. Der wegzuräumende Schutt ist ungeheuer. Daß Brecht ein Dichter ist – im Grunde zweifelt niemand daran. Aber Prestigefragen stehen höher als die Interessen des deutschen Theaters“<sup>60</sup>, schäumte Jhering. Für ihn war dieser Baal bei dem Brecht selbst Regie führte ein großer Wurf, der Perspektiven für die Zukunft öffnete: „Brecht hat es von seinem gegenwärtigen Standpunkt inszeniert, für ein Theater, das es noch nicht gibt. Brecht hatte schon seit Jahren die Idee des Rauchtheaters. Eines einfachen Theaters, wo die Zuschauer rauchen und trinken wie im Varieté. Für dieses Theater paßt die Technik der Szenenansage. [...] Es kann ein Weg sein, unter vielen anderen, die das Publikum, die ein anderes Publikum ins Theater führen.“<sup>61</sup>

Ähnlich wie bei Brecht waren auch bei Erwin Piscator, der bis 1927 Regisseur an der Volksbühne war, die Anlagen für eine neue Theaterform vorhanden, die nur auf den richtigen Realisierungszeitpunkt warteten. Daß Piscator das Potential hatte, dem deutschen Theaterbetrieb seinen Stempel aufzudrücken, zeigte sich spätestens im September 1926, als er an der Volksbühne *Die Räuber* gab. Er hatte hierfür den Räuberhauptmann Karl Moor von dessen persönlichen Beweggründen befreit und damit dessen politische Motive betont. Das Ergebnis war ein kommunistisch angehauchtes Revolutionsstück, das zudem noch durch moderne Kostüme auf die vermeintliche Aktualität hinwies. Der Einsatz untermalender Jazzmusik trug ein Übriges dazu bei, die bewußte Lösung von Schillers dramatischer Vorlage zu vollziehen.

Trotz einiger szenischer Schwächen, die sich hauptsächlich daraus ergaben, daß Schiller mit seinen *Räubern* nun einmal kein sozialistisches Revolutionsdrama geschrieben hatte, schmälerte dies den Zuspruch für Piscators hoffnungsvollen neuen Theaterstil nur wenig. „Piscator hat, wie in der „Sturmflut“ das Theater von neuem zum Zeiterlebnis gemacht. Die Kritik, deren einzige Wollust es ist, Keime zu erkennen und zu pflegen, wache darüber, daß diese Begabung nicht vom Betrieb des Gewohnheitstheaters eingeengt, aufgesogen wird.“<sup>62</sup>, so Jhering. Und Alfred Kerr stimmte ein: „Trotz allem – diese gar zu selbständigen Werte waren...Werte. Piscator bleibt, auch nach solchem Irrtum, einer der stärksten Spielmeister in Deutschland. [...] Er muß nur einen Gegenstand finden! (Warum also

<sup>60</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 1, S. 174f.

<sup>61</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 176.

<sup>62</sup> Ebda., S. 225.

*macht er die Turnübung an einem edel verwitterten Sessel der Zopfzeit?) Piscator ist Spielwart für kommende Massen. Das bleibt gewiß.“<sup>63</sup>*

Bevor Brecht und Piscator allerdings die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnten, zogen 1926 die ersten dunklen Wolken einer sich verändernden politischen Großwetterlage am Horizont auf. Nicht zuletzt Piscators und Brechts politische Parteinahme, begleitet vom Empörungsgeschrei des konservativen Teils des Publikums, hatte die Debatte über eine Wiedereinführung der Zensur ins Rollen gebracht. Bereits am 12. März 1926 war im Berliner Börsen Courier Jherings Kommentar „Die Zensur auf dem Marsch“ erschienen: *„Eine harmlose Mitteilung lautet, daß im Zusammenhang mit dem Antrag von deutschnationalen, volksparteilichen und Zentrums- Abgeordneten gegen das Überhandnehmen der Theaterrevuen die „Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung“ an den Preußischen Minister des Innern eine Eingabe gerichtet habe: Das Theateraufsichtswesen dem Kultusministerium zu unterstellen.“*<sup>64</sup> Was hier in der Tat harmlos klingt, war bei näherer Betrachtung der Versuch, massiv in die Meinungsfreiheit der Theater einzugreifen.

Bis dahin hatte die Aufsicht über die Theater bei der Polizei gelegen, die lediglich darüber wachte, daß die öffentliche Ordnung gewahrt blieb. Alles andere interessierte die Ordnungshüter nicht, so daß im Ergebnis keine sogenannte „Geschmackskorrektur“ stattfand. Wäre nun die Theateraufsicht in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums verlegt worden, so wie es der konservative Vorstoß vorsah, wäre davon auszugehen gewesen, daß auch der Inhalt oder die ideologische Tendenz der jeweiligen Produktion unter die Lupe genommen und dementsprechend mehr oder weniger offen zensiert worden wäre.

Da die Befürworter einer solchen Kompetenzverschiebung offenbar die Chancen für die Verabschiedung ihrer Eingabe als gering einstufen, verfolgten sie gleichzeitig eine zweite Strategie. Im Preußischen Polizeipräsidium existierte ein Kunstausschuß, der der Polizei in Grenzfragen als Sachverständigengremium beratend zur Seite stehen sollte. Dieser Ausschuß war recht ausgewogen mit Vertretern der Künstler, der Kritik, des Bühnenvolksbundes, der Volksbühne, der Gesellschaft für Volksbildung und des Jugendamtes Berlin besetzt, und vertrat damit die Interessen aller Beteiligten. Nun beschwerte sich aber der Präsident der „Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung“, Geheimrat und Reichstagsmitglied Kahl, in seiner Eingabe zusätzlich über die ungeeignete Zusammensetzung des Kunstausschusses und forderte indirekt seine Umbildung. „Wenn man ihn jetzt umbilden möchte, so kann das nur einen

---

<sup>63</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 331.

<sup>64</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 186.

Sinn haben: ihn in sein Gegenteil zu verkehren, ihn zu einem Instrument der Zensur zu machen“<sup>65</sup>, orakelte Jhering.

Die Empörung gegen die unsittliche Theaterrevue als Anlaß für die Eingabe schien Jhering ebenfalls ein fadenscheiniger Vorwand zu sein, um von den eigentlichen Zielen abzulenken: *„Wenn man an die inszenierten Theaterskandale in allen Ecken des Reiches, an die beabsichtigten Störungen und gewaltsamen Mißfallensäußerungen bei Premieren denkt, so erkennt man die Planmäßigkeit des Feldzuges. Und das in einem Moment, wo „Nacktdarbietungen“ in den Theatern nachlassen, weil sie langweilig geworden sind, wo das Aufführungsniveau sich gehoben hat. Je geringer der Anlaß der Erregung wird, desto lauter wird das Geschrei.“*<sup>66</sup> – Die Eingabe verlief im Sande. Schon drei Jahre später jedoch mußte Jhering vermelden: *„Der Name Zensur wird vermieden. Die Sache Zensur ist da.“*<sup>67</sup> Denn selbst wenn eine qualifizierte Reichstagsmehrheit, die zur offiziellen Wiedereinführung der Zensur nötig gewesen wäre, nicht in Aussicht stand, hatten die Tumulte und Theaterskandale immer häufiger dazu geführt, daß einige Aufführungen tatsächlich wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung abgesetzt wurden oder dem sogenannten Schund- und Schmutzgesetz der Reichsverfassung (Art. 118 WRV) zum Opfer fielen. Aber auch in den Reihen des Theaterbetriebes hatte Jhering Zensur und Reaktion ausgemacht. So hätte sich der Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Arthur Wolff, folgendermaßen an die Intendanten gewandt: *„Die Bühnenleiter sollten sich dazu bequemen, unter freiwilligem Zwange der zuständigen Behörde in zweifelhaften Fällen die in Aussicht genommenen Stücke vorzulegen.“* Für Jhering war das *„Hochverrat am Geiste. Der geschäftsführende Direktor des Bühnenvereins liefert das unabhängige Instrument des Theaters freiwillig der Polizei aus.“*<sup>68</sup>

Trotz oder gerade wegen dieser Repressalien und des Wiedererstarkens der konservativen Kräfte, wagte Erwin Piscator 1927 den entscheidenden Schritt ins Rampenlicht und eröffnete mit Unterstützung der Volksbühne und des Brauereimagnaten Ludwig Katzenellenbogen im alten Theater am Nollendorfplatz die erste Piscatorbühne. Mit einem Etat von 400.000 Mark für die erste Spielzeit konnte Piscator es sich erlauben, das alte Operettentheater am Nollendorfplatz, mit modernster Bühnentechnik, wie zum Beispiel Projektionsanlagen auszustatten. Ursprünglich plante Piscator, nach einer Spielzeit in ein von Walter Gropius für Piscators Zwecke entworfenes und vom Bauhaus zu bauendes „Totaltheater“ umzuziehen, das dem Publikum das totale, mit allen Sinnen empfundene Theatererlebnis eröffnen sollte. Dieses ehrgeizige Projekt wurde allerdings nie verwirklicht.

<sup>65</sup> Ebda., S. 187.

<sup>66</sup> Ebda..

<sup>67</sup> Ebda., S. 387.

<sup>68</sup> Ebda., S. 388.

Ohne Umschweife begann Piscator nun, dieses neue Instrument des eigenen Theaterhauses für die Umsetzung seiner Idee des politischen Theaters einzusetzen. Und schon am 3. September 1927 konnte Piscator mit der Premiere von *Hoppla, wir leben!* von Ernst Toller aufwarten. Schon allein der Inhalt des Stückes, das für Piscator die „Begegnung mit der Zeit“<sup>69</sup> bedeutete, war aufsehenerregend aktuell: Ein alter Revolutionskämpfer hat durch seine Einweisung ins Irrenhaus sieben Jahre der politischen Entwicklung versäumt. Als er entlassen wird, findet er verduzt einen alten Weltkriegsgeneral (alias Hindenburg) als Präsidenten und einen seiner alten revolutionären Mitkämpfer als dessen Minister vor. Da sich ihm dieser Umstand schlagartig präsentiert, nimmt er allein die „Bescherung“ in ihrem vollen Ausmaß wahr, während alle anderen durch das schleichende Vonstattengehen der Rückentwicklung nicht wahrgenommen haben. Da sich auch das Bühnenbild ähnlich spektakulär ausnahm – ein zweistöckiges Gerüst als Spielfläche, neben das riesige Projektionen und Filme geworfen wurden – standen die Kritiker der Reichshauptstadt am Abend der Eröffnungspremiere an der Piscatorbühne mit gespitzten Federn bereit und harrten der Dinge, die da kommen mochten.

Sie sahen eine Aufführung, die zwar der hastigen Proben- und Konstruktionsphase Tribut zollen mußte, im Kern aber schon die neue mitreißende Form des politischen Theaters darstellte, die von nun an am linken Rand eine starke Position gegen die immer machtvoller agierenden Konservativen beziehen sollte: „[...] Dieser Apparat [das Bühnenbild] mit verschiebbaren durchsichtigen Wänden, mit Projektionsflächen und Filmschleiern vorn und hinten, dieser Apparat gibt alles her. Es ist Reichspräsidentenwahl – Lichtfluten von Wahlzetteln rieseln herab, sekundenlang tauchen rückwärts die Massen auf der Straße auf. Später: Gesichter verzerren sich, Worte flirren vorbei. Eine phänomenale technische Phantasie hat Wunder geschaffen.“<sup>70</sup>, zeigte sich Jhering beeindruckt und schloß: „Die Piscator Bühne ist heute die einzige Bühne, die Aufgaben gibt, die zur Stellungnahme zwingt. Noch die Revuedirektoren ziehen ihre beste Wirkung aus der Parodie Piscators. Eine Persönlichkeit ist da. Über die Struktur des Theaters ist noch zu schreiben.“<sup>71</sup>

Auch Kerr sah seine Forderung nach einer kraftvollen Propagandadramatik erfüllt: „Ich will Propagandaverke heut. [...] Vor zwei Jahren schrieb ich: „Ein Tendenzstück? Warum nicht?“ [...] Ob dieses Werk Wein ist, steht nicht fest. Fest steht, daß es eine Medizin ist. (Wunschziel: eine Medizin, die wie ein Wein wirkt. Nächste Pflicht für Dramatiker!) [...] ... „Die Kunst mit einer bestimmten Lehre wird für die Zukunft, meine Teuren, sehr wichtig sein. (Es wird auch da gute Kunst und schlechte

---

<sup>69</sup> Piscator [wie Anm. 48], S. 146.

<sup>70</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 276.

<sup>71</sup> Ebda., S. 276-278.

*Kunst geben.) Macht es mit guter Kunst.*<sup>72</sup> Der Rezensent der rechtskonservativen *Deutschen Zeitung* war sogar geradezu erschüttert: „*Wie diese proletarische Zeitrevue geboten, wie sie zeitungsmäßig wirksam und schlagfertig aufgemacht wird, davon können sich unsere Kreise keine Vorstellung machen. Wüßten sie von dem starken künstlerischen Niederschlag dieser Inszenierung, dann würden sie nicht eher rasten, als bis sie dem Kommunisten-Theater der „Kulturwaffe des Proletariats“ ihr Theater, ihre bürgerliche Volksbühne, ihr nationales zeitgemäßes Kampftheater entgegensetzen könnten.*“<sup>73</sup> – Um es vorwegzunehmen: das sollte dem nationalen Theater bis 1933 nicht gelingen.

Man war sich einig, trotz einiger Defizite dem Beginn einer neuen Ära beige-wohnt zu haben. Politische Inhalte und Tendenzen mit der Unterhaltsamkeit einer Revue zu vereinen, um diese Stoffe für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen, war eines der Hauptmerkmale der Theaterform, die fortan als „Zeittheater“ betitelt werden sollte. Welche wichtige Rolle Piscators Theater als Exponent der linken Kultur in Deutschland spielte, verdeutlichen zwei Faktoren. Zum einen fühlte sich die Kritik berufen, das politische Theater zu protegierten und nutzte jede sich bietende Gelegenheit, Piscator quasi anzufeuern. So wurde auch die zweite Produktion der Piscatorbühne, *Rasputin*, trotz weiter bestehender Mängel sehr wohlwollend aufgenommen: „*Alles nur eine Geschichtsrevue der letzten Zeit. Nur ein Jahrmarkt. Aber ein Jahrmarkt mit einem Ziel...inmitten einer von Rückwärtserei tief durchsetzten Republik. Wacker! Wacker! Wacker!*“<sup>74</sup>, so Kerr und für Jhering war Piscator „Ein Aufrüttler. Mehr als nur ein Theatermann.“<sup>75</sup> Zum anderen scharten sich hinter Piscator und seinem Zeittheater auch prominente Vertreter der anderen Kunstgattungen, um sein Wirken zu unterstützen. Neben Walter Gropius, der an den Plänen für das Totaltheater arbeitete, entwarf László Moholy-Nagy, ebenfalls Bauhaus-Lehrer, später das Bühnenbild für den *Kaufmann von Berlin*. Hinzu kamen Walter Mehring und Kurt Weill sowie George Grosz, der in einer besonders fruchtbaren Zusammenarbeit mit Piscator zum Gelingen der bedeutendsten Produktion der Piscatorbühne im Jahr 1928 beitrug: *Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk*.

Für die Inszenierung des *Schwejk* konnte Piscator die wahrscheinlich herausragendste Allianz von Künstlern der Weimarer Republik auf die Beine stellen, um einen, wenn nicht den Höhepunkt des Weimarer Theaterbetriebes auf die Bühne zu bringen. Die episodenhafte Darstellung der Handlung in der Romanvorlage von Jaroslav Hasek war für die Bühne ungeeignet und mußte bearbeitet werden. Diese Aufgabe übernahmen der Chefdramaturg der Pisca-

<sup>72</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 373-375.

<sup>73</sup> Piscator [wie Anm. 48], S. 158.

<sup>74</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 391.

<sup>75</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 295.

torbühne, Felix Gasbarra, und Bertolt Brecht. Da jedoch selbst diese überarbeitete Fassung noch reichlich fragmentarisch angelegt war, bestand die Notwendigkeit, elegante Überleitungen zu finden. Um seine Idee, die Szenenhintergründe auf Laufbändern hereinzufahren, graphisch umzusetzen, konnte Piscator den ihm befreundeten George Grosz gewinnen, dessen Zeichnungen für den *Schwejk* abgefilmt und auf die starren Bühnenelemente projiziert wurden. Die Verkörperung des Schwejk durch Max Pallenberg, einen der charismatischsten Schauspieler aus dem Reinhardt-Ensemble, machte die Starbesetzung komplett. Die einzigen, die offensichtlich fehlten, waren die „Star“-Kritiker Jhering und Kerr, von denen keine Kritik zum *Schwejk* existiert.

Auch das Publikum ließ sich nicht lange bitten und rannte der Piscatorbühne derartig die Türen ein, daß das Haus allein für den *Schwejk* mit Tageseinnahmen von 7 - 9000 Mark rechnen konnte<sup>76</sup>. Um der Besucherströme Herr zu werden, pachtete Piscator angesichts der vermeintlich rosigen Aussichten zusätzlich das Lessing Theater. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß dies Piscators finanzielle Mittel erheblich überstieg und damit das ganze Unternehmen in Schwierigkeiten brachte. Als sich dann zum Ende der Saison auch noch Ludwig Katzenellenbogen zurückzog, war Piscator gezwungen, beide Bühnen aufzugeben.

Herbert Jhering suchte zerknirscht nach Ursachen: *„Die Neuorganisation der Piscator-Bühne ist notwendig geworden, weil das Theater zu hastig über seine organischen Anfänge hinausschoß. Vor einem Jahr Konflikt mit der Volksbühne, Gründung eines selbständigen Piscator-Theaters, schon im Februar neben der Führung des Stammhauses Gastspiele in Frankfurt, Mannheim, Köln und am 1. März Hinzunahme des Lessing Theaters: Diese Elephantasis konnte das Unternehmen nicht vertragen.“*<sup>77</sup>

Das vorläufige Ende der Piscatorbühne hinterließ am Ende der Spielzeit 1927/28 eine schmerzliche Lücke, die jedoch schon zu Beginn der Saison 1928/29 durch Bertolt Brecht am Theater am Schiffbauerdamm wieder geschlossen wurde. Brecht hatte während der engen Zusammenarbeit mit Piscator gesehen, welche Mittel nötig und möglich waren, um das Publikum auch in niveauvollere Stoffe zu locken. Dementsprechend war denn auch die *Dreigroschenoper*, die die Saison am Schiffbauerdamm eröffnete, formal ein geradezu satirischer Blick auf das Theater der Goldenen Zwanziger. Operette, Revue, Kabarett, und epische Elemente ergaben eine höchst unterhaltsame Mixtur, die nicht nur das politisch interessierte Publikum ansprach, sondern auch das nach Kurzweil gierende Boulevardpublikum für sich gewinnen konnte.

---

<sup>76</sup> Piscator [wie Anm. 48], S. 228.

<sup>77</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 340.

Zudem erntete sie, bei Kassenschlagern nicht eben häufig, sogar das Lob der Kritik. Selbst Kerr konnte nicht umhin trotz Brechts Beteiligung einige positive Bemerkungen zu stiften: *„Brecht weist somit in die Zukunft. Wollen Sie jetzt, so haben wir ein neues Drama. Oder einen angenehmen Zwischenfall.“*<sup>78</sup> Ganz besonders freute sich natürlich Herbert Jhering über den Triumph „seiner“ Entdeckung: *„In diesem Zusammenhang kann der Erfolg der „Dreigroschenoper“ nicht überschätzt werden. Es ist der Durchbruch eines nicht mondänen, nicht snobistisch orientierten Theaters in die Publikumszone. [...] Es ist der Triumph der offenen Form. Was Brecht als Bearbeiter, was Weill als Komponist in diesem leichten Nebenwerk geleistet haben, das ist zugleich die Überwindung der Revue zu einer neuen Gattung und die Verschmelzung von Elementen des Varietés [...] zu einem lebendigen Ausdruck.“*<sup>79</sup>

Die derart gepriesene offene Form allerdings schien zeitweise zu Mißverständnissen zu führen. Der bürgerlich konservative Adolf Stein, der unter dem Pseudonym „Rumpelstilzchen“ in wöchentlichen Kolumnen das Berliner Kulturleben unter die Lupe nahm, empörte sich 1929: *„Die Berliner Bühnen sind zum großen Teil bolschewisiert und bordellisiert. [...] Weit über hundert Aufführungen aber hat schon die „Dreigroschenoper“ in Berlin erlebt. Der Fremde geht, von der Ähnlichkeit mit dem Titel „Dreimäderlhaus“ verführt, hin, erwartet etwas Romantisch-lyrisches und macht stattdessen Bekanntschaft mit dem Helden Mackie Masser [sic!], der von Beruf Zuhälter ist.“*<sup>80</sup> Trotz des Plaudertons illustriert diese Ansicht im Übrigen auch den verschärften Ton und zeigt an, daß die wohlwollende Tolerierung der Konservativen von Brecht und Piscator spätestens hier ihr Ende gefunden hatte.

### Piscatoreschluß<sup>81</sup>

Mochte es nun ein dramaturgischer Zufall sein, jedenfalls folgte auf den Höhepunkt der Weimarer Bühnenkunst, gleich einer klassischen Tragödie, die Katastrophe. Brecht war zu Beginn der Spielzeit 1929/30 angetreten, auch mit *Happy End*, einer weiteren Produktion mit Kurt Weill, den Erfolg der *Dreigroschenoper* zu wiederholen. Auch Piscator hatte die vorangegangene Saison genutzt, um neues Kapital zu sammeln und die zweite Piscatorbühne am Nollendorfplatz zu eröffnen. Piscators Eröffnungspremiere war Walter Mehrings *Der Kaufmann von Berlin* zu dem László Mohol-Nagy das Bühnenbild entwor-

<sup>78</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 442.

<sup>79</sup> Jhering [wie Anm. 15], Bd. 2, S. 350.

<sup>80</sup> Rumpelstilzchen (Adolf Stein): Ja, hätt'ste... (Rumpelstilzchen; 9, 1928/29), Berlin 1929, S. 234.

<sup>81</sup> Kerr [wie Anm. 2], Bd. VII 2, S. 509.



fen hatte, und das ein noch größeres Spektakel als *Hoppla, wir leben!* und *Schwejk* bieten sollte.

Am 3. September eröffnete also *Happy End* die Spielzeit am Schiffbauerdamm – und ging in Pfiffen unter. Das Publikum trug damit dem Umstand Rechnung, daß das Stück lediglich ein einfallsloser Abklatsch der *Dreigroschenoper* war. Drei Tage später, am 6. September, fiel dann auch Piscators *Kaufmann von Berlin* durch. „Piscator zerdehnt alles. Verlangsamt und verlängert. Übertönt und schweift ab. Mit Geräuschen der Geräte. (Senkrechtes Drehgebühn).“<sup>82</sup>, meinte Kerr als Grund für den Mißerfolg ausgemacht zu haben. Vielleicht aber lagen die Gründe auch wesentlich tiefer, als Kerr auf den ersten Blick annahm. Die grundsätzliche Offenheit, die das Berliner Theaterpublikum noch zwei Jahre zuvor für das Theater Brechts und Piscators empfänglich gemacht hatte, schien verschwunden. Zudem mochten sich im Fahrwasser der zurückkehrenden Zensurbestrebungen auch in den Köpfen des Publikums Skepsis und Unverständnis breit gemacht haben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich die Ablehnung gegenüber dem Zeittheater diesmal nicht unmittelbar abhängig von ökonomischen Vorgängen entwickelt hatte. Der „Schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse ereignete sich nämlich erst gut sieben Wochen später, am 25. Oktober 1929. So schrieb Kerr schon vor der sich rasant ausbreitenden Weltwirtschaftskrise: „Piscator geht hops. Die überanstrengte, die gereizte Maschine schlug ihm k.o.“<sup>83</sup>, und diagnostizierte den „Piscatoreschluß“. Die Gründe für den Niedergang des Zeittheaters mußten also woanders, zum Beispiel im Politischen liegen. Die politischen Fronten hatten sich zu verhärten begonnen. Rechte und Linke standen sich immer unversöhnlicher gegenüber. Damit wurde das Konzept eines Zeittheaters gesprengt, das sich an alle Besucherkreise wandte und zeitgleich wegen des großen finanziellen Aufwands auf den Zuspruch aller Kreise angewiesen war.

Nach diesen Flops konnte sowohl Brecht wie auch Piscator nicht mehr an die großen Erfolge anknüpfen. Piscators Geldgeber setzten den *Kaufmann von Venedig* ab und besiegelten damit zugleich das Ende auch der zweiten Piscatorbühne. Das Ensemble zersplitterte in kleine private Theaterkollektive, die abseits des großen Theaterbetriebes fortfuhren, proletarisches Theater zu spielen. Auch Piscator selbst engagierte sich fortan in diesem alternativen Theaterbetrieb und es gelang ihm, im Jahre 1930 im abgetakelten Wallner Theater noch einmal eine, die dritte und letzte, Piscatorbühne zu etablieren. Ebenso begab sich Brecht, dessen Intendant nach dem *Happy End* erst einmal eine „Brecht-Pause“ verkündet hatte, in den dramatischen „Untergrund“.

---

<sup>82</sup> Ebda., S. 507.

<sup>83</sup> Ebda., S. 514.

Das Theater war in eine Sackgasse geraten und konnte angesichts der fatalen Weltwirtschaftskrise nicht mehr zu alter Stärke gelangen. Die Theaterlandschaft wurde unübersichtlich und spaltete sich in traditionelle Großtheater, die künstlerisch keine neuen Impulse geben konnten und in kleine radikale politische Aktionstheater, die sogenannten Agitprop-Truppen, die beispielsweise auf Sportfesten der KPD auftraten und so gewissermaßen zum piscatorischen Ursprung des proletarischen Theaters zurückkehrten. Als weiterer Ausdruck der Agonie des deutschen Theaters kam die Abwanderung der bedeutenden kreativen Köpfe hinzu. Leopold Jessner trat 1930 als Intendant des Staatstheaters zurück und emigrierte 1933 nach Palästina. Erwin Piscator arbeitete seit 1931 in der UdSSR und auch Max Reinhardt und Bertolt Brecht emigrierten 1933 in die USA beziehungsweise nach Dänemark.

Die einzige Leistung die das Theater vor der Machtübernahme Hitlers noch erbringen konnte, war die Verkörperung eines Symbols für bessere Zeiten. Alfred Kerr konnte diesem Verfall nur ohnmächtig zusehen und wie im November 1932 Durchhalteparolen verbreiten: *„Deutschlands Theater lebt. Im Chaos blüht es. [...] Beinahe drängen sich große Abende bei uns. Das Theater blüht. Nicht nur das Theater. Ein Ethos blüht...und ist noch nicht ganz umgebracht. Guckt in die schieche Zukunft. Bald wird alles ein Anlaß sein, an diese Gegenwart zurückzudenken...Deutschlands Bühne leistet heldisch Widerstand. Deutschland! [...] – leiste Widerstand! Feste!“*<sup>84</sup>

Auch einen Tag vor jenem verhängnisvollen Abend, der Alfred Kerr, wie so viele andere, ins Exil treiben sollte, saß Kerr im Theater. Das Schicksal wollte es, daß ausgerechnet ein Stück von René Fauchois mit dem makaber programmatischen Titel *Achtung! Frisch gestrichen!* gespielt wurde. Genau am 30.1.1933 erschien unter dem selben Titel Kerrs Rezension. Alfred Kerrs letzte Kritik über das Theater der Weimarer Republik schloß prophetisch: *„Und wenn ein Theaterchen schon führerlos ist – was will das bedeuten.“*<sup>85</sup>

## Epilog – Gab es ein Theater der Weimarer Republik?

Zeit seines kritischen Schaffens von 1919-1933 war Alfred Kerr ein Suchender – er suchte das republikanische Theater. Was Kerr selbst wegen der zu großen Nähe zum Objekt nur in Ansätzen wahrnehmen konnte, tritt in der Rückschau deutlich hervor. Anders als im Kaiserreich, in dem das Theater, abhängig von den jeweiligen Landesfürsten, nur für die oberen Bevölkerungsschichten spielte, öffnete die notwendige Umstrukturierung des Theaterwesens nach dem verlorenen Krieg die Häuser für alle Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig ver-

<sup>84</sup> Ebda., S. 680.

<sup>85</sup> Ebda., S. 708.

wurzelte die Strukturreform das Theater im Volk, nach dessen Bedürfnissen es sich schließlich künftig zu richten hatte.

Begünstigt durch die Aufhebung der Zensur, konnte das Theater zunächst die Kraft aufbringen, mit den künstlerischen Mitteln des Expressionismus, das Trauma der Niederlage zu verarbeiten. Mit zunehmender Entfernung vom Krieg erwuchs den Deutschen nicht nur bescheidener Wohlstand, sondern auch ein gesteigertes Unterhaltungsbedürfnis. Da andere Unterhaltungsformen wie Rundfunk und Film noch in den Kinderschuhen steckten, wandten sich die Menschen den Theatern zu, die das Verlangen nach Kurzweil mit Operetten und Revuen stillten. Auch zur verstärkten Politisierung der Bevölkerung ab Mitte der Zwanziger Jahre leisteten die Theater ihren Beitrag, indem sie wie Brecht und Piscator, ohne die Unterhaltsamkeit zu vernachlässigen, politisch Stellung bezogen. Zuletzt war es nur folgerichtig, daß das Theater mit der Staatsform, die ihm den Rahmen gegeben hatte, dem Abgrund entgegen taumelte.

Bei alledem war das Theaterwesen wesentlich fester an die Befindlichkeiten der zahlenden Zuschauer geknüpft, als dies im Kaiserreich zuvor oder im Dritten Reich danach der Fall gewesen wäre. Gerade aus der ökonomischen Not, die Zuschauer durch immer neue Reize an sich binden zu müssen, machte es eine Tugend und setzte kreative Kräfte frei, die in ihrer Ballung und innovativen Kraft bis heute beispiellos sind. Begabte Regisseure arbeiteten mit führenden Architekten und Künstlern zusammen, um die Stücke zeitgenössischer Autoren möglichst effektiv zu inszenieren. Insofern wurde das Theater nicht nur zum Spiegel der Weimarer Republik, sondern auch zu ihrem Aushängeschild, dessen Wirkung bis heute anhält.

## Quellen und Literatur

- Brandt**, Cornelia A.: *Theater in der Weimarer Republik. Eine quantitative Analyse*, Karlsruhe 1990.
- Gleber**, Klaus: *Theater und Öffentlichkeit. Produktions- und Rezeptionsbedingungen politischen Theaters am Beispiel Piscator 1920-1966* (Tübinger Studien zur deutschen Literatur; 3), Frankfurt a.M. 1979.
- Hildenbrandt**, Fred: *...ich soll dich grüßen von Berlin. Berliner Erinnerungen ganz und gar unpolitisch*, München 1966.
- Jeserich**, Kurt G. A. (Hg.): *Deutsche Verwaltungsgeschichte. Band 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1985.
- Jhering**, Herbert: *Bert Brecht hat das dichterische Antlitz Deutschlands verändert. Gesammelte Kritiken zum Theater Brechts*, hrsg. u. eingel. v. Klaus Völker, München 1980.
- Ders.: *Der Kampf ums Theater. Und andere Streitschriften 1918-1933*, Berlin 1974.
- Ders.: *Die getarnte Reaktion*, Berlin 1930.
- Ders.: *Von Reinhardt bis Brecht. Vier Jahrzehnte Theater und Film*. [3 Bände], Berlin 1961.
- Kerr**, Alfred: *Mit Schleuder und Harfe. Theaterkritiken aus drei Jahrzehnten*, Berlin 1981.
- Ders.: *Werke in Einzelbänden*, hrsg. von Hermann Haarmann/Günther Rühle [7 Bände], Berlin 1989-2001.
- Ders.: *Schauspielkunst*, in: *Die Literatur*; 9, Berlin 1905.
- Ders.: *Die Welt im Drama*, hrsg. von Gerhard F. Hering, 2. Aufl., Köln/Berlin 1964.
- Kienzle**, Siegfried/**Nedden**, Otto C.A. zur (Hg.): *Reclams Schauspielführer*. 21. Aufl., Stuttgart 2001.
- Koths**, Franz-Peter: *Die theatralische Revue in Berlin und Wien 1900-1938. Typen, Inhalte, Funktionen* (Taschenbücher zur Musikwissenschaft; 29), Wilhelmshaven 1977.
- Longerich**, Peter: *Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik, Handbuch zur Geschichte*, Hannover 1995.
- Pinthus**, Kurt (Hg.): *Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus*. (Rowohlts Klassiker der Literatur und der Wissenschaft. Deutsche Literatur; 4), neu hrsg. von Kurt Pinthus, Berlin 1955.
- Piscator**, Erwin: *Das politische Theater*, Berlin 1929.
- Rumpelstilzchen** (Adolf Stein): *Ja, hätt'ste....* (Rumpelstilzchen; 9, 1928/29), Berlin 1929.

*Schneider, Hubertus: Alfred Kerr als Theaterkritiker. Untersuchung zum Wertsystem des Kritikers.*[2 Bände] (Deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft; 8), Phil. Diss. Universität zu Köln 1983.

*Willetts, John: The Theatre of the Weimar Republic, New York/London 1988.*

*Zuckmayer, Carl: Als wärs ein Stück von mir, Frankfurt a.M. 1966.*



ANNE TEICHLER

## Die Weimarer Republik – eine Zeit der freien Presse?

*„Wie der stets spottbereite, zur Selbstironie neigende Pressemann zu sagen pflegt: jedes Volk hat die Zeitung, die es verdient. Und gerade deshalb sei es ohne Selbstüberhebung gesagt: das deutsche Volk hat eine seiner würdigen Presse.“<sup>1</sup>*

Bezogen auf die Freiheit der Presse, würde dies bedeuten, daß nur ein freies Volk eine freie Presse verdient oder umgekehrt, daß es in einem Land, in dem die Freiheit der Presse eingeschränkt ist, keine Freiheit für das Volk geben kann. Tatsächlich ist dieses Recht meist eines der ersten, das eingeschränkt wird, wenn die Obrigkeit sich durch zu viele Freiheiten ihrer Untertanen bedroht fühlt. So führte z.B. der Deutsche Bund 1854 in Reaktion auf die Revolution von 1848 den Konzessionszwang wieder ein. Außerdem mußte auch der Vertrieb genehmigt und je ein Pflichtexemplar einer Zeitungsausgabe den Behörden vorgelegt werden.<sup>2</sup> Da die Presse Verbindung mit der politischen Öffentlichkeit und den Massen aufnimmt und sie so auch zu ihren Gunsten beeinflussen kann, besitzt sie eine große, schwer einschätzbare, politische Macht. Der Begriff und das Phänomen der Öffentlichkeit hat sich im Laufe der Geschichte stark verändert. Hatte sie Ende des 18. Jahrhunderts noch dazu gedient, „den Kontrapunkt zur Arkansphäre fürstlicher Diplomatie und Kabinettspolitik“<sup>3</sup> zu markieren, entwickelte sie sich im 19. Jahrhundert zu etwas, was einerseits die Offenheit politischer Debatten ermöglichte, andererseits

---

<sup>1</sup> Fritz Stein: Die deutsche Presse, in: Heinrich Doehle (Hg.): Otto Meißner - Gewidmet zum 50. Geburtstag am 13. März 1930, Privatdruck, Berlin 1930, S. 146-150, hier S. 147.

<sup>2</sup> Vgl. Kurt Koszyk: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert (Geschichte der deutschen Presse; Teil II), Berlin 1966, S. 120.

<sup>3</sup> Jens Flemming: Nivellierung und Fragmentierung. „Öffentlichkeit“ als Begriff und Herausforderung der historischen Forschung, in: Werner Faulstich (Hg.): Konzepte von Öffentlichkeit. 3. Lüneburger Kolloquium zur Medienwissenschaft, Bardowick 1993, S. 47-57, hier S. 49.

aber auch die Gefahr barg, die Lebenswelten der Einzelnen so zu dominieren, daß das Private als Gegenwelt aufgebaut werden mußte. Die Presse spielte in dieser politischen Öffentlichkeit eine vielfältige Rolle: *„Tatsächlich ist die Presse alles andere als die unbestechliche Anwältin des Guten und der allgemeinen Wohlfahrt. Sie reagiert auf Ideen und Erwartungen des Publikums, verleiht ihnen Form und Perspektive, apelliert an Masseninstinkte, schürt Emotionen oder schafft durch abwägende Analysen kritische Distanz. Journalistische, verlegerische, geschäftliche und politische Interessen verweben sich vielfach zu einem undurchdringlichen Filz. Zeitungen und Zeitschriften prägen und spiegeln das Urteil von Individuen und Gruppen, sie beeinflussen die Politik und die Politik beeinflusst sie. Als Forum gewähren sie Raum für Austausch und Streit, sind Seismographen für Stimmungen, Themen und Probleme. Sie betätigen sich als Organe der Regierung wie der Opposition, sind den Idealen der Aufklärung verpflichtet oder erschöpfen sich in plumper Propaganda. Sie können zur Wachsamkeit erziehen und staatsbürgerliche Tugenden fördern, aber sie können den Menschen ebenso gut irreführen, manipulieren, einschläfern und korrumpieren.“*<sup>4</sup>

Der mit der Öffentlichkeit eng zusammenhängende Begriff der „öffentlichen Meinung“ wurde 1928 von Otto Groth folgendermaßen bestimmt. Für ihn ist sie eine Meinung, die für eine Gruppe von allgemeiner Bedeutung ist. Diese Gruppe kann aus „einer Gemeinde, einer Klasse, eine[m] Volk, ja der Menschheit“ bestehen. Die deutsche öffentliche Meinung folge dabei, „in der Regel einer mit Gründen arbeitenden, wenn möglich in wissenschaftlichem Gewande erscheinenden Methode“. Dabei gewannen die Gruppen eine Eigendynamik. Die öffentliche Meinung innerhalb der Gruppe sei je unbestimmter desto größer die Gruppe werde. So gäbe es in der Gruppe des Volkes noch zahlreiche Untergruppierungen. Dabei glichen sich die Meinungen der Individuen einander an, so daß die Individualität des Nachdenkens verloren ginge. Verstärkt werde dieser Prozeß außerdem durch die erhöhte Wirksamkeit von Gefühlselementen innerhalb einer Gruppierung. Da diese Massen eine ungeheure Dynamik entwickelten, sei ihre Beeinflussung ein wesentlicher Bestandteil des politischen Lebens. *„Deshalb sind die Erzeugnisse der Presse, die auf jeden, der des Lesens kundig ist, wirken, die von jedem, der schreiben gelernt hat, benutzt werden können, die stärksten Beeinflussungs- und Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung geworden: das Buch und die Broschüre, die Flugschrift und das Flugblatt, der Bilderbogen und das Plakat, die Zeitschrift und die Zeitung.“*<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Ebda., S. 51.

<sup>5</sup> Otto Groth: Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik), Bd. 1, Mannheim, Berlin, Leipzig 1928, S. 97, 100 u. 111.



Wie war also die Presse beschaffen, die die politische Meinung der Weimarer Republik geformt hat und wie sah ihre Entwicklung aus?<sup>6</sup> Ebenso wichtig für die Frage nach der Freiheit der Presse sind jedoch die Mächte, die hinter ihr standen und sie zu beeinflussen suchten, allen voran die Regierung und die Wirtschaft. Sie fanden jeweils ihre eigenen Möglichkeiten, auf die Blätter einzuwirken bis hin zur Zensur, die in ihrer Anwendung durch die konservative politische Justiz in der Weimarer Republik unterstützt wurde. Die Entwicklung der Pressefreiheit in der Weimarer Republik bestätigt dabei das Eingangszitat. Die völlige Unfreiheit der Presse korrespondierte schließlich mit der völligen Unfreiheit des Volkes unter dem neuen nationalsozialistischen Regime.

### Das Pressewesen bis 1918

Das Pressewesen der Weimarer Republik hat, was Technik oder Organisation betraf, keine allzu großen Neuerungen mehr erfahren. Die größten Errungenschaften in dieser Richtung brachte das 19. Jahrhundert, an dessen Ende sich schließlich die Massenpresse herausbildete, wie sie auch für die Weimarer Republik charakteristisch werden sollte. Bedingungen dafür waren, daß 1874 das Reichspreßgesetz<sup>7</sup> verabschiedet wurde, das erst einmal alle Zensurmaßnahmen untersagte, daß die Wirtschaft enorm wuchs und somit die Kaufkraft stieg, was auch die Anzeigen in den Zeitungen interessanter machte und daß mit der wachsenden Bildung die Lesefähigkeit des Publikums stieg. So waren drei Zeitungstypen entstanden, die auch weiterhin Bestand hatten: die Gesinnungsblätter, die von Parteien, den Kirchen oder sonstigen Organisationen herausgegeben wurden, der Generalanzeiger, der politisch recht farblos blieb, sich aber auf Lokales und Anzeigen spezialisierte und der v.a. den Namen „Massenzeitung“ verdiente und als dritter Typ, die Qualitätsblätter, die über die Region hinausgingen und sowohl politisch und wirtschaftlich als auch kulturell berichteten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich darüber hinaus aus manchen Generalanzeigern die ersten Boulevardblätter. Inhaltlich wandelte sich die Berichterstattung der Presse v.a. im 19. Jahrhundert. Jetzt erst setzte sich die Trennung von Nachricht und Kommentar durch und der Leitartikel erfuhr um 1848 eine neue Blüte. Aufgrund der Vielfalt der Themen, die für das Publikum interessant geworden waren, bildeten sich bald die Ressorts aus, die wir auch heute noch kennen: Politik (Innen- und Außenpolitik), Wirtschaft, Kultur, Feuilleton, Lokales, Sport und Chronikales. Mit dem Inhalt änderte sich auch die Tätigkeit des Journalisten, dessen Beruf sich

<sup>6</sup> Wegen des großen Umfangs des Zeitungssystems der Weimarer Republik erhebt diese Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

<sup>7</sup> RGBl., 1874, S. 65f.

allmählich zur Ganztätigkeit entwickelte. Denn es reichte nun nicht mehr, nur Nachrichten zu sammeln und aneinanderzureihen, sie mußten in der Redaktion bearbeitet, selektiert, ergänzt und in eine Fassung gebracht werden, die auch von den Massen verstanden wurde. Zusätzlich hatte der Journalist noch die Aufgabe, die Nachrichten zu kommentieren und somit gedanklich zu verarbeiten und vielleicht sogar im Feuilleton selbst schriftstellerisch tätig zu werden.

Die Entstehung der großen Nachrichtenbüros des 19. Jahrhunderts hätte ohne die neuartigen technischen Entwicklungen der Zeit gar nicht stattfinden können. Sie nutzten zuerst die Erfindung des Telegraphen, der 1849 auch für die private Korrespondenz freigegeben worden war und 1851 Calais mit Dover verband, und schließlich das Telefon, um Nachrichten aus aller Welt zu sammeln. 1835 gründete Charles Havas in Paris die *Agence Havas*, die zuerst Londoner Börsennachrichten und später auch Politisches bearbeitete. In Deutschland war Bernhard Wolff der erste, der ein Nachrichtenbüro gründete. 1849 nach Aufhebung der Pressezensur eigentlich nur zur Nachrichtenbeschaffung einer Zeitung gegründet, konnte *Wolff's Telegraphisches Bureau* (W.T.B.) sich schnell auf das gesamte Gebiet des Deutschen Bundes ausdehnen. Wolff fand die Unterstützung von deutschnationalen Bankiers und der preußischen Regierung, mit deren Hilfe er die ausländische Konkurrenz in Deutschland markunfähig machte. Die Regierung nahm für sich das Recht in Anspruch, alle zu veröffentlichenden Telegramme einer Kontrolle zu unterziehen. Die dritte Agentur gründete 1858 der aus Kassel stammende Paul Julius Reuter in London, das neben Nachrichten vom Kontinent für die Londoner Tagespresse auch Börsen- und Banknachrichten in Europa verbreitete. Durch die Kabelnien, die in die Länder des British Empire reichten, machte er London zu dem wichtigsten Nachrichtenumschlagplatz zwischen den Kontinenten. Die Konkurrenzsituation der Agenturen führte 1870 zum „Kartellvertrag“, in den auch die *Associated Press* (AP) aus den USA miteingebunden wurde. Dieser teilte sie in vier Einflußzonen ein: W.T.B. erhielt die Zuständigkeit für Deutschland, Österreich-Ungarn, die Schweiz sowie für Nord- und Osteuropa.<sup>8</sup>

Auch die Zeitschriften und Illustrierten spielten im 19. Jhd. eine zunehmend größere Rolle. Gelehrten- und Unterhaltungszeitschriften gab es seit dem letzten Drittel des 17. Jhds., die ersten Fachzeitschriften, Standes-, Verbands- und Berufszeitschriften seit Beginn des 18. Jhds. Neben der Ausdifferenzierung schon bestehender Typen kam im 19. Jhd. die literarisch-politische Zeitschrift

---

<sup>8</sup> Vgl. Heinz Pürer/Johannes Raabe: *Medien in Deutschland*. Bd. 1: Presse, München 1994, S. 13-42, Karl Schottenloher/Johannes Binkowski: *Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum*. Bd. II: Von 1848 bis zur Gegenwart, München 1985, S. 49-96.

zur Geltung, die v.a. im Vormärz eine Rolle spielte. Ab 1850 kamen zusätzlich noch kulturpolitische Revuen, Familienzeitschriften, konfessionelle Organe und Satirezeitschriften (z.B. *Simplicissimus* oder *Kladderadatsch*) hinzu.<sup>9</sup> Um die Jahrhundertwende trat schließlich die Illustrierte das Erbe des Familienblattes an. Dieses war noch zum beschaulichen Vorlesen in der Familie konzipiert gewesen, was dem moderner werdenden Leben in der Großstadt nicht mehr entsprach. Die Illustrierte beinhaltete aktuelle Berichterstattung und Photographien und schien so die Menschen der Großstadt eher zu unterhalten. 1891 erschien die erste Nummer der *Berliner Illustrierten Zeitung*, deren Erfolg bald zu weiteren Gründungen von Illustrierten führte.<sup>10</sup>

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begannen auch die Eingriffe in die Pressefreiheit. Kaiser Wilhelm II. hatte das Reich in Kriegszustand versetzt, so daß das Gesetz vom 4. Juni 1851<sup>11</sup> über die Verhängung des Belagerungszustandes für Kriegs- und Friedenszeiten wirksam wurde, das seit 1871 nicht nur für Preußen, sondern für das ganze Reich galt. Der Presse war es verboten, ihre Meinung in Wort, Schrift, Druck oder bildlicher Darstellung frei zu äußern. Am 31. Juli 1914 wurde außerdem vom Reichskanzler ein Katalog mit 26 Punkten erlassen, in dem alle Vorgänge aufgezählt wurden, über die man sich nicht ohne ausdrückliche Genehmigung äußern durfte. Die Überwachung lag bei den Militärbehörden, die sich aber aufgrund von Rechtsunsicherheiten nicht auf eine einheitliche Handhabung einigen konnten. Deshalb übernahm im Oktober 1915 das neue Kriegspresseamt, das der Obersten Heeresleitung direkt unterstellt wurde, diese Aufgabe. Oberster Grundsatz war, der Presse keinen Einblick in deutsche oder ausländische Heeresverhältnisse zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde auch die Präventivzensur eingesetzt. Die Folge war, daß die Presseberichte immer weniger die katastrophale Lage wiedergaben, in der sich das Deutsche Reich befand. Die Zensur wurde benutzt, um propagandistische Verfälschungen herzustellen und die wahrheitsgemäße Berichterstattung zu unterdrücken. So wurden z.B. jene Zeitungen, die pessimistisch über den Eingriff der Amerikaner in den Krieg schrieben, angehalten, die Nachricht mit dem Kommentar zu versehen, daß die Berichte über die Stärke der Truppe übertrieben seien, Schiffe fehlten und die Feier zum 14. Juli der eigentliche Anlaß für die Amerikaner sei, nach Frankreich zu kommen. Die Oberste Heeresleitung benutzte die Zensur auch, um die Verantwortung

---

<sup>9</sup> Vgl. Pürer/Raabe [wie Anm. 8], S. 26f.

<sup>10</sup> Vgl. Wilhelm Marckwardt: *Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen*, München 1982, S. 6-15.

<sup>11</sup> Enthalten in der Preußischen Verfassungsurkunde.

für die Situation der Politik zuzuschreiben, weshalb u.a. Kanzler Bethmann-Hollweg zurücktreten mußte.<sup>12</sup>

Die Presse hielt sich aber nicht immer an die geltenden Bestimmungen. Besonders die liberalen Blätter, wie das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung* sowie die Zentrumspresse zeigten sich relativ unbeeindruckt. Wenig Einfluß hatte die Zensurstelle auf den Abdruck alliierter Heeresberichte oder ausländischer Artikel. Der Abdruck der Heeresberichte war zwar unter der Bedingung der Vollständigkeit und dem Weglassen von Hervorhebungen und Sonderüberschriften zugelassen worden, die Presse mußte aber schon aus Platzmangel oft Absätze streichen, so daß ihr Einfluß am „Zermürben der Heimatfront“ nicht unerheblich war.

Direkte Beeinflussung der Presse war seit 1914 auch durch die Berliner Pressekongressen möglich geworden, die anfangs noch auf Einladung des Generalstabes für die Berliner Blätter stattfanden. Die Zeitungen der Provinz nahmen später auch teil, wurden jedoch auch von Anfang an schon durch *W.T.B.* unterrichtet. Der Beauftragte der Oberzensurstelle gab auf dieser Konferenz Anweisungen, die verbindlichen Charakter trugen. Sie wurden an die Zensurstellen weitergegeben, damit sie sich bis zu den unteren Dienststellen durchschlugen. Zu allen wichtigen öffentlichen Fragen wurde außerdem ein offizieller Kommentar herausgegeben, der zu drucken war. Aber nicht nur den Behörden kam diese Form der Kontrolle entgegen. Viele Journalisten fanden, an den autoritären Führungsstil des Kaiserreiches gewöhnt, das System gerechter als das alte, das einzelne Pressevertreter bevorzugt hatte. Die deutsche Niederlage konnte aber weder vom Kriegspresseamt noch von den Berliner Pressekongressen beschönigt werden. Schon 1916 schien sich die Anweisungspolitik geändert zu haben, als die Grundsätze für die Kriegszielerörterung an die Presse freigegeben wurden. Sie sollten versuchen, alle noch verfügbaren Kräfte im Reich zu mobilisieren. Die Behörden setzten offenbar immer mehr auf die Kooperation und das nationale Pflicht- und Verantwortungsgefühl der Journalisten. Als 1918 das System zusammenbrach, hatte es aber schon großen moralischen Schaden angerichtet, denn das Vertrauen in die wahrheitsgemäße Berichterstattung war verloren gegangen.<sup>13</sup>

Die Regierung hatte erstmals erkannt, daß die Presse die entscheidende Instanz war, mit der sie die öffentliche Meinung erreichen und beeinflussen konnte. Die Pressevertreter konnten die Konferenzen auch aus einem anderen Grund nicht boykottieren: Der eigene Auslandsnachrichtendienst der deutschen Presse bestand seit 1914 nicht mehr. Die meisten Informationen, die z.B.

---

<sup>12</sup> Vgl. Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914-1945 (Geschichte der deutschen Presse; Teil III), Berlin 1972, S. 14-17.

<sup>13</sup> Vgl. ebda., S. 18-22.

auf dem Weg über neutrale Länder nach Deutschland kamen, hatten genauso wie die Mitteilungen der Pressekonferenzen die Absicht, propagandistisch zu beeinflussen. Auch W.T.B. verlor sämtliche ausländischen Vertretungen und Verträge mit anderen Nachrichtenbüros der Welt, das Kabelnetz war für deutsche Nachrichten gesperrt.<sup>14</sup>

Zusätzlich zu den sonstigen Typen der Nachrichtenvermittlung kamen zwei Arten von Flugblättern wieder zu Bedeutung. Zum einen erlebten die Extrablätter der Zeitungen eine Hochkonjunktur. Sie wurden durch Ausrufer oft kostenlos auf der Straße verteilt und sollten die Zeitungen noch aktueller erscheinen lassen. Während des Krieges ergab sich jedoch das Problem, daß so viele Neuigkeiten auf Extrablättern verbreitet werden mußten (v.a. die Siege am Anfang), daß die Blätter wertlos wurden. Außerdem stiegen die Kosten für die Verlage, so daß sie sich in manchen Städten einigten und die Extrablätter abwechselnd produzierten. Ebenso wurden Zensurstellen für die so verbreiteten Nachrichten eingerichtet, um ihrer Entwertung vorzubeugen. Erstmals wurden im Ersten Weltkrieg Kriegsflugblätter massenhaft eingesetzt. Nachdem sich die Entente schon ab 1914 dieses Mittels bedient hatte, wurde auch in Deutschland ab Mitte 1918 das Flugblatt als propagandistisches Mittel im In- und Ausland eingesetzt. Waren diese Kriegsflugblätter ausschließlich von amtlicher Seite verbreitet worden, nutzten auch radikale Gruppen, wie der Spartakus-Bund sie zur Agitation.<sup>15</sup>

Die Herstellung sowohl von Flugblättern als auch Zeitungen stellte in der Zeit nach 1914 ein erhebliches Problem dar. Die Papierknappheit – die letzte Kontingentverordnung vom 1. Juli 1917 verringerte den Papierbezug großer Zeitungen um 50% im Vergleich zu 1914 – verbunden mit den steigenden Auflagen im Zuge des Krieges, führte dazu, daß sich der Umfang der Zeitungen erheblich verringerte. Davon war v.a. der Anzeigenteil betroffen, der in Kriegszeiten ohnehin stark zurückging, da keine Nachfrage mehr nach Produkten bestand. Die Finanzierung der Zeitungen stellte also ein immer schwieriger werdendes Unterfangen dar.<sup>16</sup>

Die Presse hatte sich bis zum Beginn der Weimarer Republik schon zu einer modernen Institution gewandelt, die auch auf andere Errungenschaften der Zeit zurückgriff und bereits einen erheblichen Stellenwert in der Gesellschaft genoß. Der Erste Weltkrieg brachte diese Entwicklung jedoch zur Stagnation, da die Pressefreiheit erheblich eingeschränkt wurde und die wirtschaftliche Situation der Zeitungen sich sehr stark verschlechterte.

---

<sup>14</sup> Vgl. Emil Dovifat: Die Presse, in: Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928, 2. Aufl. Berlin 1928, S. 501-512, hier S. 505f.

<sup>15</sup> Vgl. Schottenloher/Binkowski [wie Anm. 8], S. 103f.

<sup>16</sup> Vgl. Koszyk [wie Anmerkung 12], S. 22f.

## Das Pressewesen der Weimarer Republik

In dieser schwierigen Situation sah sich die Presse 1918 mehreren schwereren Aufgaben gegenüber: Die politische Lage wurde durch Putsche und Aufstände von links und rechts empfindlich gestört. Außerdem mußte sie sich um ihr eigenes Weiterbestehen kümmern. Durch die Pressebeeinflussung und -beschneidung des Krieges war ein Neuaufbau v.a. auch im Ausland nötig geworden, der eine neue Standortbestimmung gerade zur neuen Staatsform der Republik und zum Versailler Vertrag einschloß und oft, insbesondere bei konservativen Blättern, erhebliche Probleme aufwarf.

Bei dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches und dem darauffolgenden Kampf der Regierung gegen radikale linke Gruppierungen hat die Presse eine beachtliche Rolle gespielt. Auch hier wird deutlich, welchen Stellenwert sie mittlerweile in der Gesellschaft der Zeit genoß. Anfang November 1918 hatten sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die versuchten, sich der Regierung zu bemächtigen. Dort, wo sie sich durchsetzen konnten, beschlagnahmten sie die örtlichen bürgerlichen Zeitungen und funktionierten sie zu eigenen Publikationsorganen, u.a. zur *Roten Fahne*, um, deren erste Ausgabe so erscheinen konnte. Die noch arbeitsfähige rechte Presse setzte sich weiter für die Monarchie ein und verkündete, daß sie sich auf die Wiedergabe von Nachrichten beschränken müsse. Am 10. November hob ein Neun-Punkteprogramm des Rats der Volksbeauftragten die Zensur auf und verkündete die Meinungsfreiheit. So konnten am 13. November auch in Berlin wieder alle Zeitungen uneingeschränkt erscheinen. Die Übergriffe der Spartakisten auf einzelne Blätter war von der Reichsregierung rückgängig gemacht worden. Am 18. November erschien die *Rote Fahne* erstmals in einem eigenen Verlag, so daß der Spartakusbund nicht mehr auf Übergriffe auf andere Zeitungen angewiesen war. Sogar ein eigenes Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates, das auch W.T.B. zensierte, wurde eingerichtet.

Die Ruhe währte jedoch nicht lange. Während in den übrigen Teilen Deutschlands die Aufstände anhielten, kam es im Dezember auch in Berlin zu blutigen Auseinandersetzungen. Diese kulminierten Ende des Monats und Anfang Januar 1919 mit dem erneuten Aufstand von Matrosen, die u.a. die Redaktion des *Vorwärts* besetzten und gegen die von Seiten der Regierung vorgegangen wurde. Nachdem Anfang Januar die drei USPD-Mitglieder den Rat der Volksbeauftragten verlassen hatten und in Bremen die Räterepublik ausgerufen worden war, erreichten die bewaffneten Straßendemonstrationen der radikalen Linken ihren Höhepunkt. Die Reichsregierung setzte sich jedoch mit Hilfe des Militärs am 13. Januar durch und so konnte auch der *Vorwärts* wieder erscheinen. Die *Rote Fahne* wurde jedoch bis zum 3. Februar verboten. Die

Möglichkeit eines Rätesystems war am 19. Januar 1919 mit der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung zunichte gemacht worden.

Die Unruhen waren damit jedoch nicht vorbei. Während der Generalstreik in Berlin, bei dem auch die Presse bestreikt wurde, die nicht wie sonst üblich erscheinen konnte, schnell beendet wurde, konzentrierte sich die Revolution diesmal auf München. Nachdem am 21. Februar 1919 Kurt Eisner, der Führer des revolutionären Flügels der USPD, in München ermordet worden war, fingen die Auseinandersetzungen an. Da die Arbeiter- und Soldatenräte die Ansicht vertraten, die Hetze bürgerlicher Blätter hätten den Mord provoziert, wurden diese entweder besetzt oder vorzensuriert. Am 7. April erfuhr die bayrische Bevölkerung, daß die Räterepublik ausgerufen worden war. Diese sowie weitere Erklärungen der Räte wurden hauptsächlich durch Flugblätter verbreitet, die aus Flugzeugen abgeworfen wurden. Die sonstige Presse stand unter strengster Zensur; sie sollte erst nach der geplanten Sozialisierung wieder freigegeben werden. Erst am 3. Mai konnten alle Zeitungen wieder ungehindert erscheinen, nachdem Regierungstruppen die Räterepublik beendet hatten. Über die kommunistischen Zeitungen wurde jedoch ein Verbot verhängt.

Neben vielen lokalen Auseinandersetzungen ist hier v.a. der Kapp-Putsch erwähnenswert. Diesmal ging die Bedrohung von einer rechten Gruppe aus. Nachdem am 10. März 1920 die Marine- und Reichswehrstärke auf 100.000 begrenzt worden war, marschierte Kapp am 12. März mit seinen Truppen in Berlin ein und übernahm die Regierung. Dabei stellte sich sowohl für die geflüchtete Reichsregierung wie für die Putschisten das Problem der Kommunikation mit der Bevölkerung. Gerade die neue Regierung Kapp hatte dabei kein Glück, da der ausgerufen Generalstreik verhinderte, daß Zeitungen erscheinen konnten. So mußte sie sich mit wenigen Extrablättern aus der Reichskanzlei und mit Flugblättern begnügen. Eine wichtige Rolle spielte auch W.T.B. Die Agentur war von den Truppen Kapps besetzt worden, konnte aber durchsetzen, daß hinter jede Nachricht der Zusatz „Meldung der Reichskanzlei“ gesetzt wurde. Außerdem entband die Agentur ihre Vertragspartner von ihren Verpflichtungen, um sie von der Zensur der neuen Regierung unabhängig zu machen. Aber auch die Nachrichten aus Berlin unterlagen mancherorts Zensurbestimmungen. So verhängte die württembergische Regierung die Vorzensur über alle Nachrichten und Kommentare, die aus der Hauptstadt eintrafen. Nach dem Rücktritt Kapps schien die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes erst einmal gebannt zu sein. Der Generalstreik wurde zwar fortgeführt und auch auf regionaler Ebene fanden, wie im Rheinland, immer wieder Versuche der linken Gruppierungen statt, die zum Ziel hatten,

die Regierungen zu stürzen, zu großen Ausschreitungen kam es jedoch nicht mehr.<sup>17</sup>

Der Umgang der Regierung mit der Presse während dieser Umbruchszeiten verdeutlicht den Stellenwert und auch die Probleme der Presse am Anfang der Weimarer Republik. Die Aufständischen der Linken und die Putschisten der Rechten legten großes Gewicht darauf, die Zeitungen in ihre Gewalt zu bringen, weil sie die einzigen Organe waren, die sie mit der Bevölkerung verbanden. Dabei waren sie nicht nur als Organe der Informationsvermittlung zu gebrauchen, sondern dienten v.a. auch propagandistischen und agitatorischen Zwecken. Der Stellenwert der Presse für politische Zwecke war aber zugleich auch ihr Problem. Zum einen sah sie sich permanenter Zensur ausgesetzt, sei es von den Arbeiter- und Soldatenräten, die die bürgerliche Presse und den *Vorwärts* besetzten, sei es von der Regierung, die infolgedessen die revolutionären Blätter kontrollierte. Daraus resultierte, daß eine neue Identitätsfindung der einzelnen Zeitungen nach dem Auflösen des Kaiserreiches erheblich erschwert wurde. Die Blätter mußten nun ihre künftigen Haltungen zur neuen Republik, zur Monarchie, zum Versailler Vertrag und anderen heiklen Themen bestimmen. Die Unterbrechungen durch die Zensur und die unsichere politische Situation führten dazu, daß dieser Prozeß relativ lange dauerte. Verstärkt wurde dies Anfang der Zwanziger Jahre durch die angespannte wirtschaftliche Situation der Inflation, so daß erst Mitte der Zwanziger Jahre sich das System der zukünftigen Presse herausbilden konnte.

Ein Blick auf das Pressewesen der Zwanziger Jahre zeigt deutlich, daß es nur sehr wenige Blätter gab, die unter keinem Fremdeinfluß standen oder die ihre Freiheit bewahren konnten. Dabei spielten Parteien und andere Interessengruppen sowie in zunehmendem Maße die Wirtschaft eine bedeutsame Rolle. Die Presse der Parteien oder die parteinahen Blätter wurde in der Weimarer Republik zunehmend wichtiger, da das parlamentarische System die Parteien aufwertete und so die Kommunikation zwischen ihr und der Wählerschaft immer entscheidender für den politischen Erfolg wurde. Dabei hatte jede politische Richtung ihre eigene Art und Weise mit der Presse umzugehen.

Die Kommunistische Partei (KPD) führte ihre Parteizeitungen streng zentralistisch. Sie besaß ein Zentralorgan (*Die Rote Fahne*), das den Inhalt der anderen kommunistischen Blätter mitbestimmte. Die erste Ausgabe der *Rote Fahne* wurde mit der Besetzung des Scherl-Verlages am 9. November 1918 gedruckt, seit dem 18. November erschien sie regelmäßig als Zentralorgan der KPD, das sein Hauptverbreitungsgebiet in den Berliner Arbeiterbezirken hatte. Hatte die Erstausgabe noch eine Auflagenhöhe von 15.000 Exemplaren, war sie bis

---

<sup>17</sup> Vgl. ebda., S. 26f.



in die Mitte der Zwanziger Jahre auf 65.000 bis 70.000 Exemplare gestiegen.<sup>18</sup> Der Inhalt des Blattes wurde durch die Parteizentrale vorgegeben und sollte weniger berichterstaten als propagandistisch und erzieherisch wirken.<sup>19</sup> So waren die ersten Ausgaben weniger von den Ereignissen jener Tage, wie dem Waffenstillstand, dem Thronverzicht oder schließlich dem Versailler Vertrag erfüllt, als vielmehr von Kritik an der Sozialdemokratie: „*Vier Jahre lang haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten, euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse ‚das Vaterland‘ verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte: Jetzt, da der Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken.*“<sup>20</sup>

Der KPD stand jedoch nicht nur die *Rote Fahne* zur Verfügung, die allein wahrscheinlich Schwierigkeiten gehabt hätte, die proletarischen Massen zu erreichen, da sie eine der Zeitungen war, die am häufigsten verboten wurde. So zählt Koszyk allein für das Jahr 1932 124 Verbotstage bei 307 Erscheinungstagen.<sup>21</sup> Die kommunistische Presse bekam zudem die Wirtschaftskrise besonders stark zu spüren, da sich ein hoher Erwerbslosenanteil (1931 ca. 80%) unter den Parteimitgliedern befand, der sich den Bezug der Zeitung nicht mehr leisten konnte, obwohl dies zur Pflicht jedes Mitgliedes gehörte.<sup>22</sup> So wurde die Gesellschaft Willi Münzenbergs unentbehrlich, aus der die Zeitschrift *Arbeiter-Illustrierte Zeitung*, die Berliner Boulevard-Zeitung *Welt am Abend* mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren und *Berlin am Morgen* mit einer Auflage von 60.000 herausragten. Außerdem gab es etliche lokale Blätter, wie den *Kämpfer* in Chemnitz oder die *Neue Zeitung* in München mit jeweils über 10.000 Exemplaren.

Die sozialdemokratische Presse hatte zunächst mit ganz anderen Problemen zu kämpfen. Nach den Unruhen von 1918 und 1919, bei denen auch das Verlagshaus des *Vorwärts*, des Parteiorgans der SPD besetzt worden war, war die Bewegung der Linken vorerst unwiderruflich gespalten. So besaßen die Unabhängigen Sozialdemokraten ihr eigenes Parteiorgan: *Die Freiheit*. Erst 1922, als sich die beiden Parteien wieder vereinigten, wurde sie eingestellt und der *Vorwärts* der Mehrheitssozialdemokraten zur gemeinsamen Zeitung. Diesem machte v.a. die Konkurrenz durch die bürgerlichen Blätter wirtschaftlich zu schaffen. So sank die Höhe der Auflage von 300.000 Exemplaren pro Morgen-

---

<sup>18</sup> Vgl. Burkhard Assmuss: Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923, Berlin 1994, S. 66.

<sup>19</sup> Vgl. Otto Groth: Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik), Bd. 2, Mannheim, Berlin, Leipzig 1929, S. 428.

<sup>20</sup> *Rote Fahne*, Ausgabe vom 10. November 1918, zitiert nach: Assmuss [wie Anm. 18], S. 127.

<sup>21</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 328.

<sup>22</sup> Vgl. ebda., S. 326 und Groth [wie Anm. 19], S. 426.

und Abendausgabe 1918 auf 82.000 1929. Während der Zeit der Präsidialkabinette hatte die Zeitung immer wieder mit Verboten zu kämpfen, da sie sich inhaltlich nicht von ihrem antinationalsozialistischen Kurs abbringen ließ. Insgesamt waren die Artikel des *Vorwärts* mehr von aktuellen politischen Themen erfüllt als die der *Roten Fahne*, wobei der Tenor sich stets gegen nationale und antisemitische Parolen richtete. Eine andere Hauptsorge war die Spaltung der linken Bewegung.<sup>23</sup>

Am Anfang der Republik fiel es der sozialdemokratischen Presse schwer, ihre politische Richtung neu zu bestimmen. Sie war nun nicht mehr das Organ der Opposition von einst, konnte aber dennoch die Arbeit der Regierung nicht nur kritiklos hinnehmen, wollte sie ihre Leser behalten. Sie mußte eben darauf achten, daß sie wirklich nur der Sozialdemokratie verpflichtet blieb. Die Blätter waren durch Personalunionen eng mit der Partei verbunden – aus Mangel an qualifizierten sozialdemokratischen Journalisten gingen meist hohe Parteifunktionäre zu den Zeitungen – eine Tendenz, die im Laufe der Zwanziger Jahre durch zunehmende Zentralisation verstärkt wurde. Neben dem Korrespondenzdienst *Sozialdemokratischer Pressedienst* gewann die 1925 gegründete *Konzentration A.G.* dabei große Bedeutung, die betriebliche Aufgaben wie Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen sowie Revisionen übernahm. Neben dem *Vorwärts* und etlichen lokalen sowie Unterhaltungszeitungen hatte noch das wissenschaftliche Organ der SPD *Die Gesellschaft*, 1924 gegründet, größere Bedeutung.<sup>24</sup>

Das Zentrum organisierte seine Presse wesentlich dezentralisierter. Zum einen gab es kein offizielles Parteiorgan, denn die *Germania*, die der Partei am nächsten stand, hatte nur einen begrenzten Leserkreis (35.000). Die meisten Leser erreichte die *Kölnische Volkszeitung* (70.000). Außerdem blieben die Blätter das Eigentum von Einzelpersonen oder Gesellschaften, die um das wirtschaftliche Überleben kämpfen mußten, was auch größere Unabhängigkeit von der Partei brachte, die nur im Laufe der Jahre durch Zusammenschlüsse von Zeitungen, v.a. nach der Inflation eingeschränkt wurde. Die einzige Bindung, die die Partei vorschrieb, war, daß sich überregionale Zeitungen von der Parteizentrale bestätigen lassen mußten und die Herausgabe einer Korrespondenz, zu deren Abnahme alle Zeitungen des Zentrums verpflichtet waren.<sup>25</sup>

Inhaltlich verteidigte die *Germania* bis Mitte der Zwanziger Jahre ihre Stellung in der politischen Mitte, indem sie sowohl gegen die bolschewistischen Übergriffe des Anfangs der Republik als auch gegen allzu nationale Tendenzen schrieb. Das änderte sich 1923, als Franz von Papen Hauptaktionär der Zei-

<sup>23</sup> Vgl. Assmuss [wie Anm. 18], S. 60f., 119, 190, 275 u. 354.

<sup>24</sup> Vgl. Groth [wie Anm. 19], S. 424, Koszyk [wie Anm. 12], S. 303-319.

<sup>25</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 290-302.

tung wurde, obwohl sich deren Redakteure laut Koszyk bemühten, den bisher eingeschlagenen Weg beizubehalten.<sup>26</sup> Insgesamt hatte die Parteipresse die Aufgabe, „in freier Berichterstattung und freiem Meinungs Austausch ein getreues Bild des Parteilebens im Lande zu geben, die Parteimitglieder politisch zu schulen und die Interessen der Partei, insbesondere ihre Einheit und Geschlossenheit zu wahren.“<sup>27</sup>

Das Pressewesen der liberalen Parteien ist sehr schwer zu beschreiben, da sie keine expliziten Parteiorgane hatten und die Übergänge zwischen den einzelnen Parteirichtungen fließend waren. DDP und DVP hatten außerdem im Vergleich zu den anderen Parteien wenig Einfluß auf ihre Zeitungen. Sie gaben zwar jeweils eine Korrespondenz heraus (*Demokratischer Zeitungsdienst* der DDP und *Nationalliberale Korrespondenz* der DVP) und gründeten jeweils einen Presseverein (*Deutscher Demokratischer Presse-Verein* und der *Presseverein der Deutschen Volkspartei*), in dem Verleger und Redakteure den Kontakt zur Partei pflegten und die Interessen ihrer Zeitungen gemeinschaftlich nach außen vertraten; die zentralistische Organisation der Linksparteien oder die Nähe der Zentrums Presse zu ihrer Partei hat es jedoch bei den Liberalen nie gegeben. Bei ihnen wurde eher auf die Kooperation mit parteinahen Blätter gesetzt. So standen der DDP die *Frankfurter Zeitung*, die Zeitungen des Mosse- und des Ullsteinverlages in Berlin und etliche andere Lokalzeitungen nahe. Die DVP griff hauptsächlich auf die *Tägliche Rundschau* und die Zeitungen des Stinneskonzerns zurück. Dabei orientierte sich die *Frankfurter Zeitung*, die eine sehr hohe Informationsdichte besaß, an der Sozialdemokratie und an deren demokratischen und sozialen Grundsätzen, während sie sich von der DVP, die nationalere Töne anschlug, abgrenzte.<sup>28</sup>

Die konservative Presse der DNVP stand unter dem Einfluß der Unternehmen Alfred Hugenburgs. Auch bei den Deutschnationalen gab es kein Parteiorgan, sondern ebenfalls ein System von parteinahen Blättern, das sehr umfangreich war: 1928 konnten der DNVP von 1300 Zeitungen, die eine Richtung angaben, 500 Titel zugerechnet werden. Dabei sind die *Neue Preussische (Kreuz) Zeitung* und der *Tag* in den dreißiger Jahren zu nennen. Durch Hugenburgs Unternehmen, die durch Anzeigengesellschaften und Maternkorrespondenzen sowie durch die Nachrichtenagenturen *Telegraphen-Union* und *Transocean*, auch Einfluß auf einen Großteil der Provinzpresse erhalten konnten, kann der An-

---

<sup>26</sup> Vgl. ebda. u. Assmuss [wie Anm. 18], S. 52, 102, 174, 256, 342.

<sup>27</sup> Groth [wie Anm. 19], S. 448.

<sup>28</sup> Vgl. ebda., S. 458f., Koszyk [wie Anm. 12], S. 258-283, Assmuss [wie Anm. 18], S. 54, 110, 182, 264, 349, 426, 510.

teil der deutsch-national gefärbten Presse in der Weimarer Republik gar nicht überschätzt werden.<sup>29</sup>

Im Gegensatz dazu war die Presse der NSDAP äußerst zentralistisch organisiert. Das Zentralorgan war der *Völkische Beobachter*, der in München herausgegeben wurde und dessen Bezug für jedes Parteimitglied Pflicht war. Die Auflagenhöhe war großen Schwankungen unterworfen, da das Blatt oft verboten wurde. So durfte es 1920 und 1921 wegen antisemitischer Ausfälle wiederholt nicht erscheinen und nach dem Verbot in Folge des Hitler-Putsches mußte der Leserstamm erneut aufgebaut werden. Außerdem gab die NSDAP nach 1925 31 Zeitungen und Zeitschriften in der Provinz heraus. Dabei griff ab 1926 schon die innere Parteizensur, die nach 1933 auf alle Zeitungen Deutschlands ausgedehnt werden sollte. Je ein Exemplar der zu erscheinenden Provinzpresse mußte der Propagandaabteilung vorgelegt werden.<sup>30</sup> Wie wichtig Hitler die Pressearbeit war und zu welchen Zwecken er sie verfolgte, hat er in einem Leitartikel des *Völkischen Beobachters* vom 25. und 28. Januar 1921 deutlich gemacht: „Soll aber eine Bewegung mit Erfolg Aufklärung in die breitesten Massen unseres Volkes hineintragen können, dann genügen auf die Dauer nicht Versammlungen, Sprechabende und Aufklärungskurse, die stets nur einem beschränkten Kreis von Hörern zugänglich sein werden, sondern dann muß hier auch die schärfste Waffe in den Dienst der völkischen Aufklärung restlos eingesetzt werden, die Presse. Eine Presse, die in rücksichtsloser Entschlossenheit an sozialen und nationalen Schäden aufdeckt, was aufzudecken ist, die als ununterbrochener Mahner des völkischen Gewissens auftritt, [...]“.<sup>31</sup>

Außer diesen Zeitungen, die entweder Parteiorgane waren oder zumindest Parteien nahestanden, gab es auch Blätter von anderen Organisationen wie den Kirchen oder Gewerkschaften, deren Verhältnis zur Dachorganisation ähnlich ausgeprägt war wie bei den Parteien. Das Pressewesen der Weimarer Republik hat jedoch auch Zeitungen aus dem Kaiserreich weitergeführt, die nicht explizit eine Richtung vertraten, sondern die ihr Interesse nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gestalteten. Natürlich mußten auch diese Zeitungen eine politische Meinung vertreten – zumindest die Entscheidung zwischen Zustimmung und Ablehnung der Republik mußte gefällt werden – aber sie hatten die Freiheit, diese auch wieder zu ändern, wenn sie nicht profitabel genug schien. Vertreter dieser Richtung waren v.a. die Generalanzeiger, die durch einen großen Unterhaltungsteil, weniger anspruchsvolle Artikel und niedrigen Preisen für Abonnements und kleine Anzeigen teilweise auf 100.000 und mehr Leser kamen. Otto Groth steht den Generalanzeigern seiner Zeit

<sup>29</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 240f.

<sup>30</sup> Vgl. ebda., S. 380f., Groth [wie Anm. 19], S. 466.

<sup>31</sup> Zitiert nach: Koszyk [wie Anm. 12], S. 381.

zwiespältig gegenüber: „Durch sie kam in die deutsche Presse ein neuer anregender Faktor: die Ausbildung einer lockenden Aufmachung, einer wirkungsvollen Anordnung, eine Bereicherung des lokalen Teils, eine Auffrischung des Nachrichtendienstes, eine Belebung des Feuilletons, eine Zurückdrängung des parteipolitischen Gezänkes, eine Vervollkommnung des Inseratenteils und des Zustelldienstes, und auch Gewinnung weiterer Leserschichten soll zu ihren Gunsten verbucht werden. Aber dem steht gegenüber die schwere Schuld, daß sie die Oberflächlichkeit und Sensationslust des Publikums nähren, daß sie sich noch niedrigeren Instinkten dienstbar machen, daß sie durch die Umschmeichlung des Publikums und die Grundsatzlosigkeit ihrer Politik große Massen nicht zu ernsthaftem politischem Denken kommen lassen und sich an der ersten Pflicht der Presse, den öffentlichen Geist zu erziehen und zu bilden versündigen, daß sie durch den Supremat der geschäftlichen Interessen das publizistische Verantwortungsgefühl in großen Teilen des deutschen Journalismus vermindert oder zerstört haben.“<sup>32</sup>

Die Weimarer Republik verfügte außerdem über ein großes System von Zeitschriften, die ebenfalls teils Neugründungen teils Relikte aus dem Kaiserreich waren. Dabei gab es eine ähnliche Unterteilung wie bei den Zeitungen. Jede Partei hatte ihre eigenen Blätter, die die politische Meinungsbildung beeinflussen sollten. So verfügte z.B. die SPD über die *Sozialistischen Monatshefte* und die NSDAP als Gegenstück dazu über die *Nationalsozialistischen Monatshefte*. Hier soll sich jedoch auf die Zeitschriften beschränkt werden, die keiner Partei direkt zugeordnet werden können und die aufgrund ihrer pazifistischen und meist linken Weltsicht häufiger Probleme mit den Zensurbehörden bekamen. Diese „Außenseiterzeitschriften“ konnten die intellektuelle Elite dieser Zeit für sich gewinnen: Carl v. Ossietzky, Kurt Tucholsky, Bertha v. Suttner, George Grosz, Karl Kautsky, Leo Trotzki, Alfred Döblin, Carl Zuckmayer, Bertolt Brecht etc. Besonders aktiv in dieser Richtung war die Zeitschrift *Weltbühne*, die von Carl v. Ossietzky herausgegeben wurde. Dementsprechend oft hatte sie auch mit Verboten zu kämpfen, die meistens von Gruppen beantragt wurden, die von ihrer Kritik betroffen waren, wie z.B. Militär und Kirche. Zu nennen ist außerdem der *Montag Morgen*, ebenfalls von Ossietzky herausgegeben, das linksliberale *Tage-Buch* sowie etliche explizit pazifistische Blätter wie *Der Pazifist*. Hatten die satirischen Zeitschriften, wie *Simplicissimus* oder der *Eulenspiegel*, in der Weimarer Republik eigentlich ihre Bedeutung verloren, gerieten sie trotzdem immer wieder mit den Behörden in Konflikt.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Groth [wie Anm. 12], S. 539.

<sup>33</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 283-290, Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts*, München 1973, S. 323-341, Klaus Petersen: *Zensur in der Weimarer Republik*, Weimar 1995, S. 144f.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Presse der Weimarer Republik sehr pluralistisch war und, da es das Informationsmedium der Zeit war, eine große Leserschicht erreichte. Was die Freiheit der Presse anbelangt, so sieht man, daß so gut wie jede Zeitung oder Zeitschrift von Interessen beherrscht wurde, die im Hintergrund agierten. Entweder wurde die Richtung von der Partei bestimmt oder die wirtschaftliche Überlegungen zwangen zu bestimmten Richtlinien. Neben den obengenannten Faktoren, die auf die Presse einwirkten, spielten die Wirtschaft in Person einiger Großindustrieller sowie die Regierungen entscheidende Rollen.

### Presse und Wirtschaft

*„An Stelle der Fesseln, die die Willkür der Regierungen um die Presse legte, sind heute die Ketten getreten, mit denen wirtschaftliche Interessen die Presse in ihrer Gewalt haben und die vielfach schwerer drücken als alle sonst noch fühlbaren Bande, wie Rücksichten auf Informationsquellen, auf Parteibedürfnisse und Massenmeinungen, lokale und Vereinswünsche usw.“*<sup>34</sup> Otto Groth hat hiermit das Verhältnis der Presse zur Wirtschaft in der Weimarer Republik treffend beschrieben.

Der Einfluß, den reiche Großindustrielle schließlich auf die Presse erlangen konnten, lag in der mißlichen wirtschaftlichen Lage vieler Zeitungen nach dem Ersten Weltkrieg und in den Inflationsjahren begründet. Der Kampf gegen Papier- und Anzeigenknappheit hatte viele Blätter an den Rand des Ruins getrieben. Dennoch gab es bis zum Beginn der Weimarer Republik nicht allzu viele Zeitungen, die die wirtschaftliche Krise gar nicht überstanden. Von den 4221 Zeitungen, die für 1914 gezählt wurden, waren 502 (11,9%) 1918 nicht mehr vorhanden. Außerdem waren 89 Titeländerungen zu verzeichnen und 223 Blätter, deren Erscheinen nur vorläufig eingestellt wurde. Dieser Rückgang an Zeitungen, der nicht als besonders hoch betrachtet werden kann, betraf v.a. die kleineren Blätter.<sup>35</sup>

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich 1918 und Anfang der Zwanziger Jahre für die Presse auftaten, stellten für die Großindustrie die Chance dar, ihre Macht auch auf die öffentliche Meinung auszudehnen. Dabei stand ihnen ein sehr wirksames Druckmittel zur Verfügung. Wenn Zeitungen im redaktionellen Teil Artikel druckten, die entweder gegen die entsprechenden Interessengruppen oder auch nur gegen den jeweiligen Industriezweig gerichtet waren, konnten die betreffenden Firmen ihr Anzeigenpotential aus der Zeitung zurückziehen und diese damit finanziell erheblich schwächen. Dieses Mittel wendete die Industrie hauptsächlich dann an, wenn sie vorhatte, einzelne Blätter zu übernehmen.

---

<sup>34</sup> Vgl. Groth [wie Anm. 19], S. 569.

<sup>35</sup> Vgl. ebda., S. 24.

Der wirtschaftliche Einfluß auf die Presse war jedoch vielfältigerer Art. So stellten Zeitungen, die von bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppen (wie die *Deutsche Tageszeitung* des Reichslandbundes) herausgegeben wurden oder Korrespondenzen von Verbänden (wie die *Reichsindustrie* des Reichsverbandes der Deutschen Industrie), die eindeutig der Wirtschaft zugeordnet werden konnten, noch keine Gefahr für die Pressefreiheit dar.<sup>36</sup> Gerade die großindustriellen Interessengruppen verfolgten aber mehr und mehr die Praxis, sich anonym über neugegründete Aktiengesellschaften in die Verlage oder Zeitungen einzubringen und so ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen (meist DNVP oder DVP) in vormals demokratische Blätter einzuschleusen. Am meisten eignet sich zur Beschreibung dieser Vorgänge der Konzern von Alfred Hugenberg (DNVP). Ihm ist es nicht nur gelungen, das größte Medienimperium von allen Großindustriellen zu schaffen, er ist auch derjenige mit den vielfältigsten Firmen, die auf die Presse Einfluß nehmen konnten. Die Größe seines Unternehmens lag vielleicht auch darin begründet, daß Alfred Hugenberg im Gegensatz zu anderen Industriellen die Pressearbeit nicht als Nebenverdienst und zusätzliche Werbung für sein Unternehmen ansah, sondern sich in der Zeit der Weimarer Republik schließlich ganz auf die Pressearbeit verlegte. Den Grundstein für sein Medienimperium legte er bereits 1916, indem er den Großverlag August Scherls über den (selbst gegründeten) *Deutschen Verlagsverein* aufkaufte. Drei große Berliner Zeitungen sowie etliche Zeitschriften und Illustrierten bildeten so die Grundlage für ein weiteres Vorgehen. 1917 erlangte er über die *Neudeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft mbH* maßgeblichen Einfluß auf die *Deutsche Zeitung*, *Berliner Neueste Nachrichten* und Zeitschriften wie die *Süddeutschen Monatshefte*.<sup>37</sup>

Über diese offensichtliche Medienbeteiligung hinaus hatte Alfred Hugenberg noch zahlreiche Unternehmen gegründet, die indirekt Einfluß auf die Presse ausüben konnten. Den größten Anteil daran hatte die VERA (*Verlags-Anstalt GmbH*). Im November 1917 gegründet, war ihre Aufgabe, Zeitungen und Verlagen Fachberatungen gegen Honorar anzubieten.<sup>38</sup> Dieser Dienst, der von zahlreichen Zeitungen in Anspruch genommen wurde, schloß Beratungen und Arbeiten im Bereich der Betriebs- und Buchführung, der Steuern und des Rechts, der Sanierung, der Vermittlung von Materialien usw. ein. Ohne daß Hugenberg für die Öffentlichkeit in Erscheinung trat, hatte also sein Unternehmen erheblichen Einfluß auf eine große Anzahl von Blättern.<sup>39</sup> In Personalunion mit der VERA stand das Unternehmen *Mutuum*, das sich zusammen

---

<sup>36</sup> Vgl. Groth [wie Anm. 19], S. 568 u. 601.

<sup>37</sup> Vgl. Schottenloher/Binkowski [wie Anm. 8], S.113.

<sup>38</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 227.

<sup>39</sup> Vgl. Groth [wie Anm. 19], S. 589f.

mit dem ebenfalls 1922 gegründeten *Alterum* als Finanzierungsgesellschaften für Personen etablierte, die ohne das Wissen der jeweiligen Verleger sich an einer Zeitung beteiligen wollten. Die Kontakte stellte die VERA her und so gelang es der Gruppe, sich bis 1928 an den bedeutenden Zeitungen *München-Augsburger Abendzeitung* und *Süddeutsche Zeitung* sowie an kleineren in Darmstadt, Elberfeld, Magdeburg, Halle und anderen Städten zu beteiligen.

Den Zugriff auf die Provinzpresse sicherte sich Hugenberg außerdem durch die Wipro (*Wirtschaftsstelle für die Provinzpresse*), die 1922 gegründet wurde. Dieses Unternehmen, das sich einerseits als Korrespondenzbüro mit Matern- und Nachrichtendienst betätigte und andererseits die Vermittlung von Verlagsgeschäften übernahm, bestimmte die Provinzpresse in hohem Maße.<sup>40</sup> Da Hugenberg außerdem ein großes Nachrichtenbüro besaß, war sein Einfluß auf die Provinzpresse nahezu lückenlos.

1913 gründeten Großindustrielle die *Telegraphen-Union* (TU). Ihre Politik war im ganzen rechtskonservativ. Die Gründer störten sich v.a. an der Berichterstattung des einzigen anderen großen deutschen Nachrichtenbüros W.T.B., dem sie die Veröffentlichung amtlicher Nachrichten, den direkten Einfluß des Auswärtigen Amtes bei allen außenpolitischen Meldungen und die fehlenden Berichte in der ausländischen Presse, die die deutschen Interessen wahrnahmen, vorwarfen. Durch Verträge mit ausländischen Nachrichtenagenturen, die ebenfalls nicht dem Kartellvertrag unterstanden, wurden der Agentur auch Nachrichten aus dem Ausland zugänglich. 1916 erhielt Alfred Hugenberg den größten Anteil an der TU und schaffte sich so auch eine Nachrichtenagentur für sein Imperium. Außerdem saß er im Aufsichtsrat der *Transocean GmbH*, einem Nachrichtendienst, der schon 1914 gegründet, während des Krieges aber beschlagnahmt worden war. Sie hatte die Aufgabe, das Ausland aus und über Deutschland zu informieren.<sup>41</sup>

Neben dem Inhalt der Zeitungen, den Hugenberg durch die TU und Wipro beeinflusste, und dem Besitz einzelner Blätter und Verlage nutzte der Großindustrielle auch das Anzeigenwesen zu seinen Zwecken. Die *Allgemeine Anzeigen GmbH* (Ala), 1914 unter anderem Namen gegründet, stellte eine Anzeigenvermittlung dar. Hugenberg war auch hier Aufsichtsratsvorsitzender der Aktiengesellschaft. Zwar mußte die Ala im Interesse ihrer Kunden die Anzeigen an Zeitungen aller Richtungen vermitteln, sie hatte aber doch die Möglichkeit, den industriefreundlichen Zeitungen mehr Inserate und so auch mehr Einnahmen zukommen zu lassen als anderen, da die Auftraggeber der Gesellschaft meistens freie Hand in der Verteilung ließen.<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Vgl. ebda., S. 608.

<sup>41</sup> Vgl. Pürer/Raabe [wie Anm. 8], S. 42f.

<sup>42</sup> Vgl. Groth [wie Anm. 19], S. 611f.



Neben Hugenberg und zahlreichen anderen rechtskonservativen Großindustriellen, die sich in der Presse engagierten, sind die liberalen Großverlage zu nennen. Hier spielten v.a. Mosse und Ullstein eine bedeutende Rolle, auch wenn sie nicht an Hugenbergs Imperium heranreichten und teilweise unter ihm zu leiden hatten. Der Verlag Rudolf Mosse bekam das besonders zu spüren. Er gab u.a. die bürgerlichen Blätter *Berliner Tageblatt* und *Berliner Volkszeitung* heraus. Schlechtes Wirtschaften und die harte Konkurrenz der Ala bei der Verteilung der Anzeigen führten den Verlag 1932 in den Konkurs. Der Ullstein-Verlag gab neben der *Berliner Morgenpost* und der *BZ am Mittag* auch die „gutbürgerliche“ *Vossische Zeitung* heraus. Er hielt sich sowohl wirtschaftlich als auch in seiner politischen Richtung bis 1930. Nach dem großen Erfolg der NSDAP begannen die Ullsteins jedoch, sich einem nationalistischen Kurs anzupassen.

### Presse und Reichsregierung

Die Verzahnung von Presse und Reichsregierung blieb nach dem Ersten Weltkrieg bestehen. Zwar waren die Anweisungen und Zensurbestimmungen nicht mehr in dem Umfang vorhanden wie im Krieg, aber im Gegensatz zu denen der Kriegsregierungen hatten die regierungsbildenden Parteien der Weimarer Republik erheblich mehr Einfluß auf die Presselandschaft durch parteiinterne oder -nahe Blätter.

Nach dem Krieg bestand nun die Aufgabe, die Presseabteilung der Reichsregierung neu zu ordnen. Am 21. Oktober 1918 war die Leitung der Nachrichtenpropaganda schon auf den Reichskanzler übergegangen. Auch 1919 wurde die Zentralisation der Pressearbeit gewünscht. Nur die einzelnen Ministerien hofften noch, sich möglichst viel ihrer Autonomie bewahren zu können. Am 1. Oktober 1919 wurde schließlich die *Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes* ins Leben gerufen. Deren Direktor, der Reichspressechef, wurde vom Reichskanzler ernannt und auch im Etat der Reichskanzlei geführt, während die Presseabteilung dem Etat des Auswärtigen Amtes zugehörte. Er hatte die gesamte Politik der Reichsregierung in der Presse des In- und Auslandes zu vertreten. Dies hatte zur Folge, daß parteipolitische Gründe bei der Ernennung des jeweiligen Reichspressechefs eine große Rolle spielten. So gehörte Ulrich Rauscher, der das Amt von Dezember 1918 – Juli 1920 leitete, der Sozialdemokratie an, während Arnold Kalle (August – Dezember 1923) unter Gustav Stresemann der DVP angehörte und sich z.B. von Papen und Schleicher ebenfalls parteilose Pressechefs beriefen. Insgesamt besetzten während der Weimarer Republik neun Personen diesen Posten, von denen Walter Zechlin (November 1926 – Juni 1932; SPD) am längsten

amtierte.<sup>43</sup> Seine Aufgaben bestanden darin, den Kontakt sowohl zur Presse als auch zur Reichsregierung zu wahren. So erstattete er täglich dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten Bericht und nahm an den Kabinettsitzungen und Referentenbesprechungen des Auswärtigen Amtes teil. Außerdem stellte er sich täglich den Journalisten in einer Pressekonferenz und gab wöchentlich den ausländischen Journalisten Auskunft.<sup>44</sup>

Der direkte Kontakt zur Presse wurde auch in den einzelnen Dienststellen gepflegt. Sie waren in elf Referate untergliedert, die ein Inlands- und sechs Auslandsreferate beinhalteten, ferner je ein Referat für die Organisation der Nachrichtenvermittlung ins Ausland, für Lese- und Archivdienst, für Verwaltungs-, Personal-, Finanz- und Archivdienst und die Reichszentrale für Heimatdienst. Die Aufgaben der Referate sind in einer Niederschrift über die „Einrichtung eines Pressebüros“ folgendermaßen dargelegt: „1. Die Tagespresse ist täglich zu lesen, und Zeitungsausschnitte sind in sachgemäßer Zusammenstellung an die verschiedenen Regierungsstellen weiterzuleiten. 2. Amtliche und halbamtliche Verlautbarungen der Regierung sind durch die zur Verfügung stehenden Telegrafbüros, Korrespondenzen und Tageszeitungen zu veröffentlichen. 3. Die Absichten und die Maßnahmen der Regierung sind gegenüber der Presse in geeigneter Weise besonders da zu begründen, wo nach Lage der Dinge Widerspruch zu erwarten ist, und dieser Widerspruch unerwünscht scheint.“<sup>45</sup>

Diese Einwirkung auf die Presse war natürlich besonders bei den bedeutenden Blättern erwünscht. Da die meisten dieser Zeitungen in Berlin saßen oder ihre Vertreter dort hatten, war der persönliche Umgang der Beamten mit den Journalisten von erheblicher Bedeutung. Hier war dann auch der Takt und das politische Geschick gefragt, wenn z.B. verhindert werden mußte, daß eine bestimmte Nachricht gedruckt wurde. Insgesamt arbeiteten 1920 58 Beamte und 203 Angestellte in der Presseabteilung, zu denen noch 20 Presseattachés mit jeweiliger Hilfskraft bei den deutschen Vertretungen im Ausland kamen. Die einzelnen Reichsministerien verfügten ebenfalls über Pressedienststellen, die aber aufgrund der Zentralisation der Pressearbeit stark beschnitten wurden. So beschäftigte z.B. das Reichsinnenministerium nur noch einen Lekto-

---

<sup>43</sup> Auf Ulrich Rauscher folgten der parteilose Friedrich Heilbron (August 1920 - Juni 1921), dann Oscar Müller von der DDP (Juni 1921 - November 1922), wieder Heilbron (Januar - August 1923) und Arnold Kalle. Karl Spiecker (Dezember 1923 - Januar 1925) gehörte dem Zentrum an und Otto Kiep war parteilos (Januar 1925 - November 1926). Auf Walter Zechlin folgten noch zwei parteilose Pressechefs: Heinrich von Kaufmann-Asser (Juni - August 1932) und Erich Marcks (August 1932 - Januar 1933).

<sup>44</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 103f.

<sup>45</sup> BA Koblenz. Preuß. Justizmin. P.135. Nr. 3988, Bl. 147f. Zitiert nach: Ebda., S. 112.

rats- und Auschnittdienst, das Justizministerium hatte gar keine Pressestelle mehr.<sup>46</sup>

Das Büro des Reichspräsidenten besaß keine eigene Pressestelle, sondern ließ seine Benachrichtigungen über die Pressestelle der Reichsregierungen laufen. Für den direkten Kontakt zur Presse sowie für die Organisation der Berichte aus dem Reichspräsidentenbüro war Staatssekretär Meißner zuständig. Er hatte u.a. die Aufgabe, ein gutes Verhältnis zur Presse zu pflegen, indem er den Pressevertretern sehr früh Neuigkeiten präsentierte, ohne deren Veröffentlichung jede größere Zeitung an Aktualität verloren hätte. Die Presse war also an einer guten Beziehung zu Meißner interessiert. Zusätzlich wurden die wichtigsten Zeitungen darauf durchsucht, ob diffamierende Meldungen über den Reichspräsidenten zu finden waren, die gleich berichtigt wurden. Hier waren auch Hinweise aus der Bevölkerung sowie aus den unteren Parteiebenen hilfreich.<sup>47</sup>

Neben den Pressekonferenzen, die der Regierung Einfluß auf die Presse gewährleisteten, hatte sie sich auch noch andere Organe geschaffen, um die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu erreichen. Zum einen gab das preußische Staatsministerium den *Deutschen Reichsanzeiger* heraus, in dem Bilanzen von Aktiengesellschaften und Konkurse bekannt gegeben werden mußten. Zum anderen besaß die *Industrie- und Handelszeitung* das Monopol für alle Wirtschaftsnachrichten der Reichsbehörden. Wesentlich bedeutsamer war jedoch die Vernetzung von Reichsregierung und W.T.B. und auch die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* des Kaiserreiches setzte fürs erste ihre Dienste fort. W.T.B. hatte sich im Ersten Weltkrieg als verlässlicher Partner herausgestellt. Die Zusammenarbeit sollte also auch nach 1918 fortgesetzt werden. Dabei existierte, anders als mit der preußischen Regierung, kein Vertrag zwischen der Agentur und dem Reich. Die Absprache bestand also darin, daß W.T.B. amtliche Nachrichten verbreitete und im Gegenzug Meldungen, die politisch bedenklich erschienen, dem Auswärtigen Amt vorlegte. Die Agentur geriet nach dem Krieg jedoch häufiger in finanzielle Schwierigkeiten, die vom Reich beglichen wurden, was das Büro in immer größere Abhängigkeiten zur jeweiligen Regierung brachte. So wurde z.B. 1920 zugestanden, daß alle wichtigen Meldungen vor ihrer Veröffentlichung der Presseabteilung der Reichsregierung telephonisch mitgeteilt würden. Außerdem bekam das Auswärtige Amt großen Einfluß auf die Gestaltung des Auslandsdienstes der Agentur. Zusätzlich zu Darlehen half die Regierung W.T.B. auch mit Honoraren für Gefälligkeitsdienste wie die Gehälter für Vertreter im Ausland, die auf Wunsch der

---

<sup>46</sup> Vgl. ebda., S. 110.

<sup>47</sup> Vgl. Klaus-Dieter Weber: Das Büro des Reichspräsidenten 1919-1934. Eine politisch-administrative Institution in Kontinuität und Wandel, Frankfurt a.M. 2001.

Reichsregierung dort unterhalten wurden. Die Folge dieser Praxis war, daß sich die Agentur an die jeweilige politische Richtung der Reichsregierung anpassen mußte.

Die Regierungen erhielten durch W.T.B. großen Einfluß auf die Presse. Die Agentur belieferte in Deutschland rund 1300 Zeitungen direkt und 800 bis 900 über Maternbüros. Dafür besaß sie im Inland 42 Filialen, im Ausland 21 Vertretungen. Da das Büro Verträge mit sämtlichen Nachrichtenagenturen Europas und der wichtigsten aus Amerika besaß, kontrollierte es – und damit auch die Reichsregierung – so ziemlich alle Nachrichten, die Deutschland aus dem Ausland erreichten. Außerdem verfügte es zusammen mit einer reichseigenen Gesellschaft über die *Deutsche Kursfunk GmbH*, die Handels- und Kursnachrichten verbreitete. 1932 wurde W.T.B. durch einen neuen Direktor noch stärker in die Regierungsarbeit eingebunden und erhielt dadurch auch deutlich nationale Züge. Dafür wurden v.a. im Ausland Stellen umbesetzt und die Nachrichtenvermittlung durch einen stärkeren Sender verbessert. Die Nationalsozialisten hatten somit kaum Probleme, das Büro möglichst bald für ihre Zwecke zu nutzen.<sup>48</sup>

Das andere wichtige Organ, zumindest am Anfang der Weimarer Republik, war die *Deutsche Allgemeine Zeitung* (DAZ), die frühere *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, die unter Bismarck eine offiziöse Stellung innehatte. Am 1. Juli 1918 wurde ein Vertrag zwischen der Reichsregierung und dem neuen Verleger festgesetzt, der den Charakter der Zeitung noch einmal bestimmte. Danach sollte sie als halbamtliche Tageszeitung den großen politischen Blättern gleichwertig sein, einen amtlichen und einen klar abgegrenzten nichtamtlichen Teil umfassen und die Politik der Reichsregierung vertreten. Der letzte Aspekt bereitete aber der Redaktion schon ab 1920 Probleme, als Hugo Stinnes, Großindustrieller und Reichstagsabgeordneter der DVP, die Zeitung kaufte. Es folgten Streitigkeiten zwischen der Regierung und der Zeitung über die Darstellung der Innenpolitik, da des öfteren die an der Regierung beteiligte Sozialdemokratie angegriffen wurde und auch das Republikschutzgesetz nicht die Zustimmung der Redakteure fand. So beschloß der Reichsverkehrsminister, die DAZ für sein Ressort nicht mehr zu beziehen und im September 1922 wurde sie sogar aufgrund des Republikschutzgesetzes ganz verboten. Als Stinnes 1924 starb, stand der Verkauf der Druckerei samt Zeitung an. Sie wurde schließlich, ohne daß die Öffentlichkeit zunächst davon in Kenntnis gesetzt wurde, erst an die preußische Regierung, dann an das Reich verkauft. Die politischen Diskussionen um die Verwendung der DAZ dauerten so lange, bis 1927 eine Gruppe aus Industrie, Handel und Schifffahrt die entsprechenden Aktien kaufte und die Zeitung nach ihren Vorstellungen ausgestalte-

---

<sup>48</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 127f.

te. Jetzt wurde sie zum Befürworter des Bruchs der Großen Koalition und konnte sich sogar die Diktatur als gute Lösung vorstellen. 1932, als die meisten der großindustriellen Aktionäre ihre finanzielle Basis verloren, stand die DAZ wieder zum Verkauf. Hugo Stinnes jun. bot sich an, der daraufhin die anderen Aktionäre verdrängte und seine politische Einstellung gegen Brüning auch auf die Zeitung übertrug. Hatte anfangs die Regierung den Inhalt des Blattes bestimmt, wurde die DAZ im Laufe der Zeit immer mehr in die Interessen der Großindustrie gezogen, so daß sie schließlich auch hier ihren Einfluß gelten machen konnte.

Die Regierung besaß indirekt einige Mittel, um auf die Presse einzuwirken. Direkt konnte sie sich außerdem des Mittels der Zensur bedienen, das von Rechts wegen auch nach dem Erlass der Weimarer Reichsverfassung offenstand und durch einige andere Verordnungen begünstigt wurde.

In der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 war die Pressefreiheit nicht ausdrücklich festgelegt. Die Meinungsfreiheit zählte jedoch zu den Grundrechten. Im zweiten Hauptteil ist sie unter den „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ zu finden:

*Art. 118. Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.*

*Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutz der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.<sup>49</sup>*

Dieser Artikel hat sowohl in seiner Vorgeschichte als auch nach seiner Festlegung heftige Diskussionen ausgelöst. Hugo Preuß entlehnte den ersten Satz der Verfassung des Deutschen Reiches von 1849, wo es in § 143 hieß: „Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.“ Dieser Satz wurde ebenfalls in die Preußische Verfassung von 1850 aufgenommen, während in den Verfassungen des Norddeutschen Bundes und der Reichsverfassung von 1871 keine Grundrechte vorhanden waren. Erst 1874 wurde im Kaiserreich die Pressefreiheit gewährt. Hugo Preuß hatte dem Satz von 1849 nur noch die Einschränkung der „strafrechtlichen Vorschriften“ entgegengestellt. Dieser sehr liberale Vorschlag

---

<sup>49</sup> Ernst Rudolf Huber (Hg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933, 3., neubearb. Aufl., Stuttgart u.a. 1991, S. 168f.

wurde während der Beratungen des Unterausschusses jedoch auf den Antrag der Rechten geändert, so daß er nun durch die „guten Sitten und allgemeinen Gesetze“ eingeschränkt wurde. Den Sozialdemokraten und der DVP gelang es schließlich, wenigstens die „guten Sitten“ zu streichen. Aber auch die „allgemeinen Gesetze“ lösten im Nachhinein große Diskussionen aus. Die Rechtswissenschaftler wurden sich über die Auslegung dieser beiden Wörter nicht einig und die Regierung hatte die Möglichkeit sie in ihrem Sinne zu interpretieren. Der zweite Absatz des Artikels schränkte jedoch diese „allgemeinen Gesetze“ durch eine Reihe von Sondergesetzen ein. Außerdem wird noch einmal ausdrücklich das Zensurverbot erwähnt. Dieser Satz, der im Zusammenhang mit dem ersten Absatz mehr Verwirrung stiftete als den Sachverhalt zu klären, entstammte dem „Aufruf an das Volk“, den der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 erlassen hatte. Hugo Preuß hatte den Satz in seinem Entwurf zwar nicht verwendet, aber im Endeffekt kamen die Verfassungsväter an seiner Aufnahme nicht mehr vorbei, da er auch am 4. März 1919 in einem Übergangsgesetz enthalten war. So klar der Satz jedoch klang, er stiftete einige Irritationen, da nicht festgelegt war, ob der Begriff „Zensur“ sowohl die Präventiv- als auch die Nachzensur einschloß.<sup>50</sup>

Für die Presse ist nun entscheidend, daß anders als im Preßgesetz von 1874 die Pressefreiheit nicht explizit erwähnt wurde. So waren Artikel, die als Kommentare deklariert waren, geschützt, denn sie fielen unter das Recht der freien Meinungsäußerung. Nachrichten oder Anzeigen wurden so jedoch ausgeschlossen.<sup>51</sup> Außerdem hatten die „allgemeinen Gesetze“ noch Einfluß auf die weitere Pressearbeit in der Weimarer Republik.

Am 21. Juli 1922 wurde das Republikschutzgesetz wirksam, das als Reaktion auf die Morde an Erzberger und Rathenau erlassen worden war. Nach den §§ 20 und 21 war die Polizei nun berechtigt, gegen die Presse vorzugehen, wenn ein Verstoß gegen die ersten acht Paragraphen (tätliche Angriffe oder Beschimpfungen der republikanischen Staatsform, Mitglieder der Regierung sowie der Reichs- oder Landesfarben) vermutet wurde. Sie konnte Tageszeitungen bis zu vier Wochen und andere Druckschriften bis zu sechs Monaten verbieten.<sup>52</sup> Das Gesetz, aufgrund der Unruhen nötig geworden, mußte häufig angewendet werden. So wurden von August bis Dezember 1922 52 Presseverbote ausgesprochen, die sowohl nationalsozialistische und völkische als auch kommunistische Blätter trafen. Mitte und Ende der Zwanziger Jahre ging die

---

<sup>50</sup> Vgl. Petersen [wie Anm. 33], S. 31-41.

<sup>51</sup> Vgl. Peter J. Fliess: Freedom of the Press in the German Republic 1918-1933, Baton Rouge 1955, S. 11-22.

<sup>52</sup> Vgl. Huber [wie Anm. 49], S. 229f.

Zahl zurück (1928 nur noch 4), aber Anfang der Dreißiger Jahre stieg die Zahl der Zeitungsverbote insgesamt wieder merklich an (1932 294 Verbote).<sup>53</sup>

Die Verbote kamen auch durch die Notverordnungspraxis der Regierungen zustande. Schon vor dem Republikschutzgesetz war Ebert gezwungen gewesen, sich gegen die Hetze in links- und rechtsradikalen Zeitungen nach diversen Putschen, Aufständen und den Politikermorden zur Wehr zu setzen, indem er temporäre Verbote für einzelne Zeitungen aussprach. Da der Art. 118 der Weimarer Reichsverfassung unter den „Diktaturvorbehalt“ fiel, war es dem Reichspräsidenten nach Art. 48 Absatz 2<sup>54</sup> erlaubt, dieses Grundrecht außer Kraft zu setzen: Ab der Ära Brüning trafen die Notverordnungen immer häufiger die Presse, die ihren Vertrieb jetzt nicht nur aus Gründen des Republikschutzes einstellen mußte. So wurden die Bestimmungen zum Schutz von Beamten und staatlichen Einrichtungen verschärft, den Hochverratsgesetzen wurde das Recht der Polizei hinzugefügt, Druckmaschinen, auf denen hochverräterische Schriften hergestellt wurden, unbrauchbar zu machen und die periodischen Druckschriften mußten ab 1931 amtliche Meldungen unentgeltlich und kommentarlos abdrucken.<sup>55</sup> Höhepunkt der Notverordnungspraxis war dann das Gesetz vom 28. Februar 1933 unter Hitler, das im ersten Paragraphen die im Art. 48 genannten Grundrechte endgültig außer Kraft setzte. Somit war der Weg in die totale Unterdrückung der Meinung und der Presse geebnet.<sup>56</sup>

Die Nachzensur konnte aber noch auf andere Gesetze zurückgreifen, um politisch unangenehme Äußerungen zu verhindern. So gaben die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu Hochverrat (§§ 80-86) und Landesverrat (§§ 87-92) genügend Anlässe zu repressiven Maßnahmen, die sich sowohl gegen Redakteure und Autoren als auch gegen Verleger, Drucker und Händler richten konnten. Als Hochverrat wurde der Angriff oder seine Verabredung oder Aufforderung zu Angriffen auf die staatliche Ordnung, die Träger der Staatsgewalt oder die Verfassung definiert, während Landesverrat die Mitteilung

---

<sup>53</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 339f.

<sup>54</sup> „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in Artikeln 114, 115, 117, 118, 123 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.“ Zitiert nach: Huber [wie Anm.49], S. 159.

<sup>55</sup> Vgl. Petersen [wie Anm. 33], S. 121.

<sup>56</sup> Vgl. Huber [wie Anm. 49], S. 663. Interessant ist hierbei, daß in diesem Gesetz die Pressefreiheit ausdrücklich erwähnt wird. Explizit hatte sie während der gesamten Weimarer Republik nicht bestanden und konnte somit im Grunde auch nicht aufgehoben werden.

von Staatsgeheimnissen oder Nachrichten meinte, deren Geheimhaltung für das „Wohl des deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich“ war.<sup>57</sup>

Die Maßnahmen, die nach den genannten Gesetzen und Verordnungen ergriffen wurden, trafen jedoch nicht das ganze Spektrum der Presse. Den Blättern der politischen Mitte war sowieso relativ wenig daran gelegen, die demokratische Staatsform zu kritisieren oder zum Klassenkampf zu animieren. So traf die Zensur hauptsächlich jene Zeitungen und Zeitschriften, die der extremen politischen Rechten bzw. Linken angehörten. Außerdem waren die oben genannten „Außenseiterzeitschriften“ immer wieder im Visier der Polizeibehörden.<sup>58</sup> Die Zensurpraxis läßt sich jedoch nicht für das ganze Reich vereinheitlichen. Die Behörden waren durch die föderative Struktur des Reiches nämlich dezentralistisch strukturiert. Zwar gab es die Zentralpolizeistelle und die Reichsstaatsanwaltschaft sowie einige zentrale Prüfstellen, wie die für Schundliteratur, aber die meiste Arbeit versahen die Polizeistellen und die Justiz der Länder und so konnten Delikte in manchen Teilen des Reiches zu Anklagen führen, die in anderen Ländern völlig unbeachtet blieben.<sup>59</sup>

Die Gründe für die Zensur bestimmter Blätter waren unterschiedlich. Die völkischen und nationalsozialistischen Blätter hatten es v.a. mit Vorwürfen wegen Verleumdung oder Beleidigung (nach §§ 185, 186 und 187 StGB) und Verstößen gegen das Republikschutzgesetz zu tun. Dabei ging es um Beschimpfungen von Juden, der republikanischen Staatsform, Verleumdung von Regierungsmitgliedern usw., die allein dem *Völkischen Beobachter* zwischen 1920 und 1933 eine Verbotszeit von 22 Monaten einbrachte. Insgesamt hat es aber gerade bei der Behinderung der rechten Presse keine koordinierte und gezielte Anstrengung gegeben, deren Agitationen zu unterbinden. Zwar wurde der *Völkische Beobachter* nach dem Hitlerputsch für über ein Jahr verboten und auch andere rechte Blätter standen in dieser Zeit unter besonders scharfer Beobachtung, aber wirklich verhindern konnten die Behörden die Wirkungen der Zeitungen in der Folgezeit nicht. Das lag zum einen an den geltenden Gesetzen, die z.B. über keinen adäquaten Minderheitenschutz für Juden verfügten, zum anderen aber auch an dem juristischen System, das viele Umgehungsmöglichkeiten bot. Sehr anschaulich wird dies am Fall Joseph Goebbels, der ab 1927 die Zeitung *Der Angriff* herausgab. Ab 1930 sind für das Blatt 15 Verbote zu verzeichnen. Aber auch gegen Goebbels als verantwortlichen Redakteur wurde ermittelt und wegen mehrerer Vergehen gegen das Republikschutzgesetz, Aufreizung zum Klassenkampf und Vorbereitung zum Hoch-

---

<sup>57</sup> Vgl. Petersen [wie Anm. 33], S. 71f.

<sup>58</sup> Vgl. ebda., S. 121f.

<sup>59</sup> Vgl. ebda., S. 12.



verrat wurde Anklage erhoben. Er zögerte die Verhandlung dadurch hinaus, daß erst einmal beim Reichstag eine Aufhebung seiner Immunität beantragt werden mußte. Im folgenden erschien er nicht zu den Verhandlungen oder zog das Verfahren durch Berufungen so lange hin, bis die Amnestie für politische Straftaten von 20. Dezember 1932 wirksam wurde.<sup>60</sup>

Hatte es die Justiz unter diesen Umständen nicht leicht, die Zensur wirksam und gerecht durchzusetzen, so zeigte sich bei ihr doch eine gewisse Parteilichkeit, die im Vergleich mit den Verboten gegen linksradikale Blätter und gegen die „Außenseiterzeitschriften“ deutlich wird. Die Äußerungen in den völkischen Zeitungen zogen meist für die Urheber nur eine geringe Geldstrafe nach sich oder wurden gar nicht geahndet. Hinter aggressiven Artikeln der KPD-Presse wurde jedoch schnell ein Umsturzversuch vermutet, was härtere Strafen bedeutete. Begründet wurde dies beispielsweise in einem Urteil vom 17. Juni 1930 folgendermaßen: *„Als Parteiangehöriger untersteht er [der kommunistische Journalist] den Weisungen des Zentralkomitees. Er ist kein Organ der freien Meinungsäußerung, sondern dazu berufen, die Revolutionierung der Massen im Sinne der Parteileitung zu betreiben und durchzuführen.“*<sup>61</sup> Aber erst 1932, als Reichskanzler von Papen nach dem „Preußen-Schlag“ die Gewalt über die preußische Polizei innehatte, konnte systematisch gegen die linksradikale Presse vorgegangen werden. So wurden für 1932 919 Verbotstage für die kommunistische Tagespresse gezählt. Insgesamt war die linke Presse weniger wegen beleidigender Äußerungen als wegen Aufhetzung zum Klassenkampf und Umsturzversuchen der Polizei und der Justiz ein Dorn im Auge. Dies hatte natürlich eine ganz andere politische Dimension als die Beleidigungen einzelner Juden, auch wenn sie in der politischen Öffentlichkeit standen. Trotzdem kann nicht von Gleichbehandlung durch die Justiz gesprochen werden, da oft für ähnliche Vergehen sehr unterschiedlich hohe Strafen ausgesprochen wurden. So erhielt z.B. der verantwortliche Redakteur der linken satirischen Zeitung *Knüttel*, der in einem Gedicht Hindenburg kritisiert hatte, neun Monate Gefängnis, Goebbels wurde dagegen wegen Beleidigung der Reichsregierung zu 1500 Mark Strafe verurteilt.<sup>62</sup>

Besonders deutlich wird diese Parteinahme der Justiz bei der Zensur der „Außenseiterzeitschriften“, die, eher politische Minderheitenpublizistik als Massenjournalismus, durch ihre prominenten Autoren ins Visier der Zensur gerieten. So richteten sich die Zensurmaßnahmen hier auch viel häufiger gegen den Verfasser oder den verantwortlichen Redakteur als gegen die Zeitung an sich. Besonders häufig wurden diese Personen des Landesverrates ange-

---

<sup>60</sup> Vgl. ebda., S. 122-134.

<sup>61</sup> BA Koblenz, R 23/33, Bl. 26f. Zitiert nach: Ebda., S. 137.

<sup>62</sup> Vgl. Petersen [wie Anm. 33], S. 134-144 u. 129.

zeigt, da ihre pazifistischen Aktivitäten sich meistens gegen die Reichswehr richteten. Von der Reichswehrführung gingen schließlich auch die meisten Strafanzeigen aus, so z.B. gegen Carl v. Ossietzky, den Herausgeber der *Weltbühne*, der sich wegen Beleidigung der Reichswehr<sup>63</sup> und wegen Verrats militärischer Geheimnisse vor Gericht verantworten mußte. Besonders heikel waren die Fälle, in denen die Zeitschriften über die nach dem Versailler Vertrag illegalen Rüstungsbestrebungen der Reichswehr berichteten. Außerdem war die Bewaffnung nationalistischer und militärischer Geheimbünde ein Thema. Durch Berichte dieser Art kamen sogar der *Vorwärts* und die *Freiheit* mit dem Gesetz in Konflikt. Die Reichswehr sah in diesem Pazifismus eine große Gefahr für das Ansehen der Truppe. Während militärische Verstöße gegen den Versailler Vertrag ungeahndet blieben, wurden die Vertreter der pazifistischen Presse vor Gericht gestellt. Es kam aber oft zu keiner Verurteilung, weil sich herausstellte, daß die Tatsachen, von denen berichtet worden war, sowie so schon länger bekannt waren. Den Zweck der Einschüchterung hatte das Verfahren jedoch erfüllt.<sup>64</sup>

Neben der Zensur aus politischen Gründen gab es auch noch eine Verfolgung von unzüchtigen Äußerungen oder Bildern. Gestützt wurde sich dabei v.a. auf § 184 StGB, „*der die Herstellung unzüchtiger Schriften, Abbildungen oder Darstellungen und ihren Verkauf an Jugendliche unter 16 Jahren, die öffentliche Ausstellung und Anpreisung von Gegenständen, die, zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind und schließlich die Aufreizung zu unzüchtigem Verkehr durch Anzeigen unter Strafe stellte.*“<sup>65</sup> 1926 wurde dieser Paragraph noch durch das „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ verschärft. Dabei ging es um pornographische Texte und Fotografien und Erörterung sexueller Fragen im allgemeinen sowie um Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, die für Verhütungsmittel o.ä. warben. Als „schundig“ bezeichnete man dagegen ästhetisch minderwertige Texte. Der Aufwand, der von der Zentralpolizeistelle zur Überprüfung der entsprechenden Zeitschriften aufgewendet wurde, war enorm. So untersuchte die Behörde 1921 regelmäßig 350 Zeitschriften, 1923 schon 568 und 1925 hatte sie 20.000 Eingänge von den Polizeibehörden der Länder zu bearbeiten sowie 1668 Durchsuchungen vorzunehmen. Außerdem arbeitete sie mit Zollämtern und Postüberwachungsstellen zusammen. Die Zahl der wirklich verdächtigen Schriften blieb dagegen äußerst gering. 1921 wurden je sechs Hefte wegen erotischer Texte, Bilder oder Inserate eingezogen, im Jahre 1925 konnten 34 inländische und 194 ausländische Zeitungen

<sup>63</sup> 1932 war er mit Kurt Tucholsky zusammen angeklagt, weil Tucholsky die Soldaten in seinem berühmten Ausspruch in der *Weltbühne* als „Mörder“ bezeichnet hatte. Das Verfahren endete mit einem Freispruch.

<sup>64</sup> Vgl. Petersen [wie Anm. 33], S. 144-155.

<sup>65</sup> Ebda., S. 57.

sichergestellt werden. In Preußen waren davon v.a. die Städte Hamburg und Berlin betroffen, in denen z.B. die Blätter *Kokain*, *Wir beide* (beide aus Wien) oder die homosexuelle Zeitung *Die Freundschaft* beschlagnahmt wurden. Insgesamt lag aber wohl der Erfolg der Zensur darin, daß es eine gründliche Überwachung und hohe Strafandrohung für die Händler gab, so daß sich viele Blätter gar nicht in großem Maße ausbreiten konnten.<sup>66</sup>

### Schlußbetrachtung

Die deutsche Presse hat, beginnend im 19. Jahrhundert, eine große Entwicklung vollzogen. Sie wurde erstmals ein Massenorgan, mit der sich die Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Privatem herstellen ließ. Deshalb erlangte sie als meinungsbildende Instanz immer mehr an Bedeutung, was die Regierungen, Parteien und andere Organisationen sowie die Wirtschaft veranlassen mußte, sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Das führte dazu, daß im Ersten Weltkrieg die Pressefreiheit enorm beschnitten wurde und die Blätter zu propagandistischen Verfälschungen herangezogen wurden. Aber auch in der Weimarer Republik war die Pressefreiheit nicht in dem Maße vorhanden, wie man es womöglich erwartete. Hier war es jedoch nicht mehr in erster Linie der Staat, der die Beschränkungen setzte, sondern die Gruppen und ihre Interessen innerhalb der Gesellschaft.

So waren z.B. viele Zeitungen je nach Parteizugehörigkeit mehr oder weniger den Weisungen ihrer Zentrale unterstellt. V.a. die rechts- und linksradikale Presse war streng zentralistisch organisiert, so daß in ihren Organen nur Parteimeinungen zugelassen wurden. Eine andere große Macht stellte die Wirtschaft dar. Die Blätter mußten sich zum einen natürlich verkaufen, um überleben zu können. Dieser Aspekt wird bei der Generalanzeigerpresse deutlich, die eher „leichte Kost“ lieferte, um hohe Auflagen zu erreichen und damit viele Anzeigenkunden zu bekommen. Eine Behinderung der Pressefreiheit stellten jedoch eher die Großverlage dar. Hier ist auch weniger an die liberalen Verlage von Mosse und Ullstein zu denken als vielmehr an das Großunternehmen des Deutschnationalen Alfred Hugenberg. Sein Imperium besaß nicht nur sehr einflußreiche Zeitungen und Zeitschriften, sondern auch Instrumente, um mehr oder weniger indirekt auf die Presse einzuwirken. So konnte er mit seiner Nachrichtenagentur *Telegraphen-Union* eine Menge anderer Zeitungen erreichen und durch Unternehmen, die die Vermittlung von Anzeigen betrieben oder Matern für die Provinzpresse erstellten, gelang es ihm, mehr oder weniger im ganzen Reich Fuß zu fassen und seine deutschnationale und wirtschaftsfreundliche Einstellung in vielen Blättern zu etablieren.

---

<sup>66</sup> Vgl. ebda., S. 155-159.

Zwar hatte der Staat nicht den großen Einfluß auf die Presse wie im 19. Jahrhundert, aber auch in der Weimarer Republik versuchte er, seine Interessen zu wahren. Er besaß mit der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* und W.T.B. zwei offiziöse Organe mit einiger Bedeutung und im persönlichen Verhältnis zu den Pressevertretern bestand die Möglichkeit, in Kooperation die Berichterstattung ein wenig zu lenken. Die politische Zensurpraxis wurde im wesentlichen durch drei Gesetze bestimmt. Zum einen schloß die Weimarer Reichsverfassung in Art.118 die Pressefreiheit nicht ausdrücklich ein, wodurch es möglich war, daß sie durch das Republikschutzgesetz eingeschränkt wurde. Zum anderen erlaubte der Art. 48 der Exekutive, die Freiheit der Presse mittels Notverordnung zu beschränken.

Am Anfang und bis zur Mitte der Weimarer Republik sind jedoch die Einschränkungen, die die Presse von Seiten der Wirtschaft oder den einzelnen Parteien erfuhr, größer einzuschätzen als die Maßnahmen, die die Regierung gegen einzelne Blätter ergriff. Die Presse war zwar zu keiner Zeit wirklich frei (im heutigen Sinne), aber die Einschränkungen hielten sich in Grenzen. Es ist nur zu beachten, daß schon von Anfang an die Verordnungen bestanden haben, die es in der Endphase der Republik erlaubten, die Präventivzensur einzuführen und wesentlich gründlicher v.a. gegen kommunistische Blätter vorzugehen, was außerdem durch eine oftmals parteiische Justiz unterstützt wurde. Dieses System hat es auch den Nationalsozialisten möglich gemacht, die Presse schnell unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die Verbotspraxis wurde weiterhin nach Art. 48 WRV gehandhabt. Die systematische Kontrolle der Presse wurde durch die Errichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda 1933 gewährleistet. Es faßte alle Einrichtungen zusammen, die vorher bei der Reichsregierung und den einzelnen Ministerien untergebracht waren. Das im gleichen Jahr erlassene Kulturkammergesetz<sup>67</sup> unterstellte den Kulturbereich dem Ministerium und seinem Leiter Joseph Goebbels. Außerdem entließ das Schriftleitergesetz<sup>68</sup> den Journalisten aus seiner Verpflichtung dem Verleger gegenüber und machte ihn nur dem Staat verantwortlich. Damit war der Weg frei für eine umfassende Zensurpraxis, die später auch aktive Informationslenkung mit einschloß.

Auch die Übernahme einzelner Zeitungen wurde den Nationalsozialisten nicht allzu schwer gemacht, weil sie auf schon sehr monopolisierte Strukturen zurückgreifen konnten. Die Blätter der Sozialdemokratie und der KPD wurden nach dem Reichstagsbrand komplett verboten. Die bürgerlichen Blätter bekamen sie über die Großverlage unter Kontrolle. Der Hugenberg-Konzern ging bis 1944 komplett auf die Nationalsozialisten über und auch die liberalen

---

<sup>67</sup> RGBL. I, 1933, S. 661.

<sup>68</sup> Ebda., S. 608.

Verlage der jüdischen Mosse, der sowieso schon in Liquidation stand, und Ullstein mußten sich geschlagen geben. Durch die Übernahme des Hugenberg-Unternehmens bekam man zum einen die *Telegraphen-Union*, die mit W.T.B. zum *Deutschen Nachrichtenbüro* vereint wurde. Zum anderen spielte die VERA eine wichtige Rolle. Nachdem nämlich 1935 verboten worden war „Skandalgeschichten“ zu veröffentlichen (was gegen die Generalanzeiger ging) sowie sich in Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung u.ä. zu organisieren, was den meisten bürgerlichen Zeitungen, v.a. aus der Provinz Probleme bereitete, waren viele Verleger gezwungen, zumindest über fünfzig Prozent der Anteile an die VERA zu verkaufen. Die bürgerlichen Zeitungen, die übrig blieben, hatten nun im Bezug auf das Ausland ihre Funktion wahrzunehmen. Einzig die *Frankfurter Zeitung* konnte sich einige Freiheiten bewahren, bis auch sie 1943 unterdrückt wurde. Die gleiche Politik wurde mit den Zeitschriften betrieben.<sup>69</sup>

Wie frei war nun also die Presse der Weimarer Republik? Man kann nicht sagen, daß zu einem Zeitpunkt wirkliche Pressefreiheit bestanden hätte. Allerdings sind die Beschränkungen, wenn man vielleicht von der Zeit der Präsidialkabinette absieht, auf keinen Fall vergleichbar mit der Unterdrückungspraxis der Nationalsozialisten. Die große Unfreiheit, die seit Anfang der Republik existierte, bestand einfach darin, daß es das System so leicht ermöglichte, die totale Unterdrückung einzuleiten. Und hier paßt auch das Eingangszitat wieder: Das auf Pluralismus angelegte demokratische System der Weimarer Republik ermöglichte den Nationalsozialisten ein einfaches Eindringen und Erstarken, um günstige Voraussetzungen für die Machtergreifung zu schaffen. Danach war es für sie sehr leicht, auf die vorhandenen Strukturen zurückzugreifen und für ihre Zwecke zu nutzen; nur so konnte die Freiheit der Presse ebenso leicht beschnitten werden wie die Freiheit des Volkes.

---

<sup>69</sup> Vgl. Koszyk [wie Anm. 12], S. 363-380 u. S. 389-413.

## Quellen und Literatur

- Assmuss, Burkhard:** *Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der deutschen Tagespresse zwischen 1918 und 1923.* Berlin 1994.
- Dovifat, Emil:** *Die Presse.* In: *Zehn Jahre Deutsche Geschichte 1918-1928.* 2. Aufl. Berlin 1928.
- Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.):** *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts.* München 1973.
- Fliess, Peter J.:** *Freedom of the Press in German Republic 1918-1933.* Baton Rouge 1955.
- Flemming, Jens:** *Nivellierung und Fragmentierung. "Öffentlichkeit" als Begriff und Herausforderung der historischen Forschung.* In: *Werner Faulstich (Hg.): Konzepte von Öffentlichkeit.* 3. Lüneburger Kolloquium zur Medienwissenschaft, Bardowick 1993, S. 47-57.
- Groth, Otto:** *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik).* Bd. 1, Mannheim, Berlin, Leipzig 1928.
- Ders.:** *Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik).* Bd. 2, Mannheim, Berlin, Leipzig 1929.
- Huber, Ernst Rudolf (Hg.):** *Dokumente zur deutsche Verfassungsgeschichte.* Bd. 4: *Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933,* 3., neubearb. Aufl., Stuttgart u.a. 1991.
- Koszyk, Kurt:** *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert (Geschichte der deutschen Presse; Teil II),* Berlin 1966.
- Ders.:** *Deutsche Presse 1914-1945 (Geschichte der deutschen Presse; Teil III),* Berlin 1972.
- Marckwardt, Wilhelm:** *Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen,* München 1982.
- Petersen, Klaus:** *Zensur in der Weimarer Republik.* Weimar 1995.
- Pürer, Heinz/Raabe, Johannes:** *Medien in Deutschland.* Bd. 1: *Presse,* München 1994.
- Schottenloher, Karl/Binkowski, Johannes:** *Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum.* Bd. II: *Von 1848 bis zur Gegenwart,* München 1985.
- Stein, Fritz:** *Die deutsche Presse.* In: *Heinrich Doehle u.a.: Otto Meißner – Gewidmet zum fünfzigsten Geburtstage am 13. März 1930,* Privatdruck, Berlin 1930, S. 146-150.
- Weber, Klaus-Dieter:** *Das Büro des Reichspräsidenten 1919-1934. Eine politisch-administrative Institution in Kontinuität und Wandel,* Frankfurt a.M. 2001.





*Leni Junker (Kassel), beste Sprinterin der Deutschen Turnerschaft und mehrfache Deutsche Meisterin, besiegt Wally („Gundel“) Wittmann (Berlin) im 100-m-Lauf bei den Deutschen Kampfspielen in Köln (1926).*



SØREN DREWS

## **Wehrhaftigkeit dank Körperkultur!**

### **Die „bürgerliche“ Turn- und Sportvereinslandschaft in Kassel.**

#### **Vorbemerkung**

Diese Kasseler Skizze der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung 1919-33 versucht ein Bild davon zu geben, wie sich die örtlichen Vereine in ihrem sportlichen, sozialen und kommunalpolitischen Umfeld orientiert und organisiert haben. Dabei wird immer wieder der Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung von Turnen und Sport in Deutschland gesucht, die insbesondere durch die sozialhistorisch angelegten Arbeiten von Christiane Eisenberg<sup>1</sup> in den letzten zehn Jahren umfangreich dargestellt worden ist. Aus dem Blick gerät dabei zum einen der sportpraktische Alltag in den Vereinen und zu anderen der große Bereich des Schulsports. Für die Arbeitersportbewegung im Raum Kassel hat Lothar Wickermann 1986 eine detaillierte Untersuchung vorgelegt. Sie konnte daher weitgehend ausgespart werden. Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf der Auswertung der Adreß- und Einwohnerbücher Kassels sowie der Jahresberichte des örtlichen Zusammenschlusses der bürgerlichen Turn- und Sportvereine in der Weimarer Republik, dem *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen*. Dieser hat versucht, dem Sport den Status einer „kulturellen Bewegung“ zuzusprechen, womit er die heutige Sichtweise vorwegnahm, den Sport jenseits der Kultur-Zivilisation-Antithese als Teil der Kulturgeschichte zu betrachten. „Denn Sport ist ein Spiel, genauer: ein Gesellschaftsspiel, das in zwei Sphären gleichzeitig stattfindet: in der durch die Regeln konstituierten Eigenwelt und in der realen Welt der umgebenden Gesell-

---

<sup>1</sup> Vgl. insbesondere die umfangreiche Monographie „English sports“ und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939, Paderborn u.a. 1999.

schaft.“<sup>2</sup> Er bietet eine Schaubühne, auf der Klassen-, Geschlechter- und ethnische Konflikte ausgetragen werden können. Der populäre Militarismus und Nationalismus findet hier einen Rahmen, in dem sowohl Selbstvergewisserung als auch die symbolische Konfrontation mit dem Anderen und Fremden möglich sind.

Der öffentliche Sportbetrieb war in Kassel während der zwanziger Jahre von dem Versuch geprägt war, Turnen und Sport als einheitliche Bewegung darzustellen. Zugleich aber war die Vereinslandschaft entsprechend der sozialen, religiösen, politischen und sportinternen Interessenlagen der ersten deutschen Republik in zahlreiche Fraktionen aufgespalten.

## Einleitung

*„Das deutsche Volk braucht Sport und Leibesübungen. Sie geben körperliche Gesundheit und geistige Frische, Willenskraft und Wehrhaftigkeit.*

*Die Hessenkampfbahn, auf ehrwürdigem geschichtlichen Boden erbaut, hessischer Landschaft und Kunst nachbarlich verbunden, soll als Pflegestätte sportlicher und turnerischer Betätigung Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen ohne Ansehen der Partei dem großen Ziel der körperlichen und geistigen Ertüchtigung zuführen.“<sup>3</sup>*

In diesen Geleitworten des Kasseler Oberbürgermeisters Herbert Stadler zur Eröffnung der Hessenkampfbahn am 2. Mai 1926 wurden die umfassenden Hoffnungen angesprochen, die in den zwanziger Jahren mit der Hinwendung zur Körperkultur verbunden wurden. Einige Motive für die öffentliche Sportförderung, liegen auf der Hand: die Sorge um die Gesundheit der Kasseler Bürger und der allgegenwärtige Wunsch nach einem Ersatz für die im Versailler Vertrag verbotene Wehrpflicht. Im Gegensatz dazu blieb der Hinweis auf die geistige Ertüchtigung, die die sportliche Betätigung bewirken sollte, etwas nebulös. Der Kasseler Oberbürgermeister konnte sich anscheinend auf eine breite Akzeptanz der „hygienischen<sup>4</sup> und kulturellen Bedeutung der Leibesübungen“<sup>5</sup> verlassen.

Regierung und Magistrat hatten diese geistigen Werte im Blick, als sie 1923 den Plan faßten, die verwahrloste Voraue zu einem Sportplatz umzugestalten. Denn der unmittelbare Auslöser für das Bauvorhaben war die Verärgerung

<sup>2</sup> Christiane Eisenberg: Sportgeschichte. Eine Dimension der modernen Kulturgeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, 23. Jg. 1997, Nr. 1, S. 295-310, hier S. 309.

<sup>3</sup> [Herbert] Stadler: Zum Geleit! In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 3.

<sup>4</sup> „Hygiene ist die Lehre vom gesunden, richtigen Leben, und man versteht darunter auch Maßnahmen, die geeignet sind, die Gesundheit zu bewahren und zu festigen, andererseits alle Schäden fernhalten oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.“ Beckmanns Sport Lexikon. Leipzig, Wien 1933, Sp. 1284.

<sup>5</sup> Die Zukunft der Karlswiese. In: Casseler Tageblatt vom 17.05.1923.

der Kasseler Bevölkerung darüber, daß die Schulen keinen Sportplatz mehr zur Verfügung hatten, nachdem die Regierung den bisher als Schulsportplatz genutzten Rasen vor der Orangerie auf zwölf Jahre verpachtet hatte.<sup>6</sup>

*„Die Verpachtung der Karlswiese wurde von der Jugend nicht verstanden. [...] Der Kampf um die Karlswiese begann. Er war hartnäckig und laut, so laut, daß viele Kasseler, die bis dahin noch nichts von Spielplätzen gehört hatten, aus ihrer Ruhe kamen und sich für die Wiese und ihre Zukunft interessierten.“<sup>7</sup>*

Der Zeitgeist wies dem Sport also hauptsächlich eine pädagogische Funktion zu, zumindest wenn er durch die öffentliche Hand gefördert werden sollte. Dementsprechend wurde die Hessenkampfbahn auch am eifrigsten in Stadtverwaltung und Regierung von denjenigen befürwortet, die sich mit der Jugendfürsorge befaßten.<sup>8</sup> Das waren zunächst in der (Bezirks-) Regierung<sup>9</sup> der Dezernent für Jugendpflege, Regierungsrat Gustav Lahmeyer (DVP),<sup>10</sup> sowie der spätere Kasseler Oberbürgermeister und damalige Regierungs-Vizepräsident, Herbert Stadtler (DDP).<sup>11</sup> Im Magistrat setzte sich erwartungsgemäß der hauptamtliche Jugenddezernent, Stadtrat Hermann Haarmann (DDP),<sup>12</sup> für die Hessenkampfbahn ein. Nicht so selbstverständlich erscheint

<sup>6</sup> Vgl. H. Riemann: Zur Entstehungsgeschichte der Hessenkampfbahn. In: Kasseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 7-13.

<sup>7</sup> Hessenkampfbahn! In: Kasseler Post vom 01.05.1926.

<sup>8</sup> Vgl. für das Folgende: Riemann [wie Anm. 6].

<sup>9</sup> Vgl. Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1925 (131. Jg), Berlin 1925, S. 733.

<sup>10</sup> Gustav Lahmeyer (DVP) wurde am 13.07.1925 als zweiter Bürgermeister gewählt, trat aber sein Amt erst am 04.10.1926 an. In der Zwischenzeit war er seit dem 11.01.1926 als hauptamtlicher Stadtrat tätig. Eintritt in die NSDAP am 01.04.1933. Ab dem 05.07.1933 Nachfolger des Oberbürgermeisters Dr. h.c. Herbert Stadtler (DDP/DStP), der nach dem Sturm der Nationalsozialisten auf das Rathaus am 24.03.1933 einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand gestellt hatte. Lahmeyer blieb bis 1945 Oberbürgermeister von Kassel. Vgl. Jochen Lengemann: Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835-1996. Bd. 1.: Einführung, Übersichten und Index der städtischen Mandats- und Amtsträger (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen; 60.1/Publikationen der Kulturstiftung der Stadtparkasse Kassel; 1), Marburg 1996.

<sup>11</sup> Dr. h.c. Herbert Stadtler (DDP/DStP) war ab dem 05.10.1925 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand am 01.05.1933 Oberbürgermeister der Stadt Kassel. Vgl. Anm. 10.

<sup>12</sup> Dr. Hermann Haarmann war als Vorsitzender der Kasseler *Gesellschaft für Gemeinwohl* schon im Kaiserreich in der Jugendpflege tätig. 1917 wurde er zum ehrenamtlichen Bezirksjugendpfleger für den Regierungsbezirk Kassel ernannt. Als erster Jugenddezernent trat er am 19.01.1920 die Leitung des neu geschaffenen Jugendamts der Stadt Kassel an. Haarmann war zuletzt Dezernent des Wohlfahrtsamts und schied nach der Erstürmung des Rathauses durch die Nationalsozialisten (Vgl. Anm. 10) zum 30.09.1933 aus dem Magistrat aus. Er wurde anschließend zum Direktor der Murhardschen Bibliothek ernannt. Vgl. Geschichte der Jugendhilfe in Kassel. Bearb. von Angela Pitzschke unter Mitarb. von Marion Gümpel u.a. (Veröffentlichungen aus dem Forschungsschwerpunkt Historische Sozialpolitik; 2), Kassel 1996, S. 63-82 u. Lengemann [wie Anm. 10].

dagegen das Engagement eines Künstlers, des Bildhauers und späteren Direktors der Kasseler Kunstgewerbeschule, Stadtrat Prof. Hans Sautter (SPD).<sup>13</sup> Viel näher hätte seine entschiedene Feindschaft gegen ein Stadion in unmittelbarer Nachbarschaft zur kunsthistorisch bedeutsamen Orangerie gelegen. Denn mit Sportplätzen waren allerorten „Vorstellungen von Vorstadtkasernen, Außenzonen und Straßenbahndstationen“<sup>14</sup> verbunden. Vorstellungen, die auf den Bildhauer abstoßend gewirkt haben müssen, da er sich sehr um die städtebauliche Entwicklung Kassels bemüht hat. Oder bestand eine ideelle Verbindung zwischen Kunst und Körperkultur? Immerhin hatte Hans Sautter schon als Anreger beim Bau des städtischen Flußbads mitgewirkt und der Direktor der Staatlichen Kunstakademie verfaßte ein Gedenkwort für das Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn. Selbst der sorgsam hinzugezogene preußische Landeskonservator, Geheimrat Hieke, aus Berlin fand nichts Anstößiges an der Verbindung von Kunstdenkmal und Sportstätte.

### **1. Der gar nicht so „jugendliche“ Sport und die „Volksgemeinschaft“**

Sport und Leibesübungen galten auf alle Fälle als eine Sache der Jugend. Sportverbände wurden als Jugendverbände klassifiziert.<sup>15</sup> Des weiteren wurde auf der Kommunal-, Provinzial- und Reichsebene die Verwaltung des Sports meist mit der Jugendpflege verknüpft.<sup>16</sup> Carl Diem vom *Deutschen Reichsauss-*

<sup>13</sup> Hans Sautter lehrte seit 1906 an der Kasseler Kunstgewerbeschule Bildhauerei – bis ihm am 05.05.1933 von den Nationalsozialisten das Betreten des Schulgebäudes untersagt wurde. Für Hans Sautter war Kunst mit seiner Vorstellung vom Menschen als sozialem Wesen verknüpft. 1919-29 als unbesoldeter Stadtrat Mitglied des Magistrats. 1924-28 stand er dem Wohnungsamt vor. Neben seinem künstlerischen Schaffen als Bildhauer entwarf er u.a. Wohnanlagen für den sozialen Wohnungsbau. Flachreliefs von Hans Sautter an den Terrassenaufgängen der Hessenkampfbahn erinnerten „weihevoll“ an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Sportsleute. Vgl. Stadt Kassel - Kulturamt (Hg.): Kunst im öffentlichen Raum. Kassel 1950 - 1991, Konzeption u. Red. Harald Kimpel, Marburg 1991, S. 276f., Wolfgang Hermsdorff: Sautter Direktor der Kunstgewerbeschule (Ein Blick zurück; 904), in: Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 25.04.1981, Die Hessenkampfbahn. In: Hessenland. Illustrierte Blätter für Heimatforschung, Kunst und Literatur, 38. Jg. 1926, Nr. 5, S. 98f. u. Lengemann [wie Anm. 10].

<sup>14</sup> Rudolf Hallo: Von der Einfügung der Hessenkampfbahn in die Aue. In: Kasseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 19-26.

<sup>15</sup> Christiane Eisenberg: Massensport in der Weimarer Republik. Ein statistischer Überblick, in: Archiv für Sozialgeschichte, 33. Jg. 1993, S. 137-177, hier S. 153-158.

<sup>16</sup> Vgl. Arthur Mallwitz: Geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung des Sports. 1918-1928, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928. 2. Aufl., Berlin 1928, S. 535-546, hier S. 541-546.

*chuß für Leibesübungen*<sup>17</sup> (DRA) apostrophierte „den Zustrom der Jugend zu den Turn- und Sportvereinen“ sogar in einem Artikel zur Eröffnung der Hessenkampfbahn „als eine Art Selbsthygiene des deutschen Volkes“.<sup>18</sup> Ein sentimentaler Rückblick auf die früheren Kasseler Schulsportplätze in demselben Artikel behauptete implizit, daß auch der neue Sportplatz in erster Linie für die Schuljugend gebaut worden wäre. Angesichts der Schwerpunktsetzung auf den Jugendsport drängt sich die Frage auf, ob es denn im Kassel der zwanziger Jahre keine Erwachsenen gegeben hat, die sportlich aktiv waren.



*Der Einmarsch der Sportler bei der Einweihung der Hessenkampfbahn am 02.05.1926. An der Spitze die Vertreter des KSfL (Riemann, Kampmann, Burgtorff, Meister, Dörr, Buchenau).*

Keineswegs! Schon ein flüchtiger Blick auf die Fotos von der Eröffnung der Hessenkampfbahn überzeugt vom Gegenteil. Der weitaus größere Teil der nahezu 10.000 Sportler und Sportlerinnen, die entweder stolz mit ihren Vereinsfahnen in das neue Stadion einmarschierten oder an den turnsportlichen Vorführungen bzw. Wettkämpfen teilnahmen, waren ihrer Schulzeit schon deutlich entwachsen.<sup>19</sup> Diese Dominanz der Erwachsenen bei dem Kasseler

<sup>17</sup> Carl Diem war 1917-33 Generalsekretär des *Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen* (DRA), dem stärksten Dachverband für Turnen und Sport in der Weimarer Republik. Vgl. Erich Beyer: Sport in der Weimarer Republik. In: Horst Ueberhorst (Hg.): *Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart* (Geschichte der Leibesübungen; 3.2), Berlin, München, Frankfurt a. M. 1982, S. 657-700, hier S. 659.

<sup>18</sup> Hessenkampfbahn! [wie Anm. 6].

<sup>19</sup> Vgl. „Hier ging früher echt die Post ab“. Hessenkampfbahn, in: Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 04.05.1996, Manfred Schaake: „Der schönste Sportplatz“ feiert Geburtstag. In: Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 01./02.05.1986, Wolfgang Hermsdorff: „Die schnellste Sportarena Deutschlands“. 60 Jahre Hessenkampfbahn, in: *Heimatbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 30. Jg. 1986, Nr. 2, S. 140-142.

Großereignis läßt sich mit pädagogischen Überlegungen der Zeitgenossen erklären. Jugendlichen sollte keine Gelegenheit geboten werden, sich öffentlich als „Sportskanone“ aufzuspielen. Man befürchtete außerdem, den jungen Körper bei Wettkämpfen zu überfordern, und zuletzt wollten die Erwachsenen bei den geselligen Sportveranstaltungen unter sich bleiben. Allerdings fand in diesen Punkten bereits seit dem preußischen Jugendpflegeerlaß von 1911 ein Umdenken statt. Das Mindestalter für die Teilnahme an den offiziellen Meisterschaften der *Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik*<sup>20</sup> wurde 1919 ganz in diesem Sinne auf 17 Jahre festgelegt.<sup>21</sup>

Jugendlichen und Erwachsenen sollte vielmehr mit dem Sport der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ nahe gebracht werden, wie Stadtoberschulrat Walter Boese (DDP)<sup>22</sup> 1926 hervorhob: „Die Erziehung des vollwertigen deutschen Menschen der Zukunft, der willig und freudig der Volksgemeinschaft dient, vollzieht sich nur im Gleichklang seelischer, geistiger und körperlicher Bildung.“<sup>23</sup>

Die Indienstnahme der Athleten für die Volksgemeinschaft war nicht nur ein Anliegen der Pädagogen, sondern auch der bürgerlichen Sportpresse in Kassel: „*Ein Hauptidealmittel für Einigkeit, Zucht, Ordnung, Ein- und Unterordnung sind Gymnastik, Turnen und Sport, zusammengefaßt: die Körperkultur! Unser Ziel in der Körpererziehung darf nicht der Meisterathlet, der Gipfelturner, das Sportphänomen sein, sondern unser Ziel ist: Erziehung zur Kraftschönheit!*“<sup>24</sup>

Einen Schritt weiter ging der wettkampffeindliche Dachverband der Turnbewegung, die *Deutsche Turnerschaft* (DT), die vermutlich in den zwanziger Jahren in Deutschland die meisten Jugendlichen organisierte.<sup>25</sup> Sie propagierte

<sup>20</sup> Das ist der 1898 gegründete Vorläufer des *Deutschen Leichtathletik-Verbandes* (DLV). Hajo Bernett: *Leichtathletik im geschichtlichen Wandel*. Hrsg. vom Deutschen Leichtathletik-Verband, Schorndorf 1987, hier S. 126-160.

<sup>21</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 157. Vgl. auch: Roland Naul/Ludger Jonischeit/Uwe Wick: *Turnen, Spiel und Sport in Schule und Verein. Jugendsport zwischen 1870 und 1932* (Schriftenreihe des Willibald Gebhardt Instituts; 4), Aachen 2000, S. 181-197.

<sup>22</sup> Walter Boese wurde 1924 auf 12 Jahre zum Stadtoberschulrat gewählt. Er blieb aber nur bis 1934 im Amt. Vgl. Lengemann [wie Anm. 10].

<sup>23</sup> [Walter] Boese: *Die Erziehung des [...]*. In: Kasseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): *Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926*. Cassel [1926], S. 26.

<sup>24</sup> *Körperkultur*. In: Kasseler Post vom 08.05.1925.

<sup>25</sup> Diese Vermutung bezieht sich auf die absoluten Mitgliederzahlen. Aber auch der prozentuale Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtmitgliederzahl von 48,7% (1930) war beachtlich. Vgl. Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 157f.

unter dem Schlagwort „Geistesturnen“ eine Spielart der Volkstumsideologie mit rassistischem Einschlag.<sup>26</sup>

Entgegen der zeitgenössischen Rhetorik, in der die Turn- und Sportbewegung zur volkspädagogischen Jugendpflegeeinrichtung erklärt wurde, dominierten weiterhin die Erwachsenen den Trainingsbetrieb. Eine vom Magistrat der Stadt Kassel herausgegebene Statistik für April 1929 gab ein Verhältnis von ca. 40% zu 60% zwischen jugendlichen und erwachsenen Mitgliedern in den Kasseler Turn- und Sportvereinen an.<sup>27</sup> Damit lag der Jugendanteil in Kasseler Vereinen deutlich über dem Reichsdurchschnitt, der 1930 höchstens 30% betrug.<sup>28</sup> Der vergleichsweise hoch erscheinende Jugendanteil wird dadurch relativiert, daß bei den Kasseler Zahlen alle unter 18jährigen als Jugendliche betrachtet wurden, während den reichsweiten Angaben in der Regel die geläufigere Jugenddefinition von 14/15 bis 20/21 Jahre zu Grunde lag.<sup>29</sup> Die Tendenz bleibt jedoch eindeutig.

Ballspiel-, Wintersport- und insbesondere die (bürgerlichen<sup>30</sup>) Turnvereine nahmen den Zustrom an Kindern und Jugendlichen auf, den der Verbandsfunktionär Henner Riemann als „Beweis für das Weitermarschieren unserer Bewegung“ bewertete. Im gleichen Atemzug mahnte er jedoch an, daß „höchstens 8% der Kasseler Bevölkerung Leibesübungen treiben“ würden.<sup>31</sup> Die

<sup>26</sup> Vgl. Lorenz Peiffer: Die deutsche Turnerschaft. Ihre politische Stellung in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus (Sportwissenschaftliche Dissertationen; 7), Ahrensburg 1976, S. 62-70.

<sup>27</sup> Altersverteilung in % der Kasseler Vereinsmitglieder im Vergleich der Jahre 1926 und 1929

1926 (a) / 1929 (b)	% unter 18 Jahre	% über 18 Jahre	Mitgliederzahl
KSfL	43,5 / 35,2	56,5 / 64,8	13644 (c) / 14288
Za. f. Arbsp. u. Kpfl. Ks.	42,6 / 42,8	57,4 / 57,2	6940 / 7210

Eigene Berechnungen nach:

(a) Turn- u. Sportwesen. In: Mitteilungen der Stadt Kassel, 1926, Nr. 12, S. 25f. Im Folgenden zitiert als: Turn- u. Sportwesen 1926.

(b) Turn- u. Sportwesen. In: Mitteilungen der Stadt Kassel, 1929, Nr. 6, S. 30f. Im Folgenden zitiert als: Turn- u. Sportwesen 1929.

Mitgliederzahl um Rechenfehler bereinigt.

<sup>28</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 155f. Hier wurden die Prozentzahlen für die Gruppen Sport (19,8%) und Körperertüchtigung (34,3%) gemittelt und aufgerundet, da eine derartige Einteilung mit den für Kassel vorliegenden Zahlen nicht möglich ist.

<sup>29</sup> Vgl. zu den typischen Unschärfen bei historischen Statistiken: Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 155f.

<sup>30</sup> Die dem bürgerlichen *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen* angeschlossenen 16 Turnvereine verzeichneten 1926 einen Jugendanteil von 61,1%. Die 6 Arbeiterturnvereine im Kasseler *Zentral-Ausschuss für Arbeitersport und Körperpflege* hatten dagegen einen Jugendanteil von „nur“ 46,7%. Errechnet nach: Turn- u. Sportwesen 1926 [wie Anm. 27].

<sup>31</sup> Riemann u.a.: Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1926. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, hier S. 2. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1926.

Die Kasseler Bevölkerung erwies sich also insgesamt nicht als sportlicher als der Rest der Deutschen.<sup>32</sup>

## 2. Für jede Façon etwas – die breite Palette des Kasseler Sportangebots

Wer in Kassel<sup>33</sup> in den zwanziger Jahren etwas für seinen Körper und Geist tun wollte und sich nach einem Turn- oder Sportverein umschaute, konnte auf ein breites Angebot zurückgreifen. Dessen Vielfältigkeit gerade dadurch entstand, daß nicht nur nach sportlichen, sondern auch nach sozialen, politischen und religiösen Kriterien getrennt Sport getrieben wurde, was deutlich zeigt, wie weit der Sportbetrieb vom zeitgenössischen Ideal der übergreifenden Volksgemeinschaft entfernt war.

<sup>32</sup> Vereinsmitglieder in % der Bevölkerung im Jahr 1926

	Bevölkerung	Vereinsmitglieder	%
Deutsches Reich	62 866 000 (a)	7 166 700 (b)	11,4
Stadt Kassel	172 390 (c)	20 584 (d)	11,9

Eigene Berechnungen nach:

- (a) Mittlere Bevölkerung des Jahres 1926 nach: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. 3.: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser u. Anselm Faust (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte/Beck'sche Elementarbücher), München 1978, S. 32.
- (b) Mitgliederzahl der Verbände für Sport, Körperertüchtigung und Touristik in der Weimarer Republik für 1926 nach: Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 147.
- (c) Fortgeschriebene Bevölkerung im Dezember 1926 nach: Bevölkerungsstand. In: Mitteilungen der Stadt Kassel, 1926, Nr. 12, S. 2.
- (d) Vgl. Turn- u. Sportwesen 1926 [wie Anm. 27].

Es ist bei Turnverbänden mit ca. 3% bei Sportverbänden aufgrund des zeitgenössischen Ideals des „allround sportsman“ mit ca. 15% Doppelmitgliedschaften zu rechnen, die aus dem Anteil von 11,9% Vereinsmitgliedern an der Bevölkerung noch herausgerechnet werden müssen, wenn man die tatsächliche Anzahl der von den Turn- und Sportverbänden organisierten Personen erhalten will. Eisenberg 1993 [wie Anm. 15], hier S. 149f.

<sup>33</sup> Die Gutsbezirke in der Provinz Hessen-Nassau wurden 1928 aufgeteilt, so daß Kassel-Wilhelmshöhe und der Habichtswald zu Kassel kamen. Die zu Wahlershausen gehörende Villenkolonie und die Kuranlagen waren bereits 1906 zusammen mit den Gemeinden Wahlershausen und Kirchditmold sowie den industriell geprägten Gemeinden Rothenditmold und Bettenhausen von Kassel eingemeindet worden. Die Vorortgemeinden Harleshausen, Wolfsanger, Nordshausen, Oberzwehren, Niederzwehren und Waldau wurden erst unter nationalsozialistischer Herrschaft (1936) Kassel angegliedert. Thomas Klein: Zur Geschichte der Kasseler Eingemeindungen. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 36. Jg. 1986, S. 317-349.



## 2.1. Die verschiedenen Sportarten

Ehrwürdigen, mitgliederstarken Turnvereinen mit mehreren Sparten standen eine Vielzahl von Rasensportvereinen<sup>34</sup> (Ballspiele, Leicht- und Schwerathletik) gegenüber. Prestigeträchtige Assoziationen bemühten sich um die Förderung der Luftschiffahrt oder repräsentierten die sportlichen Autofahrer Kassels.<sup>35</sup> Nur etwas weniger exklusiv wurde der Rudersport betrieben. Die frühere massive Förderung der Rudervereine an höheren Schulen durch Kaiser Wilhelm II. und enge Verbindungen zu den leitenden Angestellten des größten Arbeitgebers vor Ort, *Henschel & Sohn*, begründeten die heute noch spürbare herausgehobene Stellung des Rudersports in Kassel.<sup>36</sup> Weite Verbreitung fand in Kassel ab Anfang der zwanziger Jahre das Kanufahren, das aufgrund der populären faltboote wesentlich kostengünstiger sowie touristisch betrieben werden konnte.<sup>37</sup> Ein Wintersportverein war 1919/20 ebenso vorhanden wie ein Tennisklub.<sup>38</sup> Schon bald nach seiner Gründung 1869 hatte der *Kurhes-*

<sup>34</sup> Die Kasseler Vereine konnten in der Weimarer Republik ein beachtliches sportliches Niveau vorweisen. Z.B. starteten für Kasseler Vereine die deutschlandweit erfolgreichen Leichtathleten Max Danz, Leni Junker und Hermann Walpert. Fritz Steinmetz: Sportliche Höhepunkte. Nationale und Internationale Großveranstaltungen in der Hessenkampfbahn - in Stichpunkten, in: Stadt Kassel - Sportamt (Hg.): 1926 - 1986. 60 Jahre Hessenkampfbahn in Kassel. Kat. d. Ausst. im Apollosaal der Orangerie Kassel 16. - 22.06.1986, S. 11-28.

<sup>35</sup> Die im Adreß- u. Einwohnerbuch der Stadt Kassel für die Jahre 1919/20 - 1933 genannten Vorstände des *Automobilklubs „Kurhessen“* umfaßten u.a. Fabrikbesitzer, Großkaufleute, Stadträte, Freiherren usw.. Erst ab Mitte der zwanziger Jahre wurden weitere Motorsportvereine gegründet. Vgl. Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel sowie sämtlicher Ortschaften des Landkreises Kassel 1928 (92. Jg.), Kassel 1928, S. 52. Im Folgenden zitiert als: Kasseler Adreßbuch 1928. 1923-27 veranstaltete der *Automobilklub „Kurhessen“* jährlich ein reichsweit ausgeschriebenes Rennen im Bergpark Wilhelmshöhe. Wolfgang Hermsdorff: Motorendonner von der Domäne bis zum Herkules. In: Heimatbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V., 37. Jg. 1993, Nr. 3, S. 63-67.

<sup>36</sup> Sebastian Fasbender: Der Werksport als Ausdruck betrieblicher Sozialpolitik. Dargestellt am Beispiel der Henschelwerke in Kassel, Magisterarbeit, Fachbereich Sozialwissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1994, S. 96-98. Vgl. zur Entwicklung der Schülersportvereine: Naul/Jonischeit/Wick [wie Anm. 21], S. 96-132.

<sup>37</sup> Vgl. Wolfgang Hermsdorff: Zissel - von der Werbeveranstaltung zum Volksfest. In: Heimatbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V., 23. Jg. 1979, Nr. 3, S. 3-7, Chronik 1921-1996. Kasseler Kanu-Club 1921 e.V., bearb. von Claudia Siebert, Axel Kempken u. Manfred Siebert, Kassel 1996 u. Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel sowie sämtlicher Ortschaften des Landkreises Kassel 1930 (94. Jg.), Kassel 1930, S. 58. Im Folgenden zitiert als: Kasseler Adreßbuch 1930.

<sup>38</sup> Der 1921 gegründete Tennisklub Kassel-Wilhelmshöhe war der Nachfolger des Kasseler Tennisklubs von 1896. Kasseler Adreßbuch 1928 [wie Anm. 35], S. 53.

*sische Reit- u. Fahrverein* eine besondere Bedeutung für die bessere Kasseler Gesellschaft erlangt, die er auch in der Weimarer Zeit nicht verlor.<sup>39</sup>

## 2.2. Sport in Uniform und am Arbeitsplatz – Militär-, Polizei- und Betriebssport

Der Reitsport wurde nach dem Ersten Weltkrieg eher wichtiger, als im Zuge des Verschwindens der Kavallerie an Bedeutung zu verlieren.<sup>40</sup> Traditionell waren viele Angehörige des Offizierskorps der in Kassel stationierten Truppen Mitglieder des Reit- und Fahrvereins.<sup>41</sup> Es gab allerdings auch innerhalb der Truppenteile einen Sportbetrieb, der zur Bildung eigener leistungsstarker Handballmannschaften führte. Das Kasseler Jäger-Bataillon gründete darüber hinaus 1925 den Wassersportverein *Ägir*. Da der Versailler Vertrag direkte Kontakte zwischen Sport- und Militärorganisationen explizit untersagte, wurden vermutlich keine Wettkämpfe zwischen zivilen Vereinen und Militärsportlern ausgerichtet. Stattdessen fanden regelmäßig Marine- und Heeresmeisterschaften, u.a. 1933 in Kassel,<sup>42</sup> statt. Die Kasseler verfolgten begeistert das jährliche Preisschießen mit Volksfestcharakter, bei dem Offiziere und Mannschaften des Jäger-Bataillons ihre jeweiligen Schützenkönige ermittelten.<sup>43</sup>

Reichswehrangehörige durften „unpolitischen“, d.h., bürgerlichen Sportvereinen beitreten, wo sie dann häufig auf alte Kameraden trafen, die während des Ersten Weltkriegs sportlich sozialisiert worden waren. Ausgeschiedene Offiziere betätigten sich nicht selten als Sportjournalisten, Verbandsfunktionäre oder Sportlehrer (Trainer). Neben bzw. vor Gründung der Reichswehr versuchten Freikorps und Wehrverbände, die „Sportskanonen“ unter den Kriegsheimkehrern durch ein vielfältiges Übungs- und Wettkampfprogramm an sich zu binden. Was die militärischen Kommandobehörden nicht nur tolerierten, sondern unterstützten, weil sie selbst darum bemüht waren, die Kriegsheimkehrer in die Sportvereine zu lenken, um den Zerfall der staatlichen und militärischen Autorität aufzuhalten.

<sup>39</sup> Vgl. Wolfgang Hermsdorff: Reitsport in Kassel stets auch ein gesellschaftliches Ereignis. Die Pferderennen auf dem Forst, in: Heimatbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V., 37. Jg. 1993, Nr. 3, S. 14-15.

<sup>40</sup> Vgl. für den Zusammenhang zwischen Militär und Sport: Eisenberg [wie Anm. 1], hier S. 323-335.

<sup>41</sup> Julius Schmidt: 100 Jahre Vereinsgeschichte. In: Kurhessischer Reit- und Fahrverein e.V. Kassel (Hg.): Festschrift zum 100jährigen Jubiläum am 30. März 1969. Kassel [1969], S. 18-38.

<sup>42</sup> Des Heeres Meister in Kassel. Vom 4. bis 6. August auf Kampfbahn und Karlswiese, in: Kasseler Post vom 30.05.1933.

<sup>43</sup> Heinz Siebert: Die „Jägerkaserne“ an der Frankfurter Straße. In: Heimatbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V., 42. Jg. 1998, Nr. 1, S. 35-39.

Sport wurde im zeitgenössischen Sprachgebrauch mit Kampf und Krieg assoziiert, wie die Bezeichnung *Hessenkampfbahn* den Kasselerinnen vor Augen führte. Die ehemaligen Kriegsteilnehmer bevorzugten harte, wettkampforientierte Sportarten. Sie etablierten z.B. im neu geschaffenen (Feld-)Handball sowie im Fußball eine derartig kampfbetonte und ruppige Spielweise, daß es auf Seiten der Schiedsrichter bald zu massiven Protesten kam. Außer den genannten Sportarten Reiten, Handball und Fußball<sup>44</sup> profitierten Leichtathletik und Schwimmen<sup>45</sup> erheblich von der feldgrauen Verbreitung des Sports im Weltkrieg. Weitere Nutznießer der unscharfen Grenzen zwischen militärischem und zivilen Sport stellten die Schützenvereine dar, die sich eines großen Zulaufs erfreuten und von der Waffen- und Munitionsindustrie sowie der Reichswehr illegal subventioniert wurden.<sup>46</sup> Waren im Kasseler Adreßbuch für das Jahr 1919/20 nur vier Schützenvereine zu finden, so füllten sie in der Ausgabe für das Jahr 1928 über eine Spalte.<sup>47</sup>

Nicht nur beim Militär, das Turnen und Wehrsport bereits aus der kaiserlichen Armee kannte, sondern auch bei der preußischen Schutzpolizei einschließlich der kasernierten Bereitschaftseinheiten<sup>48</sup> wurde körperliche Ertüchtigung seit Beginn der Weimarer Republik groß geschrieben. Die Aufstiegschancen der Polizeioffiziere wurden direkt von der obligatorischen Beurteilung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit beeinflusst. Damit die Dienstsportgruppen der Schutzpolizeikommandos am Wettkampfbetrieb der Sportfachverbände teilnehmen konnten, mußten Polizeisportvereine gegründet werden.<sup>49</sup> Das preußische Innenministerium begrüßte die Wettkampffreudigkeit

---

<sup>44</sup> Vgl. Horst Biese/Herbert Peiler: *Flanken, Tore und Paraden. 100 Jahre Fußball in Kassel*, Kassel 1993.

<sup>45</sup> Vgl. *Kasseler Badelust. Badekultur am Fuldastrand und eine Reise in die Geschichte der Volksbäder*, von Vera Bachmann, Kat. d. Ausst. im Stadtmuseum Kassel 06.07. - 31.10.1995.

<sup>46</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 165-168.

<sup>47</sup> Das Kasseler Adreßbuch kann nur Indizien für die Vereinsentwicklung liefern, da die Eintragungen weder vollständig noch verlässlich aktuell waren. Es umfaßte außer dem Stadtgebiet Kassel in der Ausgabe 1919/20 noch die Vorortgemeinden Harleshausen, Ihringshausen, Niedervellmar, Niederzwehren, Oberzwehren, Sandershausen, Waldau, Wilhelmshöhe (Gutsbezirk), Wolfsanger, Brasselsberg (Gartenstadt) und Fasanenhof (Gutsbezirk). Die Anzahl der mitberücksichtigten Gemeinden des Landkreises Kassel variierte je nach Ausgabe. Einwohnerbuch der Stadt Cassel sowie der Ortschaften Harleshausen [...] für das Jahr 1919/20 (85. Jg.), Cassel 1919. Im Folgenden zitiert als: *Kasseler Adreßbuch 1919/20*.

<sup>48</sup> Vgl. zum Aufbau der kasernierten Schutzpolizei in Kassel von 1919 bis 1920 und die sich anschließenden unsicheren Anstellungsverhältnisse: Johannes Buder: *Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923* (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 294), Frankfurt a.M., Bern, New York 1986, S. 134-141 u. 318-322.

<sup>49</sup> In der Weimarer Zeit wurde im Gegensatz zu früher streng auf das Amateurprinzip geachtet und Dienstsport als Berufssport bewertet. Vgl. Andreas Luh: *Betriebssport zwischen Arbeit*

seiner Beamten, denn sportliche Erfolge versprachen eine Steigerung des Ansehens der Polizei. Es sorgte jedoch dafür, daß Übungsbetrieb und öffentliches Auftreten der Polizeisportvereine von der Diensthierarchie geprägt wurden.<sup>50</sup> Die in Kassel stationierte Schutzpolizei brachte eine äußerst erfolgreiche Handballmannschaft hervor. Der zugehörige Polizeisportverein existierte aber de facto nur 1921-27, da 1926 eine Hundertschaft nach Köln verlegt wurde.<sup>51</sup> 1926 schloß sich der Polizeisportverein kooperativ dem *Sportverein „Kurhessen“* 1893 an. Handballer und Leichtathleten starteten nun unter *Kurhessen-Polizei*.<sup>52</sup> Der Dienstsport der Schutzpolizei wurde selbständig weitergeführt und jährlich in einem Sportfest, z.B. 1930 anlässlich der Verfassungsfeiern, der Kasseler Bevölkerung präsentiert.<sup>53</sup>

Dem weiteren Umfeld des Betriebs- und Behördensports waren berufsständische Vereinsgründungen wie der *Casseler Lehrer-Turnverein* (gegr. 1873), der *Casseler Turnlehrerinnenverein* (gegr. 1895), die *Turngilde im Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband*<sup>54</sup> und die *Beamten-Turnvereinigung* zuzurechnen. Organisationen, die zwar keinen bestimmten Beruf, aber ein Hochschulstudium für die Mitgliedschaft voraussetzten, waren die im *Orts-Altherren-Verband Kassel des Akademischen Turnbundes* seit 1903 zusammengeschlossenen, nach Art der Burschenschaften organisierten akademischen Turnerschaften. Das Prestige des Kasseler Ortsverbands war so groß, daß Kassel für die Jahre 1924/25 zum „Vorort“ des reichsweiten *Altherren-Bundes im ATB* gewählt wurde.<sup>55</sup>

Der *Eisenbahner-Turnverein Jahn Kassel* und der *Turn- und Sportverein der Henschelwerke* standen der Werkssportbewegung<sup>56</sup> näher als die berufsständischen Vereine. Die von der arbeitgeberfreundlichen frühen Betriebssoziologie ange-

---

geberinteressen und Arbeitnehmerbedürfnissen. Eine historische Analyse vom Kaiserreich bis zur Gegenwart (Sportforum; 6), Aachen 1998 u. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 335-341.

<sup>50</sup> Luh [wie Anm. 49], S. 147-153 u. 157-163.

<sup>51</sup> Alwin Christoph: Polizeisportverein Grün-Weiß Kassel. Ein Verein mit Zukunft schaut zurück, in: Kasseler Polizei-Report, 1990, S. 42f.

<sup>52</sup> Biese/Peiler [wie Anm. 44], S. 49.

<sup>53</sup> Verfassungs-Sportfest der Kasseler Schutzpolizei. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 11.08.1930, Sportfest der Kasseler Schutzpolizei. In: Kasseler Post vom 11.08.1930. Vgl. zu den Verfassungsfeiern den Beitrag von Sonja Stuhmann in diesem Band.

<sup>54</sup> Erstmals verzeichnet: Kasseler Adreßbuch 1930 [wie Anm. 37].

<sup>55</sup> Akademischer Turnerbund Orts-Altherren-Verband Kassel 1891-1991. [Kassel] [1991] u. Wolfgang Buss: Der Akademische Turnbund und die Turnerjugend. In: Lorenz Peiffer (Hg.): Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend. Essen 1992, S. 42-46. Diese Organisation darf nicht mit dem größeren, „streng völkischen“ (d.h. antisemitischen) *V.-C.-Verband der Turnerschaften auf deutschen Hochschulen* (gegr. 1872) verwechselt werden, der seit 1885 nur „farbentragende Vereine „mit unbedingter Satisfaktion, Waffen und Korporationsnamen““ umfaßte. Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 1239.

<sup>56</sup> Luh [wie Anm. 49], S. 93-105.

regte Werkssportbewegung fand in mittleren und größeren Wirtschaftsunternehmen seit Anfang der zwanziger Jahren immer mehr Anhänger.<sup>57</sup> Der zuerst genannte Verein war aus der 1913 entstandenen Turnabteilung des Eisenbahnvereins hervorgegangen.<sup>58</sup> Nachdem 1927 der *Bund der deutschen Reichsbahn-Turn- und Sportvereine* dem *Reichsverband der Eisenbahnvereine* beigetreten war, wandelten sich die meisten Turnabteilungen der Eisenbahnvereine in eigenständige Eisenbahnsportvereine um, die in enger Anlehnung an die Verwaltungsstrukturen der Reichsbahn seit 1925 durch deren Hauptverwaltung unterstützt wurden.<sup>59</sup>

Anders als bei der Reichsbahn, die mit ihrer Unterstützung des Betriebssports hauptsächlich dafür sorgen wollte, daß sich ihre Verwaltungsangestellten und Arbeiter den gestiegenen Arbeitsanforderungen gewachsen zeigten, wollten die Angehörigen der Henschel-Dynastie mit ihrem sozialen Engagement gegenüber der Belegschaft die Facharbeiter an die Lokomotivenfabrik binden. Daneben spielten bei der Familie Henschel auch religiöse Motive eine Rolle, insbesondere bei Stiftungen, die nicht den Werksangehörigen vorbehalten waren. Darüber hinaus diente die Gründung der Werksvereine, u.a. des *Henschel'schen Turnvereins* 1912, der systematischen Zurückdrängung der sozialistischen Arbeiterkultur und der Gewerkschaften. Die komplizierte Lokomotivenfertigung erforderte eine gründliche Ausbildung. Um diese sicherzustellen, richtete die Werksleitung 1905 die *Lehrlings-Fortbildungs-Schule von Henschel & Sohn* ein. Bereits um 1910 forcierte die Werksleitung das Lehrlingsturnen. In den zwanziger Jahren war es dann obligatorischer Bestandteil des Unterrichts. In den ersten Jahren des Bestehens des *Henschel'schen Turnvereins* dominierten Mitglieder mit qualifiziertem Berufsabschluß das Vereinsleben, das sich auf die Teilnahme an monarchistisch-nationalen Veranstaltungen konzentrierte. 1914 wurde eine Fußball-, 1921 eine Handballabteilung gegründet, die auch für Arbeiter attraktiv waren. Seit 1917 bestand eine Damenabteilung. Diese Entwicklung zu einem leistungsorientierten Mehrspartenverein schlug sich 1920 in der Umbenennung in *Tuspo Henschel* nieder. Trotz oder gerade wegen des Einbruchs im Lokomotivenbau und den daraus resultierenden Massenentlassungen ab 1924 wurde der Verein weiterhin unterstützt, um die Leistungsfähigkeit des Unternehmens in der Region zu demonstrieren.<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Ebda., S. 84-87 u. 200-203.

<sup>58</sup> Fasbender [wie Anm. 36], S. 83f.

<sup>59</sup> Luh [wie Anm. 49], S. 155f. u. 163-175.

<sup>60</sup> Fasbender [wie Anm. 36], S. 46f. u. 82f.

### 2.3. Religion wird „gesportelt“ – *Eichenkreuz, Deutsche Jugendkraft und Bar Kochba*

Die Anziehungskraft, die Turnen und Sport auf Jugendliche ausübte, veranlaßte die beiden großen christlichen Konfessionen bereits im letzten Jahrzehnt des 19. Jhds., den Sport aus pädagogischen Gründen und als „Lockmittel“ in die religiöse Jugendpflege zu integrieren. 1920 wurden die Sportgruppen innerhalb der katholischen Jugendvereine in dem rein männlichen Dachverband *Deutsche Jugendkraft* zusammengeschlossen. 1927 folgte der *Reichsverband für das Frauenturnen in katholischen Vereinen*.<sup>61</sup> Aber schon 1925 ergriff eine katholische Zeitung in Kassel<sup>62</sup> Partei für den Frauensport:

*„Beim Sportsmädchen finden wir vor allem frische Gesundheit und feste Muskeln und Sehnen. Es hat sicher auch wenig Sinn für raffinierte Toilettenkünste, womit andere stundenlang am Spiegel die kostbare Zeit totschiessen, und es hat auch Herz und Mund auf dem rechten Fleck. [...] Daß für reifere Frauen das fesche Sportkostüm und Ski und Bergschuh usw. nicht geeignet erscheint, ist wohl selbstverständlich, aber eine Wanderung durch die Natur ist auch gesunder Sport, der den abgespannten Nerven Stärkung gibt und statt dem überarbeiteten, verdrossenen, mürrischen Wesen frohe Heiterkeit mit nach Haus gibt. [...] Ein vernünftiges Mädchen, das den Sport nur betreibt, um sich abzu härten und die Gesundheit für den aufreibenden Beruf zu stärken, wird auch genau die Grenze kennen, wo die Frau aufhört und die Unweiblichkeit beginnt, und sie wird Kraft und moralisches Gefühl genug besitzen, diese Linie nie zu überschreiten.“*<sup>63</sup>

Im Gegensatz zu den katholischen Organisationen wollten die evangelischen Jünglingsvereine eine eigenständige Verbandsgründung vermeiden. Obwohl dies dem Sportbetrieb Rechnung getragen hätte, der sich aus der konfessionellen Jugendarbeit immer mehr herauslöste. Stattdessen wurde ab 1921 versucht, die Leibesübungen unter dem Namen *Eichenkreuz* im Rahmen eines Ausschusses des Dachverbands, dem *Christlichen Verein junger Männer* (CVJM), zu organisieren. Der CVJM wurde 1926 als Mitglied im *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen* (KSfL) geführt.<sup>64</sup> 1928 wurde *Eichenkreuz* dann doch ein eigenständiger Verband im CVJM, der bereits im selben Jahr eine Führer-

<sup>61</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 152.

<sup>62</sup> Vgl. zur konfessionellen Ausrichtung des Hessischen Kuriers: Bruno Jacob: Spiegelbild zweier Jahrhunderte. Die Geschichte der Kasseler Presse (Schluß), in: Kasseler Post vom 19./20.11.1949.

<sup>63</sup> Diana Ernstberger: Sportmädels. In: Hessischer Kurier vom 24.06.1925.

<sup>64</sup> Der Kasseler Stadtverband für Leibesübungen. In: Kasseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Kassel [1926], S. 51-61, hier S. 57. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Mitglieder 1926.

schule<sup>65</sup> sowie einen eigenen Verlag in Kassel-Wilhelmshöhe besaß. In Kassel wurde 1930 auf Veranlassung des preussischen Ministers für Volkswohl sogar ein Sonderlehrgang für evangelische Pfarrer zum Thema „Kirche und Sport“ vom *Eichenkreuz-Verband* veranstaltet.<sup>66</sup> Da der *Eichenkreuz-Verband* nicht nur Mitglied des KSfL war,<sup>67</sup> sondern auch der DT angehörte, kann davon ausgegangen werden, daß sich zumindest die evangelischen Sportgruppen am örtlichen Turn- und Sportleben aktiv beteiligt haben.

1898 wurde in Berlin der erste jüdische Turnverein in Deutschland von Akademikern ins Leben gerufen, der den Impuls für eine Reihe weiterer Gründungen im deutschsprachigen Raum und auf dem Balkan gab. Die Ziele des *Bar Kochba Berlin* gingen wie bei den christlich-konfessionellen Sportgruppen oder der deutschnational ausgerichteten DT über die unmittelbare Förderung der turnerischen Leibesübungen hinaus. Der 1903 auf dem VI. *Zionistischen Weltkongreß* in Basel konstituierte Dachverband der jüdischen Turnvereine, die *Jüdische Turnerschaft*, übernahm in ihrer Satzung die kulturpolitischen Ziele des *Bar Kochba Berlin*: „Die jüdische Turnerschaft bezweckt die Pflege des Turnens als Mittel zur körperlichen Hebung des jüdischen Stammes im Sinne der jüdisch-nationalen Idee.“<sup>68</sup> Was unter „jüdisch-national“ zu verstehen war, hatte *Bar Kochba Berlin* zuvor als Kompromiß zwischen Zionisten und Anhängern einer neutral-jüdischen Haltung folgendermaßen definiert:

„Unter national-jüdischer Gesinnung verstehen wir die Auffassung, daß die Juden eine auf gemeinsamer Abstammung und Geschichte, keineswegs nur auf religiöser Überzeugung beruhende Gemeinschaft darstellen, welche mit charakteristischer geistiger sowie seelischer Eigenart begabt ein starkes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit bis auf den heutigen Tag bewahrt hat. Die Stärkung dieses nationalen Bewußtseins betrachten wir neben der Pflege des Turnens als unsere vornehmste Aufgabe.“<sup>69</sup>

Obwohl sich jüdische und zionistische Organisationen im Ersten Weltkrieg mit flammenden Apellen zu Deutschland bekannten, ließ das Kriegsministe-

<sup>65</sup> Riemann u.a.: Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1928. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. 3. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1928.

<sup>66</sup> Vgl. Hermann Bach: Sport - Aktivitätsform und Werbeinstrument konfessioneller Jugendarbeit. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der „Deutschen Jugendkraft“ und des „Eichenkreuz“, in: Sportunterricht. Monatsschr. zur Wiss. u. Praxis d. Sports, 23. Jg. 1974, Nr. 7, S. 220-226 u. Rolf Müller: Der Versuch einer Interpretation der Geschichte der Eichenkreuz-Sportarbeit im CVJM. In: CVJM-Gesamtverband in Deutschland e.V. - Ausschuß für Sport (Hg.): Eichenkreuz / Sport im CVJM (Kasseler Hefte, Reihe S: Studien und Tagungsergebnisse; 21), [Kassel] 1987, S. 4-22.

<sup>67</sup> Kasseler Adreßbuch 1930 [wie Anm. 37].

<sup>68</sup> Zitiert nach: Eric Friedler: Makkabi chai - Makkabi lebt. Die jüdische Sportbewegung in Deutschland 1898-1998, unter Mitarb. von Barbara Siebert, Wien 1998, S. 18.

<sup>69</sup> Zitiert nach: Ebda., S. 15f.

rium 1916 eine Statistik erstellen, die offensichtlich von der populären Unterstellung motiviert war, die Juden würden sich vor dem lebensgefährlichen Einsatz an der Front drücken. Der unterschwellige bzw. zunehmend offene Antisemitismus und die Begegnung mit intakten jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa bewirkten bei vielen deutschen Juden eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen.<sup>70</sup> Der Religionsphilosoph Franz Rosenzweig, der aus einem assimilierten, großbürgerlichen, Kasseler Elternhaus stammte, bemühte sich in den zwanziger Jahren in Frankfurt a.M. um die Wiederbelebung des kulturellen Erbes der Juden.<sup>71</sup> Aus diesem geistigen Klima heraus gründete die national-jüdische Jugend Kassels im November 1919 einen jüdischen Turn- und Sportverein, der den Namen *Bar Kochba* annahm,<sup>72</sup> den die Vertreterversammlung der jüdischen Turnvereine in München im August 1919 für alle jüdischen Sportvereine vorgeschlagen hatte. Die national-jüdische Haltung wurde besonders in größeren Stadtgemeinden wie Kassel, die viele konservative, weitgehend assimilierte und patriotische Mitglieder besaßen, kritisiert.<sup>73</sup> Daher erklärte sich der *TuS „Bar Kochba“ Cassel* für politisch neutral und trat nicht dem *Makkabi-Weltverband* bei, der als Nachfolgeorganisation der *Jüdischen Turnerschaft* 1921 auf dem XII. Zionistenkongreß in Karlsbad neu konstituiert worden war. Dadurch wurde auch die ansonsten schwierige Zusammenarbeit mit dem patriotischen *Reichsbund jüdischer Frontkämpfer* (RjF) gesichert, der an anderen Orten als Nachwuchsorganisation eine eigene Sportabteilung mit dem Namen *Schild* ins Leben rief.<sup>74</sup> Gemeinsames Motiv war die Abwehr von ehrverletzenden, antisemitischen Unterstellungen. In dem „Werberuf“ des *Bar Kochba*-Vorsitzenden Dr. Richard Lewin kam beides zum Tragen – national-jüdische Haltung und Abwehrgedanke:

*„Wenngleich der Nachweis genügen müßte, daß durch unsere erzieherische Arbeit das Wohl der jüdischen Jugend gefördert wird, soll die Frage gleichwohl unter dem Gesichtspunkte der antisemitischen Bewegung erörtert werden, um auch der Mentalität*

<sup>70</sup> Ebda., S. 29f.

<sup>71</sup> Vgl. Dietfrid Krause-Vilmar: Streiflichter zur neueren Geschichte der Jüdischen Gemeinde Kassel. In: *Juden in Kassel 1808 - 1933. Eine Dokumentation* anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig. Kat. d. Ausst. im Schloss Bellevue Kassel 23.11.1986 - 31.01.1987 u. Jüdischen Museum Frankfurt a. M. - Karmeliterkloster 19.05. - 28.06.1987, Nachdr. d. 1. Aufl., Kassel [1987], S. 33-42.

<sup>72</sup> Purimfest des *Bar Kochba*. In: *Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck* vom 04.04.1924.

<sup>73</sup> Vgl. Robert Atlasz: Der Deutsche Makkabikreis 1919-1933. In: Ders. (Hg.): *Barkochba. Makkabi - Deutschland 1898 - 1938*. Tel Aviv 1977, S. 41-50.

<sup>74</sup> Der RjF sagte 1928 dem *TuS „Bar Kochba“ Cassel* eine jährliche Unterstützung von 100 M zu. Vgl. Friedler [wie Anm. 68], S. 33-36, RjF. Vortrag Ledermann. In: *Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck* vom 31.10.1924 u. RjF. Am 15. November d. J. fand die [...]. In: *Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck* vom 23.11.1928.



*derjenigen Gemeindemitglieder Rechnung zu tragen, die alle Angelegenheiten durch die Brille der uns feindlichen Mitbürger betrachten. [...] Gerade wenn wir alle uns im Leben als gute Juden betätigen, dann werden wenigstens die nicht gänzlich skrupellosen Gegner uns ihre Achtung nicht versagen können. Also zurück zur jüdischen Gesinnung und Gesittung muß die Parole auch im Kampfe gegen den Antisemitismus lauten, wiewohl es noch jüdischer ist, die gute Tat um ihrer selbst willen zu üben. Immerhin ergibt sich aus meinen Ausführungen die Notwendigkeit, die Jugend mit jüdischen Inhalten vertraut zu machen. [...] Wenn wir uns aber weiter fragen, was kann noch geschehen, um jene Meinung auszurotten, es gäbe für uns nur das eine Ideal, Geldgewinn und materielle Genüsse, so wird man diesen Hieb am besten mit dem Hinweis auf die erzieherische Arbeit des Bar Kochba parieren. Durch unsere Leistungen, durch die Kräftigung des jungen Juden, dadurch, daß sein Sinn dafür geweckt wird, Freude am Leben in der Natur zu empfinden, und die damit verbundene sittliche Erstarkung werden die Ansichten von unserer körperlichen und moralischen Minderwertigkeit am schnellsten verstummen.“<sup>75</sup>*

Dieser Weg, dem Antisemitismus zu begegnen, wurde 1932 von linksgerichteten, jungen, jüdischen Sportlern unter dem Eindruck zunehmender antisemitischer Übergriffe öffentlich in Frage gestellt. Durch die Weltwirtschaftskrise und die massive Zuwanderung von armen Juden meist ohne Berufsausbildung aus Osteuropa hatte sich die soziale Zusammensetzung der Kasseler jüdischen Gemeinde in Richtung Unterschichten verschoben.<sup>76</sup> Vor diesem Hintergrund wurde innerhalb des TuS „Bar Kochba“ Kassel eine erbitterte Debatte über einen Wechsel vom bürgerlichen Sportverband zum Arbeitersportkartell geführt:

*„Wir jüdischen Sportler haben es wirklich nicht nötig, dem bürgerlichen Westdeutschen Spielverband [WSV] noch eine Stunde länger anzugehören, nachdem wir in sehr zahlreichen Fällen wegen unseres Judentums beleidigt und angepöbelt wurden. [...] Das Arbeiter-Sportkartell bietet uns jüdischen Sportlern die Gewähr, daß wir ungestört Sport in allen Arten, die uns beliebt, treiben können. Wir können auch dort als selbständiger jüdischer Verein weiterbestehen. Es soll sich nur niemand an dem Namen ‚Arbeiter‘-Sportkartell stoßen. Der Arbeitersportler wird uns Juden be-*

<sup>75</sup> Richard Lewin: Bar Kochbas Werberuf. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 16.05.1924.

<sup>76</sup> Vgl. Max Spangenthal: Die religiösen und sozialen Verhältnisse in der jüdischen Gemeinde Kassels vor der Katastrophe. In: Juden in Kassel 1808 - 1933. Eine Dokumentation anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig. Kat. d. Ausst. im Schloss Bellevue Kassel 23.11.1986 - 31.01.1987 u. Jüdischen Museum Frankfurt a. M. - Karmeliterkloster 19.05. - 28.06.1987, Nachdr. d. 1. Aufl., Kassel [1987], S. 43-48 u. Wolfgang Prinz: Die Judenverfolgung in Kassel. In: Wilhelm Frenz/Jörg Kammler/Dietfrid Krause-Vilmar (Hg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Bd. 2 (Kasseler Quellen und Studien - Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel; 7), Fulda/Brück 1987, S. 144-222, hier S. 161f.

*stimmt nicht beleidigen und anpöbeln, wie der sogenannte ‚gebildete‘ bürgerliche Sportler.“<sup>77</sup>*

Für jüdische Sportvereine bestand – als einzigen konfessionellen Vereinen – spätestens seit 1923 die Möglichkeit, sich dem *Arbeiter-Turn- und Sportbund* (ATSB) anzuschließen. Nahezu die Hälfte der Vereine im *Makkabi-Deutschland* gehörte zusätzlich dem ATSB an, so daß die Kasseler genügend jüdische Sportler im anderen Dachverband angetroffen hätten, um ihre spezifisch jüdische Identität pflegen zu können.<sup>78</sup>

Der Vorstand des *TuS „Bar Kochba“ Kassel* nahm jedoch eine grundsätzlich andere Position ein, die vom bürgerlichen Leistungsdenken und der bisher erfahrenen Solidarität unter langjährigen Sportsfreunden bestimmt wurde, wie den Äußerungen des ersten Vorsitzenden Dr. Jakob Levy zu entnehmen war:

*„Bei den ‚Ausschreitungen‘ handelt es sich um Einzelfälle, sogar nur um Mitglieder eines einzigen Vereins. Der WSV und die Sportbehörden haben nichts damit zu tun. Der WSV hat durch die Urteile und auch sonstige Handlungen zu erkennen gegeben, daß er derartige Verfehlungen nicht duldet, ohne allerdings antisemitisch eingestellten Personen den Besuch der Sportplätze verwehren zu können. [...] Das Ausscheiden des Bar Kochba aus dem WSV bedeutet mit Rücksicht auf die bestehenden örtlichen Verhältnisse und die Zusammensetzung des Vereins die Auflösung des jüdischen Sportvereins. [...] Antisemitische Anpöbelungen bekämpft man durch Leistungen [...]. Schutz benötigen wir nicht.“<sup>79</sup>*

Der Konflikt endete mit der Abspaltung eines Teils zumeist junger Sportler, die unter dem Namen *Jüdischer Arbeiter-Sport-Verein Hakoah* einen neuen Sportverein im Arbeitersportkartell gründeten.<sup>80</sup> Der sportlich leistungsfähigere Teil blieb allerdings im Stammverein, dessen sportliches Niveau zu Beginn der 30er Jahre enorm gewesen ist. Denn obwohl der *TuS „Bar Kochba“ Kassel* nicht dem Makkabi angehörte, wurde er 1932 zu den Verbandsmeisterschaften nach Leipzig eingeladen und konnte in zwei leichtathletischen Disziplinen den Deutschen Makkabi-Meister stellen.<sup>81</sup> Nach 1933 kam es zu einem schein-

<sup>77</sup> Elko: Wir jüdischen Sportler [...]. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 29.01.1932.

<sup>78</sup> Vgl. Eike Stiller: Jüdische Sportvereine und ihre Beziehungen zu der deutschen und internationalen Arbeitersportbewegung 1923-1933. In: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, 13. Jg. 1999, Nr. 1, S. 28-37.

<sup>79</sup> Jakob Levy: Turn- und Sportverein „Bar Kochba“. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 29.01.1932. Vgl. auch: Lewin [wie Anm. 75].

<sup>80</sup> „Hakoah“ Jüd. Arbeiter-Sport-Verein. Am Dienstag [...]. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 18.03.1932 u. Bar Kochba. In der am Dienstag fortgeführten [...]. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 18.03.1932.

<sup>81</sup> BKC. Martin Rosenthal über 400 Meter, Ernst Rosengarten über 3000 Meter [...]. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck vom 16.09.1932.

baren Aufschwung in den jüdischen Sportvereinen, da die DT und viele Sportfachverbände Arierparagraphen in Anlehnung an das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in ihre Satzungen aufnahmen und viele jüdische Sportler ihre alten Vereine verlassen mußten. Die Arbeitersportbewegung bot keine Alternative mehr, da sie bereits im Frühjahr 1933 zerschlagen worden war.<sup>82</sup> Der TuS „Bar Kochba“ Kassel wurde im Kasseler Adreßbuch ab der Ausgabe für das Jahr 1934 unter in der Rubrik „Religiöse Vereinigungen“ geführt, bis 1938 alle jüdischen Organisationen – mit Ausnahme der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* – verboten wurden.<sup>83</sup>



*Sportler des Makkabi und des RjF starten in Kassel zum gemeinsamen Waldlauf.*

Indem der Vorsitzende des TuS „Bar Kochba“ Kassel feststellte, daß ein Übertritt des Vereins zum Arbeitersportkartell wahrscheinlich zu seiner Auflösung führen würde, verdeutlichte er zugleich, wie festgefügt die Sozialmilieus waren, in denen sich die bürgerlichen und die Arbeiter-Sportvereine heimisch fühlten. Der gutsituierte Rechtsanwalt Dr. Jakob Levy hat bei seiner Einschätzung vermutlich tiefsitzende Ressentiments gegenüber den unterbürgerlichen Schichten ebenso in Rechnung gestellt, wie die Vorstellung, der Sport müsse politisch neutral sein.

---

<sup>82</sup> Beyer [wie Anm. 17], hier S. 686f.

<sup>83</sup> Friedler [wie Anm. 68], S. 66-83.

#### 2.4. Der „bürgerliche“ Sport – ein Schlagwort der Linken

Im Gegensatz zum 1912 gegründeten reichsweiten Zusammenschluß der Arbeiter-Turn- und Sportvereine, der *Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege*, propagierte der größte Dachverband für Turnen und Sport in der Weimarer Republik, der DRA, die politische Neutralität des Sports. Diese wurde von den Arbeitersportlern als Verschleierung der Klassengegensätze im „sportlichen Nebel“ gebrandmarkt. „Die Arbeitersportbewegung verstand sich als Teil der gesamten Arbeiterbewegung und sah im Arbeitersport eine große proletarische Erziehungsaufgabe, bei deren Lösung die großen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften zur Mithilfe aufgerufen und als Verbündete angesehen wurden.“<sup>84</sup> Konsequenterweise lehnte ab 1924 der ATSB, der die Mehrheit der Mitglieder in der Zentralkommission stellte, gemeinsame Turn-, Sport- und Festveranstaltungen mit den Vereinen ab, die dem Reichsausschuß angehörten und deswegen von den Arbeitersportlern als „bürgerlich“ bezeichnet wurden. Der DRA wehrte sich in seinem Tätigkeitsbericht 1920/21 gegen diese Identifizierung seiner Mitgliedsverbände mit der Bourgeoisie:

*„Unser Standpunkt zur ‚Arbeiter‘bewegung bleibt unverändert. Die Turn- und Sportübung ist eben unserer Auffassung nach politisch neutral, jede Scheidung in Klassen widerspricht dem karitativen und sozialen Kern unserer Bewegung. Die Scheidung der Klassen ist unmöglich, weil rein organisatorisch die angeblich ‚bürgerlichen‘ Verbände mehr ‚Arbeiter‘ in ihren Mitgliedern zählen als die Arbeiter-Turn- und Sportverbände. Da wir also bei dieser gleichmäßigen Schichtung der Mitgliedschaft keine Trennungslinie anerkennen können, sind wir zur praktischen Zusammenarbeit gern bereit, sofern uns diese nicht durch terroristisches Verhalten und Klassenhetze unmöglich gemacht wird.“*<sup>85</sup>

Der größte Verband im DRA, die DT, bestand 1928 angeblich zu 80% aus Arbeitern und organisierte somit mehr Arbeiter als der ATSB. Dagegen war die Arbeiterschaft im Deutschen Fußballbund während der Weimarer Republik im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen deutlich unterrepräsentiert.<sup>86</sup>

Beide Spitzenverbände besaßen auf der lokalen Ebene Zweigorganisationen. 1919 gründete sich der *Casseler Stadtverband für Leibesübungen e.V.* (KSfL), der dem DRA nahe stand.<sup>87</sup> Sein Pendant stellte das *Arbeitersportkartell Cassel* dar,

<sup>84</sup> Beyer [wie Anm. 17], S. 660.

<sup>85</sup> Zitiert nach: Ebda., hier S. 681.

<sup>86</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 167-170.

<sup>87</sup> Satzungen des Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen. Cassel 1925, Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], hier S. 6.

das aber an die Weisungen seiner Zentralbehörde in Berlin gebunden war.<sup>88</sup> Beide Zusammenschlüsse wurden von den kommunalen Behörden als gleichberechtigte Spitzenverbände angesehen,<sup>89</sup> obwohl das Arbeitersportkartell zahlenmäßig nur ungefähr die Hälfte der Mitglieder des KSfL umfaßte.<sup>90</sup> Dieses Vorgehen entsprach den Verhältnissen auf der Reichsebene.<sup>91</sup> Entsprechend der guten Ergebnisse bei den Reichstagswahlen, die die SPD in Kassel im Vergleich mit dem Reich erzielen konnte,<sup>92</sup> scheinen sich die Arbeiter eher selten den bürgerlichen Sportvereinen angeschlossen zu haben. Kassel war eine von Beamten, Angestellten und Selbstständigen geprägte Stadt, die sich durchgängig sportfreudiger zeigten als die Arbeiterschaft.<sup>93</sup> Daher erscheint der Anteil von 33,7% den das Arbeitersportkartell an den Kasseler Vereinsangehörigen für sich verbuchen konnte<sup>94</sup> im Vergleich mit dem Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen in Kassel von 41,7% durchaus angemessen.<sup>95</sup> Dessen ungeachtet zählte 1926/27 die „bürgerliche“ *Aeltere Kasseler Turngemeinde* (ACT), einer der alten Kasseler Traditionsvereine, 94 Arbeiter unter seinen 229 aktiven Turnern.<sup>96</sup> Allerdings lag die vereinseigene Turnhalle der ACT in unmittelbarer Nähe der Henschelwerke, so daß eine traditionelle Verbundenheit der „Henschelaner“ mit dem Turnverein angenommen werden kann, insbesondere, weil der Werksturnverein anfangs kaum Arbeiter in seinen Reihen aufwies.<sup>97</sup> Zwischen dem KSfL und dem Arbeitersportkartell kam es nur punktuell zu einer Zusammenarbeit, wie bei einer gemeinsamen Denkschrift an den Magistrat der Stadt Kassel, die die Schaffung eines kommunalen Sportamtes

---

<sup>88</sup> Turnen, Spiel und Sport. Die große Einigung im Stadtverband, in: Kasseler Neueste Nachrichten vom 19.02.1919.

<sup>89</sup> Lothar Wickermann: Zur Geschichte des Arbeitersports im Raum Kassel. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 36. Jg. 1986, S. 275-316, hier S. 288.

<sup>90</sup> Vgl. Anm. 27.

<sup>91</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 360.

<sup>92</sup> Bei der Reichstagswahl 1928 erzielte die SPD in der Stadt Kassel einen Stimmenanteil von 39,8%. Das Ergebnis für das gesamte Reich lag bei 29,8%. Angaben nach Wickermann [wie Anm. 89], hier S. 281.

<sup>93</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 171-173.

<sup>94</sup> Errechnet nach: Turn- u. Sportwesen 1926 [wie Anm. 27] u. Turn- u. Sportwesen 1929 [wie Anm. 27]. Der KSfL verzeichnete 1929 gegenüber 1926 mit 4,7% eine um 0,8 Prozentpunkte höhere Zuwachsrate als das Arbeitersportkartell.

<sup>95</sup> Vgl. Thomas Baum: Die SPD in der Kasseler Kommunalpolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Dissertation, Fachbereich Historisch-Philologische Wissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1998, S. 20-30, insbesondere Tab. 2: Die soziale Stellung der Beschäftigten im Hauptberuf nach der Volkszählung vom 16.06.1925.

<sup>96</sup> Jahresbericht über sämtliche Abteilungen der Aelteren Kasseler Turngemeinde im Vereinsjahr vom 1. Oktober 1926 bis 30. September 1927. Archiv der ACT, S. 19.

<sup>97</sup> Der Bau der ACT-Turnhalle war 1911 von der Direktion der Henschelwerke mit einer zinsfreien Hypothek gefördert worden. Fasbender [wie Anm. 36], S. 69f. u. 78-80.

bezweckte. Gescheitert sind dagegen Integrationsbemühungen des Stadtverbands, z.B. das Angebot an das Arbeitersportkartell, sich an dem traditionellen „Staffellauf Wilhelmshöhe-Kassel“ zu beteiligen.<sup>98</sup> In der Klage des KSfL über „den immer mehr hervortretenden politischen Charakter des Arbeitersportkartells, welches jegliche gemeinsame Arbeit mit den sogenannten bürgerlichen Vereinen ablehnt,“<sup>99</sup> zeigten sich die Schwierigkeiten, die die zunehmende politische Instrumentalisierung des Sports von Rechts und Links für die praktische Arbeit der Sportfunktionäre vor Ort mit sich brachten.

Auffällig ist, daß sowohl im KSfL als auch im Arbeitersportkartell die gleichen Sportarten den größten Teil der Mitglieder auf sich vereinigten. An erster Stelle standen 1926 unangefochten mit 36,5% der Mitglieder des Stadtverbands und 54,1% der Arbeitersportler die Turnvereine, die die gleichmäßige Ausbildung des gesamten Körpers gegenüber einem spezialisierten Wettkampfbetrieb betonten und neben den turnerischen Übungen auch andere Disziplinen anboten. Mit einigem Abstand folgten in der Gunst der Kasseler die Ballspielvereine, die oft auch Leichtathletik betrieben (KSfL: 25,1% bzw. Arbeitersportkartell: 11,8%). An dritter Stelle rangierten mit 16,2% Anteil am Mitgliederbestand des KSfL die Vereine für Wassersport (Schwimm- und Rudervereine). Im Arbeitersportkartell zogen Ruder- und Schwimmvereine immerhin noch 8,9% der Mitglieder an. Diese Rangfolge galt auch für das Jahr 1929. Wobei im bürgerlichen Lager die Turner ihren Vorsprung deutlich ausbauen konnten (+ 4,9 Prozentpunkte) und Tennis an Beliebtheit gewann (+ 1,0 Prozentpunkte). An Zuspruch verloren insbesondere die Schwimm- (- 2,3 Prozentpunkte) und die Wintersportvereine (- 2,8 Prozentpunkte). Die Veränderungen innerhalb des Arbeitersportkartells betrugen jeweils unter einem Prozentpunkt.<sup>100</sup> Die sportlichen Vorlieben der Kasseler unterschieden sich kaum von denen der restlichen Deutschen. Die einzige Ausnahme bildete der Wassersport, der wahrscheinlich aufgrund der Kasseler Topographie etwas überrepräsentiert war.<sup>101</sup>

## 2.5. Der „Kulturkampf“ zwischen Turnen und Sport

Wie ein Rückfall in das 19. Jahrhundert kam manchem örtlichen Sportfunktionär der publizistische und verbandspolitische Grabenkrieg vor, den die „deutschen“ Turner Anfang der zwanziger Jahre gegen die „internationalen“

<sup>98</sup> Wickermann [wie Anm. 89], S. 288.

<sup>99</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], hier S. 5.

<sup>100</sup> Errechnet nach: Turn- u. Sportwesen 1926 [wie Anm. 27] u. Turn- u. Sportwesen 1929 [wie Anm. 27].

<sup>101</sup> Vgl. Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 166.

Sportler aufnahmen.<sup>102</sup> Die Schärfe der verbalen Attacken stand denen zwischen der Arbeitersportbewegung und den bürgerlichen Verbänden in nichts nach. Daher lobte der Generalsekretär des DRA, Carl Diem, zu Recht den Weitblick, mit dem die Funktionäre der Arbeiter-Turn-Bewegung den Sport bereits 1920 in ihre Verbandsstrukturen integriert hatten.

Der Hauptausschuß war das zentrale Entscheidungsorgan der *Deutschen Turnerschaft* (DT), der jedoch nach den Verlusten des Ersten Weltkriegs von Überalterungstendenzen geprägt war. Obwohl der erste hauptamtliche Geschäftsführer der DT, Major a.D. Franz Breithaupt, die Verbandsstrukturen modernisierte und der 1921 zum Jugendwart der DT gewählte ehemalige Bundesvorsitzende des Jugendbundes *Wandervogel*, Edmund Neuendorff, die DT wieder für junge Menschen attraktiv machte, erlebte der alte, vielbeschworene „turnerische Geist“ besonders im Hauptausschuß eine von Breithaupt geförderte Renaissance. Das längst für erledigt gehaltene Argument, die „turnerische Eigenart“ würde durch Wettkämpfe beschädigt, wurde von neuem stark gemacht. Es richtete sich insbesondere gegen den Anspruch der im DRA zusammengeschlossenen Sportfachverbände, daß jede Disziplin entsprechend der internationalen Verhältnisse nur von einem Spitzenverband vertreten werden dürfe. Da die Turner ganz bewußt im Rückgriff auf „Turnvater“ Jahn eine große Vielfalt an Disziplinen ausübten, hätten sie die Aufsicht der entsprechenden Fachverbände außer im Geräteturnen und einigen Turnspielen akzeptieren müssen. Was ihnen als völlig unannehmbar erschien! Desweiteren lehnten die Turner die Betonung der individuellen Leistung im Sport und die angeblich daraus resultierende Internationalität des Wettkampfbetriebs scharf ab. Nach Aufforderungen an die eigenen Mitglieder, sich nur noch an Wettkämpfen der DT zu beteiligen, und dem Ausschluß der Jugendlichen vom Wettkampfverkehr erfolgte 1922 die sogenannte „reinliche Scheidung“ zwischen Turnen und Sport, die immerhin bis 1930 aufrecht erhalten wurde. Besonders hart traf diese Verbandspolitik die vielen Zusammenschlüsse von Turn- und Sportvereinen, die sich in den Monaten unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gebildet und unter Bezeichnungen wie Turn- und Sportverein (TuS, Tuspo) oder Verein für Leibesübungen (VfL) inzwischen bewährt hatten. Denn die DT zwang nun die Aktiven, sich zwischen der Mitgliedschaft in der DT und der Teilnahmemöglichkeit an Wettkämpfen der Sportfachverbände zu entscheiden. Der geschäftsführende Direktor des WSV<sup>103</sup> Guido v.

---

<sup>102</sup> Vgl. auch für das Folgende: Eisenberg [wie Anm. 1], S. 374-380 u. Beyer [wie Anm. 17], hier S. 684-687.

<sup>103</sup> Der *Westdeutsche Spielverband* (WSV) war der für Kassel zuständige Unterverband des *Deutschen Fußball-Bundes* (DFB) mit Sitz in Duisburg. Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 2439.

Mengden charakterisierte die Auswirkungen der „reinlichen Scheidung“ im Rückblick folgendermaßen:

*„Mit brutaler Unbekümmtheit wurden Freundschaften auseinandergerissen; der Nachbar, gestern noch beliebter und bequemer Wettkampffreund, wurde zum ‚Verbandsgegner‘, mit dem zu verkehren verboten war. [...] Hunderte von Wettkampfgruppen wurden zerstört. Man mußte nicht mehr nur bis ins nächste oder übernächste Dorf oder Städtchen fahren, um für alle Mannschaften Partner zu finden. Man mußte Zeit und Fahrgeld opfern, nur weil es einer engstirnigen Führung gefiel, sich die eigene Verbandsmacht zu erhalten.“*<sup>104</sup>

Die Beurteilung der Ereignisse fiel in Kassel durchaus unterschiedlich aus. Am Ende einer Kette von Fusionen stand 1919 der Zusammenschluß des *Ver eins für Rasensport 1903* mit der *Casseler Turngemeinde 1848* zum *Casseler Turn- und Sportverein 1848*,<sup>105</sup> der Mitte März 1921 vor der „reinlichen Scheidung“ 1179 Mitglieder umfaßte.<sup>106</sup> Als deren Folge traten 1924 zuerst die Fußballer und dann die Leichtathleten aus dem Turnverein aus und gründeten den *Casseler Sport-Club 03*. Außerdem wurden – kurz nach dem der Höhepunkt der Inflation – über 100 Mitglieder, die ihren Beitrag nicht gezahlt hatten, aus den Bestandslisten gestrichen. Weshalb die Mitgliederzahl des jetzt *Aeltere Casseler Turngemeinde* (ACT) genannten Vereins im Dezember 1924 weniger als die Hälfte des Stands von 1921 betrug (462).<sup>107</sup> Trotz des dramatischen Rückgangs der Mitgliederzahlen stand die Vereinsführung hinter der Entscheidung ihres Dachverbands, wie der Jahresbericht für 1925 darlegte:

*„Wenn wir auf unser letztes Geschäftsjahr bzw. Vereinsjahr zurückblicken, [...] so können wir wohl mit Recht sagen, es war ein Jahr voller Mühe und Arbeit mit reichem Lohn. Halten wir doch heute unsere erste Jahreshauptversammlung wieder rein als deutsche Turner ab, wobei uns keine Fessel mehr beengt. Wie Sie wohl alle wissen, war infolge der Trennung zwischen Turnen und Sport auch in unserem Verein eine grosse klaffende Stelle entstanden und mussten wir wohl oder übel zusehen, wie wir mit unseren Sportlern auseinanderkamen.“*<sup>108</sup>

<sup>104</sup> Guido von Mengden: Umgang mit der Geschichte und mit Menschen. Ein Beitr. zur Geschichte d. Machtübernahme im dt. Sport durch d. NSDAP, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1980, S. 16 f.

<sup>105</sup> Vgl. Biese/Peiler [wie Anm. 44], S. 33-35 u. Festschrift zum 70jährigen Bestehen des Casseler Sport-Club 03 e.V. [Kassel] [1973].

<sup>106</sup> Bei den Kämpfen um die Bezirks- und Gaumeisterschaft [...]. [= Handschriftlicher Bericht des Casseler Turn- und Sportvereins 1848 e.V., 1921], Archiv der ACT, S. 3.

<sup>107</sup> 1924. D. T. hat beschlossen, daß die Vereine, die noch [...]. [= Handschriftlicher Bericht der Aelteren Casseler Turngemeinde e.V., 1924], Archiv der ACT, S. 4.

<sup>108</sup> E. Waldheim: Jahreshauptversammlung am 21. November 1925 abends 8,30 Uhr in der Turnhalle. Jahresbericht, Archiv der ACT, S. 1f.



Die Attraktivität des Turnvereins litt unter der „reinlichen Scheidung“ allerdings nicht besonders, denn 1930 verzeichnete der Verein wieder über 1000 Mitglieder.<sup>109</sup>

Ganz anders las sich dagegen das Plädoyer gegen eine künstliche Aufspaltung der Leibesübungen, das am 8. März 1925 auf der Sportseite der Kasseler Post zu lesen war. Der Sportteil war übrigens 1924 zum festen Bestandteil dieser Zeitung geworden:<sup>110</sup>

*„Die Körperkultur setzt sich zusammen aus Turnen, Sport und Gymnastik. Oberflächlich betrachtet, erscheint es uns als Dreiheit, aber in Wahrheit ist es eine Einheit. Diese drei Disziplinen für sich betrieben sind ein Nonsens. [...] Es gibt keine Hegemonie Turnen oder Sport! [...] Die Hauptsache ist und bleibt, daß man Leibesübungen betreibt im Sinne der Körperkultur.“*

Die grundlegend verschiedenen Ansichten über den pädagogischen Wert und die Wirkung von Wettkämpfen führten im August 1925 zum endgültigen Bruch zwischen dem DRA und der DT, seinem größten Mitgliedsverband. Gegen den Willen der DT und einiger Lehrerverbände führte der DRA 1925 als Ergänzung zu dem seit 1913 ausgegebenen *Deutschen Turn- und Sportabzeichen* für Männer (ab 1921 auch für Frauen) das *Jugend sportabzeichen* für Jungen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ein. 1927 wurde ein Pendant für Mädchen geschaffen. Die Turn- und Sportabzeichen konnten von jedem, egal ob Vereinsmitglied oder nicht, als Nachweis vielseitiger körperlicher Leistungsfähigkeit in mehreren Alters- und Leistungsklassen erworben werden. Ein Argument Edmund Neuendorffs gegen die beliebten Leistungsabzeichen war die Befürchtung der DT, es würde ein geistiges Umfeld geschaffen, „in dem die Jugend daran gewöhnt wird, sich den Mühen, Höchstleistungen zu erziehen, nur deshalb unterziehe, damit sie dafür durch äußere Zeichen und Ehren

<sup>109</sup> Der Steigerung der Mitgliederzahlen in der ACT um 125% zwischen Ende 1924 und Ende 1930 stand eine Zunahme der Mitgliederbestände in den Verbänden mit ähnlichem Ansatz (Körperertüchtigung) von nur 7% im gesamten Reich gegenüber. Zahlen für die ACT nach: 1911-1931. In: Vereins-Nachrichten der Aelteren Casseler Turngemeinde e.V., 6. Jg. 1931, Nr. 7, Archiv der ACT. Zahlen für Verbände für Körperertüchtigung nach: Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 147.

<sup>110</sup> Ergänzend zu dem kurzen Text von Horst Biese muß angemerkt werden, daß Dr. Fritz Metz bereits 1933 Fachreferent für Leibesübungen der kulturpolitischen Abteilung der NSDAP wurde. Das genaue Datum des Beginns seiner Tätigkeit in dieser Funktion ist aus dem Kasseler Adreßbuch nicht zu ersehen. Horst Biese: Pionier des Kasseler Sportjournalismus. Erinnerungen an den Sportjournalisten Fritz Metz, in: (k) KulturMagazin, 7. Jg. 2001, Nr. 74, S. 14, Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel und des Landkreises Kassel mit 47 Ortschaften 1934 (98. Jg.), Kassel 1933, S. 101. Im Folgenden zitiert als: Kasseler Adreßbuch 1934. Vgl. zur Zeitungsgeschichte der Kasseler Post: Wolfgang Hermsdorff: Ursprung der „Kasseler Post“ vor 100 Jahren (Ein Blick zurück; 995), in: Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 19.03.1983. Der zitierte Zeitungsartikel erschien unter der Überschrift: Körperkultur [wie Anm. 24].

belohnt wird.“<sup>111</sup> Die DT begründete ihren Austritt aus dem DRA auch damit, daß dieser beschlossen habe, „sich an den internationalen Wettkämpfen in Amsterdam [Olympische Sommerspiele 1928] zu beteiligen, obwohl die DT auf Grund ihrer Geschichte und ihrer vaterländischen Wesensart erklärt hatte, daß, solange ein Feind auf deutschem Boden stünde, ihr eine Teilnahme unmöglich sei.“<sup>112</sup>

Der Austritt der DT aus dem DRA 1925 und ihr überraschend schneller Wiedereintritt 1926 sind im Zusammenhang mit politischen Spekulationen ihrer Führung zu sehen. Die DT-Spitzenfunktionäre hofften offensichtlich, daß die Turner neben den Wehrverbänden eine herausragende Stellung in den Planungen des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt, einnehmen könnten. Dieser versuchte 1925, die Duldung der Zivilbehörden für eine als „Reichssportamt“ getarnte Behörde zur Organisation des Heeresersatzes zu erreichen. Sein Vorstoß scheiterte. Der Chef der Heeresleitung wurde im Herbst 1926 entlassen und die DT suchte wieder die Nähe des DRA. Im Rahmen dieser Ereignisse wurden die sogenannten „Volkssportschulen“ aus der Verantwortung des Reichswehrministeriums in die des Reichsinnenministeriums überführt und organisatorisch dem DRA angegliedert.

## 2.6. Turnen, Wehrsport und das *Reichskuratorium für Jugendertüchtigung*

In den Volkssportschulen erhielten auf stillgelegten Truppenübungsplätzen oder ähnlichen Einrichtungen in fast allen Wehrkreisen seit 1924 junge Männer in 14-tägigen Lehrgängen unter der Leitung ehemaliger Offiziere eine Art militärische Grundausbildung. Die Volkssportbewegung wurde von gleichgerichteten Bemühungen der Wehrverbände und der „Parteiarmeen“ flankiert. Wobei die Reichswehr u.a. mit dem *Stahlhelm* und der SA zusammenarbeitete. Unter den Bezeichnungen „Wehr-“ bzw. „Geländesport“ wurden Disziplinen wie Gepäckmärsche in geschlossener Ordnung, Orientierungsmärsche mit Kompaß, Kleinkaliber-Schießen, kraftsteigernde Übungen sowie leichtathletische Kombinationsdisziplinen wie Hochweitsprung oder Hindernislauf verstanden. Ziel des Wehrturnens bzw. -sports waren gute Mannschaftsleistun-

---

<sup>111</sup> Edmund Neuendorff: Reichsausschuß und Turnerschaft. In: Deutsche Turn-Zeitung vom 03.09.1925, S. 611f. Zitiert nach: Beyer [wie Anm. 17], hier S. 673.

<sup>112</sup> Deutsche Turn-Zeitung vom 27.8.1925, S. 597. Zitiert nach: Beyer [wie Anm. 17], hier S. 685. Mit Hilfe seiner guten internationalen Beziehungen hatte der Vorsitzende des DRA, der ehem. Staatssekretär im Reichsinnenministerium und Wirkliche Geheime Rat mit dem Prädikat Exzellenz Dr. Theodor Lewald, erreicht, daß das Deutsche Reich 1928 erstmals seit dem Ersten Weltkrieg wieder an Olympischen Spielen teilnehmen durfte. Die Opposition der DT gegen diese Bemühungen wird von Christiane Eisenberg als eine der vielen Intrigen der Deutschnationalen gegen Stresemanns parallel verlaufende Locarno-Politik gewertet. Vgl. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 343 u. 579.

gen, weil diese den Anforderungen, die zukünftig an Frontsoldaten gestellt werden würden, entsprächen. Innerhalb des DRA hatte die DT mit ihrer Abneigung gegenüber Spitzenleistungen Einzelner und ihrer traditionell vaterländischen und wehrhaften Ausrichtung die meisten Überschneidungspunkte mit der staatlich geförderten Volkssportbewegung, mit der sie sich 1927 zu einer formellen *Reichsarbeitsgemeinschaft Volkssport* zusammenschloß.<sup>113</sup> Der Geländesport wurde jedoch auch in den Sportfachverbänden zumindest seit 1930 ernsthaft diskutiert, wie am Beispiel des Leichtathletikverbandes belegt werden kann.<sup>114</sup> Besonders begeisterte Verfechter des Wehrsports fanden sich in der zunehmend radikalisierten Studentenschaft.<sup>115</sup> Da Kassel eine Garnisonsstadt mit langer militärischer Tradition und Sitz des Gruppenkommandos II der Reichswehr war,<sup>116</sup> existierte wahrscheinlich auch in Kassel eine solche Volkssportschule. Einen direkten Hinweis darauf findet sich zwar nicht, aber die äußeren Gegebenheiten in Kassel und die Tatsache, daß die Volkssportschulen aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags möglichst unauffällig durchgeführt wurden, legen diese Vermutung nahe.

Bemerkenswert ist der Zeitpunkt, ab dem in der ACT Wehrsport betrieben wurde. Am 13. September 1932 war unter der Regierung Papen das *Reichskuratorium für Jugendertüchtigung* (RKfJ) ins Leben gerufen worden. Zeitnah wurde die Förderung des Turn- und Sportwesens durch das Reich auf 50% des Standes von 1928 reduziert, obwohl die Vereine infolge der hohen Arbeitslosigkeit einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen hatten. Scheinbar unberührt von den Kürzungen versprach nun das RKfJ denjenigen Verbänden eine Leistungsprämie von 5 RM pro Mitglied, die ihre männliche Jugend in die Ausbildungskurse der Volkssportschulen schickten.<sup>117</sup> Im Oktober 1932 erklärte der Verbandsvorstand, die DT sei zu einer Zusammenarbeit mit dem RKfJ bereit.<sup>118</sup> Von der Führung der Turnerjugend kamen schon seit einiger Zeit Anstöße zur allgemeinen Einführung des Wehrturnens in der DT. Der Jugendausschuß der DT hatte auf seiner Sitzung in Kassel im September 1931 bereits folgenden Beschluß gefaßt: „In allen Führeraussprachen und allen Lehrgängen soll dazu erzogen werden, daß der Wehrwille ein unabtrennbarer

---

<sup>113</sup> Vgl. auch für das Folgende: Beyer [wie Anm. 17], hier S. 689-692 u. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 380-386.

<sup>114</sup> Vgl. Bernett [wie Anm. 20], hier S. 247-253.

<sup>115</sup> Beyer [wie Anm. 17], hier S. 668.

<sup>116</sup> Vgl. Julius Schmidt: Stadt und Garnison Kassel. Ein Führer durch Vergangenheit und Gegenwart (Deutsche Garnisonen; 2), Frankfurt a. M. 1958.

<sup>117</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 385.

<sup>118</sup> Peiffer [wie Anm. 26], S. 126.

Bestandteil des Turnens ist.“<sup>119</sup> Noch bevor Ende 1932 die Jugendführung der DT das Wehrturnen zum Kernpunkt ihrer „Richtlinien für die Jugendarbeit“ erhob, zeigten der Kasseler Beschluß und die neue Zuschußpolitik der Reichsregierung vor Ort Wirkung: Die Turner der ACT nahmen bereits seit Oktober 1932 an Wehrsportausbildungen teil!<sup>120</sup> Der Abteilungsleiter der Jugendturner Adolf Klahold bemerkte dazu in seinem Jahresbericht für 1932: „Das Jahr 1933 wird durch den in der letzten Zeit besonders stark betonten Wehr- und Geländesport an die Jugendabteilungen des Vereins wieder neue Anforderungen stellen.“<sup>121</sup> Im Dezember 1932 wurde das „Wehrturnen“ schließlich in das allgemeine Programm der DT und im Juni 1933 in das der ACT aufgenommen. Seit 1930 bemühte sich der Jugendwart der DT, Edmund Neuendorff, um ein eindeutiges Bekenntnis der DT zum Nationalsozialismus. Sein Hauptargument war, daß die DT sonst die Jugend nicht mehr für sich gewinnen könne.<sup>122</sup> Da in der Satzung der DT ihre parteipolitische Neutralität festgeschrieben war und wohl auch aus taktischer Vorsicht der Verbandsleitung, stellte sich die DT erst einige Monate nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 in den Dienst der Nationalsozialisten.<sup>123</sup> Die allmähliche Politisierung und Militarisierung, die die Entwicklung der DT in den frühen 30er-Jahren kennzeichnete, war auch in der ACT zu spüren. Die folgende Entschließung der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. Mai 1933 brachte dies ebenso deutlich zum Ausdruck wie der Beitritt der „besten und eifrigsten“ Jugendturner zum neugegründeten SA-Sturm im Lauf des Jahres 1933.<sup>124</sup>

*„Die Aeltere Casseler Turngemeinde sieht in der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung die gewaltige Auswirkung eines Geistes und den Ausdruck einer Gesinnung, die sie seit Jahren in stiller Hoffnung, aber mit Absicht und Nachdruck gepflegt hat. Sie begrüßt die nationale Erhebung von ganzem Herzen und ist bereit, sich voll und ganz unter Wahrung ihrer Eigenart als deutscher Turnverein in die nationalsozialistische Bewegung einzugliedern.“*<sup>125</sup>

<sup>119</sup> Sitzung des Jugendausschusses der DT am 19./20. Sept. 1931 in Kassel. In: Deutsche Turn-Zeitung 1931, Nr. 44, S. 1130. Zitiert nach: Peiffer [wie Anm. 26], S. 121.

<sup>120</sup> „In unserer Turngemeinde hat der Wehrgedanke schon längst eine gute Aufnahme gefunden. Bereits seit Oktober v.J. haben zirka 50 Mitglieder an einer Wehrsportausbildung teilgenommen“. H. Gast: Aufruf zum Wehrturnen. In: Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten, 8. Jg. 1933, Nr. 6, S. 2, Archiv der ACT.

<sup>121</sup> Adolf Klahold: Jahresbericht der männlichen Jugendabteilung. Aeltere Casseler Turngemeinde. Vereinsjahr 1932, Archiv der ACT.

<sup>122</sup> Peiffer [wie Anm. 26], S. 98-116.

<sup>123</sup> Vgl. auch für das Folgende: Peiffer [wie Anm. 26], S. 129-149.

<sup>124</sup> Adolf Klahold: Jahresbericht der männlichen Jugendabteilung. Aeltere Casseler Turngemeinde. Vereinsjahr 1933, Archiv der ACT.

<sup>125</sup> Außerordentliche Generalversammlung. In: Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten, 8. Jg. 1933, Nr. 6, S. 1f., Archiv der ACT.

## 2.7. Tendenzen zum Tourismus

Unter dem Begriff Leibesübungen wurden in der Weimarer Republik auch touristische Aktivitäten wie Wandern und Fahrradreisen verstanden, die im Kaiserreich nicht zum Turn- und Sportbetrieb gezählt worden waren. Diese Erweiterung des Sportbegriffs beruhte nicht nur auf dem Interesse des DRA an möglichst hohen Mitgliederzahlen,<sup>126</sup> sondern es hatte sich in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg auch ein Wandel im Reiseverhalten der Deutschen abgezeichnet. Dieser brachte in den bessergestellten Schichten eine Verbindung von Reisen mit sportlichen Ambitionen (Winterurlaub) in Mode<sup>127</sup> und spiegelte sich in den zwanziger Jahren in der zeittypischen Damenmode wider.<sup>128</sup> In Kassel war die kommunale Tourismusförderung besonders entwickelt. 1909 hatte hier das erste städtische Verkehrsamt eröffnet. Es ist daher davon auszugehen, daß sich nicht nur die Wandervereine und Jugendbünde, sondern auch ein Teil der örtlichen Ruder-, Kanu-, Radfahr- und Motorsportvereine und -verbände insbesondere des Arbeitersportkartells mit der Organisation von Erholungsausflügen und damit verbundenen Dienstleistungen (Versicherungen etc.) befaßten.<sup>129</sup>

## 2.8. Gymnastikbewegung und Frauensport

Die Kasseler Turn- und Sportvereine nahmen Anregungen aus der um 1900 entstandenen Gymnastikbewegung auf, wie einige Beispiele aus dem Jahr 1925 zeigen.<sup>130</sup> Diese war an der Lebensreformbewegung orientiert. Mediziner empfahlen seit der Jahrhundertwende das Nacktturnen bei Licht und Luft, was sie mit seinen angeblichen hygienischen und bewegungsmechanischen Vorteilen begründeten. Übungsformen, die unter rationalen Gesichtspunkten wie Effizienz und Leistungssteigerung entwickelt worden waren, wurden häufig mit ästhetischen Komponenten verbunden. Kommerzielle Sportschulen und Athletik-Vereine veranstalteten mit zunehmenden Erfolg Muskel- und Schönheitskonkurrenzen für männliche, später auch weibliche Bodybuilder. Bekannte Ärzte, Literaten und bildende Künstler traten dabei als Preisrichter auf. Bildhauer trieben einen regelrechten Kult um männliche Modelle. Übungssysteme für den Nackt- und Kraftsport in der eigenen Wohnung wur-

---

<sup>126</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 141.

<sup>127</sup> Vgl. Hasso Spode: Der Tourist. In: Ute Frevert u. Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Der Mensch des 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., New York 1999, S. 113-137.

<sup>128</sup> Vgl. Gesa Kessemeier: Sportlich, sachlich, männlich. Das Bild der „Neuen Frau“ in den Zwanziger Jahren. Zur Konstruktion geschlechtsspezifischer Körperbilder in der Mode der Jahre 1920 bis 1929, Dortmund 2000.

<sup>129</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 144-146.

<sup>130</sup> Es ist anzunehmen, daß es sich hierbei um eine längerfristige Entwicklung gehandelt hat.

den spätestens in den zwanziger Jahren sehr populär. Der ehemalige Major Hans Surén (1885-1972) veröffentlichte z.B. ab 1920 eine Reihe von Gymnastik-, Nackt- und Atemgymnastikbüchern, in denen er sich völlig nackt und eingeölt in Posen zeigte, die an bronzene Statuen erinnerten.

Daneben etablierten sich erfolgreiche Schulen, die insbesondere Frauen in Rhythmischer Gymnastik und Ausdruckstanz ausbildeten.<sup>131</sup> Die Kasseler Post kommentierte 1925 zustimmend einen Lichtbildervortrag mit dem Titel „Sonnenfreude und Gymnastik“, den ein langjähriger Schüler von Hans Surén im kleinen Stadtparksaal gehalten hatte.<sup>132</sup> Der junge Sportwart der *Casseler Turngemeinde 1844*, Herbert Strauß, besprach nur wenige Tage später die Vorführung von acht Schülerinnen der städtischen Handels- und Gewerbeschule unter der Leitung von Charlotte Starcke. Da er daran arbeitete, die verschiedenen Gymnastiksysteme in das Übungsprogramm der *Casseler Turngemeinde 1844* zu integrieren, stellte er zunächst sachkundig die Besonderheiten der vorgeführten Gymnastikform knapp dar:

*„Die Mensendiecksche Gymnastik ist streng logisch nach anatomischen Gesichtspunkten aufgebaut. Sie hat nichts mit Tanz zu tun, sondern ist wissenschaftliche Körperbildung. Die Gründerin dieser Gymnastik, die Engländerin Frau Dr. Mensendieck, hat sie besonders für den Frauenkörper gedacht, da ihr dieser vernachlässigt erschien. Der Frauenkörper, von dem Verantwortungsgefühl getrieben, folgt dem physischen Gesetz und soll unter größter Kraftersparnis nur bestimmte Muskeln betätigen. [...] Diese Grundsätze der Mensendieck-Gymnastik brachte Frl. Charlotte Starcke in klar durchdachter Form zum Ausdruck. Sie überzeugte durch ihre sachliche Art und hinterließ den Eindruck, daß sie in ernster Arbeit für die körperliche und – was besonders erwähnenswert erscheint – auch für die sittliche Ertüchtigung der Schülerinnen arbeitet.“*<sup>133</sup>

Als Mitglied der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung teilte der Sportwart offensichtlich die weit verbreitete Skepsis gegenüber solchen, nicht in Vereinen organisierten Initiativen. Im Umfeld der Gymnastikbewegung wurden u.a. auch asiatische Körpertechniken angeboten. Berührungspunkte mit der Nacktkulturbewegung waren inhaltlich begründet und trotz weltanschaulicher Differenzen teilweise vorhanden. In seiner Besprechung formulierte der Sportwart der *Casseler Turngemeinde 1844* weitere grundsätzliche Bedenken.

<sup>131</sup> Vgl. Bernd Wedemeyer: „Nacktkultur“ oder „Nacktsport“? Die Freikörperkultur im Kontext von Sport, Turnen, Gymnastik und Körperkultur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Michael Grisko (Hg.): Freikörperkultur und Lebenswelt. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Freikörperkultur in Deutschland, Kassel 1999, S. 115-140 u. Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 1136-1148.

<sup>132</sup> Sonnenfreude und Gymnastik. In: Kasseler Post vom 18.03.1925.

<sup>133</sup> Herbert Strauß: Mensendieck-Gymnastik. In: Kasseler Post vom 22.03.1925.

Zum einen befürchtete er eine Konkurrenz für die Vereine und zum anderen die Ausrichtung auf eine einzige Form der Körperschulung:

*„Der Vorwurf, den man allen Systemen machen könnte, nämlich den der Einseitigkeit, ist hier nur dann berechtigt, wenn Frl. Starcke ihre Schülerinnen nicht auch auf die anderen Körperbildungsarten hinweisen würde. Da die Persönlichkeit Frl. Starckes durchaus verspricht, daß sie in ihrer beginnenden praktischen Tätigkeit in Kassel noch eine gewandtere und pädagogischere Uebungsweise bekommt, würde sie – wenn sie nicht in den Fehler verfällt, sich von den hiesigen leibesübungentreibenden Vereinen abzusondern – einen Gewinn für die Erziehungsbestrebungen in Kassel bedeuten.“*<sup>134</sup>

Unter der Leitung des jungen Sportwarts zeigte dann die *Casseler Turngemeinde* 1844 Mitte April 1925 im Stadtpark „wie diese Systeme, jedes in seiner Eigenart ausgewertet, verbunden und in die praktische Arbeit in der Halle und auf dem Übungsplatz eingeflochten werden können, bewiesen, daß es möglich sei, sie alle in ihrer besonderen Eigenart anzuerkennen, ohne sich einem einzigen zu verschreiben.“<sup>135</sup> Die Übernahme der Gymnastik in einen der großen Kasseler Traditionsvereine forderte Turninspektor Buchenau, der sich dem deutschen Turnen verbunden fühlte, zu einer rhetorisch aufwendigen Betonung seiner Ansicht über die erzieherischen Ziele der Leibesübungen heraus:

*„Was wir indessen dem Gedanken der Leibesübungen, dem deutschen Gedanken des Turnens schuldig sind, führte Turninspektor Buchenau unter besonderer Berücksichtigung der völkischen Seite der Frage in mahnenden und anfeuernden Worten aus: [...] Wir begrüßen mit Freuden die neuen Wege: Niels Bukh, Mensendieck, Loheland und andere als Zeichen erwachenden Lebens, als Verkünder des neuen Frühlings. Man will mehr Ursprünglichkeit, Natürlichkeit, Urwüchsigkeit. Das begrüßen wir. Aber als Ziel aller unserer Arbeit muß die sittliche Ertüchtigung vorschweben. Da soll bestehen bleiben das Zusammenraffen, das In-Zucht-nehmen, Entschlossenheit, kühner Wagemut, Tapferkeit, Mannhaftigkeit, Opferfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Kameradschaft.“*<sup>136</sup>

Eng verbunden mit der Gymnastikbewegung war die Frage nach einer zeitgemäßen Gestaltung des Frauenturnens. Die Entwicklung des Frauensports in Kassel zur Zeit Weimarer Republik<sup>137</sup> kann hier nur gestreift werden. Aus-

<sup>134</sup> Strauß [wie Anm. 133].

<sup>135</sup> Körper und Gymnastik. Zur Gymnastikvorführung der Sportabteilung der Kasseler Turngemeinde 1844 im Stadtpark, in: Kasseler Post vom 15.04.1925.

<sup>136</sup> Körper u. Gymnastik [wie Anm. 135].

<sup>137</sup> Vgl. zur allgemeinen Entwicklung: Gertrud Pfister u. Hans Langenfeld: Vom Frauenturnen zum modernen Sport. Die Entwicklung der Leibesübungen der Frauen und Mädchen seit dem Ersten Weltkrieg, in: Horst Ueberhorst (Hg.): Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Geschichte der Leibesübungen; 3.2), Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982, S. 977-1025, Gertrud Pfister (Hg.): Frau und Sport (Die Frau in der

gangspunkt der Überlegungen zum Frauensport war das neue Bild der eigenständigen bzw. berufstätigen Frau,<sup>138</sup> die „körperliche und geistige Kraft und Frische und eine Nerveneinstellung von einer früher nicht bekannten Schärfe“ im „Kampf um das tägliche Brot“ aufbringen muß. Eine oft formulierte Ansicht war, daß die heutige Frau „zum Ausgleich gegen die Schädigungen des Berufslebens und, um sich im Berufsleben behaupten zu können“, Leibesübungen treiben sollte. Am Ende des Vorberichts der Kasseler Post über eine mit Spannung erwartete „Tagung für die körperliche Erziehung der deutschen Frau“, die von der DT in Leipzig vom 3. bis 5. Juni 1925 veranstaltet wurde, stand eine weitere Begründung für den Frauensport, die auf die herkömmliche Rolle der Frau abstellte:

*„Selten ist wohl eine Tagung von ähnlichem Ausmaße und gleicher Bedeutung durchgeführt worden. Theorie und Praxis sind auf ihr in glücklicher Weise vereint, so daß zu hoffen ist, daß sie wertvolle Ergebnisse für die Gestaltung der körperlichen Erziehung des weiblichen Geschlechtes zeitigen wird, zum Segen der Ertüchtigung der deutschen Mädchen und Frauen und zum Segen der Hebung der deutschen Volkskraft, deren Zukunft in weit höherem Maße von der deutschen Frau als Mutter der deutschen Jugend abhängig ist als vom Manne.“*<sup>139</sup>

Noch deutlicher wurde der Nachbericht zur Tagung:

*„Nachmittags hielt der Direktor der preußischen Hochschule für Leibesübungen Dr. Neuendorff einen tiefschürfenden Vortrag über ‚Die Bedeutung des Frauenturnens für die Zukunft unseres Volkes.‘ Ausgehend von dem ständigen Herabsinken der Geburtenziffer in Deutschland wußte der Vortragende in packenden Worten die Notwendigkeit der Selbstbesinnung der Frau auf ihren Beruf als Mutter klar zu machen. Leibesübungen in natürlichen, dem Wesen der Frau angemessenen Formen, die durchaus nicht weich sein dürfen, sollen dazu dienen, das weibliche Geschlecht für ihre besonderen Lebensaufgaben zu ertüchtigen.“*<sup>140</sup>

Entgegen der Zweckbestimmung des Frauensports als Vorbereitung auf die traditionelle Mutterrolle, die die DT in den Vordergrund stellte, beschäftigte sich die Kasseler Turnlehrerin Elisabeth Vopel 1928/29 in einem Aufsatz mit den Leibesübungen der berufstätigen Frau. Ihr Plädoyer für die Integration leistungsbezogener Übungen in das reguläre Frauenturnen war durchaus progressiv.<sup>141</sup> Sie kam zu dem Schluß: „über die der Frau gemässe Form der Kör-

---

Gesellschaft - Frühe Texte), Frankfurt a.M. 1980 u. Frank Becker: Die Sportlerin als Vorbild der „neuen Frau“. Versuche zur Umwertung der Geschlechterrollen in der Weimarer Republik, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, 8. Jg. 1994, Nr. 3, S. 34-55.

<sup>138</sup> Vgl. den Beitrag von Reimar Bendix in diesem Band.

<sup>139</sup> Tagung für die körperliche Erziehung der Frau. In: Kasseler Post vom 31.05.1925.

<sup>140</sup> Tagung für körperliche Erziehung der Frau. Jede gesunde Frau soll Leibesübungen treiben, in: Kasseler Post vom 15.06.1925.

<sup>141</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 158-162.



perbildung herrschen noch grosse Meinungsverschiedenheiten.“ Aber das Ziel sei: „Erziehung des ganzen Menschen, Entwicklung wahrsten Frauentums. Um dieser Förderung gerecht zu werden, ist es nötig, dass sich die Körper-Kultur voll und ganz auf das Wesen der Frau einstellt, und dass die Leitung des Frauen-Turnens in Frauenhänden liegt, denn nur eine Frau kann sich in das körperliche Sein der Frau einfühlen, ihre Schwächen und Hemmungen verstehen und finden, was der Frau nottut.“<sup>142</sup> Im Februar 1930 fand unter der Leitung von Elisabeth Vopel ein Kurs im „Neuzeitlichen Frauenturnen“ statt, an dem 98 Männer und Frauen teilnahmen, die in Vereinen als Leiter bzw. Leiterinnen tätig waren. Dort gab sie auf die Frage: „Was ist am neuzeitlichen Frauenturnen neu?“ folgende Antwort: „Die Körperschule ist von strammen Haltungen zu lebendigen Bewegungen geworden. Beim Leistungsturnen fragen wir nicht mehr: ‚Was turnt der Mann?‘ sondern: ‚Was ist dem Frauenkörper dienlich?‘ Das Spiel nimmt einen größeren Raum ein. Der übertriebene Wettkampf wird abgelehnt.“<sup>143</sup> Das Frauenturnen sollte nach Elisabeth Vopel mehr Gewicht auf Ästhetik legen als das Männerturnen, ansonsten sollten beim Frauenturnen nahezu dieselben Charaktereigenschaften gefördert werden wie beim Männerturnen. „Während man früher die Übungen nach der Bewegungsmöglichkeit des Körpers zusammenstellte, wählen wir heute nur die Uebungen aus, welche einen bestimmten Wert für die Körper-, Geistes- oder Charakterbildung haben. Gesunde Kraft gepaart mit natürlicher Anmut, Entschlossenheit und Willensstärke, Wahrheitstreue und Opferbereitschaft, das sind die Ziele des Frauenturnens.“

Daß auch zwei Jahre später der Frauensport noch unter Anfeindungen zu leiden hatte, zeigte ein Artikel in den „Vereins-Nachrichten“ der ACT: „Ueber die Körperkultur der Frau herrschen heutzutage noch oft genug viele falsche Begriffe vor! Die einen sehen in ihr ein dem weiblichen Wesen nicht entsprechendes Nachäffen männlicher Uebungs- und Bewegungsformen, die anderen glauben, Leibesübungen seien für die Frau überhaupt nicht notwendig oder sie dienten nur dazu, sie zur Oberflächlichkeit und zu seichtem Genießen zu erziehen! So hat man tausend Anschauungen über moderne weibliche Körperkultur und trifft im Kern selten das Richtige!“<sup>144</sup>

Trotz seines schweren Stands, befand sich der Frauensport in der Kasseler Turnerschaft auf einem hohen Leistungsniveau. Die Siegerin im 100-m-Lauf

<sup>142</sup> Elisabeth Vopel: Die Leibesübungen der berufstätigen Frau. In: Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1928, von Riemann u.a., S. 6f., Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945.

<sup>143</sup> Elisabeth Vopel: Grundsätzliches über „Neuzeitliches Frauenturnen“ in Verbindung mit dem Bericht über den Lehrgang des Kasseler Stadtverbandes. In: Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1929, von Riemann u.a., S. 3f., Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945. Vgl. zu dem Vorwurf der Sport würde die Frauen „vermännlichen“ Anm. 63.

<sup>144</sup> Wie heute die deutsche Frau turnt und Leibesübungen treibt! In: Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten, 7. Jg. 1932, Nr. 8, S. 4, Archiv der ACT.

bei den *Deutschen Kampfspiele*n in Köln 1926, Leni Junker, startete für die *Casseler Turngemeinde 1844!* Leni Junker war die beste Sprinterin der DT und mehrfache Deutsche Meisterin.<sup>145</sup>

Die meisten sportlich aktiven Frauen wurden in der Weimarer Republik von der DT oder ähnlichen Verbänden organisiert, die ihren Schwerpunkt auf eine nicht wettkampfbezogene Körperschulung legten. 1930 stellten Frauen 33,5% der Mitglieder der DT über 14 Jahre. Darüber hinaus betrieben vergleichsweise viele Frauen Tennis, Golf, Hockey und Handball sowie Leichtathletik und Schwimmen. Bei den wettkampforientierten Sportarten entfielen insgesamt nur 22,6% der Verbandsmitglieder auf das „schwache Geschlecht“.<sup>146</sup> Diese reichsweiten Beobachtungen trafen für Kassel nur bedingt zu. 1929 waren ca. 15% aller Mitglieder des KSfL, die über 14 Jahre alt waren und nicht einem Turnverein angehörten, weiblich. Die 16 Turnvereine im Stadtverband zählten 1929 nicht wesentlich mehr weibliche Mitglieder über 14 Jahre in ihren Reihen (ca. 17%).<sup>147</sup> Trotz der guten Wettkampfergebnisse und der öffentlichen Debatte über die Formen des Frauenturnens, waren die Frauen im bürgerlichen Turn- und Sportbetrieb Kassels somit unterdurchschnittlich stark vertreten.

Es gab im Deutschen Reich auch reine Frauensportvereinigungen, die demonstrativ auf Distanz zum „Herrensport“ gingen.<sup>148</sup> So hatten im Mai 1913 Lehrerinnen des *Lyceums am Ständeplatz* den *Casseler Frauen-Ruder-Verein* gegründet. Er war der achte selbständige Frauen-Ruderverein in Deutschland.<sup>149</sup>

### **3. Der Kasseler Stadtverband für Leibesübungen – Lobbyist und Organisator der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung**

Für den am 17. Februar 1919 erfolgten Zusammenschluß aller Leibesübungen treibenden Vereine Kassels zu einem örtlichen Interessenverband bestand ein

<sup>145</sup> Hajo Bernett: Leichtathletik in historischen Bilddokumenten. Hrsg. vom Deutschen Leichtathletik-Verband, München 1986, S. 174, Wolfgang Hermsdorff: Leni Junker (Ein Blick zurück; 694), in: Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 14.08.1976 u. Fritz Steinmetz: 75 Jahre deutsche Leichtathletik-Meisterschaften (1898-1972). Ein Beitrag zur Geschichte der Leichtathletik, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1973. Vgl. zur Entwicklung der Leichtathletik der Frauen: Bernett [wie Anm. 20], S. 202-218.

<sup>146</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 160.

<sup>147</sup> Berechnet nach: Turn- u. Sportwesen 1929 [wie Anm. 27]. Im Vergleich zum Jahr 1926 war der Frauenanteil im KSfL sogar leicht zurückgegangen. (19% bzw. 18%). Vgl. Turn- u. Sportwesen 1926 [wie Anm. 27].

<sup>148</sup> Eisenberg [wie Anm. 15], hier S. 161.

<sup>149</sup> 75 Jahre Casseler Frauen-Ruder-Verein e.V. 1913-1988, [Kassel] [1988], [Lotte] Clos: Frau und Rudersport. Die Entwicklung des Deutschen Damen-Ruder-Verbandes bis zum Hamburger Rudertag, in: Kasseler Neueste Nachrichten vom 22.04.1933 u. Kasseler Frauen-Ruder-Verein e.V. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 13.05.1933. Vgl. zur Entwicklung des Frauenruderns allgemein: Ellen Becker: Mit Rock und Riemen. Die Entwicklung des Frauenruderns im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik, Greven 1992.

Bündel von Anlässen. Erstens hatten die 1000-Jahr Feier der Stadt Kassel 1913 und die seit 1911 nahezu jährlich stattfindenden Großstaffelläufe Wilhelmshöhe-Kassel die Chancen deutlich werden lassen, die gemeinsame Veranstaltungen den Turn- und Sportvereinen boten.<sup>150</sup> Zweitens hatte das Kriegserlebnis sowohl die Soldaten zusammengeschweißt als auch das Gemeinschaftsgefühl an der „Heimatfront“ verstärkt.<sup>151</sup> Drittens bemühte sich der DRA während des Ersten Weltkriegs um die Bildung von „Ortsgruppen“. Der DRA wollte auf diesem Weg u.a. die Arbeiterschaft in den organisierten bürgerlichen Sport einbinden und sie von den Zweigorganisationen der *Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege* (gegr. 1912) fernhalten. Viertens standen die Vereine nach dem verlorenen Krieg vor der organisatorischen Aufgabe, die zahlreichen Kriegsheimkehrer in die Vereine zu integrieren.<sup>152</sup> Ihre Ausgangslage dafür war denkbar schlecht, da die meisten Vereine viele Gefallene zu beklagen hatten, der Übungsbetrieb durch die Einberufung der meisten Aktiven im Krieg nahezu aufgehört hatte und die Turnhallen immer noch als Lager oder Lazarette<sup>153</sup> dienten. Während des Ersten Weltkriegs sowie kurz danach kam es daher zu einem Vereinssterben, das jedoch auch auf die vielen Fusionen zu neuen, kombinierten Turn- und Sportvereinen zurückzuführen war. Von den 481 Mitgliedern der *Casseler Turngemeinde von 1844* bei Kriegsausbruch gingen 277 ins Feld. Davon haben 63 den Ersten Weltkrieg nicht überlebt. Aber schon am 31. Dezember 1919 konnte der Verein einen gegenüber 1914 deutlich erhöhten Bestand von 768 Mitgliedern verzeichnen.<sup>154</sup> Im Stadtgebiet entstanden 1919 durch Fusionen u.a. der *Sportverein „Kurhessen“* 1893, der *Spielverein 06*, Cassel-Rothenditmold, der *Turn- und Sportverein*

<sup>150</sup> Turnen, Spiel und Sport [wie Anm. 88], Der Stadtverband für Leibesübungen [...]. In: Hessische Post Cassel u. Casseler Stadtanzeiger vom 19.02.1919 u. Wolfgang Hermsdorff: Zusammenschluß der Kasseler Sportler (Ein Blick zurück; 339), in: Hessische Allgemeine vom 15.02.1969.

<sup>151</sup> „Nicht Worte sollen es machen, mit fest zupackender Faust wollen wir selbst mithelfen am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Auf deutsche Turner kann man sich verlassen. Frei sein! Nicht vor Menschen wollen wir uns beugen, nur vor Gott. Einst sollen unsere Kinder sagen von uns: Schön war unser Volk in jenen Augusttagen 1914, doch noch schöner, als es jenen Spruch wahrzumachen sich bestrebte. Wir alle wollen helfen, das walte Gott!“ Einweihung unserer Gedenktafel zu Ehren unserer im Weltkrieg 1914-18 gefallenen Turnbrüder am 26. Februar 1922. In: Casseler Turngemeinde e.V. gegr. 1844 (Hg.): Festschrift zur Feier des 80jährigen Bestehens der Casseler Turngemeinde e.V. 1844 - 1924. Cassel 1924, S. 28-31, hier S. 30.

<sup>152</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 318.

<sup>153</sup> Die Turnhalle der ACT wurde z.B. als Lazarett genutzt. Heinrich Ebinger/Heinrich Horn/Gerlinde Hauptenthal: 150 Jahre Geschichte der ACT. In: Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848 (Hg.): 150 Jahre Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848 - 1998. Kassel 1998, S. 27-57, hier S. 36.

<sup>154</sup> Casseler Turngemeinde e.V. gegr. 1844 (Hg.): Festschrift zur Feier des 80jährigen Bestehens der Casseler Turngemeinde e.V. 1844 - 1924, Cassel 1924, S. 27 u. 32.

1886, Cassel-Kirchditmold und der Turn- und Rasensportverein 1868, Cassel-Wehlheiden (Tura).<sup>155</sup>

Am 27. Januar 1919 trafen sich Vertreter der Kasseler Turn-, Sport- und Athletikverbände und bildeten einen provisorischen geschäftsführenden Ausschuß, der mit der Ausarbeitung eines Programms für den neugegründeten Stadtverband beauftragt wurde. Die Turner vertraten dabei etwa 3000, die Rasensportler 2000 und die Athleten 500 Mitglieder.<sup>156</sup>

Die einzelnen Turn- und Sportverbände waren regional mehrfach untergliedert und miteinander verwoben. Auf Seiten der Turner bestand als kommunaler Zusammenschluß die *Casseler Turnerschaft*. Sie entsprach 1919 dem Bezirk 6 des *Nordhessisch-Waldeck'schen Turngaus* (gegr. 1875). Der sättere „*Nordhessische Turngau* hatte seinen Sitz in Kassel und umfaßte alle zur DT gehörenden Vereine im Stadt- und Landkreis Kassel, Hofgeismar, Wolfhagen und Witzenhausen, nachdem die Waldeck'schen Vereine 1922 zu einem eigenen Turngau zusammengefaßt worden waren. Der *Nordhessische* und der *Waldeck'sche Turngau* gehörten zum VII. *Turnkreis Oberweser*.<sup>157</sup> Die Einteilung Deutschlands und Österreichs in 15 Turnkreise bestand seit dem 2. *Deutschen Turnfest* in Berlin 1861.<sup>158</sup> Auf Seiten der Rasensportler sorgte ab 1903 der *Rasensport-Verband Cassel* für einen geordneten Wettkampfbetrieb.<sup>159</sup> Seit 1906 gehörte er dem re-

<sup>155</sup> Der *Casseler Fußball-Verein* und der *Verein für Körperkultur Kassel*, in dem bisher schwerpunktmäßig Schwerathletik betrieben wurde, fusionierten zum „*Sportverein „Kurhessen“ 1893 e.V. Kassel“*. Von diesem spaltete sich 1924 unter der Führung von Emil Junghenn der in der Leichtathletik erfolgreiche *VfL Hessen-Preußen* ab. In Rothenditmold vereinigten sich der *FC Adler* mit dem *FC Preußen* zum *Spielverein 06* und in Kirchditmold der *Ältere Turnverein Kirchditmold 1886 e.V.* mit *Hessen 09* zum *Turn- und Sportverein 1886 e.V.* Biese/Peiler [wie Anm. 44], S. 34f. u. 46f. In Wehlheiden bildete sich aus der *Turngemeinde Wehlheiden 1868*, der *Turngemeinde Wehlheiden 1899* und dem erst kurz zuvor durch Fusion entstandenen *Rasensportverein 1904* der *Turn- und Rasensportverein 1868* (Tura), der aufgrund der „reinlichen Scheidung“ in dieser Form nur bis 1925 Bestand hatte. Peter Nörthemann: *Vereinsgeschichte der Turngemeinde Wehlheiden e.V.* In: 125 Jahre Turngemeinde Wehlheiden e.V. 1868 - 1993. [Kassel] [1993], S. [12-19].

<sup>156</sup> Vgl. auch für das Folgende: Turnen, Spiel und Sport [wie Anm. 88], Hans Meister: Schlußwort. In: *Casseler Stadtverband für Leibesübungen* (Hg.): *Festbuch zur Einweihung der Hesenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926*. Cassel [1926], S. 45-51. Vgl. zu E. A. Kampmann insbesondere: Hermsdorff [wie Anm. 150].

<sup>157</sup> 50 Jahre Nordhessischer Turngau. In: *Kasseler Post* vom 08.03.1925 u. Fritz Metz: Nordhessischer Turngau. In: *Kasseler Post* vom 16.03.1925.

<sup>158</sup> Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 678.

<sup>159</sup> Die örtliche Abteilung „Kassel“ des WSV gehörte zur nächst höheren Untergliederung „Hessen“, die wiederum zur Einheit „Hessen/Süd-Hannover“ zählte. Der *Rasensport-Verband Cassel* wurde um 1924 („reinliche Scheidung“) auf die Umgegend ausgeweitet. Vgl.: Aus der Geschichte der Kasseler Sportbewegung. Jubiläumsfest des 1. C.B.C. „*Sport*“, in: *Kasseler Post* vom 10.05.1925 u. *Kasseler Adreßbuch 1919/20 - 1933*. Vgl. zur Entwicklung der Turn- und Sportbewegung in Kassel bis zum Ersten Weltkrieg: von Hanxleen: *Die Leibesübungen in*

gionalen Unterverband des *Deutschen Fußballbunds* dem *Westdeutschen Spielverband* an. Der WSV hatte außerdem eine eigene Vertretung in Kassel. Zusätzlich war der WSV Mitglied in der *Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik*.<sup>160</sup> Eine herausragende Stellung nahmen in der Kasseler Verbandslandschaft die zahlenmäßig eher unbedeutenden Schwerathleten (Ringen, Boxen, Kraftsport) ein. Denn durch das persönliche Engagement von Ernst August Kampmann, der 1899 den *Hessischen Athleten-Verband* ins Leben gerufen hatte, wurde Kassel um 1924 Sitz des *Deutschen Athletik-Sportverbandes von 1891* (1933 ca. 20.000 Mitglieder).<sup>161</sup> Dessen Präsident E. A. Kampmann von 1923 bis 1933 war, nachdem er bereits im geschäftsführenden Ausschuß des Vorgängerverbandes *Deutscher Kraftsport-Verband* mit Sitz in Berlin (1919 ca. 80.000 Mitglieder)<sup>162</sup> aktiv gewesen war. Er saß außerdem im Vorstand des DRA und wurde im Laufe der 20er und 30er-Jahre Mitglied im deutschen olympischen Komitee, Vizepräsident der *Federation Halterophile* (Paris) sowie Vizepräsident der *International Amateur Wrestling Federation* (London). Als Mannschaftsführer und Delegierter beteiligte sich Kampmann an drei Olympischen Spielen. Der Anstoß zur Gründung eines örtlichen Zusammenschlusses der Turn- und Sportvereine kam Ende 1918 von E. A. Kampmann, August Rüppel<sup>163</sup> (Mitglied der Bezirksleitung des WSV in Kassel) und dem Turner Ungewickel. Auf der ersten Vertreterversammlung am 17. Februar 1919 konstituierte sich der *Casseler Stadtverband für Leibesübungen*. Als erster Vorsitzender wurde der Kaufmann E. A. Kampmann gewählt. Kaufmann Karl Tölcke (erster Kassensführer des *Sportvereins „Kurhessen“* 1893) wurde Schriftführer. Postbeamter Jos. Machal, der die Sportabteilung der *Casseler Turngemeinde 1844* führte, wurde zum technischen Leiter für Turnen, Spiel und Sport gewählt. Kassenswart wurde der Vorsitzende der *Casseler Turnerschaft* Landessekretär Justus Ungewickel.<sup>164</sup>

---

Cassel. In: Erwin Stein (Hg.): *Cassel* (Monographien Deutscher Städte; 4), Oldenburg i. Gr. 1913, S. 129-135 u. Reinhard Froeb: *150 Jahre Turnen in Nordhessen. Die Anfänge des Turnens in Kassel*, hrsg. vom Turngau Nordhessen, [Kassel] 1994.

<sup>160</sup> Kasseler Adreßbuch 1919/20 - 1933 u. Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 2439. Vgl. auch Anm. 20.

<sup>161</sup> Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 641.

<sup>162</sup> Kasseler Adreßbuch 1919/20 [wie Anm. 47], S. 80.

<sup>163</sup> 1921-33 Vorsitzender des *Casseler Rasensport-Verbandes* und langjähriger Vorsitzender des *Ersten Ballspielclub „Sport“* 1893. Vgl. Kasseler Adreßbuch 1919/20 - 1933.

<sup>164</sup> Bei der Angabe der Initiale H für die Vornamen von Ungewickel und Machal im Eintrag für den KSfL im Kasseler Adreßbuch 1919/20 liegt ein Druckfehler vor, denn im Personenteil des Adreßbuchs befanden sich keine entsprechenden Einträge. Aus der Kombination der Berufsangabe, die in dem Artikel der Hessischen Post vom 19.02.1919 [wie Anm. 150] zu finden ist, mit dem Nachnamen, ließ sich der Vorname eindeutig bestimmen. Justus Ungewickel

Den ersten Vorsitzenden des KSfL unterstützte bis 1921 tatkräftig der Vorsitzende des *Ersten Casseler Ballspiel-Klub „Sport“*, Georg Iske, der wie August Rüppel Mitglied der Bezirksleitung des WSV war. Obwohl die Radfahr-Vereine (wie die Ruder-Vereine) bei der ersten Vertreterversammlung nicht anwesend waren, engagierte sich der Kasseler Gauvorsitzende des *Bunds deutscher Radfahrer e.V.*, Ludwig Erdmann, in der Frühzeit ebenfalls stark für den KSfL.<sup>165</sup> Eine führende Position in einem der bestehenden Verbände oder in einem der großen Kasseler Vereine qualifizierte offensichtlich für ein Amt im KSfL. Ab der dritten Wahlperiode des Stadtverbands 1923 bis zu seiner Auflösung 1933 wurden der erste Vorsitzende Studienrat Henner Riemann, der erste Schriftführer Druckereibesitzer Hans Meister und der Schatzmeister Gemeinde-Ober-Sekretär August Brede regelmäßig in ihren Ämtern bestätigt.<sup>166</sup>

### 3.1. Die Struktur des *Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen*

Die Satzung des KSfL unterschied sich in der Fassung von 1921<sup>167</sup> deutlich von der autokratischen Satzung des DRA, die erst 1926 revidiert wurde.<sup>168</sup> Als inof-

---

wurde später Vorsitzender des *Casseler Turn- und Sport-Vereins von 1848* sowie Gauvertreter des *Nordhessisch-Waldeck'schen Turngaus*. Vgl. Kasseler Adreßbuch 1919/20 - 1933.

<sup>165</sup> Weitere Sportverbände mit Sitz in Kassel waren u.a. (nicht berücksichtigt wurden die Arbeitersportbewegung und die Wander- und Touristenverbände): *Verband Casseler Kegelklubs e.V.* (gegr. 1921), *Kurhessischer Zimmerstutzenverband für Cassel u. Umgebung*, *Kurhessischer Schützenbund*, *Verband Hessisch-Nassauischer Kleinkaliberschützenvereine*, *Bezirksverband Kassel der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft*, *Deutscher Schwimmverband e.V.*, Kreis 3 (Mitteldeutschland) Gau 3 (Kassel), *Schüler-Ruderregatta-Verband* (gegr. 1911). Vgl. Kasseler Adreßbuch 1919/20 - 1933 u. Satzungen des Schüler-Regatta-Verbandes Cassel. In: 75 Jahre TRV Albert-Schweitzer-Schule Kassel 1907 - 1982. Kassel 1982, S. 41f.

<sup>166</sup> Vgl. Meister [wie Anm. 156], hier S. 47. Am 12.05.1933 hörte der *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen* auf zu existieren. Vgl. „Sport auf nationaler Grundlage!“. Hauptvertreter-Versammlung des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen, in: Kasseler Neueste Nachrichten vom 03.04.1933 u. Ernst Aug. Kampmann: In Memoriam. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 18.05.1933. Für den Verleger Hans Meister war die Sportfunktionärskarriere 1933, wie für fast alle anderen Vereins- und Verbandsfunktionäre, nicht beendet. Er wurde ständiger Beisitzer im Stadamt für Leibesübungen als Beauftragter des Reichssportführers in Hessen. Vgl. Kasseler Adreßbuch 1925-34.

<sup>167</sup> Die vorherigen Fassungen der Satzung, die auf den Vertreterversammlungen am 17.02.1919 und am 28.01.1920 genehmigt worden waren, wurden auf der Vertreterversammlung vom 20.01.1921 durch die vorliegende Fassung ersetzt. Sie blieb bis 1925 in Kraft. Satzungen des Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen. Cassel 1925, Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945.

<sup>168</sup> Die für die Weimarer Republik gültige Satzung des DRA trat am 12. April 1919 in Kraft und wurde erst 1926/27 im Zuge der Verhandlungen zwischen dem DRA und der DT über den Wiedereintritt der DT in den DRA revidiert. Vgl. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 346 u. Satzung. Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin 1931, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.):

fizielles „Reichssportamt“ war der DRA von 1919 bis 1926 wie eine Behörde autokratisch gegliedert. Dabei behielten die Mitgliedsverbände ihre formelle Eigenständigkeit. Aber mit der Bezeichnung „Bund“ wurde in der Satzung die Erwartung an die Mitgliedsverbände signalisiert, sie würden sich im Interesse der Volksgemeinschaft freiwillig unterordnen. Der neue Vorsitzende des DRA, Staatssekretär Dr. Theodor Lewald, der zu Beginn der Weimarer Republik als die „graue Eminenz“ des Reichsinnenministeriums gehandelt wurde, hatte immer das letzte Wort! Er bzw. einer seiner beiden Stellvertreter bestimmte die Vorsitzenden der Ausschüsse und Gremien. Eine obligatorische Vertretung der großen Turn- und Sportverbände im Vorstand war nicht vorgesehen. Vielmehr arbeiteten ihre Delegierten in den Gremien mit einer unbestimmten – d.h. bei Bedarf vermehrbaren – Anzahl von Vertretern der Staats- und Landesbehörden sowie Inhabern von öffentlichen Ämtern (Oberbürgermeister, Universitätsprofessoren usw.) zusammen. Auch in der Mitgliederversammlung, zu der ausschließlich die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände als deren Vertreter zugelassen waren, konnten die aktiven Turner und Sportler jederzeit durch Behördenvertreter und persönliche Mitglieder (z.B. spendable Unternehmer) überstimmt werden.

In der Satzung des KSfL wurden dagegen die angeschlossenen Vereine und Verbände mehrfach in die Entscheidungsstrukturen eingebunden. Die beiden wichtigsten Gremien waren die jährliche Vertreterversammlung im Frühjahr und der Hauptausschuß. In die Vertreterversammlung entsandten die Vereine und Verbände je nach Mitgliederzahl mehrere Stimmberechtigte, aber mindestens zwei. Auch der Stadtverband nahm „Förderer“ und „Körperschaft[en]“, die den Aufgaben des Verbandes ihre Unterstützung zuwenden [wollten]“, auf. Diese besaßen jedoch in der Vertreterversammlung nur je eine Stimme. Die Vertreterversammlung mußte die geplanten Veranstaltungen und den Haushalt genehmigen. Sie wählte den Vorstand.

Der Hauptausschuß war das zentrale Steuerungsorgan des Stadtverbands. Hier wurden die Anträge beraten, die der Vertreterversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden sollten, sowie deren Tagesordnung abschließend festgelegt. Hier wurden Geschäftsordnungen für die weiteren Ausschüsse und den Vorstand festgesetzt. Der Hauptausschuß wählte die Vertreter des Stadtverbands auf Tagungen anderer Verbände, z.B. der jährlichen Ortsgruppentagung des DRA. Er war für die Aufnahme neuer Mitglieder zuständig. Der Hauptausschuß war das einzige Gremium des Stadtverbands, das satzungsgemäß Behördenvertreter vorsah. Denn den staatlichen und städtischen Be-

hörden wurde das Recht eingeräumt, Vertreter der Schulen in den Hauptausschuß zu entsenden.

Der Hauptausschuß wurde vom Vorstand des Stadtverbands, den Vorsitzenden der angeschlossenen Vereine und Verbände sowie den Vertretern der sonstigen Körperschaften und der Schulen gebildet. Einzelne Vereine konnten laut Satzung nur dann direkt Mitglied im Stadtverband werden, wenn für sie keine Anschlußverbände (wie z.B. der *Schüler-Ruderregatta-Verband*) existierten, da schon 1925 dem Stadtverband direkt oder indirekt 72 Vereine mit mehr als 10.000 Mitgliedern angehörten.<sup>169</sup>

Für die Umsetzung der Beschlüsse des Hauptausschusses und der Vertreterversammlung wurden der Vorstand, der technische Ausschuß, der Presse- und Werbeausschuß sowie der Finanzausschuß gewählt. Wobei die Vorstandsmitglieder immer auch Sitz und Stimme in den jeweiligen Fachgremien hatten. 1925 wurde für die laufenden Geschäfte eine ständige Geschäftsstelle des Stadtverbands eingerichtet.<sup>170</sup>

In den Fachgremien machte sich der KSfL den Sachverstand der angeschlossenen Vereine und Verbände nutzbar. Für die Planung und Ausrichtung der sportlichen Veranstaltungen des Stadtverbands wurde von der Vertreterversammlung der technische Ausschuß eingesetzt. Ihm gehörten als Vorstandsmitglieder der technische Leiter (Vorsitzender des Gremiums) und der Vertreter für die Turn-, Sport-, und Spielangelegenheiten der Jugend an. Darüberhinaus wurde eine Reihe von Fachvertretern der einzelnen Sportsparten bestimmt.

Dem Presse- und Werbeausschuß gehörten die beiden Schriftführer des Stadtverbands an. Aber in seiner Mehrheit bestand er aus den Pressevertretern und Schriftführern der angeschlossenen Vereine und Verbände. Aus deren Kassenwarten bestand der Finanzausschuß, dem der Schatzmeister des Stadtverbands vorsah.

1926, dem Jahr der Eröffnung der Hessenkampfbahn, kam es zu einer Revision der Strukturen des Stadtverbands.<sup>171</sup> Zum einen näherte sich der Stadtverband den Schulverwaltungen an, zum anderen verloren die Vereins- und Verbandsvorsitzenden an Einfluß zugunsten der gewählten Fachvertreter der

---

<sup>169</sup> Riemann/Steinhoff/Brede: Taetigkeits-Bericht für das Jahr 1925 erstattet vom geschäftsführenden Vorstand des Casseler Stadtverbandes für Leibesübungen. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. 1. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1925.

<sup>170</sup> Ebda., S. 9.

<sup>171</sup> Die Jahresberichte des Vorstands vermerkten keine Satzungsänderungen. Aber die aufgelistete Zusammensetzung des Vorstands und des Hauptausschusses für das Jahr 1926 stimmte nicht mit der Ämterverteilung überein, die die Satzung von 1921 vorsah. Daher ist anzunehmen, daß im Zusammenhang mit der Eröffnung der Hessenkampfbahn eine Satzungsänderung vorgenommen wurde. Vgl. KSfL-Mitglieder 1926 [wie Anm. 54].



Sportsparten. Die von den Behörden benannten Vertreter der Volksschulen und höheren Schulen rückten aus dem Hauptausschuß in den Vorstand auf. Und der Hauptausschuß wurde nun nur noch durch die gewählten Vertreter der Sportsparten gebildet (Turnen, Rasensport, Schwimmen, Hockey, Rudern, Kanusport, Wintersport, Wandern, Tennis, Radsport, Schwerathletik, Schützen, Zimmerstutzen, Reit- und Fahrsport, Motorsport, Kegeln).

### 3.2. Selbstverständnis und Aktivitäten des KSfL

Das Ziel des Stadtverbands umriß die Satzung von 1921 folgendermaßen: *„Der Zweck des Verbandes ist: Turnen, Sport und Spiel und Wandern in allen Volkskreisen beiderlei Geschlechts innerhalb des Stadtkreises Cassel zu fördern und zu pflegen und dadurch an der körperlichen Ertüchtigung und sittlichen Erstarkung des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Alle politischen und konfessionellen Parteibestrebungen sind ausgeschlossen. Unbeschadet der Selbständigkeit der bestehenden und ihm angeschlossenen Verbände und Vereine will er in erster Linie ein Mittelpunkt aller Bestrebungen sein, die der Förderung der Leibesübungen unseres Volkes dienen.“*

Für das Selbstverständnis des Stadtverbands war der Anspruch zentral, bei seinen Veranstaltungen möglichst alle Turner und Sportler Kassels zu vertreten. Aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der Leichtathletik war 1932 nicht gesichert, daß alle großen Turn- und Sportvereine am traditionellen Staffellauf Wilhelmshöhe-Kassel teilnehmen würden. Der Stadtverband sagte daraufhin konsequenterweise die ganze Veranstaltung ab.<sup>172</sup> Auch die Haltung des Stadtverbands zur „reinlichen Scheidung“ ist vom Anspruch geprägt, alle Turner und Sportler Kassels zu repräsentieren. Deswegen führte der Austritt der DT aus dem DRA 1925 nicht zu einer Spaltung des Stadtverbands. Stattdessen betonte der „erste Ortsverband des DRA“<sup>173</sup> seine Eigenständigkeit gegenüber dem Dachverband: *„Der innere Bestand und Zusammenhalt des Stadtverbandes, dieser rein örtlichen Zusammenfassung der Leibesübungen, ist durch den Austritt der deutschen Turnerschaft aus dem Deutschen Reichsausschuss dank der ruhigen und sachlichen Ueberlegung der hiesigen Verbandsführer nicht gestört worden. Wir haben allmählich gelernt, dass wir nur durch gemeinsames Einstehen für die*

---

<sup>172</sup> Riemann u.a.: Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1932. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. 6. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1932.

<sup>173</sup> Der KSfL verwies anlässlich seines 10jährigen Bestehens auf die Tatsache, daß er die erste Neugründung dieser Art nach dem Ersten Weltkrieg gewesen sei. Riemann u.a.: Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1929. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. [2]. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1929.

*örtlichen Belange unserer Bewegung etwas erreichen.*<sup>174</sup> Die Einigung zwischen DT und DRA im darauffolgenden Jahr wurde erleichtert zur Kenntnis genommen, gerade weil sich das Verhältnis zum Arbeitersportkartell 1926 merklich verschlechtert hatte.<sup>175</sup>

### 3.3. Vermittler zwischen Behörden und Vereinen

Um sein Ziel zu erreichen, hat sich der KSfL eine Reihe von Aufgaben zu eigen gemacht. Er erfüllte einerseits eine Lobby- und Vermittler-Funktion gegenüber den staatlichen und städtischen Behörden und andererseits organisierte er werbewirksame, verbandsübergreifende Sportveranstaltungen bzw. Lehrgänge. Dem ersten Punkt wurde der Stadtverband dadurch gerecht, daß er Vorstandsmitglieder als Sachverständige in den entsprechenden Sitzungen der staatlichen (z.B. Jugendpflegeausschuß der preußischen Bezirksregierung<sup>176</sup>) und städtischen Behörden unterbringen konnte. Wie der technische Leiter für Turn-, Sport- und Spielangelegenheiten in seinem Bericht für das Jahr 1926 dargelegt hat: „24 Sitzungen der Verbände, der Zentralstelle [städtische Kommission für Leibesübungen], des Jugendamtes, des Arbeitsamtes usw. wohnte ich als techn. Leiter des Stadtverbandes bei.“<sup>177</sup> Ständiges Thema waren dabei die Unkostenbeiträge, die die Vereine für die Benutzung der städtischen Turnhallen und Sportplätze zahlen mußten. Die gerechte Verteilung der Übungszeiten in den städtischen Anlagen war eine der Hauptmotivationen für die Gründung des Stadtverbands gewesen.<sup>178</sup>

Da die staatlichen Behörden (Landeshauptmann<sup>179</sup>, Bezirksregierung) und die Stadt Kassel für Leibesübungen fast keine direkte finanzielle Unterstützung bereitstellten, fiel deren Verteilung kaum ins Gewicht. Dennoch mußten die

<sup>174</sup> KSfL-Bericht 1925 [wie Anm. 169], S. 3.

<sup>175</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 5f.

<sup>176</sup> Ebda., S. 6f.

<sup>177</sup> Ebda., S. 18. Polizei Ober-Wachtmeister Wilhelm Steinhoff wurde im Kasseler Adreßbuch 1925-27 als technischer Leiter des Stadtverbands genannt. Im Kasseler Adreßbuch 1927 ist er außerdem als „städtischer Sportwart“ bezeichnet worden. Danach wurde er nicht mehr aufgeführt. Ob er oder ein Versicherungskaufmann mit gleichem Namen um 1926 den ersten Vorsitz des *Turn- und Sportvereins 88 e.V. Bettenhausen* inne hatte, ging aus dem Kasseler Adreßbuch nicht hervor. Auffällig ist jedoch, daß auch der Schatzmeister des Stadtverbands von 1923-33, der Gemeinde-Ober-Sekretär August Brede, 1920-23 Bezirksvertreter der *Kasseler Turnerschaft* und bis circa 1922 sowie ab 1932, Vorsitzender desselben Vereins wie Steinhoff gewesen zu sein scheint. Das Kasseler Adreßbuch verzeichnete im Personenteil allerdings viele Personen mit dem Namen Brede, so daß eine eindeutige Zuordnung auf diesem Weg nicht möglich war.

<sup>178</sup> Vgl. Turnen, Spiel und Sport [wie Anm. 88].

<sup>179</sup> Oberster Beamter des Provinzialverbandes der preußischen Provinz Hessen-Nassau, d.h. der Landessozial- und Landeskulturverwaltung.

Zuschüsse für einzelne Vereine bzw. Vereinsangehörige von den beiden kommunalen Sportdachverbänden befürwortet werden, wie für das Arbeitersportkartell gezeigt werden kann.<sup>180</sup> Wenn Gelder gezahlt wurden, dann im Rahmen der Jugendpflege. Wobei zum einen symbol- und prestigeträchtige Unternehmen, wie der Besuch der 2. *Deutschen Kampfspiele* 1926 im gerade von fremden Truppen geräumten Köln,<sup>181</sup> und zum anderen Aktivitäten, die eine Breitenwirkung versprachen (z.B. die Ausbildung von Jugendleitern) gefördert wurden. Die *Deutschen Kampfspiele* standen unter politischen Vorzeichen, da sie bereits bei den ersten Konzeptionen 1894 als nationaler Gegenentwurf zu den Olympischen Spielen angelegt worden waren. Deutschland war anlässlich der Olympischen Spiele 1924 gerade erst wieder in die Olympische Bewegung aufgenommen worden, nachdem seine Mitgliedschaft wie in vielen anderen internationalen Sportorganisationen wegen des Ersten Weltkriegs geruht hatte bzw. gekündigt worden war.<sup>182</sup> Das Ausmaß der Politisierung der *Deutschen Kampfspiele* wird durch die heutige Einschätzung betont, daß ein Höhepunkt des Kölner Festes, das als „das eigentliche Befreiungsfest dieses Teils der Rheinlande“ verstanden wurde, der Fackelzug am Rheinufer gewesen sei, an dem sich etwa 10.000 Menschen beteiligten, während die Zuschauer auf 200.000 geschätzt wurden.<sup>183</sup>

### 3.4. Stadien und Schwimmbäder – der Übungsstättenbau

In einer Kombination von beiden Funktionen, nämlich als Lobbyist und Organisator, widmete sich der KSfL dem Übungsstättenbau. Die erste öffentlich wahrgenommene Handlung des KSfL war seine positive Stellungnahme zur populären Forderung nach dem Bau eines städtischen Stadions auf der Karls- wiese vor der Orangerie. Das *Deutsche Stadion* im Grunewald (Berlin), in dem die VI. *Olympischen Spiele* 1916 hätten stattfinden sollen, schwebte den Kassellern dabei als Vorbild vor Augen.<sup>184</sup> Es war im Auftrag des *Deutschen Reichsausschuß für Olympische Spiele*, dem späteren DRA, von Otto March geplant worden und konnte 1913 in Gegenwart des Kaisers eingeweiht werden.<sup>185</sup> Die Auswirkungen des Stadionbaus in Berlin beschrieb der Referent für Leibes-

---

<sup>180</sup> Wickermann [wie Anm. 89], hier S. 288.

<sup>181</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 18.

<sup>182</sup> Vgl. Arnd Krüger: Deutschland und die olympische Bewegung (1918-1945). In: Horst Ueberhorst (Hg.): Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Geschichte der Leibesübungen; 3.2), Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982, S. 1026-1047 u. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 368.

<sup>183</sup> Vgl. Beyer [wie Anm. 17], hier S. 678f.

<sup>184</sup> Das Kasseler Stadion. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 19.02.1919 u. Turnen, Spiel und Sport [wie Anm. 88].

<sup>185</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 280-291.

übungen im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt im Rückblick folgendermaßen: „Mit dieser von Geheimrat March errichteten Schöpfung war das Signal für die Gemeinden des Reiches gegeben. Zunächst dauerte es noch Jahr und Tag, bis wenigstens der Berliner den Begriff ‚Stadion‘ erfaßt hatte. Aber dann ging es auch schnell: Jede Gemeinde mußte schließlich ihr ‚Stadion‘ oder ihre ‚Kampfbahn‘ haben, und wenn es auch nur eine bessere Schützenwiese war, die man so nannte.“<sup>186</sup> Während des Ersten Weltkriegs wurde vom DRA ein Entwurf für ein „Reichsspielplatzgesetz“ ausgearbeitet. Dieser Entwurf lag einer Denkschrift zugrunde, die der DRA der Weimarer Nationalversammlung 1919 vorgelegt hat.<sup>187</sup> Auch die Spitzenorganisation des Arbeitersports reichte 1919 eine ähnliche Denkschrift ein. Trotz der einstimmigen Aufforderung des Reichstags an die Reichsregierung, ein solches Gesetz zu verabschieden, ist es nicht dazu gekommen. Aber der Gesetzentwurf wurde von vielen Gemeinden und Regierungen als Richtlinie herangezogen. So sah die Denkschrift des DRA Zuschüsse des Reichs für den Bau von Sportstätten an die Kommunen in Höhe von maximal Zweidrittel der Bausumme vor.<sup>188</sup> Von den 336.000 M Gesamtkosten der Hessenkampfbahn mußte die Stadt Kassel nur etwas weniger als die Hälfte selbst aufbringen (160.000 M). Da allerdings zunächst nur 75.000 M von der Stadt vorgesehen waren, kam es im Zuge der Nachbewilligung zu einer kurzen Debatte über den Gebrauchswert der Anlage im Verhältnis zu den entstandenen Kosten.<sup>189</sup> Zuvor hatte sich der KSfL vorausschauenderweise im „Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn“ an prominenter Stelle auf den Entwurf des Spielplatzgesetzes bezogen. Der Gesetzentwurf des DRA kam in der Nachbewilligungsdebatte der Stadtverordnetenversammlung dann aber doch nicht zur Sprache.<sup>190</sup> Das der Denkschrift des DRA zu Grunde liegende Konzept, eine bestimmte Quadratmeterzahl an Sportplatzfläche pro Einwohner zu fordern, fand auch in Kassel Anwendung: „Cassel besitzt jetzt [1925] 23 Spielplätze und etwa 2,19 qm Spielfläche pro Kopf der Bevölkerung [der DRA forderte 3 qm pro Einwohner]. Der Casseler Stadtverband hat an seinem bescheidenen Teile redlich mitgearbeitet, um diesen relativ günstigen Stand zu erreichen. Die Spielplatzfläche im ganzen deutschen Reich ist innerhalb von 4 Jahren von 1 qm um die Hälfte auf 1,56 qm pro Kopf der Bevölkerung gestiegen.“<sup>191</sup> Die angedeu-

<sup>186</sup> Mallwitz [wie Anm. 16], hier S. 535f.

<sup>187</sup> Vgl. Spielplatz-Gesetz. Entwurf eines Reichs- und Landesgesetzes, Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin 24.01.1917, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 110-112.

<sup>188</sup> Beyer [wie Anm. 17], hier S. 662f.

<sup>189</sup> Auszug aus dem stenographischen Bericht der 19. Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 1927. Stadtarchiv Kassel, A. 0. Nr. 1 1926/27.

<sup>190</sup> Riemann [wie Anm. 6], hier S. 7.

<sup>191</sup> KSfL-Bericht 1925 [wie Anm. 169], S. 2.

tete Mitarbeit hatte u.a. in der Veranstaltung eines „Spielplatzwerbetages“ am 22. Juni 1924 bestanden, an dem sich auch das Arbeitersportkartell beteiligt hatte. Aber der Anstoß zur Errichtung der Hessenkampfbahn in der Voraue war von der preußischen Bezirksregierung gekommen. Dadurch waren die festgefahrenen Positionen von Kommune und Sportverbänden aufgebrochen worden, die die Karlswiese als Standort bevorzugt hatten. Der Bezirksjugendpfleger Lahmeyer hatte auch die Herrichtung der Waldauer Wiesen als Hauptübungsgelände für die Kasseler Schulen und Rasensportvereine auf den Weg gebracht.<sup>192</sup> Der KSfL organisierte die Nutzung der Hessenkampfbahn durch die angeschlossenen Vereine und Verbände. Er zog z.B. die städtischen Nutzungsgebühren ein, wobei er die Gelder zunächst vorstreckte. Dadurch erhielt er die Möglichkeit, Vereine bei Nichtzahlung ihrer Verpflichtungen von der Nutzung der Hessenkampfbahn auszuschließen. Im Frühjahr 1928 wurden Anlage und Unterhaltung der städtischen Sportplätze beim Stadtgartendirektor zusammengefaßt.<sup>193</sup> Der Stadtverband mußte bis dahin die Verbesserungsvorschläge und Forderungen der aktiven Sportler an viele verschiedene Stellen weiterleiten, was einen großen Verwaltungsaufwand für den Vorstand bedeutet hatte.<sup>194</sup> Während der Haushalt des Stadtverbands grundsätzlich einen „Spielplatzbaufonds“ aufwies, hat sich der Stadtverband bei Turnhallen auffällig zurückgehalten. Er hinterlegte zwar die Kautions für die Nutzung der Turnhallen durch die Vereine, aber von weitergehenden Aktivitäten wie im Falle der Sportplätze wurde in den Tätigkeitsberichten des Vorstands nichts erwähnt. Die Schulturnhallen bedurften anscheinend keiner besonderen Aufmerksamkeit des Stadtverbands, da sich die Schulverwaltungen, der Stadtturnrat und die Bauämter bereits um sie kümmerten.

Neben einem städtischen Stadion wünschten sich die Kasseler insbesondere ein Hallenbad. 1904 tagte die *Deutsche Gesellschaft für Volksbäder* in Kassel. 9 Jahre später hatte ein *Ausschuß für Beschaffung der Mittel zur Errichtung eines Hallenbades* die städtische Summe von 540.000 M angesammelt. Als großzügigster Geldgeber hatte sich dabei der ortsansässige Industrielle Karl Henschel erwiesen. 1914 wurde am Garde-du-Corps-Platz ein Grundstück erworben und ein Architektenwettbewerb veranstaltet. Die Bauausführung scheiterte jedoch am Ersten Weltkrieg und an der Inflation, die den gestifteten Fond vernichtete.<sup>195</sup> Vorerst wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung der städtische Badeplatz an der Fulda von 1919 bis 1923 zu einer modernen Flußbadeanstalt ausgebaut. Die Kasseler

---

<sup>192</sup> Riemann [wie Anm. 6], hier S. 11.

<sup>193</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 2f.

<sup>194</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 6-11.

<sup>195</sup> Kasseler Badelust [wie Anm. 45], S. 16f.

nahmen das Flußbad begeistert an.<sup>196</sup> „Am 10. August [1925] besuchten 18.000 Personen das Bad!“<sup>197</sup> Bei der Schlüsselübergabe am Pfingstsonntag 1923 bedankte sich Stadtbaurat Labes bei „den Mitgliedern der Kommissionen, insbesondere ihren sachverständigen Mitgliedern [und] den Schwimm- und Sport-sachverständigen aus den Casseler Vereinen [...]“<sup>198</sup>. Dies kann als Hinweis auf eine erfolgreiche Lobby allgemein der Kasseler Vereine aber auch speziell des Stadtverbands betrachtet werden. Vertreter des *Casseler Schwimmvereins*, des KSfL und des Arbeitersportkartells überbrachten Grußworte zur Einweihung des Flußbads. Der *Casseler Schwimmverein* wiederholte sogar bei dieser Gelegenheit den Wunsch nach einem Hallenschwimmbad. In seiner Rede verwehrt sich der Oberbürgermeister Philipp Scheidemann jedoch gegen übersteigerte Forderungen der Sporttreibenden an die Stadt:

*„Die gesamte Stadtverwaltung ist einig in dem Bestreben, für die Jugend und den Sport zu tun, was heutzutage einer Stadtverwaltung, der alle ergiebigen Steuerquellen verschlossen sind, menschenmöglich ist. Manche Mitbürger scheinen indessen die Aufgaben einer Stadtverwaltung mit den Obliegenheiten des Vorstands eines Sportklubs zu verwechseln. [...] Turnen, Ballspiel und Schwimmen ist schön, gut und notwendig, aber noch dringlicher ist für eine Stadtverwaltung leider die Beschaffung von Brot für die Armen und Aermsten.“*<sup>199</sup>

Diese mahnenden Worte haben den KSfL nicht davon abgehalten, sich weiterhin für den kostspieligen Bau eines Hallenschwimmbads einzusetzen. Der Tätigkeitsbericht für 1925 vermerkte dazu: *„Aber als Grosstadt ohne Winterschwimmbad stehen wir in der Statistik immer noch vereinzelt da. Die anfangs Erfolg versprechenden Versuche (Protestversammlung! usw.), diese traurige Angelegenheit durch den Bau eines großzügigen Hallenschwimmbades aus der Welt zu schaffen, sind vorläufig an der traurigen wirtschaftlichen Notlage gescheitert. Das Hallenschwimmbad ist und bleibt das Arbeitsziel für die nächsten Jahre!“*<sup>200</sup> Daß es 1928 tatsächlich zum Baubeginn in der Leipzigerstraße gekommen ist, verbuchte der Stadtverband ebenso wie den Bau der Hessenkampfbahn als einen seiner größten Erfolge! Während bei den Planungen zur Hessenkampfbahn sich mehr oder weniger zufällig drei einflußreiche Persönlichkeiten aus der Stadt- und der Bezirksverwaltung zusammengefunden hatten und den Bau durchsetzten,<sup>201</sup> übernahm der Stadtverband diesmal selbst die Initiative, um den jahrelangen Streit um den Bauplatz des zukünftigen Hallenbads zu beenden:

<sup>196</sup> Die Eröffnung des städtischen Flußbades. In: Casseler Tageblatt vom 22.05.1923.

<sup>197</sup> Cassel und sein Flußbad. In: Casseler Tageblatt vom 16.08.1925.

<sup>198</sup> Eröffnung d. städt. Flußbades [wie Anm. 196].

<sup>199</sup> Ebda.

<sup>200</sup> KSfL-Bericht 1925 [wie Anm. 169], hier S. 2.

<sup>201</sup> Vgl. Riemann [wie Anm. 6], S. 11.

*„Der Kasseler Stadtverband für Leibesübungen kann für sich den Verdienst in Anspruch nehmen, durch Zusammenfassung aller an einem Hallenschwimmbad interessierten Vereine in der neugegründeten ‚Gesellschaft zur Förderung des Volksbadewesens in Kassel‘ unter ihrem rührigen Vorsitzenden Dr. med. Walter Becker die Stadtverwaltung aus dem jahrelangen Hin und Her zur Inangriffnahme eines durchführbaren Projektes angeregt zu haben.“*<sup>202</sup>

So wie die Kasseler das *Deutsche Stadion* als Maßstab an die Hessenkampfbahn angelegt hatten, so sollte das Hallenschwimmbad gegen den entschiedenen Widerstand der preußischen Denkmalpflege ein „grosser Monumentalbau“ in der Voraue werden.<sup>203</sup> Der Stadtverband leistet für ein „kleineres Bezirksbad“ viel Überzeugungsarbeit. Aber nur mit der tatkräftigen Unterstützung von „sportsverständigen Stadtverordneten“ und „verschiedener Persönlichkeiten in der Stadtverwaltung und der Provinzial-Verwaltung“ konnte ein Erfolg erzielt werden. Am 1. Juli 1930 wurde das Hallenbad Ost eingeweiht.<sup>204</sup>

### 3.5. Stadtamt für Leibesübungen

In ungebrochener Kontinuität zum Kaiserreich wurde der Sport in der Kasseler Stadtverwaltung den Jugendpflegeeinrichtungen, d.h. dem 1920 gegründeten Jugendamt angegliedert. 1921 wurde zur Lösung der Spielplatzfrage (Übungsstättenbau) eine städtische Kommission ins Leben gerufen, die als *Zentralstelle für Leibesübungen* bezeichnet wurde. Ihr Leiter war der Jugenddezernent. Die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Kassel waren in der gemischten Kommission durch drei Magistratsvertreter und sechs Vertreter der Stadtverordnetenversammlung repräsentiert. Die Stadtverwaltung entsandte einen Vertreter des städtischen Gesundheitsamts und zwei Vertreter der Stadtschulverwaltung. Die Turn- und Sportvereine wurden durch je vier Vertreter des KSfL und des Arbeitersportkartells berücksichtigt. Der Kommission war eine Bürokratie zugeordnet.<sup>205</sup> Die *Zentralstelle für Leibesübungen* war räumlich und personell von den anderen Abteilungen des Jugendamtes getrennt.<sup>206</sup>

1929 wurde diese städtische Kommission für sportliche Angelegenheiten zu einem unselbständigen *Stadtamt für Leibesübungen* umgestaltet. Es blieb weiterhin dem Jugendamt angeliebert und wurde von einer städtischen Kommission beaufsichtigt, deren Zusammensetzung der ehemaligen *Zentralstelle für*

<sup>202</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 1.

<sup>203</sup> Vgl. Kasseler Badelust [wie Anm. 45], S. 17-19.

<sup>204</sup> Riemann u.a.: Jahresbericht 1930 des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. 1. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1930.

<sup>205</sup> Vgl. Pitzschke [wie Anm. 12], S. 91, Aus dem Stadtparlament. In: Kasseler Allgemeine Zeitung vom 24.05.1921 u. Kasseler Adreßbuch 1927-30.

<sup>206</sup> Pitzschke [wie Anm. 12], S. 129.

*Leibesübungen* ähnelte.<sup>207</sup> Der KSfL hatte die Zusammenfassung der städtischen Verwaltungsaufgaben im Bereich der Leibesübungen zu einem *Stadtamt für Leibesübungen* bereits seit längerem gefordert und 1928 zusammen mit dem Arbeitersportkartell eine Denkschrift ausgearbeitet, die die Einrichtung des *Stadtamts für Leibesübungen* kostenneutral durch Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung vorschlug.<sup>208</sup> Der in der städtischen Schulverwaltung seit 1921 als Turninspektor tätige Wilhelm Buchenau (1865-1950) wurde zum Leiter des neuen *Stadtamts für Leibesübungen* ernannt und erhielt den Titel „Stadtturnrat“.<sup>209</sup> Seit Gründung der *Zentralstelle für Leibesübungen* hatte er ihr zusammen mit seiner langjährigen Kollegin Turnrätin Elsbeth Köthe als Vertreter des Stadtschulamtes angehört.

### 3.6. Vom Großstaffellauf zum Geländespiel

Um die sportliche Infrastruktur Kassels im weitesten Sinne zu fördern, hat der KSfL fast jedes Jahr mehrere übergreifende Kurse zur Ausbildung von Jugendleitern und Riegenführern in Zusammenarbeit mit der Turnerschaft bzw. den Sportfachverbänden veranstaltet. Besonderes Gewicht wurde auf die Ausbildung von Rettungsschwimmern gelegt.<sup>210</sup>

Die besonderen Gegebenheiten nach dem Ersten Weltkrieg hatten zu einem Rückgang des Profisports im Vergleich mit dem Kaiserreich geführt.<sup>211</sup> Die Dominanz des Amateurismus wurde von den Sportfachverbänden – professionelle Turner hatte es vorher schon nicht gegeben – mit dem Hinweis auf die volkspädagogische Wirkung des Massen-Sports begrüßt und begründete die enge Zusammenarbeit zwischen dem DRA und dem Staat. Als sich Mitte der zwanziger Jahre die Konjunktur belebte, zogen medienwirksame Starathleten, deren gesteigertes Training kaum noch mit dem Berufsleben zu vereinbaren war, wieder große Zuschauerzahlen in die neubauten Stadien, deren Träger die Eintrittsgelder zur Kostendeckung benötigten. Mit dem Aufschwung des Profisports wurde die nach dem Ersten Weltkrieg verstummte Kulturkritik<sup>212</sup> am Sport wieder laut, die sich u.a. gegen „Rekordmanie“ und „Startum“

<sup>207</sup> Vgl. Kasseler Adreßbuch 1931-34.

<sup>208</sup> Vgl. Riemann/Landgrebe: Das Interesse, das die städtischen Verwaltungen [...]. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945.

<sup>209</sup> Vgl. Wilhelm Buchenau gestorben. In: Hessische Nachrichten vom 06.01.1950.

<sup>210</sup> In den KSfL-Berichten 1925-32 wurden 5 Kurse für Jugendleiter bzw. Riegenführer, 2 Kurse für Bode-Gymnastik bzw. Frauenturnen, 1 Kurs für Wehrsport, 1 Kurs für Wintersport, 1 Kurs für Wasserspringen und 9 Kurse für Rettungsschwimmen erwähnt.

<sup>211</sup> Vgl. zum Amateurismus bzw. Profisport: Eisenberg [wie Anm. 1], S. 335-341 u. 367-374.

<sup>212</sup> Vgl. Hajo Bernett (Hg.): Sport im Kreuzfeuer der Kritik. Kritische Texte aus 100 Jahren deutscher Sportgeschichte (Texte - Quellen - Dokumente zur Sportwissenschaft; 17), Schorndorf 1982, S. 127-179.



wandte. Um 1927/28 begann der DRA eine massive Kampagne für den Amateu-  
rismus. Dabei fand eine Glorifizierung des „heldischen“ Amateurs statt.  
Demgegenüber wurden die Berufssportler als Artisten und Schausteller be-  
zeichnet, die aus Rücksicht auf den nächsten Wettkampf keinen „heldischen“  
Einsatz zeigen würden. Der Generalsekretär des DRA formulierte 1927 in die-  
sem Zusammenhang den Slogan: „Wo die Reinheit des Amateurbegriffs auf-  
hört, hört auch der wahre Sport auf!“<sup>213</sup>

Im Sportbetrieb der Provinzhauptstadt Kassel war vom Wiederaufleben des  
Profisports wenig zu spüren. Die wettkampffindliche Stimmung wurde je-  
doch Ende der zwanziger Jahre auch im Stadtverband aufgegriffen. Der erste  
Vorsitzende des KSfL begründete das Engagement seiner Organisation bei der  
Ausbildung von Jugendleitern und Riegenführern 1926 mit der Erkenntnis,  
„dass die Vertiefung der Leibesübungen noch überall fehlt, und dass Ober-  
flächlichkeit und Scheinsport aus der guten Sache eine schlechte zu machen  
droht“<sup>214</sup>, aber Klagen über zu hohe Spesenabrechnungen und Handgeldfor-  
derungen, die bei erfolgreichen Athleten insbesondere bei Fußballern  
(„Scheinamateure“) nicht selten waren, kamen in den Tätigkeitsberichten des  
Stadtverbands überhaupt nicht zur Sprache. Allerdings betraf dieses Problem  
auch mehr die Sportfachverbände als die Ortsgruppen des DRA.

Obwohl der erste Vorsitzende des Stadtverbands ebenfalls 1926 „nicht allein  
mehr Fachturnlehrer, sondern vor allem mehr Führer und Übungsleiter in  
unseren Vereinen, die sich ihrer Erzieheraufgabe bewußt sind“<sup>215</sup>, forderte,  
kam es den Funktionären zunächst mehr auf eine allgemeine Verbesserung  
der Trainingsqualität als auf eine Kulturkritik am Sport an. Dies wird vor al-  
lem an der Begründung deutlich, mit der der Stadtverband Mitte der zwanzig-  
er Jahre seine Zurückhaltung gegenüber eigenen Wettkampfveranstaltungen  
rechtfertigte: „Um für die Vertiefung der Leibesübungen Zeit und Ruhe zu gewin-  
nen, hat man auch in Kassel mit dem Abbau der allzu zahlreichen Wettkämpfe begon-  
nen. Der Stadtverband hat es daher vermieden, durch Neueinführung von eigenen  
Kampfveranstaltungen dieses gesunde Prinzip zu durchbrechen.“<sup>216</sup>

Im Lauf des Jahres 1928 änderte sich die Argumentation des Stadtverbands.  
Nun vertrat der Stadtverband auch gegenüber den angeschlossenen Vereinen  
und Verbänden offensiv die Position, man müsse „den Leibesübungen als voll

---

<sup>213</sup> Carl Diem: Zum Amateurbegriff. In: Die Leibesübungen. Zentralorgan f. Turnpädagogik u.  
Sportmedizin. Zeitschr. f. Veröffentlichungen d. Deutschen Turnlehrervereins u. d. Deut-  
schen Hochschule f. Leibesübungen, 1927, Nr. 5/6, S. 119. Zitiert nach: Eisenberg [wie Anm.  
1], S. 371.

<sup>214</sup> KSfL-Bericht 1925 [wie Anm. 169], S. 3.

<sup>215</sup> Ebda.

<sup>216</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 3., ähnlich: KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 5.

anerkannte Kulturbewegung der Gegenwart zu ihrem Ansehen und Recht“<sup>217</sup> verhelfen. In dem Tätigkeitsbericht für 1930 führte der technische Leiter des Stadtverbands, Turnlehrer Grössel<sup>218</sup>, seine Vorstellungen über die (kulturelle) Aufgabe des Sports breit aus. Grössel war der Meinung, daß der „Wettkampf- und Leistungsfimmel“ abgelegt werden müsse. Statt dessen würde der Wert eines Vereins sich auf viel größere Dinge gründen, die nur durch „stille, große Führerarbeit“ erreicht werden könnten. Praktisch sollten die Erwachsenen, statt Sonntags<sup>219</sup> einem zweifelhaften Ruhm nachzujagen, sich mehr dem Wandern, Paddeln oder Skilaufen widmen. Was allerdings unter den „größeren Dingen“ zu verstehen sei, ließ sich aus der neuen Ausrichtung der Jugendarbeit des Stadtverbands ableiten: *„Der Stadtverband für Leibesübungen plant als einzige Programmerweiterung eine besondere Veranstaltung für die Jugend. Auch sie soll zielgebend sein: Keine Jugendwettkämpfe am Gerät oder auf dem Platz, sondern ein Jugendtreffen in unseren hessischen Bergen mit einem frischen, jugendhaften Geländespiel.“*<sup>220</sup> *„Spielgedanke: Quer durch die Söhre, parallel der Nürnberger Strasse, steht eine starke Postenkette. Ein zersprengter Heerhaufen ist bei Bergshausen über die Fulda gegangen und versucht, durch die Wälder der Söhre zu entkommen.“*<sup>221</sup> Gemeint war also eine großangelegte Werbeveranstaltung für den Wehrsport (vor der Gründung des RKfJ!), die 1932 mit 800 Teilnehmern wiederholt wurde. Ergänzend wurde 1932 einige Tage vor dem Geländespiel ein Gepäckmarsch als Anregung für die Vereine durchgeführt.<sup>222</sup> Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise wurden als Ziele des Sports nun wieder Wehrhaftmachung und Volksgemeinschaft gegenüber dem Wettkampfgeschehen hervorgehoben, das in den „goldenen Zwanzigern“ zwischen Jugend- und Gesundheitspflege sowie spannender Freizeitgestaltung changiert hatte. Der Stadtverband forcierte zielstrebig die Einführung des Wehrsports in den angeschlossenen Vereinen. Er handelte dabei unabhängig vom DRA, wie das Bedauern über fehlende Anweisungen des Dachverbands zur Zusammenarbeit mit dem RKfJ belegt. Wie sehr die Einführung des Wehrsports von Seiten der Verbandsfunktionäre ausging, zeigte sich besonders darin, daß ein eigener Kurs für Wehrsport des Stadtverbands im Dezember 1932 von den Jugendleitern der Vereine kaum besucht wurde. Der technische Leiter des Stadtver-

<sup>217</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 3.

<sup>218</sup> Er wurde in dieser Position zuerst im Kasseler Adreßbuch 1929 erwähnt und verblieb dort bis 1933.

<sup>219</sup> Im Reichstag wurde Ende 1927 diskutiert, ob man die Sonntagsheiligung per Gesetz durchsetzen solle. Eisenberg [wie Anm. 1], S. 370.

<sup>220</sup> KSfL-Bericht 1930 [wie Anm. 204], S. 3.

<sup>221</sup> Grössel: Geländespiel des Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen am 6. September 1931! Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945.

<sup>222</sup> KSfL-Bericht 1932 [wie Anm. 172], S. 7.

bands, Grössel, nahm daher im Januar 1933 selbst an einem „Kursus für Führer“ teil. Der Jahresbericht des Stadtverbands für 1932 bemerkte zu den Erfolgen bei der Beschaffung von Kursplätzen für Wehrsportausbilder außerhalb der eigenen Organisation (wahrscheinlich beim RKfJ): „Damit dürfte der Weg zur Einführung des Geländesportes in unseren Vereinen geöffnet sein. Erfreulicherweise ist das hier in Kassel durch enge Zusammenarbeit mit der Reichswehr schon praktisch in Erscheinung getreten.“<sup>223</sup> Im Hinblick auf die Entwicklung des DRA erscheint der KSfL allerdings nur als Zweigorganisation, die die „Zeichen der Zeit“ begriffen hatte:<sup>224</sup> *„Der DRA hatte spätestens 1931 die Bestimmungen des von ihm vergebenen Deutschen Turn- und Sportabzeichens ‚durch Einführung der Prüfung im 25 km-Gehen, im Gepäckmarsch, im Kleinkaliberschießen‘ den Anforderungen der Reichswehr angepaßt. Sein Abzeichen unterschied sich nur noch im Design vom ‚Stahlhelm-Wehrkreuz‘ (1930) und dem Abzeichen für die ‚Leistungsprüfung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung‘ (1933). Noch zu Zeiten der Weimarer Republik war der DRA zu einem Wehrverband geworden.“*<sup>225</sup>

Das Schlagwort vom Sport als „kultureller Bewegung“ wurde allerdings Ende der zwanziger Jahre nicht selbstverständlich mit wehrsportlichen Inhalten gefüllt. Der zeitweilige Bezirksjugendpfleger (1926) und Begründer des *Kasseler Jugendrings* (1921), Pfarrer Hermann Schafft,<sup>226</sup> sah den Grund für die gegenwärtige „kulturelle Krise“ in der Vereinzelung der Menschen, die durch den „skrupellosen Konkurrenzkampf der offen nebeneinander liegenden Geschäfte, den Reklamerummel, die sensationelle Presse“ gefördert würde und im egoistischen, genußorientierten Freizeitverhalten der Großstädter (Kino, Kneipen, Tanz) besonders klar zum Ausdruck käme.<sup>227</sup> Er orientierte sich bei seinen Bemühungen, den Jugendlichen Sinn zu vermitteln, an kleineren, selbstorganisierten Jugendgruppen. Dabei verband er Anregungen aus der Jugendbewegung<sup>228</sup> mit religiösen Gemeindevorstellungen:

*„Auch wenn wir alle darin eins sind, daß wir einen solchen Ort der Vergegenwärtigung um unserer Not und als Ausdruck unserer freien Erhebung über den Augenblick ansehen wollen als etwas, was wir brauchen und was für uns wertvoll ist, so wollen wir ganz gewiß kein Gesetz daraus machen, sonderlich nicht in unseren Tagen. Jeder muß sich schließlich seinen Weg auch in dieser Frage suchen. Für viele wird das*

---

<sup>223</sup> Ebda., S. 4.

<sup>224</sup> Vgl. Hajo Bernett: Die deutsche Turn- und Sportjugend im letzten Jahr der Weimarer Republik. In: *Jugendsport im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts* (dvs-protokolle; 32), Bielefeld 1988, S. 37-69.

<sup>225</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 386.

<sup>226</sup> Vgl. Pitzschke [wie Anm. 12], S. 123-129.

<sup>227</sup> Vgl. Hermann Schafft: Erziehungsfragen der Großstadt. In: *Neuwerk. Ein Dienst am Werdenden*, 10. Jg. 1928/29, S. 365-372.

<sup>228</sup> Vgl. Pitzschke [wie Anm. 12], S. 108-122.

*Leben in einer Gruppe und in einem Bunde vielleicht das ersetzen, was für andere ihre Beziehung zur Kirche ist.“<sup>229</sup>*

Der Sport könne nach Hermann Schafft die Aufgabe erfüllen, den Jugendlichen ein Gefühl für die Sinnhaftigkeit einer gemeinschaftsbezogenen und bewußten Lebensweise zu vermitteln:

*„Es ist aber wohl möglich, dadurch, daß man bei bestimmten gemeinsamen Lebensformen den Jugendlichen einen Eindruck ihres inneren Sinnes nahe zu bringen sucht, solchen Lebensformen wie Singen, Laienspiel, Tanz, ja auch Sport Gleichnisbedeutung zu geben. Im ‚Gleichnis‘ des von der Gruppe gemeinsam gesungenen Liedes kann das ‚Wort‘ vernommen werden, das uns zur Gemeinde eint und ebenso bei Tanz und Spiel. Es wird daher für die Art, in der wir diese Dinge betreiben, von entscheidender Wichtigkeit sein, daß sie eben nicht nur ‚Zeitvertreib‘, sondern sehr ernste, durchaus religiös zu wertende Formen jugendlichen Gemeinschaftslebens werden, bei denen auch der Jugendliche etwas von dem tiefen Sinn merkt, der vielleicht manchem noch nicht bewußt aufgeht, und den wir natürlich auch auf der jüngeren Stufe nicht bewußt machen.“<sup>230</sup>*

Da Hermann Schafft die Grundhaltung einnahm, „alle Richtungen des sozialen und politischen Lebens in einer unlöslichen Spannung miteinander verbunden zu sehen, in der jede einzelne Ausprägung nur die eine Seite des vielfach und vielförmig sich manifestierenden Geistes der Wahrheit darstellt“, <sup>231</sup> stand seine Funktionsbestimmung des Sports in keinem offenen Gegensatz zu den wehrsportlichen Bestrebungen des KSfL. Ein Vortrag von Hermann Schafft zum Thema „Der neue Mensch im Leben“ in Verbindung mit einem Film der *Deutschen Hochschule für Leibesübungen*<sup>232</sup>, den der KSfL Anfang 1928 veranstaltet hatte, und zu dem viele Behördenvertreter erschienen waren, hinterließ bei den Zuhörern einen „tiefen Eindruck“. Der Kasseler Stadtverband sah sich aufgefordert, „die dabei angeschnittenen Fragen weiterhin in Verbindung mit den Vereins- und Verbandsvorsitzenden zu vertiefen, um damit den Cha-

<sup>229</sup> Hermann Schafft: Religion, Jugendbewegung und soziale Arbeit (1927). In: Werner Kindt (Hg.): Hermann Schafft. Ein Lebenswerk, Kassel 1960, S. 192-203, hier S. 202.

<sup>230</sup> Schafft [wie Anm. 227], hier S. 371.

<sup>231</sup> Antje Vollmer: Die Neuwerkbewegung 1919 - 1935. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des Religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung, Dissertation, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin, Berlin 1973, S. 124.

<sup>232</sup> Die *Deutsche Hochschule für Leibesübungen* wurde als private Hochschule mit finanzieller Unterstützung des Reichs 1920 in Berlin gegründet. Träger waren der DRA und bis 1926 auch die *Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege*. 1931 erhielt sie die staatliche Anerkennung. Ihre Aufgaben waren die Ausbildung wissenschaftlich geschulter Lehrkräfte für Leibesübungen, die wissenschaftliche Erforschung von Theorie, Praxis und Geschichte der Leibesübungen sowie die Verbreitung des Verständnisses für Leibesübungen in allen Kreisen der Bevölkerung. Beyer [wie Anm. 17], hier S. 669f.

rakter unserer Bewegung als Kulturbewegung immer stärker herauszuarbeiten.“<sup>233</sup>

Statt eigener Wettkämpfe veranstaltete der KSfL seit 1919 gelegentlich öffentliche Vorträge namhafter Persönlichkeiten aus dem deutschen Sportbetrieb.<sup>234</sup> Einen besonders hohen symbolischen Stellenwert hatten die traditionellen Großveranstaltungen „Staffellauf Wilhelmshöhe-Kassel“ und „Schwimmen quer durch Kassel“ als Werbemaßnahmen für die örtliche Turn- und Sportbewegung. Die Teilnehmerzahl am Großstaffellauf steigerte sich von 900 im Jahr 1924 auf 1670 im Jahr 1931.<sup>235</sup> Wenn es möglich war, wurden einzelne Veranstaltungen zu einem Großereignis, einem Turn- und Sportwerbetag, gebündelt. Für den 24. Juli 1927 wurden beispielsweise neben dem „Schwimmen quer durch Kassel“ auch Spiele (Handball, Fußball usw.), eine Auffahrt der Ruderer und Kanufahrer, Turnen, Leichtathletik, Schwerathletik sowie Radfahren vom KSfL geplant.<sup>236</sup> Die Ausrichtung der „Volksturnmeisterschaften der DT“ („Volksturnen“ war die Bezeichnung für Leichtathletik bei den Turnern<sup>237</sup>) in Kassel, tröstete den KSfL 1929 über das Fehlen einer eigenen großzügigen Werbeveranstaltung hinweg.<sup>238</sup>

Der KSfL hatte für 1927 in der Orangerie eine Turn- und Sportausstellung geplant, konnte aber das Gebäude nicht bekommen.<sup>239</sup> Seine Vorbereitungen mündeten in eine Ausstellung der Stadt Kassel im Jahr 1928 mit dem Titel „Gesundheit durch Leibesübungen.“<sup>240</sup>

Viel zur Verbreitung von Turnen und Sport haben in der Weimarer Republik die Einführung der *Reichsjugendwettkämpfe* 1920 und die Vorbereitungskurse bzw. Prüfungen für das *Deutsche Turn- und Sportabzeichen* beigetragen. An den *Reichsjugendwettkämpfen* sollten eine möglichst große Anzahl von Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 18 Jahren teilnehmen. Die Reichsjugendwettkämpfe waren vom DRA ins Leben gerufen worden und wurden jährlich ausgeschrieben. Sie sollten jeweils in einem bestimmten Zeitraum – zeitweise am Verfassungstag (11. August) – stattfinden und umfaßten im Sommer einen

---

<sup>233</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 3.

<sup>234</sup> Der Generalsekretär des DRA, Carl Diem, sprach z.B. 1926 und 1928 in Kassel. 1931 sprach ein Professor der Hochschule für Leibesübungen in Hannover (Prof. Dr. Erich Klinge) vor dem Kasseler Publikum. KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], KSfL-Bericht 1930 [wie Anm. 204]. Beckmanns Sport Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 1142.

<sup>235</sup> 1926 wurden bereits 1600 Staffelläufer gezählt, aber 1928-30 nahmen deutlich weniger Turner und Sportler teil (1125, 1280, 1260). 1932 wurde die Veranstaltung abgesagt. Vgl. KSfL-Berichte 1925-32.

<sup>236</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 19.

<sup>237</sup> Beckmanns Sport-Lexikon [wie Anm. 4], Sp. 2388.

<sup>238</sup> KSfL-Bericht 1929 [wie Anm. 173], S. [2].

<sup>239</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 10.

<sup>240</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 3.

leichtathletischen Dreikampf (Laufen, Springen, Werfen) sowie im Winter einen turnerischen Mehrkampf.<sup>241</sup> Die *Reichsjugendwettkämpfe* entwickelten sich zur größten Wettkampfveranstaltung der Weimarer Republik.<sup>242</sup> Der KSfL führte die *Reichsjugendwettkämpfe* in Kassel zusammen mit den Schulen und Vereinen durch. 1924 beteiligten sich 350 Jugendliche an den Sommerwettkämpfen. Sie fanden in diesem Jahr allerdings nicht am Verfassungstag sondern am 5. September statt. Außerdem war der KSfL mit dem Interesse, das die Kasseler Vereine und Schulen den *Reichsjugendwettkämpfen* entgegenbrachten, nicht zufrieden.<sup>243</sup> Im Jahresbericht des KSfL für 1926 wurden die *Reichsjugendwettkämpfe* noch erwähnt, in den darauffolgenden Jahresberichten dagegen nicht mehr. Die Ausrichtung der *Reichsjugendwettkämpfe* wurde nun von den Kasseler Schulen übernommen, die sie z.T. mit anderen schulischen Sportveranstaltungen verknüpften (z.B. den „Bannerwettkämpfen“).<sup>244</sup> 1930 konnte die sportliche „Verfassungsfeier der Kasseler Schulen“ unter der Leitung von Stadtturnrat Buchenau und seiner Kollegin der techn. Rätin Elsbeth Koethe genauso viele Zuschauer auf die Hessenkampfbahn locken (13.000) wie das Fußballländerspiel England-Deutschland des Arbeitersportkartells.<sup>245</sup> Das preußische Provinzialschulkollegium in Berlin verpflichtete Schüler und Lehrer zur Teilnahme an den schulischen Verfassungsfeiern. Es wurde den Schulkollegien jedoch freigestellt, gemeinsam mit anderen Schulen ein großes Verfassungsfest, oder eine schulinterne Feier zu veranstalten.<sup>246</sup> Ob bei diesem Sportfest auch die *Reichsjugendwettkämpfe* ausgetragen wurden, ging aus den Kasseler Zeitungsberichten allerdings nicht hervor. Für den Kasseler Schulsport waren neben den *Reichsjugendwettkämpfen* die sogenannten „Bannerwettkämpfe“ von Bedeutung. In ihnen kämpften die Mannschaften einzelner

<sup>241</sup> Vgl. Reichsjugendkämpfe 1921 (Auszug), Deutscher Reichsausschuß für Olympische Spiele, Berlin 1921, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 114-116. Vgl. zu den Verfassungsfeiern den Beitrag von Sonja Stuhmann in diesem Band.

<sup>242</sup> Beyer [wie Anm. 17], hier S. 672.

<sup>243</sup> KSfL-Bericht 1925 [wie Anm. 169], S. 6.

<sup>244</sup> Kasseler Volksschulen kämpfen um ihr Banner. Bürgerschule 11 erringt das Banner und Bürgerschule 33 den Wimpel, in: Kasseler Neueste Nachrichten vom 08.09.1933. Im Folgenden zitiert als: Kasseler Banner.

<sup>245</sup> KSfL-Bericht 1930 [wie Anm. 204], S. 2.

<sup>246</sup> Schulfest am Verfassungstag. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 07.08.1930, Sportfest der Kasseler Schulen auf der Hessenkampfbahn. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 12.08.1930 u. Das Fest der Kasseler Schulen. 2000 Teilnehmer - 12 000 Zuschauer, in: Kasseler Post vom 12.08.1930.

Kasseler Schulen in den leichtathletischen Disziplinen um ein Banner und ein Wimpel als Siegeszeichen.<sup>247</sup>

Ein wichtiges Arbeitsgebiet des KSfL war die Abnahme der Prüfungen für das *Deutsche Turn- und Sportabzeichen*. Da man sich hier in einer Vielzahl verschiedener Disziplinen wahlweise prüfen lassen konnte<sup>248</sup> sowie mehrere Alters- und Leistungsklassen und Wiederholungsprüfungen zugelassen waren, mußte eine Vielzahl von Prüfungen koordiniert werden, die in regelmäßigen Abständen z.T. von den angeschlossenen Vereinen durchgeführt wurden. Die meisten Sportabzeichenprüfungen in der Zeit von 1925 bis 1932 wurden höchstwahrscheinlich 1926 abgenommen<sup>249</sup>: *„Ein grosses Stück Arbeit wurde durch die Abnahme der Prüfungen für das deutsche Turn- und Sportabzeichen sowie für das Reichsjugendabzeichen geleistet. Es bewarben sich im vergangenen Jahr um das erstere 284 Damen und Herren. Von diesen Bewerbern erhielten 19 Damen und 81 Herren das Abzeichen durch den Stadtverband. Von 246 Bewerbern um das Reichsjugendabzeichen konnten 47 das Abzeichen durch den Stadtverband erhalten.“*<sup>250</sup>

### 3.7. Weltwirtschaftskrise, Freiwilliger Arbeitsdienst und Notwerk der deutschen Jugend

Die wirtschaftliche Struktur Kassels wurde durch industrielle Großunternehmen (Maschinen- und Fahrzeugbau, Schwerweberei) bestimmt, die von staatlichen Aufträgen und vom Export abhängig waren. Zu Beginn der allgemeinen Belebung der Wirtschaft im Deutschen Reich um 1924 war der Bedarf der Reichsbahn nahezu gedeckt und ein Heeresbedarf kaum vorhanden. Massenentlassungen bis zur zeitweiligen Stilllegung einzelner Werke in der Weltwirtschaftskrise waren die Folge. Die „goldenen Zwanziger“ brachten daher in Kassel keine spürbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Vielmehr war es eine „bittere Tatsache, daß Kassel bis 1932 neben Breslau und Wiesbaden mit den Zahlen seiner Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner prozentual an der Spitze aller deutschen Städte stand.“<sup>251</sup> Bereits vor der Krise der Kasse-

<sup>247</sup> Vgl. Hermann Hauße: Bedeutung der Hessenkampfbahn für den Kasseler Schulsport. In: Stadt Kassel - Sportamt (Hg.): 1926 - 1986. 60 Jahre Hessenkampfbahn in Kassel. Kat. d. Ausst. im Apollosaal d. Orangerie Kassel 16. - 22.06.1986, S. 9f. u. Kasseler Banner [wie Anm. 244].

<sup>248</sup> Vgl. Auszeichnungsbedingungen. Deutscher Reichsausschuß für Olympische Spiele, Berlin 1913, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 98f. u. Beyer [wie Anm. 17], hier S. 672f.

<sup>249</sup> Vgl. KSfL-Berichte 1925-32 (die Angaben für 1927-29 fehlen).

<sup>250</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], hier S. 17f.

<sup>251</sup> Bürgermeister Gustav Lahmeyer vor der Stadtverordnetenversammlung in der 1. (konstituierenden) Sitzung am 30. März 1933. Zitiert nach: Wilhelm Frenz: NS-Wirtschaftspolitik und

ler Großbetriebe waren viele Pensionäre und (Vermögens-) Rentner (1932 ca. 13% der städtischen Erwerbsbevölkerung), die vor dem Ersten Weltkrieg nachhaltig zum Wohlstand der Stadt Kassel beigetragen hatten, durch die Inflation verarmt und seitdem auf die städtische Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde von den städtischen Körperschaften in Kassel – z.T. von der preußischen Staatsregierung gedrängt – erst 1927 in Angriff genommen. Der Magistrat vergab Notstandsarbeiten im Bereich des Tiefbaus, die er durch Anleihen finanzierte. Ab 1929 wurde dann in Kassel wieder weniger gebaut. Die großen Schwierigkeiten der örtlichen Großbetriebe in der Weltwirtschaftskrise wirkten sich auch auf die restliche Kasseler Wirtschaft aus. Im Handelskammerbezirk Kassel meldeten 1931 im Vergleich zu 1930 deutlich mehr Firmen Konkurs an (1930: 166; 1931: 209). Die prozentuale Zunahme der Konkurse lag in diesem Zeitraum im Bezirk der IHK-Kassel bei +25,9% im Reichsdurchschnitt dagegen nur bei +18,4%. Im Winter 1929/30 stellten mehrere Kasseler Banken ihre Zahlungen ein. Das Handwerk berichtete 1929 von Umsatzeinbußen zwischen 10% und 60%. Der traditionelle Einzelhandel sah sich zudem einem Verdrängungswettbewerb seitens der Kaufhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Großfilialbetriebe ausgesetzt. Auf den Höhepunkten der Arbeitslosigkeit im Februar 1932 und im Januar 1933 waren etwa ein Viertel aller Erwerbspersonen bzw. die Hälfte der Arbeiter und Angestellten in Kassel ohne Beschäftigung.<sup>252</sup>

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16.7.1927 ersetzte das bisher gültige Fürsorge- durch ein Versicherungssystem. Die Unterstützungen waren dreifach abgestuft. Berechtigten wurde zunächst eine Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Nach deren Ausschöpfung bestand Anspruch auf die geringere Krisenunterstützung aus dem Etat des Reichsarbeitsministers. Für Dauererwerbslose mußte die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden aufkommen.<sup>253</sup>

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die städtischen Finanzen waren verheerend. Die Einnahmen sanken 1931 um 21%. Trotz rigoroser Sparmaßnahmen konnten die Ausgaben nur um 11% gedrückt werden. 1932 standen die städtischen Kassen in Kassel mehrfach kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Trotz leerer Kassen versuchte die Stadt, ihre Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Deren Umfang wurde allerdings immer

---

die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung (1933-1939). In: Wilhelm Frenz/Jörg Kammeler/Dietfrid Krause-Vilmar (Hg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Bd. 2 (Kasseler Quellen und Studien – Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel; 7), Fuldabrück 1987, S. 255-290, hier S. 257.

<sup>252</sup> Vgl. ebda.

<sup>253</sup> Peter Dudek: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920 - 1935, Opladen 1988, S. 100.



bescheidener. So war z.B. ein Darlehen von 30.000 RM nötig, um die Anlage von 462 Kleingärten für Erwerbslose zu finanzieren. Auf Anweisung des Regierungspräsidenten kürzte der Magistrat im Sommer 1932 die Wohlfahrtsunterstützungen so weit, daß der Stadtmedizinalrat sich genötigt sah, vor den Folgen der Unterernährung, insbesondere bei Kindern, zu warnen (Leistenbrüche, Tuberkulose etc.). Bei längerer Arbeitslosigkeit war es den „Wohlfahrtserwerbslosen“ nur noch schwer möglich, sich und ihre Familien ausreichend zu kleiden. „Der Kasseler Oberbürgermeister Dr. Stadtler wies [in der Stadtverordnetenversammlung am 27.6.1932] ,auf die Gefahren der Arbeitslosigkeit, die unser gesamtes Volk bedrohen‘ hin, insbesondere ,die seelische Zermürbung für den erwachsenen Arbeiter und seine Familie, die verzweifelte Hoffnungslosigkeit für den Jugendlichen.“<sup>254</sup>

Die Turn- und Sportvereine waren zwar keine reinen Jugendverbände, aber fast ein Viertel der Mitglieder des KSfL (22,9%)<sup>255</sup> war im April 1929 zwischen 15 und 18 Jahren alt. Diese Altersgruppe litt besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit, denn die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge vor 1914 fanden entweder erst gar keine Lehrstelle oder wurden nach erfolgreicher Beendigung der Lehre in die Arbeitslosigkeit entlassen. Von 1929 bis 1931 wurden Jugendliche zusätzlich schrittweise aus dem Unterstützungssystem der Arbeitslosenversicherung herausgedrängt.<sup>256</sup> *„Für viele junge Männer aus dieser ‚überflüssigen Generation‘ war Fußballspielen nicht nur die Tätigkeit, für die sie die meiste Energie aufwendeten; es war, wie in sentimentalen Erinnerungen zutreffend formuliert wird, zugleich ‚ihr Leben‘: Das Training und die sonntäglichen Wettspiele gaben dem Alltag einen zeitlichen Rhythmus, vermittelten Aufstiegserfahrungen und Prestige. Und als Fußballspieler bezog man ein Einkommen, das, so gering es auch sein mochte, immerhin besser als nichts war. Daher wichen in ihrem Fall auch die öffentliche Meinung und sogar die Verbandsfunktionäre des DFB von der ‚reinen Lehre‘ ab, wurde der Amateurgedanke doch zur Ausbeutungsideologie, wenn die ökonomische Existenz weder durch das Elternhaus noch durch einen bürgerlichen Beruf gesichert war.“*<sup>257</sup>

Die Finanzkrise der Stadt Kassel bewirkte ab 1929 eine Zurückhaltung der Kommune beim Ausbau der Sportstätten. So wurden die Radfahrvereine selbst vom Stadtverband auf ihre Eigeninitiative verwiesen, da der lang geforderte Bau einer Radrennbahn für die Stadt nicht in Frage käme – wohlwis-

---

<sup>254</sup> Frenz [wie Anm. 251], hier S. 264.

<sup>255</sup> Errechnet nach: Turn- u. Sportwesen 1929 [wie Anm. 27].

<sup>256</sup> Dudek [wie Anm. 253], S. 101-110.

<sup>257</sup> Eisenberg [wie Anm. 1], S. 372. Dies erklärt auch das Fehlen von Klagen über zu hohe Spesenabrechnungen in den Tätigkeitsberichten des KSfL.

send, daß der Radsport drohte, ohne Rennbahn zum Erliegen zu kommen.<sup>258</sup> Noch 1928 waren zwei Sportplätze neu angelegt worden. Weitere Arbeiten an Sportplätzen und Turnhallen waren im Rahmen der städtischen Notstandsarbeiten geplant, wofür allerdings nur geringfügige Mittel aus der produktiven Erwerbslosenhilfe freigemacht werden konnten.<sup>259</sup> Erfolge bei seinen Bemühungen, „dass Schule und Verein, die beiden Grundpfeiler der körperlichen Erziehung, in Kassel nicht gar zu stark von der Abbauwelle getroffen“ wurden, konnte der KSfL 1931 mit dem Baubeginn von zwei weiteren Sportplätzen gegenüber den zunehmend desinteressierten Vereinen vorweisen.<sup>260</sup> Als schweren Rückschlag wertete der KSfL 1929 die Erhöhung der Benutzungsgebühr für städtische Turnhallen.<sup>261</sup> In Zusammenarbeit mit dem Arbeitersportkartell erwirkte er die Stundung von 50% eines Teils der ab dem 1.1.1932 entstandenen Kosten für die Benutzung der städtischen Turnhallen mit Aussicht auf einen späteren Schuldenerlaß.<sup>262</sup> „Nach langen Kämpfen wurde im Oktober 1932 endlich erreicht, dass die Beleuchtungskosten für die Benutzung der Turnhallen gesenkt worden sind und die besondere Benutzungsgebühr von 1 RM für eine Stunde mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1932 nicht mehr erhoben wird.“<sup>263</sup> Die 1928 gegründete sportärztliche Beratungsstelle der Stadt Kassel fiel 1931 den kommunalen Sparmaßnahmen zum Opfer.<sup>264</sup>

In Anbetracht des kaum noch vorhandenen finanziellen Handlungsspielraums der Stadt Kassel, der faktisch durch die Abhängigkeit von Zuweisungen des Reichs mit den damit verbundenen Auflagen noch weiter eingeschränkt war,<sup>265</sup> ist es kaum verwunderlich, daß die Jugend-, Turn- und Sportvereine von den neuen Fördermöglichkeiten, die u.a. die Einführung des *Freiwilligen Arbeitsdienstes* (FAD) boten, zügig Gebrauch machten.

Die Reichsregierung Brüning erweiterte in der 2. Notverordnung „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 5. Juni 1931 die Bestimmungen über „wertschaffende Arbeitslosenfürsorge“ um einen freiwilligen Arbeitsdienst.<sup>266</sup> Sich freiwillig meldende „Empfänger von versicherungsmäßiger Arbeitslo-

<sup>258</sup> KSfL-Bericht 1926 [wie Anm. 31], S. 9, KSfL-Bericht 1929 [wie Anm. 173], S. [2], KSfL-Bericht 1930 [wie Anm. 204], S. 2. Der Bau einer Zementbahn kam im Sommer 1933 auf dem Gelände des *Reichsbahn Turn- und Sportverein* in Rothenditmold „Hinter den Brücken“ zu Stande. Vgl. Kasseler Neueste Nachrichten vom 03.09.1933.

<sup>259</sup> KSfL-Bericht 1928 [wie Anm. 55], S. 2.

<sup>260</sup> Riemann u.a.: Jahresbericht 1931 des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen. Stadtarchiv Kassel, S5 0123, Sport, Allgem., - 1945, S. 1. Im Folgenden zitiert als: KSfL-Bericht 1931.

<sup>261</sup> KSfL-Bericht 1929 [wie Anm. 173], S. [2].

<sup>262</sup> KSfL-Bericht 1931 [wie Anm. 260], S. 2.

<sup>263</sup> KSfL-Bericht 1932 [wie Anm. 172], S. 5.

<sup>264</sup> Vgl. KSfL-Bericht 1930 [wie Anm. 204], S. 2 u. 4 u. KSfL-Bericht 1931 [wie Anm. 260], S. 2.

<sup>265</sup> Frenz [wie Anm. 251], hier S. 260.

<sup>266</sup> Vgl. für das Folgende: Dudek [wie Anm. 253], S. 169-209.

senunterstützung und von Krisenunterstützung“ konnten zu gemeinnützigen Arbeiten eingesetzt werden, die auch durch Notstandsarbeiten nicht realisiert werden konnten und daher den Arbeitsmarkt nicht belasteten (meist Boden- und Verkehrsverbesserungen, Forstarbeiten, Herrichtung von Siedlungen und Kleingärten, Arbeiten zur „Hebung der Volksgesundheit“). Im Sommer 1932 wurde der FAD unter der Regierung Papen personell auf alle Jugendlichen unter 25 Jahren ausgeweitet und zeitlich von maximal 20 auf 40 Wochen ausgedehnt. Für Maßnahmen im FAD wurden Mittel aus der Arbeitslosenfürsorge und der Krisenfürsorge nach Prüfung durch das örtliche Arbeitsamt bereitgestellt. Wobei die Dienstwilligen nur ein Taschengeld bekamen, der größere Teil der Summe wurde für die Unterbringung – bevorzugt in einem Lager – und Verpflegung verbraucht. Wesentlich für den FAD war die Forderung nach pädagogischer Betreuung der Dienstwilligen in der Freizeit. Durch die dezentrale Organisation des FAD mit Hilfe eines Delegationsprinzips gerieten die als „Träger der Arbeit“ bzw. „Träger des Dienstes“ engagierten Vereine, Verbände und Körperschaften nicht selten untereinander in Interessenskonflikte und Konkurrenzsituationen. Die „Träger der Arbeit“ sollten die Projekte bereitstellen, ihre technische und finanzielle Durchführung garantieren. Hierbei dominierten die öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Stadt Kassel, vertreten durch das Städtische Bauamt, trat beispielsweise ab Juni 1932 als „Träger der Arbeit“ in einem Umfang von 60.800 Tagwerken in Erscheinung.<sup>267</sup> Die „Träger des Dienstes“ waren für die Anwerbung der Arbeitskräfte zuständig sowie für ihre Unterbringung und Betreuung. Dabei war es möglich, daß beide Funktionen von einer Organisation erfüllt wurden. Was bei kleineren Maßnahmen, wie beispielsweise dem Ausbau eines Sportplatzes durch einen örtlichen Turn- oder Sportverein, auch sinnvoll und üblich war.<sup>268</sup> Denn den Sportvereinen bot sich hier die Möglichkeit, ihre arbeitslosen Mitglieder – in Kassel waren das 1932 bis zu 80%<sup>269</sup> – vorläufig zu beschäftigen und die ausgefallene kommunale Unterstützung für den Übungsstättenbau zu kompensieren. Als „Träger des Dienstes“ betätigten sich vorwiegend „die kirchlichen und karitativen Verbände, die großen Jugendorganisationen und die konfessionellen Bünde, die Turn- und Sportvereine, die Wehrverbände, die vorwiegend eigene arbeitslose Mitglieder beschäftigten.“<sup>270</sup> In Kassel errichtete der *Jungdeutsche Orden* im Sommer 1931 eine Blockhütte als erstes Ar-

<sup>267</sup> Frenz [wie Anm. 251], hier S. 261.

<sup>268</sup> Henning Köhler: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 10), Berlin 1988, S. 96f.

<sup>269</sup> KSfL-Bericht 1932 [wie Anm. 172], S. 1.

<sup>270</sup> Leo von Funcke: Ein Jahr Freiwilliger Arbeitsdienst, in: Reichsarbeitsblatt II, Nr. 25, S. 364. Zitiert nach: Dudek [wie Anm. 253], S. 175.

beitsdienstlager mit 18 arbeitslosen Jungen (1932 waren es 50), die in Kooperation mit dem Forstamt im Habichtswald Waldwege instand setzten.<sup>271</sup> Ein sozialpädagogisch gestaltetes weibliches Arbeitslager bestand im Mai 1932 bei Kassel-Wilhelmshöhe, in dem unter der Trägerschaft der Stadt Kassel und des *Verbandes Kasseler Frauenvereine* 25 Mädchen mit Bodenverbesserungsarbeiten, im Gartenbau und mit der Versorgung von 120 Kindern einer nahe gelegenen Waldschule beschäftigt waren.<sup>272</sup>

Der KSfL nahm für sich in Anspruch, den Anstoß zur Entwicklung des FAD in Kassel und Hessen – zumindest im Bereich der Turn- und Sportorganisationen – durch die Einrichtung von vier Arbeitslagern in Kassel-Wilhelmshöhe gegeben zu haben:

*„Der Stadtverband hat als einer der ersten im D.R.A. den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes aufgegriffen und ist damit in Hessen den staatlichen und kommunalen Behörden richtungsgebend vorangegangen. Die 4 Arbeitslager des Stadtverbands auf Wilhelmshöhe, die in erster Linie der selbstlosen Hingabe und Tatkraft von Turnlehrer Grössel, unserem technischen Leiter, zu verdanken sind haben allgemeine Anerkennung gefunden. [...] Es ist beabsichtigt, den Arbeitsdienst zur Verbesserung von Sportplätzen und sonstiger der allgemeinen Körperertüchtigung dienenden Anlagen zu verwenden (Sportplätze auf den Waldauer Wiesen, Schwimmbad Riedwiesen usw.). [...] In 3 Monaten standen 120 Erwerbslose im freiwilligen Arbeitsdienst.“*<sup>273</sup>

Der KSfL führte 1932 weitere jugendpflegerische und berufsbildende Maßnahmen durch. Dabei griff er auf Mittel zurück, die von der Reichsregierung über die Arbeitsämter vergeben wurden. Er profilierte sich nicht nur im FAD, sondern auch im *Notwerk der Deutschen Jugend*. Diese Einrichtung war durch einen gemeinsamen Aufruf von Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Schleicher am 24. Dezember 1932 begründet worden. Sie war ähnlich wie der FAD organisiert und versprach finanzielle Beihilfen für berufsbildende Maßnahmen in Zusammenhang mit der Ausgabe einer warmen Mahlzeit.<sup>274</sup> Stolz verkündete der Jahresbericht des KSfL für das Geschäftsjahr 1932:

*„Wir haben dank der Initiative von Herrn Grössel seit über einem Monat ein solches Notwerk für jugendliche Erwerbslose in enger Verbindung mit dem Arbeitsamt und dem städtischen Jugendamt Kassel eingerichtet. Viermal wöchentlich werden etwa 25-30 jugendliche Erwerbslose aus unseren Vereinen in einem eigenen Heim in der Bre-*

<sup>271</sup> Pitzschke [wie Anm. 12], S. 161-163.

<sup>272</sup> Dudek [wie Anm. 253], S. 212.

<sup>273</sup> KSfL-Bericht 1931 [wie Anm. 260], S. 2f. Auch 1933 richteten die Kasseler Sportler Arbeitslager im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes ein. Arbeitslager der Kasseler Sportler. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 29.04.1933, Ein drittes Arbeitslager der Kasseler Sportler. In: Kasseler Neueste Nachrichten vom 05.05.1933 u. Jugend und Arbeit. Neues Arbeitsdienstlager in Wilhelmshöhe, in: Kasseler Neueste Nachrichten vom 30.05.1933.

<sup>274</sup> Dudek [wie Anm. 253], S. 186-190.

*merstrasse zusammengefasst, jugendpflegerisch betreut (berufliche Fortbildung, Wanderungen, Besuch von Werksanlagen, Museen, Vorträge allgemeiner Art usw.) und mit einer warmen Mahlzeit versehen.*

*Vom DRA f-L. aufgefordert, hat der Stadtverband für Leibesübungen vor einigen Monaten einen eingehenden Bericht über Organisation und gemachte Erfahrungen bei der Durchführung dieser aktuellen Aufgaben eingesandt und dabei auch besonders betont, dass es notwendig zu einer ideenmässigen und praktischen Arbeitseinheit aller Stadtverbände und aller Verbände für Leibesübungen im Deutschen Reich kommen muß, wenn wir uns in Zukunft im Wettbewerb mit anderen Gemeinschaften [gemeint waren Stahlhelm, Jungdeutscher Orden und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold] behaupten wollen. Dieser Bericht hat beim DRA grösste Beachtung gefunden und wird die Grundlage für eine weitere Behandlung dieser Fragen abgeben.“<sup>275</sup>*

Als Beispiel dafür, wie das tägliche Leben in einem der FAD-Lager des KSfL wahrscheinlich ausgesehen hat, soll hier ein Bericht aus einem FAD-Lager der pommerschen Turnerjugend zitiert werden:

*„Schlaftrunken richten wir uns von unserem harten Lager auf. Schon wieder aufstehen! Aber schon stehen wir in Turnkleidung auf dem Hofe. Kurze Kommandos schallen in den frühen Morgen, brechen sich an dem Walde und man hört ein vielfaches Echo. Die Gelenke knacken und der letzte Schlaf ist verschwunden. Wir müssen uns beeilen, es ist heute etwas spät geworden mit dem Wecken. Vor dem Abmarsch zur Arbeitsstelle steigt unsere Fahne hoch am Mast. Nach einem Liede sagt uns ein Kamerad einen Spruch aus ‚Arbeiten und nicht verzweifeln‘. Dann geht es mit Gesang zur Arbeit. [...] Um 1 Uhr ist Feierabend. In Marschordnung streben wir dem Heim zu. Eine halbe Stunde später ist Mittagessen. [...] Danach ist Freizeit. Heute ja, aber sonst gibt es keine Ruhe. Geländespiele, Vorträge, Turnen, Singen, Ordnungsübungen und vieles andere mehr. Manchmal üben wir mit den Arbeitslager Treten und Wussowke zusammen. Um 6 Uhr läutet es zum Abendessen. [...] Heute ist Stopfstunde. Aber es hat keiner etwas. So lernen wir einige neue Lieder, welche dann am nächsten Tag sitzen müssen. Um 9 Uhr ist Schlafengehen. Alles versammelt sich um den Mast, an dem unsere Turnerjugendfahne flattert. Die Wache für den nächsten Tag wird hier bekannt gegeben. Dann singen wir unser Wachlied: ‚Die Sterne haben Stunden und machen ihre Runden.‘ Die Fahne steigt herab, und alles begibt sich in die selbstgezimmerten und viel bestaunten Betten. Um 9 1/2 Uhr muß alles ruhig sein, wer noch Krach macht, wird gemeldet.“<sup>276</sup>*

## Fazit

Im Überblick über die „bürgerliche“ Sportvereinslandschaft Kassels in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren des 20. Jhds. zeigt sich eine beeindruckende

---

<sup>275</sup> KSfL-Bericht 1932 [wie Anm. 172], S. 4f.

<sup>276</sup> Zitiert nach: Dudek [wie Anm. 253], S. 239.

ckende Vielfalt sowohl der ausgeübten Sportarten als auch der weltanschaulichen Zielsetzungen der einzelnen Vereine. Der Sport scheint in nahezu alle Lebensbereiche vorgedrungen zu sein, obwohl er nur von einer Minderheit ausgeübt wurde. Turnen und Sport befanden sich auf dem Weg zur allgemeinen Akzeptanz! Die Kasseler Tagespresse brachte ab 1924 einen regelmäßigen Sportteil, die großen staatlichen „Dienstleistungsunternehmen“ Reichsbahn, Militär und Polizei förderten die sportliche Betätigung ihrer Beschäftigten und der Schulsport erfuhr eine materielle (Übungsstättenbau) und ideelle Aufwertung. Beispielsweise wurde ein Sportfest 1930 bei der Polizei und den Kasseler Schulen als geeignete Veranstaltung zur Verfassungsfeier angesehen.

Am Anfang der Weimarer Zeit standen die Bemühungen einzelner Verbandsfunktionäre in Kassel, Turnen und Sport gegenüber den staatlichen und städtischen Behörden eine gemeinsame Stimme zu geben. An ihrem Ende verstand sich der *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen* als eine selbstbewußte Organisation, die den Behörden bei der inhaltlichen Ausgestaltung und vor allem der Sinngebung des Sportbetriebs voranging. Während zunächst praktische Probleme zu lösen waren – insbesondere der Bau von Übungsstätten mußte vorangetrieben und ihre Nutzung koordiniert werden – konnte sich der Stadtverband später mehr den „kulturellen“ Aspekten des Sports widmen. Denn als großer Erfolg der Leibesübungen kann die institutionelle Aufwertung des Sports in der Kasseler Stadtverwaltung betrachtet werden. 1928 wurde die Pflege der städtischen Sportanlagen beim Stadtgartendirektor zusammengefaßt und eine sportärztliche Beratungsstelle gegründet sowie 1929 aus einer städtischen Kommission ein *Stadtamt für Leibesübungen* gebildet, was die organisatorischen und koordinativen Tätigkeiten des *Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen* deutlich erleichtert hat.

Dem Sport wurde grundsätzlich eine kulturelle Bedeutung zugesprochen, weil er in der Lage sei, den Charakter – insbesondere von Jugendlichen – positiv zu beeinflussen. Daher wurde der Sport von den städtischen und staatlichen Verantwortlichen für die Jugendpflege geschätzt und seine Verwaltung dem neugegründeten Jugendamt angegliedert. Sport stellte für die Kasseler in der Weimarer Republik aber keine in sich sinnhafte Beschäftigung dar, die um des Vergnügens willen betrieben wurde. Der Sport wurde von seinen Funktionären als Mittel gedeutet, den Menschen in schweren Zeiten körperliche Fähigkeiten und Charaktereigenschaften wie die Fähigkeit zur Ein- und Unterrordnung, Mut, Wehrhaftigkeit, Kameradschaft usw. zu vermitteln. Das galt auch für den Frauensport, der es in Kassel – trotz sportlicher Erfolge – allerdings nicht leicht hatte.

Im Bewußtsein, daß mit den pädagogischen Möglichkeiten des Sportbetriebs auch eine moralische Verantwortung verbunden sei, wurde in Kassel um 1928 zum einen von dem Begründer des *Kasseler Jugendrings* und zum anderen vom

technischen Leiter des *Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen* über die Ziele des Sports nachgedacht. Ersterer sah im Sport eine Möglichkeit, Jugendlichen im Großstadtleben einen festen Bezugspunkt – einen Sinn für die Gemeinschaft – zu geben. Letzterer begriff den Sport als Ausdruck einer kämpferischen Haltung, die für eine militärische Grundschulung genutzt werden könne und ganz im Sinne der Stimmung gegen Ende der Weimarer Republik auch genutzt werden müsse. Wie stark sportliche Leistungen als Ausweis von Charakterstärke und Kampfbereitschaft galt, läßt sich an der Haltung des Vorsitzenden des jüdischen TuS „*Bar Kochba*“ Kassel ablesen, der durch athletische Erfolge antisemitische Anpöbelungen auf dem Sportplatz abwehren wollte. Das Motiv, im Sport zumindest latent eine militärische Haltung zu sehen, fand sich spätestens Mitte der zwanziger Jahren in den Grußworten des Kasseler Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Hessenkampfbahn. Dies Motiv wurde im Lauf der Zeit immer dominanter. Zugleich übernahm der *Kasseler Stadtverband für Leibesübungen* in der Weltwirtschaftskrise für seine arbeitslosen Mitglieder eine soziale Verantwortung, indem er sich im *Freiwilligen Arbeitsdienst* und im *Notwerk der deutschen Jugend* stark engagierte. Die Frage, ob die zunehmend militärische Ausrichtung des „bürgerlichen“ *Kasseler Stadtverbands für Leibesübungen* auch mit einer Abkehr von seinen demokratischen Grundsätzen verbunden war, die er in seiner Satzung von 1921 noch stark vertreten hatte, kann hier nicht beantwortet werden. Neben dieser großen, auch reichsweit zu beobachtenden Linie des wachsenden Militarismus, bestanden eine Vielzahl anderer Sinnstiftungen für den Sport, z.T. mit ausgeprägten ästhetischen bzw. lebensreformerischen oder sozialtechnologischen Elementen, die hier nur angedeutet und in ihrer Bedeutung für die Kasseler Sportvereinslandschaft noch nicht abgeschätzt werden konnten.

## Quellen und Literatur

### Stadtarchiv Kassel

Bestand A. 0. Nr. 1 1926/27:

*Auszug aus dem stenographischen Bericht der 19. Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 1927.*

Bestand S5 0123, Sport, Allgem., -1945

**Riemann/Landgrebe:** *Das Interesse, das die städtischen Verwaltungen [...].* [1928].  
*Satzungen des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen.* Cassel 1925.

**Grössel:** *Geländespiel des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen am 6. September 1931!*

**Riemann/Steinhoff/Brede:** *Tätigkeits-Bericht für das Jahr 1925 erstattet vom geschäftsführenden Vorstand des Casseler Stadtverbandes für Leibesübungen.*

**Riemann u.a.:** *Tätigkeitsbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1926.*

**Dies.:** *Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1928.*

**Dies.:** *Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1929.*

**Dies.:** *Jahresbericht 1930 des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen.*

**Dies.:** *Jahresbericht 1931 des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen.*

**Dies.:** *Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1932.*

**Vopel, Elisabeth:** *Die Leibesübungen der berufstätigen Frau.* In: Riemann u.a.: *Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Jahr 1928*, S. 6f.

**Dies.:** *Grundsätzliches über „Neuzeitliches Frauenturnen“ in Verbindung mit dem Bericht über den Lehrgang des Kasseler Stadtverbandes.* In: Riemann u.a.: *Jahresbericht des geschäftsführenden Vorstandes des Kasseler Stadtverbandes für Leibesübungen für das Geschäftsjahr 1929*, S. 3f.

### Archiv der Aelteren Casseler Turngemeinde

*Bei den Kämpfen um die Bezirks- und Gaumeisterschaft [...].* [= Handschriftlicher Bericht des Casseler Turn- und Sportvereins 1848 e.V., 1921].

1924. *D. T. hat beschlossen, daß die Vereine, die noch [...].* [= Handschriftlicher Bericht der Aelteren Casseler Turngemeinde e.V., 1924].



**Waldheim, E.:** *Jahreshauptversammlung am 21. November 1925 abends 8,30 Uhr in der Turnhalle. Jahresbericht.*

*Jahresbericht über sämtliche Abteilungen der Aelteren Kasseler Turngemeinde im Vereinsjahr vom 1. Oktober 1926 bis 30. September 1927.*

**Klahold, Adolf:** *Jahresbericht der männlichen Jugendabteilung. Aeltere Casseler Turngemeinde. Vereinsjahr 1932.*

**Ders.:** *Jahresbericht der männlichen Jugendabteilung. Aeltere Casseler Turngemeinde. Vereinsjahr 1933.*

1911-1931. In: *Vereins-Nachrichten der Aelteren Casseler Turngemeinde e.V.*, 6. Jg. 1931, Nr. 7.

*Wie heute die deutsche Frau turnt und Leibesübungen treibt!* In: *Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten*, 7. Jg. 1932, Nr. 8, S. 4.

*Außerordentliche Generalversammlung.* In: *Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten*, 8. Jg. 1933, Nr. 6, S. 1f.

**Gast, H.:** *Aufruf zum Wehrturnen.* In: *Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. Vereins-Nachrichten*, 8. Jg. 1933, Nr. 6, S. 2.

#### **Benutzte Zeitungen und Periodika**

*Casseler Tageblatt. Amtsblatt der Stadt Cassel*, Jg. 1923 u. 1925.

*Hessischer Kurier*, Jg. 1925.

*Hessische Nachrichten*, Jg. 1950.

*Hessische Post Cassel u. Casseler Stadtanzeiger*, Jg. 1919.

*Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck*, Jg. 1924-32.

*Kasseler Allgemeine Zeitung*, Jg. 1921.

*Kasseler Neueste Nachrichten*, Jg. 1919, 1930 u. 1933.

*Kasseler Post*, Jg. 1925, 1926, 1930, 1933 u. 1949.

*Adreß- und Einwohnerbuch Kassel*, 85. Jg. (1919/20) - 103. Jg. (1939).

*Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1925* (131. Jg.), Berlin 1925.

#### **Literatur bis 1945 und edierte Quellen**

*Auszeichnungsbedingungen.* Deutscher Reichsausschuß für Olympische Spiele, Berlin 1913, in: *Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962)*, Sankt Augustin 1984, S. 98f.

*Beckmanns Sport Lexikon.* Leipzig, Wien 1933

*Bevölkerungsstand.* In: *Mitteilungen der Stadt Kassel*, 1926, Nr. 12, S. 2.

- Boese**, [Walter]: Die Erziehung des [...] In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 26.
- Casseler Stadtverband für Leibesübungen** (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926].
- Casseler Turngemeinde e.V. gegr. 1844** (Hg.): Festschrift zur Feier des 80jährigen Bestehens der Casseler Turngemeinde e.V. 1844 - 1924, Cassel 1924.
- Der Casseler Stadtverband für Leibesübungen. In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 51-61.
- Die Hessenkampfbahn. In: Hessenland. Illustrierte Blätter für Heimatforschung, Kunst und Literatur, 38. Jg. 1926, Nr. 5, S. 98f.
- Hallo**, Rudolf: Von der Einfügung der Hessenkampfbahn in die Aue. In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 19-26.
- Hanxleen**, von: Die Leibesübungen in Cassel. In: Erwin Stein (Hg.): Cassel (Monographien Deutscher Städte; 4), Oldenburg i. Gr. 1913, S. 129-135.
- Mallwitz**, Arthur: Geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung des Sports. 1918-1928, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928. 2. Aufl., Berlin 1928, S. 535-546.
- Meister**, Hans: Schlußwort. In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 45-51.
- Reichsjugendkämpfe 1921. (Auszug), Deutscher Reichsausschuß für Olympische Spiele, Berlin 1921, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 114-116.
- Riemann**, H.: Zur Entstehungsgeschichte der Hessenkampfbahn. In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 7-13.
- Satzung. Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin 1931, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 107f.
- Satzungen des Schüler-Regatta-Verbandes Cassel. In: 75 Jahre TRV Albert-Schweitzer-Schule Kassel 1907 - 1982, Kassel 1982, S. 41f.
- Schafft**, Hermann: Religion, Jugendbewegung und soziale Arbeit (1927). In: Werner Kindt (Hg.): Hermann Schafft. Ein Lebenswerk. Kassel 1960, S. 192-203.
- Ders.: Erziehungsfragen der Großstadt. In: Neuwerk. Ein Dienst am Werdenden, 10. Jg. 1928/29, S. 365-372.

*Spielplatz-Gesetz. Entwurf eines Reichs- und Landesgesetzes, Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Berlin 24.01.1917, in: Carl-Diem-Institut e.V. (Hg.): Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962), Sankt Augustin 1984, S. 110-112.*

**Stadtler, [Herbert]:** Zum Geleit! In: Casseler Stadtverband für Leibesübungen (Hg.): Festbuch zur Einweihung der Hessenkampfbahn am Sonntag, den 2. Mai 1926. Cassel [1926], S. 3.

**Stein, Erwin (Hg.):** Cassel (Monographien Deutscher Städte; 4) Oldenburg i. Gr. 1913.

Turn- u. Sportwesen. In: Mitteilungen der Stadt Kassel, 1926, Nr. 12, S. 25f.

Turn- u. Sportwesen. In: Mitteilungen der Stadt Kassel, 1929, Nr. 6, S. 30f.

*Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928. 2. Aufl., Berlin 1928.*

### **Literatur ab 1945**

#### **Festschriften**

*125 Jahre Turngemeinde Wehlheiden e.V. 1868 - 1993. [Kassel] [1993].*

*75 Jahre Casseler Frauen-Ruder-Verein e.V. 1913-1988, [Kassel] [1988].*

*75 Jahre TRV Albert-Schweitzer-Schule Kassel 1907 - 1982, Kassel 1982.*

**Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848 (Hg.):** 150 Jahre Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848 - 1998. Kassel 1998.

*Akademischer Turnerbund Orts-Altherren-Verband Kassel 1891-1991. [Kassel] [1991].*

*Chronik 1921-1996. Casseler Kanu-Club 1921 e.V., bearb. von Claudia Siebert, Axel Kempken u. Manfred Siebert, Kassel 1996.*

*Festschrift zum 70jährigen Bestehen des Casseler Sport-Club 03 e.V. [Kassel] [1973].*

**Froeb, Reinhard:** 150 Jahre Turnen in Nordhessen. Die Anfänge des Turnens in Kassel, hrsg. vom Turngau Nordhessen, [Kassel] 1994.

**Kurhessischer Reit- und Fahrverein e.V. Kassel (Hg.):** Festschrift zum 100jährigen Jubiläum am 30. März 1969. Kassel [1969].

## Darstellungen

- Atlasz, Robert** (Hg.): *Barkochba. Makkabi - Deutschland 1898 - 1938*. Tel Aviv 1977.
- Ders.: *Der Deutsche Makkabikreis 1919-1933*. In: Robert Atlasz (Hg.): *Barkochba. Makkabi - Deutschland 1898 - 1938*. Tel Aviv 1977, S. 41-50.
- Bach, Hermann**: *Sport - Aktivitätsform und Werbeinstrument konfessioneller Jugendarbeit. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der „Deutschen Jugendkraft“ und des „Eichenkreuz“*, in: *Sportunterricht. Monatsschr. zur Wiss. u. Praxis d. Sports*, 23. Jg. 1974, Nr. 7, S. 220-226.
- Baum, Thomas**: *Die SPD in der Kasseler Kommunalpolitik zur Zeit der Weimarer Republik*. Dissertation, Fachbereich Historisch-Philologische Wissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1998.
- Becker, Ellen**: *Mit Rock und Riemen. Die Entwicklung des Frauenruderns im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik*, Greven 1992.
- Becker, Frank**: *Die Sportlerin als Vorbild der „neuen Frau“*. Versuche zur Umwertung der Geschlechterrollen in der Weimarer Republik, in: *Sozial- und Zeitgeschichte des Sports*, 8. Jg. 1994, Nr. 3, S. 34-55.
- Bernett, Hajo** (Hg.): *Sport im Kreuzfeuer der Kritik. Kritische Texte aus 100 Jahren deutscher Sportgeschichte (Texte - Quellen - Dokumente zur Sportwissenschaft; 17)*, Schorndorf 1982.
- Ders.: *Leichtathletik in historischen Bilddokumenten*. Hrsg. vom Deutschen Leichtathletik-Verband, München 1986.
- Ders.: *Leichtathletik im geschichtlichen Wandel*. Hrsg. vom Deutschen Leichtathletik-Verband, Schorndorf 1987.
- Ders.: *Die deutsche Turn- und Sportjugend im letzten Jahr der Weimarer Republik*. In: *Jugendsport im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts (dvs-protokolle; 32)*, Bielefeld 1988, S. 37-69.
- Beyer, Erich**: *Sport in der Weimarer Republik*. In: Horst Ueberhorst (Hg.): *Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Geschichte der Leibesübungen; 3.2)*, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982, S. 657-700.
- Biese, Horst**: *Pionier des Kasseler Sportjournalismus. Erinnerungen an den Sportjournalisten Fritz Metz*, in: (k) KulturMagazin, 7. Jg. 2001, Nr. 74, S. 14.
- Biese, Horst/Peiler, Herbert**: *Flanken, Tore und Paraden. 100 Jahre Fußball in Kassel*, Kassel 1993.
- Buder, Johannes**: *Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918-1923 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 294)*, Frankfurt a.M., Bern, New York 1986.

- Buss, Wolfgang:** *Der Akademische Turnbund und die Turnerjugend.* In: Lorenz Peiffer (Hg.): *Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend.* Essen 1992, S. 42-46.
- Carl-Diem-Institut e.V.** (Hg.): *Dokumente zum Aufbau des deutschen Sports. Das Wirken von Carl Diem (1882-1962),* Sankt Augustin 1984.
- Christoph, Alwin:** *Polizeisportverein Grün-Weiß Kassel. Ein Verein mit Zukunft schaut zurück,* in: *Kasseler Polizei-Report*, 1990, S. 42f.
- CVJM-Gesamtverband in Deutschland e.V. - Ausschuß für Sport** (Hg.): *Eichenkreuz / Sport im CVJM* (Kasseler Hefte, Reihe S: Studien und Tagungsergebnisse; 21), [Kassel] 1987.
- Dudek, Peter:** *Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst 1920 - 1935,* Opladen 1988.
- Ebinger, Heinrich/Horn, Heinrich/Hauptenthal, Gerlinde:** *150 Jahre Geschichte der ACT.* In: *Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848* (Hg.): *150 Jahre Aeltere Casseler Turngemeinde e.V. 1848 - 1998.* Kassel 1998, S. 27-57.
- Eisenberg, Christiane:** *Massensport in der Weimarer Republik. Ein statistischer Überblick,* in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 33. Jg. 1993, S. 137-177.
- Dies.:** *Sportgeschichte. Eine Dimension der modernen Kulturgeschichte,* in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23. Jg. 1997, Nr. 1, S. 295-310.
- Dies.:** *„English sports“ und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800-1939,* Paderborn u.a. 1999.
- Fasbender, Sebastian:** *Der Werksport als Ausdruck betrieblicher Sozialpolitik. Dargestellt am Beispiel der Henschelwerke in Kassel,* Magisterarbeit, Fachbereich Sozialwissenschaften, Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 1994.
- Frenz, Wilhelm/Kammler, Jörg/Krause-Vilmar, Dietfrid** (Hg.): *Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Bd. 2* (Kasseler Quellen und Studien – Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel; 7), Fuldabrück 1987.
- Frenz, Wilhelm:** *NS-Wirtschaftspolitik und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung (1933-1939).* In: *Wilhelm Frenz/Jörg Kammler/Dietfrid Krause-Vilmar* (Hg.): *Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Bd. 2* (Kasseler Quellen und Studien – Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel; 7), Fuldabrück 1987, S. 255-290.
- Frevert, Ute/Haupt, Heinz-Gerhard** (Hg.): *Der Mensch des 20. Jahrhundert.* Frankfurt a.M., New York 1999.
- Friedler, Eric:** *Makkabi chai - Makkabi lebt. Die jüdische Sportbewegung in Deutschland 1898-1998,* unter Mitarb. von Barbara Siebert, Wien 1998.
- Geschichte der Jugendhilfe in Kassel.* Bearb. von Angela Pitzschke unter Mitarb. von Marion Gümpel u.a. (Veröffentlichungen aus dem Forschungsschwerpunkt Historische Sozialpolitik; 2), Kassel 1996.

- Grisko, Michael** (Hg.): *Freikörperkultur und Lebenswelt. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Freikörperkultur in Deutschland*, Kassel 1999.
- Hauffe, Hermann**: *Bedeutung der Hessenkampfbahn für den Kasseler Schulsport*. In: *Stadt Kassel - Sportamt* (Hg.): 1926 - 1986. 60 Jahre Hessenkampfbahn in Kassel. Kat. d. Ausst. im Apollosaal d. Orangerie Kassel 16. - 22.06.1986, S. 9f.
- Hermsdorff, Wolfgang**: *Zissel - von der Werbeveranstaltung zum Volksfest*. In: *Heimatsbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 23. Jg. 1979, Nr. 3, S. 3-7.
- Ders.: „Die schnellste Sportarena Deutschlands“. 60 Jahre Hessenkampfbahn, in: *Heimatsbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 30. Jg. 1986, Nr. 2, S. 140-142.
- Ders.: *Motorendonner von der Domäne bis zum Herkules*. In: *Heimatsbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 37. Jg., 1993 Nr. 3, S. 63-67.
- Ders.: *Reitsport in Kassel stets auch ein gesellschaftliches Ereignis. Die Pferderennen auf dem Forst*, in: *Heimatsbrief / Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 37. Jg. 1993, Nr. 3, S. 14-15.
- Ders.: *Ein Blick zurück. Bd. 1, HNA-Serie, Zsgest. mit Registern u. Quellenverz. von Hiltgunde Thiele*, Kassel 1992.
- Ders.: *Ein Blick zurück. Bd. 2, HNA-Serie, Zsgest. mit Registern u. Quellenverz. von Hiltgunde Thiele*, Kassel 1993.
- Ders.: *Ein Blick zurück. Bd. 3, HNA-Serie, Zsgest. mit Registern u. Quellenverz. von Hiltgunde Thiele*, Kassel 1994.
- Juden in Kassel 1808 - 1933. Eine Dokumentation anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig*. Kat. d. Ausst. im Schloss Bellevue Kassel 23.11.1986 - 31.01.1987 u. Jüdischen Museum Frankfurt a. M. - Karmeliterkloster 19.05. - 28.06.1987, Nachdr. d. 1. Aufl., Kassel [1987].
- Jugendsport im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts*. Red.: Hans-Georg John/Roland Naul (*dvs-protokolle*; 32), Bielefeld 1988.
- Kasseler Badelust. Badekultur am Fuldastrand und eine Reise in die Geschichte der Volksbäder*, von Vera Bachmann, Kat. d. Ausst. im Stadtmuseum Kassel 06.07. - 31.10.1995, Kassel 1995.
- Kessemeier, Gesa**: *Sportlich, sachlich, männlich. Das Bild der „Neuen Frau“ in den Zwanziger Jahren. Zur Konstruktion geschlechtsspezifischer Körperbilder in der Mode der Jahre 1920 bis 1929*, Dortmund 2000.
- Kindt, Werner** (Hg.): *Hermann Schafft. Ein Lebenswerk*. Kassel 1960.
- Klein, Thomas**: *Zur Geschichte der Kasseler Eingemeindungen*. In: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, 36. Jg. 1986, S. 317-349.

- Köhler, Henning:** *Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935* (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 10), Berlin 1988.
- Krause-Vilmar, Dietfrid:** *Streiflichter zur neueren Geschichte der Jüdischen Gemeinde Kassel.* In: *Juden in Kassel 1808 - 1933. Eine Dokumentation anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig. Kat. d. Ausst. im Schloss Bellevue Kassel 23.11.1986 - 31.01.1987 u. Jüdischen Museum Frankfurt a. M. - Karmeliterkloster 19.05. - 28.06.1987, Nachdr. d. 1. Aufl., Kassel [1987], S. 33-42.*
- Krüger, Arnd:** *Deutschland und die olympische Bewegung (1918-1945).* In: Horst Ueberhorst (Hg.): *Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Geschichte der Leibesübungen; 3.2)*, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982, S. 1026-1047.
- Lengemann, Jochen:** *Bürgerrepräsentation und Stadtregierung in Kassel 1835-1996. Bd. 1, Einführung, Übersichten und Index der städtischen Mandats- und Amtsträger* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen; 60.1/Publikationen der Kulturstiftung der Stadtsparkasse Kassel; 1), Marburg 1996.
- Luh, Andreas:** *Betriebssport zwischen Arbeitgeberinteressen und Arbeitnehmerbedürfnissen. Eine historische Analyse vom Kaiserreich bis zur Gegenwart* (Sportforum; 6), Aachen 1998.
- Mengden, Guido von:** *Umgang mit der Geschichte und mit Menschen. Ein Beitr. zur Geschichte d. Machtübernahme im dt. Sport durch d. NSDAP*, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1980.
- Müller, Rolf:** *Der Versuch einer Interpretation der Geschichte der Eichenkreuz-Sportarbeit im CVJM.* In: *CVJM-Gesamtoerband in Deutschland e.V. - Ausschluß für Sport* (Hg.): *Eichenkreuz / Sport im CVJM. (Kasseler Hefte, Reihe S: Studien und Tagungsergebnisse; 21)*, [Kassel] 1987, S. 4-22.
- Naul, Roland/Jonischeit, Ludger/Wick, Uwe:** *Turnen, Spiel und Sport in Schule und Verein. Jugendsport zwischen 1870 und 1932* (Schriftenreihe des Willibald Gebhardt Instituts; 4), Aachen 2000.
- Nörthemann, Peter:** *Vereinsgeschichte der Turngemeinde Wehlheiden e.V. in: 125 Jahre Turngemeinde Wehlheiden e.V. 1868 - 1993.* [Kassel] [1993], S. [12-19].
- Peiffer, Lorenz:** *Die deutsche Turnerschaft. Ihre politische Stellung in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus* (Sportwissenschaftliche Dissertationen; 7), Ahrensburg 1976.
- Ders. (Hg.):** *Illustrierte Geschichte der Deutschen Turnerjugend.* Essen 1992.
- Pfister, Gertrud (Hg.):** *Frau und Sport (Die Frau in der Gesellschaft - Frühe Texte)*, Frankfurt a.M. 1980.

- Dies./Langenfeld**, Hans: Vom Frauenturnen zum modernen Sport. Die Entwicklung der Leibesübungen der Frauen und Mädchen seit dem Ersten Weltkrieg, in: Horst Ueberhorst (Hg.): *Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart* (Geschichte der Leibesübungen; 3.2), Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982, S. 977-1025.
- Prinz**, Wolfgang: Die Judenverfolgung in Kassel. In: Wilhelm Frenz/Jörg Kammeler/Dietfrid Krause-Vilmar (Hg.): *Volksgemeinschaft und Volksfeinde*. Bd. 2 (Kasseler Quellen und Studien – Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel; 7), Fulda/Brück 1987, S. 144-222.
- Schmidt**, Julius: *Stadt und Garnison Kassel. Ein Führer durch Vergangenheit und Gegenwart* (Deutsche Garnisonen; 2), Frankfurt a. M. 1958.
- Ders.: 100 Jahre Vereinsgeschichte. In: Kurhessischer Reit- und Fahrverein e.V. Kassel (Hg.): *Festschrift zum 100jährigen Jubiläum am 30. März 1969*. Kassel [1969], S. 18-38.
- Siebert**, Heinz: Die „Jägerkaserne“ an der Frankfurter Straße. In: *Heimatbrief/Heimatverein Dorothea Viehmann, Kassel-Niederzwehren e.V.*, 42. Jg. 1998, Nr. 1, S. 35-39.
- Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*. Bd. 3, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945*, von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser u. Anselm Faust (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte/Beck'sche Elementarbücher), München 1978.
- Spangenthal**, Max: Die religiösen und sozialen Verhältnisse in der jüdischen Gemeinde Kassels vor der Katastrophe. In: *Juden in Kassel 1808 - 1933. Eine Dokumentation anlässlich des 100. Geburtstages von Franz Rosenzweig*. Kat. d. Ausst. im Schloss Bellevue Kassel 23.11.1986 - 31.01.1987 u. Jüdischen Museum Frankfurt a. M. - Karmeliterkloster 19.05. - 28.06.1987, Nachdr. 1. Aufl., Kassel [1987], S. 43-48.
- Spode**, Hasso: Der Tourist. In: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): *Der Mensch des 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M., New York 1999, S. 113-137.
- Stadt Kassel - Kulturamt** (Hg.): *Kunst im öffentlichen Raum*. Kassel 1950 - 1991, Konzeption u. Red.: Harald Kimpel, Marburg 1991.
- Stadt Kassel - Sportamt** (Hg.): 1926 - 1986. 60 Jahre Hessenkampfbahn in Kassel. Kat. d. Ausst. im Apollosaal d. Orangerie Kassel 16. - 22.06.1986.
- Steinmetz**, Fritz: 75 Jahre deutsche Leichtathletik-Meisterschaften (1898-1972). Ein Beitrag zur Geschichte der Leichtathletik, Berlin, München, Frankfurt a.M. 1973.
- Ders.: Sportliche Höhepunkte. Nationale und Internationale Großveranstaltungen in der Hessenkampfbahn - in Stichpunkten, in: *Stadt Kassel - Sportamt* (Hg.): 1926 - 1986. 60 Jahre Hessenkampfbahn in Kassel. Kat. d. Ausst. im Apollosaal der Orangerie Kassel 16. - 22.06.1986, S. 11-28.



- Stiller, Eike:** *Jüdische Sportvereine und ihre Beziehungen zu der deutschen und internationalen Arbeitersportbewegung 1923-1933.* In: *Sozial- und Zeitgeschichte des Sports*, 13. Jg. 1999, Nr. 1, S. 28-37.
- Ueberhorst, Horst (Hg.):** *Leibesübungen und Sport in Deutschland vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (Geschichte der Leibesübungen; 3.2),* Berlin, München, Frankfurt a.M. 1982.
- Vollmer, Antje:** *Die Neutwerkbewegung 1919 - 1935. Ein Beitrag zur Geschichte der Jugendbewegung, des Religiösen Sozialismus und der Arbeiterbildung, Dissertation, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, Freie Universität Berlin, Berlin 1973.*
- Wedemeyer, Bernd:** „Nacktkultur“ oder „Nacktsport“? Die Freikörperkultur im Kontext von Sport, Turnen, Gymnastik und Körperkultur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Michael Grisko (Hg.): *Freikörperkultur und Lebenswelt. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Freikörperkultur in Deutschland*, Kassel 1999, S. 115-140.
- Wickermann, Lothar:** *Zur Geschichte des Arbeitersports im Raum Kassel.* In: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte*, 36. Jg. 1986, S. 275-316.

#### Abkürzungen

ACT	<i>Aeltere Casseler Turngemeinde e.V., 1919-24: Turn- u. Sportverein 1848 e.V.</i>
ATSB	<i>Arbeiter Turn- u. Sportbund</i>
CVJM	<i>Christlicher Verein junger Männer</i>
DRA	<i>Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen bis 1917: Deutscher Reichsausschuß für Olympische Spiele</i>
DT	<i>Deutsche Turnerschaft</i>
FAD	<i>Freiwilliger Arbeitsdienst</i>
KSfL	<i>Kasseler Stadtverband für Leibesübungen</i>
RjF	<i>Reichsbund jüdischer Frontsoldaten</i>
RKjF	<i>Reichskuratorium für Jugendertüchtigung</i>
TuS, Tuspo	<i>Turn- u. Sportverein</i>
VfL	<i>Verein für Leibesübungen</i>
WSV	<i>Westdeutscher Spielverband</i>
Za. f. Arbsp. u. Kpfl. Ks.	<i>Zentralausschuß für Arbeitersport und Körperpflege Kassel (später: Arbeitersportkartell Kassel)</i>



ADAM WINNICKI

## **Gedanken zur Kulturpolitik und politischen Kultur in der Weimarer Republik**

Kultur, welch eine Erscheinung

Was bedeutet Kultur und was macht sie aus? – Für den Betrachter erscheint diese Frage im ersten Moment naiv, vielleicht nicht würdig. Bei näherem Hinschauen erweist sich diese Frage jedoch als gar nicht so unberechtigt.

*„Kultur weist über den Alltag, die laufenden Routinen des ökonomischen, sozialen, politischen Betriebs in der Tat hinaus. Abgehoben von Daseinszwängen, wie Nahrungs-, Wohn-, Versorgungsbedürfnisse aller Art sie diktieren, bildet sie in Kunst und Musik, Rechtswesen und Religion ein Reich zunächst sui generis; entfaltet sie zum einen ausstrahlende normative Wirkung – wenn sie als Komplex von Werten, Wertappellen und Wertgeltungen erscheint-, ruht sie zum anderen autonom auch in sich selbst; sie kann „Bild“ und „Vorbild“ werden, bringt „Freiheit“ ins Leben und gießt ideelle, materielle und sinnliche „Fülle“ aus. Dennoch – was bedeutet dies alles in Wirklichkeit?“<sup>1</sup>*

Die Kultur in ihrer Verwirklichung bildet eben das Thema der kulturellen Wirklichkeit. Daher sind nicht nur die einzelnen Wertgehalte, sondern auch die realen Entwicklungen und Kontexte zu betrachten.

Kulturen entstehen und basieren auf Gesellschaften

Deshalb stellt sich die Frage nach der genauen Definition von Kultur im Verhältnis zur Gesellschaft. Wir können hierbei eine ideelle (Vorstellungen, Werte, Normen), eine symbolische (verbal/nonverbal: zeichnerisch, musikalisch, tänzerisch, mathematisch, etc.) und eine materielle Kultur (Objekte: Werkzeug-

---

<sup>1</sup> Wolfgang Lipp: Was heißt eigentlich Kultur – und wozu ist sie gut?, in: Hans Georg Wehling (Red.): Kulturpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln 1988, S. 9.

ge, Maschinen, Gebäude, Gemälde, etc) unterscheiden. Diese differenzieren sich innerhalb räumlicher Kulturen (Dorfkultur, Stadtkultur, Regionalkultur, nationale Kultur, Weltkultur), werden vermittelt durch Gruppen, Gemeinschaften, Gesellschaften, Ethnien und Nationen und treten als Hochkulturen, Elitekulturen, Volkskulturen, Massenkulturen, Subkulturen, Alltagskulturen, aber auch als politische Kultur, Organisationskultur, Betriebskultur, Wissenschaftskultur, etc. in Erscheinung.

Wenn man die Dinge genauer unter die Lupe nimmt, stellt sich heraus, daß die Beziehungen zwischen Kultur und Gesellschaft, Funktionen, Strukturen und den einzelnen Sinnbezügen nicht zu trennen sind. Daher sollten beide Begriffe wie Kultur und Gesellschaft aufeinander bezogen werden. Es ist auch von großem Nutzen festzustellen, wie im Einzelnen die Kultur und Gesellschaft miteinander „verschränkt und verschachtelt sind.“<sup>2</sup>

*„So führt (wie Max Weber 1904/05 erklärt hat) die Wirtschaftsweise des ‚Kapitalismus‘, als primär ökonomisches Moment, zurück auf typische religiöse Bedingungen – die Prinzipien ‚protestantischer Ethik‘ – oder es entwickeln, umgekehrt, Einrichtungen des Wirtschaftslebens wie Industriebetriebe, Märkte, Warenhäuser, deutliche kulturelle Züge: Sie bilden Leitideen, Prestigewerte und Identitäten aus, lagern diverses rituelles Verhalten an, schaffen Traditionen und geben neue ästhetische Impulse.“<sup>3</sup>*

Es wird also deutlich, daß die Kultur einer Gesellschaft ein vielschichtiges und komplexes Gebilde zu bieten hat und nicht wie des öfteren angenommen, eine einzige relevante Wurzel – auf die dann hingewiesen wird – des kulturellen Aufbaus besitzt.

Die von Alfred Weber<sup>4</sup> begründete Kultursoziologie (1920), stellt Kultur und Zivilisationen einander gegenüber. So betrachtete er die überzeitliche und transzendente ideelle und symbolische Kultur als Kultur im engeren Sinne und die materielle Kultur als Wesenszug der Zivilisation. Das Besondere ist, daß sich dabei die Sphären nicht gegenseitig ausschließen, sie bilden keine feindlichen Gegensätze, sondern bilden Enden eines Kontinuums. Daher wird die Bestimmung einer vielschichtigen Durchdringung des Stoffes sinnvoll.

Kultur bildet eine Art von „Schmelztiegel“, in dem verschiedene „Erze“ miteinander verbunden werden. „Sie verbindet verschiedenste Erz-Gesteine der Institutionen, Gemengelagen des Alltags, kocht sie im Scheidewasser der Symbolik und wirft teils Edelmetalle, teils leere Schlacken aus.“<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Alf Mintzel: Kultur und Gesellschaft. Der Kulturbegriff in der Soziologie, in: Klaus Hansen (Hg.): Kulturbegriff und Methode, Tübingen 1993, S. 172.

<sup>3</sup> Lipp [wie Anm. 1], S. 10.

<sup>4</sup> Alfred Weber (1868-1958): Nationalökonom und Soziologe.

<sup>5</sup> Lipp [wie Anm. 1], S. 16.

Wobei man nicht a priori feststellen kann, was das Metall und was die Schlacke bildet. Dies alles entsteht im Rahmen eines Prozesses<sup>6</sup>, seine Grenzlinien werden im Laufe der Zeit immer wieder neu beschlossen. Alle Beteiligten – Kulturträger, Kulturvermittler und schließlich Kulturkonsumenten – sind in diesem Prozess involviert und erfahren ihn, als Abspaltung des Alten, Kristallisation des Neuen mit der gleichzeitigen „Schlackenbildung“, am Ende als einen Teil einer Wirklichkeit, die sie prägt.

Die Prägung kommt zustande, weil die Kultur nicht nur geschaffen wird, sondern vor allem zum „Konsum“ bestimmt ist. Die Kultur kann auf vielen Wegen konsumiert werden, die Formen der kulturellen Erfahrung spannen einen sehr breiten Bogen. Es kann Besinnung und Askese sein, Fest und Feier, der Besuch im Theater oder den Museen. Der Genuß an den „Erzeugnissen“ der Literatur und den künstlerischen Arbeiten sind ebenfalls der Stoff des Kulturkonsums und bilden mit ihrer Existenz den Boden für die Erschaffung von Kultur.

Kultur bedeutet eine Fülle an verschiedenen Praktiken, ist aber zugleich auch als „Praktizierung“ der Askese denkbar und durchsetzbar. *„Kultur – als Drama von Transformationen, Läuterungen, Auferstehungen – baut Spannungen auf; sie ist spannendes Geschehen und setzt Kräfte, Spannkkräfte ebenso sehr voraus, wie sie sie bindet, verbraucht – und am Ende neu gewährt; so macht sie das Dasein lebensvoll; sie erweitert die sozialen Bezüge, lässt Glück aufblitzen und steigert den Menschen ins Geistige.“*<sup>7</sup>

Aufgrund der Komplexität der kulturellen Erscheinungen haben Soziologen und Kulturanthropologen unterschiedliche Theorien entworfen, die ihren eigenen Forschungsinteressen und Methoden entsprechen. Hier kann zwischen dem Strukturalismus, Funktionalismus, der Systemtheorie, der Verhaltenstheorie und letztendlich auch der Handlungstheorie unterschieden werden. Auch wenn durch die Vielzahl der Theorien die Frage nach einer eindeutigen Definierung von Kultur noch nicht erfolgen konnte, bieten diese verschiedenen Theorien eine ausreichende Basis für die Beurteilung des Verhältnisses von Gesellschaft und Kultur. Es stellt sich in diesem Zusammenhang sogar die Frage, ob es überhaupt eine eindeutige Definition geben kann und sollte. Vielleicht liegt gerade in der Vielzahl der Theorien ein potenzieller Vorteil der Kultursoziologie bei der Beurteilung von Gesellschaften, die sich ja durch einen Reichtum an Betrachtungsweisen auszeichnen.

Ausgehend von dieser breiten und nicht abgeschlossenen Grundlage, auf der der Begriff Kultur gedeiht und zugleich so viele Formen ihrer Auslebung und Praktizierung präsentiert, kommt der Aspekt des Politischen dazu. Kultur

---

<sup>6</sup> Niklas Luhmann spricht von einem „autopietischen“ Prozeß.

<sup>7</sup> Lipp [wie Anm. 1], S. 23.

und Politik bilden gemeinsam einen komplexen Bereich und erschließen das Gesamtspektrum aller politischen Institutionen, der Entscheidungsfindungsprozesse und Bestrebungen mit dem Anliegen einer verbindlichen Regelung auf den Feldern der Erziehung, des Bildungswesen, der Kunst und nicht zuletzt der Forschung und Wissenschaft.

Die Schnittstelle zwischen Kultur und Politik können wir als eine Form von politischer Kultur verstehen, welche in bestimmte Formen von Kulturpolitik führen kann. Zu erwähnen wäre noch, daß erst die „Kulturelle Formung“ die „Institutionelle Formung“ ermöglicht und sie in Form der jeweiligen Kulturpolitik zum Ausdruck bringt. Kurz gesagt: „Alles Institutionelle einer Gesellschaft, so unpsychisch es scheinen mag, so sehr es außer und über den Menschen steht, ist wirksam in den Menschen.“<sup>8</sup> Im Rahmen der zahlreichen Ausprägungen der Kultur sollte die politische Kultur – hinsichtlich unserer Beiträge zur Kultur in der Weimarer Republik – ihre Würdigung finden und uns einen Eindruck von der Bedeutung dieser Erscheinung auf die politischen Entwicklungen vermitteln, deren Wurzeln in den breiten Zweigen der Kultur zu suchen sind.

Unter dem Begriff der politischen Kultur versteht man das Verhältnis einer Bevölkerung zu dem jeweiligen politischen System, das ihre Existenz begleitet. Dabei werden die werthaftern und gefühlsmäßigen Einstellungen unterschieden und im Rahmen ihrer Wirkung – hinsichtlich des politischen Lebens in der Republik – beurteilt. Es heißt also, daß die politische Kultur in diesem Sinne über die Akzeptanz einer bestimmten politischen Ordnung innerhalb der regierenden Kreise und insbesondere bei den Regierten entscheidet. „Eine demokratische politische Kultur findet sich überall dort, wo die von den demokratischen Institutionen geforderten Verhaltensweisen und positiven Einstellungen und Identifikationen von Seiten der Bevölkerung relativ mühelos und mit einer gewissen Effizienz erbracht werden.“<sup>9</sup>

Auch die Verhaltensweisen und Umgangsformen im Rahmen der verschiedenen politischen Institutionen können und werden mit der politischen Kultur in Verbindung gebracht. Zusammengefaßt bedeutet politische Kultur das politische Leben mit allen ihren Ausdrucks- und Verkehrsformen unter Berücksichtigung der maßgeblichen Wertorientierungen, die das politische Verhalten formen und beeinflussen.

Bezogen auf die historische Forschung stellt Sontheimer in seinem Aufsatz über die politische Kultur in der Weimarer Republik<sup>10</sup> fest, daß die Weimarer

---

<sup>8</sup> Uwe Laucke: Individuum, Kultur, Gesellschaft, Bern u.a. 1994, S. 70.

<sup>9</sup> Kurt Sontheimer: Die politische Kultur in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1998, S. 454.

<sup>10</sup> Vgl. ebda., S. 454-464.

Republik in Wirklichkeit keinen politischen Neuanfang in der deutschen Geschichte bildete. Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg stellte keine neuen Weichen für geistig-politische Veränderungen, obwohl manche politischen Kräfte und auch einige Intellektuelle dieser Meinung waren. Es war eher „eine Phase der endgültigen Dekomposition“ des Deutschen Kaiserreiches, die innerhalb der Republik stattfand.<sup>11</sup>

Unter diesen Bedingungen konnte sich kein politisches Klima innerhalb der verschiedenen Gruppen und Schichten der deutschen Bevölkerung herauskristallisieren, die der Republik mit ihrer Verfassung die Akzeptanz einer demokratischen politischen Kultur schenken würde. Es mangelte an der Mitwirkungsbereitschaft innerhalb der entstehenden demokratischen Ordnung und ihrer Anerkennung. Die sozial-politisch-wirtschaftlichen Krisen störten die Entwicklung des neuen Systems, die parlamentarische Demokratie besaß dadurch keine Möglichkeiten für ihre Entfaltung, die die Herausbildung einer freiheitlich-demokratischen politischen Kultur ermöglicht hätten. Zusätzlich wurde die Lage durch den verlorenen Krieg und die in Versailles festgelegten Abtretungen an Gebieten und Reparationszahlungen in astronomischer Höhe verschärft.<sup>12</sup> Zunächst existierte noch eine quantitative Unterstützung für das demokratische System seitens der Parteien, doch diese zerbrach bei den Wahlen vom 6. Juni 1920. Denn dort erlitten die demokratischen Parteien ein politisches Debakel, in dem sie eine Halbierung ihrer bisherigen Stimmenstärke im Reichstag hinnehmen mußten.<sup>13</sup> Seitdem konnte die Unterstützung nicht mehr wiederhergestellt werden. Daraus folgt, daß zumindest innerhalb der Parteien kein Konsens mehr in Sachen einer neuen demokratischen Ordnung erreicht werden konnte. Durch die zunehmende Abneigung der deutschen Bevölkerung zur Republik, welche durch die fatalen Folgen der Weltwirtschaftskrise bestärkt wurde, waren die Befürworter einer Demokratie den Angriffen von Links und Rechts ausgesetzt und befanden sich schließlich in einer Minderheit.

Die Gründe für das Mißtrauen in die neue Ordnung sind nicht überraschend. Zum einen hing dies mit den alten Traditionen zusammen, man verspürte eine Sehnsucht nach der alten bewährten Zeit mit ihren Normen und Werten.

---

<sup>11</sup> Wolfgang J. Mommsen: *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830-1933*, Frankfurt a.M. 2000, S. 255.

<sup>12</sup> Die in Versailles auferlegten Reparationszahlungen sollten in Barschaft und Ware bis 1988 andauern. Hinzu kam, daß Deutschland 13 Prozent seines Gebietes mit 6,5 Millionen Einwohnern und stark landwirtschaftlich geprägten Regionen sowie strategisch wichtigen Bodenschätzen abtreten mußte.

<sup>13</sup> Die SPD sank von 37,9% auf 21,6%, die DDP von 18,5% auf 8,3%. Die Zentrumsparterie verzeichnete geringere Stimmenverluste: von 15,1% fiel die Partei auf 13,6%. Die DVP, DNVP, USPD und KPD erreichten zusammen 49% der Wählerstimmen.

Auf der anderen Seite „war die Ordnung der Weimarer Republik keineswegs so leistungsfähig, daß man Vertrauen in den demokratischen Staat fassen konnte.“<sup>14</sup>

Die demokratische Verfassung wurde von der Mehrheit der politischen Gruppen als ein eher mangelhaftes und zugleich unzureichendes Produkt eines Kompromisses angesehen. Es war vielmehr das Ergebnis der Revolution vom 9. November 1918, das in einem staatsrechtlichen „Niederschlag“ einer neuen Reichsverfassung mündete. Die Legitimation „des Weimarer Verfassungswerkes“ ergab sich lediglich aus dem „revolutionären Bruch mit dem Kaiserreich auf breiter Basis“ innerhalb der Sozialdemokratie und kleiner „Gruppen republikanischer Linksintellektueller“, die diesen unterstützt hatten.<sup>15</sup> Aufgrund der daraus resultierenden politischen Ordnung, die zwar am Anfang noch ausreichend getragen wurde, aber später immer mehr von ihrer Popularität auch in pro-demokratischen Kreisen einbüßte, paßte die Verfassung kaum einer politischen Partei richtig ins ideologische Konzept, außer in den Fällen, wo sie den eigenen Interessen und der Instrumentalisierung diente.

Den Sozialisten, geschweige den Kommunisten, war die Republik viel zu bürgerlich und damit nicht ausreichend für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft. Bei den Konservativen galt der neue Staat als schwach und undeutsch. Man sah in ihm den Rest des Kaiserreiches, einer Weltmacht, die von Bismarck bis Wilhelm II. durch die industrielle Revolution und die damit verbundene Zunahme der Bevölkerung sowie die nationale Einigung und die daraus entstandene Großmachtpolitik eine einzige Erfolgsgeschichte war und zum Koloss in Europa wurde. Die Liberalen und das Zentrum sahen dagegen in den politischen Verhältnissen die Möglichkeit für einen Neuanfang und beteiligten sich maßgeblich an der Konzeptionierung der Weimarer Verfassung. Für die Nationalsozialisten, die erst in den späten zwanziger Jahren stark auftraten, war die „November-Republik“ eine Schande für Deutschland. Hitler und seine Anhänger nutzten die institutionellen Schwächen der Weimarer Republik systematisch aus. Dabei bedienten sie sich der Möglichkeiten, die ihnen die Weimarer Reichsverfassung bot. Diese Taktik bildete die Ausgangsbasis für das politische Agieren der Nationalsozialisten. In diesem liegt eine der „technischen“ Ursachen für das Scheitern der Republik und es war gleichzeitig wesentlich effizienter als *„das offene Bekenntnis zur revolutionären*

---

<sup>14</sup> Sontheimer [wie Anm. 3], S. 456.

<sup>15</sup> Detlef Lehnert: Verfassungsdispositionen für die Politische Kultur der Weimarer Republik – Die Beiträge von Hugo Preuß im historisch-konzeptiven Vergleich, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodel. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1993, S. 14.



*Gewalt, dem“ sich Hitler „zwar verschrieben hatte und dem die andere totalitäre Partei, die KPD, nach wie vor huldigte.“<sup>16</sup> So war Hitler imstande, mit Hilfe des „taktischen Legalismus“, die demokratischen Parteien zu entwaffnen und dadurch schließlich den Rechtsstaat zu neutralisieren.<sup>17</sup> Unter dieser politischen Konstellation war ein Weiterbestehen der Republik nicht möglich und mußte auf Dauer in den Untergang der republikanischen Strukturen führen. Eine Mischung aus massenwirksamen Parolen und einer neuen politischen Kultur des Führerprinzips mit einer neuartigen Manipulation der Massen<sup>18</sup> zeigte ihre Wirkung und verhalf den Nationalsozialisten schließlich bei der Beseitigung der Republik. Eine Rettung des Rechtsstaates war nur möglich, wenn seine Befürworter am Ende der Existenz der Republik „gegen den Buchstaben einer Verfassung verstoßen“ würden, „die gegen ihre eigene Geltung neutral war.“ Jedoch die Haltung eines „Verfassungsfetischismus“ machte diese Option nicht realisierbar. Durch diese positivistische Haltung wurde die Auslieferung des Staates an Hitler und seine Bewegung bedeutsam erleichtert.<sup>19</sup>*

*„Der breite Fächer des geistig-politischen Lebens der Weimarer Republik enthielt alles, was bereits das 19. Jahrhundert an politischen Kräften entbunden hatte: Revolutionäre und Reaktionäre; demokratiefeindliche Altliberale und fortschrittlichere Neoliberalen; vorwiegend an klerikaler Kulturpolitik interessierte Katholiken und in völkische Ideen verrannte Protestanten; gemäßigte Sozialdemokraten und nicht völlig reformunwillige Konservative; Verteidiger des unsozialsten Kapitalismus mit ungezügelter Gewinn- und Ausbeutungstreben und bescheidenere Anwälte eines sozialen Kapitalismus, die ihn durch interventionistische Eingriffe seitens des Staates von seinen Auswüchsen und Ungerechtigkeiten befreien wollten; Anhänger des Führerprinzips und Menschen, die allein auf die Automatik der Institutionen vertrauten; Militaristen und Pazifisten etc. Für alles, was im 19. und dann im 20. Jahrhundert an politischer Artikulation und ideologischer Orientierung anzutreffen war, hält die Weimarer Republik Beispiele bereit.“<sup>20</sup>*

<sup>16</sup> Vgl. Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998, S. 594.

<sup>17</sup> Ebda.

<sup>18</sup> Die Erkenntnisse über die Manipulation der Massen sind auf Gustave Le Bon (1841-1931) zurückzuführen. Ursprünglich Arzt, beschäftigte er sich außer mit Hygiene und Physiologie mit Archäologie und Völkerkunde. Mit seinem Werk „Psychologie der Massen“ (1895) wurde er zum Begründer der Massenpsychologie. Goebbels bediente sich der Erkenntnisse seiner Ausführungen und setzte auf die Beeinflussung der Massen und nicht der Intelligenz. Er erfuhr aus der Lektüre, daß ein Einzelner in der Masse seine Kritikfähigkeit verliert – egal wie intelligent und gebildet der Betroffene ist. Daher ist das Individuum in der Masse leichtgläubiger und unterliegt der psychischen Ansteckung. Im Resultat ist die Masse durch Führer jederzeit ganz leicht und souverän zu lenken.

<sup>19</sup> Winkler [wie Anm. 8], S. 594.

<sup>20</sup> Sontheimer [wie Anm. 3], S. 458.

Aufgrund einer neuen Ordnung, ohne eine wirklich funktionierende Ordnung, entstand eine Lage, in der sich alle vorhandenen politischen Strömungen mit ihren Ideologien von ganz links bis ganz rechts bekämpfen konnten. Dieser permanente Kampfstand diente letztlich keiner Seite und war vor allem ein politisches Armutszeugnis für die entstehende politische Kultur, die schließlich in der Demontage der Weimarer Republik mündete. Die bestehenden geistig-politischen Gegensätze verhinderten jeglichen Konsens, ohne den eine wirkliche Neuordnung nicht möglich war.

Die politisch-soziale Krise der Weimarer Republik kann als eine Krise der politischen Autorität bezeichnet werden. Es mangelte am politischen Konsens, zu groß waren die Unterschiede bei den Ideologien der politischen Strömungen. Zu klein war der Wille zu einer konstruktiven politischen Kultur, die für den Neuanfang wegweisend hätte sein müssen. Es fehlte einfach an Einsicht und Kraft, um diesen zu wagen. Stattdessen entstand eine politische Kultur, die auf Enttäuschung und Hass gegenüber den Strukturen der Weimarer Reichsverfassung begründet war, diese Erscheinung gewann zunehmend an Popularität.

Diese Tatsache machte es möglich, Weichen in die Richtung einer Unterminierung der demokratischen Staatsidee zu stellen.

Bei der intellektuellen Elite fehlte es an gemeinsamen Grundwerten und Orientierungen, die eine Basis für eine Demokratie hätte bilden können. Daher scheint es nicht ratsam, die Intellektuellen der Weimarer Republik nach typisch politischen Linien zu klassifizieren. Die Frage nach einem kulturellem Leben spielte sich nicht im Rahmen des parlamentarischen Systems ab, es war vielmehr eine Mischung aus Fragen, die nicht direkt politischer Natur waren und Stimmen wurden gewöhnlich nicht aufgrund der Parteizugehörigkeit vergeben.<sup>21</sup> Jedoch gab es ein paar Verhaltensmerkmale innerhalb dieser Gruppen. In der Anfangsphase der Republik existierte eine Minderheit von linken Intellektuellen, die der Republik sehr optimistisch gegenüber standen und dementsprechend voller Enthusiasmus waren. Dieser Zustand war jedoch nur von kurzer Dauer. Die erhofften Strukturen brachten nicht die erwarteten Veränderungen mit sich. Die positiven Ansätze wurden nicht verwirklicht, sondern es entstanden negative sozial-politisch-wirtschaftliche Tatsachen, wie enorme Inflation, Arbeitslosigkeit, steigende Armut in breiten Schichten der Gesellschaft und nicht zuletzt bürgerkriegsähnliche Zustände. So zeigten sich die Protagonisten der ersten Stunde der Weimarer Republik später als enttäuschte Kritiker des Systems.

Eine andere Gruppe, die die Republik als für eine an sich richtige Entwicklung betrachtete, war die Gruppe der Gemäßigten und Liberalen. Diese waren je-

---

<sup>21</sup> Walter Laquer: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt a.M., Berlin 1976, S. 62.

doch in der Minderheit. Mit dem Verfassungskonzept – in weiten Teilen – waren diese einverstanden, entdeckten jedoch Schwächen in seiner Funktionsweise. Zu den Schwächen zählten sie die großen Defizite bei den politischen Spielregeln, die allzu viele nicht befolgt hatten, auf. Ohne Spielregeln konnte es eben in ihren Augen keine geordnete Freiheit geben. Hitler wurde durch diese Kräfte unterschätzt, sein politisches Aufkommen war nicht mehr als eine Art Rattenfängerei, die von großen Sprüchen begleitet war. Die Liberalen und Gemäßigten sahen zwar die Gefahr des politischen Treibens auf der Straße, vermochten jedoch nicht mehr zu sagen, als daß das deutsche Volk nicht reif genug gewesen sei, um eine stabile demokratische Ordnung in ihren Strukturen zu installieren. *„Diese allzu Liberalen, Vernünftigen, Besonnenen saßen vorzugsweise in den Redaktionsstuben der großen bürgerlichen Zeitungen, bei der ‚Vossischen‘, dem ‚Berliner Tageblatt‘ oder der ‚Frankfurter Zeitung‘. Theodor Heuss ist vielleicht ihr heute bekanntester Repräsentant. Was ihnen abging, wofür sie kein Organ und wogegen sie erst recht kein Rezept hatten, das war die Macht des Irrationalen, die Verherrlichung des Mythos und der Gewalt, die sich im geistigen und politischen Leben der Republik wuchernd ausbreitete. Sie waren aufgeklärte Bürgerliche, aber die Stimme ihrer Vernunft tönte schwach und hilflos. Militanz, auch für die liberale Demokratie, paßte nicht in ihre Weltanschauung.“*<sup>22</sup>

Neben diesen Gruppen existierte noch eine andere politische Kraft von politisch aufgeschlossenen Intellektuellen, diese wurden als Vernunftrepublikaner bezeichnet. Zu den vielleicht bekanntesten Vertretern dieser relativ großen Kraft zählte der Historiker Friedrich Meinecke. Für diese Gruppe galt das Kaiserreich als überholt und ließ sich einfach nicht mehr halten. Auf der anderen Seite hingen sie jedoch den alten Traditionen an. Der Republik gegenüber war ihre Haltung eher passiv und abwartend. Einer, der diesen Zustand treffend beschrieben hat, ist Peter Gay in seinem Buch über die Kultur in der Weimarer Republik: *„In der Weimarer Zeit gab es Tausende – Professoren, Industrielle, Politiker –, die zwar die Nazis haßten, aber die Republik nicht liebten. Hochgebildet, intelligent und wenig geneigt, die Werte des Kaiserreiches gegen die zweifelhaften Segnungen der Demokratie einzutauschen, wurden viele dieser Männer durch innere Konflikte gelähmt; sie durchliefen während der Weimarer Jahre Karrieren, deren ehrenhafte Ohnmacht hin und wieder durch krampfhaftige Geschäftigkeit unterbrochen wurde. Sie lernten es, mit der Republik zu leben und deren Kommen als historische Notwendigkeit anzusehen. Sie achteten auch manche Führer der Republik, doch lernten sie es nie, die Republik zu lieben und an ihre Zukunft zu glauben.“*<sup>23</sup>

---

<sup>22</sup> Sontheimer: [wie Anm. 3], S. 460.

<sup>23</sup> Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur in der Weimarer Zeit in 1918-1933, Frankfurt a.M. 1987, S. 44.

Diese meist konservativen Liberalen waren einer national-bürgerlicher Herkunft, daher hätte der Weg zur Sozialdemokratie eine Umwälzung ihrer eigenen Ideale und damit verbundenen Normen und Werte bedeutet.

Die Rechten hielt die Linke für unpatriotisch, dabei stellte für die Rechten die pazifistische Ansicht der Linken – im Angesicht des Versailler Diktats – einen Fall des Hochverrats dar. Man sprach auf der rechten Seite von Gangstermethoden bei den Linken und mit ihrer politischen Ausrichtung, die eine ganze Nation geistig ermorden würde. Auch hier gab es verschiedene Stufen der Intensität in der Wahrnehmung derartiger Meinungen. Bei den gemäßigten rechten Intellektuellen fand man sich mit so Zeitgenossen wie Thomas Mann und Max Reinhardt ab, jedoch nicht mit Tucholsky, Brecht oder Erwin Piscator. Die Extremen in den Reihen des rechten Flügels waren für die Ausrottung aller Einflüsse, die irgendwie unpatriotisch und undeutsch zu sein schienen.<sup>24</sup> Sie waren zu unterschiedlich, um einen „gemeinsamen Nenner zu finden.“ Sie bildeten eine Opposition zur Republik und der damit sich im Entwickeln befindenden „Weimarer Kultur“. Diese befürworteten einen starken Staat, jedoch andere waren für die Regenerierung des Volkes. Andere Gruppen innerhalb der Rechten predigten einen starken Nationalismus, der keine spezifischen Züge trug. Zu den gemeinsamen Leitlinien gehörte möglicherweise die Tatsache, daß fast allen Denkern der Rechten das Etikett „intellektuell“ als Schimpfwort galt. Dieses Phänomen ist auf politische Verhältnisse in Frankreich zurückzuführen, wo um die Jahrhundertwende die politische Rechte die Bezeichnung „intellektuell“ im Kampf gegen die Linke verwendet hatte. Mit diesem Ausdruck beschrieb man einen Zustand der gleichbedeutend war mit solchen Aspekten wie Verneinung, Rationalismus und Dürre. Ein Intellektueller war nicht imstande, Intuition, Gefühl, Glaube und Respekt vor allem Heiligen zu empfinden und zu zeigen – so die Rechten. Am heftigsten reagierten die Nationalsozialisten, indem sie diesen Ausdruck ins Lächerliche zogen oder ihm einfach nur Verachtung schenkten. Diese Verhaltensweise ist erwähnenswert, weil ausgerechnet diese Gruppe über eigene Ideologen wie Rosenberg und natürlich Goebbels – der ein Meister seiner „Kunst“ war – verfügten. Waren diese nicht auch irgendwie intellektuell, wie Laqueur behauptet?<sup>25</sup> Widersprüche über Widersprüche in dieser Republik, egal wo man hinschaut. Die Ursachen für die Zersetzungsprozesse im kulturell-politischen Bereich wurden von den Rechten nicht unbedingt nur in dem Wirken der Weimarer Republik gesucht. Den geistigen Niedergang suchte man vielmehr in den Entwicklungen des „letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts. Die A-

---

<sup>24</sup> Laqueur [wie Anm. 4], S. 62f.

<sup>25</sup> Ebda., S. 104-105.

larmglocke hatte vor einigen Jahrzehnten angeschlagen: gegen das Anwachsen eines seelenlosen Materialismus, den unbeschränkten Fortschritt kapitalistischer Zivilisation, den Aufstieg Berlins – der undeutschen Metropole – gegen Brutalität, Leere und Entseelung. „Entfremdung“ würden wir heute sagen.“<sup>26</sup> Diese Prozesse und Gefahren hingen offensichtlich nicht immer mit einem politischem Neustart in Deutschland zusammen, sondern sie waren einer extern-globalen Natur mit damals schon historischem Hintergrund geschuldet. Als Gegenmaßnahme gegen diese Entwicklungen reagierten die Rechten<sup>27</sup> mit kulturellen Heilmitteln. Zu diesen gehörten solche Aspekte wie: Wandel des Lebensstils, einfachere und vor allem natürlichere Lebensweise und schließlich Rückkehr zu alten Werten. Daher auch der Ruf nach einer völkischen Kultur mit Seele, die zu der seelenlosen kosmopolitischen Kultur im Gegensatz stehen sollte. Durch die Stärkung des Völkischen versuchte man auf der rechten Seite des politischen Spektrums den Zeichen einer Massenkultur entgegenzutreten und die Zersetzung alter Werte aufzuhalten.<sup>28</sup>

Es ließe sich also sagen, daß die sich anbietende politische Kultur der Weimarer Republik eine Kultur voller Widersprüche war. Damit stand sie in nichts nach, wenn man die Präsentation des geistig-kulturellen Lebens betrachtet. Bei den geistig-kulturellen Entwicklungen entstand eine ganze Palette an schöpferischen Möglichkeiten. Aufgrund der Unordnung innerhalb der politischen Gruppen konnte sich keine einheitliche Kultur des Politischen herausbilden. Die Kultur der einzelnen Gruppen resultierte aus verschiedenen Ausprägungen geistiger und politischer Vorstellungen. Mit der Kunst und der Literatur verhielt es sich ähnlich. Hauptsächlich aufgrund des Krieges erreichten die Kunst in ihrer malerischen und zeichnerischen, aber auch die Literatur, einen überspitzten und unangenehmen Charakter in ihrer realen Verwirklichung. Dies alles war auch ein fester Bestandteil des Politischen, es prägte die politische Kultur und diese spiegelte sich in allen Bereichen der Kunst und des Alltags wieder. Es entstand eine enorme Vielfaltigkeit von kulturellen Vorstellungen, die eine ungeheure Lebendigkeit beinhaltete, aber auch von Widersprüchen. So brachten diese Widersprüche zwar den Pluralismus von Meinungen und Ansichten – die in der Politik keinen Konsens ermöglichten – die aber gleichzeitig zu einem Verhängnis für die Weimarer Republik wurden.

---

<sup>26</sup> Ebda., S. 105.

<sup>27</sup> Die Linken tendierten ebenfalls zu solchen Lösungen, um den kulturell-politischen Verfall in den Griff zu bekommen.

<sup>28</sup> Laqueur [wie Anm. 4], S. 105.

## Literatur

- Gay, Peter:** *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918-1933*, Frankfurt a.M. 1987.
- Hansen, Klaus (Hg.):** *Kulturbegriff und Methode*, Tübingen 1993.
- Laqueur, Walter:** *Weimar. Die Kultur der Republik*, Frankfurt a.M., Berlin 1976.
- Laucken, Uwe:** *Individuum, Kultur, Gesellschaft*, Bern u.a. 1994.
- Lehnert, Detlef:** *Verfassungsdispositionen für die Politische Kultur der Weimarer Republik – Die Beiträge von Hugo Preuß im historisch-konzeptiven Vergleich*, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hg.): *Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodel. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1993.
- Lipp, Wolfgang:** *Was heißt eigentlich Kultur – und wozu ist sie gut?*, in: Hans Georg Wehling (Red.): *Kulturpolitik*, Stuttgart, Berlin, Köln 1988.
- Mommsen, J. Wolfgang:** *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830 – 1933*, Frankfurt a.M. 2000.
- Nuys-Henkelmann, Christian de:** *Die Alltagskultur*, in: Hilmar Hoffmann/Heinrich Klotz (Hg.): *Die Kultur unseres Jahrhunderts. 1918-1933*, Düsseldorf u.a. 1993.
- Sonthheimer, Kurt:** *Die politische Kultur der Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2., durchgeseh. Aufl., Bonn 1988.
- Winkler, Heinrich August:** *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1998.



1. Jahrgang

Nr. 5

Dezember 1929

# DIE LINKS- KURVE

## INHALT :

Paul Braun: Die Lawine  
Kurt Kläber: Zwei Jahre  
A. Gabor: Die Welt von Barbusse  
Michael Gold: Amerika  
Karl Grünberg: Kritik im Betrieb  
Kurt Steffen: Der Mord  
O. Biha: Der Fall Pilniak  
Josef Dünner: Hitlers Intellektuelle  
Kurt Kersten: Bismarck  
Literatur des Betriebes  
B varia und Freiheitsstatue — Autobus in  
die Seligkeit — Spaltensalat — Bürgerliche  
Dramenfälscher 6. Dezember — Bücherschau

EGGERT

Herausgeber: Johannes R. Becher, Ándor Gabor,  
Kurt Kläber, Erich Weinert, Ludwig Renn

30 PFG.



FRANÇOIS BEILECKE

## **Intellektuelle, Kultureliten und Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik**

### **Konzepte und Forschungsperspektiven**

#### **1. Kultureliten in der Weimarer Republik: ein historischer Forschungsgegenstand?**

Versucht man, sich mit Hilfe einer einschlägigen historischen Publikation darüber Klarheit zu verschaffen, welche politische Rolle Künstler, Wissenschaftler, Intellektuelle oder andere Vertreter der deutschen Kulturelite in der Weimarer Republik gespielt haben, stößt man in der Regel auf ein stets wiederkehrendes Motiv: Die von Schriftstellern in Romanen oder Dramen bzw. von Intellektuellen in Essays und Reden enthaltenen politischen Deutungen und Meinungen seien durch eine verwirrende Vielfalt von „sich einander widersprechenden Zeitdiagnosen“<sup>1</sup> geprägt; Kurt Sontheimer charakterisiert die politische Literatur gar als Spiegelbild der „widersprüchlichen und uneinheitlichen politischen Kultur“<sup>2</sup> der Jahre 1920 bis 1933 und interpretiert die „an produktiven Gegensätzen reichen und darum blühenden Weimarer Kultur“<sup>3</sup> als wichtigen politisch-kulturellen Faktor, der zum Zusammenbruch der Republik beigetragen habe. Insbesondere die politisch-weltanschaulich zersplitterte „Elite der Intellektuellen“<sup>4</sup> habe nicht zur Herstellung eines nationalen, demokratischen Konsenses beigetragen, sondern in seiner Mehrheit dem Zeit-

---

<sup>1</sup> Walter Müller-Seidel: Literarische Moderne und Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. durchgeseh. Aufl., Bonn 1988, S. 451.

<sup>2</sup> Kurt Sontheimer: Die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. durchgeseh. Aufl., Bonn 1988, S. 459.

<sup>3</sup> Ebda., S. 463.

<sup>4</sup> Ebda., S. 459.

geist des Irrationalismus gefrönt und letztlich als Wegbereiter des Nationalsozialismus fungiert.<sup>5</sup>

Diese Beurteilung von deutschen Kultureliten in der Zwischenkriegszeit ist bemerkenswert. Zum einen wegen des schweren Vorwurfs, den Sontheimer gegen linke Intellektuelle (z.B. Heinrich Mann und Kurt Tucholsky), gemäßigte Liberale (z.B. Theodor Heuss), bildungsbürgerliche Vernunftrepublikaner (z.B. Friedrich Meinecke) und deutschnational orientierten Vertreter der konservativen Revolution<sup>6</sup> erhebt. Zum anderen aufgrund der Tatsache, daß er diesen Persönlichkeiten im Rahmen seiner Kritik einen derart weitreichenden Einfluß bei der Stabilisierung bzw. Destabilisierung eines politischen Regimes zugesteht. Und obwohl Sontheimers Typologierungsversuch der deutschen Intelligenz nicht widerspruchsfrei ist,<sup>7</sup> lenkt er nichtsdestotrotz in anregender Weise den Blick auf die Existenz einer Sozialfigur, dessen politisch-kulturelle Bedeutung von zahlreichen Sozialwissenschaftlern und Historikern bereits seit Ende der Siebziger herausgearbeitet worden ist. Vor allem in kultursoziologisch, intellektuellen- und wissenschaftshistorisch orientierten Arbeiten ist die politische Rolle von Kultureliten hervorgehoben worden, die als spezifische Akteursgruppe in modernen demokratisch-parlamentarischen Gesellschaften die oberste Deutungsmacht beanspruchten und als intellektuelle Stichwortgeber die politisch-ideologische bzw. -weltanschauliche Agenda der öffentlichen Auseinandersetzung bestimmten und z.T. noch heute bestimmen.<sup>8</sup>

Daß der kulturellen Elite dabei auch eine bestimmende Rolle bei der Formulierung, Legitimierung und Destabilisierung politischer Ordnungsvorstellung-

<sup>5</sup> Vgl. ebda, S. 463f.

<sup>6</sup> Vgl. ebda., S. 459-461.

<sup>7</sup> Problematisch ist allein der Umstand, daß Sontheimer eine Homogenität der politischen Ideen und Diskurse innerhalb der vier genannten Intellektuellengruppierungen suggeriert. Allein für die Gruppe der linken Intellektuellen erscheint dies nicht haltbar, denkt man allein an die bekannten Konfliktlinien und Spaltungen zwischen kommunistisch und sozialdemokratisch orientierten Persönlichkeiten. Und am Beispiel von Stefan George und seinem Kreis konnte aufgezeigt werden, daß die Konservative Revolution in keiner Weise eine durch Kulturpessimismus und Irrationalismus geprägte, einheitliche Denkströmung darstellte. Vgl. Stefan Breuer: *Ästhetischer Fundamentalismus. Stefan George und der deutsche Modernismus*, Darmstadt 1995, insbesondere S. 226-240.

<sup>8</sup> Vgl. u.a. Charles Kadushin: *The American intellectual elite*, Boston, Toronto 1974; John Michael: *Anxious Intellectuals. Academic Professionals, Public Intellectuals, and Enlightenment Values*, Durham, N.C. 2000; Christophe Charle: *Naissance des „intellectuels“. 1880-1900*, Paris, 1990; Jean-François Sirinelli: *Les élites culturelles*, in: Jean-Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (dir.): *Pour une histoire culturelle*, Paris 1997, S. 275-296; Rüdiger vom Bruch: *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland*, Husum 1980; Fritz K. Ringer: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933*, Stuttgart 1987.

gen zukommt, hat Wolfgang J. Mommsen in einer neueren Publikation zu verdeutlichen versucht.<sup>9</sup> Kultureliten bzw. Akademiker, Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle werden von ihm als wichtige politisch-kulturelle Protagonisten in der neueren deutschen Geschichte (insbesondere von 1920 bis 1933) bestimmt: „Denn sie prägen die Horizonte und Perspektiven, unter denen eine Gesellschaft die sie umgebende Welt wahrnimmt und deutet, als Vorstufe gesellschaftlichen Handelns oder, nicht selten, des Sich-Fügens gegenüber für übermächtig gehaltenen Kräften oder Strukturen.“<sup>10</sup> Für Mommsen sollte folglich die Berücksichtigung kultureller Faktoren sowie der Akteure, die als Träger und Produzenten von Kultur bestimmt werden können, „im Mittelpunkt jedweder historischen Reflexion“<sup>11</sup> stehen.

## 2. Intellektuelle als politisch intervenierender Typus der Kulturelite

So deutlich Mommsens Plädoyer für die geschichtswissenschaftliche Berücksichtigung der politisch-gesellschaftlichen Deutungsmacht von Kultureliten ausfällt, überwindet es jedoch nicht ein grundlegendes konzeptuelles Problem, dem sich die historische und sozialwissenschaftliche Erforschung dieses Akteurs stets gegenüber sieht. Ähnlich wie beim Politologen Sontheimer wird auch beim Historiker Mommsen nicht deutlich, wo genau die soziologischen Grenzen für Intellektuelle bzw. Kultureliten als Produzenten von Zeitdiagnosen und politischen Interpretationsmustern gezogen werden können. Es wird terminologisch nicht geklärt, ob diese Begriffe umstandslos als Synonyme verwendet werden können. Und sind Intellektuelle das gleiche wie Wissenschaftler, Künstler oder Schriftsteller? Oder erfüllen sie als zu unterscheidende Sozialgruppe verschiedene Funktionen im Bereich der politisch-kulturellen Deutungskultur? Und in welchem Verhältnis stehen sie dann konzeptuell zum offenbar umfassenderen Begriff der kulturellen Elite?

Ein fruchtbarer Vorschlag zur begrifflichen Klärung dieses Verhältnisses ist von einem führenden Vertreter der französischen Intellektuellenforschung, die sowohl in quantitativer als auch in methodisch-konzeptueller Hinsicht am weitesten vorangeschritten ist,<sup>12</sup> gemacht worden. Jean-François Sirinelli, der auch als Kritiker von Pierre Bourdieus kultursoziologischem Ansatz in der

---

<sup>9</sup> Vgl. Wolfgang J. Mommsen: *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830 - 1933*, Frankfurt a.M. 2000.

<sup>10</sup> Ebda., S. 240.

<sup>11</sup> Ebda., S. 7.

<sup>12</sup> Vgl. für einen Überblick François Beillecke: „Der Intellektuelle ist tot, es lebe der Intellektuelle!“ Anmerkungen zur neueren französischen Intellektuellenforschung, in: *Vorgänge*, Jg. 2001, Nr. 156, S. 41-49.

Intellektuellenforschung bekannt geworden ist,<sup>13</sup> hat dagegen eine politikgeschichtlich argumentierende Herangehensweise an das Intellektuellenphänomen entwickelt. Aufbauend auf einem nunmehr umfangreichen Bestand an Erkenntnissen über Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen sowie sozio-kulturellen Erscheinungsformen des französischen Intellektuellen plädiert er neuerdings für eine historisch-soziologische Konzeptualisierung der *élites culturelles*.<sup>14</sup> Dabei erscheinen vor allem drei seiner insgesamt sieben empirisch gestützten Definitionen und Konzepte als ausgesprochen anschlussfähig mit bereits bestehenden Forschungsansätzen zur Weimarer Kulturelite.<sup>15</sup>

Erstens kommt Sirinelli zu dem Ergebnis, daß die Personen, aus der sich die kulturelle Elite zusammensetzt, sinnvoller Weise nach „Kulturproduzenten“ und „Kulturvermittlern“ unterschieden werden können. Zur ersten Gruppe zählen Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler, zur zweiten zählen solche Kulturakteure, die zur Verbreitung und Popularisierung der von den Kulturproduzenten hergestellten Produkte bzw. Wissensbestände (Lehrer, Journalisten, Musiker, evtl. auch Schauspieler, Kabarettisten usw.) beitragen. Die Schwelle, die eine Person überschreiten muß, um zum Milieu der kulturellen Elite gerechnet zu werden, ist somit für Sirinelli weniger eine Frage der Bekanntheit (*notoriété*) einer Persönlichkeit oder der Verbreitung seines Werkes. Vielmehr muß nach den technischen und institutionellen Vektoren gefragt werden, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt die Zirkulation kultureller Produkte bzw. Wissensbestände in entscheidender Weise strukturieren. Für das 20. Jahrhundert kann für die meisten europäischen Staaten und Nordamerika davon ausgegangen werden, daß bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges das gedruckte Wort dominierte. Der europäischen Kulturelite standen als Publikationsorte neben dem Feuilleton-Teil von Tageszeitungen

<sup>13</sup> Insbesondere lehnt er Bourdieus Tendenz ab, die Intellektuellensphäre auf einen simplen Mechanismus zu reduzieren, der auf der Durchsetzung von Machtstrategien beruht. Bourdieu definiert das intellektuelle Feld als einen bipolaren sozialen Raum, in welchem bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und künstlerischem Betrieb mit Hilfe des ihnen zur Verfügung stehenden kulturellen Kapitals ideologische Positionen bilden; Es entsteht ein Feld, das im Sinne eines Überlegenheits- und Unterlegenheitsschemas von einem Machtkampf geprägt ist, bei dem „linke“ und „rechte“ Intellektuelle die von ihnen vertretenen Normen und Werte als dominierende kulturelle Ordnung durchsetzen wollen. Vgl. hierzu ausführlicher Pierre Bourdieu: *Homo Academicus*, Paris 1984.

<sup>14</sup> Eine systematische Erfassung der von Sirinelli inspirierten Forschungen steht noch aus. Siehe jedoch für einen ersten Überblick Nicole Racine/Michell Trebitsch (Hg.): *Sociabilités intellectuelles: Lieux, milieux, réseaux*, in: *Cahiers de l'IHTP*, Jg. 1992, Nr. 20, S. 1-51; für die Hinwendung zur Kultureliten-Thematik, vgl. Sirinelli [wie Anm. 8].

<sup>15</sup> Sirinelli geht bei seiner Bestimmung neben allgemeinen Kriterien auch auf Aspekte ein, die insbesondere den französischen Kontext für die Herausbildung von Kultureliten betreffen, hier insbesondere die Rolle des Zentralstaats und des Bildungswesens als Träger und Produzenten des französischen Kulturlebens.

vor allem politische Periodika und Kulturzeitschriften sowie die Form des politischen Essays zur Verfügung. Nach 1945 wurde die Schriftkultur zunehmend von Bild- und Tonmedien verdrängt, ebenso wie die Schule das Monopol bei der Wissensvermittlung (*transmission des savoirs*) und der Herstellung von Weltbildern zu verlieren begann. An Bedeutung haben dagegen die audiovisuellen Medien gewonnen.<sup>16</sup>

Entscheidend ist für Sirinelli in diesem Zusammenhang zweitens, daß die kulturelle Elite – auch wenn sie aus analytischen Gründen isoliert betrachtet werden muß – eng mit der sie umgebenden Gesellschaft verbunden ist. Diese Verknüpfung ist sowohl politischer als auch soziologischer Art und verleiht ihr eine Identität. Vertreter der kulturellen Elite sind z.B. in der französischen Gesellschaft immer als zivilgesellschaftliche Akteure anerkannt worden, die in autoritativer Weise „geistige Deutungsmacht“ (*autorité spirituelle*) beanspruchen konnten.<sup>17</sup> Dabei ist für Frankreich charakteristisch, daß die Dreyfus-Affäre zum auslösenden Moment für die Entstehung der Sozialfigur des Intellektuellen wurde, die sich nahezu ausschließlich aus dem Milieu der Kultureliten rekrutierte. Daß der moderne Intellektuelle seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1933 zwar unter anderen politikhistorischen und soziologischen Bedingungen auch in Deutschland eine politische Ausprägungsform der Kulturelite darstellt, ist mittlerweile umfangreich dokumentiert worden. Der Rolle von Künstlern, Schriftstellern oder Wissenschaftlern als „Kultur- und Gesellschaftskritiker neuen Typs“<sup>18</sup> im wilhelminischen Kaiserreich ist hierbei ebenso unter der Rubrik „Intellektuelle“ Aufmerksamkeit geschenkt worden wie dem „Feld von Auseinandersetzungen, Parteiungen und Netzwerken“,<sup>19</sup> die die intellektuelle Landschaft der Weimarer Republik charakterisierten. Neueste Forschungserkenntnisse, die in den Jahren 1918 bis 1933 von einer „Gemengelage“ verschiedener intellektueller Teilkulturen ausgehen,<sup>20</sup> bestäti-

---

<sup>16</sup> Vgl. Sirinelli [wie Anm. 8], S. 276-278. Damit verbunden ist für Frankreich der tiefgreifende Wandel des sozialen Status, den bspw. der Lehrer und der Hochschulprofessor im Kontext der massiven gesellschaftlichen Veränderungen seit 1900 erfahren hat.

<sup>17</sup> Vgl. ebda., S. 278-281.

<sup>18</sup> Gangolf Hübinger: Die Intellektuellen im wilhelminischen Deutschland. Zum Forschungsstand, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hg.): Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt a.M. 1993, S. 198.

<sup>19</sup> Wolfgang Bialas: Einleitung, in: Wolfgang Bialas/Georg G. Iggers (Hg.): Intellektuelle in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. u.a., 1996, S. 8. Vgl. auch Manfred Gangl/Gérard Raulet (Hg.): Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, Frankfurt a.M. u.a. 1994.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu Detlef Lehnert/Klaus Meerle (Hg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990; Manfred Gangl/Gérard Raulet (Hg.): Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, Frankfurt a.M. u.a. 1994.

gen dabei die von Sirinelli postulierte Verknüpfung der Kultureliten mit der sie umgebenden Gesellschaft. Die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzende Auflösung der erstarrten und versäulten sozialmoralischen Milieus im Kaiserreich<sup>21</sup> führte sowohl auf sozial-struktureller Ebene als auch auf politisch-kultureller Ebene zur Entstehung neuer und beweglicher Integrationsmilieus für Intellektuelle. Diese Milieus waren durch eine tiefreichende Fragmentierung bei gleichzeitig stark entwickelter Lagerpolarität gekennzeichnet. In einer jüngst erschienen Studie wird diese „Art von intellektueller Milieubildung mit verschiebbaren bzw. durchlässigen Grenzen“<sup>22</sup> als Spezifikum der Weimarer Republik bestätigt. Neben Begriffen wie „Linksintellektualismus“, „humanistischen Intellektualismus“ oder „Konservative Revolution“<sup>23</sup> werden teilkulturelle Übergangsmilieus wie „Linksrepublikanismus“ oder „ethisch-religiöse Sozialdemokratie“ herausgearbeitet und diskutiert.<sup>24</sup> In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, daß auch in der Weimarer Republik die politischen Auseinandersetzungen zwischen Intellektuellen mit den öffentlichen Debatten ihrer Zeit bestimmt sind, die sich wiederum an den ideologisch-weltanschaulichen Vorgaben und Deutungsangeboten des Intellektuellenmilieus orientierten. Ganz im Sinne von Sirinelli besteht folglich ein Wechselverhältnis zwischen gesellschaftlichem Umfeld und kulturellen Eliten, durch das Vertreter der „Hochintelligenz“ über öffentliche Resonanz verfügen und als autoritative Stichwortgeber fungieren können.

<sup>21</sup> Gemeint sind die von M. Rainer Lepsius bestimmten „soziale[n] Einheiten, die durch Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden.“ M.R. Lepsius (Hg.): *Demokratie in Deutschland, Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 38. Er unterscheidet das ostelbisch-konservative, das liberal-bürgerliche, das sozialistische und das katholische Milieu. Hübinger hat als fünftes Milieu im Kaiserreich den Kulturprotestantismus herausgearbeitet. Vgl. Gangolf Hübinger: *Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland*. Tübingen 1994.

<sup>22</sup> Michel Grunewald/Hans Manfred Bock: *Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus. Vorbemerkungen zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses*, in: Michel Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 25.

<sup>23</sup> Vgl. die ersten kultursoziologischen Überlegungen hierzu bei Jenő Kurucz: *Struktur und Funktion der Intelligenz während der Weimarer Republik*, o.O. 1967.

<sup>24</sup> Vgl. z.B. François Beilecke: *Linksrepublikanismus und Geistesrevolution. Die Stellung der „Literarischen Welt“ im politisch-literarischen Netzwerk der Weimarer Republik 1925-1933*, in: M. Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 287-301; Axel Schildt: *National gestimmt, jugendbewegt und antifaschistisch – Die Neuen Blätter für den Sozialismus*, in: M. Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 363-390.

Somit kann eine dritte wichtige Überlegung Sirinellis ebenfalls auf die Erforschung Weimarer Kultureliten übertragen werden, daß nämlich für die Phase des ausgehenden 19. Jahrhunderts bis etwa Ende der sechziger Jahre eine intellektuellenhistorische und -soziologische Betrachtung das angemessene konzeptuelle Instrumentarium zur Erforschung des Kultureliten-Phänomens bereitstellt. Gestützt auf umfangreiche Studien zum französischen Intellektuellenmilieu seit Ende des 19. Jahrhunderts schlägt Sirinelli insbesondere vor, die Organisationsformen (z.B. Intellektuellenverbände), Arten der Vergesellschaftung (*sociabilité intellectuelle*) und Vernetzungen (*réseaux de sociabilité*) sowie die damit verbundenen Rekrutierungs-, Anerkennungs- und Schichtungsmechanismen als historische Analysekonzepte zu verwenden, um die Konstituierungs- und Entwicklungsbedingungen sowie die Rolle und Funktion der Kultureliten in einer bestimmten historischen Phase adäquat zu erfassen.<sup>25</sup> Die Frage, ob diese Form der historisch-soziologischen Mikroanalyse unter Berücksichtigung national-spezifischer Kontexte zu einer adäquaten Erfassung funktionsäquivalenter Formen von Kultureliten im europäischen Rahmen führen kann, ist im Rahmen erster vergleichender Studien versucht und diskutiert worden.<sup>26</sup> Grundsätzlich kann aber wohl schon jetzt davon ausgegangen werden, daß der *public intellectual* bzw. *public moralist* angelsächsischer Prägung, der französische *intellectuel* und der Intellektuelle in der Weimarer Republik Beispiele nationalspezifischer Ausprägungsformen einer Sozialfigur darstellen, die sich stets aus dem jeweiligen Milieu der Kulturproduzenten und der Kulturvermittler rekrutieren.

### 3. Kulturzeitschriften als politisch- und sozio-kulturelle Kristallisationspunkte der Weimarer Republik

Betrachtet man aus der von Sirinelli vorgeschlagenen Analyseperspektive die mittlerweile beachtliche Zahl von Arbeiten, die zur Weimarer Kulturelite bzw. zum Intellektuellenmilieu erschienen sind, kann festgestellt werden, daß eine Vielzahl von ihnen zwar nicht explizit einer historisch-soziologischen Fragestellung nachgeht. Vielfach geht es jedoch – zumeist in der Form von Einzelstudien zu repräsentativen Persönlichkeiten (u.a. Walter Benjamin, Karl Jaspers, Carl Schmitt) – darum, die Weimarer Intellektuellenlandschaft als eigenständiges Feld genauer zu erfassen. Als wichtige Faktoren werden in diesem Zusammenhang u.a. die traumatischen Auswirkungen des verlorenen Krieges auf die Diskussionsinhalte unter Intellektuellen, aber auch – wie bereits angedeutet – die Veränderung der intellektuellen und politischen Milieus nach

---

<sup>25</sup> Vgl. Sirinelli [wie Anm. 8], S. 288-293.

<sup>26</sup> Vgl. Michel Trebitsch u.a.: *Pour une histoire comparée des intellectuels*, Brüssel 1998.

1918 hervorgehoben.<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang ist insbesondere die wachsende Zahl von Arbeiten interessant, die das Augenmerk auf die besonderen Arten der Vergesellschaftung von Kultureliten bzw. Intellektuelle richten. Dabei zeichnet sich ab, daß spezielle Formen der soziokulturellen Gruppenbildung, z.B. Kreise, Bünde und Gruppen (die Bündische Jugend, der George-Kreis, die Gruppe 1925 usw.) als konstitutives Merkmal des kulturellen Elitenmilieus in Deutschland angesehen werden können.<sup>28</sup> Insbesondere hier ergeben sich fruchtbare Berührungspunkte mit der neueren französischen Intellektuellenforschung, die jedoch nicht allein die Gruppen- und Vereinsbildung als entscheidenden Forschungsgegenstand ansieht.

Wie bereits angedeutet, räumt Sirinelli der Untersuchung dieser Formen soziokultureller Vergesellschaftung einen wesentlichen Platz in der historisch-soziologischen Erforschung von Kultureliten ein. Mit dem nur unvollkommen ins Deutsche zu übersetzenden Begriff der *sociabilité intellectuelle* geht es ihm um die Erfassung der spezifischen Formen der Gruppenbildung,<sup>29</sup> die die Sozialfigur des Intellektuellen charakterisiert und durch die sie einen eigenständigen und zentralen Platz in der französischen Gesellschaft einnimmt. Sirinelli nähert sich dem Begriff aus struktureller Perspektive und definiert ihn allgemein als „dauerhafte oder zeitlich begrenzte Gruppierung, die nicht nach dem Grad der Institutionalisierung bestimmt wird, und der man anzugehören

<sup>27</sup> Vgl. insbesondere Wolfgang Bialas: Intellektuellengeschichtliche Facetten der Weimarer Republik, in: Wolfgang Bialas/Georg G. Iggers (Hg.): Intellektuelle in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. u.a., 1996, S. 13-30, sowie die einzelnen Beiträge in diesem Herausgeberband; weiterhin Jutta Schlich (Hg.): Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, Tübingen 2000. Siehe auch die zahlreichen bibliographischen Angaben bei Hans Manfred Bock: Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik im Kontext der Gesellschafts-, Kultur-, Verlags- und Intellektuellengeschichte. Ein bibliographischer Versuch, in: Michel Grunewald (Hg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918-1933), Bern u.a. 1997, S. 363-386.

<sup>28</sup> Aus den disparat erschienenen Beiträgen hierzu seien exemplarisch genannt: Klaus Petersen: Die „Gruppe 1925“. Geschichte und Soziologie einer Schriftsteller-Vereinigung, Heidelberg 1981; Rainer Kolk: Literarische Gruppenbildung: am Beispiel des George-Kreises 1890 - 1945, Tübingen 1998; Wulf Wülfing/Karin Bruns/Rolf Parr (Hg.): Handbuch literarisch-kultureller Vereine, Gruppen und Bünde 1825 -1933. Stuttgart, Weimar 1998; Richard Faber/Christine Holste (Hg.): Kreise - Gruppen - Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation, Würzburg 2000.

<sup>29</sup> Eine deutsche Entsprechung des Begriffs ist als direkte Übersetzung nicht auszumachen. Sirinelli übernimmt den Begriff ohne weitere Vertiefung von Maurice Agulhon, der unter *sociabilité* aus mentalitäts- und sozialhistorischer Perspektive ein spezifisches Phänomen der bürgerlichen Gruppenbildung in der französischen Gesellschaft des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert versteht (vgl. Agulhon 1977, Racine 1992). Die Umschreibung des Begriffs als „Form der intellektuellen Gruppenbildung“ scheint vorerst die adäquateste Lösung zu sein.



auswählt“.<sup>30</sup> Mit diesem Konzept hebt er den intermediären Bereich sozialer Gruppenzugehörigkeit hervor, der zwischen Familie und der Mitgliedschaft in Partei, Gewerkschaft etc. angesiedelt ist.<sup>31</sup> Das Intellektuellenmilieu stellt somit eine relativ kleine Welt dar, die sich in Sirinellis Terminologie aus verschiedenen Gruppenbildungsstrukturen zusammensetzt. Je nach untersuchtem Zeitabschnitt oder Gegenstand können sich diese Strukturen wandeln, verändern bzw. voneinander unterscheiden. Die Charakteristik einer derartig verstandenen intellektuellen Gruppenbildung besteht dabei in der besonderen Qualität der Beziehungsnetzwerke, die sich um sie herum bilden: „Die Kontakte [zwischen Intellektuellen, F.B.] werden beispielsweise im Umfeld der Redaktion einer Kulturzeitschrift oder des Lektoratsbüros eines Verlagshauses geknüpft. In der Umgangssprache hat sich der Begriff 'Netzwerk' [*réseau*] eingebürgert, um solche Strukturen zu definieren“.<sup>32</sup> Hervorgehoben werden soll, daß für Sirinelli das Redaktionskomitee einer Kulturzeitschrift<sup>33</sup> eine wichtige Form intellektueller Gruppenbildung darstellt, weil es als sozialer Knotenpunkt eine konstituierende Funktion für das als kommunikatives Beziehungsnetzwerk verstandene Intellektuellenmilieu inne hat. Darüber hinaus spielen Zeitschriften eine weitere wichtige Rolle in der ideologisch-weltanschaulichen Ausgestaltung eines Intellektuellenmilieus: „Die Zeitschriften verleihen dem Intellektuellenfeld ein Grundgerüst, das auf antagonistischen Kräften der Anziehung – d.h. auf die den Zeitschriften zugrundeliegenden Sympathien und Treueverhältnisse sowie auf deren Einfluß – und der Abstoßung – d.h. auf die in den Zeitschriften vertretenen Positionen, die durch sie ausgelösten Debat-

---

<sup>30</sup> Jean-François Sirinelli: *Le hasard ou la nécessité? Une histoire en chantier: l'Histoire des intellectuels*, in: *Vingtième siècle* 9 (1986), S. 101 (Übersetzung F.B.).

<sup>31</sup> Vgl. ebda.

<sup>32</sup> Ebda, S. 101f. (Übersetzung F.B.).

<sup>33</sup> Der französische Begriff für Kulturzeitschrift ist *Revue*. Er bezieht sich auf ein periodisch erscheinendes Organ, das sich nicht disziplinäre oder thematische Spezialisierung an ein begrenztes Fachpublikum wendet (also nicht eine Fachzeitschrift im Sinne einer *revue spécialisée*), sondern i.d.R. ein breiteres politisch-kulturelles Themenspektrum abdeckt und meist programmatisch einer bestimmten ideologisch-weltanschaulichen Richtung verpflichtet ist. Bekannte Beispiele für solche Literatur- und Kulturzeitschriften, die in Frankreich auch als *revues générales* bezeichnet werden, sind in Frankreich *La Revue des Deux Mondes*, *La Nouvelle Revue française* oder *Esprit*, in Deutschland der *Merkur*, die *Weltbühne* oder die *Literarische Welt*. Für einen Überblick deutscher Kulturzeitschriften, vgl. H.-D. Fischer: *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts*, Pullach 1973. Zur Entstehungsgeschichte der Kulturzeitschriften in Deutschland, die zunächst dem „Rundschau“-Prinzip folgten, vgl. Karl Ulrich Syndram: *Kulturpolitik und nationales Selbstverständnis. Untersuchungen zur Kunst- und Kulturpolitik in den Rundschauzeitschriften des Deutschen Kaiserreichs (1871-1914)*, Berlin 1989, S. 25-42.

ten und Spaltungen – beruht“.<sup>34</sup> Neben dieser Außenwirkung bestimmen Kulturzeitschriften auch das interne Funktionieren von Intellektuellengruppierungen. So geht die Gründung eines Periodikums entweder aus einer Gruppenbildung hervor oder geht einer solchen voraus. Sie stellt also einen Kristallisationspunkt „für die Formierung von politisch-kulturellen Vergesellschaftungsstrukturen“<sup>35</sup> und den sich dabei artikulierenden intellektuellen Teilkulturen dar. Sirinelli verdeutlicht diese Funktion einer Kulturzeitschrift und ihres Redaktionskomitees am Beispiel der Gruppe der jüngeren Anhänger der royalistisch-nationalistischen *Action Française* in der Zwischenkriegszeit: „Das Denken von Maurras und Daudet verleiht ihm ein ideologisches Fundament [*ciment idéologique*], die Kulturseite der Zeitung ‚L’Action Française‘ formt und vermittelt – sofern die jungen Leute daran mitarbeiten – dessen Gesinnung, die Ligue sowie ihre studentische Organisation stellen ihm eine Struktur zur Werbung neuer Mitglieder zur Verfügung. Allerdings definiert sich dieses Milieu offensichtlich auch durch eine ihm eigene Form des Zusammenlebens. Insbesondere das Thema Freundschaft taucht sehr oft in den Erinnerungen der damaligen Akteure auf. Das ‚wir‘, das von Robert Brasillach in ‚Notre avant-guerre‘ verwendet wird, und der Ton, den er in den ersten Kapiteln seines Werkes anspricht, sind in dieser Hinsicht bezeichnend“.<sup>36</sup>

Die Bedeutung, die in Frankreich der Untersuchung von Kulturzeitschriften im Rahmen der französischen Intellektuellenforschung beigemessen wird, kontrastiert mit den entsprechenden Bemühungen auf deutscher Seite. Tatsächlich schenken die wenigsten Forschungsarbeiten zur Weimarer Intellektuellengeschichte einem entscheidenden Punkt kaum Aufmerksamkeit, nämlich der Frage, welche Mittel und Wege des Zugangs zur Öffentlichkeit den Intellektuellen zur Verfügung standen, um ihre Rolle als politisch-kulturelle Deutungsinstanz, die „zwischen den vielfach radikal unterschiedlichen Lebensspären komplexer Gesellschaften vermittel[t] und auf ihre Weise im historischen Prozeß eine bedeutsame Rolle spiel[t]“,<sup>37</sup> zu erfüllen. Wie die französische Forschung verdeutlicht, ist der Zugang zur Öffentlichkeit für Intellektuelle in keiner Weise automatisch oder selbstverständlich gewesen. Auch für die deutsche Situation sollte entsprechend davon ausgegangen werden, daß Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik den wichtigsten „Ausgangs- und Zielpunkt intellektueller Gruppenbildung“ für deutsche Kultureliten dar-

<sup>34</sup> Jean-François Sirinelli: *Les intellectuels*, in: René Rémond (dir.): *Pour une histoire politique*. Paris 1988, S. 217 (Übersetzung F.B.).

<sup>35</sup> H. M. Bock/M. Grunewald [wie Anm. 22], S. 31. Siehe hier auch die näheren Erläuterungen zu den Verknüpfungen der Konzepte von Sirinelli mit den Erfordernissen einer historischen Zeitschriftensoziologie, insbesondere S. 28-32.

<sup>36</sup> Sirinelli [wie Anm. 30], S. 105.

<sup>37</sup> Gangolf Hübinger: Einleitung, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hg.): *Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 1993, S. 11.

stellten, wobei hier die nationalspezifischen Kontexte und Traditionen bei der Analyse berücksichtigt werden müssen. Vor allem die der Gründung und Fortführung einer Kulturzeitschrift zugrundeliegenden Beziehungsnetzwerke, sozialen Zugangsmechanismen und teilkulturellen bzw. sozialmoralischen Verankerungen müssen dabei als Bedingungsfaktoren für die von Intellektuellen verbreiteten Zeit- und Krisendiagnosen zwingend berücksichtigt werden. Eine individualbiographisch hergeleitete oder rein ideenhistorische Analyse von linken, vernunftrepublikanischen oder konservativ-revolutionären Intellektuellen greift dagegen zu kurz, da sie die soziokulturellen und politikhistorischen Einbettung des Weimarer Kulturelitenmilieus und der von ihr ausgehenden Diskurse ausblendet.

Wie ertragreich eine historisch-soziologisch orientierte Zeitschriftenforschung sein kann, belegen die Arbeiten einer deutsch-französischen Forschergruppe, die seit Mitte der neunziger Jahre aktiv ist. Seit sieben Jahren veranstaltet das *Centre d'Etude des Périodiques de Langue allemande*<sup>38</sup> jährlich ein internationales Kolloquium, daß sich bis 2000 der detaillierten Rekonstruktion des Diskurses gewidmet hat, der von 1871 bis 1955 „in deutschen Zeitschriften hinsichtlich einer zukünftigen Organisation Europas geführt wurde, sei es auf globaler Ebene oder durch Untersuchung bilateraler Beziehungen zwischen den wichtigsten Staaten des Kontinents.“<sup>39</sup> Interessant für den in diesem Beitrag erörterten Zusammenhang ist der Umstand, daß für die Erfassung und diskursanalytische Rekonstruktion der in Deutschland diskutierten Europavorstellungen eben die systematische Auswertung von Kulturzeitschriften zugrunde gelegt wurde. Begründet wird diese Vorgehensweise mit der Tatsache, daß es mit der Aufhebung der Zensur im Jahre 1848 und insbesondere nach der Reichsgründung 1871 zu der massiven Ausbreitung des Kulturzeitschriften-Phänomens kam, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits andere europäischen Staaten erfaßt hatte. Kulturzeitschriften stellten nun auch in Deutschland seit dieser Zeit bis etwas Ende der fünfziger Jahre (also mit der bereits erwähnten Ausbreitung der audiovisuellen Medien) im Sinne von Habermas' „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ die zeitgemäße Form von rasonnierender Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft dar.<sup>40</sup> Die aus analytischer Perspektive entscheidende Eigenschaft deutscher Kulturzeitschriften besteht darin, daß sie in programmatischer Weise aktuellen Zeitgeschehnissen und intellektuellen Entwicklungen gegenüber offen waren. Sie sind daher

<sup>38</sup> Übersetzt: Forschungszentrum deutschsprachiger Zeitschriften. Das Zentrum unter der Leitung von Michel Grunewald kooperiert mit den Universitäten Kassel und Leipzig.

<sup>39</sup> Michel Grunewald (Hg.): *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1871-1914)*, in Zusammenarbeit mit Helga Abret und Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1996, S. V.

<sup>40</sup> Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962.

nicht allein als Spiegel ihrer Epoche anzusehen, sondern vermitteln gleichzeitig die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster bestimmter politischer Strömungen oder sozialmoralischer Milieus.<sup>41</sup> Kulturzeitschriften sind folglich in historisch-soziologischer Hinsicht als politisch-kulturelle Kristallisationspunkte von Welt- und Sinndeutungsangeboten anzusehen, da deren Ausformulierung und Verbreitung in der Regel in den Händen von Vertretern der deutschen Kulturelite stand. Dementsprechend viel Aufmerksamkeit ist in den vier Tagungsbänden, die zwischen 1996 und 2000 zum Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften erschienen sind, u.a. der politischen und soziologischen Zusammensetzung der Redaktion der jeweiligen Kulturzeitschrift gewidmet worden, um möglichst präzise die in den Zeitschriften vertretenen Europakonzeptionen im Hinblick auf politische und sozialmoralische Trägermilieus verorten zu können.<sup>42</sup>

Interessant ist nun am Band über den Europadiskurs in der Weimarer Republik, daß die überwiegende Zahl der untersuchten Kulturzeitschriften – ob sie nun im national- und linksliberalen (z.B. die der DDP nahestehende *Die Hilfe*), dem katholischen (z.B. die jesuitische *Stimmen der Zeit*), dem protestantischen (z.B. die liberalprotestantische *Christliche Welt*) oder dem nationalistischen Lager (z.B. die junkonservative und neonationalistische Zeitschrift *Gewissen*) verankert waren – trotz ihrer ideologisch-weltanschaulichen Differenzen in einem Punkt übereinstimmten: Für Deutschland könne es keine außenpolitische Alternative jenseits eines organisierten Europas geben. Zwar wurde die Völkerbundsidee sehr unterschiedlich bewertet (von Zustimmung bis absoluter Ablehnung), und die Vorschläge zur Gestaltung einer europäischen Ordnung klafften z.T. weit auseinander.<sup>43</sup> Doch abgesehen von kommunistischen und linksextremen Zeitschriften wie *Die Linkskurve*, die eine sozialistische Weltordnung befürwortete, gab es mit der Erfahrung des Ersten Weltkrieges einerseits einen politikhistorischen Kontext, mit der Europathematik einen diskursiven Rahmen andererseits, der die Intellektuellen der verschiedenen Weimarer Teilkulturen verband. Anders pointiert: Man kann zwar weiterhin

<sup>41</sup> Grunewald bezieht sich explizit auf das von Lepsius entwickelte Konzept sozialmoralischer Milieus.

<sup>42</sup> Zu den Ergebnisse dieses Forschungsprojekts, vgl. folgende vier von Michel Grunewald herausgegebenen Bände: Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1871-1914), in Zusammenarbeit mit Helga Abret und Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1996; Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918-1933), in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1997; Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933-1939), in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1999; Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945-1955), in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u.a. 2001.

<sup>43</sup> Die Modelle reichten von einer auf internationalem Völkerrecht beruhenden europäischen Ordnung (so u.a. in *Die Hilfe* vertreten) bis zu einer darwinistisch fundierten Vorstellung eines „Europas unter deutschen Vorzeichen“ bzw. eines „Reichseuropa“ (so in *Gewissen*).

mit Sontheimer von einer verwirrenden Vielfalt von Ideen und von gesellschaftlichen Zukunftsmodellen als Merkmal der politischen Kultur Weimars sprechen. Allerdings deckt die Analyse von Intellektuellendiskursen in deutschen Kulturzeitschriften einen erstaunlichen Konsens bei der Einschätzung der deutschen Rolle in Europa auf. Die These der grundlegenden und widersprüchlichen Zerstrittenheit von Kultureliten in der Weimarer Republik erscheint somit auf der Grundlage einer intellektuellensoziologisch fundierten Diskursanalyse als differenzierungsbedürftig. Immerhin scheinen deutsche Intellektuelle in relativ geschlossener Weise die Europathematik auf die Agenda der öffentlichen Debatte gesetzt zu haben.

#### **4. Auf dem Weg zu einer politisch-kulturellen Topographie der Weimarer Intellektuellenkultur?**

Trotz der soeben skizzierten Schlußfolgerungen darf jedoch nicht übersehen werden, daß das Hauptziel der von Michel Grunewald initiierten Forschungen vor allem der diskursanalytischen Rekonstruktion des Europagedankens in seinen verschiedenen Facetten und Entwicklungslinien verpflichtet gewesen ist. Daß sich hierbei immer wieder Rückschlüsse auf die Entwicklung und Struktur des deutschen Intellektuellenmilieus ziehen lassen konnten, ist jedoch für das weitere Erkenntnisinteresse dieser deutsch-französischen Forschergruppe nicht ohne Wirkung geblieben. Seit 2001 richtet sich ihre Aufmerksamkeit auf die Frage nach Entstehung und Entwicklung dieses Milieus von 1890 bis 1960. Unter dem Titel „Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke“ sind vor kurzem die Ergebnisse der ersten Tagung zu dieser neuen Untersuchungsperspektive erschienen. Interessant ist hierbei nicht allein die Tatsache, daß unter der Bezeichnung der „historische Zeitschriftensoziologie“ der Versuch unternommen wird, die von Sirinelli entwickelten Konzepte für die Analyse des deutschen Intellektuellenmilieus fruchtbar zu machen.<sup>44</sup> Bemerkenswert ist weiterhin, daß das Projekt das Verhältnis zwischen sozialmoralischen Milieus (im soziostrukturellen Sinne) und politischen Teilkulturen (im Sinne der Inhalte des politisch-kulturellen Systems) einerseits und der soziokulturellen Konstituierung von Gruppen, Tendenzen und Bewegungen andererseits als analytisches Raster systematisch zugrunde gelegt hat. Denn im Gegensatz zu Frankreich, wo „die Intellektuellenkultur seit Ende des 19. Jahrhunderts prinzipiell von der binären Links-Rechtspolarität bestimmt wurde, die bis in die jüngste Vergangenheit existiert hat,“<sup>45</sup> galt es eine politisch-kulturelles Analyseraster zu

---

<sup>44</sup> Vgl. hierzu M. Grunewald/H. M. Bock [wie Anm. 22], S. 21-32.

<sup>45</sup> Ebda, S. 28.

entwickeln, daß den deutschen Verhältnissen gerecht wird. Wie in diesem Beitrag hervorgehoben wurde, verdeutlichen die bisherige Forschung zu deutschen Intellektuellen sowie auch die Studien zum Europadiskurs in deutschen Kulturzeitschriften, daß die prägende Rolle sozialmoralischer Milieus und Teilkulturen für die Erfassung deutscher Kultureliten von Bedeutung ist. Für Deutschland gilt, daß „seit Ende des 19. Jahrhunderts eine polyzentrische Intellektuellen-Kultur vorhanden war, die immer von mehreren Konfliktlinien strukturiert wurde und sich in jedem politischen kaleidoskopartig neu formierte.“<sup>46</sup> Der nun unternommene Versuch, zunächst das linke und in den nächsten drei Jahren das konservative, das katholische und das liberal-protestantische Intellektuellenmilieu historisch-soziologisch zu erforschen, schließt nicht zuletzt das Ziel ein, die unübersichtlich wirkende Komplexität des Weimarer Intellektuellenmilieus nach historisch-soziologischen Kategorien transparenter zu machen. Ob dabei gar eine Topographie der Weimarer Intellektuellenkultur, die für eine Beurteilung der politischen Kultur in Weimar außerordentlich hilfreich wäre, in Aussicht steht, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Daß jedoch das linke Intellektuellenmilieu zwischen 1918 und 1933 trotz seiner eindeutigen Fragmentierung durch die Herausbildung einer Reihe von klar identifizierbaren Polen gekennzeichnet war, läßt hier auf wesentliche Erkenntnisfortschritte hoffen. Und daß sich die systematische Erfassung der entsprechenden Milieus durch die Einbeziehung von Sirinellis intellektuellsoziologischem Konzepten als fruchtbar erweist, stellt allein einen erheblichen Gewinn für die Erforschung der Kultureliten in Weimar dar.

---

<sup>46</sup> Ebda.

## Literatur

- Beilecke, François:** „Der Intellektuelle ist tot, es lebe der Intellektuelle!“ Anmerkungen zur neueren französischen Intellektuellenforschung, in: *Vorgänge*, Jg. 2001, Nr. 156, S. 41-49.
- Ders.:** Linksrepublikanismus und Geistesrevolution. Die Stellung der „Literarischen Welt“ im politisch-literarischen Netzwerk der Weimarer Republik 1925-1933, in: Michel Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 287-301.
- Bialas, Wolfgang/Iggers, Georg G. (Hg.):** *Intellektuelle in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. u.a. 1996.
- Bialas, Wolfgang:** Einleitung, in: Wolfgang Bialas/Georg G. Iggers (Hg.): *Intellektuelle in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 8.
- Ders.:** Intellektuellengeschichtliche Facetten der Weimarer Republik, in: Wolfgang Bialas/Georg G. Iggers (Hg.): *Intellektuelle in der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. u.a. 1996, S. 13-30.
- Bock, Hans Manfred:** Kulturzeitschriften in der Weimarer Republik im Kontext der Gesellschafts-, Kultur-, Verlags- und Intellektuellengeschichte. Ein bibliographischer Versuch, in: Michel Grunewald (Hg.): *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918-1933)*, Bern u.a. 1997, S. 363-386.
- Bourdieu, Pierre:** *Homo Academicus*, Paris 1984.
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.):** *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2., durchgeseh. Aufl., Bonn 1988.
- Breuer, Stefan:** *Ästhetischer Fundamentalismus. Stefan George und der deutsche Modernismus*, Darmstadt 1995.
- Bruch, Rüdiger vom:** *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland*, Husum 1980.
- Charle, Christophe:** *Naissance des „intellectuels“. 1880-1900*, Paris 1990.
- Faber, Richard/Holste, Christine (Hg.):** *Kreise – Gruppen – Bünde. Zur Soziologie moderner Intellektuellenassoziation*, Würzburg 2000.
- Fischer, H.-D.:** *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts*, Pullach 1973.
- Gangl, Manfred/Raulet, Gérard (Hg.):** *Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage*, Frankfurt a.M. u.a. 1994.
- Grunewald, Michel (Hg.):** *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1871-1914)*, in Zusammenarbeit mit Helga Abret und Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1996, S. V.
- Ders.:** *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918-1933)*, in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u.a. 1997.

- Ders.: *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933-1939)*, in *Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock*, Bern u.a. 1999.
- Ders.: *Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945-1955)*, in *Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock*, Bern u.a. 2001.
- Ders.: (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002.
- Grunewald**, Michel/**Bock**, Hans Manfred: *Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus. Vorbemerkungen zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses*, in: Michel Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 25.
- Habermas**, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962.
- Hübinger**, Gangolf/**Mommsen**, Wolfgang J. (Hg.): *Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 1993.
- Hübinger**, Gangolf: *Einleitung*, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hg.): *Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 1993, S. 11.
- Ders.: *Die Intellektuellen im wilhelminischen Deutschland. Zum Forschungsstand*, in: Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hg.): *Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a.M. 1993, S. 198.
- Ders.: *Kulturprotestantismus und Politik: zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland*. Tübingen 1994.
- Kadushin**, Charles: *The American intellectual elite*, Boston, Toronto 1974.
- Kolk**, Rainer: *Literarische Gruppenbildung. Am Beispiel des George-Kreises 1890 - 1945*, Tübingen 1998.
- Kurucz**, Jenő: *Struktur und Funktion der Intelligenz während der Weimarer Republik*, o.O. 1967.
- Lehnert**, Detlef/**Meerle**, Klaus (Hg.): *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990.
- Lepsius**, M.R. (Hg.): *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993.
- Michael**, John: *Anxious Intellectuals. Academic Professionals, Public Intellectuals, and Enlightenment Values*, Durham, N.C. 2000.
- Mommsen**, Wolfgang J.: *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830 - 1933*, Frankfurt a.M. 2000.



- Müller-Seidel**, Walter: *Literarische Moderne und Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. durchgeseh. Aufl., Bonn 1988, S. 451.
- Petersen**, Klaus: *Die „Gruppe 1925“. Geschichte und Soziologie einer Schriftsteller-Vereinigung*, Heidelberg 1981.
- Racine**, Nicole/**Trebitch**, Michel (Hg.): *Sociabilités intellectuelles: Lieux, milieux, réseaux*, in: *Cahiers de l'IHTP*, Jg. 1992, Nr. 20, S. 1-51
- Rémond**, René (dir.): *Pour une histoire politique*. Paris 1988.
- Ringer**, Fritz K.: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933*, Stuttgart 1987.
- Rioux**, Jean-Pierre/**Sirinelli**, Jean-François (dir.): *Pour une histoire culturelle*, Paris 1997.
- Schildt**, Axel: *National gestimmt, jugendbewegt und antifaschistisch – Die Neuen Blätter für den Sozialismus*, in: Michel Grunewald (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960)*, Bern u.a. 2002, S. 363-390.
- Schlich**, Jutta (Hg.): *Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland: ein Forschungsreferat*, Tübingen 2000.
- Sirinelli**, Jean-François: *Le hasard ou la nécessité? Une histoire en chantier: l'Histoire des intellectuels*, in: *Vingtième siècle* 9 (1986), S.101.
- Ders.: *Les intellectuels*, in: René Rémond (dir.): *Pour une histoire politique*. Paris 1988, S. 217.
- Ders.: *Les élites culturelles*, in: Jean-Pierre Rioux/Jean-François Sirinelli (dir.): *Pour une histoire culturelle*, Paris 1997, S. 275-296.
- Sonthheimer**, Kurt: *Die politische Kultur der Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2., durchgeseh. Aufl., Bonn 1988, S. 459.
- Syndram**, Karl Ulrich: *Kulturpolitik und nationales Selbstverständnis. Untersuchungen zur Kunst- und Kulturpolitik in den Rundschauzeitschriften des Deutschen Kaiserreichs (1871-1914)*, Berlin 1989, S. 25-42.
- Trebitch**, Michel u.a.: *Pour une histoire comparée des intellectuels*, Brüssel 1998.
- Wülfing**, Wulf/**Bruns**, Karin/**Parr**, Rolf (Hg.): *Handbuch literarisch-kultureller Vereine, Gruppen und Bünde 1825 -1933*. Stuttgart, Weimar 1998.



## **RUNDFUNK FÜR'S HAUS**

### **VATER:**

*Berufsfunk  
Börsen-Nachr.  
Steuertermine  
Tages-Nachr.  
Sportberichte*

### **MUTTER:**

*Ratschläge für  
den Haushalt  
Marktberichte  
Frauenfragen  
Erziehung*

### **KIND:**

*Jugendfunk  
Jugendbühne  
Märchen  
Kinderunter-  
haltungen*

*Gesundheitspflege, allgemein bildende Vorträge jeder Art.*

### **Unterhaltungs-Rundfunk:**

*Konzert, Gesang, Tanzmusik, Literatur,  
Theaterübertragungen, Sendespiele,  
Sonderveranstaltungen bei aktuellen  
Ereignissen. – Wettermeldungen, Zeitansage.*

### **Nutzen:**

*Erholung, Unterhaltung,  
geistige Anregung u. Fortbildung*

FLORIAN CEBULLA

## **Der Rundfunk in der Weimarer Republik – „Kulturfaktor“ und Politikum**

Am 29. Oktober 1923 um 20 Uhr begann in Deutschland mit einem Gongschlag ein neues Medienzeitalter: Der Unterhaltungsrundfunk ging auf Sendung. Zur Eröffnung tönte es über den Äther:

*„Achtung! Hier Sendestelle Berlin-Voxhaus Welle 400. Wir bringen die kurze Mitteilung, daß die Berliner Sendestelle Voxhaus mit dem Unterhaltungsrundfunk beginnt. [...]“*<sup>1</sup>

Die einstündige Eröffnungsübertragung der „Radio-Stunde AG“ aus einem Dachstudio am Potsdamer Platz fand zunächst nur wenig Beachtung. Die tagespolitischen Ereignisse der krisengeschüttelten Weimarer Republik standen zu stark im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. In technischer Hinsicht stellte die drahtlose Telegraphie damals nichts Besonderes mehr dar. Das Funkwesen gab es schon länger: Es war im Ersten Weltkrieg unter militärischen Vorzeichen perfektioniert worden, und die ersten Rundfunksender arbeiteten bereits in den USA und in Großbritannien. Auch in Deutschland hatte es schon Versuchssender gegeben, und Funkempfänger waren auf dem Markt und dennoch markierte das Ereignis die Geburtsstunde des öffentlichen Rundfunks in Deutschland. Das vom vormaligen Telefunken-Manager, Staatssekretär im Reichspostministerium (RPM) und späteren Rundfunkkommissar Hans Bredow vorangetriebene Projekt einer publizistischen Nutzung der Funktelegraphie nahm nun konkrete Formen an. Der kontinuierliche Sendebetrieb, wenn auch zunächst nur für wenige Stunden am Tag, wurde aufgenommen und der Rundfunk avancierte zu einer kommerziellen Einrichtung. Zwischen 1923 und 1924 wurden neun regionale Sendegesellschaften

---

<sup>1</sup> Joachim-Felix Leonhard (Hg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik. 2 Bde. München 1997, S. 23.

mit jeweils 51% Aktienkapital der Reichspost (DRP) und 49% privatem Kapital – eine Ausnahme bildete die Deutsche Stunde in Bayern GmbH – aufgebaut, die der staatlichen Aufsicht, Konzessionierung und Betriebsgenehmigung durch die DRP unterlagen.

Zum Jahreswechsel 1925/26 übernahm die von der Post gegründete Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) als Dachorganisation die wirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Belange der Sendegesellschaften. 1926 nahm die Deutsche Welle GmbH (D.W.) als einzige überregionale Sendegesellschaft ihren Betrieb auf. Sie war mit Kapitalanteilen der RRG und des preußischen Staates als ausschließlich dem Bildungsfunk dienende Radiostation gegründet worden. Das in der Verantwortung der Sendegesellschaften produzierte Rundfunkprogramm erfuhr von Jahr zu Jahr eine stärkere Ausweitung. Darüber hinaus eröffnete das neue Unterhaltungsmedium Beschäftigungsmöglichkeiten für Künstler und lukrative Geschäfte für die Schallplattenindustrie. Eine spezielle Rundfunkpresse etablierte sich. Die Reichspost sorgte aufgrund ihres Fernmeldemonopols für den Bau und Betrieb der Sendeanlagen und erhob von den Hörern bald ein monatliches Teilnahmeentgelt von zwei Reichsmark. Die Gebühren kamen nicht nur dem Staatssäckel zugute, sondern auch den Sendegesellschaften, die sich aus dem Gebührenaufkommen zusammen mit den Einnahmen aus der Funkwerbung finanzierten.

### **Sender – Reichweiten – Empfänger: Der Weg des Radios zum Massenmedium**

Der Rundfunk litt zunächst darunter, daß die Reichspost ihn als reine Einnahmequelle zur Verbesserung des eigenen Haushalts behandelte und nur mit minimalem Aufwand in das Sendernetz investierte. Während der ersten Bauperiode zwischen 1923 und 1924 wurden 0,25 Kilowatt (kW) starke Hauptsender in den Postämtern an den Standorten der Sendegesellschaften in Berlin, Leipzig, München, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Breslau, Königsberg und Münster eingerichtet. Bremen, Hannover und Nürnberg erhielten Nebensender zur besseren Erschließung des Hörerpotentials. In der zweiten Bauperiode von 1925 bis 1929 wurden die bestehenden Sender auf eine Leistung von bis zu 2 kW erhöht. Die Städte Dresden, Dortmund, Kassel, Gleiwitz, Stettin, Kiel, Augsburg, Köln, Aachen, Elberfeld, Kaiserslautern, Flensburg und Freiburg erhielten neue Nebensender mit einer Leistung von 0,25 bis 2 kW. Zur Versorgung des Ruhrgebiets wurde 1927 der Rheinlandsender in Langenberg mit einer Leistung von 15 kW gebaut. Der überregionale Langwellensender Königs Wusterhausen (Deutschlandsender), der dem Betrieb der D.W. diente, wurde 1927 auf eine Leistung von 35 kW erhöht und konnte damit reichsweit gut empfangen werden.

Die Reichweiten der ersten Rundfunksender waren sehr gering. Die Bodenwellen dieser schwachen Mittelwellensender (0,25 kW bis 2 kW) hatten, abhängig von der regionalen Topographie, nur einen Reichweitenradius von 5 bis 10 km. Die Raumwellen der Sender hatten einen größeren Radius von bis zu 150 km. Die Bodenwellen waren schon mit einfachen Geräten, den sogenannten Detektorempfängern, abzufangen, die es 1924/25 als Bastelbausätze zu einem Preis zwischen 15 und 40 Reichsmark (RM) gab. Die Detektoren waren jedoch in der Handhabung kompliziert und ermöglichten ein Hören nur mit Kopfhörern. Eine Alternative zu diesen Geräten waren die praktischeren, aber teuren Röhrenempfänger, die die Funksignale verstärkten und auch Raumwellen empfangen konnten; ohne Lautsprecher gab es diese 1924 nicht unter 300 RM. 1931 kostete ein Drei-Röhren-Apparat allerdings nur noch 85 RM.

Trotz Erhöhung der Pioniersender auf durchschnittlich 1,5 kW und der stärkeren Sender Langenberg und Königs Wusterhausen wurden bis 1930 nur 1,5% des Reichsterritoriums mit Bodenwellen der Sender versorgt und etwa 25% der Reichsbevölkerung erreicht. Ein weiteres Problem stellten heftige Überlagerungen durch ausländische Sender dar. Die europäischen Nachbarstaaten hatten in den 20er Jahren ihre Sender aus Gründen der nationalen Selbstdarstellung mit wesentlich stärkerer Ausgangsleistung gebaut: Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich sendeten z.B. mit 145 bis 160 kW. An diesem europäischen „Wellen- und Ätherkrieg“ war aber auch das Deutsche Reich nicht ganz unschuldig, denn mit dem Bau der Grenzlandsender Gleiwitz, Flensburg und Aachen, die aus revisionistischen und deutschtumspolitischen Gründen entstanden, hatte das Reich auf die ausländischen Sender reagiert und sendete nun selbst auf fremdes Territorium.

Nachdem eine internationale Konferenz zur Begrenzung der Sendeenergien scheiterte, veranlaßte der fortbestehende „Ätherkrieg“ die Reichspost schließlich, ab 1929 Großsender mit einer höheren Sendestärke zu bauen. Die während der dritten Bauperiode zwischen 1930 und 1932 entstandenen Großsender in Mühlacker, Heilsberg und Langenberg und der Umbau der bestehenden Hauptsender, die mit Ausnahme Frankfurts (17 kW) auf eine Sendestärke von 60 bis 100 kW umgestellt wurden, führten zu einer wesentlichen Verbesserung der Empfangsverhältnisse im Deutschen Reich. Nun konnten etwa 70% der Bevölkerung Bodenwellen empfangen. Eine weitere Verbesserung wurde 1931 mit dem Neubau des Deutschlandsenders in Zeesen (60 kW) erzielt.

Die Zahl der Rundfunkhörer stieg in der Weimarer Republik kontinuierlich an. Am 1. Januar 1933 waren 4.307.722 Rundfunkteilnehmer registriert. Die Sendebezirke mit der größten Bevölkerungsdichte, den besten Empfangsverhältnissen in Flachlandlage und der stärksten Wirtschaftskraft (Berlin, Köln,

Hamburg, Leipzig) hatten die meisten Hörer, während die Sendebezirke mit geringer Bevölkerungsdichte und Wirtschaftskraft und schlechten topographischen Sendeverhältnissen (München, Frankfurt, Breslau, Stuttgart, Königsberg) nur geringe Hörerzahlen erreichten. Aufgrund der Empfangsverhältnisse, Einkommensverhältnisse und Milieuprägungen waren die Rundfunkteilnehmer, die in den Sendestädten lebten, gemessen an der Gesamthörerschaft überrepräsentiert.

Der Rundfunk war aber nicht nur wegen der Empfangsverhältnisse ein überwiegend großstädtisches Medium, sondern er war aufgrund seiner Kostspieligkeit auch ein ausgesprochenes Mittelstands-Medium. Ende der 20er Jahre hatte schon jeder zweite Angestellten- und Beamtenhaushalt, jedoch nur jeder siebte Arbeiterhaushalt ein Rundfunkgerät. Die Mittelschichten stellten in der Weimarer Republik rund zwei Drittel der Hörer. Gemessen daran, daß die Arbeiterschaft 43% der Bevölkerung ausmachte, war sie mit einem Anteil von 25,6% an der Hörerschaft 1930 eher unterrepräsentiert. Die Ursachen dafür waren die geringen Arbeitereinkommen und die relativ hohen Anschaffungs- und Betriebskosten für Rundfunkgeräte. Bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen eines Arbeiterhaushalts von 200 bis 280 RM zwischen 1925 und 1929 war die Anschaffung eines Röhrenapparates ein finanzielles Risiko. Demgegenüber konnten sich Selbständige und Beamten- und Angestelltenfamilien mit durchschnittlichen Monatseinkommen von 445 bzw. 390 RM das Hören auch mit den teuren und besseren Geräten leisten.

Da das Radio in der Weimarer Republik zunächst ausschließlich eine großstädtische Angelegenheit einkommensstarker Mittelschichten war und bei größerer Entfernung von den Sendestädten teure Apparate notwendig wurden, war der Rundfunk erst auf dem Weg, ein Massenmedium zu werden. Der Durchbruch kam im Nationalsozialismus mit dem preisgünstigen Volksempfänger und einer erneuten Erhöhung der Sendestärken.

### **Debatten über die Funktion des Radios: „Kulturfaktor“ und „neutrales Medium“**

Seit der Einführung des neuen Mediums begann die Diskussion über das, was die Aufgabe des Rundfunks sein sollte, was er leisten und wie er beschaffen sein sollte. Die Überlegungen gingen einerseits von Intellektuellen und Publizisten aus, die sich mit Euphorie in die Gestaltung des neuen Kommunikationsapparates einmischten und die künstlerisch kulturellen Möglichkeiten des Äthers auszuloten versuchten; andererseits führten die politisch verantwortlichen Stellen, die mit der Aufsicht über das expandierende Rundfunkwesen betraut waren, ihre Auseinandersetzungen um die Funktionen und organisatorischen Ausgestaltungen des Sendebetriebs. Mit den Debatten war immer

der Streit um die politische Funktion, genauer um die Frage, ob der Rundfunk ein Instrument der politischen Willensbildung werden durfte oder ein unpolitischer Unterhaltungsrundfunk bleiben mußte, verbunden.

Es gab eine euphorische Haltung gegenüber dem neuen Medium, das aus Sicht der Zeitgenossen als Sinnstifter und Unterhaltungsapparat der Vereinzelung der modernen Menschen entgegenwirken konnte. Seitens der Kulturkonservativen herrschten zivilisatorische Vorbehalte und Ablehnung vor, der Rundfunk besitze eine nivellierende Gefahr, schaffe eine dem deutschen Wesen abträgliche Massenkultur und zerstöre die traditionellen Kulturvermittlungsinstanzen. Andere sahen den Nutzen des Rundfunks in der reinen Übertragung von Literatur und Wissenschaft. Am weitesten verbreitet war die Auffassung vom Rundfunk als einem „Kulturfaktor“ und Bildungsinstrument, der die Trennlinien zwischen Gebildeten und Ungebildeten durch pädagogisches Engagement und Vermittlung humanistischer Bildung überwinden helfen sollte. Dies implizierte die Vorstellung eines harmonischen, vermittelnden und unpolitischen Rundfunks.

Obwohl später die Diskussion wesentlich stärker zwischen den antagonistischen Begriffen von Unterhaltung und Bildung polarisierte, schlossen sich diese beiden Elemente in dem als „Kulturfaktor“ verstandenen und bei seiner Gründung als Unterhaltungsrundfunk bezeichneten Medium nicht aus. Die Ausdifferenzierung in die Forderung nach mehr Unterhaltungsprogrammen seitens der Hörerschaft, die vor allem an Entspannung und Zerstreuung interessiert war, fand erst mit zunehmender Verbreitung des Rundfunks statt. Die überwiegende Antwort darauf war in der Diskussion das Festhalten der Intellektuellen und Intendanten an einem Rundfunk, der „Volksbildungsorgan“ und „Bildungsinstrument“ sein sollte. Die Unterhaltungsfunktion wurde kritisch beäugt, weil sie nach der Vorstellung der Kulturkonservativen niedere Bedürfnisse befriedigte, zur Passivität und Sentimentalität anstiftete sowie konventionellen Geschmack und Kitsch beinhaltete.

Der Rundfunk sollte im Gegenteil zur Hebung des geistigen Niveaus beitragen und kein billiger Amüsierbetrieb sein. In dieser Zielsetzung wird der aus dem 19. Jahrhundert tradierte bildungsbürgerliche Ansatz des Liberalismus deutlich, durch Bildung Individualisierung herbeizuführen und damit Klassengegensätze aufzuheben. Bei einer Tagung des Programmrates der Rundfunkgesellschaften im Jahre 1928 erklärte der damalige Berliner Funk-Intendant Carl Hagemann:

*„Der Rundfunk soll in sich geschlossene Menschen bilden. [...] Er soll den allgemeinen Bildungsmenschen im Gegensatz zum Fachmenschen schaffen – oder besser: den Fachmenschen durch den allgemeinen Bildungsmenschen ausgleichen. Der Rundfunk*

*soll der breiten Masse eine möglichst verlässliche und ebenso zwanglos wie stetig arbeitende Volksschule sein.*<sup>2</sup>

Eine weitere Anforderung an den Rundfunk, die diskutiert wurde, war eine Integrationsfunktion. Die Bedeutung des Rundfunks lag in seinem mannigfaltigen Vermittlungscharakter auf technisch-reproduktiver, ästhetischer, sozialer und politischer Ebene. Die Vermittlungsfunktion als Integrationsfunktion in sozialer und politischer Hinsicht wurde am eindringlichsten vertreten. Hans Bredow unterstützte den Gedanken, der Rundfunk solle die durch politische und religiöse Unterschiede getrennten Volksgenossen als Hörschaft zusammenschließen. Es ging um die Herstellung von Heimatgefühl und Volksbewußtsein, um einen funktischen Anschluß der Auslandsdeutschen und die Zusammenschmiedung einer durch Klassengegensätze und Revolution gespaltenen Bevölkerung.

Das spezifisch Deutsche in dieser Diskussion lag in der Tatsache begründet, daß weder Politiker noch Intendanten und Programmschaffende das Radio als zivilisatorische Errungenschaft hinnahmen, sondern es zur Legitimation als Kulturfaktor begrifflich überhöhten. Dazu gehörte auch ein Harmoniestreben, wonach der Rundfunk den Staatsgedanken festigen, zwischen Interessen und Klassen verbinden und versöhnen, Identität stiften und deutschen Geist, Kunst und Kultur vermitteln und über die Grenzen hinaus aussenden sollte. Unter jener Prämisse einer Integrationsfunktion und „deutschen Sendung“ konnte der Rundfunk nur unpolitisch, d.h. überparteilich sein, denn Konflikt und Widerstreit divergierender Meinungen wären in dieser Matrix Elemente westlicher Zivilisation gewesen, die mit dem deutschen „Kultur“-Theorem nicht zu vereinbaren waren.

In bezug auf das Verhältnis zwischen Politik und Rundfunk entwickelte sich eine kontroverse Debatte. Einhellig kristallisierte sich ein Überparteilichkeitsgebot in der Diskussion der Bürokraten und der zeitgenössischen Rundfunkpublizistik heraus, jedoch verstanden alle Seiten etwas Unterschiedliches darunter. Hans Bredow begründete die Überparteilichkeit des Rundfunks mit seiner Integrationsfunktion. Demnach mußte der Rundfunk gänzlich unpolitisch sein, durfte kein Organ der Parteipolitik werden. Auch technisch sah man, im Vergleich zum weitgefächerten politischen Pressesektor, das Problem einer ausgewogenen Berichterstattung, da es zunächst nur einen Sender pro Sendegebiet gab. Hans Bodenstedt von der Nordischen Rundfunk AG führte dazu aus:

*„Was den Rundfunk von anderen Kulturmitteln, die der Verbreitung von geistigem Gut dienen, unterscheidet, ist die Notwendigkeit, ihn politisch neutral zu halten. Er*

---

<sup>2</sup> Carl Hagemann, in: Rundfunk Jahrbuch 1929.



*hat nicht wie die Zeitung die Aufgabe, meinungsbildend zu sein, sondern nur die Kenntnisse zu vermitteln, aus denen sich eine eigene Meinung bilden kann.*<sup>3</sup>

Der Rundfunk sollte somit in keinem Fall der politischen Willensbildung dienen.

Ganz anders argumentierte ein anderer Verfechter des Überparteilichkeitsprinzips, der dies im Sinne einer paritätischen, ausgewogenen politischen Nutzung des Mediums verstand: Ministerialrat Kurt Häntzschel, Referent für Verfassungs- und Pressefragen im Reichsinnenministerium (RMI) und Mitglied der DDP. Bis zu seiner Auswechslung durch den deutschnationalen Oberregierungsrat Erich Scholz 1925 hatte er die Aufgabe, Konzepte zu entwickeln, um die Republik vor antidemokratischer Propaganda zu schützen. Er versuchte, das Medium zur Stabilisierung der Demokratie einzusetzen und die Rundfunkorganisation so zu beeinflussen, daß ein „Werbefunk für die Demokratie“ entstand. Häntzschel definierte die Überparteilichkeit folgendermaßen:

*„Wenn es gelingt, ihn [den Rundfunk, d.V.] unter Ausschluß jeder einseitigen Parteibeeinflussung überparteilich zu gestalten, ihn den Besten unserer Staatsmänner ohne Unterschied der Partei als Sprachrohr ihrer Meinung zur Verfügung zu stellen, so kann er bei den breitesten Kreisen der Bevölkerung die Anteilnahme am staatlichen Leben wecken und durch Vergleich der verschiedenen Meinungen und an der Hand eines nicht einseitig eingestellten, sondern gleichfalls objektiv und überparteilich arbeitenden Nachrichtenapparates breitesten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil über die öffentlichen Dinge zu bilden.“*<sup>4</sup>

Diese Position setzte sich jedoch nicht durch. Häntzschel und Bredow gingen als Protagonisten einer staatlichen Kontrolle über den Rundfunk von unterschiedlichen Voraussetzungen und Zielsetzungen aus, wobei schließlich aufgrund der noch schwachen demokratischen politischen Kultur der Weimarer Republik und der konservativen Prägung der bürokratischen Elite das Bredowsche Verständnis einer politischen Abstinenz die Organisation des Rundfunkwesens bestimmte. In einer Zeit größter politischer Intoleranz und gesellschaftlicher Fragmentierung versuchten die Verantwortlichen, das Medium politikfrei zu halten, damit es nicht zum Politikum wurde. Da dies aber unter dem Vorzeichen einer konservativen Gemeinwohlorientierung passierte, was tendenziell den Einzug deutschnationaler und antidemokratischer Inhalte begünstigte, wurde genau das Gegenteil erreicht. Zudem fühlte sich jede politische Gruppe durch die Organisation des Rundfunkwesens benachteiligt und witterte bei jeder Gelegenheit eine einseitige Instrumentalisierung des Rund-

---

<sup>3</sup> Hans Bodenstedt, in: Rundfunk Jahrbuch 1929.

<sup>4</sup> Kurt Häntzschel: Rundfunk und deutsches Volksleben. In: Die Sendung 1924, Nr.24.

funks durch den politischen Gegner, was im tagespolitischen Geschäft zu Propagandazwecken weidlich ausgereizt wurde.

### **Kein Kulturstaat ohne Kontrolle: Die Rundfunkordnung von 1926**

Das Rundfunkwesen erhielt 1926 nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen von Politik und Bürokratie – den involvierten Reichsministerien für Post und Inneres sowie den Ländern – eine institutionelle Ordnung. Der wesentliche Bestandteil dieser Rundfunkordnung war die Einführung einer staatlichen Rundfunkzensur, die die Überparteilichkeit des Radios gewährleisten sollte. Über diese Zensur sicherten sich die Länder und das RMI Einfluß in den Sendegesellschaften und bei der Programmgestaltung; ebenfalls sicherte sich die DRP Aufsicht und Kontrolle über das Wirtschaftsgebaren der Sender. Die Rundfunkordnung war ein rein ministerialbürokratischer Akt, bei dem von vornherein die Beteiligung des Reichstags ausgeschlossen wurde. Das Parlament ergriff aber auch von sich aus keine Initiative zu einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung des Rundfunkwesens.

Zu den Elementen der Rundfunkordnung, die u.a. von Erich Scholz (DNVP), dem Nachfolger Häntzschels als Rundfunkreferent im RMI, entwickelt wurden, zählten: 1. der Versuch der Entpolitisierung und die politische Überwachung des Rundfunks sowie die Sicherung der exekutiven Informationslenkung als Auflagennachrichten durch die „Richtlinien für den Nachrichten und Vortragsdienst“, 2. die staatliche Programmkontrolle durch die Schaffung von Überwachungsausschüssen und Kulturbeiräten bei den Sendern, 3. die Sicherstellung der Überparteilichkeit des Nachrichtenwesens durch die offiziöse Nachrichtenagentur „Drahtloser Dienst AG“ (DRADAG) und 4. die Gewährleistung des staatlichen Einflusses auf Finanzen und Betriebsorganisation des Rundfunks durch die Umwandlung der RRG in eine staatlich dominierte Dachgesellschaft zur Kontrolle der Sendegesellschaften. Die Rundfunkordnung hatte verschiedene Probleme zur Folge, die die Intentionen des Regelwerks konterkarierten.

Die DRADAG als halbamtliches Nachrichtenbüro übermittelte politische, allgemeine und Auflagennachrichten an die Sendegesellschaften, also alle Nachrichten außerhalb unpolitischer Lokal-, Sport-, Wetter- und Wirtschaftsnachrichten, die die Sender selbst produzieren durften. Sie war zu 51% im Besitz des Reiches und zu 49% im Besitz des Reichsverbands der Deutschen Presse und stand unter der Kontrolle eines parlamentarischen Aufsichtsrates, der nach Proporz zusammengesetzt war. Die Entscheidungskompetenz lag beim RMI und somit beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates Erich Scholz. Als Chefredakteur wirkte der zentrumsnahe Josef Räuscher, dem Stellvertreter anderer

politischer Couleur zur Seite gestellt wurden. Das Material wurde aus den Meldungen der beteiligten Nachrichtenagenturen zusammengestellt und in normierter Nachrichtensprache verlesen. Einerseits wurde in der DRADAG die Gewährleistung des Überparteilichkeitsgebotes durch den scheinbar neutralen Staat gesehen, andererseits wurde mit ihr durch die Hintertür unter dem Deckmantel der Überparteilichkeit das Monopol einer staatlichen Nachrichtenstelle geschaffen, die die Sendegesellschaften zur Übernahme der Aufgagenachrichten von Reichs- und Länderregierungen verpflichtete.

Den politischen Überwachungsausschüssen oblag die Kontrolle der Neutralität und Überparteilichkeit des Rundfunkprogramms, insbesondere des Nachrichten- und Vortragsdienstes. Das komplette Programm unterstand theoretisch der Überwachung, d.h. der Vor- und Nachzensur durch die Ausschußmitglieder. Für Teile des Programms gab es einen Manuskriptzwang, so daß die Spontaneität stark eingeschränkt wurde. Um Konflikte mit den Zensoren zu vermeiden, kam es bereits oft im Vorfeld zur Selbstzensur der Programmschaffenden. Die Überwachungsausschüsse verfügten weder über eine innere demokratische Struktur, noch waren sie demokratisch legitimiert. Der Reichs- und die Ländervertreter, die nach regionalem Proporz der jeweiligen Sendegesellschaften in den Ausschüssen vertreten waren, wurden vom RMI und den Landesregierungen ernannt. Es gab keine Festlegung der Amtsdauer. In der Zeit zwischen den Ausschußsitzungen konnte der Vorsitzende allein entscheiden. Neben Erich Scholz, der in die Ausschüsse der Berliner Sender entsandt worden war, handelte es sich auch bei den restlichen Reichs- und vielen Ländervertretern überwiegend um konservative Verwaltungsbeamte. Nur Preußen entsandte in die Ausschüsse keine rechtsstehenden Zensoren, sondern verlässliche Demokraten und Gewerkschafter. Gerade diese Besetzungspolitik wurde von der antidemokratischen Rechten kritisiert, die eine parteipolitische Einflußnahme unterstellte und gegen einen vermeintlich linken Rundfunk wetterte.

Die Rundfunküberwachung als Zensur erfolgte im rechtsfreien Raum. Sie war mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit und dem Zensurverbot der Weimarer Reichsverfassung (WRV) nicht vereinbar. Ein Rechtsrahmen war aber auch nur schwer herstellbar, da lediglich Film und Presse in der WRV ausdrücklich erwähnt waren und eine Rundfunkgesetzgebung seitens des Reichstages fehlte. Der in der zeitgenössischen Presse vielfach diskutierte Zensurvorwurf war somit berechtigt, da die Überwachungsgremien obrigkeitlich handelten. Für die Ausschüsse gab es zudem keine verbindlichen Arbeitsanweisungen. Nur Ministerpräsident Otto Braun erließ Richtlinien, in denen er die preußischen Vertreter auf die preußische und die Reichsverfassung verpflichtete und dazu anhielt, keine antirepublikanischen Tendenzen im Programm zuzulassen und die verfassungsmäßige Staatsautorität zu sichern.

Die Intensität der Zensur war in den Ausschüssen unterschiedlich. Auf Veranlassung Scholz' gab es bei der Berliner Funk-Stunde fast eine lückenlose Überwachung; andere Ausschüsse tagten seltener und hielten sich mit Interventionen zurück. Zu den Gegenständen der Zensur gehörten Gottesdienste, Jugendweihen und Freidenkerveranstaltungen, Übertragungen von politischen Feiern und Erinnerungstagen sowie Veranstaltungen von Parteien und politischen Gruppen wie den Wehrverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Politikerreden und Vorträge zu politischen Themen behandelten die Ausschüsse generell; auch künstlerische Darbietungen linker Intellektueller gerieten ins Visier der Zensoren. Republikanisch-demokratische Veranstaltungen waren umstritten. Tendenziell wurden linke Veranstaltungen, z.B. Maifeiern, verboten, während die Ausschüsse rechtslastige Programmpunkte akzeptierten. Sendungen, die von den Zensoren abgelehnt worden waren, wurden oft von Landesregierungen oder Reichsbehörden zu Auflagennachrichten erklärt und mußten dann gesendet werden. Wie die Ausschüsse entschieden, war im Hinblick auf die öffentliche Resonanz unerheblich, denn entweder die rechte oder die linke Presse machte aus jedem Fall ein Politikum. Unter der von 1928 bis 1930 amtierenden Reichsregierung (große Weimarer Koalition) mit ihrem Innenminister Carl Severing (SPD) wurde der Versuch einer Lockerung der Zensur unternommen, um eine größere politische Ausgewogenheit des Programms sicherzustellen.

Die Kulturbeiräte hatten die Aufgabe, das künstlerische Programm zu überwachen und bei der Gestaltung von Sendungen zu Kunst, Volksbildung und Wissenschaft mitzuwirken. Die Beiräte wurden vom RMI und den Ländern ernannt; es handelte sich überwiegend um Intellektuelle, Hochschulangehörige, Museums- und Theaterdirektoren sowie Personen aus der Volksbildung. Ihre Zensurmöglichkeiten nutzten die Kulturbeiräte nicht aus. Sie tagten selten und nahmen im Vergleich zu den Überwachungsausschüssen kaum Manuskriptkontrollen und Eingriffe ins Programm vor. Sie verstanden sich primär als Instanzen der Programmgestaltung und Beratung, als Unterstützer der Rundfunkdirektoren und Intendanten. Die Beiräte waren oft selbst als Referenten und Musiker im Rundfunk tätig. Sie vertraten überwiegend kulturkonservative und bildungsbürgerliche Vorstellungen und kritisierten die Dominanz leichter Unterhaltung, der klassische Musik entgegengesetzt werden sollte. Ihr Hauptinteresse galt der künstlerischen Programmqualität und der Gestaltung von Spartenprogrammen wie z.B. dem Land- und Schulfunk.

### **Der endgültige staatliche Zugriff: Die Rundfunkreform von 1932**

Mit der neuen politischen Lage ab 1930/31 erhielten die Funktionszuweisungen an den Rundfunk einen noch stärkeren nationalistischen Charakter. In diesem Sinne nutzten die Präsidialregierungen seit dem Kabinett Brüning den Rundfunk über Auflagenachrichten und -vorträge als Propagandaorgan, wobei die Instrumentalisierung mit dem Hinweis auf den vermeintlich neutralen und gemeinwohlorientierten Staat legitimiert wurde. Infolge dieser Entwicklung wurde die Medienorganisation an das Präsidialsystem angepaßt.

Die von Scholz ab Juni 1932 unter der Regierung Papen durchgeführte Rundfunkreform öffnete nicht nur für kurze Zeit den Nationalsozialisten den Rundfunk, sondern funktionierte das Medium zum Verlautbarungsorgan der nicht parlamentarisch-legitimierten autoritären Reichsregierung um. Der Rundfunk wurde verstaatlicht und „entpolitisiert“. Die RRG wurde zur staatlichen Oberbehörde des Rundfunks im Besitz von Reich (DRP 51%) und Ländern (49%), die Sender wurden zu GmbHs umgewandelt. Die DRADAG ging in der RRG als Abteilung „Drahtloser Dienst“ auf. Die Überwachungsausschüsse wurden durch Staatskommissare mit weitgehenden Vollmachten ersetzt, die von den Ländern ernannt wurden. Aus Kulturbeiräten wurden Programmbeiräte. Scholz wurde als Rundfunkkommissar des RMI zum obersten Programmzensor berufen und erarbeitete neue Richtlinien zur Programmgestaltung. Nach dem „Preußenschlag“ gab es kaum Widerspruch seitens der Länder. Diese sorgten nur für eine Verwässerung der neuen Richtlinien und ihren Einfluß bei der Besetzung der Programmbeiräte. Mit den Staatskommissaren, die zu allmächtigen Zensoren der Reichs- bzw. Länderregierung wurden, konnte Scholz einen zentralen Punkt durchsetzen. Auch Bredow leistete keinen Widerstand.

Folge der Reform war ein personalpolitischer Rundumschlag. Eine Reihe von exponierten Rundfunkmitarbeitern, u.a. der Berliner Intendant Hans Flesch, die Scholz wegen ihrer jüdischen Abstammung oder demokratischen Einstellung nicht genehm waren, wurden entlassen und durch Deutschnationalen und zwei Nationalsozialisten – einer davon war der Schriftsteller Arnolt Bronnen – ersetzt. Im Endeffekt scheiterte Scholz mit seiner Reform und trat im November 1932 als Rundfunkkommissar zurück. Die öffentliche Kritik war groß; die neue Personalpolitik verursachte Qualitätseinbußen im Programm, das an Attraktivität verlor und eine ungeschminkt deutschnationale und heimattümelnde Färbung erhielt. Allgemeine Mißstände beim Rundfunk wie Parteibuchwirtschaft, Cliquenwirtschaft sowie Geldverschwendung wurden nicht abgestellt. Mit der Rundfunkreform wurde das Medium praktisch schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme organisatorisch „gleichgeschal-

tet“. Der NSDAP wurde jedoch kein Rundfunk übergeben, der in vollem Umfang ihrer Ideologie und Organisation entsprochen hätte.

### **Funkvolkshochschule und Unterhaltung: Das Programm des Weimarer Rundfunks**

Nachdem der organisatorische Rahmen des Rundfunks samt der Zensurproblematik und politischen Instrumentalisierung des Mediums als Spiegel für die mangelnde demokratische politische Kultur der Weimarer Republik skizziert wurde, bleibt noch zu klären, was das Radioprogramm in den 20er und frühen 30er Jahren ausmachte. Der zeitweilige rechtsnationale Rundfunkmitarbeiter Arnolt Bronnen schilderte das Programm in einem retrospektiven politischen Roman sehr abwertend und sarkastisch-humorvoll:

*„Zwölf Uhr bis zwei Uhr: das Orchester hat gleichfalls seinen zerkochten Topf geschafft. [...] Sechs Uhr: nach dem massiven Nachmittags-Programm, vor den wuchtigen Abend-Darbietungen beginnt, in sich munter tummelnder Zersplitterung, die demagogische Mit-vielem-alle-Befriedigung; zwischen den musikalischen Potpourris klimpern die Potpourris der Worte und Gedanken. Sechs Uhr bis acht Uhr, und in je dreizehn drei Viertel Minuten netto: Erlebnisse mit Film-Stars, Kleintier-Funk, Ist der Handwerker zu teuer?, Deutsche Geschichte in einer Viertelstunde, Soziologie der literarischen Geschmacks-Bildung, Thesen-Diskussion: Aufstieg oder Niedergang des Bürgertums, die Erzählung der Woche, das Interview der Woche – angesagt, abgesagt, aufgesagt, vorgesagt, nachgesagt, durchgesagt, weitergesagt, nur so hingegesagt – nichts ist untersagt, es kann über alles etwas gesagt werden. Das rasselt und prasselt in den Äther hinaus, das holpert und poltert in die Häuser hinein. [...] von acht Uhr zehn bis neun Uhr steigt eine Welt-Sensation: das erste Konzert eines nur mit elektrischen Instrumenten musizierenden Orchesters. [...] Der Funk-Tag neigt sich dem Ende zu. Der Nachrichten-Fahrer kommt mit seinem Motor-Rad angebraust, bringt das zensurierte Material dem Sprecher, der es bereits sehnsüchtig erwartet. An den Toren geben sich die schwere und die leichte Muse die Hand. Tanz-Kapellen kommen hurtig ins Haus, während sich die ernsteren Orchester um die Nacht-Kasse lagern und noch ernster werden, wenn man die schmalen Gagen verteilt. [...] Wetter-Nachrichten, Tages-Nachrichten, Sport-Berichte, eine lärmvolle Reportage vom Sechstages-Rennen gehen über den Sender. Elf Uhr bis zwölf Uhr: zehn kraushaarige Männekens rutschen tobend durch den sich vor Erstaunen hochbäumenden Saal. Wirre Laute, dafür aber in äußerst regelmäßigen Abständen losgeschmettert, werden von Zeit zu Zeit durch einen schlanken Jüngling unterbrochen, der manchmal ‘Oh Mona’, manchmal ‘My darling’, meist jedoch schlicht ‘Ai waiha’ winselt. Fünf behördlich zugelassene lockig-gefärbte Bräute klatschen dazu heftig Beifall, den der Ton-Meister geschickt retuschiert. Um Punkt zwölf läßt der Leiter vom Dienst die noch begeistert*

*weiter quietschende Kapelle einfach abdrehen und nach der verschlafen herunter gemurmelten Absage das Deutschland-Lied abrollen.“<sup>5</sup>*

Bronnens Schilderungen verweisen auf die Programmstruktur des Weimarer Rundfunks und die umstrittenen Inhalte, die hier freilich überzeichnet sind. So herrschte in der Rundfunkpublizistik und bei den Hörern der Eindruck, daß das belehrende Programm übergewichtig war und die Unterhaltung zu kurz kam. Leichte Unterhaltung wurde für viele Hörer zu spät gesendet oder stieß, wenn es sich – wie im Fall der Schilderung Bronnens – um Jazz handelte, auf Ablehnung seitens konservativer Zeitgenossen. Ein weiterer Kritikpunkt waren immer wieder avantgardistische Musiksendungen mit Übertragungen von Konzerten moderner Komponisten, auf die auch Bronnen hier anspielt.

Entgegen den Vorurteilen der in politischer und kultureller Hinsicht „unduldsamen“ Hörer war der Musik- und Unterhaltungsanteil im Weimarer Rundfunk aber sehr hoch. Die falsche Wahrnehmung resultierte aus dem technischen Problem der Simultanität des Sendebetriebs und des Mangels an Auswahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Sendern, denn es gab keine – wie heute im Hörfunk übliche – Spartensender. Die meisten Hörer konnten mit ihren Rundfunkgeräten nur ihren Bezirkssender und die D.W. empfangen. Weil es außer Schall- und Wachsplattenaufzeichnungen noch keine technisch ausgereiften Speichermedien gab, wurde der Großteil des Programms live gesendet. Das bedeutete, daß sich die Intendanten für die Hauptsendezeit im Abendprogramm, in der der größte heterogene Hörerkreis dem Medium lauschte, um eine besonders vielseitige und ausgewogene Gestaltung bemühten, damit alle Interessen berücksichtigt wurden. Die Mischung aus Bildungs- und Informationssendungen, Zwie- und Mehrgesprächen, Unterhaltungssendungen, Konzerten und Opernübertragungen sowie die Vortragslastigkeit des Programms riefen aber immer wieder Unzufriedenheit bei den Hörern hervor, die sich auf ein Angebot – z.B. nur leichte Tanzmusik – kapriziert hatten.

Die Programmdauer wurde von Beginn des Rundfunks an stetig gesteigert. Am Sonntag war das Programmvolumen am größten. Bereits 1925 brachten die größeren Sender ein Programm im Umfang von 7-10 Stunden. Mit der steigenden Hörerzahl wuchs auch der Produktionsapparat der großen Sendegesellschaften. Der Unterhaltungsanteil war mit ca. 40% 1929 für die damaligen Verhältnisse sehr hoch, bedenkt man, daß das Radio ein Volksbildungsinstrument sein sollte. Bei den Sparten- und Zielgruppenprogrammen nahmen der Kinder-, Schul-, Frauen- und Landfunk die größte Bedeutung ein. Das Angebot an Berufsgruppen- und Ratgebersendungen im Rahmen des Spar-

---

<sup>5</sup> A.H. Schelle-Noetzel [d.i. Arnolt Bronnen]: Kampf im Äther oder die Unsichtbaren. Berlin 1935, S. 360 ff.

tenprogramms war zahlreich und differenziert. Die Zielgruppen- und Service-sendungen drängten das allgemeine Vortragswesen zurück. Der gesamte Fachfunk und Teile des Ratgeberfunks wurden von Arbeitsausschüssen und Beiräten gestaltet, die sich teilweise aus den Reihen der Kulturbeiräte rekrutierten. Den Schwerpunkt des Programms bildeten aber ohne Zweifel der Unterhaltungsrundfunk, das Vortragswesen und der Zeitfunk mit mehr oder weniger aktueller Berichterstattung und Reportagen aus Sport und Zeitgeschehen.

Das Rundfunkprogramm entwickelte sich unter der Prämisse des „Kulturfaktors“ zwischen den Ansprüchen von Bildung und Unterhaltung, wobei die D.W. ausschließlich als Bildungskanal fungierte, während die Regionalsender ein größeres Unterhaltungsangebot sendeten. Die Sendeverantwortlichen wollten den Bedürfnissen der Hörer durch eine Mischung von Belehrung und Unterhaltung entgegenkommen. Dieser Antagonismus, einen Ausgleich zwischen intellektuell-bildungsbürgerlichen Inhalten einerseits und dem Bedürfnis nach Entspannung, Erholung und Zerstreuung andererseits herzustellen, bestimmte die Programmarbeit. Da die Mehrzahl der Hörer leichte Unterhaltungsmusik forderte und die Rundfunkpresse für mehr Unterhaltung stritt, erhöhten die Sender den Unterhaltungsanteil. Aus Prestige Gründen hielten die Intendanten jedoch daran fest, in pädagogischer Absicht klassische Kunstprodukte mediengerecht zu vermitteln. Klassische Sendespiele, Opern-, Operetten- und Konzertübertragungen, Chormusik und funkische Auftragsstücke sowie literarische Sendungen und Lesungen waren feste Bestandteile auch im Abendprogramm. Dem breiten Hörerinteresse kam man mit der Übertragung von Revuen, Tanzmusik und Schallplattenkonzerten, insbesondere der Sendung von Nonsens-Schlagern entgegen. Aufgrund der Ausdehnung der Sendedauer war es den Sendeleitungen möglich, trotz Steigerung des Unterhaltungsanteils auch weiterhin Bildungssendungen und niveauvolle Darbietungen aus Musik und Literatur zu bringen.

Angesichts eines Wortanteils von nur 30% und wegen der Programmzensur war die Möglichkeit zu politischen Inhalten stark begrenzt. Die politische Tendenz der Programme war zunächst rechtslastig. Nationalistisch-konservative Positionen konnten über den Äther gehen, weil sie scheinbar überparteilich die Interessen der Bevölkerung widerspiegelten. Zwischen 1928 und 1932 versuchte man eine stärkere Ausgewogenheit der politischen Tendenz des Programms durch aktuelle Berichterstattung und Diskussionssendungen zu erreichen. Schon vorher gab es zahlreiche aktuelle Sendereihen, die in Form von politischem Bericht und Reportage die Gegenwartsprobleme thematisierten und aufgrund des Geschicks der Sendeleitungen keinen Anstoß erregten. Neu waren nun die Presseumschau der DRADAG, die Sendereihe „Gedanken zur Zeit“ und weitere Mehrgespräche sowie kontradiktori-



sche Vorträge, in denen paritätisch zwei oder mehr politische Vertreter zu einem aktuellen Thema sprachen – z.B. die Diskussionsreihen „Junge Generation spricht“ und „Studenten diskutieren“. Mit der Rundfunkreform des Jahres 1932 kam es wieder zu einer Dominanz rechter Sendeinhalte: Nationalistisch-heimatkundliche Hörfolgen standen im Vordergrund, völkische Autoren hielten Einzug in das Programm, und selbst das Musikangebot wurde eingedeutscht und volkstümlich.

Die Rundfunkverantwortlichen der Weimarer Republik versuchten ein Angebot zur Vermittlung zwischen den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen bzw. geschmacksästhetischen Gegensätzen zu liefern, das zudem kulturkonservativen und bildungsbürgerlichen Ansprüchen zu genügen hatte. Dabei gerieten das Medium und seine Programmgestalter in den Strudel der tagespolitischen Radikalisierung der jungen und labilen Demokratie, so daß das Radio zum Politikum wurde und nicht zur Stabilisierung der Verhältnisse und Überwindung der Klassengegensätze beitragen konnte.

## Quellen und Literatur (Auswahl)

### Quellen

**Dussel, Konrad/Lersch, Edgar** (Hg.): *Quellen zur Programmgeschichte des deutschen Hörfunks und Fernsehens* (Quellensammlung zur Kulturgeschichte; 24), Göttingen 1999.

**Schelle-Noetzel, A. H.** (d.i. Arnolt **Bronnen**): *Kampf im Äther oder die Unsichtbaren*. Berlin 1935.

**Schneider, Irmela** (Hg.): *Radio-Kultur in der Weimarer Republik* (Deutsche Text Bibliothek; 2), Tübingen 1984.

### Literatur

**Cebulla, Florian**: „Rundfunk-Revolutionen“. *Freie und organisierte konservative und nationalsozialistische Agitation gegen den „System-Rundfunk“ am Ende der Weimarer Republik* (Massenmedien und Kommunikation; 139/140), Siegen 2001.

**Dahl, Peter**: *Radio. Sozialgeschichte des Rundfunks für Sender und Empfänger*. Reinbek 1983.

**Dussel, Konrad**: *Deutsche Rundfunkgeschichte. Eine Einführung* (Reihe Uni-Papers; 9), Konstanz 1999.

**Flemming, Jens**: *Massenmedium und „Kulturfaktor“: Rundfunk in der Weimarer Republik*. In: *Der Deutschunterricht*, 50 (1997), H. 2, S. 54-63.

**Führer, Karl Christian**: *Auf dem Weg zur „Massenkultur“? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik*. In: *Historische Zeitschrift*, 262 (1996), S. 739-781.

**Ders.**: *Wirtschaftsgeschichte des Rundfunks in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs; 6), Potsdam 1997.

**Führer, Karl Christian/Hickethier, Knut/Schildt, Axel**: *Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung*. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 41 (2001), S. 1-38.

**Goebel, Gerhart**: *Der deutsche Rundfunk bis zum Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplans*. In: *Archiv für das Post- und Fernmeldewesen*, 2 (1950), Nr. 6, S. 354-454.

**Halefeldt, Horst O.**: *Das erste Medium für alle? Erwartungen an den Hörfunk bei seiner Einführung in Deutschland Anfang der 20er Jahre*, in: *Rundfunk und Fernsehen* 31 (1986), Teil 1: S. 23-42, Teil 2: S. 157-176.

**Lenk, Carsten**: *Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923-1932* (Konzeption empirische Literaturwissenschaft; 20), Opladen 1997.

- Leonhard**, Joachim-Felix (Hg.): *Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik*. 2 Bde., München 1997.
- Lerg**, Winfried B.: *Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland* (Beiträge zur Geschichte des deutschen Rundfunks; 1), Frankfurt 1965.
- Ders.: *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik* (Rundfunk in Deutschland; 1), München 1980.
- Marßolek**, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924-1969)* (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs; 25), Potsdam 1999.
- Pohle**, Heinz: *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923-1938*, Hamburg 1955.
- Schildt**, Axel: *Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit*. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001), Nr. 2, S. 177-206.



*Alfred Kantorowicz*

WOLFGANG GRUNER

## Alfred Kantorowicz und die Weimarer Republik

### I.

Die Familie Kantorowicz entstammt der pommerschen Hafen-, Kreis- und Ostseebadestadt Swinemünde. Den Zeitpunkt, an dem Rudolf Kantorowicz, der Vater Alfreds, den Wohnort der Familie nach Berlin verlegte, kenne ich ebensowenig wie den Grund, warum er das tat. Ökonomische Erwägungen mögen eine Rolle gespielt haben. Er war Textilkaufmann. Aber er war nicht der einzige Kantorowicz, den es nach Berlin zog. Zahlreiche Onkel und Tanten von Alfred finden sich im Berlin der Kaiserzeit. Möglicherweise wollten sich Rudolf und seine Frau der familiären Enge und strengen religiösen Tradition in Swinemünde durch Übersiedelung nach Berlin entziehen. Sowohl die Familie Kantorowicz als auch die Familie Alexander, die Familie von Alfreds Mutter, war orthodox jüdisch, während Alfreds Eltern eher zu Assimilation neigten.

*„Ich bin wenige Monate vor der Jahrhundertwende – also noch unter dem letzten Abglanz des 19. Jahrhunderts, was mir zuweilen sinnfällig erschien – im kaiserlichen Berlin geboren und aufgewachsen.“<sup>1</sup>*

Das genaue Geburtsdatum ist der 12. August 1899. Alfred ist das erste Kind, und ihm folgt nur noch sein Bruder Walter. Beide Söhne nimmt Vater Rudolf mit zu kaiserlichen Paraden durch Berlin, denn Rudolf Kantorowicz ist protestantisch, preußisch, konservativ und deutsch-national. Der preußischen Erziehung durch seinen Vater aber war der zarte Alfred nicht gewachsen:

*„In meiner frühen Jugend kränkelte ich. Daher war mein Schulbesuch unregelmäßig. Für Jahre konnte ich an keinem öffentlichen Schulbesuch teilnehmen.“<sup>2</sup>*

---

<sup>1</sup> Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch, Band I, München 1959, S. 21.

Die Gebrechlichkeit des Sohnes faßt Rudolf als seelische Verzärtelung auf und will ihr durch strenge Disziplin und rigide Grundsätze beikommen. 1908 schickt er seinen Sohn „zur Kräftigung seiner zarten Gesundheit“ für ein Jahr in eine „Knabenpension auf dem Lande“.<sup>3</sup> Doch holt er ihn nach Hause zurück, „weil er die Überzeugung gewann, daß man den Kindern in der Anstalt zu viel freien Willen ließ“<sup>4</sup>. Auf die spartanischen Erziehungsmaßnahmen seines Vaters reagiert Alfred noch mehr mit Flucht in Krankheit und Tagträumerei. Gelegentlich erhält er Privatunterricht. Von 1910 bis April 1913 besucht er die Berthold-Otto-Schule, die 1907 aus dem Privatunterricht und der Hausschule des Reformpädagogen Berthold Otto hervorgegangen ist. Ab 1915 nimmt er regelmäßig in der Hohenzollern-Oberrealschule in Berlin-Schöneberg am Schulbesuch teil. Unter seinen Lehrern befinden sich der Reformpädagoge Paul Oestreich, der 1919 den Bund Entschiedener Schulreformer gründet und bis 1933 leitet, und Rudolf Kayser, der später Redakteur der S. Fischer'schen *Neuen Rundschau* wird. Alfred war wie seine Schulkameraden kriegsbegeistert und „konnte es kaum erwarten, ebenfalls eingezogen zu werden“<sup>5</sup>.

*„In diesen Jahren kräftigte sich meine Gesundheit soweit, dass ich tatsächlich im Frühjahr 1917 mit 17 Jahren zum Militärdienst angenommen wurde.“*<sup>6</sup>

Seine Ausbildung erhält er im Schwarzwald, in Villingen und Donaueschingen. Sie werden für ihn zur schlimmsten Erniedrigung und Fortsetzung väterlicher Demütigung. Im Herbst 1917 kommt Alfred als Besatzungssoldat nach Kowno in Litauen und Anfang März 1918 an die Westfront zur Ludendorff-Offensive. Als einer von fünf Überlebenden seiner Kompanie muss er – von der Front zerschlagen – im Oktober 1918 ins Hospital. Im November 1918 ist er zurück in Berlin, „gefühlsmäßig begeistert vom Umsturz“<sup>7</sup>.

*„Die Plakate: Schützt die Revolution, die ich im Westen Berlins, wo ich wohnte, überall sah, bewogen mich ‚zur Verteidigung der Revolution‘ in eine von der SPD aufgestellten lokalen Bürgerwehren in Schöneberg einzutreten. Ich lag einige Tage als Maschinengewehrschütze im Schöneberger Rathaus. Als ich sah, wie von meinen sogenannten Kameraden ein einarmiger Krieginvalide als Spartakist roh verprügelt wur-*

<sup>2</sup> Alfred Kantorowicz: Lebenslauf vom 19. Juli 1951, S. 1. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: Ostberlin: 185.

<sup>3</sup> Helmut Campe [d.i. Alfred Kantorowicz]: Der Sohn des Bürgers, 2. Fortsetzung, Kapitel V., in: Ost und West; Heft 2, Februar 1948, S. 73.

<sup>4</sup> Campe [wie Anm. 3], S. 75.

<sup>5</sup> Alfred Kantorowicz: Lebenslauf vom 5. Juli 1951, S. 1. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: Ostberlin: 185.

<sup>6</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 1.

<sup>7</sup> Ebda., S. 2.

*de, legte ich nach einer erregten Auseinandersetzung meine Armbinde ab und ging nicht mehr zum Dienst.“<sup>8</sup>*

## II.

1919 holt Alfred Kantorowicz auf der Oberrealschule Berlin-Lichterfelde sein Abitur nach und studiert vom 20. 1. bis zum 12. 4. 1920 an der Juristischen und Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin „auf Wunsch meines Vaters Jura, wiewohl ich mich mehr für Literatur interessierte“.<sup>9</sup> Dies entspricht durchaus dem Sozialisationsmuster junger Männer aus assimilierten jüdischen Familien in der Weimarer Republik. Faktisch war ihnen eine Laufbahn in Militär, Verwaltung, Justiz, Schule und Universität verschlossen. Das Studium aber stand ihnen nun offen. So strebten viele von ihnen freie akademische Berufe an. Am beliebtesten waren Arzt und – Rechtsanwalt.

In Freiburg führt er im Sommersemester 1920 und im Wintersemester 1920/21 sein Studium fort. Die soziale Situation ist schwer. Die Inflation setzt auch dem jungen Studenten Alfred zu:

*„Mein Vater verlor in der Inflation sein kleines Vermögen bis auf die letzte Mark. Mein Wechsel war gering und entwertete sich bis zum Monatsende in immer rascherem Tempo.“<sup>10</sup>*

Alfred gibt Nachhilfestunden, um über die Runden zu kommen, und schließt sich einer zionistischen Studentenverbindung an, der auch sein späterer Freund, der Literaturwissenschaftler Hans Arno Joachim, angehört.

Vom Sommersemester 1921 bis zum Wintersemester 1921/22 ist Kantorowicz in München immatrikuliert. Weshalb er seinen Studienort dahin verlegt, mag mit einer Begegnung zu tun haben, die für Kantorowicz ein Leben lang bedeutsam blieb. Auf einem Künstlerfest in Schwabing hatte er den Schriftsteller Lion Feuchtwanger kennengelernt,<sup>11</sup> der damals noch nicht als Epiker, sondern als Dramatiker berühmt war. Als Kantorowicz in München studiert, verdingt er sich zum Broterwerb „als Komparse an den Münchener Kammerspielen“<sup>12</sup>, wo 1922 Feuchtwangers Stück ‚Vasantasena‘ aufgeführt wird. Die Situation im Nachkriegsmünchen beschreibt Kantorowicz mit den Schlagworten:

---

<sup>8</sup> Ebda.

<sup>9</sup> Kantorowicz [wie Anm. 5], S. 1.

<sup>10</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 2.

<sup>11</sup> Lion Feuchtwanger: Briefwechsel mit Freunden 1933-1958, Band II, hrsg. von Harold von Hofe und Sigrid Washburn, Berlin, Weimar 1991, S. 183.

<sup>12</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 2.

Karneval, Inflation und Hunger.<sup>13</sup> Über Feuchtwanger findet er Anschluß an die Künstlerszene Münchens:

*„In der gastlichen Münchener Wohnung von Lion Feuchtwanger in der Georgenstraße, diskutierten – oftmals nach wild durchtanzten Faschingsfesten – der Dichter Klambund, der Regisseur der Kammerspiele Falckenberg, der Dramaturg und expressionistische Dramatiker Otto Zarek mit Bert Brecht und Arnolt Bronnen, der später so wechselvolle Entwicklungen durchmachte und Feuchtwangers wie Thomas Manns bürgerlich zuchtvollem Freund Bruno Frank, sowie den Schauspielerinnen Sybille Binder, Maria Koppenhöfer, Carola Neher und manchen anderen über neue Regiemethoden, Bücher und dramatische Arbeiten von Kollegen und über alles mögliche, jedoch kaum jemals über Politik.“*<sup>14</sup>

Auch der bayrische Schriftsteller und lebenslange Brecht-Freund Oskar Maria Graf gehört zu diesem Kreis. Am literarisch bedeutsamsten wird aber die fruchtbare Freundschaft von Feuchtwanger und Brecht.

Studiert hat Kantorowicz in München auch, zumindest kann man aus einem erhaltenen Belegblatt des Sommersemesters 1921 ersehen, welche Veranstaltungen er belegt – und bezahlt ! – hat. Vorlesungen mußten dem Referenten damals vom Studenten jeweils honoriert werden. Die Pflicht behielt leicht die Oberhand vor der Neigung: Vorlesungen in Strafrecht, Kirchenrecht und Zivilprozess machten 16 Wochenstunden aus, das deutsche Drama unserer Zeit, die Literaturgeschichte des 19. Jahrhunderts und die Geschichte der deutschen Lyrik kamen dagegen nur auf 7 Wochenstunden. Vervollständigt wurde die Studienwoche durch einen 5-stündigen Lateinkurs.

Was Kantorowicz bewogen hat, nochmals den Studienort zu wechseln und ihn ausgerechnet nach Erlangen zu verlegen, ist nicht klar. Er hat sich darüber nicht geäußert. Floh er vor den Nationalsozialisten aus München? „Hakenkreuze, Uniformen, provokante Plakate, knalliges Geschrei“<sup>15</sup>, so charakterisiert Arnolt Bronnen im nachhinein die Atmosphäre in München, der er später selbst erlegen ist und die auch Lion Feuchtwanger zu spüren bekam: *„Feuchtwanger erzählte, wie in den letzten Wochen Abend für Abend Gruppen von Jugendlichen vor seinem Hause vorbeigezogen wären, antisemitische Schreie ausstoßend und auch Sand neben kleineren Steinen werfend; größere würden folgen. ‚Wir werden hier nicht lange in München bleiben können‘, sagte Feuchtwanger.“*<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Alfred Kantorowicz: o. T. [„This is the outline of a book ...“], S. 2. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: Ostberlin: 24.

<sup>14</sup> Alfred Kantorowicz: Der junge Brecht privat, S. 3. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: A 230.

<sup>15</sup> Arnolt Bronnen: Tage mit Bertolt Brecht. Geschichte einer unvollendeten Freundschaft, München 1998, S. 102.

<sup>16</sup> Ebda., S. 57.



Oder verleitete Kantorowicz die Hoffnung auf Linderung seiner soziale Not zum Umzug nach Erlangen? Was es auch war, es wurde nicht besser, sondern viel, viel schlimmer.

*„Das Jahr 1923 in Erlangen war in jedem Betracht schwierig. Mein Geld langte nicht einmal für die mensa, selbstverständlich auch nicht für Kohlen. Ich kaufte mich, sobald ein Wechsel eintraf, für den kommenden Monat in die Volksküche ein, lebte von Rübensuppe und Brot.“*<sup>17</sup> Kurz: „Ich hungerte und fror in dieser Zeit.“<sup>18</sup>

Traumatisch für Kantorowicz aber sollte erst das politische Klima von Erlangen werden. Nach dem Weltkrieg, zu dem die Mehrheit der Erlanger Burschenschaftler sich freiwillig gemeldet hatte, entschieden sich auf dem Vortrag eines Werbeoffiziers 900 von 1000 Studenten für einen Eintritt in das Freikorps Epp, um gegen die Münchner Räterepublik zu kämpfen. Nach der Niederschlagung der Räterepublik bildete sich aus den Freikorps-Angehörigen eine studentische Freiwilligen-Kompanie Erlangen. Als sich 1920 als Reaktion auf den Kapp-Putsch in Nürnberg Matrosen bewaffneten, stürmten Erlanger Studenten und Professoren der Freiwilligen-Kompanie das von den Matrosen besetzte Postamt. Obwohl im April 1920 die Freiwilligenverbände aufgelöst wurden, ging die militärische Ausbildung in Erlangen weiter, und die überwiegende Mehrheit trat zum Bund Oberland über. In diesem waren die Erlanger Verbindungen 1923 bereit, den Hitler-Putsch zusammen mit SA und NSDAP zu unterstützen.

Die Erlanger Studentenschaft war nicht nur hochgradig militarisiert, sondern auch politisiert. Als 1920 eine Deutsch-Völkische Liste für die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses und Beschränkung des Zuzugs deutschfeindlicher und nicht germanischer Ausländer auf deutschen Hochschulen“ eintrat, bescherte ihr die AStA-Wahl 13 von 25 Mandaten. Zwei Jahre später erzielte die Völkische Liste bei der Wahl zum AStA bereits 22 von 25 Sitzen. Die Haltung der Professoren unterschied sich von der der Studierenden nicht wesentlich.

Kantorowicz studiert folglich in Erlangen in einem Jahr, in dem Professoren und Studenten antisemitisch und nationalistisch agitieren, Hitler seine erste Veranstaltung in Erlangen abhält, der AStA bis auf zwei Sitze ausschließlich mit Völkischen und Nazis besetzt ist und Erlanger Studenten sich auf den Hitler-Putsch vorbereiten.

Diese Atmosphäre veranlaßt Kantorowicz zu einer erneuten Hinwendung zum Zionismus, den er jetzt zum Thema seiner Dissertation macht. „Die völkerrechtlichen Grundlagen des national-jüdischen Heims in Palästina“ lautet der Titel seiner Doktorarbeit. Ihr Schluss gibt seiner Sehnsucht pathetisch Ausdruck:

---

<sup>17</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 2.

<sup>18</sup> Ebda.

*„Wir jungen Juden aber, die besten unter uns, glauben inbrünstig und zuversichtlich, daß unser geliebtes, zu so unermesslichen Leiden ‚auserwähltes Volk‘ in Erez Israel, im Lande der Väter, eine Ruhestätte, endlich endlich wieder eine Heimat finden soll.“*<sup>19</sup>

Dreißig Jahre später erinnert er sich:

*„Am 6. Dezember 1923 bestand ich mein Doktorexamen in Erlangen. Es war wenige Wochen nach dem ersten Hitler-Putsch in München, und Erlangen war derzeit eine Brutstätte des Nazismus, der ich noch am selben Tag entwich. Damals konnte man noch fliehen, es schien Alternativen zu geben. Ich fuhr am gleichen Abend die Nacht hindurch mit dem Bummelzug nach München. Am nächsten Morgen frühstückte ich bei Feuchtwangers, dann lud er die Freunde ein, soweit sie noch in München waren, und wir feierten den ganzen Tag und die Nacht bis zum nächsten Morgen.“*<sup>20</sup>

Am 7. Juni 1924 wird Kantorowicz von der juristischen Fakultät der Universität Erlangen der Doktor beider Rechte verliehen, und damit endet für ihn eine Lebensphase auf gleichermaßen erfolgreiche wie traumatische Weise.

Soziologisch gesehen ist Kantorowicz typischer Student, der wie die Mehrheit der Studierenden aus der Mittelschicht kommt. Im WS 1921/22 gehören 52,5% der Studenten an der Münchner Universität dem Mittelstand an. Interessant ist auch die Verteilung der Studenten in Deutschland. Von 89 000 Studenten des Reiches und 45 000 in Preußen immatrikulierten Studenten studieren allein 13 000 in Berlin, von 15 000 bayerischen allein 11 600 in München. (Die Zahlen stammen zwar aus dem Jahre 1926, ihre Proportionalität lässt sich vermutlich aber auch auf den Beginn der 20er Jahre übertragen.) Daran mag liegen, dass Kantorowicz den Nazismus in der weitläufigen Großstadt und Universität München nicht als so bedrohend empfunden hat wie in der Provinz in Erlangen.

Kantorowicz' Studium fällt in die Zeit der Nachkriegsjahre 1919 bis 1923, in der doppelt so viele Studenten wie zu gewöhnlichen Zeiten studieren. Trotz der Bevölkerungs- und Gebietsverluste steigert sich 1919 die Studierendenzahl gegenüber dem Vorjahr um 345,3% und um 40% gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr. Für die Studienzeit bedeutet dies verstärkter Konkurrenzkampf, z.B. auf dem Wohnungsmarkt. 1923 erreicht die Anzahl der Studierenden mit 125.728 eine Höchstmarke, fällt dann um 28% auf 89.481. Ungefähr zwei Jahrgänge studentischer Kriegsteilnehmer verlassen nach ca. vier Studienjahren die Hochschulen. Viele Studenten gehen mit Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse in die Berufspraxis, nachdem sie in den Inflationsjahren versucht hatten, durch ein Studium ihre Ausgangschancen zu verbes-

---

<sup>19</sup> Alfred Kantorowicz: Die völkerrechtlichen Grundlagen des national-jüdischen Heims in Palästina, Diss., Erlangen 1923, S. 168.

<sup>20</sup> Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch, Band II, München 1961, S. 438f.

sern.<sup>21</sup> Dies heißt einerseits, daß die beginnende wirtschaftliche Prosperität neue Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt schafft, andererseits aber durch die überhöhten Abgangszahlen die Konkurrenz unter den arbeitssuchenden Akademikern um ein vielfaches gestiegen ist.

### III.

*„Nach Studienende wußte ich nichts Rechtes mit mir anzufangen. Ich voluntierte für einige Monate gegen ein Taschengeld bei einem Antiquar und Kunsthändler in Berlin (irgendwo in der Lützowplatz Gegend). Dann verhalf mir der Zufall zur Stellung eines Hilfsredakteurs im Feuilleton der Westfälischen Neuesten Nachrichten in Bielefeld.“<sup>22</sup>*

Welcher Art dieser Zufall war, erfahren wir von ihm nicht. In Bielefeld ist Kantorowicz vor allem der Mann für Musikkritiken. Die Stadt veranstaltet Maifestspiele und führt im Stadttheater Wagners Nibelungenring auf. Recht souverän schreibt Kantorowicz als Dr. Alfred Kant, voller Selbstbewusstsein und mit einer gehörigen Portion Ironie. So am 16. Mai 1924 über die Aufführung der ‚Götterdämmerung‘:

*„Es ist eine gute und erhebende Sache um die Kunst, aber, meine Lieben, an einem solchen Maiabend 5 Stunden (fünf Stunden) lang kritisch Wagner zu hören, das ist nicht eben eine so ganz ungeteilte Freude.“*

Desweiteren berichtet er über philosophische Vorträge, kritisiert Theaterinszenierungen und Filmvorführungen, mal in Berlin, mal in Bielefeld und rezensiert Bücher. Und in der Reise- und Wanderbeilage veröffentlicht er eigene Gedichte:

*„Mai  
Ein Liedchen gepfiffen  
Im blumigen Mai,  
Die Fiedel ergriffen,  
Die Seele so frei.  
Und strecken die Glieder  
Vor Sehnsucht vergehen,  
Die Sonne scheint wieder,  
Die Welt ist so schön.“<sup>23</sup>*

<sup>21</sup> Jürgen Schwarz: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971, S. 414.

<sup>22</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 3.

<sup>23</sup> Alfred Kant [d. i. Alfred Kantorowicz]: Mai, in: Westfälische Neueste Nachrichten, Nr. 124, 28. Mai 1924.

Fürs erste scheint das Trauma von Erlangen überwunden. Sein Ton ist unbekümmert und heiter, sein Gemüt zu rastlos für eine Festanstellung.

*„Ich blieb etwa 6 Monate bei dieser Zeitung – von Mai bis Oktober 1924 – und machte dann mit dem ersparten Geld und Honoraren für Reiseberichte eine Reise durch Italien bis hinunter in den kleinen Ort Positano (zwischen Sorrent und Amalfi) wo ich längere Zeit blieb und wo ich Ernst Bloch [...] kennenlernte mit dem mich seit dieser Zeit innige Freundschaft verbindet.“*

Die reizvollen Möglichkeiten, die sich einem sprühenden jungen Geist damals boten, nämlich seine Reiselust und sein Fernweh zu stillen, indem er sich auf die Reise begab und unterwegs von jeder Zwischenstation einen persönlichen Bericht an die Redaktion kabelte, setzten aber auch eine Leserschaft voraus, die gespannt war auf Reisereportagen und neugierig auf die Fremde.

Nach seiner Italienreise kehrt Kantorowicz nach Berlin zurück, bleibt aber den *Westfälischen Neusten Nachrichten* als „Berliner Theaterreferent“ verbunden. Zuvor hat er noch Feuchtwangers experimentellem Anti-Kriegs-Schauspiel ‚Thomas Wendt‘ im Stadttheater in Bielefeld zur Uraufführung verholfen. Der Jungdeutsche Orden vor Ort ruft zum Boykott der Aufführung auf: *„Wir leben noch nicht in Sowjet-(Juda)Rußland! Auf deutschem Boden dulden wir Schande nicht!“*<sup>24</sup> Tatsächlich wird die Inszenierung von einigen Anwesenden „in Ausrüstung mit kindlichen Lärminstrumenten“<sup>25</sup> gestört. Die Mehrheit der Theaterbesucher jedoch applaudiert dem Stück. Hinterher bestreitet der Jungdeutsche Orden die Urhebererschaft des Boykott-Aufrufes. Fast hätte der Antisemitismus Kantorowicz in Bielefeld eingeholt, doch er wechselt schnell wieder von der Provinz in die Metropole und begibt sich sogleich in eine nicht weniger hitzige Debatte.

*„Damals [...] war das Geschrei vom ‚Dolchstoß in den Rücken‘, die verhängnisvollste aller nationalistischen Lügen, wieder aufgeschwollen. [...] Die Voss hatte ein paar zage Zuschriften veröffentlicht, und ich [...] geriet über die lautmäulige Hetzkampagne der ‚Im-Felde-unbesiegt‘-Brüller in solche Erbitterung, daß ich mich an einem Abend an den Schreibtisch setzte und die Chronik dieser letzten Kämpfe an der Westfront, so wie ich sie erlebt hatte, schmucklos niederschrieb.“*<sup>26</sup>

Dies hatte ungeahnte Folgen:

*„Am nächsten Morgen brachte ich das Manuskript zur Vossischen Zeitung und gab es in der Feuilletonredaktion ab, mit einem Zettel für den mir dem Namen nach bekannten Leiter des Kulturteils und Theaterkritiker Monty Jacobs, dem ich mitteilte, daß ich diese wahrheitsgetreue Schilderung mir in der vergangenen Nacht von der Seele geschrieben hätte; ich wisse nicht, ob die Darstellung brauchbar sei. Zu Hause*

<sup>24</sup> Zur Uraufführung des ‚Thomas Wendt‘, in: *Westfälische Neueste Nachrichten*, Nr. 274, 22. November 1924.

<sup>25</sup> Uraufführung des ‚Thomas Wendt‘, in: *WNN*, Nr. 275, 24. November 1924.

<sup>26</sup> Kantorowicz [wie Anm. 1], S. 541f.

zurück erfuhr ich, daß aus der Redaktion der Vossischen Zeitung schon mehrfach dringend angerufen worden war: man bäte, ich möge mich umgehend bei Dr. Monty Jacobs melden. Ich fuhr zur Vossischen Zeitung. Monty Jacobs ergriff mich bei der Hand, stellte mich den maßgebenden Redakteuren als den Verfasser des Berichtes vor, der am kommenden Tage als Leitartikel erscheinen sollte, und verband mich, nachdem er sich über mich und meine persönlichen Pläne unterrichtet hatte, sogleich seiner Feuilletonredaktion. Wenn ich's bedenke: das habe ich seither nie wieder erlebt. Ein solches Glückslos zieht man wohl nur einmal im Leben.“<sup>27</sup>

Von nun an lebt Kanto als freier Mitarbeiter verschiedener bürgerlicher Zeitungen, vor allem der Ullstein-Presse, in Berlin.

„Ich berichtete über Vorträge, kleinere künstlerische Veranstaltungen und Ausstellungen, das Referat wurde mit 10 – 15 Mark honoriert – ich kam auf etwa 200 Mark im Monat und da ich noch zu Hause bei meinem Vater wohnte, konnte ich ganz gut leben. Es war alles in allem eine erfreuliche Lehrzeit.“<sup>28</sup>

Die Rückkehr in die Geburtsstadt Berlin gerade zu diesem Zeitpunkt ist mehr als nur ein persönliches Moment. Als Kantorowicz in München studierte, war Berlin „noch nicht der unangefochtene Mittelpunkt, zu dem es später wurde“<sup>29</sup>. Zwei Jahre später, 1924, zog der Augsburger Bert Brecht von München nach Berlin, und dieser Umzug war „symbolischer Ausdruck der wachsenden Macht [...], die Berlin um die goldene Mitte der zwanziger Jahre besaß. [...] Nach Berlin zu gehen, war das Bestreben des Komponisten, des Journalisten, des Schauspielers; mit seinen hervorragenden Orchestern, seinen hundertzwanzig Zeitungen und seinen vierzig Theatern war Berlin die Stadt für die Ehrgeizigen, Betriebsamen und Begabten. Wo sie auch anfangen, berühmt wurden sie in Berlin und durch Berlin.“<sup>30</sup> Der Beschreibung seiner damaligen Verlobten nach paßte Kantorowicz genau in dieses Profil:

„Er war groß und hager, das Gesicht markant und sensibel. Von Beruf Journalist, schrieb er für die Vossische Zeitung, war arm und ziemlich bedürfnislos, aber ehrgeizig. Er träumte davon, Romanschriftsteller zu werden.“<sup>31</sup>

Allerdings hält es ihn zunächst doch nicht in Berlin. Vielleicht war der Verdienst als freier Mitarbeiter in Berlin für eine eigene Wohnung zu gering und das Zusammenleben mit seinem alten Herrn zu konfliktreich, um ein Angebot von Ullstein ausschlagen zu können.

„Im Frühjahr 1926 wurde ich als Chef des Kulturteils und erster Theaterkritiker an die zweimal täglich erscheinende bedeutende bürgerliche Neue Badische Landeszei-

---

<sup>27</sup> Ebda., S. 542.

<sup>28</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 3.

<sup>29</sup> Peter Gay: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918–1933. Frankfurt a.M. 1970, S. 24.

<sup>30</sup> Ebda., S. 168f.

<sup>31</sup> Karola Bloch: Aus meinem Leben. Mössingen-Thalheim 1995, S. 47.

*tung in Mannheim berufen. Das war eine Zeit der Erfolge. Außer für diese Zeitung schrieb ich auch für die Vossische Zeitung, die Frankfurter Zeitung, die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Neue Freie Presse in Wien, und andere Provinzblätter Theaterkritiken, Buchbesprechungen, Erzählungen (diese zumeist unter dem Namen Helmut Campe veröffentlicht). Mein Einkommen war beträchtlich, überstieg in manchen Monaten 1000 Mark. Dennoch war ich von Unrast erfüllt. Mein Leben schien mir ein Leerlauf zu werden; ich sehnte mich nach Sammlung und Zeit, ein größeres Buch zu schreiben.“<sup>32</sup>*

Leider sind Exemplare der *Neuen Badischen Landeszeitung* nicht erhalten, so daß hier über Umfang und Inhalt von Kantorowicz' Wirken keine Aussage gemacht werden kann. Bekannt ist nur, daß Kantorowicz wohl der erste war, der auf Drängen seines schon erwähnten Freundes Hans Arno Joachim Gedichte des jungen Lyrikers Peter Huchel abdruckte.

*„Ich ließ mich gerne drängen. Wiewohl ich mich auf dem Gebiet der Literaturkritik nicht mit Joachim vergleichen darf, erkannte ich doch, daß die Verse, die mir da auf meinen mit so vielem mediokren Zeug überhäufteten Redaktionsschreibtisch kamen, einen nahezu einsamen Rang hatten. Es macht mich heute noch glücklich, daß ich zu den ersten deutschen Redakteuren gehörte, die die frühen Gedichte von Peter Huchel veröffentlichen durften.“<sup>33</sup>*

Außerdem druckt Kantorowicz „in der Nummer vom 14. Dezember [1926] ein Gedicht *Urlicht* unter dem Namen Brechts ab, das ihm in einem verschlossenen Umschlag übergeben worden ist. Aufgrund des Abdrucks meldet sich der Autor des Gedichts, E. Hiefer (Ernst Rühart), bei ihm und erklärt, daß sich ein Bekannter diesen Scherz erlaubt habe.“<sup>34</sup> Brecht antwortet ihm in einem Brief vom 21. Dezember 1926:

*„Lieber Kantorowicz, lassen Sie sich keine grauen Haare wachsen. Es ist Ihnen mit diesem Gedicht ‚Urlicht‘, das Ihnen nicht aufgegangen ist, genau das gleiche passiert wie mir mit einer Mannheimer ‚Mann-ist-Mann‘-Kritik, die mit Ihrem Namen unterzeichnet war: ich hielt sie für die Ihre. Erst nach einigem Nachdenken kam ich darauf, daß sich hier bestimmt ein Schäker auf der Durchreise Ihres ernsten Namens bedient haben muß. Also drucken Sie bitte einfach, daß es ein Fehler in Ihrer Setzerei war, da man Ihnen sonst unter Umständen das Unrecht widerfahren läßt, Ihre Kritiken noch einmal nachzusehen, in denen Sie im Gegensatz zu hier, wo Sie etwas sahen, was nicht da war, etwas nicht sahen, was da war. Herzlich Ihr“<sup>35</sup>*

<sup>32</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 3.

<sup>33</sup> Alfred Kantorowicz: o. T. [Rede über Peter Huchel], S. 3. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: Ostberlin: 97.

<sup>34</sup> Bertolt Brecht: Briefe I. Berliner und Frankfurter Ausgabe, Berlin und Weimar; Frankfurt a.M. 1998, S. 662.

<sup>35</sup> Brecht [wie Anm. 34], S. 280f.

Aus dieser Zeit sind aber die Beiträge in der *Vossischen Zeitung* überliefert: es handelt sich vor allem um Kritiken von Theateraufführungen in Mannheim und Heidelberg. Nicht nur die Provinz schaut also auf die Metropole, auch das Zentrum registriert die Peripherie.

*„Im Herbst [1927] nach anderthalbjähriger Tätigkeit in Mannheim kündigte ich diese Stellung und ging aufs Geratewohl nach Paris. Kaum hatte ich mich aber dort bei der Ullsteinvertretung sehen lassen, wurde ich aufgefordert, die Nachfolge von Kurt Tucholsky als Pariser Kulturkorrespondent der Vossischen Zeitung zu übernehmen. Tucholsky gab damals diese Tätigkeit auf. Dieser Verlockung konnte ich schwer widerstehen, ich nahm an, aber sehr gut machte ich meine Sache nicht.“*<sup>36</sup>

Und das lag vor allem daran, daß er sich schwer auf Frankreich und Paris einlassen kann. Was er sieht und erlebt, vergleicht er mit Berlin, und dabei schneidet Paris immer schlecht ab. Unter dem Titel „Paris entdeckt Strindberg“ schreibt er:

*„Es ist immer schwer, in einer deutschen Zeitung über Pariser Theater zu sprechen: das ist eine andere Welt. Wir verstehen hier einander schwerer. Es gibt nach deutschen Begriffen kein Drama in Frankreich, keine Dramatiker, keine Dramaregisseure, man spielt allenfalls noch Ibsen.“*<sup>37</sup>

Dieses Urteil zu wiederholen, wird er nicht müde:

*„Um es zusammenzufassen: Sehnsucht habe ich nach dem deutschen Theater.“*<sup>38</sup>

Auffallend ist, wie wenig in dieser Zeit von Kantorowicz gedruckt wird, vor allem, wenn man es mit der Produktivität vergleicht, mit der Tucholsky die gleiche Stelle ausgefüllt hat. Tucholsky verstand es, den räumlichen Abstand zu Deutschland zur satirischen Spiegelung der deutschen Verhältnisse zu nutzen. Die französische Leichtlebigkeit war für ihn heilsame Medizin gegen den deutschen Ernst, der so anfällig für Demagogie macht. Für Kantorowicz dagegen war französische Lebensart flach und oberflächlich, er vermochte ihr nichts abzugewinnen. Während für Tucholsky Frankreich ein Korrektiv Deutschlands war, war es für Kantorowicz eine Banalität, an der man eigene, d.h. deutsche Tiefe erfuhr. Offenbar war das aber nicht, was die Feuilleton-Redaktion der *Vossischen* in Berlin erwartet hatte.

Statt für die Zeitung schreibt Kanto lieber literarisch:

*„Die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse in Deutschland rührten mich mächtig auf. Ich versuchte sie in meinem ersten Roman zu gestalten, in dem [...] die Erlebnisse in Erlangen (in übertragener Form) in den Mittelpunkt gestellt wurden und der schon deshalb in diesen Jahren der Schein-Stabilisierung und Schein-Prosperität keine Aussicht auf Veröffentlichung hatte.“*<sup>39</sup>

<sup>36</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 3.

<sup>37</sup> Alfred Kantorowicz: Paris entdeckt Strindberg, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 135, 7. Juni 1928.

<sup>38</sup> Alfred Kantorowicz: Das Land ohne Drama, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 33, 7. Febr. 1929.

<sup>39</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 4.

Aber auch diese Arbeit geht mühsam vonstatten. Nach fast eineinhalb Jahren Paris berichtet er einem Freund:

„Der Roman steht bei Seite 70.“<sup>40</sup>

„Man kann leicht nachweisen“, sagt der Historiker und Psychoanalytiker Peter Gay, „daß der Dichter in Deutschland eine überhöhte Stellung einnahm, doch läßt sich nur schwer beschreiben, was das bedeutete.“<sup>41</sup> Für Kantorowicz bedeutete es, daß er immer wieder bereit war, die Aussicht auf eine gute, vielleicht glänzende Karriere als Journalist für eine Dichterlaufbahn aufs Spiel zu setzen. „Und wenn manche den Dichter als erhabenen Propheten und Gesetzgeber verstanden, so sahen andere in ihm den Kritiker der Gesellschaft, den Realisten, welcher der Gesellschaft sagte, wie sie ihm erschien, und auch den Ansporn, der sie vielleicht zu bessern suchte.“<sup>42</sup> Für Kantorowicz war der Dichter das alles auf einmal und noch mehr. Die tägliche journalistische Betätigung mußte er daher als Mangel und Versagen auffassen. Ein Leben jenseits des Dichterruhms schien unvorstellbar. Auch hierin sind Tucholsky und Kantorowicz genaue Gegensätze: Während Kantorowicz mit allen Mitteln Dichtung schaffen wollte und doch nie über Journalismus hinaus kam, schuf Tucholsky in tagtäglicher Kleinarbeit ein literarisches Werk.

Paris ist für Kantorowicz immerhin Ort wichtiger Begegnungen, nicht mit Franzosen, sondern mit Deutschen. Hier lernt er den Schriftsteller Rudolf Leonhard und endlich auch Peter Huchel kennen.

„Im Jahr 1928 trafen wir dann alle drei [Huchel, Joachim und Kanto] in Paris zusammen [...]. [...] Joachim kam von Freiburg, uns beide zu sehen und wir verlebten einen unvergesslichen Sommer gemeinsam, erst in Paris und dann auf der Insel Bréhat. Wir bewohnten alle Drei einen Raum in einem kleinen Fischerhaus und wir diskutierten die Nächte bis zum Morgengrauen und oftmals bis die Sonne zum Vorschein kam. Es war eine reiche Zeit für uns. Es wäre billig zu sagen, daß es eine glückliche Jugendzeit war. Glücklicherweise waren wir gar nicht, wir rangen schwer und erbittert mit den Problemen, literarischen, kulturellen, weltanschaulichen und persönlichen.“<sup>43</sup> Bemerkenswert, daß Kantorowicz hier von Jugendzeit spricht, schließlich ist er 29 Jahre alt.

Ob es sein eigener Entschluss war, Paris zu verlassen, oder ihn die Redaktion in Berlin zurückrief, ist nicht bekannt. In einem letzten Brief aus Paris schreibt er:

„Es ist wirklich geheimnisvoll, daß von dreißig Zeitungen etwa, bei denen insgesamt vielleicht 100 Artikel liegen, nicht eine, einen einzigen Artikel bringt. Man kann tob-

<sup>40</sup> Alfred Kantorowicz an Hans Nowak, Paris 21. 1. 1929. Quelle: Schiller National-Museum/Deutsches Literaturarchiv: Nachlaß Hans Nowak.

<sup>41</sup> Gay [wie Anm. 29], S. 93.

<sup>42</sup> Ebda., S. 94.

<sup>43</sup> Kantorowicz [wie Anm. 33], S. 4.



süchtig werden (ich bin es schon geworden, inzwischen aber auch Ohnmacht und völliger Resonanzlosigkeit in Trübsinn verfallen). Ich werde noch heute Briefe an Monty Jacobs und die Neue Badische Landeszeitung schreiben, die Vertrauensfrage stellen; auf Biegen und Brechen – so geht es einfach nicht weiter.“<sup>44</sup>

Und so geht es auch nicht weiter. Kantorowicz unternimmt Reisen durch England, die Schweiz und Österreich und lässt sich im Herbst 1929 wieder als freier Schriftsteller und ständiger literarischer Mitarbeiter der *Vossischen Zeitung* in Berlin nieder. Aber auch hier findet er zunächst wenig Anklang:

„Hier in Berlin läßt sich für mich alles zäh und dickflüssig an. Es fehlt nicht an moralischen Ermunterungen, aber jede pekuniäre Resonanz bleibt leider aus. Für die ‚Neue Rundschau‘ habe ich eine ganze Menge zu arbeiten; es ist sehr ehrenvoll, aber auch das bringt wenig ein.“<sup>45</sup>

Zwischenzeitlich erwägt er sogar die Rückkehr nach Frankreich:

„Ich weiß nicht, ob ich nach Frankfurt gehe oder nach Mannheim oder nach Paris zurück oder in Berlin bleibe. Alles hat viel für sich und viel gegen sich. Berlin energiert mich doch merkwürdig stark, und ich stelle mir immer vor, wie schön es jetzt in Paris sein muß. Wenn Ullstein mir eine Zeilengarantie von monatlich tausend Zeilen gäbe, so würde ich wahrscheinlich nach Paris zurückgehen; es ist im Sinne der Karriere vermutlich falsch, aber im Sinne des Wohlbefindens zumindest den Sommer über doch recht angebracht.“<sup>46</sup>

Statt nach Wien, Frankfurt, Mannheim oder Wien fährt Kantorowicz nach Moskau.

„Im Herbst 1929 nahm ich mit großer Spannung die Gelegenheit wahr mit einer Intourist Reisegesellschaft die Sowjetunion zu besuchen und an den Novemberfeiern teilzunehmen. Der Eindruck dieser Reise war tief und nachhaltig.“, schreibt er 1951 in der DDR.

Aber in den drei politischen Essays, die er 1930 veröffentlicht, findet sich eine klare Ablehnung des Marxismus. In der ‚Literarischen Welt‘ richtet sich Kantorowicz „An die Programmlosen“:

„Es fehlt etwas. Es fehlt die neue, junge, mitreißende Ideologie. Das müßte man finden: diesen einen Satz, der dem bürgerlichen Leben wieder Inhalt gibt, der das Leben lebenswert macht, der ein Fundament ist, auf dem gläubig und sicher die Millionen deutscher Europäer stehen können, die nicht mehr an Gott glauben, und die, die nicht an den Marxismus glauben: den Marxismus, der ein Fundament ist, aber ein Fundament, auf dem wir nicht stehen können, solange er sich vermißt, alle Welträtsel, auch

---

<sup>44</sup> Alfred Kantorowicz an Hans Nowak, Paris 21. 1. 29. (A. Nowak).

<sup>45</sup> Alfred Kantorowicz an Hans Nowak, Berlin 11. 6. 29. Quelle: Schiller National-Museum/Deutsches Literaturarchiv: Nachlaß Nowak, Hans.

<sup>46</sup> Alfred Kantorowicz an Hans Nowak, Berlin 20. 4. 29. Quelle: Schiller National-Museum/Deutsches Literaturarchiv: Nachlaß Nowak, Hans.

den souveränen Geist, auch die Liebe, mit nationalökonomischen Formeln lösen zu können.“<sup>47</sup>

Ähnlich äußert er sich in dem Aufsatz „Zwischen den Klassen“, der in der Zeitschrift *Die Tat* erscheint. Durch die Krise des Bürgertums ist die bürgerliche Nachkriegsjugend enterbt, lebt „wie Proletarier, ohne Proletarier zu sein, ohne daß Proletarier, selbst wenn wir es gewollt hätten, uns unter sich, als einen von der ihnen geduldet hätten“. So stünde die bürgerliche Nachkriegsgeneration „ohne den Hintergrund einer soziologischen Schicht und ohne ein Fundament“ allein da. Rechts und links bietet sich kein Weg an. Anschluß an Parteien oder Verbände zu finden, sei unmöglich. So befinde sich die bürgerliche Nachkriegsjugend „zwischen den Klassen, zwischen einem selbstsüchtigen Kapitalismus und einem zerstörerischen Marxismus“.

Unter den Periodika der Rechten nimmt *Die Tat* eine besondere Stellung ein. Unter ihrem alten Herausgeber Eugen Diedrichs war sie nur von geringer Bedeutung. Dies änderte sich, als ab Oktober 1929 der außenpolitische Redakteur der *Vossischen Zeitung*, Hans Zehrer, zum bestimmenden Mann der *Tat* wird. Ihm gelang es, die Auflage innerhalb von zwei Jahren von eintausend auf 20.000 Exemplare zu erhöhen und sie zur meistgelesenen und meistdiskutierten Zeitschrift in der deutschen Öffentlichkeit zu machen. Die politische Romantik der alten *Tat* wich unter Zehrer einer pragmatischeren Ausrichtung. Mit ihm wird die Ökonomie zum zentralen Thema der Zeitschrift. Zu diesem Zweck engagierte Zehrer seinen Kollegen Ferdinand Friedrich Zimmermann, Wirtschaftsredakteur der *Berliner Morgenpost*, und den außenpolitischen Redakteur der *Vossischen Zeitung*, Friedrich Wilhelm von Oertzen. Es liegt nahe zu vermuten, daß die Veröffentlichung von „Zwischen den Klassen“ in der *Tat* durch die journalistische Tätigkeit von Kantorowicz bei der *Vossischen Zeitung* vermittelt wurde. Aber es lassen sich auch inhaltliche Gründe aufzeigen. Der sogenannte *Tat*-Kreis, eine lose Gruppe aus Redakteuren und freien Mitarbeitern der *Tat*, suchte die Mitte zwischen den politischen Extremen. Dazu wollte er politisch rechts, wirtschaftlich aber links stehen. Die Formeln seiner Ideologie waren: autoritärer Staat, Planwirtschaft, Autarkie, Vereinigung von Nationalismus und Sozialismus. Die Mitglieder des *Tat*-Kreises kamen aus bürgerlichem Bildungsmilieu, waren protestantisch und standen der Jugendbewegung nahe. Gemeinsamer Bezugspunkt ist der Krieg, den sie erlebt haben.

Sowohl inhaltlich als auch biographisch konnte sich Kantorowicz also durchaus mit dem Umfeld der *Tat* identifizieren. Doch hat er den Anschluß an den *Tat*-Kreis entweder nicht gesucht oder nicht gefunden. Vielmehr stößt er in der politischen Sphäre auf die neue Rechte. In der Gründung der ‚Deutschen

---

<sup>47</sup> Alfred Kantorowicz: An die Programmlosen, in: *Literarische Welt*, 6. Jg. 1930, Nr. 13, S. 4.

Staatspartei' durch die liberale DDP und den antisemitischen deutschnationalen 'Jungdeutschen Orden' sieht Kantorowicz die Möglichkeit zu 'positivem Aktivismus':

*„Wir haben zwölf Jahre lang darauf gewartet, daß sich vielleicht einmal eine Partei bilden wird, die unsre Partei ist, und nun zum erstenmal scheint es mir an der Zeit zu sein, in eine Partei hineinzugehen und ihr ein wenig von dem, was wir wünschen, mitzuteilen, nicht schmollend und abseits stehend und kittelnd, sondern in unmittelbarer fruchtbarer Auseinandersetzung mit einer Jugend, die grade deshalb aufnahmefähig ist, weil ihr in der tat bisher von rechts noch niemand eine Ideologie geliefert hat.“*

Das Echo darauf kommt von links, von der *Weltbühne* und der *Literarischen Welt*. Heinz Pol schreibt:

*„Auch Wirrköpfe gibt es, und vornehmlich solche, die deshalb politische Aufsätze schreiben, weil sie hoffen, sie werden sich vielleicht während des Schreibens darüber klarwerden, was sie eigentlich meinten mit dem, was sie eine Zeile vorher geschrieben hatten.“*

Scheinbar wollte sich Kantorowicz sogar als Kandidat der 'Deutschen Staatspartei' für den Reichstag aufstellen lassen. Die Hoffnung auf eine liberale Sammlungsbewegung wird aber durch das Wahldebakel der Staatspartei in den Wahlen von 1930 zunichte gemacht.

Kantorowicz zieht mit Hans Arno Joachim und Peter Huchel in eine gemeinsame Wohnung am Bülowplatz in Berlin. Den Sommer verbringen sie in einem kleinen Gärtnerhaus in Kladow. Kantorowicz ist damit beschäftigt, „der Breslauer Funkstunde ein zusammenhängendes Referat über 'Nachkriegsromane'“ anzubieten. Für die *Vossische* und die *Literarische Welt* schreibt er nun fast ausschließlich Buchrezensionen, darunter viele über Autoren der Rechten: Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Werner Beumelburg, Friedrich Wilhelm Heinz, E. E. Dwinger, Ernst von Salomon, Friedrich Hielscher. Er ist von ihnen „ergriffen [...] wie von Zaubersprüchen“ und „keineswegs immun gegen derlei idealistische Spekulationen“, wie es in seinem autobiographischen Roman *Der Sohn des Bürgers* heißt.

Für den Juni 1931 plant Kantorowicz die Herausgabe eines Buches mit dem Titel *Deutsche Bekenntnisse*, in der als Autoren er selber (mit *Zwischen den Klassen*), Heinrich und Thomas Mann, Ernst Jünger, Friedrich Hielscher, Otto Strasser, Alfred Rosenberg, Ernst Bloch, Karl Korsch, Frank Thiess u. a. vorgesehen waren. Die Beiträge sollten im Vorabdruck in der Zeitschrift *Der Staat seid Ihr* in kontinuierlicher Folge erscheinen. Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Projekt realisiert wurde, ist gering, denn die Zeitschrift kam über ihren ersten Jahrgang nicht hinaus.

Im Sommer 1931 trifft Kantorowicz eine folgenreiche Entscheidung: er zieht zusammen mit Peter Huchel in die Künstlerkolonie in Wilmersdorf. Im Auf-

trag der Gewerkschaften GDBA (Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger) und SDS (Schutzverband Deutscher Schriftsteller) wurden in Berlin-Schmargendorf seit 1928 Künstlerheime gebaut: Wohnungen für Schauspieler, Schriftsteller und Maler. Daneben wohnten ebenfalls viele Musiker in der Kolonie. Viele Künstler waren arbeitslos. Oft drohten Exmittierungen wegen Mietsrückständen. Die Zwangsräumungen wurden dann von den anderen Koloniebewohnern verhindert, was jedes Mal zu einem Fest der Solidarität wurde. Es sollte vor allem gemeinschaftliches Wohnen gefördert werden. Geplant war eine ‚Gartenterrassenstadt‘, wobei der Platz und die schönen Innenhöfe voller Bäume als Begegnungsstätten der Bewohner gedacht waren. Manchmal fielen die Begegnungen ausgefallener aus als woanders.

Neben anderen lebten in der Künstlerkolonie die Schriftsteller Theodor Balk, Johannes R. Becher, Axel Eggebrecht, Sebastian Haffner, Walter Hasenclever, Georg Hermann, Peter Huchel, Arthur Koestler, Wolfgang Leonhard, Gustav Regler, Joachim Ringelnatz, Hans Sahl, Manés Sperber, Alexander Graf Stenbock-Fermor, Erich Weinert und Walter Zadek sowie der Philosoph Ernst Bloch, der Sänger Ernst Busch, der Dramaturg Fritz Erpenbeck und der Psychoanalytiker Wilhelm Reich. Die meisten standen irgendwie links, viele waren jüdischer Herkunft, und somit war die Künstlerkolonie bevorzugtes Angriffsziel der Nationalsozialisten. *„Spitzel inspizierten die Häuser und legten schwarze Listen an. Mit Motorrädern und Autos patrouillierte die SA die Straßen entlang. Und unter entrollten Fahnen marschierten die ‚braunen Kolonnen‘ vorbei, sangen ihre ‚Kampflieder‘ und skandierten die Parolen der ‚Bewegung‘, von denen das ‚Juda verrecke!‘ so manchen in der Künstlerkolonie Schlimmes ahnen ließ. Bei Drohgebärden blieb es jedoch nicht. SA und ‚völkische Männer‘ postierten sich am Ausgang des U-Bahnhofs Breitenbachplatz und rempelten Fahrgäste an, die nach ‚zersetzender Intellektualität‘ aussahen und den Weg zur Künstlerkolonie nahmen.“*<sup>48</sup> Bisweilen brachen Nazis durch die Kellerfenster in die Wohnungen ein.

Der Austausch mit Gleichgesinnten und der Angriff von außen verstärkte die bereits begonnene Politisierung:

*„Bald nach meinem Einzug dort tat ich das Überfällige: ich bat die zuständige Wohngruppenzelle der KPD um Aufnahme in die Partei.“*<sup>49</sup>

Die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei setzt ungeheure Kräfte in ihm frei.

*„Die Zeit im Künstlerblock war trotz der rapide anwachsenden Nazidrohung die für mich vielleicht fruchtbarste und erfüllteste meines Lebens. Ich entwickelte Energien und organisatorische Fähigkeiten, die ich vorher an mir nicht gekannt hatte. Sehr bald*

<sup>48</sup> Karlheinz Wagner: Rauhe Tage in der roten Tintenbug, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 12. 1998.

<sup>49</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 4.

*wurde ich Zellenleiter und begründete mit den besten und aktivsten Genossen [...] den ‚Schutzbund Künstlerkolonie‘, der bald etwa 800 Mitglieder zählte und zur geschlossensten und aktivsten Kraft im antifaschistischen Kampf des Bezirks wurde.“*<sup>50</sup>

Neben der Arbeit in der Partei, der Roten Hilfe und dem Schutzbund engagiert sich Kantorowicz auch im Schutzverband Deutscher Schriftsteller. Nach nur kurzer Zeit übernimmt er Funktionen in der Parteizelle, die sich in seiner Wohnung trifft:

*„Ich war Zellenkassierer, Agitprop. Leiter und dann bald Zellenleiter.“*

Mitglieder der Zelle sind etwa 25 Koloniebewohner, darunter Karola Bloch, Fritz Erpenbeck, Hedda Zinner, Ernst Busch, Theodor Balk, Erich Weinert, Arthur Koestler, Günther Ruschin, Alexander Graf Stenbock-Fermor, Erich Mühsam, Wilhelm Reich, Max Schroeder und Kantorowicz' spätere Frau Friedel Wolf-Ferrari, die seit 1930 Mitglied der KPD ist. Ernst Bloch ist zwar Parteimitglied, berät die Zelle jedoch oft in theoretischen Fragen.

Hans Sahl erinnert sich an Kantorowicz:

*„Alfred Kantorowicz trägt jetzt einen Wollswearer mit Rollkragen und eine Arbeitermütze und ist der Kommunistischen Partei beigetreten. Ich traf ihn heute vor dem Eingang zum Bahnhof Friedrichstraße, wo er Flugblätter verteilte.“*<sup>51</sup>

Den frischgebackenen Kommunisten charakterisiert Sahl folgendermaßen:

*„Kanto hat eine einprägsame Art, sein Außersichsein – und er war oft außer sich – an den Mann zu bringen. Er redete mit Händen und Füßen auf seine Zuhörer ein, beschrieb mit erhobenem Zeigefinger zuckende Kreise in der Luft, schnüffelte dramatisch durch eine stets verschnupfte Nase und lachte oft tonlos vor sich hin, um dem, was noch kommen würde, mehr Nachdruck zu verleihen.“*<sup>52</sup>

Er selbst nimmt es ganz anders wahr:

*„Es war eine gute Gemeinschaft damals, eine fruchtbare, erfüllte Zeit. Auch schrieb ich viel damals.“*<sup>53</sup>

1929 entstand ein Schauspiel mit dem Titel *Erlangen*, das die junge Volksbühne nun, 1932, herausbringen will. Laut Kantorowicz wird es aber vom Berliner Polizeipräsidenten wegen Gefährdung von Ruhe und Ordnung verboten. Seine erste große Stellungnahme als Kommunist nimmt er 1932 in dem Sammelband *Klärung* vor, in dem sich 12 Autoren zur sogenannten „Judenfrage“ äußern. Er betitelt seinen Aufsatz *Liquidation der Judenfrage*, in dem er propagiert, daß nur die Sowjetunion das Problem zu lösen imstande sei: „Aus Schankwirten, Zwischenhändlern, Schiebern, Wucherern – sind Arbeiter, Bauern und Soldaten geworden.“ Eingekleidet in kommunistischen Jargon wird die frühe-

---

<sup>50</sup> Ebda.

<sup>51</sup> Hans Sahl: *Memoiren eines Moralisten. Das Exil im Exil*, Hamburg 1994, S. 158f.

<sup>52</sup> Ebda., S. 127.

<sup>53</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 4.

re Sympathie für den Zionismus und die zwischenzeitliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Judentum zur aggressiven Abgrenzung:

*„Die Stickluft der konservierten Gesellschaftsbegriffe dieser jüdischen Kleinbürger, die den Menschen nach seinem Monatseinkommen klassifizieren, der schamlose Beziehungsmarkt, auf dem sie sich wohlfühlen, sie sind unerträglich. [...] Das ‚eschatologische‘ Reich der Juden hat sich unterdessen in dieser Empirie als ein klägliches Objekt der imperialistischen Politik ausgewiesen. Der Traum ist ausgeträumt. Die Lösung der Judenfrage wird niemals Erez Israel heißen. [...] Die einzige Lösung der Judenfrage besteht in der Produktivisierung der parasitären Klasse des jüdischen ‚Luftmenschen‘, des unproduktiven Vermittlertyps, der nicht nur ‚der Kaufmann von Berlin‘ ist, sondern der Kaufmann des Kapitalismus schlechthin.“*

Als nächstes schreibt er ein Drehbuch, dessen Geschichte Kantorowicz in aller Ausführlichkeit selbst erzählt:

*„Was Preise betrifft, so gibt es einen kuriosen und überaus bezeichnenden Zwischenfall, der mir außerhalb des Gebietes der Literatur widerfuhr. Ja, ich habe einmal einen Preis gewonnen, und dies ist die aufschlußreiche Geschichte, wie man Preise gewinnt: Als ich am letzten Septembertage des Jahres 1931 von meinem Sommerquartier in Cladow nach der Wohnung in der Kreuznacherstrasse in Wilmersdorf übersiedelte, fand ich eine alte Nummer der Scherlzeitschrift Die Woche, in deren Blätter ich meine Schuhe einzuwickeln begann. Dabei fiel mein Auge auf den Text dieser herausgerissenen Seite und ich las die Ankündigung eines Preisausschreibens der UFA für Filmmanuskripte. Das Preisausschreiben war zuerst im Winter 1931 – etwa sieben oder acht Monate zurückliegend angekündigt worden und der Einsendungstermin lief am folgenden Tage, den 1. Oktober um 10 Uhr morgens ab. Der erste Preisträger würde 3000 Mark in bar erhalten, der zweite 1000, der dritte 500. Interessanter war das Angebot der UFA die preisgekrönten Manuskripte für, erinnere ich mich recht, 15.000 oder 20.000 Mark anzukaufen. Ich beendete das Einpacken ohne einen weiteren Gedanken an diese beiläufige Information zu verschwenden. Doch als ich in meiner Berliner Neubauwohnung angelangt war und begann, meine Sachen auszupacken, kam mir abermals diese Seite vor Augen. Die Wohnung war noch nicht völlig installiert, das elektrische Licht noch nicht angeschlossen, der Großteil der Möbel, die mein Vater mir zur Verfügung stellte, würde erst am folgenden Tage kommen. Ich saß auf einer Kiste, zündete eine Wachskerze an, die ich vorsorglich mitgebracht hatte und döste ein wenig erschöpft nach dem Umzug und gar nicht unternehmungslustig vor mich hin. Und plötzlich kam mir der Einfall, da ich doch zu müde war, um noch auszugehen, die nächste Stunde damit zu verbringen, ein Filmmanuskript zu schreiben und am gleichen Abend dem allerletzten Termin an die UFA zu senden. Das Ganze war ein Jux, gerade recht für einen angebrochenen Abend, an dem einem gar nichts besseres einfällt. Ich wählte auch ein Thema, von dem ich nicht das Mindeste verstand: Sport. Die Weltmeisterin war mein Manuskript betitelt, eine mit leichtfertigem Humor hingesudelte Kurzgeschichte von zwei jungen Mädchen, Büroangestell-*

*ten, die sich in einem Sportklub in ihren Sportlehrer, einen jungen Werkstudenten, verknallen, sich seinetwegen in ihren sportlichen Leistungen, Laufen, Turnen, Schwimmen, zu überbieten versuchen und schließlich außerhalb des Trainings in einer drastisch skizzierten Prügelscene ihre Kräfte messen. Diese Rauferei findet statt in der Wohnung eines jungen Filmschauspielers, der sie eines Tages in seinem Wagen mitgenommen hat. Die läppische Erzählung schließt mit einem doppelten happy end: die eine wird Weltmeisterin im Schnellauf und erläuft sich ihren Sportlehrer während die andere in einer unter der Protektion des Schauspielers sich anbahnenden Filmkarriere die Rolle eines Sportmädels, die sich den Weltmeisterschaftstitel erwirbt, kreieren wird. Sie kriegt ihren Mann obendrein, den Schauspieler natürlich.*

*Ich hatte immerhin so viel Anstand und Stolz, den Nonsens nicht mit meinem Namen zu zeichnen, sondern mit dem Pseudonym Helmut Campe und ich gab für diesen Herrn Campe auch nicht meine Adresse sondern ließ ihn wohnen per Adresse eines Bekannten von mir, den ich dann übrigens zu verständigen vergaß, so völlig kam mir alsbald der kindische Zeitvertreib, der ja keine Konsequenzen haben würde, aus dem Gedächtnis. Jedoch sechs oder acht Monate später, im Frühjahr oder Sommer 1932, kam dieser Bekannte etwas verwirrt zu mir und teilte mir mit, daß an seine Adresse für einen Helmut Campe ein Glückwunschtelegramm der UFA gekommen sei. Herr Campe habe unter mehr als 12000 Einsendern zum Filmpreisausschreiben den dritten Preis gewonnen; er möge sich einfinden, das Geld in Empfang zu nehmen, sich photographieren und publizieren zu lassen. Mein Bekannter hatte sich zum Glück erinnert, daß ich mich zuweilen für leichtere Kurzgeschichten des Pseudonyms Campe bedient hatte und wollte wissen, ob dieses mysteriöse Telegram am Ende gar für mich bestimmt sei. Es war für mich bestimmt. Das Manuskript Die Weltmeisterin hatte den Preis gewonnen, 500 Mark, und die Chance des Ankaufes durch die UFA für eine fabelhafte Summe. Ich hatte sogar noch einige Umstände, nachzuweisen, daß Helmut Campe mit Alfred Kantorowicz identisch sei. Dann wurde ich photographiert, mein Bild erschien in der Woche – eine Zukunft als Filmautor winkte, und hätte nicht die Weltgeschichte, die dann Hitler an die Macht ließ, es anders gewollt, so wären mir gewiß die 15000 oder 20000 Mark von der UFA in den Schoß gefallen. Später im Exil habe ich einmal gehört, daß die UFA einen Film mit ähnlichem Motivo gedreht haben soll.*

*So also gewinnt man Preise, so macht man sich bekannt. Es war ein Schulbeispiel für einen Weg, der niemals der meine sein konnte.“<sup>54</sup>*

Hinter dieser Geschichte verbirgt sich mehr als nur eine seltsame Anekdote. Alfred Hugenberg, prominentes Mitglied der DNVP, baute sich ein Medienimperium auf und nutzte es als Waffe der Reaktion. 1927 übernahm er die bankrotte UFA-Filmgesellschaft, „aus der er den größten Produzenten von

---

<sup>54</sup> Alfred Kantorowicz: o. T., S. 3-6. Quelle: Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg NK: A: 369.

Wunschträumen in Deutschland machte“<sup>55</sup> „Seine UFA produzierte Filme, die seine Vorhaben eher mittelbar förderten: heitere, oberflächliche Operetten, welche die Aufmerksamkeit von Politik und Arbeitslosigkeit ablenkten; historische Filme über deutsche Heldengestalten mit gezielten Anspielungen auf das Versailler >Diktat< und mit ebenso gezielter Lobpreisung von Eigenschaften, die den Männern von Weimar so offensichtlich abgingen. Hugenberg verhökerte nicht nur Meinungen, sondern auch Verwirrung, und beide waren für die Republik gleichermaßen gefährlich.“<sup>56</sup> Kantorowicz' Schilderung passt genau in dieses Bild, wenngleich Zweifel bleiben, ob er angesichts seiner materiellen Situation auf dieses lukrative Angebot hätte verzichten können.

Schließlich plant er eine Veröffentlichung mit dem Titel ‚Die deutsche Jugend ringt mit der Zukunft‘:

*„Ich hatte mein dreißigstes Lebensjahr überschritten, als ich Ende 1931 oder Anfang 1932 den Vertrag unterzeichnete, für den zum Ullstein-Konzern gehörenden Propyläen Verlag einen Essayband zu schreiben [...]“*<sup>57</sup>

Er sollte im Frühjahr 1933 erscheinen und war in einer Erstauflage von 20.000 Exemplaren ausgedruckt, als Hitler an die Macht kam. Die Auslieferung, für Mitte Februar 1933 vorgesehen, unterblieb.

*„Schon Anfang Februar 1933, wenige Tage nach Hitlers Machtantritt, wurde Haftbefehl gegen mich erlassen, auf Grund eines von mir geschriebenen und gezeichneten Leitartikels in ‚Berlin am Abend‘, der zum entschlossenen Widerstand gegen den Naziterror aufrief.“*<sup>58</sup>

Kantorowicz muß untertauchen. Er versteckt sich ausgerechnet bei Friedrich Hielscher, dem Herausgeber der Zeitschrift *Das Reich*. Abends feiern SA-Männer den Sieg der Nazis, nachts schleicht er sich aus dem Haus, um Flugblätter abzugeben. Für die Stadtratwahlen am 12. März stellt ihn die KPD als Kandidaten auf. Mitte März, nach einer Großrazzia in der Künstlerkolonie, verläßt Kantorowicz Deutschland und geht über die Schweiz nach Frankreich, nach Paris, in das gleiche Hotelzimmer wie 1928.

*„Die 14 Jahre des Exils begannen.“*<sup>59</sup>

<sup>55</sup> Gay [wie Anm. 29], S. 175f.

<sup>56</sup> Ebda.

<sup>57</sup> Alfred Kantorowicz: Mir kam Hitlers Machtergreifung zuvor, in: Hans Daiber (Hg.): Wie ich anfang ... 24 Autoren berichten von ihren Anfängen, Düsseldorf 1979, S. 97-110.

<sup>58</sup> Kantorowicz [wie Anm. 2], S. 5.

<sup>59</sup> Ebda., S. 6.



## Quellen und Literatur

### Archive

Nachlaß Kantorowicz in der Handschriftenabteilung der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

**Kantorowicz, Alfred:** *Lebenslauf vom 19. Juli 1951*, S. 1 (NK: Ostberlin: 185).

Ders.: o. T. [„This is the outline of a book ...“], S. 2 (NK: Ostberlin: 24).

Ders.: *Der junge Brecht privat*, S. 3 (NK: A 230).

Ders.: o. T. [Rede über Peter Huchel], S. 3. (NK: Ostberlin: 97).

Ders.: o. T., S. 3-6. (NK: A: 369).

Schiller National-Museum/Deutsches Literaturarchiv: Nachlaß Hans Nowak

**Kantorowicz, Alfred:** *An Hans Nowak*, Paris 21. 1. 1929.

Ders.: *An Hans Nowak*, Berlin 11. 6. 29.

Ders.: *An Hans Nowak*, Berlin 20. 4. 29.

Besitz A. Nowak

**Kantorowicz, Alfred:** *An Hans Nowak*, Paris 21. 1. 29.

### Literatur

**Bloch, Karola:** *Aus meinem Leben*, Mössingen-Thalheim 1995.

**Brecht, Bertolt:** *Briefe I. Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Berlin und Weimar; Frankfurt a.M. 1998.

**Bronnen, Arnolt:** *Tage mit Bertolt Brecht. Geschichte einer unvollendeten Freundschaft*, München 1998.

**Campe, Helmut** [d.i. Alfred **Kantorowicz**]: *Der Sohn des Bürgers*, 2. Fortsetzung, Kapitel V., in: *Ost und West*, Heft 2, Februar 1948.

**Feuchtwanger, Lion:** *Briefwechsel mit Freunden 1933-1958, Band II*, hrsg. Harold von Hofe und Sigrid Washburn. Berlin und Weimar 1991.

**Gay, Peter:** *Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit in 1918-1933*. Frankfurt a.M. 1970.

**Kantorowicz, Alfred:** *Deutsches Tagebuch, Band I*, München 1959.

Ders.: *Deutsches Tagebuch, Band II*, München 1961.

Ders.: *An die Programmlosen*, in: *Literarische Welt*, 6. Jg. 1930, Nr. 13, S. 4.

Ders.: *Die völkerrechtlichen Grundlagen des national-jüdischen Heims in Palästina*, Diss., Erlangen 1923.

*Ders.: Mir kam Hitlers Machtergreifung zuvor, in: Hans Daiber (Hg.): Wie ich anfang ... 24 Autoren berichten von ihren Anfängen, Düsseldorf 1979, S. 97-110.*

*Ders.: Paris entdeckt Strindberg, in: Vossische Zeitung, Nr. 135, 7. Juni 1928.*

*Ders.: Das Land ohne Drama, in: Vossische Zeitung, Nr. 33, 7. Febr. 1929.*

**Sahl, Hans:** *Memoiren eines Moralisten. Das Exil im Exil, Hamburg 1994.*

**Schwarz, Jürgen:** *Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971.*

## Abbildungsnachweis

- Cover: John Willett: *The Theatre of the Weimar Republic*, New York/London 1988, S. 134, © Cinemathèque Française.
- S. 38: Edwin Redslob: *Von Weimar nach Europa. Erlebtes und Durchdachtes*, Berlin 1972, S. 145.
- S. 68: *Die Weimarer Zeit in Pressefotos und Fotoreportagen. Idee und Konzept von Torsten Palmér*, hrsg. von Hendrik Neubauer, Köln 2000, S. 172, © SVT Bild/DAS FOTOARCHIV.
- S. 98: Otto Dix – Zum 100. Geburtstag 1891-1991, *Ausst.Kat. Galerie der Stadt Stuttgart/Nationalgalerie Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz*, Berlin, hrsg. von Wulf Herzogenrath/Johann-Karl Schmidt, Stuttgart 1991, S. 204, Foto: Centre Georges Pompidou, Philippe Migeat, Paris, © VG Bild-Kunst.
- S. 134: Alfred Kerr: *Werke in Einzelbänden*, Bd. 3: *Essays, Theater, Film*, hrsg. von Hermann Haarmann/Klaus Siebenhaar, Berlin 1991, S. III.
- S. 166: *Die Weimarer Zeit in Pressefotos und Fotoreportagen. Idee und Konzept von Torsten Palmér*, hrsg. von Hendrik Neubauer, Köln 2000, S. 13, © SVT Bild/DAS FOTOARCHIV.
- S. 200: Hajo Bernett: *Leichtathletik in historischen Bilddokumenten*. Hrsg. vom Deutschen Leichtathletik-Verband, München 1986, S. 174, Bild aus: „Sport im Bild“.
- S. 205: Foto: Carl Eberth, © Stadtmuseum Kassel.
- S. 219: Eric Friedler: *Makkabi chai - Makkabi lebt. Die jüdische Sportbewegung in Deutschland 1898-1998*, unter Mitarb. von Barbara Siebert, Wien 1998, S. 72, © Makkabi Deutschland/Friedler-Archiv.
- S. 274: *Die Weimarer Zeit in Pressefotos und Fotoreportagen. Idee und Konzept von Torsten Palmér*, hrsg. von Hendrik Neubauer, Köln 2000, S. 322, © SVT Bild/DAS FOTOARCHIV.
- S. 288: *Die Linkskurve I/II (1929/1930)*, unveränderter Neudruck, Glashütten im Taunus 1970.
- S. 306: *Rundfunk und Landwirt*. Hrsg. von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft [Berlin 1930], S. 11.
- S. 324: Alfred Kantorowicz: *Nachtbücher. Aufzeichnungen im französischen Exil 1935 bis 1939*, hrsg. von Ursula Büttner/Angelika Voß (*Quellen zur Sozial- und Zeitgeschichte*, hrsg. von der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg), Hamburg 1995, S. 6.